

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

25

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRAKKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1974

W.I. LENIN

BAND 25

JUNI-SEPTEMBER 1917



DIETZ VERLAG BERLIN

1974

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

4. Auflage · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1960

Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten

Lizenznummer 1

Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker“, Leipzig, III 18 138

LSV 005 · Best.-Nr.: 735 032 3

EVP 7,50

VORWORT

Der Band 25 enthält die Arbeiten, die W. I. Lenin von Juni bis September 1917, in der Periode der Vorbereitung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, geschrieben hat.

Der Band beginnt mit den Reden W. I. Lenins auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. In diesen Reden wie auch in den Artikeln „In Verwirrung und Angst geraten“, „Eine widerspruchsvolle Position“, „Der achtzehnte Juni“, „Die Revolution, die Offensive und unsere Partei“, „Wohin haben die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki die Revolution gebracht?“ und „Die Klassenverschiebung“ entlarvt Lenin die konterrevolutionäre Politik der Provisorischen Regierung und das Paktierertum der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, begründet er das bolschewistische Kampfprogramm zur Lösung der Grundfragen der Revolution und weist nach, daß nur die Sowjetmacht das Land aus dem Krieg und der Zerrüttung herausführen, den Frieden erlangen und den Bauern Land geben kann.

In einer Reihe von Artikeln: „Die politische Lage“, „Zu den Losungen“, „Über Verfassungssillusionen“ und „Die Lehren der Revolution“ umreißt Lenin die neue Taktik der bolschewistischen Partei im Hinblick auf die nach den Ereignissen vom 3. bis 5. Juli jäh veränderte politische Lage im Lande.

In der Arbeit „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ legt Lenin die ökonomische Plattform der bolschewistischen Partei dar und schlußfolgert, daß das einzige Mittel zur Rettung des Landes vor der herannahenden Katastrophe die proletarische Revolution ist.

Der Band enthält die bekannte Arbeit „Staat und Revolution“, in der

Lenin die marxistische Theorie vom Staat entwickelte und sie gegen die Entstellung und Vulgarisierung durch die Opportunisten verteidigte.

In den Band wurden sieben Artikel, die bisher in den Werken W. I. Lenins nicht enthalten waren, aufgenommen. In den Artikeln „Ein Bündnis, um die Revolution aufzuhalten“, „Die Außenpolitik der russischen Revolution“ und „Herrschende und verantwortliche Parteien“ erläutert Lenin, daß in Gestalt der Provisorischen Regierung die Kapitalisten mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären ein Bündnis zur Liquidierung der Revolution eingegangen sind, daß die regierenden paktiererischen Parteien an der konterrevolutionären Außen- und Innenpolitik und an der das Land bedrohenden Katastrophe schuld sind. In dem Artikel „Wie sich Rodsjanko rechtfertigt“ weist Lenin nach, daß der ehemalige Vorsitzende der IV. Reichsduma, Rodsjanko, den Lockspitzel Malinowski gedeckt hat. In den Artikeln „Eine neue Dreyfus-Affäre?“ und „Wofür wir dem Fürsten G. J. Lwow dankbar sind“ entlarvt Lenin die provokatorischen Methoden der Regierung Kerenski im Kampf gegen die Bolschewiki. In dem Artikel „Alle Macht den Sowjets!“ begründet Lenin die Losung der bolschewistischen Partei vom Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets.

Alle Arbeiten dieses Bandes aus der Periode nach den Julitagen 1917 wurden von Lenin in der Illegalität geschrieben, als er sich vor den Verfolgungen der Provisorischen Regierung verbergen mußte.

I. GESAMTRUSSISCHER KONGRESS
DER SOWJETS DER ARBEITER- UND
SOLDATENDEPUTIERTEN¹

3.-24. Juni (16. Juni-7. Juli) 1917

REDE ÜBER DIE STELLUNG
ZUR PROVISORISCHEN REGIERUNG
4. (17.) JUNI

Genossen, in der mir eingeräumten beschränkten Redezeit werde ich – und ich denke, daß das am zweckmäßigsten ist – nur auf die wesentlichen grundsätzlichen Fragen eingehen können, die der Referent des Exekutivkomitees und die Redner nach ihm aufgeworfen haben.

Die erste und grundlegende Frage, vor der wir stehen, ist die Frage: Wo befinden wir uns, was sind diese Sowjets, die jetzt zum Gesamt-russischen Kongreß zusammengetreten sind, was ist diese revolutionäre Demokratie, von der man hier so maßlos viel spricht, um zu vertuschen, daß man sie überhaupt nicht begreift, daß man sie restlos preisgibt. Denn vor dem Gesamt-russischen Kongreß der Sowjets von revolutionärer Demokratie zu sprechen und das Wesen dieser Körperschaft, ihre klassenmäßige Zusammensetzung und ihre Bedeutung in der Revolution zu vertuschen, kein Sterbenswörtchen davon zu sagen, gleichzeitig aber auf die Bezeichnung Demokrat Anspruch zu erheben, das ist sonderbar. Man entwirft uns das Programm einer bürgerlichen parlamentarischen Republik, wie sie seit jeher in ganz Westeuropa anzutreffen ist, man malt uns ein Programm von Reformen aus, die jetzt von allen bürgerlichen Regierungen, auch von unserer, anerkannt werden, und gleichzeitig redet man von revolutionärer Demokratie. Wem wird das gesagt? Den Sowjets. Nun aber frage ich Sie, gibt es in Europa ein Land, ein bürgerliches, demokratisches, republikanisches Land, in dem etwas vorhanden wäre, was diesen Sowjets gleicht? Sie werden darauf mit Nein antworten müssen. Nirgends existiert, nirgends kann eine derartige Körperschaft existieren, denn eins von beiden: *entweder* eine bürgerliche Regierung mit jenen Reformplänen“, die man uns entwirft und die dutzendmal in allen Ländern vorgeschlagen wurden und auf dem Papier geblieben sind,

oder jene Körperschaft, an die man jetzt appelliert, jene „Regierung“ neuen Typs, die von der Revolution geschaffen wurde und für die es in der Geschichte nur zu Zeiten des größten Aufschwungs der Revolutionen Beispiele gibt, wie 1792 und 1871 in Frankreich und 1905 in Rußland. Die Sowjets sind eine Körperschaft, wie sie in keinem der üblichen bürgerlich-parlamentarischen Staaten besteht und neben einer bürgerlichen Regierung auch nicht bestehen kann. Sie sind jener neue, demokratischere Staatstyp, den wir in unseren Partioresolutionen als bäuerlich-proletarische demokratische Republik bezeichnet haben, in der die Macht allein den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gehören wird. Zu Unrecht glaubt man, das sei eine theoretische Frage, zu Unrecht versucht man, die Sache so darzustellen, als könne diese Frage umgangen werden, zu Unrecht wird eingewendet, daß jetzt Institutionen der einen oder anderen Art neben den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bestehen. Ja wohl, sie bestehen nebeneinander. Aber gerade das erzeugt eine Unmenge von Mißverständnissen, Konflikten und Reibungen. Gerade das bewirkt den Übergang der russischen Revolution von ihrem ersten Aufschwung, ihrem ersten Vorstoß zum Stillstand und zu den Schritten rückwärts, die wir jetzt unsere Koalitionsregierung machen sehen: in der gesamten Innen- und Außenpolitik und im Zusammenhang mit der in Vorbereitung befindlichen imperialistischen Offensive.

Eins von beiden: entweder eine übliche bürgerliche Regierung, und dann braucht man keine Bauern-, Arbeiter-, Soldaten- und sonstigen Sowjets, dann werden sie entweder von den Generalen, den konterrevolutionären Generalen, auseinandergejagt, die die Armee in der Hand haben und den Redekünsten des Ministers Kerenski nicht die geringste Beachtung schenken, oder sie sterben eines ruhmlosen Todes. Einen anderen Weg gibt es für diese Körperschaften nicht; sie dürfen weder rückwärtsgehen noch stehenbleiben und können nur existieren, wenn sie vorwärtschreiten. Das ist der Staatstyp, der nicht von den Russen erdacht, sondern von der Revolution hervorgebracht wurde, denn anders kann die Revolution nicht siegen. Innerhalb des Gesamtrussischen Sowjets sind Reibungen, ist der Kampf der Parteien um die Macht unvermeidlich. Doch das wird die Überwindung möglicher Fehler und Illusionen durch die eigene politische Erfahrung der Massen bedeuten (L ä r m), nicht aber durch die Reden der Minister, die sich darauf berufen, was sie gestern

gesagt haben, morgen schreiben und übermorgen versprechen werden. Das ist lachhaft, Genossen, vom Standpunkt der Körperschaft, die von der russischen Revolution geschaffen wurde und die jetzt vor der Frage steht: Sein oder Nichtsein. So wie jetzt können die Sowjets nicht weiterbestehen. Erwachsene Menschen, Arbeiter und Bauern, sollen zusammenkommen, Resolutionen annehmen und Berichte anhören, die in keiner Weise an Hand von Dokumenten nachgeprüft werden können! Körperschaften solcher Art bedeuten den Übergang zu jener Republik, die nicht in Worten, sondern in der Praxis eine feste Macht schaffen wird, ohne Polizei und ohne stehendes Heer, eine Macht, wie sie in Westeuropa noch nicht existieren kann, eine Macht, ohne die es keinen Sieg der russischen Revolution im Sinne des Sieges über die Gutsbesitzer, im Sinne des Sieges über den Imperialismus geben kann.

Ohne diese Macht kann auch keine Rede davon sein, daß wir selbst einen solchen Sieg erringen, und je mehr wir einerseits über das uns hier empfohlene Programm und andererseits über die Tatsachen, vor denen wir stehen, nachdenken, um so krasser tritt der grundlegende Widerspruch hervor. Man sagt uns, wie der Referent und andere Redner, daß die erste Provisorische Regierung eben schlecht gewesen ist! Damals aber, als die Bolschewiki, die unseligen Bolschewiki, erklärten: „Dieser Regierung keinerlei Unterstützung, keinerlei Vertrauen“, wie wurden wir da mit Beschuldigungen überhäuft, das sei „Anarchismus“! Jetzt sagen alle, daß die vorige Regierung schlecht gewesen ist, aber sehen wir uns doch die Koalitionsregierung mit den beinah-sozialistischen Ministern an, worin unterscheidet sie sich von der vorhergehenden? Ist nicht schon genug von Programmen, von Entwürfen geredet worden, ist es nicht wirklich genug, ist es nicht an der Zeit, zu Taten überzugehen? Ein Monat ist bereits seit dem 6. Mai, an dem die Koalitionsregierung gebildet wurde, vergangen. Sehen Sie sich an, was vorgeht, sehen Sie sich die Zerrüttung in Rußland und in allen Ländern an, die in den imperialistischen Krieg hineingezogen worden sind. Woraus erklärt sich die Zerrüttung? Aus der Raubpolitik der Kapitalisten. Da herrscht wirkliche Anarchie. Das sage ich nach Eingeständnissen, die nicht etwa von unserer Zeitung veröffentlicht wurden, nicht von einer bolschewistischen Zeitung, Gott bewahre, sondern von der ministeriellen „Rabotschaja Gaseta“²: Die Industriepreise für Kohlenlieferungen sind von der „revolutionären“ Regierung her-

aufgesetzt worden!! Die Koalitionsregierung aber hat in dieser Hinsicht nichts geändert. Man sagt uns, kann man denn in Rußland den Sozialismus einführen, kann man überhaupt mit einem Schlag grundlegende Umgestaltungen vornehmen – das alles sind leere Ausflüchte, Genossen. Marx und Engels haben von ihrer Lehre immer gesagt. „Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln.“³ Einen reinen Kapitalismus, der in einen reinen Sozialismus übergeht, gibt es nirgends in der Welt und kann es auch während des Krieges nicht geben, aber es gibt etwas Mittleres, Neues, noch nie Dagewesenes, weil Hunderte Millionen Menschen zugrunde gehen, die in den verbrecherischen Krieg zwischen den Kapitalisten hineingerissen worden sind. Es kommt nicht auf Reformversprechungen an, das sind leere Worte, es kommt darauf an, den Schritt zu tun, der jetzt notwendig ist.

Wenn Sie sich auf die „*revolutionäre*“ Demokratie berufen wollen, so machen Sie bitte einen Unterschied zwischen diesem Begriff und dem der *reformistischen* Demokratie unter einer kapitalistischen Regierung, denn es ist endlich an der Zeit, von bloßen Redensarten über „*revolutionäre Demokratie*“, von gegenseitigen Beglückwünschungen zur „*revolutionären Demokratie*“, zu der Charakterisierung ihres *Klasseninhalts* überzugehen, wie es uns der Marxismus, ja überhaupt der wissenschaftliche Sozialismus gelehrt hat. Was man uns vorschlägt, ist der Übergang zur reformistischen Demokratie unter einer kapitalistischen Regierung. Das ist vielleicht großartig vom Standpunkt der üblichen westeuropäischen Vorbilder. Doch jetzt steht eine ganze Reihe von Ländern vor dem Untergang, und die praktischen Maßnahmen, die so kompliziert sein sollen, daß es schwer sei, sie durchzuführen, daß sie besonders ausgearbeitet werden müßten, wie mein Vorredner, der Bürger Minister für Post- und Telegrafendienst, gesagt hat, diese Maßnahmen sind durchaus klar. Er sagte, es gäbe in Rußland keine politische Partei, die sich bereit erklären würde, die gesamte Macht zu übernehmen. Ich antworte: Doch! Keine einzige Partei kann das ablehnen, und unsere Partei lehnt das nicht ab: sie ist jeden Augenblick bereit, die gesamte Macht zu übernehmen. (Beifall, Heiterkeit.) Sie können lachen, soviel Sie wollen, falls aber der Bürger Minister neben der Partei der Rechten auch uns diese Frage stellte, würde er die entsprechende Antwort erhalten. Keine einzige Partei kann das ablehnen. Zu einer Zeit, wo einstweilen noch Freiheit

herrscht, wo vorläufig die Drohungen mit Verhaftung und Verschickung nach Sibirien, die Drohungen der Konterrevolutionäre, mit denen unsere beinah-sozialistischen Minister in einem Kabinett sitzen, nur Drohungen bleiben, zu solch einer Zeit sagt jede Partei: Erweist uns Vertrauen, und wir legen euch unser Programm vor.

Am 29. April hat unsere Konferenz dieses Programm dargelegt.⁴ Leider wird es nicht berücksichtigt und nicht zur Richtschnur genommen. Offenbar muß es gemeinverständlich erläutert werden. Ich werde mich bemühen, dem Bürger Minister für Post- und Telegrafwesen eine gemeinverständliche Erläuterung unserer Resolution, unseres Programms zu geben. Unser Programm besteht in bezug auf die Wirtschaftskrise darin, daß wir unverzüglich – dazu ist keinerlei Aufschub nötig – die Veröffentlichung all der unglaublichen Profite fordern, die 500–800 Prozent erreichen und die die Kapitalisten nicht als Kapitalisten auf dem freien Markt, im „reinen“ Kapitalismus, sondern durch Kriegslieferungen einstreichen. Das ist in der Tat ein Gebiet, wo die Arbeiterkontrolle notwendig und möglich ist. Das ist eine Maßnahme, die Sie, wenn Sie sich als „revolutionäre“ Demokratie bezeichnen, im Namen des Sowjets durchführen müssen und die von heute auf morgen verwirklicht werden kann. Das ist nicht Sozialismus. Das bedeutet nur, dem Volke die Augen zu öffnen über die tatsächliche Anarchie und das tatsächliche Spiel mit dem Imperialismus, über das Spiel mit dem Eigentum des Volkes, mit Hunderttausenden von Menschenleben, die morgen zugrunde gehen werden, weil wir fortfahren, Griechenland die Kehle zuzuschnüren. Geben Sie die Profite der Herren Kapitalisten bekannt, verhaften Sie 50 oder 100 der reichsten Millionäre. Es genügt, sie einige Wochen in Haft zu halten – und sei es auch mit ebensolchen Vergünstigungen, wie sie Nikolaus Romanow genießt –, einfach um sie so zu zwingen, ihre Verbindungen, ihre betrügerischen Machenschaften, ihre schmutzigen Geschäfte und ihre Profite aufzudecken, was auch unter der neuen Regierung unserem Lande täglich Tausende, ja Millionen kostet. Hier liegt die Hauptursache der Anarchie und Zerrüttung, und deshalb sagen wir: Bei uns ist alles beim alten geblieben, die Koalitionsregierung hat nichts geändert, sie hat nur einen Haufen Deklarationen, hochtrabende Erklärungen hinzugefügt. Wie aufrichtig man auch sein, wie aufrichtig man auch das Wohl der Werktätigen wünschen möge, an der Sache hat sich nichts geändert –

dieselbe Klasse ist an der Macht geblieben. Die Politik, die man betreibt, ist keine demokratische Politik.

Man redet von der „Demokratisierung der zentralen und örtlichen Machtorgane“. Wissen Sie denn wirklich nicht, daß diese Worte nur für Rußland etwas Neues sind, daß in anderen Ländern schon Dutzende beinah-sozialistischer Minister ihren Ländern derartige Versprechungen machten? Welchen Sinn haben diese Versprechungen, wenn wir im praktischen Leben vor folgender konkreten Tatsache stehen: die örtliche Bevölkerung wählt ihre Machtorgane, doch durch den Anspruch der Zentralgewalt, die örtlichen Machtorgane einzusetzen oder zu bestätigen, wird das Abc der Demokratie verletzt. Die Plünderung des Volksvermögens durch die Kapitalisten geht weiter. Der imperialistische Krieg wird fortgesetzt. Uns aber verspricht man Reformen, Reformen und Reformen, die in diesem Rahmen überhaupt nicht verwirklicht werden können, weil der Krieg alles erdrückt, alles bestimmt. Warum sind Sie nicht mit denen einverstanden, die sagen, der Krieg werde *nicht* um der Profite der Kapitalisten willen geführt? Worin besteht das Kriterium? Vor allen Dingen darin, welche Klasse an der Macht ist, welche Klasse fortfährt, die Herrschaft auszuüben, welche Klasse fortführt, Hunderte Milliarden aus Bank- und Finanzoperationen einzuheimsen. Es ist immer noch dieselbe kapitalistische Klasse, und deshalb ist der Krieg nach wie vor ein imperialistischer Krieg. Sowohl die erste Provisorische Regierung als auch die Regierung mit den beinah-sozialistischen Ministern hat daran nichts geändert: die Geheimverträge bleiben geheim, Rußland kämpft um die Meerengen, darum, die Ljachowsche Politik in Persien⁵ fortsetzen zu können, usw.

Ich weiß, daß Sie das nicht wollen, daß die Mehrheit von Ihnen das nicht will und daß die Minister das nicht wollen, weil man das nicht wollen kann, denn das bedeutet, Hunderte Millionen von Menschen hinzumorden. Nehmen Sie aber die Offensive, von der die Miljukow und Maklakow jetzt so viel reden. Diese verstehen sehr gut, worum es sich handelt; sie wissen, daß das mit der Frage der Macht, mit der Frage der Revolution zusammenhängt. Man sagt uns, man müsse zwischen politischen und strategischen Fragen unterscheiden. Es ist lachhaft, eine solche Frage auch nur zu stellen. Die Kadetten verstehen ausgezeichnet, daß es um eine politische Frage geht.

Daß der revolutionäre Kampf um den Frieden von unten, der begonnen hat, zu einem Separatfrieden führen könnte, ist eine Verleumdung. Wenn wir die Macht hätten, wäre unser erster Schritt, die reichsten Kapitalisten zu verhaften und das ganze Netz ihrer Intrigen zu zerreißen. Ohne diesen Schritt sind alle Redensarten von einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen leere Worte. Unser zweiter Schritt wäre, den Völkern, getrennt von den Regierungen, zu erklären, daß wir alle Kapitalisten für Räuber halten, auch Tereschtschenko, der um kein Haar besser ist als Miljukow, nur ist dieser etwas dümmer, auch die französischen und die englischen und alle anderen Kapitalisten.

In Ihrer eigenen Zeitung, den „Iswestija“⁶, hat man sich verrannt und schlägt statt eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen vor, es beim Status quo* zu belassen. Nein, so fassen wir den Frieden „ohne Annexionen“ nicht auf. Sogar der Bauernkongreß⁷ kommt hier der Wahrheit näher, da er von einer „föderativen“ Republik spricht und so den Gedanken zum Ausdruck bringt, daß die russische Republik kein einziges Volk unterdrücken will, weder auf neue noch auf alte Art, daß sie mit keinem Volk auf der Grundlage der Gewalt zusammenleben will, weder mit Finnland noch mit der Ukraine, denen der Kriegsminister so zusetzt, mit denen ungehörige und unzulässige Konflikte vom Zaun gebrochen werden. Wir wollen eine einheitliche und unteilbare Republik Rußland mit einer starken Staatsmacht, aber eine starke Staatsmacht kann nur durch freiwillige Übereinkunft der Völker geschaffen werden. „Revolutionäre Demokratie“ – das sind große Worte, sie werden aber für eine Regierung gebraucht, welche durch kleinliche Schikanen die Frage der Ukraine und Finnlands kompliziert, die sich gar nicht lostrennen wollen, sondern nur sagen: Schiebt doch die Anwendung der elementarsten Grundsätze der Demokratie nicht bis zur Konstituierenden Versammlung auf!

Ein Frieden ohne Annexionen und Kontributionen kann nicht geschlossen werden, solange Sie nicht auf Ihre eigenen Annexionen verzichten. Das ist doch lächerlich, das sind Possen, darüber lacht in Europa jeder Arbeiter; er sagt: Sie führen schöne Worte im Munde, sie rufen die Völker auf, die Bankiers zu stürzen, aber selbst schicken sie ihre einheimischen Bankiers in die Regierung. Verhaften Sie die Bankiers, decken

* Der bestehende Zustand, hier der Vorkriegszustand. *Die Red.*

Sie ihre Machenschaften auf, enthüllen Sie ihre Verbindungen – das aber tun Sie nicht, obwohl Sie machtvolle Organisationen haben, gegen die ein Widerstand unmöglich ist. Sie haben die Jahre 1905 und 1917 erlebt, Sie wissen, daß Revolutionen nicht auf Bestellung gemacht werden, daß die Revolutionen in anderen Ländern auf dem schweren, blutigen Weg von Aufständen vollzogen wurden; aber in Rußland gibt es keine Gruppe, keine Klasse, die sich der Macht der Sowjets widersetzen könnte. In Rußland ist diese Revolution ausnahmsweise als friedliche Revolution möglich. Wenn diese Revolution heute oder morgen unter Voraussetzung des Bruches mit allen Kapitalistenklassen allen Völkern den Frieden anböte, so würden innerhalb kürzester Frist die Völker sowohl Frankreichs als auch Deutschlands ihre Zustimmung geben, weil diese Länder zugrunde gehen, weil die Lage Deutschlands hoffnungslos ist, weil es keine Rettung für Deutschland gibt und weil Frankreich . . .

(Vorsitzender: „Ihre Redezeit ist abgelaufen.“)

Ich schließe in einer halben Minute . . . (Lärm, Zurufe: „Weitersprechen“, Widerspruch, Beifall.)

(Vorsitzender: „Ich teile dem Kongreß mit, daß das Präsidium vorschlägt, die Redezeit des Redners zu verlängern. Werden Einwände dagegen erhoben? Die Mehrheit ist für die Verlängerung der Redezeit.“)

Ich war dabei stehengeblieben, daß die revolutionäre Demokratie in Rußland, wenn sie eine Demokratie nicht in Worten, sondern in der Tat wäre, dazu überginge, die Revolution vorwärtszutreiben, statt mit den Kapitalisten gemeinsame Sache zu machen, daß sie, statt vom Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu reden, dazu überginge, die Annexionen Rußlands aufzuheben und unumwunden zu erklären, daß sie jede Annexion für ein Verbrechen und einen Raub hält. Dann wäre es möglich, die imperialistische Offensive zu vermeiden, die um der Aufteilung Persiens und des Balkans willen Tausende und Millionen von Menschen mit dem Untergang bedroht. Dann wäre der Weg zum Frieden offen, kein einfacher Weg – das behaupten wir nicht –, es ist ein Weg, der einen wirklich revolutionären Krieg nicht ausschließt.

Wir stellen diese Frage nicht so, wie sie Basarow heute in der „Nowaja Shisn“⁶ stellt; wir sagen nur, Rußland befindet sich in einer Situation, die es mit sich bringt, daß seine Aufgaben am Ende des imperialistischen

Kriege leichter sind, als es scheinen könnte. Die geographische Lage Rußlands ist derart, daß die Mächte, die es wagen sollten, gestützt auf das Kapital und seine räuberischen Interessen, gegen die russische Arbeiterklasse und das sich ihr anschließende Halbproletariat, d. h. die arme Bauernschaft, vorzugehen, daß diese Mächte, wenn sie sich darauf einließen, vor einer äußerst schwierigen Aufgabe stünden. Deutschland steht am Rande der Katastrophe, und nach dem Eingreifen Amerikas, das sich Mexiko einverleiben will und das morgen wahrscheinlich gegen Japan den Kampf aufnehmen wird, nach diesem Eingreifen Amerikas ist Deutschlands Lage hoffnungslos, man wird es vernichten. Frankreichs geographische Lage ist so, daß es von allen Völkern das meiste auszustehen hat und jetzt bis zum äußersten erschöpft ist; es hungert weniger als Deutschland, hat aber unermesslich viel mehr Menschen verloren als Deutschland. Wenn Sie also von Anfang an damit begonnen hätten, die Profite der russischen Kapitalisten zu beschneiden, ihnen jede Möglichkeit genommen hätten, Hundertmillionengewinne einzuheimsen, wenn Sie *allen* Völkern den Frieden gegen die Kapitalisten *aller* Länder angeboten und dabei offen erklärt hätten, daß Sie mit den deutschen Kapitalisten und mit denen, die sie direkt oder indirekt ermuntern oder sich mit ihnen einlassen, in keine Verhandlungen eintreten und keine Beziehungen anknüpfen werden, daß Sie es ablehnen, mit den französischen und englischen Kapitalisten zu verhandeln – dann wären Sie als Ankläger der Kapitalisten vor den Arbeitern aufgetreten. Dann würden Sie es nicht als Sieg betrachten, daß man MacDonald einen Paß gegeben hat⁹, MacDonald, der nie einen revolutionären Kampf gegen das Kapital geführt hat und den man reisen läßt, weil er weder die Ideen noch die Grundsätze, weder die Praxis noch die Lehren des revolutionären Kampfes gegen die englischen Kapitalisten vertreten hat, um dessentwillen unser Genosse Maclean und Hunderte anderer englischer Sozialisten in den Gefängnissen sitzen und weswegen unser Genosse Liebknecht im Zuchthaus schmachtet, weil er gesagt hat: „Deutsche Soldaten, kehrt die Waffen gegen euren Kaiser.“

Wäre es nicht richtiger, die imperialistischen Kapitalisten in jenes gleiche Zuchthaus zu stecken, das die Mehrheit der Mitglieder der Provisorischen Regierung in der eigens dafür wiederhergestellten dritten Duma – ich weiß übrigens nicht, die wievielte es ist, die dritte oder

vierte – uns täglich verheißt und für uns vorbereitet, worüber im Justizministerium bereits neue Gesetzentwürfe geschrieben werden? Maclean und Liebknecht – das sind die Namen der Sozialisten, die den Gedanken des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus in die Tat umsetzen. Das muß man allen Regierungen sagen, will man für den Frieden kämpfen, muß man die Regierungen vor den Völkern anklagen. Dann werden Sie alle imperialistischen Regierungen in eine schwierige Lage bringen. Jetzt aber sind Sie in eine schwierige Lage geraten, da Sie sich an die Völker mit dem Friedensaufruf vom 14. März¹⁰ gewandt haben, in dem es heißt: „Stürzt eure Zaren, eure Könige und eure Bankiers“, während wir, die wir über eine an Zahl, an Erfahrung und materieller Kraft so unerhört reiche Organisation verfügen wie den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, uns mit unseren Bankiers zu einem Block zusammentun, eine beinah-sozialistische Koalitionsregierung bilden und Reformentwürfe schreiben, wie sie in Europa Jahrzehnte um Jahrzehnte hindurch geschrieben worden sind. Dort, in Europa, lacht man über einen derartigen Kampf für den Frieden. Dort wird man ihn erst dann verstehen, wenn die Sowjets die Macht ergreifen und revolutionär auftreten werden.

Nur ein Land in der Welt kann jetzt im Klassenmaßstab gegen die Kapitalisten ohne blutige Revolution Schritte zur Beendigung des imperialistischen Krieges unternehmen, nur ein Land, und dieses Land ist Rußland. Dieses Land wird Rußland bleiben, solange der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten besteht. Lange wird er neben der Provisorischen Regierung, einer Regierung der üblichen Art, nicht bestehen können. Er wird in seinem jetzigen Zustand nur so lange weiterbestehen, solange der Übergang zur Offensive nicht erfolgt. Dieser Übergang zur Offensive bedeutet eine Wende in der gesamten Politik der russischen Revolution, d. h. den Übergang von der Hoffnung auf Frieden, von der Vorbereitung des Friedens durch den revolutionären Aufstand von unten zur Wiederaufnahme des Krieges. Der Übergang von der Verbrüderung an einer Front zur Verbrüderung an allen Fronten, von der spontanen Verbrüderung, bei der die Soldaten mit den hungernden deutschen Proletariern ein Stück Brot gegen ein Federmesser austauschten, wofür man ihnen mit dem Zuchthaus droht, zur bewußten Verbrüderung – das ist der Weg, der sich abgezeichnet hat.

Wenn wir die Macht in unsere Hände nehmen, werden wir den Kapitalisten Zügel anlegen, und dann wird es *nicht der* Krieg sein, der jetzt geführt wird, denn der Krieg wird dadurch bestimmt, welche Klasse ihn führt, nicht aber durch das, was auf dem Papier steht. Auf Papier kann man schreiben, was man will. Solange aber die Kapitalistenklasse in der Regierung die Mehrheit hat, wird der Krieg, was Sie auch schreiben mögen, welch schöne Reden auch gehalten werden, was für beinahe-sozialistische Minister auch in der Regierung sein mögen – wird der Krieg ein imperialistischer Krieg bleiben. Das wissen und sehen alle. An den Beispielen Albanien, Griechenland und Persien¹¹ hat sich das so klar und anschaulich gezeigt, daß ich mich wundere, warum alle unsere schriftliche Erklärung über die Offensive¹² angreifen und niemand ein Wort über die konkreten Beispiele sagt! Projekte verheißen ist leicht, aber die konkreten Maßnahmen werden immer wieder aufgeschoben. Eine Deklaration über den Frieden ohne Annexionen zu schreiben ist leicht, aber die Beispiele Albanien, Griechenland und Persien fallen doch in die Zeit *nach* der Bildung der Koalitionsregierung. Hat doch das „Delo Naroda“¹³, keine Zeitung unserer Partei, sondern eine Regierungszeitung, das Organ der Minister, hierzu geschrieben, es sei eine Verhöhnung der russischen Demokratie, daß man Griechenland die Kehle zuschnürt. Und derselbe Miljukow, den Sie als Gott weiß wen hinstellen – er ist ein einfaches Mitglied seiner Partei, Tereschtschenko unterscheidet sich in nichts von ihm –, dieser Miljukow schrieb, daß die Ententediplomatie auf Griechenland einen Druck ausgeübt hat. Der Krieg bleibt ein imperialistischer Krieg, und Sie mögen den Frieden noch so sehr wollen, Sie mögen noch so aufrichtig mit den Werktätigen fühlen, Sie mögen noch so ehrlich den Frieden herbeiwünschen – ich bin vollkommen davon überzeugt, daß der Wunsch nach Frieden bei den Massen nicht unaufrichtig sein kann –, aber Sie sind machtlos, weil der Krieg nicht anders beendet werden kann als durch die Weiterentwicklung der Revolution. Als in Rußland die Revolution begann, da begann auch der revolutionäre Kampf von unten um den Frieden. Wenn Sie die Macht in Ihre Hände genommen hätten, wenn die Macht von den revolutionären Organisationen ergriffen worden wäre, um den Kampf gegen die russischen Kapitalisten zu führen, dann hätten die Werktätigen der anderen Länder Ihnen geglaubt, und Sie hätten den Frieden anbieten können. Dann wäre uns der

Frieden gesichert, zumindest von zwei Seiten, von seiten zweier Völker, die verbluten und deren Lage hoffnungslos ist, von seiten Deutschlands und Frankreichs. Wenn uns dann die Umstände in die Situation eines revolutionären Krieges versetzen sollten – das kann niemand wissen, und wir stellen diese Möglichkeit nicht in Abrede –, so würden wir sagen: „Wir sind keine Pazifisten, wir lehnen den Krieg nicht ab, wenn die revolutionäre Klasse die Macht hat, wenn sie wirklich den Kapitalisten jeglichen Einfluß auf die Führung der Geschäfte und die Möglichkeit genommen hat, die Zerrüttung zu vergrößern, die ihnen erlaubt, Hunderte von Millionen einzuheimsen.“ Die revolutionäre Staatsmacht würde allen Völkern ohne Ausnahme erklären und sagen, daß alle Völker frei sein müssen, daß ebenso wie das deutsche Volk kein Recht hat, um den Besitz von Elsaß-Lothringen Krieg zu führen, auch das französische Volk nicht um seiner Kolonien willen Krieg führen darf. Denn wenn Frankreich seiner Kolonien wegen Krieg führt, so besitzt Rußland an Chiwa und Buchara auch eine Art von Kolonien, und dann fängt die Aufteilung der Kolonien an. Wie aber soll man sie aufteilen, nach welchem Grundsatz? Nach der Macht. Das Kräfteverhältnis hat sich aber geändert, die Lage der Kapitalisten ist derart, daß es keinen anderen Ausweg gibt als den Krieg. Wenn Sie die revolutionäre Macht ergreifen, dann wird Ihnen der revolutionäre Weg zum Frieden offenstehen: Sie werden sich mit einem revolutionären Aufruf an die Völker wenden und ihnen an Ihrem eigenen Beispiel die Taktik erläutern können. Dann wird sich vor Ihnen der Weg auftun, auf dem der Frieden auf revolutionäre Weise erkämpft wird, wobei höchstwahrscheinlich der Untergang von Hunderttausenden von Menschen vermieden werden kann. Dann können Sie überzeugt sein, daß sich das deutsche und das französische Volk auf Ihre Seite stellen werden. Selbst wenn die englischen, amerikanischen und japanischen Kapitalisten den Krieg gegen die revolutionäre Arbeiterklasse wollten – deren Kräfte sich verzehnfachen werden, sobald die Kapitalisten gezügelt, beiseite geschoben sind und die Arbeiterklasse die Kontrolle übernommen hat –, selbst wenn also die amerikanischen, englischen und japanischen Kapitalisten den Krieg wollten, ist mit 99 Prozent Sicherheit anzunehmen, daß sie außerstande sein werden, ihn zu führen. Es wird genügen, wenn Sie erklären, daß Sie keine Pazifisten sind, daß Sie Ihre Republik, die Arbeiterdemokratie, die proletarische Demokratie, gegen die deutschen, fran-

zösischen und sonstigen Kapitalisten verteidigen werden; das wird genügen, den Frieden zu gewährleisten.

Aus diesem Grunde haben wir unserer Erklärung über die Offensive eine so grundlegende Bedeutung beigemessen. Wir sind an einem Wendepunkt in der Geschichte der russischen Revolution angelangt. Die russische Revolution hatte zu Beginn von der imperialistischen Bourgeoisie Englands Hilfe erhalten, die glaubte, Rußland sei eine Art China oder Indien. Statt dessen sind neben der Regierung, in der jetzt die Gutsbesitzer und Kapitalisten die Mehrheit haben, die Sowjets entstanden, eine Vertretungskörperschaft, wie sie die Welt so machtvoll noch nie gesehen, noch nie erlebt hat, die Sie aber durch Ihre Teilnahme an der Koalitionsregierung der Bourgeoisie zum Tode verurteilen. Statt dessen hat die russische Revolution bewirkt, daß sich die Sympathien für den von unten geführten revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Regierungen überall, in allen Ländern verdreifacht haben. Die Frage steht so: vorwärts- oder rückwärtsgehen. Man kann in einer revolutionären Zeit nicht auf ein und demselben Fleck stehenbleiben. Eben deshalb bedeutet die Offensive eine Wende in der gesamten russischen Revolution, nicht durch ihre strategische, sondern durch ihre politische und ökonomische Bedeutung. Die Offensive ist heute objektiv – unabhängig von dem Willen oder den Erkenntnissen dieses oder jenes Ministers – die Fortsetzung des imperialistischen Völkermordens, der Vernichtung von Hunderttausenden, von Millionen Menschenleben um der Erdrosselung Persiens und anderer schwacher Völker willen. Der Übergang der Macht an das revolutionäre Proletariat, das von der armen Bauernschaft unterstützt wird, ist der Übergang zum revolutionären Kampf um den Frieden in den sichersten und schmerzlosesten Formen, die die Menschheit je gekannt hat, der Übergang dazu, daß die Macht und der Sieg der revolutionären Arbeiter in Rußland und in der ganzen Welt gesichert werden. (Beifall von einem Teil der Versammlung.)

*„Pravda“ Nr. 82 und 83,
28. und 29. (15. und 16.) Juni 1917.*

*Nach dem Text der „Pravda“, ver-
glichen mit dem von W. I. Lenin
korrigierten Stenogramm.*

2

REDE ÜBER DEN KRIEG

9. (22.) JUNI

Genossen, erlauben Sie mir, bei der Behandlung der Frage des Krieges einleitend an zwei Stellen aus dem Aufruf an alle Völker zu erinnern, der am 14. März vom Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-deputierten veröffentlicht wurde. „Die Zeit ist gekommen“, heißt es in diesem Aufruf, „den entschiedenen Kampf gegen die Eroberungsbestrebungen der Regierungen aller Länder zu beginnen. Es ist an der Zeit, daß die Völker die Entscheidung über Krieg und Frieden in ihre eigenen Hände nehmen.“ An einer anderen Stelle des Aufrufs, gerichtet an die Proletarier der österreichisch-deutschen Koalition heißt es: „Weigert euch, als Werkzeug der Eroberung und Vergewaltigung in den Händen der Könige, Gutsherren und Bankiers zu dienen.“ Das sind die zwei Stellen, die in verschiedenen Fassungen in Dutzenden, in Hunderten, ich glaube sogar in Tausenden von Resolutionen der Arbeiter und Bauern Rußlands wiederkehren.

Diese beiden Stellen zeigen meiner Ansicht nach am besten die widerspruchsvolle, unhaltbar verworrene Lage, in die die revolutionären Arbeiter und Bauern durch die gegenwärtige Politik der Menschewiki und Volkstümler geraten sind. Einerseits sind sie für die Unterstützung des Krieges, andererseits sind sie Angehörige von Klassen, die an den Eroberungsbestrebungen der Regierungen aller Länder nicht interessiert sind, und sie können nicht umhin, das auszusprechen. Diese Ideologie, diese Denkweise, wie unklar sie auch sein mag, ist bei fast allen Arbeitern und Bauern ungewöhnlich tief verwurzelt. Es ist das die Erkenntnis, daß der Krieg um der Eroberungsbestrebungen der Regierungen aller Länder willen geführt wird. Außerdem aber erkennt man nur höchst unklar oder

begreift gar nicht, daß eine Regierung, welche Form sie auch haben mag, die Interessen bestimmter Klassen zum Ausdruck bringt, und daß deshalb die Gegenüberstellung von Regierung und Volk, wie im ersten von mir angeführten Zitat, größte theoretische Verwirrung und außerordentliche politische Hilflosigkeit zeigt, daß sie bedeutet, sich selbst und seine gesamte Politik im höchsten Grade zu Unsicherheit und Schwankungen zu verurteilen. Genauso verhält es sich mit den Schlußworten des zweiten Zitats, das ich vorgelesen habe. Es ist eine ausgezeichnete Wendung: „Weigert euch, als Werkzeug der Eroberung und Vergewaltigung in den Händen der Könige, Gutsherren und Bankiers zu dienen“; das ist vortrefflich, nur fehlen hier die Worte: „auch der eigenen“. Denn wenn Sie, im Namen der russischen Arbeiter und Bauern, sich an die Arbeiter und Bauern Österreichs und Deutschlands wenden, deren Regierungen und herrschende Klassen einen ebenso räuberischen und annexionistischen Krieg führen wie die russischen, wie die englischen und französischen Kapitalisten und Bankiers, wenn Sie erklären: „Weigert euch, als Werkzeug in den Händen eurer Bankiers zu dienen“, während Sie gleichzeitig Ihre eigenen Bankiers in die Regierung eintreten lassen und sie neben die sozialistischen Minister setzen, so machen Sie all Ihre eigenen Aufrufe zunichte, so widerlegen Sie in der Praxis Ihre gesamte Politik. In Wirklichkeit bleibt von Ihren vortrefflichen Bestrebungen und Wünschen nichts übrig, denn Sie tragen dazu bei, daß Rußland denselben imperialistischen Krieg, denselben Eroberungskrieg weiterführt. Sie geraten in Widerspruch zu den Massen, die Sie vertreten, weil sich diese Massen nie auf den Standpunkt der Kapitalisten stellen werden, den Miljukow, Maklakow und andere offen zum Ausdruck bringen, die da sagen: „Es gibt keinen Gedanken, der verbrecherischer wäre als der, daß der Krieg im Interesse des Kapitals geführt wird.“

Ob dieser Gedanke verbrecherisch ist, weiß ich nicht; ich zweifle nicht daran, daß er vom Standpunkt derjenigen verbrecherisch ist, die heute zwar noch halb, aber morgen vielleicht gar nicht mehr existieren, doch er ist der einzig richtige Gedanke. Er allein bringt unsere Auffassung dieses Krieges zum Ausdruck; er allein spiegelt die Interessen der unterdrückten Klassen, den Kampf gegen die Unterdrücker wider. Wenn wir sagen, daß der Krieg ein kapitalistischer, ein Eroberungskrieg ist, so darf man sich keine Illusionen machen: das besagt auf keinen Fall, daß Ver-

brechen einzelner Personen, einzelner Könige einen solchen Krieg hervorrufen könnten.

Der Imperialismus ist eine bestimmte Entwicklungsstufe des Weltkapitals. Der Kapitalismus ist in jahrzehntelanger Entwicklung schließlich dahin gelangt, daß eine kleine Gruppe ungeheuer reicher Länder – es sind nicht mehr als vier: England, Frankreich, Deutschland und Amerika – einen Reichtum angehäuft hat, der sich auf Hunderte von Milliarden beläuft, daß hier eine solche Macht in den Händen der Großbanken und Großkapitalisten vereinigt wurde, von denen es in jedem dieser Länder nur einige, höchstens ein halbes Dutzend gibt, eine solche gigantische Macht, die die ganze Welt umspannt und buchstäblich den ganzen Erdball territorial, in kolonialem Sinne aufgeteilt hat. Die Kolonien dieser Mächte stoßen in allen Ländern der Erde aneinander. Diese Staaten haben auch ökonomisch die Welt unter sich aufgeteilt, denn es gibt kein Stück Land auf der Erde, wohin die Konzessionen nicht gedrungen wären, wo das Finanzkapital nicht seine Fäden gesponnen hätte. Das ist die Grundlage der Annexionen. Annexionen sind nichts Ausgeklügeltes, sie entstanden nicht, weil einige Menschen aus Freunden der Freiheit plötzlich zu Reaktionären wurden. Annexionen sind nichts anderes als der politische Ausdruck und die politische Form der Herrschaft der Riesenzentralbanken, die sich im Kapitalismus unvermeidlich, ohne irgendwessen Schuld herausgebildet hat, denn Aktien bilden die Grundlage der Banken, und Anhäufung von Aktien, das ist die Grundlage des Imperialismus. Die Großbanken, die durch Hunderte Milliarden von Kapital die ganze Welt beherrschen, die ganze Industriezweige mit den Verbänden der Kapitalisten und Monopolisten vereinigen, das ist der Imperialismus, der die gesamte Welt in drei Gruppen ungeheuer reicher Räuber aufgespalten hat.

An der Spitze der einen, der ersten Gruppe, die uns in Europa näher ist, steht England, die Führung der beiden anderen haben Deutschland und Amerika inne; die übrigen Länder sind gezwungen, als Handlanger mitzutun, solange die kapitalistischen Verhältnisse bestehen. Wenn Sie sich also über dieses Wesen der Sache klarwerden, das jeder unterdrückte Mensch instinktiv erkennt, das die übergroße Mehrheit der russischen Arbeiter und Bauern instinktiv erkennt, wenn Sie eine klare Vorstellung davon haben, so werden Sie begreifen, wie lächerlich es ist, den

Kampf gegen den Krieg mit Worten, Manifesten, Proklamationen und sozialistischen Kongressen führen zu wollen. Es ist lächerlich, denn wieviel solcher Erklärungen Sie auch abgeben, wieviel politische Umwälzungen Sie auch vollziehen mögen – Sie haben in Rußland Nikolaus Romanow gestürzt und bis zu einem gewissen Grade eine Republik geschaffen; Rußland hat einen Riesenschritt vorwärts getan, hat vielleicht mit einem Sprung Frankreich fast eingeholt, das unter anderen Bedingungen dafür hundert Jahre gebraucht hat, und ein kapitalistisches Land geblieben ist –, die Banken bleiben allmächtig. Die Kapitalisten bleiben nach wie vor. Wenn sie sich etwas zurückhalten, so taten sie das auch im Jahre 1905, aber hat ihnen das denn Abbruch getan? Wenn das den Russen etwas Neues ist, so hat doch in Europa jede Revolution gezeigt, daß die Arbeiter bei jedem Anschwellen der revolutionären Welle etwas mehr erreichen, daß aber die Macht eben doch die Macht der Kapitalisten bleibt. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ist nur möglich als Kampf der revolutionären Klassen gegen die herrschenden Klassen im Weltmaßstab. Es sind das nicht die Gutsbesitzer im allgemeinen, obwohl es in Rußland Gutsbesitzer gibt und sie hier eine größere Rolle spielen als in irgendeinem anderen Lande, doch nicht diese Klasse hat den Imperialismus geschaffen. Hier handelt es sich um die Klasse der Kapitalisten, an deren Spitze die größten Finanzmagnaten und Banken stehen; solange diese Klasse, die über die unterdrückten Proletarier und ihre Verbündeten, die armen Bauern, die Halbproletarier, wie sie in unserem Programm genannt werden, herrscht, solange diese Klasse nicht gestürzt ist, gibt es keinen Ausweg aus diesem Krieg. Die Illusion, daß Sie die Werktätigen aller Länder durch Proklamationen und Aufrufe an die anderen Völker vereinigen könnten, kann man nur von dem beschränkten russischen Standpunkt aus hegen, der nicht in Rechnung stellt, wie sich die Presse in Westeuropa, wo die Arbeiter und Bauern an politische Umwälzungen gewöhnt sind, die sie zu Dutzenden erlebt haben, über solche Redensarten und Aufrufe lustig macht. Die westeuropäischen Arbeiter und Bauern wissen nicht, daß sich in Rußland tatsächlich die Massen der Arbeiter erhoben haben, die in ihrer übergroßen Mehrheit absolut aufrichtig sind, die die Eroberungsbestrebungen der Kapitalisten aller Länder verurteilen und die Befreiung der Völker von den Bankiers herbeisehnen. Aber diese Europäer verstehen nicht, warum Sie, die Sie solche

Organisationen haben, wie sie kein Volk der Erde hat, die Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten, die bewaffnet sind, warum Sie Ihre Sozialisten als Minister in die Regierung schicken, warum Sie dennoch die Macht diesen Bankiers ausliefern. Im Ausland beschuldigt man Sie nicht nur der Naivität, das wäre nicht weiter schlimm. Die Europäer haben verlernt, Naivität in der Politik zu verstehen, sie haben verlernt zu verstehen, daß es in Rußland Dutzende Millionen von Menschen gibt, die eben erst zum Leben erwachen, daß man in Rußland nicht weiß, welcher Zusammenhang zwischen den Klassen und der Regierung und welcher Zusammenhang zwischen der Regierung und dem Krieg besteht. Der Krieg ist die Fortsetzung der bürgerlichen Politik und nichts weiter. Die herrschende Klasse bestimmt die Politik auch im Kriege. Der Krieg ist durch und durch Politik, dieselben Klassen fahren fort, ihre bisherigen Ziele zu verwirklichen, nur auf einem anderen Wege. Wenn Sie also in Ihren Aufrufen der Arbeiter und Bauern schreiben: „Stürzt eure Bankiers“, so wird jeder klassenbewußte Arbeiter in Europa entweder über Sie lachen, oder er wird bitterlich weinen und sich sagen: „Was können wir tun, wenn sie dort einen halbwildem Idioten und eine Bestie von Monarchen gestürzt haben, solche, wie wir sie bei uns schon längst zum Teufel gejagt haben – darin besteht unser ganzes Verbrechen –, und jetzt mit ihren ‚beinah-sozialistischen‘ Ministern die russischen Bankiers unterstützen?!“

Die Bankiers bleiben an der Macht und verfolgen ihre Außenpolitik mit Hilfe des imperialistischen Krieges, indem sie die Verträge, die Nikolaus II. für Rußland abgeschlossen hat, voll und ganz aufrechterhalten. Bei uns tritt das besonders klar hervor. Die Grundlagen der russischen imperialistischen Außenpolitik sind nicht von unseren heutigen Kapitalisten festgelegt worden, sondern von der früheren Regierung mit Nikolaus Romanow, den wir gestürzt haben. Diese Verträge hat er abgeschlossen, doch man hält sie geheim; die Kapitalisten können sie nicht veröffentlichen, weil sie Kapitalisten sind. Aber kein einziger Arbeiter oder Bauer kann diesen Wirrwarr verstehen, weil er sich sagt: Wenn wir dazu auffordern, die Kapitalisten in den anderen Ländern zu stürzen, so müssen wir vor allem unsere eigenen Bankiers davonjagen, sonst wird uns niemand Glauben schenken, und keiner wird uns ernst nehmen, man wird sagen, wir seien naive russische Wildlinge, die Worte schreiben,

welche an und für sich vortrefflich sind, aber keinen politischen Inhalt haben; oder man wird vielleicht noch schlimmer von uns denken und uns für Heuchler halten. Solche Äußerungen könnten Sie tatsächlich in der Auslandspresse finden, wenn die ausländischen Zeitungen aller Richtungen frei die Grenze passieren könnten und nicht in Torneå von den englischen und französischen Behörden zurückgehalten würden. Eine einzige Auslese von Zitaten aus den ausländischen Zeitungen würde Sie davon überzeugen, in welchem schreienden Widerspruch Sie geraten, wie unglaublich lächerlich und falsch der Gedanke ist, gegen diesen Krieg durch sozialistische Konferenzen und Vereinbarungen mit Sozialisten auf Kongressen kämpfen zu wollen. Wenn der Imperialismus durch die Schuld oder das Verbrechen einzelner Personen entstanden wäre, dann wäre es wohl möglich, daß der Sozialismus geblieben wäre. Doch der Imperialismus ist die letzte Entwicklungsstufe des Kapitalismus, auf der bereits die ganze Welt aufgeteilt ist und zwei Riesengruppen in einem Kampf auf Leben und Tod miteinander ringen. Entweder man dient der einen oder der anderen Gruppe, oder man muß beide Gruppen stürzen, einen anderen Weg gibt es nicht. Wenn Sie gegen den Separatfrieden anführen, daß wir doch nicht dem deutschen Imperialismus dienen wollen, so ist das vollkommen richtig, deswegen sind ja auch wir gegen einen Separatfrieden. Aber faktisch dienen Sie nach wie vor, ohne es zu wollen, dem englisch-französischen Imperialismus, der die gleichen räuberischen, annexionistischen Bestrebungen hat, wie sie auch von den russischen Kapitalisten mit Hilfe von Nikolaus Romanow in Verträgen festgelegt worden sind. Wir kennen den Wortlaut dieser Verträge nicht, aber jeder, der die politische Literatur verfolgt hat, der nur einmal in einem Buch über Wirtschaft und Diplomatie geblättert hat, kennt den Inhalt dieser Verträge. Ja, auch Miljukow hat, soweit ich mich erinnere, in seinen Büchern von diesen Verträgen und Zusicherungen geschrieben, daß man Galizien, die Meerengen und Armenien an sich reißen, die alten Annexionen aufrechterhalten und eine Menge neuer hinzufügen will. Das wissen alle, die Verträge aber werden weiterhin verheimlicht, und man sagt uns, es bedeute den Bruch mit den Verbündeten, wenn wir sie aufheben.

Zur Frage des Separatfriedens habe ich bereits gesagt, daß ein Separatfrieden für uns nicht in Frage kommt; und auf Grund der Resolution

unserer Partei kann auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß wir ihn ablehnen wie jedes Übereinkommen mit den Kapitalisten. Für uns wäre der Separatfrieden ein Übereinkommen mit den deutschen Räubern, weil sie genauso Raubpolitik treiben wie die anderen. Aber auch die Verständigung mit dem russischen Kapital in der russischen Provisorischen Regierung ist ein solcher Separatfrieden. Die zaristischen Verträge sind geblieben, sie dienen ebenfalls dem Raub und der Unterdrückung anderer Völker. Wenn man sagt: „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“, wie das jeder russische Arbeiter und Bauer sagen muß, weil ihn das das Leben lehrt, weil er an den Profiten der Banken nicht interessiert ist, weil er leben will – so antworte ich, daß bei den Führern des jetzigen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten aus den Parteien der Volkstümler und der Menschewiki in bezug auf diese Losung Verwirrung herrscht. In ihren „Iswestija“ sagten sie, dies bedeute den Status quo, d. h. den Vorkriegszustand, die Rückkehr zu dem, was vor dem Kriege war. Ist das etwa kein kapitalistischer Frieden? Und was für ein kapitalistischer Frieden! Wenn Sie eine solche Losung aufstellen, so sollten Sie wissen, daß der Gang der Ereignisse Ihre Parteien an die Macht bringen kann. Während der Revolution ist das möglich. Sie werden das tun müssen, was Sie sagen; wenn Sie jetzt einen Frieden ohne Annexionen vorschlagen, werden ihn die Deutschen annehmen, aber die Engländer nicht, weil die englischen Kapitalisten keinen Fußbreit Boden verloren, sondern an allen Ecken und Enden der Welt welchen zusammengeraubt haben. Die Deutschen haben viel zusammengeraubt, aber auch viel verloren, und nicht nur viel verloren, sie haben es jetzt obendrein mit Amerika zu tun, ihrem mächtigsten Gegner. Wenn Sie einen Frieden ohne Annexionen vorschlagen und darunter den Status quo verstehen, so kommt es dazu, daß aus Ihrem Vorschlag ein Separatfrieden mit den Kapitalisten wird, denn wenn Sie diesen Vorschlag machen, dann werden die deutschen Kapitalisten, die Amerika und Italien vor sich sehen, mit denen sie früher Verträge geschlossen hatten, sagen: „Ja, wir nehmen diesen Frieden ohne Annexionen an, er ist für uns keine Niederlage, sondern ein Sieg gegenüber Amerika und Italien.“ Sie kommen objektiv zu dem Separatfrieden mit den Kapitalisten, den Sie uns vorwerfen, weil Sie in Ihrer Politik, Ihren Handlungen und praktischen Schritten nicht grundsätzlich mit den Bankiers brechen, die die Expo-

nenten der imperialistischen Herrschaft in der ganzen Welt sind und die Sie und Ihre „sozialistischen“ Minister in der Provisorischen Regierung unterstützen.

Damit bringen Sie sich in eine widerspruchsvolle, unsichere Lage, in der die Massen Sie falsch verstehen. Die an Annexionen nicht interessierten Massen sagen: Wir wollen nicht um irgendwelcher Kapitalisten willen Krieg führen. Wenn man uns sagt, einer solchen Politik könne durch Kongresse und Abmachungen zwischen den Sozialisten aller Länder ein Ende bereitet werden, so erklären wir: Das könnte möglich sein, wenn der Imperialismus das Werk einzelner Verbrecher wäre, aber der Imperialismus ist die Weiterentwicklung des Weltkapitalismus, womit die Arbeiterbewegung zusammenhängt.

Der Sieg des Imperialismus ist der Beginn der unvermeidlichen, in allen Ländern unausbleiblichen Spaltung der Sozialisten in zwei Lager. Wer jetzt noch weiterhin von den Sozialisten als einem Ganzen spricht, als von etwas, das ein Ganzes sein kann, der betrügt sich und andere. Der ganze Verlauf des Krieges, die ganzen zweieinhalb Jahre Krieg haben diese Spaltung hervorgerufen – seit das einstimmig angenommene Basler Manifest¹⁴ erklärt hatte, daß es sich um einen Krieg des imperialistischen Kapitalismus handelt. Im Basler Manifest ist kein Wort von „Vaterlandsverteidigung“ zu finden. Man konnte vor dem Kriege kein anderes Manifest schreiben, wie auch jetzt kein Sozialist vorschlagen wird, ein Manifest über die „Vaterlandsverteidigung“ in einem Kriege zwischen Japan und Amerika zu schreiben, wo es nicht um die eigene Haut, nicht um die eigenen Kapitalisten und die eigenen Minister geht. Schreiben Sie doch eine Resolution für die internationalen Kongresse! Sie wissen, daß der Krieg zwischen Japan und Amerika eine schon ausgemachte Sache ist, er ist durch Jahrzehnte vorbereitet, und er wird kein Zufall sein; die Taktik hängt nicht davon ab, wer den ersten Schuß abfeuert. Das ist lachhaft! Sie wissen sehr gut, daß der japanische und der amerikanische Kapitalismus den gleichen räuberischen Charakter haben. Von „Vaterlandsverteidigung“ wird man auf beiden Seiten sprechen; das wird entweder verbrecherisch oder Zeichen einer außerordentlichen Schwäche sein, hervorgerufen durch die „Verteidigung“ der Interessen unserer kapitalistischen Feinde. Darum sagen wir, daß der Sozialismus unwiderruflich gespalten ist. Diejenigen Sozia-

listen haben den Sozialismus ganz aufgegeben, die auf die Seite ihrer Regierung, ihrer Bankiers und Kapitalisten übergegangen sind, wie sehr sie auch in Worten von ihnen abrücken, wie sehr sie sie auch verurteilen mögen. Auf die Verurteilung kommt es nicht an. Aber zuweilen ist die Verurteilung der Deutschen, weil sie ihre Kapitalisten unterstützen, nur der Deckmantel für die Verteidigung der gleichen „Sünde“ von seiten der Russen! Wenn Sie die deutschen Sozialchauvinisten anklagen, d. h. Leute, die in Worten Sozialisten – vielleicht sind viele von ihnen auch im Herzen Sozialisten –, aber ihren Taten nach Chauvinisten sind und in Wirklichkeit nicht das deutsche Volk, sondern die schmutzigen, gewinnsüchtigen und räuberischen deutschen Kapitalisten verteidigen, wenn Sie solche Leute anklagen, so dürfen Sie nicht die englischen, französischen und russischen Kapitalisten verteidigen. Die deutschen Sozialchauvinisten sind nicht schlechter als diejenigen, die in unserer Regierung dieselbe Politik der Geheimverträge und Annexionen fortsetzen und das mit frommen naiven Wünschen verdecken, in denen viel Gutes steckt, und die, vom Standpunkt der Massen gesehen – das gebe ich zu –, absolut aufrichtig gemeint sind, in denen ich aber kein einziges Wort als politische Wahrheit anerkenne und auch nicht anerkennen kann. Das sind nur Ihre Wünsche, der Krieg aber bleibt nach wie vor der gleiche imperialistische Krieg, für die gleichen Geheimverträge! Sie fordern andere Völker auf, die Bankiers zu stürzen, aber Ihre eigenen unterstützen Sie! Sie sprechen vom Frieden, sagen aber nicht, welchen Frieden Sie meinen. Was den Frieden auf der Grundlage des Status quo anbelangt, ist man uns die Antwort schuldig geblieben, als wir auf diesen schreienden Widerspruch hinwiesen. Sie werden in Ihrer Resolution, in der Sie vom Frieden ohne Annexionen sprechen werden, nicht sagen können, daß dies nicht den Status quo bedeutet. Sie können auch nicht sagen, daß dies den Status quo bedeutet, d. h. die Wiederherstellung des Vorkriegszustands. Also, wie nun? England die deutschen Kolonien wegnehmen? Versuchen Sie es doch mit friedlichen Übereinkommen! Alle werden über Sie lachen. Versuchen Sie doch einmal, Japan ohne Revolution das geraubte Kiautschou und die Inseln im Stillen Ozean¹⁵ wegzunehmen!

Sie haben sich in unlösbare Widersprüche verwickelt. Wenn wir sagen „ohne Annexionen“, so erklären wir, daß diese Losung für uns nur ein untergeordneter Teil des Kampfes gegen den Weltimperialismus ist. Wir

sagen, daß wir alle Völker befreien wollen und damit bei unseren eigenen beginnen. Sie reden vom Krieg gegen Annexionen und vom Frieden ohne Annexionen, während Sie in Rußland selbst die Annexionspolitik fortsetzen. Das ist unerhört. Sie und Ihre Regierung, Ihre neuen Minister setzen in Wirklichkeit gegenüber Finnland und der Ukraine die Annexionspolitik fort. Sie schikanieren den ukrainischen Kongreß und verbieten durch Ihre Minister seinen Zusammentritt.¹⁶ Ist das etwa keine Annexionspolitik? Das ist eine Politik, die die Rechte eines Volkes verhöhnt, das von den Zaren gemartert wurde, weil seine Kinder die Muttersprache sprechen wollten. Das bedeutet, Angst vor selbständigen Republiken haben. Vom Standpunkt der Arbeiter und Bauern ist da nichts zu fürchten. Mag Rußland ein Bund freier Republiken werden. Die Arbeiter- und Bauernmassen werden keinen Krieg führen, um das zu verhindern. Jedes Volk soll frei werden, zuerst all die Völkerschaften, mit denen zusammen in Rußland die Revolution durchgeführt wird. Tun Sie einen solchen Schritt nicht, so brechen Sie selbst den Stab über sich und sind nur den Worten nach eine „revolutionäre Demokratie“, während Ihre ganze Politik in Wirklichkeit konterrevolutionär ist.

Ihre Außenpolitik ist antidemokratisch und konterrevolutionär, doch eine revolutionäre Politik kann Sie vor die Notwendigkeit eines revolutionären Krieges stellen. Das ist jedoch nicht unbedingt notwendig. Dieses Problem ist sowohl vom Referenten als auch in letzter Zeit in der Presse eingehend behandelt worden. Ich möchte darauf gern näher eingehen.

Wie stellen wir uns denn praktisch den Ausweg aus diesem Krieg vor? Wir sagen: Der einzige Ausweg aus diesem Krieg ist die Revolution. Unterstützt die Revolution der von den Kapitalisten unterdrückten Klassen, stürzt die Kapitalistenklasse im eigenen Land und gibt so den anderen Ländern ein Beispiel. Nur das ist Sozialismus. Nur das ist Kampf gegen den Krieg. Alles andere sind Verheißungen, Redensarten oder fromme naive Wünsche. In allen Ländern der Welt hat sich der Sozialismus gespalten. Sie geraten weiterhin in Widersprüche, wenn Sie sich mit jenen Sozialisten zusammentun, die ihre eigene Regierung unterstützen, und Sie vergessen, daß in England und Deutschland die wirklichen Sozialisten, die den Sozialismus der Massen zum Ausdruck bringen, vereinzelt geblieben sind und in den Gefängnissen sitzen. Doch nur

diese allein vertreten die Interessen der proletarischen Bewegung. Wie aber, wenn in Rußland die unterdrückte Klasse an die Macht käme? Wenn man zu uns sagt: Wie wollt ihr allein aus dem Krieg herauskommen, so antworten wir: Allein kann man nicht herauskommen. Jede Resolution unserer Partei erklärt und jeder unserer Versammlungsredner sagt, daß es ein Unsinn sei anzunehmen, man könne allein aus diesem Krieg ausscheiden. Hunderte Millionen von Menschen, Hunderte Milliarden von Kapital sind in diesen Krieg verwickelt. Es gibt keinen anderen Weg, aus dem Krieg herauszukommen, als den, daß die Macht von der revolutionären Klasse übernommen wird, die verpflichtet ist, in der Tat den Imperialismus zu beseitigen, d. h. die Verbindungen des Finanz- und Bankkapitals sowie die annexionistischen Beziehungen zu zerstören. Solange wir das nicht getan haben, ist nichts getan. Der Umsturz hat sich darauf beschränkt, daß er uns statt des Zarismus und Imperialismus eine Quasirepublik, eine durch und durch imperialistische Republik beschert hat, in der sogar die Vertreter der revolutionären Arbeiter und Bauern nicht verstehen, mit Finnland und der Ukraine demokratisch umzugehen, d. h. ohne Furcht vor deren Lostrennung.

Wenn gesagt wird, daß wir einen Separatfrieden anstreben, so ist das nicht wahr. Wir sagen: Keinen Separatfrieden mit irgendwelchen Kapitalisten, vor allem nicht mit den russischen. Die Provisorische Regierung aber hat einen Separatfrieden mit den russischen Kapitalisten geschlossen. Nieder mit diesem Separatfrieden! (B e i f a l l.) Wir erkennen keinen Separatfrieden mit den deutschen Kapitalisten an und werden keinerlei Verhandlungen mit ihnen aufnehmen, aber auch einen Separatfrieden mit den englischen und französischen Imperialisten erkennen wir nicht an. Man sagt uns, mit ihnen brechen bedeute Verständigung mit den deutschen Imperialisten. Das ist nicht wahr, man muß mit ihnen sofort brechen, weil das ein Bündnis zwischen Räubern ist. Man sagt, es sei unmöglich, die Verträge zu veröffentlichen, weil das unsere ganze Regierung, unsere ganze Politik in den Augen jedes Arbeiters und jedes Bauern der Schande preisgeben würde. Wenn man diese Verträge veröffentlichte und in den Versammlungen den russischen Arbeitern und Bauern, und zwar in jedem abgelegenen Dörfchen, klar sagte: Seht, dafür kämpft ihr jetzt, für die Meerengen, für die Besetzung Armeniens, so würde jeder sagen: Einen solchen Krieg wollen wir nicht. (V o r s i t z e n d e r : „Ihre

Redezeit ist abgelaufen.“ R u f e : „Weiterreden!“) Noch zehn Minuten. (R u f e : „Weiterreden!“)

Ich sage, daß folgende Alternative falsch ist: „entweder mit den englischen oder mit den deutschen Imperialisten“. Frieden mit den deutschen Imperialisten bedeute Krieg gegen die englischen und umgekehrt. Eine solche Gegenüberstellung gefällt denen, die mit ihren Kapitalisten und Bankiers nicht brechen wollen und Bündnisse gleich welcher Art mit ihnen zulassen. Uns aber gefällt sie nicht. Wir erklären, daß wir das Bündnis mit der unterdrückten Klasse, mit den unterdrückten Völkern verteidigen werden. Bleiben Sie einem solchen Bündnis treu, dann werden Sie revolutionäre Demokraten sein. Das ist keine leichte Aufgabe. Bei dieser Aufgabe darf man nicht vergessen, daß wir unter bestimmten Bedingungen ohne revolutionären Krieg nicht auskommen werden. Keine revolutionäre Klasse kann ein für allemal auf einen revolutionären Krieg verzichten, denn sonst verurteilt sie sich zu einem lächerlichen Pazifismus. Wir sind keine Tolstoianer. Wenn die revolutionäre Klasse die Macht ergreift, wenn es in ihrem Staat keine Annexionen mehr gibt, wenn die Banken und das Großkapital keine Macht mehr haben – dies zu erreichen ist in Rußland nicht leicht –, dann wird diese Klasse nicht nur in Worten, sondern in Wirklichkeit einen revolutionären Krieg führen. Auf einen solchen Krieg ein für allemal zu verzichten ist unmöglich. Das würde bedeuten, in Tolstoianertum und in Spießertum zu verfallen, die ganze Lehre des Marxismus und die Erfahrungen aller europäischen Revolutionen zu vergessen.

Rußland kann nicht allein aus dem Kriege ausscheiden. Es wachsen ihm aber gewaltige Bundesgenossen heran, die Ihnen deshalb jetzt nicht glauben, weil Ihre Stellung widerspruchsvoll und naiv ist, deshalb, weil Sie anderen Völkern den Rat erteilen: „Fort mit den Annexionen“, während Sie bei sich die Annexionen praktizieren. Anderen Völkern sagen Sie: Stürzt eure Bankiers, Ihre eigenen aber stürzen Sie nicht. Versuchen Sie es mit einer anderen Politik. Veröffentlichen Sie die Verträge und geben Sie diese vor allen Arbeitern und Bauern, auf allen Versammlungen der Schande preis. Erklären Sie: Kein Frieden mit den deutschen und völliger Bruch mit den englischen und französischen Kapitalisten. Sollen die Engländer sich aus der Türkei fortscheren und aufhören, um Bagdad Krieg zu führen. Sollen sie sich aus Indien und Ägypten fortscheren. Wir wol-

len nicht dafür kämpfen, daß die geraubte Beute behalten wird, so wie wir nicht die geringste Energie dafür aufwenden werden, daß die deutschen Räuber ihre Beute behalten. Wenn Sie das *tun werden* – Sie haben es nur gesagt, doch in der Politik glaubt man Worten nicht und tut gut daran –, wenn Sie das nicht nur sagen, sondern auch tun, so werden die Bundesgenossen, die es heute gibt, in Erscheinung treten. Achten Sie auf die Stimmung all der unterdrückten Arbeiter und Bauern, sie empfinden schmerzlich, daß Sie, obwohl Sie Waffen haben, so schwach sind, die Bankiers an der Macht zu lassen. Ihre Bundesgenossen, das sind die unterdrückten Arbeiter aller Länder. Es wird das eintreten, was die Revolution von 1905 in der Praxis gezeigt hat. Als sie begann, war sie furchtbar schwach. Welches aber war ihr internationales Ergebnis? Wie ist durch diese Politik, durch die Geschichte des Jahres 1905, die Außenpolitik der russischen Revolution bestimmt worden? Heute führen Sie die Außenpolitik der russischen Revolution in voller Übereinstimmung mit den Kapitalisten durch. Das Jahr 1905 aber hat gezeigt, wie die Außenpolitik der russischen Revolution sein muß. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß nach dem 17. Oktober 1905 in Wien und Prag Unruhen ausbrachen, die Massen auf die Straße gingen und Barrikaden bauten. Dem Jahre 1905 folgte das Jahr 1908 in der Türkei, 1909 in Persien und 1910 in China.¹⁷ Wenn Sie an die wirklich revolutionäre Demokratie, die Arbeiterklasse und die Unterdrückten appellieren, statt mit den Kapitalisten zu paktieren, so werden nicht die unterdrückenden, sondern die unterdrückten Klassen Ihre Bundesgenossen sein, nicht die Völker, bei denen jetzt vorübergehend die unterdrückenden Klassen die Oberhand haben, sondern die Völker, die man jetzt in Stücke reißt.

Man erinnert uns hier an die deutsche Front, an der etwas zu verändern, niemand von uns vorgeschlagen hat, wir wollen nur, daß unsere Aufrufe frei verbreitet werden können, die auf der einen Seite in russischer und auf der anderen in deutscher Sprache geschrieben sind. Darin heißt es: Die Kapitalisten beider Länder sind Räuber, sie beseitigen, das ist nichts anderes als ein Schritt zum Frieden. Es gibt aber auch andere Fronten. An der türkischen Front steht unsere Armee, deren zahlenmäßige Stärke ich nicht kenne. Nehmen wir an, es sind etwa drei Millionen. Wenn diese Armee, die jetzt in Armenien steht und dort das Land annektiert, was Sie, die Sie anderen Völkern den Frieden ohne Annexionen predigen,

dulden, obwohl Sie die Kraft und die Macht haben, wenn diese Armee dazu überginge, dieses Programm durchzuführen, wenn sie Armenien zu einer unabhängigen Armenischen Republik machte und ihr das Geld zahlte, das uns die Finanzmagnaten Englands und Frankreichs abnehmen, so wäre das besser.

Man sagt, daß wir ohne die finanzielle Unterstützung Englands und Frankreichs nicht auskommen könnten. Aber diese Unterstützung „unterstützt“ uns so wie der Strick den Gehenkten. Soll die russische revolutionäre Klasse sagen: Fort mit dieser Unterstützung, wir erkennen die Schulden nicht an, die bei den französischen und englischen Kapitalisten gemacht worden sind, wir fordern alle zum Aufstand gegen die Kapitalisten auf. Keinen Frieden mit den deutschen Kapitalisten und kein Bündnis mit den Engländern und den Franzosen! Würde man tatsächlich diese Politik betreiben, so könnte unsere Armee an der türkischen Front frei werden und an andere Fronten gehen, denn alle Völker Asiens würden dann sehen, daß das russische Volk nicht nur mit Worten einen Frieden ohne Annexionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker verkündet, sondern daß die russischen Arbeiter und Bauern sich tatsächlich an die Spitze aller unterdrückten Völker stellen, daß für sie der Kampf gegen den Imperialismus kein bloßer Wunsch und keine prunkvolle ministerielle Redensart ist, sondern das ureigene Interesse der Revolution.

Unsere Lage ist so, daß ein revolutionärer Krieg uns zwar drohen kann, aber nicht unbedingt eintreten muß, denn die englischen Imperialisten werden kaum einen Krieg gegen uns führen können, wenn Sie den Völkern, die Rußland umgeben, Ihre Tat als Beispiel zeigen werden. Beweisen Sie, daß Sie Armenien als Republik befreien, verständigen Sie sich mit den Arbeiter- und Bauernräten in allen Ländern darüber, daß Sie für eine freie Republik eintreten, dann würde die Außenpolitik der russischen Revolution wirklich revolutionär, wirklich demokratisch werden. Sie ist das jetzt nur in Worten, in Wirklichkeit ist sie konterrevolutionär, denn Sie sind mit dem englisch-französischen Imperialismus verbunden und wollen das nicht offen sagen, Sie fürchten sich, das zuzugeben. Besser wäre es, wenn Sie an Stelle der Aufforderung, „die fremden Bankiers zu stürzen“, dem russischen Volk, den Arbeitern und Bauern, offen sagten: „Wir sind zu schwach, wir können das Joch der englischen

und französischen Imperialisten nicht abwerfen, wir sind ihre Sklaven, darum führen wir Krieg.“ Das wäre eine bittere Wahrheit, aber sie hätte revolutionäre Bedeutung und würde das Ende dieses räuberischen Krieges schneller herbeiführen. Das ist tausendmal mehr wert als ein Übereinkommen mit den französischen und englischen Sozialchauvinisten, als die Einberufung von Kongressen mit ihnen, als die Fortsetzung dieser Politik, bei der Sie im Grunde genommen fürchten, mit den Imperialisten des einen Landes zu brechen, und Bundesgenossen eines anderen bleiben. Sie können sich auf die unterdrückten Klassen der europäischen Länder und auf die unterdrückten Völker der schwächeren Länder stützen, die Rußland unter den Zaren unterdrückt hat und die es auch jetzt noch unterdrückt, wie z. B. Armenien. Auf diese Klassen und Völker gestützt, könnten Sie ihnen die Freiheit bringen und ihren Arbeiter- und Bauernkomitees helfen; Sie könnten an die Spitze aller unterdrückten Klassen, aller unterdrückten Völker im Kriege gegen den deutschen und gegen den englischen Imperialismus treten, die sich gegen uns nicht zusammenschließen können, weil sie miteinander einen Kampf auf Tod und Leben ausfechten, weil sie sich in einer unüberwindlich schwierigen Lage befinden, während die Außenpolitik der russischen Revolution, das auf richtige, echte Bündnis mit den unterdrückten Klassen und Völkern, Erfolg haben kann, ja mit 99 Prozent Sicherheit Erfolg haben wird!

Vor kurzem lasen wir in unserer Moskauer Parteizeitung den Brief eines Bauern, der sich mit unserem Programm befaßt. Ich erlaube mir, meine Rede mit einem kurzen Zitat aus diesem Brief zu beenden, der zeigt, wie dieser Bauer unser Programm begriffen hat. Der Brief erschien in Nr. 59 unseres Moskauer Parteiorgans „Sozial-Demokrat“⁴⁸ und wurde in Nr. 68 der „Prawda“⁴⁹ nachgedruckt:

„Man muß der Bourgeoisie schärfer zusetzen, bis sie aus allen Fugen geht. Dann wird der Krieg ein Ende haben. Wenn wir aber der Bourgeoisie nicht so scharf zusetzen, wird es uns schlimm ergehen.“ (B e i f a l l.)

„Prawda“ Nr. 95, 96 und 97,
13. Juli (30. Juni),
14. (1.) und 15. (2.) Juli 1917.

Nach dem Text der „Prawda“, verglichen mit dem von W. I. Lenin korrigierten Stenogramm.

DIE ZERRÜTTUNG UND DER KAMPF DES PROLETARIATS DAGEGEN

In der vorliegenden Nummer veröffentlichen wir eine Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung, die von der Konferenz der Betriebskomitees²⁰ angenommen worden ist.

Der Grundgedanke dieser Resolution ist der, daß sie den bürgerlichen, spießhaft-bürokratischen *Phrasen* von Kontrolle die Bedingungen zur Schaffung der *wirklichen* Kontrolle über die Kapitalisten und die Produktion entgegenstellt. Die Bourgeoisie lügt, wenn sie staatlich geplante Maßnahmen zur Sicherung der dreifachen, wenn nicht gar zehnfachen Profite der Kapitalisten als „Kontrolle“ ausgibt. Das Kleinbürgertum vertraut halb naiv und halb aus Eigennutz den Kapitalisten und dem kapitalistischen Staat und gibt sich mit nutzloser, bürokratischer Projektmacherei über Kontrolle zufrieden. Die von den Arbeitern angenommene Resolution stellt das *Wichtigste* in den Vordergrund: was man tun muß, damit 1. die Profite der Kapitalisten wirklich „nicht unangestastet“ bleiben; damit 2. vom Geschäftsgeheimnis der Schleier gerissen wird; damit 3. die Arbeiter in den Kontrollinstitutionen die Mehrheit erhalten; damit 4. die Organisation (der Kontrolle und Leitung) als Organisation „im Maßstab des ganzen Landes“ von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten geleitet wird, *nicht aber von den Kapitalisten.*

Ohne diese Voraussetzungen sind alle Reden über Kontrolle und Regulierung nur leere Worte, wenn nicht gar direkter Betrug am Volke.

Gerade gegen diese Wahrheit, die jedem klassenbewußten und denkenden Arbeiter sofort einleuchtet, haben sich die Führer unseres Kleinbürgertums aufgelehnt, die Volkstümler und Menschewiki („Iswestija“, „Rabotschaja Gaseta“). Ihnen haben sich dieses Mal leider die Mitarbeiter der „Nowaja Shisn“ angeschlossen, die schon öfter zwischen uns und ihnen geschwankt haben.

Die Genossen Awilow und Basarow versuchen, ihr „Absinken“ in den Sumpf der kleinbürgerlichen Vertrauensseligkeit, des Paktierertums und der bürokratischen Projektemacherei mit marxistisch klingenden Argumenten zu verdecken. Betrachten wir diese Argumente.

Wir, die Prawdisten, seien mit der Verteidigung der Resolution des Organisationsbüros (die von der Konferenz angenommen wurde) vom Marxismus zum Syndikalismus abgewichen!! Die Genossen Awilow und Basarow sollen sich schämen, denn eine derartige Gedankenlosigkeit (oder eine derartige Verdrehung) geziemt nur der „Retsch“²¹ und dem „Jedinstwo“²²! Nicht der kleinste Hinweis auf solche Lächerlichkeiten wie den Übergang der Eisenbahnen in die Hände der Eisenbahner oder der Lederfabriken in die Hände der Lederarbeiter ist bei uns zu finden, wohl aber die *Kontrolle der Arbeiter*, die dazu führt, daß die Arbeiter die Regulierung der Produktion und der Verteilung vollständig übernehmen, daß eine „gesamtstaatliche Organisation“ für den Austausch von Getreide gegen Gebrauchsgüter usw. geschaffen wird (bei „weitgehender Heranziehung der städtischen und ländlichen Genossenschaften“), wohl aber die Forderung „Übergang der *gesamten* Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten“.

Nur Leute, die die Resolution nicht bis zu Ende gelesen haben oder die nicht zu lesen verstehen, könnten in ihr mit gutem Gewissen Syndikalismus erblicken.

Nur Pedanten, die den Marxismus so verstehen, wie ihn Struve und alle liberalen Bürokraten „verstanden“ haben, können meinen: „Den Staatskapitalismus überspringen zu wollen ist eine Utopie“, „die Art der Regulierung selbst muß auch bei uns den staatskapitalistischen Charakter wahren“.

Nehmen Sie das Zuckersyndikat, die Staatseisenbahnen in Rußland oder die Erdölkönige u. dgl. m. Was ist das anderes als Staatskapitalismus? Kann man etwas „überspringen“, *was bereits vorhanden ist?*

Das ist es ja gerade, daß Leute, die den Marxismus in eine Art „hölzern-bürgerliche“ Lehre verwandelt haben, den konkreten Aufgaben, die das wirkliche Leben stellt, das in Rußland praktisch die Syndikate in der Industrie mit der kleinbäuerlichen Wirtschaft auf dem Lande verbunden hat, daß solche Leute diesen konkreten Aufgaben mit scheinbar gelehrten, in Wirklichkeit aber ganz einfältigen Betrachtungen über die „permanente

Revolution“, die „Einführung“ des Sozialismus und ähnlichem Unsinn *aus dem Wege gehen*.

Zur Sache, zur Sache! Weniger Ausflüchte, mehr an die Praxis heran! Soll man die Profite aus den Kriegslieferungen, Profite, die 500 Prozent ausmachen, und dergleichen mehr unangetastet lassen, ja oder nein? Soll die Unverletzlichkeit des Geschäftsgeheimnisses aufrechterhalten bleiben, ja oder nein? Soll man den Arbeitern die Möglichkeit geben, kontrollieren zu können, ja oder nein?

Auf diese sachlichen Fragen geben die Genossen Awilow und Basarow keine Antwort, und ohne es selbst zu merken, sinken sie durch „Struvesche“ Gedankengänge, die „beinah-marxistisch“ klingen, zu Helfershelfern der Bourgeoisie hinab. Der Bourgeois wünscht sich nichts sehnlicher, als daß man auf die Fragen des Volkes nach den skandalösen Profiten der Kriegslieferanten und nach der Zerrüttung mit „gelehrten“ Betrachtungen über das „Utopische“ des Sozialismus antwortet.

Diese Betrachtungen sind bis zur Lächerlichkeit dumm, denn die objektive Unmöglichkeit des Sozialismus ist verbunden mit der *Kleinwirtschaft*, die wir nicht nur gar nicht expropriieren, sondern nicht einmal regulieren oder auch nur kontrollieren wollen.

Die „staatliche Regulierung“, von der die Menschewiki, die Volkstümler und alle Bürokraten sprechen (von denen sich die Genossen Awilow und Basarow mitreißen ließen), um eine Ausrede zu haben, über die sie Pläne schmieden, um die Profite der Kapitalisten zu *sichern*, über die sie große Worte machen, um das Geschäftsgeheimnis unangetastet zu lassen – gerade aus dieser staatlichen Regulierung wollen wir *keinen Betrug* machen lassen. Das ist der springende Punkt, liebe Beinah-Marxisten, und nicht etwa die „Einführung“ des Sozialismus!

Regulierung und Kontrolle nicht seitens der Kapitalistenklasse über die Arbeiter, sondern *umgekehrt*, das ist des Pudels Kern. Nicht Vertrauen zum „Staat“, das eines Louis Blanc würdig ist, sondern Forderung nach einem von den Proletariern und Halbproletariern geleiteten Staat, so muß der *Kampf gegen die Zerrüttung* geführt werden. Jede andere Lösung ist nur Phrase und Betrug.

„Pravda“ Nr. 73,
17. (4.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DIE TAUSENDÜNDERSTE LÜGE DER KAPITALISTEN

Die „Retsch“ schreibt heute im Leitartikel:

„Wenn in Deutschland bei bereitwilliger ausländischer Unterstützung von Leuten wie Robert Grimm und Rakowski ein deutscher Lenin wirkte, so wäre anzunehmen, daß die Internationale die große russische Revolution nicht hindern würde, ihre Stellung zu festigen und vor allem, in die Tiefe zu wirken. Vorläufig aber haben die Deutschen höflich geantwortet, daß sie keine Republik brauchten und mit ihrem Wilhelm zufrieden seien. Noch höflicher weist zum Beispiel der „Vorwärts“²³ nach, daß die russische Demokratie die Geheimverträge nicht dulden dürfe; über die deutsche Demokratie aber schweigt sich das sozialistische Organ bescheiden aus.“

Daß „Leute wie Robert Grimm und Rakowski“ die Bolschewiki (mit denen sie *niemals* einverstanden waren) in irgendeiner Weise „unterstützt“ hätten, ist eine Lüge.

Die „deutschen“ *Plechanow* (eben *sie* und nur sie schreiben im „Vorwärts“) mit den deutschen *revolutionären Internationalisten* in einen Topf zu werfen, die zu *Hundertern* (wie Karl Liebknecht) in deutschen Gefängnissen sitzen, das ist die tausendunderste niederträchtige und freche Lüge der „Retsch“ und der Kapitalisten überhaupt.

Es gibt *zwei* Internationalen: 1. Die Internationale der *Plechanow*, d. h. der Verräter am Sozialismus, d. h. der Leute, die auf die Seite *ihrer* Regierungen übergegangen sind: Plechanow, Guesde, Scheidemann, Sembat, Thomas, Henderson, Vandervelde, Bissolati und Co.; 2. die Internationale der *revolutionären Internationalisten*, die überall, auch während des Krieges, gegen *ihre* Regierungen und gegen *ihre* Bourgeoisie den revolutionären Kampf führen.

Die „große russische Revolution“ kann nur dann zu einer „großen“ werden, „ihre Stellung festigen“ und „in die Tiefe wirken“, wenn sie aufhört, die imperialistische „Koalitions“regierung und den von ihr geführten imperialistischen Krieg zu unterstützen, wenn sie mit der Unterstützung der Kapitalistenklasse überhaupt Schluß macht.

„Pravda“ Nr. 73,
17. (4.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DIE ERZREAKTIONÄRE VOM 3. JUNI SIND FÜR DIE SOFORTIGE OFFENSIVE

Die Herren vom 3. Juni, die Nikolaus Romanow nach 1905 halfen, unser Land mit Blut zu überschwemmen, die Revolutionäre hinzumorden, die Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten wiederherzustellen, diese Herren sind gleichzeitig mit dem Sowjetkongreß zu einer eigenen Konferenz²⁴ zusammengetreten.

Während Zereteli, den die Bourgeoisie in ihre Bande geschlagen hat, durch tausend Winkelzüge versucht, von der Dringlichkeit, Wichtigkeit und Aktualität der politischen Frage einer sofortigen Offensive abzulenken, haben sich die Erzreaktionäre vom 3. Juni, die Kampfgenossen Nikolaus' des Blutigen und Stolypins des Henkers, die Gutsbesitzer und Kapitalisten, nicht gescheut, auf diese Frage offen und ohne Umschweife einzugehen. Hier ist die letzte und wichtigste, *einstimmig* von ihnen angenommene Resolution zur Offensive:

„Die Reichsduma (??) erkennt an, daß nur durch die sofortige Offensive, durch enges Zusammenwirken mit den Verbündeten eine Gewähr für die rasche Beendigung des Krieges und für die dauernde Festigung der vom Volke eroberten Freiheiten gegeben ist.“

Das ist eine klare Sprache.

Das sind Politiker, Männer der Tat und treue Diener *ihrer* Klasse, der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Wie aber dienen die Zereteli, Tschernow und Co. *ihrer* Klasse? Sie beschränken sich auf fromme Wünsche in Worten, und in Wirklichkeit unterstützen sie die Kapitalisten.

Zereteli versicherte, daß man über eine *sofortige* Offensive gar nicht sprechen dürfe, denn wenn er, der Minister Zereteli, etwas von einer

„sofortigen“ Offensive wüßte, so würde er, der Minister, niemand etwas davon sagen. Als Zereteli das erklärte, ahnte er nicht (welche Naivität!), daß ihn die Erzreaktionäre vom 3. Juni schon *widerlegt* hatten, und zwar *durch die Tat*, denn sie sind nicht im geringsten davor zurückgeschreckt, sogar in einer Resolution vor aller Öffentlichkeit nicht nur von einer Offensive im allgemeinen, sondern eben von der *sofortigen* Offensive zu sprechen. Und sie hatten recht, das zu tun, denn das ist eine politische Frage, eine Schicksalsfrage unserer ganzen Revolution.

Hier gibt es keinen Mittelweg: entweder für oder gegen die „sofortige Offensive“; hier kann man sich nicht der Stimme enthalten; hier mit Hinweisen oder Anspielungen auf das militärische Geheimnis ausweichen wäre eines verantwortlichen Politikers geradezu unwürdig.

Für die sofortige Offensive sein, das bedeutet, dafür eintreten, daß der imperialistische Krieg fortgesetzt wird, daß die russischen Arbeiter und Bauern niedergemetzelt werden, um Persien, Griechenland, Galizien, die Balkanvölker usw. zu versklaven, dafür eintreten, daß sich die Konterrevolution wieder belebt und festigt, daß sich die Phrasen vom „Frieden ohne Annexionen“ endgültig in ein Nichts auflösen, eintreten für den Krieg gerade *um* der Annexionen *willen*.

Gegen die sofortige Offensive sein, das bedeutet, dafür eintreten, daß die Sowjets die gesamte Macht übernehmen, daß die revolutionäre Initiative der unterdrückten Klassen geweckt wird und daß die unterdrückten Klassen *aller* Länder *unverzüglich* einen „Frieden ohne Annexionen“ anbieten, einen Frieden, der auf den präzisen Bedingungen des Sturzes der kapitalistischen Herrschaft und der Befreiung ausnahmslos *aller* Kolonien, ausnahmslos *aller* unterdrückten oder nicht gleichberechtigten Völker beruht.

Den ersten Weg beschreiten heißt mit den Kapitalisten zusammengehen für die kapitalistischen Interessen und zur Erreichung der kapitalistischen Ziele, es ist der Weg des Vertrauens zu den Kapitalisten, die bereits das dritte Jahr alles in der Welt und noch viel mehr versprechen, wenn der Krieg „fortgesetzt“ wird „bis zum Sieg“.

Den zweiten Weg beschreiten heißt mit den Kapitalisten brechen, ihnen mißtrauen, ihre schmutzige Habsucht zügeln und nicht zulassen, daß sie sich weiter um Hunderte von Millionen an Kriegslieferungen bereichern; dieser Weg ist der des Vertrauens zu den unterdrückten Klassen und vor

allem zu den Arbeitern *aller* Länder, der Weg des Vertrauens zu der internationalen *Arbeiterrevolution gegen das Kapital*, der Weg der Unterstützung dieser Revolution mit allen Mitteln.

Nur zwischen diesen beiden Wegen kann man wählen. Zereteli, Tschernow und Co. lieben Mittelwege. Hier kann es keinen Mittelweg geben, und wenn sie schwanken oder sich mit Phrasen herausreden, so werden sie, die Zereteli, Tschernow und Co., sich endgültig zu Werkzeugen in den Händen der konterrevolutionären Bourgeoisie erniedrigen.

„*Pravda*“ Nr. 74,
19. (6.) Juni 1917.

Nach dem Text der „*Pravda*“.

EIN BÜNDNIS, UM DIE REVOLUTION AUFZUHALTEN

Bei weitem nicht alle erkennen, daß die neue Koalitionsregierung ein derartiges Bündnis der Kapitalisten mit den Führern der Volkstümmler und Menschewiki ist. Es ist möglich, daß auch die Minister, die diesen Parteien angehören, das nicht erkennen. Indessen – es ist eine Tatsache.

Besonders anschaulich zeigte sich diese Tatsache am Sonntag, dem 4. Juni, als am Morgen in der Presse Berichte über die Reden von Miljukow und Maklakow erschienen, die diese auf einer Versammlung der Konterrevolutionäre der dritten Duma gehalten hatten (der nach der Tradition Nikolaus Romanows und Stolypins des Henkers sogenannten „Reichsduma“), und am Abend die Minister Zereteli und andere in ihren Reden auf dem Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten die Regierung und die Offensivpolitik verteidigten.

Miljukow und Maklakow, wie alle einigermaßen bedeutenden Führer der Kapitalisten und der Konterrevolution, sind Männer der Tat, die den Sinn des Klassenkampfes, wenn es *ihre* Klasse betrifft, ausgezeichnet begreifen. Sie haben deshalb auch in aller Klarheit von der Offensive gesprochen, ohne nur eine Minute auf leeres Geschwätz über die Offensive vom strategischen Standpunkt aus zu verschwenden, ein Geschwätz, mit dem Zereteli sich selbst und andere zu betrügen suchte.

Nein, die Kadetten wissen, wo Barthel den Most holt. Sie wissen, daß das *Leben* heute die Frage der Offensive nicht als strategische, sondern als politische Frage *auf die Tagesordnung gesetzt hat*, als eine Frage, bei der es um eine *Wende in der gesamten russischen Revolution* geht. Gerade als politische Frage ist sie auch von den Kadetten in der „Reichsduma“ gestellt worden, so wie auch die Bolschewiki und überhaupt die Inter-

nationalisten diese Frage noch am Sonnabendabend in ihrer schriftlichen Erklärung an das Präsidium des Sowjetkongresses dargelegt haben.

„Das Schicksal Rußlands liegt in seinen Händen“, verkündete Maklakow, der bekannte Helfershelfer Stolypins des Henkers, „und dieses Schicksal wird sich sehr bald entscheiden.“ (Richtig! Richtig!) „Wenn es uns tatsächlich glückt, die Offensive zu eröffnen und den Krieg nicht nur mit Resolutionen zu führen, nicht nur mit Reden auf Kundgebungen und mit Fahnen, die man durch die Stadt trägt, sondern ihn so ernsthaft zu führen, wie wir ihn zuvor geführt haben“ (Hört! Hört! Das sind historische Worte eines Führers der Kapitalisten: „wie *wir* ihn zuvor geführt haben“!), „dann wird es bald zur völligen Gesundung Rußlands kommen.“

Das sind bemerkenswerte Worte, die man auswendig lernen und viele Male durchdenken muß. Sie sind deswegen bemerkenswert, weil sie die *Klassenwahrheit* sagen. Diese Wahrheit wurde ein klein wenig anders auch von Miljukow wiederholt, der dem Petrograder Sowjet den Vorwurf machte: „Warum wird denn in der Erklärung (des Sowjets) nichts von der Offensive gesagt“, und hervorhob, daß die italienischen Imperialisten „eine bescheidene Frage“ (Ironie des Herrn Miljukow!) gestellt hätten, nämlich: „Werden Sie zur Offensive übergehen oder nicht? Wobei sie auf diese Frage ebenfalls keine bestimmte Antwort“ (vom Petrograder Sowjet) „erhalten hätten“. Maklakow gab dabei „seiner großen Hochachtung“ gegenüber Kerenski Ausdruck, und Miljukow erklärte das:

„Ich fürchte sehr“, sagte Miljukow, „daß das, was von unserem“ (richtig! von unserem, d. h. in den Händen der Kapitalisten befindlichen!) „Kriegsminister in Ordnung gebracht worden ist, von hier aus wiederum verdorben werden wird und daß wir den letzten Moment verpassen werden, an dem wir auf die Frage unserer Verbündeten, ob wir zur Offensive übergehen oder nicht, noch“ (man beachte dieses „noch“!) „eine sowohl für uns als auch für sie befriedigende Antwort geben können.“

„Sowohl für uns als auch für sie“, sowohl für die russischen als auch für die englischen, französischen und anderen Imperialisten! Die Offensive „kann“ sie „noch befriedigen“, d. h. ihnen helfen, Persien, Albanien, Griechenland und Mesopotamien endgültig zu versklaven und sich die gesamte, bei den Deutschen geraubte Beute zu sichern und die von den deutschen Räubern gemachte Beute auch noch in die Tasche zu stecken. Das ist das Wesen der Sache. Das ist die Klassenwahrheit über die politische Bedeutung der Offensive. Der Appetit der Imperialisten Rußlands,

Englands und anderer soll befriedigt werden, man will den imperialistischen Eroberungskrieg in die Länge ziehen und *nicht* den Weg des Friedens ohne Annexionen gehen (dieser Weg ist nur bei Fortsetzung der Revolution möglich), *sondern den Weg des Krieges um der Annexionen willen.*

Das ist das Wesen der Offensive vom Standpunkt der Außenpolitik aus. Maklakow aber bestimmte in den oben angeführten historischen Worten dieses Wesen vom Standpunkt der *Innenpolitik* aus. „Völlige Gesundung Rußlands“ heißt im Munde Maklakows völliger Sieg der Konterrevolution. Wer die schönen Reden Maklakows über die Zeit von 1905 und 1907–1913 nicht vergessen hat, der findet in fast jeder dieser Reden die Bestätigung für eine solche Einschätzung.

Den Krieg führen, „*wie wir ihn zuvor geführt haben*“, „wir“, d. h. die Kapitalisten, an ihrer Spitze der Zar! Diesen Krieg der Imperialisten führen, das bedeutet „Gesundung“ Rußlands, d. h. den Kapitalisten und Gutsbesitzern den Sieg sichern.

Das ist die Klassenwahrheit.

Die Offensive, wie immer sie auch militärisch gesehen ausgehen mag, bedeutet politisch, daß der Geist des Imperialismus mehr Einfluß gewinnt, daß imperialistische Stimmungen erstarken, daß man sich vom Imperialismus beeindrucken läßt, sie bedeutet, daß das alte, nicht abgelöste Offizierskorps der Armee gefestigt („den Krieg führen, *wie wir ihn zuvor geführt haben*“) und die *entscheidenden Positionen der Konterrevolution* gestärkt werden.

Ganz unabhängig davon, ob sie das wünschen oder nicht, ob sie das einsehen oder nicht, haben Zereteli und Kerenski, Skobelew und Tschernow – nicht als Personen, aber als Führer der Parteien der Volkstümmler und Menschewiki – die Konterrevolution unterstützt und sind *in diesem entscheidenden Augenblick* auf deren Seite übergegangen, sind Partner in einem Bündnis geworden, das dazu dient, die Revolution aufzuhalten und den Krieg fortzusetzen, „*wie wir ihn zuvor geführt haben*“.

Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben.

DANKSAGUNG

Wir sind der chauvinistischen Zeitung „Wolja Naroda“²⁵ für den Nachdruck unserer Dokumente über die Reise durch Deutschland in ihrer Nummer vom 4. Juni sehr dankbar. Aus diesen Dokumenten geht hervor, daß wir *schon damals* das Verhalten Grimms als „zweideutig“ erkannt und auf seine Dienste verzichtet haben.

Das ist eine Tatsache, und Tatsachen können nicht aus der Welt geschafft werden.

Auf die dunklen Anspielungen der „Wolja Naroda“ aber antworten wir: Seien Sie keine Feiglinge, meine Herren, beschuldigen Sie uns *offen* eines bestimmten Verbrechens oder Vergehens! Versuchen Sie es! Ist es denn schwer zu begreifen, daß es *unehrlich* ist, sich in dunklen Anspielungen zu ergehen, aber Angst zu haben, die Anschuldigung mit der eigenen Unterschrift zu decken?

„Pravda“ Nr. 74,
19. (6.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

GIBT ES EINEN WEG ZU EINEM GERECHTEN FRIEDEN?

Gibt es einen Weg zu einem Frieden ohne Austausch von Annexionen (Eroberungen), ohne Aufteilung der Beute unter den kapitalistischen Räubern?

Es gibt einen solchen Weg, er führt über die Arbeiterrevolution gegen die Kapitalisten aller Länder.

Rußland steht jetzt dem Beginn einer solchen Revolution am nächsten.

Nur in Rußland ist der Übergang der Macht an bereits vorhandene Körperschaften, an die Sowjets, sofort, auf friedlichem Wege, ohne Aufstand möglich, denn die Kapitalisten werden den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten keinen Widerstand entgegensetzen können.

Bei einem solchen Übergang der Macht könnte man den Kapitalisten, die Milliarden an Kriegslieferungen verdienen, Zügel anlegen, man könnte alle ihre Machenschaften aufdecken, könnte die Millionäre verhaften, die den Staat bestehlen, und würde ihre Allmacht brechen.

Nur nach dem Übergang der Macht an die unterdrückten Klassen könnte sich Rußland an die unterdrückten Klassen der anderen Länder wenden, nicht mit leeren Worten und nichtssagenden Aufrufen, sondern mit dem Hinweis auf das eigene Beispiel, mit einem sofortigen präzisen *Angebot* mit klaren Bedingungen für einen *allgemeinen Frieden*.

Genossen Arbeiter und Werktätige aller Länder! würde es in diesem Angebot eines sofortigen Friedens heißen. Genug des Blutvergießens. Der Frieden ist möglich. Ein gerechter Frieden ist ein Frieden ohne Annexionen, ohne Eroberungen. Sollen die deutschen kapitalistischen Räuber samt ihrem gekrönten Räuber Wilhelm wissen, daß wir uns mit ihnen

nicht verständigen werden, daß wir als ihre Annexionen nicht nur das ansehen, was sie nach dem Kriegsausbruch zusammengeraubt haben, sondern auch Elsaß-Lothringen, auch die dänischen und die polnischen Gebiete Preußens.

Als Annexionen der russischen Zaren und Kapitalisten betrachten wir auch Polen, auch Finnland, auch die Ukraine und die übrigen nicht großrussischen Gebiete.

Als Annexionen der englischen, französischen und anderen Kapitalisten betrachten wir *alle* ihre Kolonien, Irland und so weiter.

Wir, die russischen Arbeiter und Bauern, werden *kein einziges* der nicht großrussischen Gebiete und keine Kolonie (wie Turkestan, die Mongolei, Persien) gewaltsam festhalten. Nieder mit dem Krieg, der geführt wird *um die Aufteilung der Kolonien*, um die Aufteilung der Annexionen (Eroberungen), um die Aufteilung des kapitalistischen Raubes!

Dem Beispiel der russischen Arbeiter werden unvermeidlich – vielleicht nicht gleich morgen (Revolutionen werden nicht auf Bestellung gemacht), aber doch unvermeidlich – die Arbeiter und Werktätigen *wenigstens zweier großer Länder* folgen, Deutschlands und Frankreichs.

Denn diese Länder *gehen beide zugrunde*, das eine durch Hungersnot, das andere durch Entvölkerung. Sie werden beide zu unseren gerechten Bedingungen Frieden schließen, *trotz ihrer kapitalistischen Regierungen*.

Der Weg zum Frieden liegt vor uns.

Sollten die Kapitalisten Englands, Japans und Amerikas versuchen, sich einem *solchen* Frieden zu widersetzen, dann werden die unterdrückten Klassen sowohl Rußlands als auch der anderen Länder vor einem revolutionären Krieg *gegen die Kapitalisten* nicht zurückschrecken. In einem *solchen* Krieg werden sie nicht nur die Kapitalisten der drei von Rußland fernab liegenden und miteinander im Konkurrenzkampf verstrickten Länder besiegen, sie werden die Kapitalisten der *ganzen Welt* besiegen.

Der Weg zu einem gerechten Frieden liegt vor uns. Fürchten wir uns nicht, ihn *zu beschreiten*.

ÜBER DIE VOLKSFEINDE

Unlängst erinnerte das Plechanowsche „Jedinstwo“ (das sogar von dem sozialrevolutionären „Delo Naroda“ mit Recht als Blatt bezeichnet wird, das mit der liberalen Bourgeoisie einig ist) an das Gesetz der französischen Republik von 1793 über die Volksfeinde.

Eine sehr zeitgemäße Erinnerung.

Die Jakobiner von 1793 waren die Vertreter der revolutionärsten Klasse des 18. Jahrhunderts, der armen Bevölkerungsschichten in Stadt und Land. Gegen diese Klasse, die in der Tat (nicht nur in Worten) mit ihrem Monarchen, ihren Gutsherren und gemäßigten Bourgeois bei Anwendung der revolutionärsten Mittel bis zur Guillotine abgerechnet hatte, gegen diese wahrhaft revolutionäre Klasse des 18. Jahrhunderts zogen die verbündeten Monarchen Europas in den Krieg.

Die Jakobiner erklärten diejenigen zu Volksfeinden, die „die Pläne der verbündeten Tyrannen gegen die Republik begünstigen“.

Das Beispiel der Jakobiner ist lehrreich. Es ist auch bis auf den heutigen Tag nicht veraltet, nur muß man es auf die revolutionäre Klasse des 20. Jahrhunderts, auf die Proletarier und Halbproletarier anwenden. Für diese Klasse im 20. Jahrhundert sind nicht die Monarchen die Volksfeinde, sondern die Klasse der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Wenn die Macht an die „Jakobiner“ des 20. Jahrhunderts, die Proletarier und Halbproletarier, überginge, so würden sie zu Volksfeinden die Kapitalisten erklären, die Milliardensummen im imperialistischen Krieg zusammenraffen, *das heißt* in einem Krieg, der um die Verteilung des Raubes und der Profite der Kapitalisten geführt wird.

Die „Jakobiner“ des 20. Jahrhunderts würden die Kapitalisten nicht

guillotiniere – ein gutes Beispiel nachahmen heißt nicht, es kopieren. Es würde genügen, 50 bis 100 Bankmagnaten zu verhaften, die größten Meister im Plündern der Staatskasse und in dunklen Bankgeschäften. Es würde genügen, sie auf einige Wochen festzusetzen, *um ihre Machenschaften aufzudecken*, um allen Ausgebeuteten zu zeigen, „wer den Krieg braucht“. Sind die Machenschaften der Bankkönige aufgedeckt, so könnte man sie freilassen, nachdem man die Banken und Syndikate der Kapitalisten und alle Unternehmer, die für den Staat „arbeiten“, unter die Kontrolle der Arbeiter gestellt hat.

Die Jakobiner von 1793 sind in die Geschichte eingegangen als leuchtendes Vorbild eines wirklich revolutionären Kampfes der *Klasse der Werktätigen und Unterdrückten*, die im Kampf gegen die *Klasse der Ausbeuter* die *gesamte* Staatsgewalt in ihre Hände nahm.

Das erbärmliche „Jedinstwo“ (selbst die menschewistischen „Vaterlandsverteidiger“ schämten sich des Blocks mit ihm) will vom Jakobinerum nur den Buchstaben entlehnen, nicht aber seinen Geist, nur seine äußere Form, nicht aber den Inhalt seiner Politik. Das ist im Grunde gleichbedeutend mit Verrat an der Revolution des 20. Jahrhunderts, einem Verrat, der durch verlogene Hinweise auf die Revolutionäre des 18. Jahrhunderts verdeckt werden soll.

„Pravda“ Nr. 75,
20. (7.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

NOTIZ

Aus dem „Nowoje Wremja“²⁶ vom 6. Juni:

„Wie kommt es, daß in den Tagen der Freiheit, man weiß nicht woher, diese schwarze Hand sich hervorgestreckt hat und die Marionetten der russischen Demokratie bewegt? Lenin! . . . Aber sein Name ist Legion. An jeder Straßenecke springt ein Lenin hervor. Es wird klar, daß die Stärke hier nicht in Lenin selbst liegt, sondern in der Aufnahmefähigkeit des Bodens für die Saat der Anarchie und des Wahnsinns.“

Als Anarchie bezeichnen wir es, wenn die Kapitalisten durch Kriegslieferungen skandalöse Profite einheimen. Wahnsinn nennen wir die Führung eines Krieges um der Aufteilung der Annexionen, um der Aufteilung der kapitalistischen Profite willen. Und wenn „an jeder Straßenecke“ eben diese Ansichten Sympathien finden, so liegt das daran, daß diese Ansichten die Interessen des Proletariats, die Interessen aller Werktätigen und Ausgebeuteten richtig zum Ausdruck bringen.

„Pravda“ Nr. 75,
20. (7.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

„DAS GROSSE ABSCHWENKEN“

Das „große Abschwenken der Bourgeoisie von der Regierung“ – so bezeichnete am Sonntag der Referent des Exekutivkomitees die Bildung der Koalitionsregierung, den Eintritt ehemaliger Sozialisten in die Regierung²⁷.

Nur die ersten beiden Worte dieses Ausspruchs sind richtig. Das „große Abschwenken“ ist in der Tat kennzeichnend, will man den 6. Mai (die Bildung der Koalitionsregierung) verstehen. Das „große Abschwenken“ hat tatsächlich begonnen oder, richtiger gesagt, es ist an diesem Tage besonders anschaulich zutage getreten. Nur war das nicht das große Abschwenken der Bourgeoisie von der Regierung, sondern das große Abschwenken der Führer des Menschewismus und der Volkstümlerrichtung von der Revolution.

Die Bedeutung des jetzt stattfindenden Kongresses der Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten besteht gerade darin, daß er das äußerst klar und anschaulich gezeigt hat.

Der 6. Mai war ein gewinnreicher Tag für die Bourgeoisie. Ihre Regierung stand am Rande des Untergangs. Die Massen waren offenkundig und unbedingt, heftig und unversöhnlich gegen sie. Ein einziges Wort der volkstümlerischen und menschewistischen Führer des Sowjets hätte genügt, die Regierung zu veranlassen, ihre Macht ohne Widerspruch aus den Händen zu geben, und Lwow war in der Sitzung im Marienpalast gezwungen, das offen zuzugeben.

Die Bourgeoisie unternahm ein geschicktes Manöver, das den russischen Kleinbürgern und überhaupt den breiten Massen in Rußland gänzlich unbekannt ist, ein Manöver, das die intelligenzlerischen Führer des

Menschewismus und der Volkstümlerrichtung berauschte und ihre Louis-Blanc-Natur richtig in Rechnung zog. Wir erinnern daran, daß Louis Blanc ein berühmter kleinbürgerlicher Sozialist war, der 1848 in die Regierung eintrat und 1871 zu gleichermaßen trauriger Berühmtheit gelangte. Louis Blanc hielt sich für den *Führer* der „Arbeitsdemokratie“ oder der „sozialistischen Demokratie“ (gerade dieses letztere Wort wurde 1848 in Frankreich nicht minder häufig gebraucht als 1917 in der Literatur der *Sozialrevolutionäre* und der Menschewiki), in Wirklichkeit aber war Louis Blanc ein *Anhängsel* der Bourgeoisie, ein Spielzeug in ihren Händen.

In den fast 70 Jahren, die seit jener Zeit vergangen sind, hat die Bourgeoisie im Westen wieder und wieder dieses Manöver durchgeführt, das für Rußland neu ist. Das Wesen dieses Manövers besteht darin, daß man die vom Sozialismus und von der Revolution „abschnenkenden“ Führer der „sozialistischen Demokratie“ zu einem für die Bourgeoisie unschädlichen *Anhängsel* der bürgerlichen Regierung macht, diese Regierung mit Hilfe der beinah-sozialistischen Minister vor dem Volke schützt und das konterrevolutionäre Wesen der Bourgeoisie durch das glänzende, wirkungsvolle Aushängeschild des „sozialistischen“ Ministerialismus verdeckt.

In Frankreich ist diese Methode der Bourgeoisie besonders gut ausgearbeitet worden, und auch in den angelsächsischen, den skandinavischen und in vielen romanischen Ländern wurde sie vielfach erprobt. Der 6. Mai 1917 in Rußland war eben ein solches Manöver.

„Unsere“ beinah-sozialistischen Minister sind in eine solche Lage geraten, wo die Bourgeoisie sich *von ihnen* die Kastanien aus dem Feuer holen läßt, wo sie *mit ihrer Hilfe* das vollbringt, wozu sie selbst ohne die beinah-sozialistischen Minister niemals instande gewesen wäre.

Mit Hilfe von Gutschkow konnte man die Massen für die Fortsetzung des *imperialistischen* Krieges, eines Eroberungskrieges, nicht begeistern, eines Krieges, der geführt wird *um die Aufteilung* der Kolonien und der Annexionen überhaupt. Mit Hilfe von Kerenski aber (und Zereteli, der sich mehr damit beschäftigt, Tereschtschenko zu verteidigen als die Interessen der Post- und Telegrafenerbeiter wahrzunehmen) konnte die Bourgeoisie, wie Miljukow und Maklakow richtig zugegeben haben, dies er-

reichen, konnte sie die Sache „in Ordnung bringen“, diesen Krieg fortsetzen.

Mit Hilfe von Schingarjow konnte man nicht gewährleisten, daß der gutsherrliche Grundbesitz wenigstens bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung erhalten bleibt (kommt es zur Offensive, so wird das die „völlige Gesundung Rußlands“ sein, sagte Maklakow; also wird auch die Konstituierende Versammlung eine „gesundete“ sein). Mit Hilfe von Tschernow wird das gelingen. Den Bauern hat man eingeredet – besonders gern haben sie nicht darauf gehört –, es sei „Ordnung“, wenn man Land vom Gutsbesitzer auf Grund der Vereinbarungen mit den einzelnen Gutsbesitzern pachtet, dagegen sei es „Anarchie“, den gutsherrlichen Grundbesitz sofort abzuschaffen und bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung die bisherigen Gutsbesitzerländereien *vom Volke* zu pachten. Anders als mit Hilfe von Tschernow wäre es nicht gelungen, diesen konterrevolutionären Gedanken der Gutsbesitzer durchzusetzen.

Mit Hilfe von Konowalow hätte man die skandalösen Profite aus den Kriegslieferungen nicht gewährleisten können (und nicht *erhöhen* können: siehe die ministerielle Zeitung „Rabotschaja Gaseta“ über die Bergbauindustriellen). Durch Skobelew oder unter seiner Mitwirkung kann man das, indem man angibt, beim alten bleiben zu müssen, indem man beinah-„marxistisch“ die Möglichkeit verneint, den Sozialismus „einführen“ zu können.

Der Sozialismus kann nicht eingeführt werden, *deshalb* darf man die skandalös hohen Profite der Kapitalisten, die sie nicht in ihrer rein kapitalistischen Wirtschaft, *sondern durch ihre Lieferungen für das Militär, für den Staat*, erzielen, *deshalb* darf man diese Profite vor dem Volk verheimlichen und aufrechterhalten! Das ist die großartige Betrachtungsweise nach Struve, in der Tereschtschenko und Lwow mit dem „Marxisten“ Skobelew übereinstimmen.

Mit Hilfe von Lwow, Miljukow, Tereschtschenko, Schingarjow und Co. kann man auf die Volksversammlungen und die Sowjets keinen Einfluß ausüben. Mit Hilfe von Zereteli, Tschernow und Co. kann man diese aber in der bisherigen, der bürgerlichen Richtung beeinflussen, kann man die *bisherige*, die bürgerlich-imperialistische Politik mit besonders wirkungsvollen und besonders „menschenfreundlich“ klingenden Phrasen

betreiben, bis zur Leugnung des elementaren demokratischen Rechts, die örtlichen Machtorgane zu *wählen* und deren Ernennung oder Bestätigung von oben nicht zuzulassen.

Da Zereteli, Tschernow und Co. dieses Recht verleugnen, sind sie in Wirklichkeit, ohne es selbst zu merken, aus ehemaligen Sozialisten ehemalige Demokraten geworden.

Ein „großes Abschwenken“, ohne Zweifel!

„Pravda“ Nr. 76,
21. (8.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

VON DER NÜTZLICHKEIT EINER SACHLICHEN POLEMIK

Liebe Genossen Mitarbeiter der „Nowaja Shisn“! Sie sind mit unserer Kritik unzufrieden und nennen sie böse. Wir wollen uns bemühen, milde und liebenswürdig zu sein.

Betrachten wir zunächst zwei Fragen, die Sie gestellt haben.

Kann man ernsthaft von einer Kontrolle der Produktion oder gar von ihrer Regulierung sprechen, ohne die „Unantastbarkeit des Geschäftsgeheimnisses“ aufzuheben?

Wir haben behauptet, daß die „Nowaja Shisn“ auf diese „sachliche“ Frage keine Antwort gibt. Die „Nowaja Shisn“ erwidert, daß wir eine Antwort auf diese Frage „sogar“ in der „Rabotschaja Gaseta“ „finden“ könnten.

Wir finden keine, liebe Genossen! Auch Sie werden nie eine Antwort finden. Suchen Sie, soviel Sie wollen, Sie werden keine finden.

Das Unrecht der „Nowaja Shisn“, nehmen Sie es mir nicht übel, besteht gerade darin, daß sie zwar über „Kontrolle“ deklamierte, die sachliche Frage nach der Unantastbarkeit des Geschäftsgeheimnisses aber sachlich gar nicht aufgeworfen hat.

Die zweite Frage: Darf man die sofortige Einführung des Sozialismus (wogegen die „Nowaja Shisn“ polemisierte, doch wir haben so etwas gar nicht vorgeschlagen) vermengen mit der sofortigen Einführung einer sachlichen Kontrolle über die Banken und Syndikate? Als wir diese Frage mit dem Hinweis beantworteten, daß wir die Kleinwirtschaft weder expropriieren noch regulieren oder kontrollieren wollen, da entgegnete uns die „Nowaja Shisn“: „ein wertvolles Geständnis“, „berechtigt“, aber es komme „zu plötzlich“.

Aber, liebe Genossen, was ist daran „plötzlich“, es ist doch die kurze Wiedergabe einer langen und ausführlichen Resolution unserer Konferenz. Hat es Sie vielleicht nicht interessiert, diese Resolution durchzulesen?

Es ist nützlich, sachlich zu polemisieren, schädlich aber ist es, einer solchen Polemik mit Zweideutigkeiten aus dem Wege zu gehen.

„Pravda“ Nr. 76,
21. (8.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

EINE SEUCHE DER VERTRAUENSSELIGKEIT

„Genossen, der Widerstand der Kapitalisten ist anscheinend gebrochen.“

Diese angenehme Botschaft entnehmen wir der Rede des Ministers Peschekonow. Eine verblüffende Botschaft! „Der Widerstand der Kapitalisten ist gebrochen . . .“

Solche Ministerreden hört man sich an, solchen Ministererklärungen klatscht man Beifall. Ist das nicht eine Seuche der Vertrauensseligkeit?

Einerseits schreckt man sich und andere vor allem mit der „Diktatur des Proletariats“. Wodurch aber unterscheidet sich denn andererseits der Begriff „Diktatur des Proletariats“ und das Brechen des Widerstands der Kapitalisten? Durch gar nichts. Diktatur des Proletariats ist ein wissenschaftlicher Terminus, der die Klasse bestimmt, um die es geht, und der die besondere Form der Staatsmacht festlegt, die man Diktatur nennt, nämlich eine Staatsmacht, die sich nicht auf das Gesetz und nicht auf Wahlen stützt, sondern unmittelbar auf die bewaffnete Macht dieses oder jenes Teiles der Bevölkerung.

Worin bestehen Sinn und Bedeutung der Diktatur des Proletariats? Sie bestehen eben darin, daß der Widerstand der Kapitalisten gebrochen wird! Wenn in Rußland „der Widerstand der Kapitalisten anscheinend gebrochen ist“, so besagt dieser Ausspruch genau dasselbe, als sagten wir: In Rußland „ist die Diktatur des Proletariats anscheinend verwirklicht“.

Das Unglück ist „nur“, daß wir es mit nichts weiter zu tun haben als mit der Phrase eines Ministers. So etwa, wie Skobelevs forscher Ausruf: „Ich werde 100 Prozent des Profits einziehen.“²⁸ Es ist das eine der Blüten der „revolutionär-demokratischen“ Schönrederei, die sich jetzt über Rußland ergießt, die das Kleinbürgertum berauscht, die Volksmassen irre-

leitet und verdimmt und die Bazillen der Seuche der Vertrauensseligkeit massenweise austreut.

In einem französischen Lustspiel – die Franzosen haben es anscheinend weiter als andere Völker darin gebracht, sozialistische Regierung zu spielen – gibt es ein Grammophon, das in Wählerversammlungen in allen Gegenden Frankreichs eine Rede mit den Versprechungen eines „sozialistischen“ Ministers wiederholt. Wir sind der Meinung, der Bürger Peschekonow sollte seinen historischen Ausspruch: „Genossen, der Widerstand der Kapitalisten ist anscheinend gebrochen“, einer Grammophonplattengesellschaft übergeben. Es wäre sehr gut und nützlich (für die Kapitalisten), diesen Ausspruch in allen Sprachen in der ganzen Welt zu verbreiten: seht, hier sind die glänzenden Erfolge des russischen Experiments einer Koalitionsregierung der Bourgeoisie mit den Sozialisten!

Immerhin könnte es nicht schaden, wenn der Bürger Minister Peschekonow, den jetzt, *nachdem er zusammen mit Zereteli und Tschernow in die Regierung eingetreten ist*, auch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre als Sozialisten bezeichnen (im Jahre 1906 rückten sie in der Presse von ihm ab, als von einem Kleinbürger, der zu weit nach rechts gegangen war), wenn der Bürger Peschekonow uns jetzt eine einfache und bescheidene Frage beantwortete:

Lassen wir das Gerede von der Brechung des Widerstands der Kapitalisten! Sollten wir nicht lieber vor den Arbeiterorganisationen und vor allen großen Parteien die unerhörten Profite der Kapitalisten aufdecken? Sollten wir nicht das Geschäftsgeheimnis aufheben?

Lassen wir das Gerede von der „Diktatur des Proletariats“ („den Widerstand der Kapitalisten brechen“)! Wäre es nicht besser, *aufzudecken, wie die Staatskasse geplündert wird?*

Sieht es nicht nach Plünderung der Staatskasse aus, wenn die revolutionäre Regierung, wie die *ministerielle* „Rabotschaja Gaseta“ berichtete, die Preise für die Kohlenlieferungen *erhöht* hat? Wäre es nicht besser, mindestens allwöchentlich die „Garantiebriefe“ der Banken und andere Dokumente über die Kriegslieferungen und die Preise dieser Lieferungen zu veröffentlichen, statt über den „gebrochenen Widerstand der Kapitalisten“ Reden zu halten?

„Prawda“ Nr. 76,
21. (8.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

EINE TAUBE AUF DEM DACH ODER EIN SPERLING IN DER HAND

Minister Peschechonow hat in seiner Rede viel von herrlichen und großen Dingen gesprochen: „das, was wir besitzen, soll gleichmäßig verteilt werden“, und „der Widerstand der Kapitalisten ist anscheinend gebrochen“ und ähnliches mehr.

Er hat aber nur *eine* präzise Zahl angeführt. In seiner Rede wird nur auf eine einzige präzise Tatsache hingewiesen, und von acht Spalten der Rede sind ihr ganze sechs Zeilen gewidmet. Diese Tatsache ist folgende: Der Fabrikpreis der Nägel beträgt 20 Kopeken das Pfund, die Bevölkerung aber zahlt pro Pfund bis zu 2 Rubel.

Wäre es nicht möglich, wenn doch „der Widerstand der Kapitalisten gebrochen ist“, ein Gesetz zu erlassen über die Veröffentlichung: 1. aller Garantiebriefe über Lieferpreise? 2. aller Preise für Lieferungen an den Staat überhaupt? 3. der Selbstkosten der dem Staat gelieferten Produkte? Und kann man nicht 4. den Arbeiterorganisationen die Möglichkeit geben, alle Tatsachen dieser Art nachzuprüfen?

„Pravda“ Nr. 76,
21. (8.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DEN SOZIALISMUS EINFÜHREN ODER AUFDECKEN, WIE DIE STAATSKASSE GEPLÜNDERT WIRD?

Es ist eine ausgemachte Sache, daß man den Sozialismus in Rußland nicht einführen kann. Das hat – beinah ganz marxistisch –, wie schon vorher die menschwistisch-ministerielle „Rabotschaja Gaseta“, Herr Miljukow auf der Konferenz der Erzreaktionäre vom 3. Juni bewiesen. Damit hat sich die in Rußland überhaupt und insbesondere auf dem Sowjetkongreß größte Partei, die der Sozialrevolutionäre, einverstanden erklärt. Sie ist nicht nur die größte Partei, sondern hat auch vor dem Weiterführen der Revolution in Richtung zum Sozialismus hin die größte Angst aus ideellen (nicht eigennützigem) Gründen.

Eigentlich braucht man lediglich die Resolution der bolschewistischen Konferenz vom 24.–29. April 1917 nachzulesen, um zu sehen, daß auch die Bolschewiki die sofortige „Einführung“ des Sozialismus in Rußland für unmöglich halten.

Warum also der Streit? Wozu der Lärm?

Deswegen, um durch das Geschrei gegen die „Einführung“ des Sozialismus in Rußland (viele tun es unbewußt) die Anstrengungen derjenigen zu unterstützen, die sich dagegen sträuben, *daß man aufdeckt, wie die Staatskasse geplündert wird.*

Wir wollen nicht über Worte streiten, Bürger! Das ist nicht nur „revolutionärer Demokraten“, sondern erwachsener Menschen überhaupt unwürdig. Reden wir nicht über die von „allen“ abgelehnte „Einführung“ des Sozialismus. Sprechen wir lieber davon, daß es aufzudecken gilt, wie die Staatskasse geplündert wird.

Wenn die Kapitalisten für die Landesverteidigung, d. h. für den Staat arbeiten, so liegt es auf der Hand, daß dies schon kein „reiner“ Kapitalismus mehr ist, sondern eine besondere Art der Volkswirtschaft. Der

reine Kapitalismus ist Warenproduktion. Warenproduktion ist Arbeit für einen *nicht bekommenen*, freien Markt. Der für die Landesverteidigung „arbeitende“ Kapitalist aber „arbeitet“ gar nicht für den Markt, sondern *auf Bestellung* des Staates, in der Regel sogar mit dem Geld, das er vom Staat vorgestreckt bekommt.

Verheimlicht man die Höhe des Profits bei dieser eigenartigen Operation, eignet man sich Profit über das hinaus an, was zur Deckung der Unterhaltskosten der tatsächlich an der Produktion mitwirkenden Menschen notwendig ist, so ist das unserer Meinung nach ein *Plündern der Staatskasse*.

Wenn ihr diese Meinung nicht teilt, so steht ihr in offensichtlichem Gegensatz zu der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Arbeiter und Bauern Rußlands in ihrer großen Masse diese Meinung teilen und sie offen zum Ausdruck bringen würden, wenn man ihnen die Frage ohne Winkelzüge, ohne Ausflüchte und ohne diplomatische Verschleierungen vorlegte.

Teilt ihr aber diese Meinung, dann wollen wir gemeinsam gegen die Winkelzüge und Ausflüchte kämpfen.

Um bei solch einem *gemeinsamen* Unternehmen, wie es dieser Kampf ist, die größte Nachgiebigkeit, das größte Entgegenkommen zu zeigen, gestatten wir uns, dem Sowjetkongreß folgenden Resolutionsentwurf vorzuschlagen:

„Der erste Schritt, nicht nur zur Regulierung, sondern selbst zur einfachen Kontrolle von Produktion und Verteilung“ (Anmerkung, die nicht zum Text der Resolution gehört: Hat doch sogar der Minister Peschonow versprochen, danach zu streben, daß „das, was wir besitzen, gleichmäßig verteilt werden soll“), „der erste Schritt zu jedem ernsthaften Kampf gegen die Zerrüttung und die über das Land hereinbrechende Katastrophe muß eine Verordnung über die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses (darunter auch des Bankgeheimnisses) in allen Angelegenheiten sein, die mit den Lieferungen für den Staat oder überhaupt für die Landesverteidigung zusammenhängen. Diese Verordnung ist zu ergänzen durch ein sofort in Kraft tretendes Gesetz, wonach jeder direkte oder indirekte Versuch strafrechtlich geahndet wird, entsprechende Dokumente oder Tatsachen vor Personen oder Gruppen zu verheimlichen, die bevollmächtigt sind:

a) von einem beliebigen Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- oder Bauerndeputierten;

b) von einem beliebigen Gewerkschaftsverband der Arbeiter oder Angestellten usw.;

c) von einer beliebigen großen politischen Partei (wobei der Begriff ‚große‘ Partei, sagen wir nach der Zahl der Wähler, genau definiert sein muß).“

Alle sind sich darüber einig, daß die sofortige Einführung des Sozialismus in Rußland unmöglich ist.

Sind sich auch alle darüber einig, daß es notwendig ist, sofort aufzudecken, wie die Staatskasse geplündert wird?

„Pravda“ Nr. 77,
22. (9.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

IN VERWIRRUNG UND ANGST GERATEN

In Petrograd herrscht jetzt eine Atmosphäre der Angst und Einschüchterung, die ein geradezu unerhörtes Ausmaß annimmt.

Ein kleiner Vorfall veranschaulichte dies, noch ehe der große Fall, das Verbot der von unserer Partei für Sonnabend angesagten Demonstration, eintrat.²⁹

Der kleine Vorfall betraf die Beschlagnahme der Villa Durnowo: Minister Perewesew hatte zunächst die Räumung der Villa Durnowo angeordnet, erklärte aber später auf dem Kongreß, daß er den zur Villa gehörenden Garten dem Volke überlasse und daß auch die Gewerkschaften aus der Villa Durnowo gar nicht exmittiert werden würden! Es hätten lediglich einige Anarchisten verhaftet werden sollen.³⁰

War die Beschlagnahme der Villa Durnowo ungesetzlich, so durften *weder* der Garten dem Volke überlassen *noch* die Gewerkschaften in der Villa belassen werden. Lag ein gesetzlicher Grund zu Verhaftungen vor, so hat die Verhaftung von Personen *nichts* mit der Villa zu tun, eine solche Verhaftung könnte *in* oder *außerhalb* der Villa erfolgen. Das Resultat ist, daß es weder zur „Räumung“ der Villa noch zu Verhaftungen kam. Die Regierung hat sich in die Lage von Leuten hineinmanövriert, die in Verwirrung und Angst geraten sind. Wären diese Leute nicht nervös geworden, so hätte es auch keinen „Zwischenfall“ gegeben, denn es ist ja sowieso alles beim alten geblieben.

Der große Fall betrifft die Demonstration. Das ZK unserer Partei hatte zusammen mit einer ganzen Reihe anderer Organisationen, darunter auch dem Vorstand der Gewerkschaften, eine friedliche Demonstration, einen Marsch durch die Straßen der Hauptstadt angesetzt. In jedem konstitutio-

nellen Lande ist die Veranstaltung solcher Demonstrationen ein absolut unbestrittenes Recht der Bürger. In keinem freien Lande erblickt die Gesetzgebung in einer friedlichen Straßendemonstration etwas Gesetzwidriges, selbst wenn sie unter anderem auch die Losung der Abänderung der Verfassung oder einer Änderung in der Zusammensetzung der Regierung aufstellt.

Die in Verwirrung und Angst geratenen Leute, darunter besonders die Mehrheit des Sowjetkongresses, machen aus dieser Demonstration eine unerhörte „Geschichte“. Die Mehrheit des Sowjetkongresses faßt eine geharnischte Resolution gegen die Demonstration voll schärfster Ausdrücke gegen unsere Partei und *verbietet* alle, auch friedliche Demonstrationen auf drei Tage.

Nachdem ein solch formeller Beschluß gefaßt worden ist, beschließt das ZK unserer Partei bereits Freitag um 2 Uhr nachts, die Demonstration abzusagen. Am Sonnabend morgen wird in einer eiligst einberufenen Besprechung mit den Vertretern der Bezirke bekanntgegeben, daß die Demonstration abgesagt ist.

Es bleibt die Frage, *wie* unsere zweite „Regierung“, der Sowjetkongreß, sein Verbot *erklären* will. Natürlich hat in einem freien Lande jede Partei das Recht, Demonstrationen zu veranstalten, und jede Regierung kann sie durch Verhängen des Ausnahmezustands verbieten, doch bleibt die politische Frage: Weshalb ist die Demonstration verboten worden?

Hier ist das einzige politische Motiv, das in der Resolution des Sowjetkongresses klar ausgesprochen wird:

„... Es ist uns bekannt, daß die im Hintergrund lauernden Konterrevolutionäre eure“ (d. h. die von unserer Partei geplante) „Aktion ausnutzen wollen...“

So sieht also der Grund für das Verbot der friedlichen Demonstration aus. Dem Sowjetkongreß „ist bekannt“, daß es „im Hintergrund lauernde Konterrevolutionäre“ gibt und daß sie gerade die Aktion, die unsere Partei geplant hatte, „ausnutzen“ wollten.

Das ist eine äußerst wichtige Erklärung des Sowjetkongresses. Diese *konkrete* Erklärung, die sich durch ihre Konkretheit aus der Flut der gegen uns gerichteten Schimpfworte abhebt, muß immer wieder hervorgehoben werden. Welche Maßnahmen ergreift unsere zweite Regierung denn gegen die „im Hintergrund lauernden Konterrevolutionäre“? Was

ist dieser Regierung „bekannt“? Wie wollten die Konterrevolutionäre diesen oder jenen Anlaß ausnutzen?

Das Volk kann und wird nicht geduldig und untätig warten, bis diese im Hintergrund lauende Konterrevolution hervorbricht.

Wenn unsere zweite Regierung nicht in der Lage von Leuten bleiben will, die durch Verbote und eine Flut von Schimpfworten zu verbergen suchen, daß sie in Verwirrung geraten sind und sich von rechts einschüchtern ließen, so wird sie dem Volk über die „im Hintergrund lauenden Konterrevolutionäre“ vieles *sagen* müssen, so wird sie vieles *tun* müssen, um einen ernsthaften Kampf gegen diese Konterrevolutionäre zu führen.

„*Pravda*“ Nr. 79,
24. (11.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

ANSPIELUNGEN

Keiner von all denen, die wüten, toben, rasen und die Zähne fletschen, die unsere Partei mit einer unaufhörlichen Flut von Schmähungen und Pogromdrohungen überschütten, beschuldigt uns irgendwie direkt, nur „Anspielungen“ werden gemacht.

Worauf?

Nur auf eins können sie anspielen: Die Bolschewiki wollten einen Staatsstreich durchführen, das sind Catilinas³¹, also Scheusale und Ungeheuer, die es verdienen, in Stücke gerissen zu werden.

Diese Dummheit offen auszusprechen, getrauen sich unsere Feinde nicht, darum müssen sie darauf „anspielen“ und sich „literarisch“ austoben. Denn diese Beschuldigung ist unwahrscheinlich dumm: ein Staatsstreich mit Hilfe einer friedlichen Demonstration, die am Donnerstag beschlossen und auf Sonnabend angesetzt wurde und die am Sonnabend morgen öffentlich bekanntgegeben werden sollte! Wem, meine Herrschaften, wollen Sie mit solch albernen Anspielungen etwas weismachen?

„Die Forderung, die Provisorische Regierung zu stürzen“, heißt es in der Resolution des Sowjetkongresses. Einen Teil der Minister aus der Provisorischen Regierung zu entfernen (eine der Aufschriften auf den geplanten Transparenten lautete: Nieder mit den bürgerlichen Regierungsmitgliedern), ist das ein Staatsstreich??

Warum aber hat niemand versucht, ja nicht einmal gedroht, wegen der unzählige Male auf den Straßen Petersburgs getragenen Fahne mit der Losung „Alle Macht den Sowjets“ die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen?

Die Wütenden haben Angst vor der eigenen Courage bekommen.

Eine Regierung, die weiß, daß sie sich in ihrer *Gesamtheit* auf den Willen der Volksmehrheit stützt, braucht vor im voraus angekündigten Kundgebungen keine Angst zu haben.

Sie wird diese nicht verbieten.

Nur wer weiß, daß er nicht die Mehrheit hat, daß er nicht die Zustimmung der Volksmassen besitzt, kann sich so wild wie ein Besessener gebärden und in gehässigen Artikeln *solche Anspielungen* machen.

„Pravda“ Nr 79,
24. (11.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

„BEUNRUHIGENDE GERÜCHTE“

Die Provisorische Regierung ermahnt heute die „Bevölkerung“ wegen der „in der Stadt verbreiteten und die Bevölkerung beunruhigenden Gerüchte“ zur Ruhe.

Ist die Provisorische Regierung nicht der Ansicht, daß ein Satz in der Resolution des Sowjetkongresses tausendmal mehr als jegliche „Gerüchte“ Beunruhigung hervorruft und hervorrufen muß, nämlich folgender Satz:

„Es ist uns bekannt, daß die im Hintergrund lauernden Konterrevolutionäre eure“ (die bolschewistische) „Aktion ausnutzen wollen.“

Soll so etwas, was schon „mehr als ein Gerücht“ ist, die Bevölkerung *nicht* beunruhigen?

„Pravda“ Nr. 79,
24. (11.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

EINE PREISFRAGE

Wodurch unterscheidet sich eine gewöhnliche bürgerliche Regierung von einer nicht gewöhnlichen, revolutionären, sich nicht als bürgerlich betrachtenden Regierung?

Man sagt, durch folgendes:

Eine gewöhnliche bürgerliche Regierung kann Demonstrationen nur verbieten im Einklang mit der Verfassung und nachdem sie erst den Kriegszustand verhängt hat.

Eine nicht gewöhnliche, eine beinah-sozialistische Regierung kann Demonstrationen ohne besondere Umstände verbieten, sie beruft sich einfach auf „Tatsachen“, die nur sie allein kennt.

„Pravda“ Nr. 79,
24. (11.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

ENTWURF EINER ERKLÄRUNG DES ZK DER
SDAPR(B) UND DES BÜROS DER FRAKTION DER
BOLSCHEWIKI AN DEN GESAMTRUSSISCHEN
SOWJETKONGRESS ANLÄSSLICH DES VERBOTS
DER DEMONSTRATION³²

Wir sind der Meinung, daß diese besondere Körperschaft, Sowjet der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten genannt, einem das gesamte Volk umfassenden Organ, einem revolutionären Parlament, das dem Willen der Mehrheit des Volkes Ausdruck verleiht, am nächsten kommt.

Für den Übergang der gesamten Macht in die Hände eines solchen Organs traten und treten wir prinzipiell ein, ungeachtet dessen, daß es sich zur Zeit in den Händen der „Vaterlandsverteidiger“, der Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, befindet, die der Partei des Proletariats feindlich gegenüberstehen.

Die in sich widerspruchsvolle, unsichere und schwankende Haltung der Sowjets sowie ihre Ohnmacht gegenüber der Konterrevolution ist dadurch bedingt, daß sie den Hort der Konterrevolution, die 10 bürgerlichen Minister dulden und nicht mit dem englisch-französischen imperialistischen Kapital brechen. Diese Unsicherheit ist die Ursache für die Nervosität der jetzigen Mehrheit der Sowjets und für ihr Gekeife gegen diejenigen, die auf diese Unsicherheit hinweisen.

Unseren Kampf gegen die Konterrevolution mit dem „Kampf“ der ministerialistischen Parteien der Vaterlandsverteidigung zu koordinieren, in Übereinstimmung zu bringen, lehnen wir ab.

Die Beschlüsse der Sowjets können von uns nicht als richtige Beschlüsse eines wirklichen Machtorgans anerkannt werden, solange die 10 bürgerlichen, konterrevolutionären Minister im Amt bleiben, die ganz im Geiste Miljukows handeln und seine Klasse verkörpern. Aber selbst wenn die Sowjets die gesamte Macht in ihre Hände nähmen (was wir wünschen und stets unterstützen würden), wenn die Sowjets ein revolutionäres Par-

lament mit uneingeschränkter Macht wären, selbst dann ordneten wir uns seinen Beschlüssen *nicht* unter, wenn diese die Freiheit unserer Agitation einschränkten, z. B. die Verbreitung von Flugblättern und Aufrufen im Hinterland oder an der Front, friedliche Kundgebungen usw. verbieten würden. Wir zögen in einem solchen Fall vor, eine illegale, offiziell verfolgte Partei zu werden, aber unsere marxistischen, internationalistischen Prinzipien gäben wir nicht auf.

Ebenso wird unser Verhalten sein, wenn es dem Sowjetkongreß angebracht erscheinen sollte, uns offiziell vor der ganzen Bevölkerung Rußlands zu „Feinden des Volkes“ oder „Feinden der Revolution“ zu erklären.

Von den Motiven des Verbots der Demonstration auf drei Tage erkennen wir lediglich eins als bedingt richtig an, nämlich, daß die im Hintergrund lauenden Konterrevolutionäre diese Demonstration aus dem Verborgenen heraus ausnutzen wollten. Wenn die diesem Motiv zugrunde liegenden Tatsachen richtig sind, wenn die Namen der Konterrevolutionäre dem ganzen Sowjet bekannt sind (wie sie uns privat aus einer mündlichen Mitteilung Libers u. a. im Exekutivkomitee bekannt sind), dann wäre es erforderlich, diese Konterrevolutionäre unverzüglich zu Feinden des Volkes zu erklären, sie zu verhaften und eine Untersuchung gegen ihre Anhänger und Helfershelfer einzuleiten.

Da der Sowjet solche Maßnahmen nicht trifft, wird auch sein richtiges Motiv zu einem nur bedingt richtigen oder gar falschen Motiv.

Geschrieben am 11. (24.) Juni 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1924
in der Zeitschrift „Byloje“
(Vergangenes) Nr. 24.*

Nach dem Manuskript.

REDE IN DER SITZUNG DES PETERSBURGER
KOMITEES DER SDAPR(B) ANLÄSSLICH
DER ABSAGE DER DEMONSTRATION
11. (24.) JUNI 1917

Die Unzufriedenheit der meisten Genossen über die Absage der Demonstration ist durchaus berechtigt, aber aus zwei Gründen konnte das ZK nicht anders handeln: erstens erhielten wir das formelle Verbot zu demonstrieren von einem halben Machtorgan; zweitens war dieses Verbot folgendermaßen motiviert: „Es ist uns bekannt, daß die im Hintergrund lauenden Kräfte der Konterrevolution eure Aktion ausnutzen wollen.“ Zur Bekräftigung dieser Motivierung hat man uns Namen genannt, unter anderen zum Beispiel den eines Generals, den man in drei Tagen zu verhaften versprach; es wurde uns erklärt, daß für den 10. Juni auch eine Demonstration der Schwarzhunderter angesagt war, die unsere Demonstration angreifen und sie in ein Gemetzel verwandeln sollten.

Selbst im üblichen Krieg kommt es vor, daß angesetzte Offensiven aus strategischen Gründen abgesagt werden müssen, um so mehr kann das im Klassenkampf als Folge von Schwankungen der kleinbürgerlichen Mittelschichten vorkommen. Man muß verstehen, der Situation Rechnung zu tragen und kühn in seinen Entschlüssen sein.

Die Absage war eine unbedingte Notwendigkeit, was durch die weiteren Ereignisse bewiesen wird. Heute hat Zereteli seine historische und hysterische Rede gehalten.³³ Heute ist die Revolution in eine neue Phase ihrer Entwicklung eingetreten. Man hat damit begonnen, unsere friedliche Demonstration auf drei Tage zu verbieten, und trägt sich mit dem Gedanken, sie für die ganze Dauer des Kongresses zu verbieten; man fordert von uns Unterordnung unter die Kongreßbeschlüsse und droht, uns aus dem Kongreß auszuschließen. Wir haben jedoch erklärt, daß wir es

vorziehen, verhaftet zu werden, aber auf Agitationsfreiheit nicht verzichten.

Zereteli, der sich in seiner Rede als ausgesprochener Konterrevolutionär entpuppte, hat erklärt, daß man die Bolschewiki nicht mit Worten, nicht mit Resolutionen bekämpfen dürfe, sondern ihnen alle in ihren Händen befindlichen technischen Mittel entziehen müsse. Das ist das übliche Ergebnis der bürgerlichen Revolutionen: anfangs wird das Proletariat bewaffnet, dann wird es entwaffnet, damit es nicht weiter geht. Wenn schon eine friedliche Demonstration verboten werden mußte, so ist die Lage sehr ernst.

Zereteli, der direkt von der Provisorischen Regierung zum Kongreß gekommen war, hat den klaren Wunsch ausgesprochen, die Arbeiter zu entwaffnen. Er tobte und raste, er verlangte, daß die Bolschewiki zu einer außerhalb der Reihen der revolutionären Demokratie stehenden Partei erklärt werden. Die Arbeiter müssen nüchtern erkennen, daß von einer friedlichen Demonstration jetzt keine Rede mehr sein kann. Die Lage ist viel ernster, als wir angenommen hatten. Wir wollten eine friedliche Demonstration durchführen, um auf die Beschlüsse des Kongresses größtmöglichen Druck auszuüben – das ist unser Recht –, man beschuldigt uns aber, wir hätten eine Verschwörung angezettelt, um die Regierung zu verhaften.

Zereteli sagt, außer den Bolschewiki gebe es keine Konterrevolutionäre. Die Versammlung, die über uns zu Gericht saß, war mit besonderer Feierlichkeit organisiert worden, sie bestand aus dem Präsidium des Kongresses, dem vollzähligen Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und den Fraktionsbüros aller Kongreßparteien; und auf dieser Versammlung haben sie die ganze Wahrheit ausgeplaudert, sie kündigen die Offensive gegen uns an.

Die Antwort des Proletariats darauf muß sein: größte Ruhe, Vorsicht, Ausdauer und Organisiertheit, es muß dessen eingedenk sein, daß es mit friedlichen Demonstrationen vorbei ist.

Wir dürfen keinen Anlaß zum Angriff geben, mögen sie angreifen, dann werden die Arbeiter verstehen, daß das ein Anschlag auf die Existenz des Proletariats selbst ist. Doch das Leben ist auf unserer Seite, und es ist noch ungewiß, ob ihnen der Angriff gelingen wird: die Truppen stehen an der Front, und der Geist der Unzufriedenheit

ist unter ihnen sehr stark, im Hinterland herrschen Teuerung, Zerrüttung usw.

Das ZK will keinen Druck auf Ihre Entscheidung ausüben. Es ist Ihr gutes Recht, gegen die Handlungen des ZK zu protestieren, und Sie sollen frei sein in Ihren Entschlüssen.

*Zuerst veröffentlicht 1923 in der
Zeitschrift „Krasnaja Letopis“,
(Rote Annalen) Nr. 9.*

*Nach dem Text der Sitzungs-
protokolle des Petrograder
Komitees der SDAPR(B) des
Jahres 1917.*

AN EINEM WENDEPUNKT

Die russische Revolution hat in der ersten Etappe ihrer Entwicklung die Macht in die Hände der imperialistischen Bourgeoisie gelegt und neben dieser Macht die Sowjets der Deputierten geschaffen, in denen die kleinbürgerliche Demokratie die Mehrheit bildet. Die zweite Etappe der Revolution (6. Mai) hat die zynisch offenen Vertreter des Imperialismus, Miljukow und Gutschkow, formal aus der Regierung entfernt und die Parteien, die die Mehrheit in den Sowjets haben, faktisch zu Regierungsparteien gemacht. Unsere Partei verblieb vor und nach dem 6. Mai in der Stellung einer oppositionellen Minderheit. Das war unvermeidlich, denn wir sind die Partei des sozialistischen Proletariats, die auf dem Boden des Internationalismus steht. Das sozialistische Proletariat, das während des imperialistischen Krieges eine internationalistische Haltung einnimmt, muß notwendigerweise zu jeder Regierung in Opposition stehen, die diesen Krieg führt, sei dies nun eine monarchistische, eine republikanische oder eine Regierung „sozialistischer“ Vaterlandsverteidiger. Die Partei des sozialistischen Proletariats wird unausbleiblich immer größere Massen der Bevölkerung um sich sammeln, die durch den in die Länge gezogenen Krieg zugrunde gerichtet werden und aufhören, den im Dienst des Imperialismus stehenden „Sozialisten“ zu trauen, wie sie vorher das Vertrauen zu den waschechten Imperialisten verloren haben. Der Kampf gegen unsere Partei hat darum schon in den ersten Tagen der Revolution eingesetzt. Aber welche gemeine und widerwärtige Formen der Kampf der Herren Kadetten und der Plechanowleute gegen die Partei des Proletariats auch annehmen mag, sein Wesen ist klar. Es ist derselbe Kampf, den die Imperialisten und Scheidemänner gegen Liebknecht und F. Adler

führten (wurden sie doch beide im Zentralorgan der deutschen „Sozialisten“ für „verrückt“ erklärt, von der bürgerlichen Presse ganz zu schweigen, die diese Genossen einfach als „Verräter“ im Dienste Englands bezeichnete). Es ist das der Kampf der *gesamten* bürgerlichen Gesellschaft, die *kleinbürgerliche Demokratie mit einbegriffen*, wie irrevolutionär sie sich auch gebärden mag, gegen das sozialistische, internationalistische Proletariat.

In Rußland hat sich dieser Kampf so weit verschärft, daß die Imperialisten den Versuch machen, die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie, die Zereteli, Tschernow usw. als Werkzeug benutzend, der wachsenden Kraft der proletarischen Partei mit einem jähen, entscheidenden Schlag ein Ende zu bereiten. Um einen Anlaß für diesen entscheidenden Schlag zu haben, machte Minister Zereteli ein von der Konterrevolution bereits wiederholt angewandtes Mittel ausfindig: *die Beschuldigung der Verschwörerertätigkeit*. Diese Beschuldigung ist nur ein Vorwand. Der Kern der Sache liegt in der Notwendigkeit für die von den russischen und den alliierten Imperialisten am Gängelband geführte kleinbürgerliche Demokratie, ein für allemal mit den internationalistischen Sozialisten Schluß zu machen. Sie glauben, der rechte Zeitpunkt für diesen Schlag sei gekommen. In ihrer Aufregung und Angst, unter der Peitsche ihrer Herren haben sie sich entschlossen: jetzt oder nie.

Das sozialistische Proletariat und unsere Partei müssen ihre ganze Kaltblütigkeit aufbieten, sie müssen ein Maximum an Standhaftigkeit und Wachsamkeit an den Tag legen: mögen die kommenden Cavaignac³⁴ als erste beginnen. Daß diese kommen werden, hat unsere Partei schon auf ihrer Konferenz vorausgesagt. Das Proletariat Petrograds wird ihnen nicht die Möglichkeit geben, die Verantwortung von sich abzuwälzen. Es sammelt seine Kräfte und rüstet sich zur Gegenwehr in Erwartung des *Zeitpunkts*, zu dem sich diese Herrschaften entschließen, von den Worten zur Tat überzugehen.

„Pravda“ Nr. 80,
26. (13.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

BRIEF AN DIE REDAKTION

Man fragt mich nach dem Grund meiner Abwesenheit auf der Beratung des Exekutivkomitees, des Kongreßpräsidiums und aller Fraktionsbüros am Sonntagabend. Der Grund ist der, daß ich nachdrücklich dafür eingetreten bin, daß die Bolschewiki die Teilnahme an dieser Beratung prinzipiell ablehnen und eine schriftliche Erklärung abgeben: Wir werden an keinerlei Beratungen über solche Fragen (Verbot von Demonstrationen) teilnehmen.

N. Lenin

„*Pravda*“ Nr. 80,
26. (13.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DIE AUSSENPOLITIK DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Es gibt keine Ansicht, die fehlerhafter und schädlicher wäre als diejenige, die Außenpolitik von der Innenpolitik trennen zu können. Gerade während des Krieges tritt das äußerst Falsche einer solchen Trennung noch krasser hervor. Die Bourgeoisie aber unternimmt alles Mögliche und Unmögliche, um diese Ansicht zu verbreiten und aufrechtzuerhalten. Die Unwissenheit der Massen der Bevölkerung hinsichtlich der Außenpolitik ist unvergleichlich stärker verbreitet als die Unwissenheit auf dem Gebiet der Innenpolitik. Das „Geheimnis“ der diplomatischen Beziehungen wird in den freiesten kapitalistischen Ländern, in den demokratischsten Republiken sorgsam gehütet.

Der Betrug an den Volksmassen ist in bezug auf die „Angelegenheiten“ der Außenpolitik meisterhaft ausgearbeitet und macht unserer Revolution auf das schwerste zu schaffen. Millionen Exemplare bürgerlicher Zeitungen verbreiten überall das Gift dieses Betrugs.

Entweder mit der einen oder mit der anderen der beiden ungeheuer reichen und ungeheuer mächtigen Gruppen imperialistischer Räuber, das ist in der kapitalistischen Wirklichkeit die Hauptfrage der gegenwärtigen Außenpolitik. So betrachtet die Klasse der Kapitalisten diese Frage. So wird diese Frage natürlich auch von der breiten kleinbürgerlichen Masse betrachtet, die die alten kapitalistischen Anschauungen und Vorurteile bewahrt hat.

Demjenigen, dessen Denken nicht über die Grenzen der kapitalistischen Verhältnisse hinausgeht, ist es unbegreiflich, daß die Arbeiterklasse, wenn sie bewußt handelt, *für keine* der beiden Gruppen der imperialistischen Räuber eintreten kann. Dem Arbeiter ist es umgekehrt

unbegreiflich, wenn die Sozialisten, die dem brüderlichen Bündnis der Arbeiter aller Länder gegen die Kapitalisten aller Länder die Treue halten, beschuldigt werden, sie wären geneigt, mit den Deutschen einen Separatfrieden zu schließen, oder sie würden faktisch einem solchen Frieden Vorschub leisten. Auf keinen Fall können diese Sozialisten (also auch die Bolschewiki eingeschlossen) irgendeinem Separatfrieden zwischen den Kapitalisten zustimmen. Weder ein Separatfrieden mit den deutschen Kapitalisten noch ein Bündnis mit den englischen und französischen Kapitalisten, das ist die Grundlage der Außenpolitik des klassenbewußten Proletariats.

Unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die sich gegen dieses Programm wenden, die den Bruch mit „England und Frankreich“ fürchten, führen damit faktisch ein kapitalistisches Programm in der Außenpolitik durch, das sie zu bemänteln suchen, indem sie es mit den Blüten einer naiven Redefertigkeit ausschmücken, wie: „Revision der Verträge“, Erklärungen zugunsten eines „Friedens ohne Annexionen“ usw. Alle diese frommen Wünsche sind dazu verurteilt, ein Nichts zu bleiben, denn die *kapitalistische* Wirklichkeit läßt keine Ausflüchte zu: entweder Unterordnung unter die Imperialisten einer der Gruppen oder revolutionärer Kampf gegen jeglichen Imperialismus.

Gibt es Verbündete für einen solchen Kampf? Die gibt es. Die unterdrückten Klassen Europas, vor allem das Proletariat; die vom Imperialismus unterdrückten Völker, vor allem die uns benachbarten asiatischen Völker.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre nennen sich „revolutionäre Demokraten“ und betreiben in Wirklichkeit eine konterrevolutionäre und antidemokratische Außenpolitik. Wären sie Revolutionäre, so würden sie den Arbeitern und Bauern Rußlands den Rat geben, sich an die Spitze aller vom Imperialismus unterdrückten Völker und aller unterdrückten Klassen zu stellen.

„Dann werden sich die Kapitalisten aller anderen Länder gegen Rußland vereinigen“, wenden die erschreckten Spießherren ein. – Das ist nicht ausgeschlossen. Jeden revolutionären Krieg strikt abzulehnen, dazu hat der „*revolutionäre*“ Demokrat kein Recht. Aber die praktische Wahrscheinlichkeit eines solchen Krieges ist nicht sehr groß. Die englischen Imperialisten werden sich mit den deutschen nicht gegen ein revolutio-

näres Rußland „aussöhnen“ können. Die russische Revolution 1905, die schon damals in der Türkei, in Persien und in China Revolutionen auslöste, würde die deutschen wie die englischen Imperialisten in eine sehr schwierige Lage bringen, wenn sie ein wirklich revolutionäres Bündnis mit den Arbeitern und Bauern der kolonialen und halbkolonialen Länder zustande brächte, gegen die Despoten, gegen die Khane, für die Verjagung der Deutschen aus der Türkei, der Engländer aus der Türkei, aus Persien, Indien, Ägypten usw.

Die Sozialchauvinisten, die französischen wie die russischen, weisen gern auf das Jahr 1793 hin, um mit diesem effekthaschenden Hinweis ihren Verrat an der Revolution zu bemänteln. Doch gerade daran, daß die „revolutionäre“ Demokratie in Rußland gegenüber den unterdrückten und rückständigen Völkern *wirklich im Geiste* des Jahres 1793 handeln könnte und müßte, daran will man bei uns nicht denken.

Das „Bündnis“ mit den Imperialisten, das heißt schändliche Abhängigkeit von ihnen, das ist die Außenpolitik der Kapitalisten und der Kleinbürger. Das Bündnis mit den Revolutionären der fortgeschrittenen Länder und mit allen unterdrückten Völkern gegen alle Imperialisten, welcher Art auch immer, das ist die Außenpolitik des Proletariats.

„Pravda“ Nr. 81,
27. (14.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

EINE WIDERSPRUCHSVOLLE POSITION

Die heute in den Zeitungen veröffentlichte Resolution des Kongresses, die eine Verurteilung unserer Partei enthält, wird zweifellos jeder klassenbewußte Arbeiter und Soldat mit der Erklärung verglichen, die unsere Partei an den Gesamtrussischen Sowjetkongreß gerichtet hat, die am 11. Juni verlesen wurde und heute in der „Prawda“ veröffentlicht ist.³⁵

Das Widerspruchsvolle der Position der Führer des Kongresses tritt in ihrer Resolution offen zutage und ist in unserer Erklärung besonders anschaulich klargelegt worden.

„Die Grundlage für den Erfolg und die Kraft der russischen Revolution ist die Einheit der gesamten revolutionären Demokratie, der Arbeiter, Soldaten und Bauern“, so lautet der erste und wichtigste Punkt der Resolution des Kongresses. Dieser Punkt wäre allerdings ganz unbestreitbar richtig, wenn man hier unter „Einheit“ *die Einheit des Kampfes gegen die Konterrevolution* verstanden hätte. Was aber dann, wenn ein gewisser Teil der „Arbeiter, Soldaten und Bauern“ durch seine Führer mit der Konterrevolution gemeinsame Sache macht, sich mit ihr vereinigt? Ist es nicht klar, daß eben *dieser* Teil der „Demokratie“ *in Wirklichkeit* aufhört, „revolutionär“ zu sein?

Wahrscheinlich werden sich die Volkstümler (Sozialrevolutionäre) und Menschewiki darüber entrüstet zeigen, daß wir auch nur den Gedanken zulassen, als sei eine „Vereinigung“ dieses oder jenes Teils der „Arbeiter, Soldaten und Bauern“ mit der Konterrevolution möglich und denkbar.

Denen, die versuchen sollten, durch Entrüstung solcher Art unsere Argumente zu verwischen und den Kern der Sache zu vertuschen, antwor-

ten wir einfach mit dem Hinweis auf den dritten Punkt derselben Resolution: „... *der Widerstand* der konterrevolutionären Kräfte der *besitzenden Klassen wächst*.“ Das ist mal eine sachliche Erwägung! Dies wäre ganz wahr, wenn man gesagt hätte: der Bourgeoisie oder der Kapitalisten und Gutsbesitzer (statt „der besitzenden Klassen“, zu denen auch der wohlhabende Teil des Kleinbürgertums gehört).

Kein Zweifel, der Widerstand der Bourgeoisie wächst.

Aber gerade in den Händen der Bourgeoisie befindet sich doch die Mehrheit der Provisorischen Regierung, mit der die Führer der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki *vereinigt* sind, nicht nur in allgemeiner politischem Sinne, sondern auch organisatorisch, in der gleichen Körperschaft, im Kabinett!

Das ist der Kernpunkt der widerspruchsvollen Position der Führer des Sowjets, das ist die Hauptursache des Schwankens in ihrer gesamten Politik: Sie befinden sich durch die Regierung im Bündnis mit der Bourgeoisie, sie sind innerhalb der Regierung der Mehrheit der bürgerlichen Minister untergeordnet – und doch sind sie gleichzeitig *gezwungen* zuzugeben, daß „der Widerstand der konterrevolutionären Kräfte der besitzenden Klassen wächst“!!

Es ist klar, daß bei einer solchen Sachlage die Partei des revolutionären Proletariats die „Einheit“ der vielgepriesenen „revolutionären“ (revolutionär in Worten, aber nicht in Taten) Demokratie nur anerkennen kann „wenn...“. Wir sind für die Einheit mit ihr, wenn sie die Konterrevolution bekämpft. Wir sind *nicht* für die Einheit mit ihr, wenn sie sich mit der Konterrevolution vereinigt.

Das Leben hat gerade die Frage des „wachsenden Widerstands“ der konterrevolutionären Bourgeoisie auf die Tagesordnung gesetzt; diese Haupt- und Grundfrage mit allgemeinen Redensarten über „Einheit oder Übereinstimmung der Aktionen der revolutionären Demokratie“ *umgehen* zu wollen, indem man die Einheit oder die Übereinstimmung eines Teils dieser „revolutionären“ Demokratie mit der Konterrevolution vertuscht, ist unlogisch und unklug.

Hieraus folgt, daß alle Erwägungen in der Resolution des Kongresses über die Verurteilung unserer Demonstration als einer „geheimen“, über die Zulässigkeit von Massenaktionen und Kundgebungen nur mit Wissen und Einwilligung der Sowjets aus prinzipiellen Gründen von selbst hin-

fällig werden. Diese Erwägungen haben keinerlei Bedeutung, niemals wird die proletarische Partei sie anerkennen, wie das schon in unserer Erklärung an den Gesamtrussischen Kongreß gesagt worden ist. Denn alle Kundgebungen, soweit es sich um friedliche handelt, sind *nur* Agitation, und es geht nicht an, die Agitation zu verbieten oder eine Einheitlichkeit der Agitation zum Zwang zu machen.

Formell ist die Resolution noch schwächer. Um etwas zu verbieten oder anzuordnen, muß man die Macht im Staate haben. Ergreift erst mal diese Macht, ihr Herren Sowjetführer von heute – wir sind dafür, obgleich ihr unsere Gegner seid –, dann erst werdet ihr das Recht haben, zu verbieten oder anzuordnen. Solange ihr aber nicht die gesamte Staatsgewalt in Händen habt, solange ihr über euch die Macht von zehn Ministern der Bourgeoisie duldet, bleibt ihr in eure eigene Schwäche und Unentschlossenheit verstrickt.

Mit Redensarten über den „klar ausgedrückten Willen“ u. dgl. m. kann man die Sache nicht abtun: Der Wille, wenn ihn der Staat äußert, muß als von der *Staatsgewalt* festgelegtes *Gesetz* zum Ausdruck kommen, sonst ist das Wort „Wille“ nur leerer Schall, der in der Luft verhallt. Wenn ihr aber an ein *Gesetz* denken solltet, meine Herrschaften, so müßt ihr euch daran erinnern, daß die Verfassung freier Republiken friedliche Demonstrationen und beliebige Massenkundgebungen beliebiger Parteien oder Gruppen *nicht* verbieten *kann*.

Aus dieser widerspruchsvollen Position heraus sind ganz absonderliche revolutionäre Auffassungen entstanden, vom Kampf gegen die Konterrevolution, vom Staat (von der Verfassung) sowie absonderliche Auffassungen juristischer Art überhaupt. Sobald das wüste Geschimpfe gegen unsere Partei wegfällt, bleibt nichts, rein gar nichts übrig!

Nach dem wüsten Geschimpfe über unsere Initiative, eine Demonstration zu veranstalten, wird eine Demonstration angesagt... für eine Woche später.

„Pravda“ Nr. 81,
27. (14.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DIE UKRAINE

Das Fiasko der Politik der neuen Provisorischen Regierung, der Koalitionsregierung, zeichnet sich immer klarer ab. Die von der Ukrainischen Zentralrada erlassene und am 11. Juni 1917 vom Gesamtkrainischen Armeekongreß angenommene „Universalakte“ über die staatliche Ordnung der Ukraine entlarvt diese Regierungspolitik und ist ein dokumentarisches Zeugnis ihres Fiaskos.

„Ohne sich vom übrigen Rußland zu trennen, ohne sich vom Russischen Reich loszureißen“, heißt es in dieser Akte, „soll das ukrainische Volk das Recht haben, in seinem Lande sein Leben selbst zu gestalten . . . Alle Gesetze, die hier, in der Ukraine, die innere Ordnung regeln, kann nur unsere ukrainische Nationalversammlung erlassen; die Gesetze jedoch, die die Staatsordnung des Russischen Reiches in seiner Gesamtheit bestimmen, müssen von einem gesamtrussischen Parlament erlassen werden.“

Das sind völlig klare Worte. Hier wird ganz eindeutig erklärt, daß sich das ukrainische Volk zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht von Rußland loslösen will. Es verlangt Autonomie, bestreitet aber keineswegs die Notwendigkeit eines „gesamtrussischen Parlaments“ und dessen übergeordnete Gewalt. Kein Demokrat, geschweige denn ein Sozialist, wird es wagen, die völlige Berechtigung der ukrainischen Forderungen in Abrede zu stellen. Es kann auch kein Demokrat das *Recht* der Ukraine auf freie Lostrennung von Rußland bestreiten: Allein die vorbehaltlose Anerkennung dieses Rechts schafft erst die Möglichkeit, für den freien Bund der Ukrainer und Großrussen, für die *freiwillige* Vereinigung der beiden Völker zu einem Staat zu agitieren. Allein die vorbehaltlose Anerkennung dieses Rechts kann wirklich, unwiderruflich und endgültig mit der

verfluchten zaristischen Vergangenheit brechen, die *alles* getan hat, um die ihrer Sprache, ihrem Wohnsitz, ihrem Charakter und ihrer Geschichte nach so nahe verwandten Völker *einander zu entfremden*. Der verfluchte Zarismus machte die Großrussen zu Henkern des ukrainischen Volkes und nährte in diesem Volk mit allen Mitteln den Haß gegen diejenigen, die selbst den ukrainischen Kindern verboten, ihre Muttersprache zu sprechen, in ihrer Muttersprache zu lernen.

Die revolutionäre Demokratie Rußlands muß, wenn sie wirklich revolutionär, wirklich demokratisch sein will, mit dieser Vergangenheit Schluß machen, sie muß sich, den Arbeitern und Bauern Rußlands, das brüderliche Vertrauen der Arbeiter und Bauern der Ukraine wiedererringen. Das läßt sich nicht erreichen ohne die vollständige Anerkennung der Rechte der Ukraine, auch des *Rechts* auf freie Lostrennung.

Wir sind keine Anhänger der Kleinstaaterei. Wir sind für das engste Bündnis der Arbeiter aller Länder gegen die Kapitalisten der „eigenen“ sowie aller Länder überhaupt. Aber gerade damit dieses Bündnis ein freiwilliges sei, tritt der russische Arbeiter, ohne auch nur einen Augenblick lang der russischen oder der ukrainischen Bourgeoisie das geringste Vertrauen zu schenken, jetzt für das Recht der Ukrainer auf Lostrennung ein, wobei er ihnen seine Freundschaft *nicht aufzwingt*, sondern *diese Freundschaft dadurch erringt*, daß er sie als Gleichberechtigte, als Bundesgenossen und Brüder im Kampf für den Sozialismus behandelt.

*

Die Zeitung der erbosten, vor Wut halb verrückt gewordenen bürgerlichen Konterrevolutionäre, die „Retsch“, fällt wütend über die Ukrainer her wegen ihrer „eigenmächtigen“ Entscheidung. „Das Vorgehen der Ukrainer“ sei eine „offenkundige Verletzung des Gesetzes“ und müsse „sofort mit aller gesetzlichen Strenge geahndet werden“. Jeder Kommentator zu diesem Ausfall der rasend gewordenen bürgerlichen Konterrevolutionäre ist überflüssig. Nieder mit den Konterrevolutionären der Bourgeoisie! Es lebe das freie Bündnis der freien Bauern und Arbeiter der freien Ukraine mit den Arbeitern und Bauern des revolutionären Rußlands!

WOHER KAMEN UND „KOMMEN“,
KLASSENMÄSSIG GESEHEN,
DIE CAVAIGNAC?

„Wenn der wirkliche Cavaignac kommt, werden wir mit euch zusammen in einer Front kämpfen“, schrieb die „Rabotschaja Gaseta“ in Nr. 80 an unsere Adresse, das Organ derselben menschwistischen Partei, deren Mitglied, Minister Zereteli, sich in seiner Rede traurigen Angedenkens bis zu der Drohung verstieg, die Petrograder Arbeiter zu entwaffnen.

In dem erwähnten Ausspruch der „Rabotschaja Gaseta“ treten die Grundfehler der beiden in Rußland herrschenden Parteien, der menschwistischen und der sozialrevolutionären, besonders klar hervor, weshalb dieser Ausspruch Beachtung verdient. Ihr sucht den Cavaignac nicht zur rechten Zeit oder nicht am rechten Ort, das ist der Sinn der Ausführungen der ministeriellen Zeitung.

Rufen wir uns die Rolle ins Gedächtnis, die Cavaignac, klassenmäßig gesehen, spielte. Im Februar 1848 wurde in Frankreich die Monarchie gestürzt. Die Bourgeoisrepublikaner gelangten an die Macht. Genauso wie unsere Kadetten wollten sie die „Ordnung“, worunter sie die Wiederherstellung und Festigung der monarchistischen Werkzeuge zur Unterdrückung der Massen: der Polizei, des stehenden Heeres und des privilegierten Beamtentums, verstanden. Genauso wie unsere Kadetten wollten sie der Revolution ein Ende bereiten, haßten sie das revolutionäre Proletariat mit seinen damals noch sehr unklaren „sozialen“ (d. h. sozialistischen) Bestrebungen. Genauso wie unsere Kadetten standen sie der Politik der Ausweitung der französischen Revolution auf ganz Europa, der Politik ihrer Umwandlung in die proletarische Weltrevolution, äußerst feindlich gegenüber. Genauso wie unsere Kadetten bedienten sie sich geschickt des kleinbürgerlichen „Sozialismus“ Louis Blancs,

indem sie ihn zum Minister ernannten und aus einem Führer der sozialistischen Arbeiter, der er sein wollte, in ein Anhängsel, einen Lakaien der Bourgeoisie verwandelten.

Dies waren die Klasseninteressen, die Position und die Politik der herrschenden Klasse.

Die zweite grundlegende gesellschaftliche Kraft war das schwankende, durch das rote Gespenst eingeschüchterte, dem Geschrei gegen die „Anarchisten“ erliegende Kleinbürgertum. In seinen Bestrebungen träumerisch und phrasenhaft „sozialistisch“, fürchtete das Kleinbürgertum, das sich selbst mit Vorliebe als „sozialistische Demokratie“ bezeichnete (sogar diesen Ausdruck übernehmen jetzt die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki!), sich der Führung des revolutionären Proletariats anzuvertrauen, ohne zu begreifen, daß diese Furcht es dazu verdammt, sich blind der Bourgeoisie anzuvertrauen. Denn in einer Gesellschaft des erbitterten Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, besonders bei der unvermeidlichen Verschärfung dieses Kampfes durch die Revolution, kann es keine „mittlere“ Linie geben. Das ganze Wesen der Klassenlage und der Bestrebungen des Kleinbürgertums besteht aber eben darin, das Unmögliche zu wollen, nach dem Unmöglichen zu trachten, d. h. gerade nach einer solchen „mittleren Linie“.

Die dritte entscheidende Klassenkraft war das Proletariat, das nicht nach der „Aussöhnung“ mit der Bourgeoisie strebte, sondern nach dem Siege über sie, das bestrebt war, furchtlos die Revolution auch in internationalem Maßstab weiter voranzutreiben.

Das war der objektive historische Boden, der einen Cavaignac hervorbrachte. Durch seine Unschlüssigkeit hatte sich das Kleinbürgertum als aktiv handelnde Kraft „ausgeschlossen“, und der französische Kadett, General Cavaignac, nutzte die Angst des Kleinbürgertums, sich dem Proletariat anzuvertrauen, schritt zur *Entwaffnung* der Pariser Arbeiter und ließ sie in Massen erschießen.

Mit diesem historischen Blutbad endete die Revolution; das zahlenmäßig überwiegende Kleinbürgertum war und blieb ein politisch ohnmächtiges Anhängsel der Bourgeoisie, und drei Jahre später wurde in Frankreich die cäsarische Monarchie in einer besonders abscheulichen Form wiederhergestellt.

Die historische Rede Zeretelis vom 11. Juni, offensichtlich von den

kadettischen Cavaignac suggeriert (vielleicht direkt von den bürgerlichen Ministern, vielleicht indirekt von der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen öffentlichen Meinung, dieser Unterschied ist nicht wichtig), diese historische Rede ist deshalb so bemerkenswert, ist deshalb historisch, weil Zereteli mit unnachahmlicher Naivität die „geheime Krankheit“ des gesamten Kleinbürgertums, des sozialrevolutionären wie des menschevistischen, *ausgeplaudert* hat. Diese „geheime Krankheit“ besteht erstens in der völligen Unfähigkeit zu einer selbständigen Politik; zweitens in der Furcht, sich dem revolutionären Proletariat anzuvertrauen und *dessen* selbständige Politik rückhaltlos zu unterstützen; und drittens in der sich hieraus unvermeidlich ergebenden Unterordnung unter die Kadetten oder die Bourgeoisie überhaupt (*d. h. Unterordnung unter die Cavaignac*).

Darin besteht das Wesen der Sache. Nicht Zereteli oder Tschernow persönlich und nicht einmal Kerenski sind berufen, die Rolle Cavaignacs zu spielen, dazu werden sich andere Leute finden, die zu geeigneter Zeit den russischen Louis Blanc sagen werden: „Schert euch fort!“ Zereteli und Tschernow aber stehen an der Spitze einer solchen kleinbürgerlichen Politik, die das Erscheinen von Cavaignacs möglich und unumgänglich macht.

„Wenn der wirkliche Cavaignac kommt, werden wir mit euch sein“, das ist ein ausgezeichnetes Versprechen, eine großartige Absicht! Schade nur, daß sich hier zeigt, wie das für das sentimentale und ängstliche Kleinbürgertum typisch ist, daß es den Klassenkampf nicht begreift. Denn ein Cavaignac ist kein Zufall und sein „Kommen“ kein einmaliger Zeitpunkt. Der Cavaignac ist der Vertreter einer Klasse (der konterrevolutionären Bourgeoisie), der *Schrittmacher* ihrer Politik. Gerade diese Klasse, gerade diese Politik unterstützt ihr *jetzt* schon, ihr Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki! Dieser Klasse und ihrer Politik überlaßt ihr, die ihr gegenwärtig die unbestrittene Mehrheit im Lande habt, das *Übergewicht* in der Regierung, d. h., ihr schafft ihr eine ausgezeichnete Basis für ihre Arbeit.

In der Tat. Der Gesamtrussische Bauernkongreß ist fast ganz von den Sozialrevolutionären beherrscht worden. Auf dem Gesamtrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten steht die erdrückende Mehrheit hinter dem Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Das gleiche gilt für die Wahlen zu den Bezirksdumas von Petrograd. Es steht

fest: Sozialrevolutionäre und Menschewiki sind jetzt die herrschende Partei. Und diese herrschende Partei tritt die Macht (die Mehrheit in der Regierung) freiwillig an die *Partei der Cavaignac* ab!!

Wenn nur der Sumpf da ist, die Teufel werden sich schon finden. Ist einmal das unsichere, schwankende, die Entfaltung der Revolution fürchtende Kleinbürgertum da, so wird das Erscheinen der Cavaignac nicht auf sich warten lassen.

In Rußland gibt es heute vieles, was unsere Revolution von der französischen Revolution des Jahres 1848 unterscheidet: den imperialistischen Krieg, die Nachbarschaft höher entwickelter Länder (nicht solcher, die rückständiger sind, wie es damals in bezug auf Frankreich der Fall war), die Agrarbewegung und die nationale Bewegung. Aber all das kann nur die Form des Hervortretens der Cavaignac, den Zeitpunkt, die äußeren Anlässe usw. ändern, das Wesen der Sache kann dadurch nicht geändert werden, denn es liegt in den *Beziehungen der Klassen zueinander* begründet.

In Worten war auch Louis Blanc himmelweit von Cavaignac entfernt. Auch Louis Blanc hat unzählige Versprechungen abgegeben, mit den revolutionären Arbeitern gegen die bürgerlichen Konterrevolutionäre „in einer Front zu kämpfen“. Doch wird kein marxistischer Historiker, kein Sozialist zu bezweifeln wagen, daß gerade die Schwäche, das Schwanken und die Vertrauensseligkeit der Louis Blanc gegenüber der Bourgeoisie einen Cavaignac erzeugt und ihm zum Erfolg verholpen haben.

Einzig und allein von der Standhaftigkeit und Wachsamkeit, von der Kraft der revolutionären Arbeiter Rußlands hängt es ab, ob es Sieg oder Niederlage ist, was die russischen Cavaignac zu erwarten haben, die durch die konterrevolutionäre Haltung der russischen Bourgeoisie mit den Kadetten an der Spitze, durch die Unsicherheit, die Ängstlichkeit und die Unschlüssigkeit der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki unvermeidlich hervorgebracht werden.

„*Pravda*“ Nr. 83,
29. (16.) Juni 1917.

Nach dem Text der „*Pravda*“.

WIE DER KAMPF GEGEN DIE KONTERREVOLUTION GEFÜHRT WERDEN MUSS

Noch vor wenigen Tagen erklärte Minister Zereteli in seiner „historischen“ Rede, es gäbe keine Konterrevolution. Heute schlägt die ministerielle „Rabotschaja Gaseta“ in dem Artikel „Bedrohliche Symptome“ einen ganz anderen Ton an.

„Überall spürt man deutliche Anzeichen der sich rüstenden Konterrevolution.“

Schönen Dank, daß ihr endlich wenigstens die Tatsache selbst zugebt.

Doch die ministerielle Zeitung fährt fort: „Wir kennen ihren (der Konterrevolution) Stab nicht und sind über den Grad ihrer Organisiertheit nicht unterrichtet.“

Nanu! Ihr kennt den Stab der Konterrevolution nicht? Gestattet, euch in eurer Unkenntnis zu helfen. Der Stab der sich organisierenden Konterrevolution befindet sich in der Provisorischen Regierung, in derselben Koalitionsregierung, meine Herren, der 6 eurer Genossen angehören! Der Stab der Konterrevolution befindet sich dort, wo die Konferenzen der IV. Reichsduma tagen, wo Miljukow, Rodsjanko, Schulgin, Gutschkow, A. Schingarjow, Manuilow und Co. das große Wort führen, und die Kadetten, die in der Koalitionsregierung sitzen, sind die rechte Hand der Miljukow und Co. Dem Stab der Konterrevolution gehören gewisse reaktionäre Generale an. In diesem Stab der Konterrevolution befinden sich auch einige hohe Beamte, die ihren Abschied genommen haben.

Wenn ihr über die Konterrevolution nicht nur jammern, sondern den Kampf gegen sie aufnehmen wollt, so seid ihr verpflichtet, mit uns zu sagen: Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern . . .

Die „Rabotschaja Gaseta“ verweist ferner darauf, daß die Presse, die

den Antisemitismus schürt und die Massen gegen die Juden aufhetzt, die Hauptwaffe der Konterrevolution bildet. Das ist richtig. Doch was folgt daraus? Ihr seid doch eine Regierungspartei, meine Herrschaften? Was habt ihr unternommen, um diese niederträchtige konterrevolutionäre Presse zu zügeln? Könnt ihr, die ihr euch „revolutionäre Demokratie“ nennt, auf revolutionäre Maßnahmen gegen die zügellose, offen konterrevolutionäre Presse verzichten? Und weiter. Weshalb gründet ihr kein staatliches Organ für Inserate, um so der niederträchtigen konterrevolutionären Presse ihre Haupteinnahmequelle zu entziehen und sie somit um die beste Möglichkeit zu bringen, das Volk zu betrügen? Wo ist festgelegt, daß zur Herausgabe des „Nowoje Wremja“, der „Malenkaja Gaseta“³⁶, der „Russkaja Wolja“³⁷ und anderer Reptilienblätter jetzt Tausende und aber Tausende von Menschen einer wirklich produktiven Arbeit entzogen werden müssen?

Was habt ihr beigetragen zum Kampf gegen die konterrevolutionäre Presse, die all ihre Kräfte auf die Hetze gegen unsere Partei konzentriert hat? Nichts! Ihr habt selbst Stoff für diese Hetze geliefert. Ihr wart ja so sehr beschäftigt mit dem Kampf gegen die Gefahr von links.

Ihr erntet, was ihr gesät habt, meine Herrschaften.

So war es, und so wird es sein, solange ihr fortfahrt, zwischen der Position der Bourgeoisie und der des revolutionären Proletariats zu schwanken.

„Pravda“ Nr. 84,
30. (17.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DIE UKRAINE UND DIE NIEDERLAGE DER REGIERUNGSPARTEIEN RUSSLANDS

In der ukrainischen Frage haben die Regierungsparteien Rußlands, d. h. die Kadetten, die in der Regierung über die Mehrheit und in der Wirtschaft über die Allmacht des *Kapitals* verfügen, und dann die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die gegenwärtig die unbestrittene Mehrheit im Lande haben (aber machtlos in der Regierung und in der Wirtschaft des Landes, eines kapitalistischen Landes, sind), haben *alle* diese Regierungsparteien im ganzen Lande in einer höchst wichtigen Frage eine eindeutige Niederlage erlitten.

Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki haben geduldet, daß die Provisorische Regierung der Kadetten, d. h. der konterrevolutionären Bourgeois, ihre elementare demokratische Pflicht *nicht* erfüllt hat, daß sie *nicht* erklärt hat, sie sei *für* die Autonomie der Ukraine und für ihr un eingeschränktes Recht, sich loszutrennen. Die Ukrainer haben, wie Minister Tschernow heute im „Delo Naroda“ berichtet, unvergleichlich weniger gefordert, nämlich, „daß die Provisorische Regierung in einer besonderen Verlautbarung erklären solle, daß sie *nicht gegen* das Recht des ukrainischen Volkes auf Autonomie ist“. Das ist eine äußerst bescheidene und durchaus berechtigte Forderung, ebenso bescheiden wie die beiden anderen Forderungen: 1. Die Bevölkerung der Ukraine wählt einen Vertreter in die russische Zentralregierung. Wie bescheiden diese Forderung ist, zeigt die Tatsache, daß die Großrussen 1897 43 Prozent der Gesamtbevölkerung Rußlands ausmachten und die Ukrainer 17 Prozent; die Ukrainer brauchten also nicht nur einen Minister von 16 zu fordern, sondern könnten sechs verlangen!! 2. In der Ukraine soll es „einen von der örtlichen Bevölkerung gewählten Vertreter der russischen Zentral-

regierung“ geben. Was könnte berechtigter sein als das? Mit welchem Recht untersteht sich ein Demokrat, von dem in der Theorie bewiesenen und durch die Erfahrung der demokratischen Revolutionen bestätigten Grundsatz abzugehen: „Keinerlei von oben eingesetzte Machtorgane für die örtliche Bevölkerung“??

Die Zurückweisung dieser so bescheidenen und berechtigten Forderungen durch die Provisorische Regierung war eine Unverschämtheit sondergleichen, eine maßlose Frechheit der Konterrevolutionäre, eine typische Äußerung der Politik des großrussischen „Dershimorda“*; und die Sozialrevolutionäre samt den Menschewiki haben so etwas – ein Hohn auf ihre eigenen Parteiprogramme – in der Regierung geduldet und verteidigen es jetzt in ihrer Presse!! Mit welcher Schande haben sich doch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki bedeckt! Welch erbärmlicher Winkelzüge bedienen sich heute ihre Zeitungen, das „Delo Naroda“ und die „Rabotschaja Gaseta“!

Chaos, Wirrwarr, „Leninismus in der nationalen Frage“, Anarchie – mit diesem Geschrei eines wildgewordenen Gutsbesitzers toben beide Zeitungen gegen die Ukrainer.

Lassen wir das Geschrei auf sich beruhen. Wie sehen die sachlichen Argumente aus?

Bevor nicht die Konstituierende Versammlung zusammengetreten ist, könne weder über die Grenzen der Ukraine noch über ihre Willensäußerung, noch über ihr Recht auf Erhebung von Steuern usw. usf. eine „rechtmäßige“ Entscheidung getroffen werden. Das ist ihr einziges Argument. Sie fordern eine „Garantie der Rechtmäßigkeit“. In diesem Ausdruck aus dem redaktionellen Artikel der „Rabotschaja Gaseta“ liegt das ganze Wesen ihrer Argumentation.

Aber das ist doch ausgemachter Schwindel, meine Herren, eine offensichtliche Unverschämtheit der Konterrevolutionäre; ein solches Argument ins Feld führen heißt doch praktisch die wahren Verräter, die Judasse der Revolution unterstützen!!

„Garantien der Rechtmäßigkeit“ . . . man überlege das doch nur eine Sekunde lang. *Nirgends* in Rußland, *weder in der Zentralregierung* noch in einer örtlichen Körperschaft (abgesehen von ganz kleinen Körperschaften: den Bezirksdumas von Petrograd) gibt es eine Garantie der

* Polizist in Gogols „Revisor“. Zu deutsch: Halt-die-Schnauze. Die Red.

Rechtmäßigkeit, sie ist sogar ganz offenkundig *nicht* vorhanden. Es gibt ganz offenkundig keine „Rechtmäßigkeit“ für das Bestehen der Reichsduma und des Reichsrates. Es gibt ganz offenkundig keine „Rechtmäßigkeit“ in der Zusammensetzung der Provisorischen Regierung, denn diese Zusammensetzung ist ein Hohn auf den Willen und das politische Bewußtsein der Mehrheit der Bauern, Arbeiter und Soldaten Rußlands. Es gibt ganz offenkundig keine „Rechtmäßigkeit“ in der Zusammensetzung der Sowjets (der Arbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten), denn Garantien für Vollständigkeit und streng demokratische Durchführung der Wahlen haben diese Körperschaften bis jetzt noch nicht geschaffen, was *weder unsere Partei* noch die Masse der Arbeiter und Bauern daran hindert, in ihnen den gegenwärtig *besten* Ausdruck des Willens der Volksmehrheit zu sehen. Nirgends in Rußland gibt es „Garantien der Rechtmäßigkeit“ *und kann es auch nicht geben, niemals hat es in revolutionären Zeiten derartige Garantien gegeben*, alle begreifen das, niemand verlangt es anders, und alle sehen ein, daß das unvermeidlich ist.

Nur für die Ukraine fordern „wir“ „Garantien der Rechtmäßigkeit“! Ihr habt vor Angst den Verstand verloren, meine Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ihr seid auf das konterrevolutionäre Geschrei der großrussischen Gutsbesitzer und Kapitalisten hereingefallen, an deren Spitze die Rodsjanko und Miljukow, die Lwow und Terechtschenko, die Nekrassow, Schingarjow und Co. stehen. Ihr bietet schon jetzt das Schauspiel von Leuten, die durch die kommenden (*im Hintergrund lauern*den“) Cavaignac eingeschüchtert sind.

In den Beschlüssen und Forderungen der Ukrainer ist gar nichts Schreckliches, ist nicht die Spur von Anarchie und Chaos zu finden. Gebt diesen durchaus berechtigten und bescheidenen Forderungen nach, und in der Ukraine wird es nicht weniger Autorität geben als sonst überall in Rußland, wo *nur* die Sowjets Autorität besitzen (die *keine* „Garantien der Rechtmäßigkeit“ haben!!). Die „Garantien der Rechtmäßigkeit“ werden uns und allen Völkern Rußlands die kommenden Landtage und die kommende Konstituierende Versammlung geben, nicht allein in der ukrainischen, sondern in *allen* Fragen, denn jetzt gibt es in Rußland ganz offenkundig *in keiner* Frage „Rechtmäßigkeit“. Gebt den Ukrainern nach, das ist das Gebot der Vernunft, sonst wird es schlimmer kommen; Gewalt wird die Ukrainer nicht zurückhalten, sondern nur erbittern. Gebt den

Ukrainern nach, ihr werdet damit den Weg ebnen zu gegenseitigem Vertrauen der beiden Nationen, zu ihrem brüderlichen Bündnis als ebenbürtige Partner!

Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki als Regierungsparteien haben in der ukrainischen Frage eine Niederlage erlitten, denn sie sind den konterrevolutionären kadettischen Cavaignac auf den Leim gegangen.

„Pravda“ Nr. 84,
30. (17.) Juni 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

AUF DIE ANKLAGEBANK MIT RODSJANKO
UND DSHUNKOWSKI,
SIE HABEN EINEN SPITZEL GEDECKT!

Aus dem Bericht der Untersuchungskommission in Sachen des Lockspitzels Malinowski geht folgende Tatsache hervor:

Sowohl Dshunkowski als auch *Rodsjanko* hatten spätestens am 7. Mai 1914 erfahren, daß Malinowski ein Spitzel ist.³⁸

Keiner von beiden hat die in der Duma vertretenen politischen Parteien, in erster Linie die Bolschewiki, vor dem Spitzel in ihrer Mitte gewarnt!!

Ist das vielleicht kein Verbrechen?

Können Dshunkowski und *Rodsjanko* nach dem Vorgefallenen noch als makellose Bürger gelten?

Jede politische Partei möge sich das überlegen und sich dazu äußern!

„*Pravda*“ Nr. 84,
30. (17.) Juni 1917.

Nach dem Text der „*Pravda*“.

EINE MERKWÜRDIGE ENTSTELLUNG VON ZITATEN

In den Zeitungen „Den“³⁹ und „Nowaja Shisn“, die gestern ausführlicher als andere den Bericht der Untersuchungskommission⁴⁰ veröffentlicht haben, findet sich eine Stelle aus meinen Aussagen; in der „Birshowka“⁴¹, die eine in verschiedener Hinsicht noch vollständigere Darstellung der Untersuchungsergebnisse gebracht hat, fehlt diese Stelle.

Die beiden erstgenannten Zeitungen brachten ein Zitat aus meinen Aussagen, das mit den Worten beginnt: „Ich glaube hier nicht an Spitzeltätigkeit“. Vor dem Zitat stehen keine Punkte, und so kommt der ungeheuerliche Unsinn heraus, als ob ich jetzt „nicht daran glaubte“.

Nur die höchst merkwürdige Entstellung des Zitats in beiden Zeitungen konnte zu solch einem Unsinn führen. In Wirklichkeit sagte ich aus: „Was mich betrifft, so *hatte* ich mich (bevor Malinowskis Spitzeltätigkeit aufgedeckt wurde) wiederholt folgendermaßen geäußert: Nach der Asef-Affäre⁴² wundere mich gar nichts mehr. Doch ich glaube hier nicht an Spitzeltätigkeit, nicht nur deshalb, weil ich keine Beweise, keinerlei Anhaltspunkte sehe, sondern auch, weil . . .“ (und weiter, wie im „Den“: weil die Ochrana mit Malinowski als Spitzel gar nicht auf ihre Rechnung gekommen wäre, da bei uns alles über zwei legale Stellen ging, usw.).

In meinen Aussagen ist also von der Vergangenheit die Rede. Der „Den“ und die „Nowaja Shisn“* haben mir durch eine merkwürdige Entstellung des Zitats den Unsinn zugeschrieben, als spräche ich von der Gegenwart.

Es ist das gerade Gegenteil von dem, was ich wirklich ausgesagt habe.

„Pravda“ Nr. 84, 30. (17.) Juni 1917.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Pravda“.

* In beiden Zeitungen ist obendrein noch ein Druckfehler. Es heißt da: „Die Bolschewiki werden keinen bewaffneten Aufstand machen“. Statt „keinen“ muß es heißen „einen“.

HERRSCHENDE UND VERANTWORTLICHE PARTEIEN

Die Bildung entweder eines einheitlichen oder eines föderativen Zentralkomitees durch den Sowjetkongreß und das Exekutivkomitee des Bauernsowjets ist eine Sache der nächsten Tage. Diese Frage ist auf die Tagesordnung gesetzt worden und wird in der allernächsten Zeit entschieden werden. Der kleinen „Rauferei“ zwischen den Sozialrevolutionären und den Menschewiki über die Art der Bildung des ZK braucht man keinerlei Beachtung zu schenken: so belanglos ist dieser Kampf der beiden Parteien, die ein und denselben Standpunkt der Vaterlandsverteidigung (d. h. der Unterstützung des räuberischen Krieges) und des Ministerialismus vertreten, d. h. der Unterstützung einer Regierung der konterrevolutionären Bourgeoisie.

Große Bedeutung hat die Bildung des ZK als des letzten Mosaiksteinchens, das kennzeichnend ist für die neueste politische Situation im Unterschied zu den vorangegangenen. Die neueste politische Situation wird durch die endgültige Klarstellung der Tatsache bestimmt, daß sich heute die Mehrheit der Bevölkerung für die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ausspricht, die bekanntlich einen gemeinsamen Block bilden.

Der Gesamtrussische Bauernsowjet und der jetzt tagende Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten sowie die Wahlen zu den Bezirksdumas in Petrograd haben endgültig die Tatsache bestätigt, daß der Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki die *in Rußland herrschende Partei* ist.

Dieser Block hat jetzt ganz offenkundig die Mehrheit im Volk. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß er auch in dem einheitlichen oder föde-

rativen Zentralkomitee der Sowjets (oder dem Sowjet der Sowjets, offenbar ist man sich über die Bezeichnung noch nicht einig), das jetzt gebildet werden soll, die Mehrheit haben wird.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki sind die herrschenden und verantwortlichen Parteien.

Dies ist das Wesentliche der neuesten politischen Situation. Wenn sich die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre vor den Wahlen in Petrograd, vor dem Bauernkongreß und vor dem Sowjetkongreß wenigstens noch mit einer Spur von Glaubwürdigkeit hinter dem Argument verschanzen konnten, daß der Wille der Mehrheit unbekannt sei, daß die Kadetten wohl auch der Mehrheit nahe seien usw. usf., so sind diese Ausflüchte heute unmöglich. Der von gewissen Leuten künstlich erhaltene Nebel hat sich aufgelöst.

Ihr seid in der Mehrheit, meine Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ihr bildet die herrschenden Parteien oder richtiger den herrschenden Block. *Ihr tragt die Verantwortung.*

Unsere Hauptaufgabe bei der Agitation und Propaganda im allgemeinen und bei der Wahlkampagne zur Konstituierenden Versammlung im besonderen besteht jetzt darin, den breiten Massen der Arbeiter und Bauern äußerst gründlich, sachlich und anschaulich klarzumachen, daß für die Politik unseres Landes jetzt die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki als die herrschenden Parteien verantwortlich sind. Bisher war das anders, denn als Parteien hatten sie ihre Mehrheit noch nicht ermittelt und sich gern als „Opposition“ unter den regierenden Kadetten hingestellt. Jetzt ist kein Zweifel mehr möglich: die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben die Mehrheit.

Sie sind verantwortlich für die gesamte Politik des Landes.

Sie sind jetzt verantwortlich für die Ergebnisse der anderthalbmonatigen Amtszeit der „Koalitionsregierung“.

Sie sind dafür verantwortlich, daß es in der Regierung eine Mehrheit von Ministern der Partei der konterrevolutionären Bourgeoisie gibt. Jeder weiß, sieht und spürt, daß sich diese Minister *ohne Zustimmung* des Sowjetkongresses und des Gesamtrussischen Bauernsowjets nicht einen Tag lang halten könnten.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki sind für die grundlegenden Widersprüche der jetzigen Politik verantwortlich, die immer krasser und

unerträglicher fühlbar werden und den Massen immer deutlicher zum Bewußtsein kommen.

In Worten wird der Eroberungskrieg „verurteilt“ und ein Frieden ohne Annexionen „gefordert“. Doch in der Tat wird gerade dieser Eroberungskrieg im Bündnis mit offenkundigen Eroberern, den Imperialisten Englands, Frankreichs u. a. fortgesetzt. In der Tat wird die Offensive auf Verlangen eben dieser Verbündeten vorbereitet, in Übereinstimmung mit den räuberischen Geheimverträgen, die Nikolaus II. im Interesse der Bereicherung der russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten abgeschlossen hat.

In der Tat wird eine Politik der Annexionen betrieben, d. h. der gewaltsamen Angliederung von Völkern (Albanien, Griechenland) an einen Staat oder eine Imperialistengruppe – eine Politik der Annexionen auch *innerhalb* des „revolutionären“ (aber einen konterrevolutionären Weg beschreitenden) Rußlands; Finnland und die Ukraine werden wie annektierte Völker behandelt, nicht wie wirklich freie, wirklich gleichberechtigte Völker, die das unbestreitbare Recht auf Autonomie und auf Los-trennung haben.

In Worten ist „der Widerstand der Kapitalisten anscheinend gebrochen“, wie ein Minister des Blocks, Pescheonow, prahlerisch erklärte. In der Tat aber mußte man sogar in der Resolution des Sowjetkongresses zugeben, daß „der Widerstand der besitzenden Klassen wächst“ (d. h. der Widerstand der konterrevolutionären Bourgeoisie, die von 16 Ministern 10 kapitalistische Minister stellt und in der Wirtschaft des Landes faktisch allmächtig ist).

In Worten wird Kontrolle und Regulierung der Produktion sowie das restlose Einziehen der Profite versprochen (Minister Skobelew). In der Tat ist während der anderthalb Monate überhaupt nichts geschehen! Nicht ein einziger sachlicher, ernsthafter Schritt wurde unternommen, weder gegen die Kapitalisten, die Aussperrungen vornehmen, noch gegen die Spekulanten und Kriegsgewinnler oder gegen die Bankmagnaten!!

Wir wollen die Liste dieser himmelschreienden Widersprüche nicht fortsetzen, die aufgezeigten genügen vollauf.

Die Zerrüttung greift um sich. Die Krise steht vor der Tür. Unaufhaltsam kommt die Katastrophe auf uns zu. Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre aber reden den Kapitalisten ins Gewissen, sie dro-

hen, ihnen 100 Prozent ihres Profits zu nehmen, sie prahlen, der Widerstand der Kapitalisten sei gebrochen, sie schreiben Resolutionen und machen Projekte, sie machen Projekte und schreiben Resolutionen.

Die Katastrophe zieht herauf. *Alle* Verantwortung dafür lastet auf den Sozialrevolutionären und den Menschewiki als dem herrschenden Block.

„Pravda“ Nr. 85,
1. Juli (18. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

NOCH EINE KOMMISSION

Der wirtschaftliche Zerfall hat bereits begonnen. Die Bourgeoisie greift auf der ganzen Linie an. Entschiedene Maßnahmen sind notwendig.

Was gedenkt die Provisorische Regierung zu unternehmen?

Sie hat zur Rettung Rußlands, zum Kampf gegen den wirtschaftlichen Zerfall, zur Regelung des Wirtschaftslebens den Entwurf zu einer neuen Organisation ausgearbeitet, einen ausführlichen Plan zur Bekämpfung des wirtschaftlichen Zerfalls.

An die Spitze des ganzen Unternehmens, der „Organisation der Volkswirtschaft und der Arbeit“, wird ein *Wirtschaftsrat* gestellt.

Endlich werden Maßnahmen ergriffen, man geht von Worten zur Tat über. Sehr schön, es ist auch die höchste Zeit!

Wie aber setzt sich dieser *Wirtschaftsrat* zusammen?

Wer wird gegen den wirtschaftlichen Zerfall kämpfen, wer wird den Kampf führen gegen die verbrecherische Politik der Kapitalisten, der Unternehmer, der Fabrikbesitzer und Industrieherrn?

Es stellt sich heraus, daß in diesem Rat die Kapitalisten die erdrückende Mehrheit haben werden. Ist das nicht ein Hohn?!

Hier ist die Zusammensetzung dieser ehrenwerten Institution:

Bourgeoisminister	6
Vertreter der Kapitalisten (des Rates der Banken, des Börsenhandels, der Landwirtschaft usw.)	9
	<i>Insgesamt</i> 15
Von den Arbeitern (Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten)	3
Von den Gewerkschaften	3
Von den Bauerndeputierten	3
	<i>Insgesamt</i> 9

Dazu kommen noch der Kriegsminister, der Arbeitsminister und drei Vertreter der Genossenschaften.

Man sieht also, entscheiden werden die Kapitalisten.

Es wird wieder eine Institution geschaffen, die im besten Fall ohne Nutzen sein wird.

Außerdem werden, wie das so üblich ist, noch eine Unmenge Kommissionen, Unterkommissionen, Komitees usw. geschaffen.

So glaubt man den Kampf gegen den wirtschaftlichen Zerfall führen zu können.

Das heißt den Hecht ins Wasser werfen . . . *

„Pravda“ Nr. 85,
1. Juli (18. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

* Anspielung auf die Krylowsche Fabel „Der Hecht“. *Die Red.*

DER ACHTZEHNTE JUNI

Der 18. Juni wird so oder so in die Geschichte der russischen Revolution als einer der Tage eingehen, die einen Wendepunkt bedeuten.

Die Stellung der Klassen zueinander, ihre wechselseitigen Beziehungen im Kampfe gegeneinander und ihre Stärke, besonders im Vergleich zur Stärke der Parteien, all dies zeigte die Demonstration am Sonntag so deutlich, so klar und eindrucksvoll, daß der Gewinn an Klassenbewußtsein und Klarheit außerordentlich groß sein wird, ganz gleich wie und in welchem Tempo sich die weitere Entwicklung auch vollziehen mag.

Die Demonstration hat in wenigen Stunden das leere Gerede von den verschwörerischen Bolschewiki wie Spreu im Winde verweht, sie hat sehr anschaulich und unwiderlegbar gezeigt, daß die Avantgarde der werktätigen Massen Rußlands, das Industrieproletariat Petrograds und die Truppen der Hauptstadt, in überwältigender Mehrheit für die Losungen eintreten, die unsere Partei stets vertreten hat.

Festen Schritts marschieren die Bataillone der Arbeiter und Soldaten. Etwa eine halbe Million Demonstranten marschieren in geschlossener Front, einmütig geschart um die Losungen, deren übergroße Mehrheit fordert: „Alle Macht den Sowjets“, „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern“, „Weder Separatfrieden mit den Deutschen noch Geheimverträge mit den englischen und französischen Kapitalisten“ usw. Keiner, der die Demonstration gesehen hat, hegt noch den geringsten Zweifel daran, daß diese Losungen bei der organisierten Avantgarde der Arbeiter- und Soldatenmassen Rußlands den Sieg davongetragen haben.

Die Demonstration am 18. Juni wurde zu einer Manifestation der Kraft und der Politik des revolutionären Proletariats, das der Revolution die Richtung weist, das den Ausweg aus der Sackgasse zeigt. Darin liegt die

gewaltige historische Bedeutung der Demonstration am Sonntag, darin unterscheidet sie sich grundsätzlich von den Demonstrationen am Tage der Bestattung der Revolutionsoffer und am 1. Mai. Damals war es eine allgemeine *Ehrung* des ersten Sieges der Revolution und ihrer Helden, ein Rückblick des Volkes auf die von ihm so rasch und erfolgreich zurückgelegte erste Etappe zur Freiheit. Der 1. Mai war ein *Fest* der Wünsche und Hoffnungen, die mit der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, mit ihrem Ideal von Frieden und Sozialismus verknüpft sind.

Weder die eine noch die andere Demonstration hatte sich zum Ziel gesetzt, der Revolution die *Richtung* der weiteren Entwicklung zu weisen, und sie konnten das auch gar nicht. Weder die eine noch die andere warf vor den Massen und im Namen der Massen die konkreten, ganz bestimmten, brennenden Fragen auf, in welcher Richtung und auf welche Weise die Revolution verlaufen soll.

In diesem Sinne war der 18. Juni die erste politische Demonstration der *Tat*, eine Erläuterung – nicht durch Bücher oder Zeitungen, sondern auf offener Straße, nicht durch die Führer, sondern durch die Massen –, eine Erläuterung, wie die verschiedenen Klassen handeln, wie sie handeln wollen und handeln werden, um die Revolution weiterzuführen.

Die Bourgeoisie hatte sich versteckt. An einer friedlichen Demonstration, die ganz offensichtlich von der Mehrheit des Volkes bei Freiheit der Parteilösungen veranstaltet worden war, die zum Hauptziel die Manifestation gegen die Konterrevolution hatte, an einer solchen Demonstration teilzunehmen lehnte die Bourgeoisie ab. Das ist auch begreiflich. Die Bourgeoisie, das ist ja eben die Konterrevolution. Sie versteckt sich vor dem Volk und zettelt regelrechte konterrevolutionäre Verschwörungen gegen das Volk an. Die jetzt in Rußland herrschenden Parteien, die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, haben sich an diesem historischen 18. Juni ganz klar als Parteien des Schwankens erwiesen. Ihre Losungen brachten ihr Schwanken zum Ausdruck, und hinter ihren Losungen stand – klar und für alle sichtbar – die Minderheit. Auf demselben Fleck stehenbleiben, einstweilen alles beim alten lassen, das war es, was *sie* mit ihren Losungen, durch ihre Schwankungen dem Volke rieten. Das Volk aber spürte, und sie selbst spürten, daß dies unmöglich ist.

Genug der Schwankungen, sagte die Avantgarde des Proletariats, die Avantgarde der Arbeiter- und Soldatenmassen Rußlands. Genug der Schwankungen. Die Politik des Vertrauens zu den Kapitalisten, zu *ihrer* Regierung, *ihrer* reformerischen Anstrengungen, *ihrer* Kriege und *ihrer* Offensivpolitik, eine solche Politik ist aussichtslos. Ihr Bankrott ist nicht mehr fern. Ihr Bankrott ist unausbleiblich. Das wird auch der Bankrott der herrschenden Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sein. Der wirtschaftliche Zusammenbruch rückt immer näher. Es ist *unmöglich*, sich vor ihm anders zu retten als durch revolutionäre Maßnahmen der an der Macht befindlichen revolutionären Klasse.

Das Volk muß mit der Politik des Vertrauens zu den Kapitalisten Schluß machen, es soll der revolutionären Klasse, dem Proletariat vertrauen. Das Proletariat und nur das Proletariat ist die Quelle der Kraft. In ihm und nur in ihm liegt die Gewähr dafür, daß die Interessen der *Mehrheit* wahrgenommen werden, die Interessen der durch den Krieg und das Kapital erdrückten Werktätigen und Ausgebeuteten, die fähig sind, den Krieg und das Kapital zu bezwingen!

Eine Krise von unerhörtem Ausmaß ist über Rußland und über die ganze Menschheit hereingebrochen. Es gibt nur einen Ausweg: Vertrauen zu dem am besten organisierten Vortrupp der Werktätigen und Ausgebeuteten, Unterstützung seiner Politik.

Ob das Volk diese Lehre schnell begreifen und wie es sie verwirklichen wird, wissen wir nicht. Aber eins wissen wir ganz bestimmt, daß es anders keinen Ausweg aus der Sackgasse gibt, daß mögliche Schwankungen oder daß Grausamkeiten der Konterrevolution daran nichts ändern können.

Ohne das volle Vertrauen der Volksmassen zu ihrem Führer, dem Proletariat, gibt es keinen Ausweg.

„Pravda“ Nr. 86,
3. Juli (20. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DIE REVOLUTION, DIE OFFENSIVE UND UNSERE PARTEI

„Die russische Revolution ist an einem Wendepunkt angelangt“, sagte Zereteli, als er dem Sowjetkongreß von der begonnenen Offensive⁴³ Mitteilung machte. Ja, an einem Wendepunkt ist nicht nur die russische Revolution angelangt, sondern auch der ganze Weltkrieg. Die russische Regierung hat nach dreimonatigem Schwanken tatsächlich den Entschluß gefaßt, den die Regierungen der „Alliierten“ von ihr gefordert haben.

Die Offensive wurde im Namen des Friedens verkündet. Doch „im Namen des Friedens“ werfen die Imperialisten aller Länder ihre Truppen in die Schlacht, bei jeder Offensive versuchen die Generale in jedem der kriegführenden Länder die Stimmung der Soldaten durch die belebende Hoffnung zu heben, daß diese Offensive auf dem raschesten Wege zum Frieden führe.

Dieses Verfahren, das bei allen Imperialisten üblich ist, haben die russischen „sozialistischen“ Minister mit tönenden Phrasen drapiert, in denen Worte wie Sozialismus, Demokratie und Revolution sich anhören wie das Schellengeklapper eines gewandten Gauklers. Mit keinen noch so tönenden Phrasen aber kann die Tatsache verschleiert werden, daß die revolutionäre Armee Rußlands für die Ziele der Imperialisten Englands, Frankreichs, Italiens, Japans und Amerikas ins Feuer gejagt worden ist. Keine Sophistereien Tschernows, des einstigen Zimmerwalders und jetzigen Partners von Lloyd George, können verschleiern, daß, wenn auch die russische Armee und das russische Proletariat tatsächlich keine Eroberungsziele verfolgen, dies nicht das geringste an dem imperialistisch-räuberischen Charakter des Kampfes zwischen den zwei weltumspannenden Trusts ändert. Solange die Geheimverträge nicht revidiert worden

sind, die Rußland mit den Imperialisten anderer Länder verbinden, solange Ribot, Lloyd George und Sonnino als Verbündete Rußlands weiter von den Annexionszielen ihrer Außenpolitik sprechen, so lange ist und bleibt die Offensive der russischen Truppen ein Dienst, der den Imperialisten erwiesen wird.

Aber wir haben doch wiederholt erklärt, daß wir auf jegliche Annexionen verzichten, erwidern die Zereteli und Tschernow. Um so schlimmer, sagen wir: Eure Worte stimmen also nicht mit euren Taten überein, denn in Wirklichkeit dient ihr dem russischen so gut wie dem ausländischen Imperialismus. Sobald ihr aber den „alliierten“ Imperialismus aktiv unterstützt, erweist ihr der russischen Konterrevolution vortreffliche Dienste. Die Freude aller Schwarzhunderter, aller Konterrevolutionäre über die entschiedene Wendung in eurer Politik ist das beste Zeichen dafür. Ja, die russische Revolution steht an einem Wendepunkt. Die russische Regierung hat durch ihre „sozialistischen“ Minister das zuwege gebracht, was die imperialistischen Minister, Gutschkow und Miljukow, nicht fertigbringen konnten: sie hat die Verfügungsgewalt über die russische Armee den Generalstäben und Diplomaten gegeben, die im Namen und auf der Grundlage der nicht aufgehobenen Geheimverträge handeln, um der Ziele willen, die von Ribot und Lloyd George offen verkündet worden sind. Doch konnte die Regierung diese Aufgabe nur lösen, weil die Armee ihr vertraute und ihr folgte. Die Armee ging in den Tod, im Glauben, sich für die Freiheit, für die Revolution und für einen baldigen Frieden zu opfern.

Doch die Armee war dazu bereit, weil sie lediglich ein Teil des Volkes ist, das in dieser Etappe der Revolution den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki folgte. Diese allgemeine und grundlegende Tatsache, das Vertrauen der Mehrheit zu der kleinbürgerlichen, von den Kapitalisten abhängigen Politik der Menschewiki und Sozialrevolutionäre, ist bestimmend für die Stellung und das Verhalten unserer Partei.

Mit nicht nachlassender Energie werden wir weiter die Politik der Regierung entlarven und nach wie vor die Arbeiter und Soldaten entschieden warnen, unsinnige Hoffnungen auf isolierte, unorganisierte Aktionen zu setzen.

Es handelt sich um eine Etappe in der allgemeinen Volksrevolution. Die in Abhängigkeit vom Imperialismus geratenen Zereteli und Tschern-

now sind die Exponenten der Etappe der kleinbürgerlichen Illusionen, der kleinbürgerlichen Phrasen, hinter denen sich der Imperialismus verbirgt, der gleiche zynische Imperialismus wie bisher.

Diese Etappe muß überwunden werden. Wir wollen helfen, sie möglichst rasch und schmerzlos zu überwinden. Dies wird das Volk von den *letzten* kleinbürgerlichen Illusionen befreien und wird zum Übergang der Macht in die Hände der revolutionären Klasse führen.

„*Pravda*“ Nr. 87.
4. Juli (21. Juni) 1917.

Nach dem Text der „*Pravda*“.

WODURCH UNTERSCHIEDET
IHR EUCH DENN VON PLECHANOW,
IHR HERREN SOZIALREVOLUTIONÄRE
UND MENSCHEWIKI?

Das „Delo Naroda“ hat das „Jedinstwo“ schon oft für sozial-imperialistisch erklärt. Die „Rabotschaja Gaseta“ hat den Wahlblock mit dem „Jedinstwo“ offiziell verurteilt (nachdem die Wahlen zu fast allen Bezirksdumas vorbei waren).

Die jetzt begonnene Offensive zerreißt den Nebel von Phrasen und zeigt dem Volk die ungeschminkte Wahrheit. Jedermann sieht, daß sich in der ernstesten, sachlichen Frage der begonnenen Offensive Plechanow und die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki *einig sind*.

„Sozialimperialisten“ (nach dem Ausdruck des „Delo Naroda“) seid ihr also alle, das „Jedinstwo“ genausogut wie Kerenski und Tschernow, wie Zereteli und Skobelew.

„Pravda“ Nr. 87,
4. Juli (21. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

WIE SICH RODSJANKO RECHTFERTIGT

Die „Russkaja Wolja“ Nr. 143 bringt ein Interview mit Rodsjanko, der es für „ungerecht“ hält, daß er (von der „Prawda“ und der „Rabotschaja Gaseta“) beschuldigt wird, Malinowski gedeckt zu haben. Wie sich aber herausstellt, hatte Dshunkowski *schon am 22. April 1914* Rodsjanko mitgeteilt, daß Malinowski ein Lockspitzel ist, aber er nahm Rodsjanko das „Ehrenwort“ (!!!) ab, niemand etwas davon zu sagen.

Unglaublich, aber es ist so. Rodsjanko gibt einem Mann von der Ochrana sein „Ehrenwort“ *und macht den Dumamitgliedern keine Mitteilung* über den Spitzel. Unsere Partei und die ganze Gesellschaft, in deren Mitte der Spitzel Malinowski noch weiter sein Unwesen treibt, *bleiben im Irrtum befangen* . . . denn Rodsjanko hat dem Mann der Ochrana sein „Ehrenwort“ gegeben, *den Spitzel nicht zu verraten*.

Und das kann man dulden?

Und es ist möglich, Rodsjanko nicht für einen Verbrecher zu halten?

„Prawda“ Nr. 87,
4. Juli (21. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Prawda“.

WOHIN HABEN DIE SOZIALREVOLUTIONÄRE UND DIE MENSCHEWIKI DIE REVOLUTION GEBRACHT?

Sie haben die Revolution den Imperialisten unterworfen.

Die Offensive bedeutet Wiederaufnahme des imperialistischen Krieges. Das Verhältnis, in dem die beiden miteinander kämpfenden gigantischen Kapitalistenverbände zueinander stehen, hat sich im wesentlichen nicht geändert. Rußland wird auch nach der Revolution vom 27. Februar unumschränkt von den Kapitalisten beherrscht, die durch Bündnisse und die alten Geheimverträge des Zaren mit dem englisch-französischen imperialistischen Kapital verbunden sind. Die Wirtschaft und die Politik des Krieges, der weitergeführt wird, sind die gleichen wie früher: dasselbe imperialistische Bankkapital herrscht im Wirtschaftsleben; dieselben Geheimverträge, dieselbe Außenpolitik der Bündnisse der einen Imperialistengruppe gegen die andere.

Die Phrasen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre sind und bleiben Phrasen, die in Wirklichkeit nur die Wiederaufnahme des imperialistischen Krieges süßlich beschönigen, was natürlich begeistertes Gebrüll der Zustimmung bei allen Konterrevolutionären, bei der ganzen Bourgeoisie und bei Plechanow auslöst, „der dienstbeflissen der bürgerlichen Presse hinterherläuft“, wie sich die menschewistische „Rabotschaja Gaseta“ ausdrückt, die selbst dienstbeflissen hinter dem ganzen Rudel der Sozialchauvinisten herläuft.

Nur darf man die besonderen Merkmale der gegenwärtigen Wiederaufnahme des imperialistischen Krieges nicht außer acht lassen. Sie ist nach dreimonatigem Schwanken erfolgt, nachdem die Arbeiter- und Bauernmassen den Eroberungskrieg tausendmal verurteilt hatten (wäh-

rend sie gleichzeitig in Wirklichkeit die Regierung der annexionslüster-
nen, räuberischen Bourgeoisie Rußlands weiter unterstützten). Die Mas-
sen schwankten, als wollten sie sich anschicken, *bei sich im Lande* den Rat
zu befolgen, der im Aufruf an die Völker der ganzen Welt vom 14. März
den *anderen* Völkern erteilt worden war: „Weigert euch, als Werkzeug
der Eroberung und Vergewaltigung in den Händen der *Bankiers* zu
dienen.“ In Wirklichkeit aber blieben die Massen bei uns im Lande, im
„revolutionär-demokratischen“ Rußland, eben ein Werkzeug der Erober-
ung und der Vergewaltigung „in den Händen der Bankiers“.

Die Eigenart dieser Lage besteht darin, daß sie bei verhältnismäßig
sehr großer Organisationsfreiheit der Massen von den Parteien der So-
zialrevolutionäre und Menschewiki geschaffen wurde. Gerade diese Par-
teien haben gegenwärtig die Mehrheit erobert, der Gesamtrussische So-
wjetkongreß und der Gesamtrussische Bauernsowjet haben das unwider-
legbar bewiesen.

Gerade diese Parteien sind jetzt für die Politik Rußlands verantwortlich.

Gerade diese Parteien sind verantwortlich für die Wiederaufnahme
des imperialistischen Krieges, verantwortlich für die neuen Hunderttau-
sende von Opfern, die in Wirklichkeit nur gebracht werden, damit die
einen Kapitalisten die anderen „niederringen“ können, sie sind verant-
wortlich für die weitere Verschärfung der Zerrüttung als unausbleibliche
Folge der Offensive.

Wir haben in reinsten Form gesehen, wie sich die kleinbürgerlichen
Massen selbst betrügen und wie diese Massen von der Bourgeoisie be-
trogen werden mit Hilfe der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki.
In Worten sind diese beiden Parteien die „revolutionäre Demokratie“. In
Wirklichkeit aber haben sie, gerade sie, das Schicksal des Volkes an die
konterrevolutionäre Bourgeoisie, die Kadetten, ausgeliefert; gerade sie
wandten sich von der Revolution ab und der Fortsetzung des imperia-
listischen Krieges zu, sie wandten sich ab von der Demokratie und mach-
ten „Zugeständnisse“ an die Kadetten, sowohl in der Frage der Macht
(man denke nur an die von oben erfolgende „Bestätigung“ der von der
örtlichen Bevölkerung gewählten Machtorgane) wie auch in der Boden-
frage (Verzicht der Menschewiki wie der Sozialrevolutionäre auf *ihr*
eigenes Programm: Unterstützung der revolutionären Aktionen der
Bauern *bis zur Konfiskation* der Gutsbesitzerländereien) und in der

nationalen Frage (Verteidigung des kadettischen Antidemokratismus gegenüber der Ukraine und Finnland).

Die kleinbürgerlichen Massen können nicht anders als zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin- und herschwanken. So war es in allen Ländern, besonders in der Zeit von 1789 bis 1871. So ist es auch in Rußland. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre *führten die Massen* dahin, daß die konterrevolutionären Bourgeois sie ihrer Politik unterwerfen konnten.

Darin besteht das Wesen der gegenwärtigen Lage. Darin liegt die Bedeutung der Offensive. Darin liegt die Besonderheit: nicht Gewalt, sondern das Vertrauen zu den Sozialrevolutionären und den Menschewiki hat das Volk irregeleitet.

Auf lange Zeit?

Nein, nicht auf lange Zeit. Die Massen werden aus den eigenen Erfahrungen lernen. Die traurigen Erfahrungen aus der neuen (jetzt begonnenen) Etappe des Krieges, aus der neuerlichen, durch die Offensive verschärften Zerrüttung, werden unvermeidlich zum *politischen Zusammenbruch* der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki führen. Es ist Aufgabe der proletarischen Partei, in erster Linie den Massen zu helfen, sich diese Erfahrungen anzueignen und sie richtig zu verwerten, sich richtig auf diesen gewaltigen Zusammenbruch vorzubereiten, der den Massen ihren wahren Führer, das organisierte städtische Proletariat, zeigen wird.

„Pravda“ Nr. 88,
5. Juli (22. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

KANN MAN DIE ARBEITERKLASSE MIT DEM „JAKOBINERTUM“ SCHRECKEN?

Die Zeitung des „sozialistischen Gedankens“ (nicht lachen!), der bürgerliche, chauvinistische „Den“, kommt in Nr. 91 auf den wirklich interessanten Leitartikel der „Retsch“ vom 18. Juni zurück. Der „Den“ hat diesen Leitartikel, in dem neben dem erbosten konterrevolutionären Bourgeois gerade auch der *Historiker* hervortritt, überhaupt nicht begriffen. Der „Den“ entnimmt dem Leitartikel die „feste Absicht der Kadetten, aus der Koalitionsregierung auszutreten“.

Das ist nur leeres Gerede. Die Kadetten drohen, um die Zereteli und Tschernow einzuschüchtern. Das ist nicht ernst zu nehmen.

Ernst zu nehmen und wichtig ist, wie der Leitartikler der „Retsch“ am 18. Juni vom Standpunkt des Historikers aus die Frage der Macht gestellt hat.

„Wenn“, so schrieb er, „bei der früheren Zusammensetzung der Regierung wenigstens eine gewisse Führung der russischen Revolution möglich war, so ist es ihr jetzt offenbar beschieden, sich weiterhin nach den elementaren Gesetzen aller Revolutionen zu entwickeln . . . Die Frage nach der Zweckmäßigkeit des Weiterbestehens einer Regierungskombination, die sich nicht bewährt hat, wird bereits nicht nur allein von den Bolschewiki gestellt“ (man beachte: *nicht* nur allein von den Bolschewiki!), „ . . . und nicht nur von der Mehrheit des Sowjets . . . Diese Frage muß auch von den kapitalistischen Ministern selbst gestellt werden.“

Es ist eine richtige Feststellung des Historikers, daß *nicht* nur allein die Bolschewiki, sondern das ganze Verhältnis der Klassen zueinander, das ganze Leben der Gesellschaft die Frage nach der „Zweckmäßigkeit des Weiterbestehens einer Regierungskombination, die sich nicht bewährt

hat“, auf die Tagesordnung gesetzt haben. Schwankungen – das ist die Wirklichkeit. Die Offensive ist ein möglicher Ausweg, der zum Sieg der imperialistischen Bourgeoisie führen kann. Und der andere mögliche Ausweg?

Der Historiker in der „Retsch“ antwortet auf diese Frage folgendermaßen:

„Wenn die Sowjets ‚alle Macht‘ ergriffen haben, werden sie sich bald davon überzeugen, daß sie über sehr wenig Macht verfügen. Sie werden diesen Mangel an Macht durch die in der Geschichte erprobten jungtürkischen oder jakobinischen Methoden ersetzen müssen . . . Werden sie bereit sein, erneut die ganze Frage aufzurollen und bis zum Jakobinertum und zum Terror abzugleiten, oder werden sie den Versuch machen, ihre Hände in Unschuld zu waschen? Das ist die Frage, die sich in den nächsten Tagen entscheiden muß.“

Der Historiker hat recht. Ob in den nächsten Tagen oder nicht, jedenfalls muß sich diese Frage sehr bald entscheiden. *Entweder* – Offensive, Wendung zur Konterrevolution, Erfolg der imperialistischen Bourgeoisie (auf wie lange wohl?), und Tschernow und Zereteli „waschen ihre Hände in Unschuld“.

Oder – „Jakobinertum“. Die Historiker der Bourgeoisie sehen im Jakobinertum ein Fallen („abgleiten“). Die Historiker des Proletariats sehen im Jakobinertum einen der *Höhepunkte* im Befreiungskampf der unterdrückten Klasse. Die Jakobiner gaben Frankreich die besten Vorbilder der demokratischen Revolution und der Abwehr der gegen die Republik verbündeten Monarchen. Es war den Jakobinern nicht beschieden, einen vollständigen Sieg zu erringen, hauptsächlich deshalb, weil das Frankreich des 18. Jahrhunderts auf dem Kontinent von allzu rückständigen Ländern umgeben war, und weil es in Frankreich selbst keine materiellen Grundlagen für den Sozialismus gab, keine Banken, keine kapitalistischen Syndikate, keine maschinelle Industrie und keine Eisenbahnen.

„Jakobinertum“ in Europa oder an der Grenze zwischen Europa und Asien im 20. Jahrhundert wäre die Herrschaft der revolutionären Klasse, des Proletariats; es könnte, unterstützt von der armen Bauernschaft und gestützt auf die vorhandenen materiellen Grundlagen für das Vorschreiten zum Sozialismus, nicht nur all das Große, Unvergängliche und Unvergeßliche vollbringen, was die Jakobiner des 18. Jahrhunderts voll-

brachten, sondern auch den endgültigen Sieg der Werktätigen in der ganzen Welt herbeiführen.

Es liegt in der Natur der Bourgeoisie, das Jakobinertum zu hassen, und in der Natur des Kleinbürgertums, es zu fürchten. Die klassenbewußten Arbeiter und Werktätigen glauben an den Übergang der Macht an die revolutionäre, unterdrückte Klasse, denn *dies* ist das Wesen des Jakobinertums, der einzige Ausweg aus der Krise, die Rettung vor der Zerrüttung und dem Krieg.

„*Pravda*“ Nr. 90,
7. Juli (24. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

VON DER NOTWENDIGKEIT, EINEN VERBAND DER LANDARBEITER RUSSLANDS ZU GRÜNDEN

ERSTER ARTIKEL

Die gegenwärtig in Petrograd tagende gesamtrossische Konferenz der Gewerkschaften⁴⁴ wird sich mit einer Frage von außerordentlicher Bedeutung befassen müssen. Es handelt sich um die Gründung eines gesamtrossischen Verbandes der *Landarbeiter*.

Alle Klassen Rußlands organisieren sich. Die am meisten ausgebeutete, in größter Not lebende, am stärksten zersplitterte und niedergedrückte Klasse, die der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter Rußlands, hat man gleichsam vergessen. In einigen nichtrossischen Randgebieten, wie z. B. im Lettischen Gebiet, bestehen Organisationen landwirtschaftlicher Lohnarbeiter. In den allermeisten großrossischen und ukrainischen Gouvernements aber gibt es keine Klassenorganisation des Landproletariats.

Es ist die vornehmste und unbedingte Pflicht des Vortrupps der Proletarier Rußlands – der Gewerkschaften der Industriearbeiter –, ihren Brüdern, den Landarbeitern, zu Hilfe zu kommen. Die Schwierigkeiten bei der Organisation der Landarbeiter sind gewaltig, das unterliegt keinem Zweifel und wird durch die Erfahrungen in allen kapitalistischen Ländern bestätigt.

Um so notwendiger ist es, so rasch und so energisch wie möglich die politische Freiheit in Rußland zu nutzen, um unverzüglich einen gesamtrossischen Verband der Landarbeiter zu gründen. Gerade die Konferenz der Gewerkschaften kann und muß dies tun. Gerade die erfahreneren, aufgeklärteren und klassenbewußteren Vertreter des Proletariats, die jetzt auf der Konferenz versammelt sind, können und müssen sich mit

einem Appell an die Landarbeiter wenden, müssen sie auffordern, sich dem Industrieproletariat anzuschließen, in die Reihen der sich selbständig organisierenden Proletarier einzutreten, sich in Gewerkschaften zu organisieren. Gerade die Lohnarbeiter der Fabriken müssen die Initiative ergreifen und die über ganz Rußland verstreuten Zellen, Gruppen und Zweigorganisationen der Gewerkschaften ausnutzen, um den Landarbeiter zu selbständigem Leben, zu tätiger Teilnahme am Kampf um die Verbesserung seiner Lage, zur Verteidigung seiner Klasseninteressen zu erwecken.

Viele werden wahrscheinlich der Auffassung sein – und das ist wohl sogar die zur Zeit vorherrschende Meinung –, daß gerade jetzt, da sich die Bauernschaft in ganz Rußland organisiert und die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden sowie die „ausgleichende“ Bodennutzung proklamiert, die Gründung einer Landarbeitergewerkschaft nicht zeitgemäß sei.

Das Gegenteil ist richtig. Gerade in einer solchen Zeit ist die Gründung einer Landarbeitergewerkschaft besonders zeitgemäß und eine unaufschiebbare Notwendigkeit. Wer auf dem Klassenstandpunkt des Proletariats steht, für den kann es keinen Zweifel geben an der Richtigkeit der auf dem Stockholmer Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands im Jahre 1906 auf Initiative der Bolschewiki von den Menschewiki gebilligten Leitsätze, die seitdem in das Programm der SDAPR eingegangen sind. Diese Leitsätze lauten:

„Die Partei macht es sich in *allen* Fällen und bei *jedem* Stand der demokratischen Agrarumgestaltungen zu ihrer Aufgabe, *unentwegt* eine *selbständige* Klassenorganisation des *Landproletariats* anzustreben, ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen seinen Interessen und den Interessen der Dorfbourgeoisie klarzumachen, es davor zu warnen, seine Hoffnungen auf das System der Kleinwirtschaft zu setzen, das beim Bestehen der Warenproduktion niemals imstande sein wird, das Elend der Massen zu beseitigen, und schließlich auf die Notwendigkeit der vollständigen sozialistischen Umwälzung hinzuweisen, als des einzigen Mittels, jedes Elend und jede Ausbeutung zu beseitigen.“

Es gibt keinen einzigen klassenbewußten Arbeiter, kein einziges Gewerkschaftsmitglied, das die Richtigkeit dieser Leitsätze nicht anerkannt

hätte. Sie zu verwirklichen, soweit es sich um eine *selbständige Klassenorganisation des Landproletariats* handelt, das ist Sache eben der Gewerkschaften.

Wir hoffen, daß gerade in einer revolutionären Zeit, da unter den werktätigen Massen im allgemeinen und unter den Arbeitern im besonderen das Streben lebendig ist, sich Geltung zu verschaffen, sich den Weg zu bahnen und nicht zuzulassen, daß das neue Leben gestaltet wird, ohne daß eben die Arbeiter die Fragen der Arbeit selbständig lösen – daß sich gerade in einer solchen Zeit die Gewerkschaften nicht auf enge Berufsinteressen beschränken werden, daß sie ihre schwächeren Brüder, die Landarbeiter, nicht vergessen, sondern ihnen mit aller Energie durch die Gründung eines Verbandes der Landarbeiter Rußlands helfen werden.

Im folgenden Artikel wollen wir versuchen, einige praktische Schritte in dieser Richtung zu zeigen.

ZWEITER ARTIKEL

Im vorigen Artikel sind wir auf die grundsätzliche Bedeutung eines Verbandes der Landarbeiter Rußlands eingegangen. Jetzt wollen wir einige praktische Seiten dieser Frage berühren.

Dem Verband der Landarbeiter Rußlands mußten alle angehören, die vorwiegend oder hauptsächlich *oder auch nur teilweise* als Lohnarbeiter in landwirtschaftlichen Betrieben arbeiten.

Ob es notwendig ist, diese Verbände zu teilen in Verbände reiner Landarbeiter und in Verbände von Arbeitern, die nur zum Teil Lohnarbeiter sind, wird die Erfahrung zeigen. Das ist jedenfalls nicht wesentlich. Wesentlich ist, daß die grundlegenden Klasseninteressen *aller*, die ihre Arbeitskraft verkaufen, gleichartig sind, und daß die Zusammenfassung *aller*, auch wenn sie nur zum Teil ihren Lebensunterhalt durch Lohnarbeit „bei fremden Menschen“ erwerben, unbedingt notwendig ist.

Die Lohnarbeiter in den Städten, in den Fabriken und Werken sind durch Tausende, durch Millionen von Fäden mit den Lohnarbeitern auf dem Lande verknüpft. Ein Appell der städtischen Arbeiter an die Landarbeiter wird nicht ohne Widerhall bleiben. Doch darf man sich nicht auf den Appell allein beschränken. Die Arbeiter in der Stadt haben viel mehr

Erfahrung, Wissen, Mittel und Kräfte. Man muß *einen Teil dieser Kräfte* dazu *verwenden*, den Landarbeitern zu *helfen, sich aufzurichten*.

Es muß ein Tag festgelegt werden, an dem alle organisierten Arbeiter ihren Tageslohn zur Förderung und Festigung des Zusammenschlusses der städtischen und der ländlichen Lohnarbeiter beisteuern. Ein bestimmter Teil dieser Summe sollte als Hilfe der städtischen Arbeiter voll und ganz zur Unterstützung der Klassenvereinigung der Landarbeiter verwendet werden. Aus diesem Fonds sollten die Ausgaben bestritten werden für die Herausgabe einer Reihe besonders gemeinverständlich gehaltener Flugschriften, für die Herausgabe einer wenn auch zunächst nur wöchentlich erscheinenden Landarbeiterzeitung, für die Entsendung wenigstens einer kleinen Zahl von Agitatoren und Organisatoren aufs Land *zur sofortigen Gründung* von Landarbeiterverbänden an verschiedenen Orten.

Nur die eigenen Erfahrungen solcher Verbände können helfen, den richtigen Weg für die weitere Entwicklung zu finden. Die erste Aufgabe eines jeden solchen Verbandes muß die Verbesserung der Lebenslage derjenigen sein, die in landwirtschaftlichen Betrieben ihre Arbeitskraft verkaufen: die Durchsetzung höherer Löhne, besserer Wohnungs- und Ernährungsbedingungen usw.

Der irrigen Auffassung, als ob die bevorstehende Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden imstande sei, jedem Knecht und Tagelöhner „Land zu geben“ und die eigentlichen Wurzeln der Lohnarbeit in der Landwirtschaft zu beseitigen, muß der entschiedenste Kampf angesagt werden. Das ist eine irrige Auffassung, eine äußerst schädliche irrige Auffassung. Die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden ist eine gewaltige, unbedingt fortschrittliche Umgestaltung, die den Interessen der ökonomischen Entwicklung sowie den Interessen des Proletariats voll entspricht, die jeder Lohnarbeiter von ganzem Herzen und mit allen Kräften unterstützen wird, die aber die Lohnarbeit noch keineswegs beseitigt.

Den Grund und Boden kann man nicht essen. Ohne Vieh und ohne Geräte, ohne Saatgut und andere Vorräte sowie ohne Geld kann man den Boden nicht bewirtschaften. Sich auf „Versprechungen“ zu verlassen, von wem sie auch ausgehen mögen, auf Versprechungen, daß man den Lohnarbeitern auf dem Lande „helfen“ würde, Vieh, Gerätschaften usw.

anzuschaffen, das wäre der schlimmste Irrtum, eine unverzeihliche Naivität.

Die Grundregel, das erste Gebot jeder Gewerkschaftsbewegung lautet: Verlaß dich nicht auf den „Staat“, verlaß dich nur auf die *Kraft deiner Klasse*. Der Staat ist die Organisation der herrschenden Klasse.

Verlaß dich nicht auf Versprechungen, verlaß dich nur auf die Kraft, die im Zusammenschluß und im Bewußtsein deiner Klasse liegt!

Dem Verband der Landarbeiter muß daher sofort die Aufgabe gestellt werden: nicht nur Kampf für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter überhaupt, sondern auch ganz besonders *Verteidigung ihrer Interessen als Klasse* bei der bevorstehenden großen Agrarumgestaltung.

„Die Arbeitshände müssen den Amtsbezirkskomitees zur Verfügung gestellt werden“, so urteilen oft die Bauern und die Sozialrevolutionäre. Der Standpunkt der Klasse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter ist gerade entgegengesetzt: Die „Arbeitshände“ müssen über die Amtsbezirkskomitees verfügen können! Der Standpunkt des Eigentümers und der des Lohnarbeiters treten durch eine solche Gegenüberstellung klar zutage.

„Der Grund und Boden dem ganzen Volke.“ Das ist richtig. *Aber das Volk ist in Klassen geteilt*. Jeder Arbeiter weiß, sieht, fühlt und erlebt diese Wahrheit, die von der Bourgeoisie absichtlich verschleiert und vom *Kleinbürgertum ständig außer acht gelassen wird*.

Solange sich die Armen nicht zusammenschließen, wird ihnen niemand helfen. Kein „Staat“ wird dem Lohnarbeiter auf dem Lande, dem Knecht, dem Tagelöhner, dem armen Bauern, dem Halbproletarier helfen, *wenn er sich nicht selbst hilft*. Der erste Schritt dazu, das ist die selbständige Klassenorganisation des Landproletariats.

Möge die gesamtrussische Konferenz der Gewerkschaften tatkräftig an diese Sache herangehen, möge sie in ganz Rußland ihren Ruf vernehmen lassen, möge sie ihre hilfreiche Hand, die starke Hand der organisierten Vorhut des Proletariats, den Proletariern auf dem Lande entgegenstrecken.

„Pravda“ Nr. 90 und 91,
7. und 8. Juli (24. und 25. Juni) 1917.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text der „Pravda“.

EINE VERWORRENE REVOLUTION

„Die Bolschewiki sind an allem schuld“, darüber herrscht *eine* Meinung, sowohl bei den Kadetten, die an der Spitze der Konterrevolution stehen, als auch bei den „Sozialrevolutionären“ und Menschewiki, die sich „revolutionäre Demokratie“ nennen, offenbar, weil sich dieser feine Block tagtäglich über die Grundsätze der Demokratie und der Revolution hinwegsetzt.

„Die Bolschewiki sind an allem schuld“, an der zunehmenden Zerrüttung, gegen die nichts unternommen wird, an der schlechten Lebensmittelversorgung und an dem „Mißerfolg“ der Provisorischen Regierung mit der Ukraine und mit Finnland. Man könnte fast meinen, irgendein böser Bolschewik habe sich bei den bescheidenen, gemäßigten und vorsichtigen Finnen eingeschlichen und das ganze Volk „aufgewiegelt“!

Das allgemeine Geheul des Hasses und der Wut über die Bolschewiki, die schmutzige Verleumdungskampagne der schmierigen Herren Saslawski und der anonymen Schreiber von der „Retsch“ und der „Rabotschaja Gaseta“ – das alles ist nur das unausbleibliche Bestreben der Repräsentanten dieser verworrenen Revolution, wegen einer Reihe von „Mißerfolgen“ in ihrer Politik, „ihre Wut auszulassen“.

Die Kadetten sind die Partei der konterrevolutionären Bourgeoisie. Das hat auch der in Rußland regierende Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zugegeben, der in der Resolution des Sowjetkongresses erklärte, daß der Widerstand der besitzenden Klassen wächst und die Grundlage der Konterrevolution bildet. Zugleich aber befindet sich dieser Block, der von der „Retsch“ tagtäglich der Charakterlosigkeit beschuldigt wird, seinerseits im Block mit den Kadetten, einem sehr originellen Block,

der durch die Zusammensetzung der Provisorischen Regierung besiegelt wird!

Zwei Blocks sind es, die in Rußland regieren, der Block der Sozialrevolutionäre mit den Menschewiki und der Block dieses Blocks mit den Kadetten, die wiederum mit allen rechts von ihnen stehenden politischen Parteien einen Block bilden. Hieraus ergibt sich unvermeidlich die Verworrenheit der Revolution, denn alle Teile dieses regierenden „Blocks der Blöcke“ bilden ein großes Durcheinander.

Die Kadetten glauben selbst nicht an ihr Republikanertum, und erst recht nicht die Oktobristen und Monarchisten der übrigen Schattierungen, die sich heute hinter den Kadetten verstecken und für sie stimmen. Die Kadetten trauen den „Sozialblockisten“ nicht, sie gebrauchen die von ihnen entsandten Minister gern als „Laufburschen“ zu allerhand „Beschwichigungen“, aber gleichzeitig toben und schäumen sie vor Wut und empören sich über die „großen Ansprüche“ der Masse der Bauern und zum Teil auch der Arbeiter, die sich jetzt den Sozialrevolutionären und Menschewiki um ihrer großartigen Versprechungen willen („die Werktätigen zufriedenzustellen, ohne den Kapitalisten weh zu tun“) anvertraut haben und die Unverschämtheit besitzen, die wirkliche Erfüllung dieser Versprechungen zu erwarten und zu verlangen!

Die Sozialblockisten trauen einander nicht, die Sozialrevolutionäre trauen den Menschewiki nicht und umgekehrt. Bisher hat sich noch keine der beiden „besseren Hälften“ dazu entschlossen, halbwegs klar, offen und grundsätzlich vor aller Welt offiziell zu erklären, wie, warum, zu welchem Zweck und wie weit sich die Anhänger des nach Struve kastrierten „Marxismus“ und die des „Rechtes auf Grund und Boden“ vereinigt haben. Selbst innerhalb jeder einzelnen dieser „besseren Hälften“ geht die Einigkeit in die Brüche: bei den Sozialrevolutionären ist Kerenski auf dem Parteitag mit 136 gegen 134 Stimmen „durchgefallen“, was das „Großmütterchen“⁴⁵ bewog, aus dem ZK auszutreten, das sich veranlaßt sah zu erklären, Kerenski sei lediglich wegen seiner Überlastung mit ministeriellen Verpflichtungen (mit Tschernow verhält es sich wohl anders) nicht gewählt worden. Die „rechten“ Sozialrevolutionäre schimpfen in der „Wolja Naroda“ auf ihre Partei und deren Parteitag, die linken sitzen in der „Semlja i Wolja“⁴⁶ und erkühnen sich zu erklären, daß die Massen den Krieg nicht wollen und ihn weiterhin für imperialistisch halten.

Bei den Menschewiki ist der rechte Flügel in den „Den“ übersiedelt, an dessen Spitze Potressow steht, dem sogar das „Jedinstwo“ „verliebte Blicke zuwirft“ (das noch gestern bei den Wahlen in Petrograd einen Block mit der Gesamtpartei der Menschewiki bildete). Der linke Flügel sympathisiert mit dem Internationalismus und gründet eine eigene Zeitung. So gibt es einen Block der Banken mit den Potressow über die Zeitung „Den“ und einen Block aller Menschewiki, einschließlich Potressow und Martow, verbunden durch die „einige“ menschewistische Partei.

Wenn das keine Verworrenheit ist!

Die Position der „Vaterlandsverteidigung“ verhüllt nur schlecht diese Verworrenheit der Revolution, denn sogar jetzt, sogar nach der Wiederaufnahme des imperialistischen Krieges, sogar bei dem durch die Offensive verursachten Begeisterungstaumel, hat sich die „Offensive“ der Anhänger Potressows gegen dessen Gegner in dem einen Block und der Anhänger Kerenskis gegen dessen Gegner in dem anderen Block verschärft.

Die „revolutionäre Demokratie“ glaubt nicht mehr an die Revolution, sie hat Angst vor der Demokratie und fürchtet mehr als alles in der Welt den Bruch mit den englischen und französischen Kapitalisten, so wie sie auch die Unzufriedenheit der russischen Kapitalisten fürchtet. („Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution“, an diese von Dan, Zereteli und Skobelew erheiternd entstellte „Wahrheit“ glaubt Minister Tschernow „selbst“.) Die Kadetten hassen die Revolution und die Demokratie.

Wenn das keine Verworrenheit ist!

Das allgemeine wilde Geheul des Hasses und der Wut über die Bolschewiki ist die gemeinsame Klage der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki über ihre eigene Verworrenheit.

Sie haben die Mehrheit. Sie sind an der Macht. Sie bilden alle miteinander einen Block. Und sie sehen, daß nichts dabei herauskommt!! Soll man da nicht wütend über die Bolschewiki sein?

Die Revolution hat ungewöhnlich schwierige Fragen aufgerollt, Fragen von ungeheurer Wichtigkeit, von Weltbedeutung. Man wird weder der Zerrüttung Herr werden noch der furchtbaren Umklammerung des imperialistischen Krieges enttrinnen können, wenn man nicht wirklich entschiedene revolutionäre Maßnahmen ergreift, die sich auf das selbstlose Heldentum der unterdrückten und ausgebeuteten Massen stützen,

wenn man nicht das Vertrauen und die Unterstützung dieser Massen für ihre organisierte Vorhut, das Proletariat, gewinnt.

Die Massen versuchen vorerst einen „leichteren“ Ausweg zu finden: über den Block der Kadetten mit dem Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki.

Das ist aber kein Ausweg.

„*Pravda*“ Nr. 91,
8. Juli (25. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

DIE KLASSENVERSCHIEBUNG

Jede Revolution, wenn sie eine echte Revolution ist, läuft auf eine Klassenverschiebung hinaus. Deshalb ist das beste Mittel, die Massen aufzuklären und auch der Irreführung der Massen durch revolutionäre Beteuerungen entgegenzutreten, die Analyse der in der jeweiligen Revolution vor sich gegangenen und noch vor sich gehenden Klassenverschiebung.

Das gegenseitige Verhältnis der Klassen in Rußland während der letzten Jahre des Zarismus hat sich mit aller Deutlichkeit in der Zeit von 1904 bis 1916 abgezeichnet. Eine kleine Handvoll frönherrlicher Gutsbesitzer, an ihrer Spitze Nikolaus II., hatte die Macht inne in engstem Bündnis mit den Magnaten des Finanzkapitals, die für europäische Verhältnisse märchenhafte Profite einstrichen und zu deren Gunsten die außenpolitischen Raubverträge abgeschlossen wurden.

Die liberale Bourgeoisie, an ihrer Spitze die Kadetten, befand sich in Opposition. Da sie das Volk mehr als die Reaktion fürchtete, suchte sie durch Paktieren mit der Monarchie zur Macht zu gelangen.

Das Volk, d. h. die Arbeiter und Bauern mit ihren in die Illegalität getriebenen Führern, war revolutionär und bildete die proletarische und kleinbürgerliche „revolutionäre Demokratie“.

Die Revolution vom 27. Februar 1917 hat die Monarchie hinweggefegt und die liberale Bourgeoisie an die Macht gebracht, die in direktem Einverständnis mit den englischen und französischen Imperialisten handelnd nur eine kleine Palastrevolution machen wollte. Auf keinen Fall wollte sie weiter als bis zu einer konstitutionellen Zensusmonarchie gehen. Und als die Revolution dann aber weiterging, die Monarchie völlig vernichtete und die Sowjets (der Arbeiter-, Soldaten- und

Bauerndeputierten) schuf, da wurde die liberale Bourgeoisie durch und durch konterrevolutionär.

Jetzt, vier Monate nach dem Umsturz, tritt der konterrevolutionäre Charakter der Kadetten, dieser führenden Partei der liberalen Bourgeoisie, klar zutage. Das sehen alle. Alle müssen diese Tatsache anerkennen. Aber bei weitem nicht alle sind bereit, dieser Wahrheit ins Gesicht zu sehen und sich ihre Bedeutung klarzumachen.

Rußland ist heute eine demokratische Republik, die nach freier Vereinbarung *politischer Parteien*, die im Volke frei agitieren, regiert wird. In den vier Monaten, die seit dem 27. Februar vergangen sind, haben sich *alle* einigermaßen wichtigen Parteien zusammengeschlossen und formiert, sie sind bei den Wahlen (zu den Sowjets und den örtlichen Körperschaften) in Erscheinung getreten und haben ihre Bindungen zu den verschiedenen Klassen offenbart.

In Rußland ist gegenwärtig die konterrevolutionäre Bourgeoisie an der Macht, der gegenüber die kleinbürgerliche Demokratie, nämlich die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, zur „Opposition Ihrer Majestät“ geworden ist. Das Wesen der Politik dieser Parteien besteht *im Paktieren* mit der konterrevolutionären Bourgeoisie. Die kleinbürgerliche Demokratie steigt zur Macht empor, indem sie sich zunächst die örtlichen Körperschaften erobert (wie sich die Liberalen unter dem Zarismus zuerst die Semstwo erobert haben). Diese kleinbürgerliche Demokratie will die *Macht* mit der Bourgeoisie *teilen*, nicht aber die Bourgeoisie stürzen, ebenso wie die Kadetten die Macht mit der Monarchie teilen, nicht aber die Monarchie stürzen wollten. Ebenso wie die Klassenverwandtschaft des Kapitalisten mit dem in den Verhältnissen des 20. Jahrhunderts lebenden Gutsbesitzer beide veranlaßt hatte, sich in brüderlicher Eintracht um den „angeboteten“ Monarchen zu scharen, so hat auch die tiefe Klassenverwandtschaft der kleinen und großen Bourgeois das Paktieren der kleinbürgerlichen Demokratie (der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki) mit den Kadetten herbeigeführt.

Die *Form* des Paktierens hat sich geändert: unter der Monarchie war sie grob, der Zar ließ die Kadetten nur auf den Hinterhof der Reichsduma. In der demokratischen Republik wurde das Paktieren europäisch verfeinert: man läßt die Kleinbürger in unschädlicher Minderheit eine unschädliche Rolle (für das Kapital) in der Regierung spielen.

Die Kadetten haben den Platz der Monarchie eingenommen und die Zereteli und Tschernow den der Kadetten. Die proletarische Demokratie hat den Platz der *wirklich* revolutionären Demokratie eingenommen.

Der imperialistische Krieg hat die ganze Entwicklung außerordentlich beschleunigt. Ohne den Krieg hätten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki noch jahrzehntelang nach Ministerpöstchen seufzen müssen. Aber derselbe Krieg beschleunigt die Entwicklung auch weiterhin, denn der Krieg *stellt die Fragen* nicht reformistisch, sondern revolutionär.

Die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki könnten Rußland im Einvernehmen mit der Bourgeoisie so manche Reform geben, doch die objektive Lage in der Weltpolitik ist revolutionär, Reformen bieten *keinen Ausweg*.

Der imperialistische Krieg bedrückt und erdrückt die Völker. Vielleicht ist die kleinbürgerliche Demokratie imstande, den Untergang für kurze Zeit hinauszuschieben, doch nur das revolutionäre Proletariat kann die Rettung vor dem Untergang bringen.

„*Pravda*“ Nr. 92,
10. Juli (27. Juni) 1917.

Nach dem Text der „*Pravda*“.

WUNDER AN REVOLUTIONÄRER TATKRAFT

Unsere beinah-sozialistischen Minister entwickeln eine beinah unglaubliche Tatkraft. Pescheonow hat erklärt, daß „der Widerstand der Kapitalisten anscheinend gebrochen ist“ und daß bei uns im heiligen Rußland alles, was da ist, „gleichmäßig“ verteilt werden solle. Skobelew hat erklärt, daß man den Kapitalisten 100 Prozent ihres Profits nehmen werde. Zereteli erklärte, daß die Offensive im imperialistischen Krieg vom Standpunkt der Demokratie wie des Sozialismus die gerechteste Sache sei.

Aber den Rekord in all diesen Äußerungen wunderbarer Tatkraft hat zweifellos Minister Tschernow geschlagen. In der letzten Sitzung der Provisorischen Regierung hat Tschernow die Herren Kadetten gezwungen, seinen Bericht über die allgemeine Politik des ihm übertragenen Ressorts entgegenzunehmen, und hat erklärt, er werde nicht weniger als *zehn* Gesetzentwürfe einbringen!

Sind das nicht Wunder an revolutionärer Tatkraft? Seit dem 6. Mai vergingen knapp 6 Wochen, und in einer so kurzen Zeitspanne sind nicht weniger als 10 Gesetzentwürfe *versprochen* worden! Und was für Gesetzentwürfe! Das ministerielle „Delo Naroda“ teilt mit, daß sie „in ihrer Gesamtheit alle grundlegenden Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens des Dorfes umfassen“.

Nicht mehr und nicht weniger als „alle Erscheinungen“ . . . Ist das nicht ein bißchen viel?

Eins gibt zu denken: Die ministerielle Zeitung widmet der Aufzählung *einiger* dieser großartigen Gesetzentwürfe über 100 Zeilen, *ohne* auch nur *über einen einzigen* etwas Klares zu sagen. „Die einstweilige Außerkraftsetzung einiger gesetzlicher Bestimmungen über die Bauern“ . . .

welcher, bleibt unbekannt. Der Gesetzentwurf „über die Schlichtungskammern“ ist am interessantesten. Zwischen wem und wie geschlichtet werden soll, bleibt unbekannt. „Regelung der Pachtverhältnisse“, auch hier völliges Dunkel. Es bleibt sogar ungewiß, ob es sich nicht um die Pacht von Gutsbesitzerländereien handelt, die man entschädigungslos zu enteignen versprochen hat.

„Eine Reform im Sinne der größeren Demokratisierung der örtlichen Bodenkomitees“ . . . Wäre es nicht besser, ihr Herren Verfasser großspuriger Versprechungen, ihr gäbt sofort eine Aufstellung von etwa einem Dutzend örtlicher Bodenkomitees heraus, mit genauer Angabe über deren jetzige nachrevolutionäre, nach eurem eigenen Geständnis dennoch nicht ganz demokratische Zusammensetzung?

Das ist es ja gerade, daß die überschäumende Aktivität des Ministers Tschernow wie der anderen obengenannten Minister den Unterschied zwischen einem liberalen Beamten und einem revolutionären Demokraten am besten veranschaulicht.

Der liberale Beamte erstattet seiner „vorgesetzten Behörde“, d. h. den Herren Lwow, Schingarjow und Co. sehr umfangreiche Berichte über Hunderte von Gesetzentwürfen, die die Menschheit beglücken sollen, dem Volke aber . . . dem Volke bietet er nur schöne Worte, Versprechungen, Nosdrjowsche* Phrasen (wie Beschlagnahme von 100 Prozent des Profits oder die „sozialistische“ Offensive an der Front u. dgl. m.).

Der revolutionäre Demokrat deckt – zugleich mit dem Bericht an seine „vorgesetzte Behörde“ oder sogar schon vorher – jeden Übelstand, jeden Mangel vor dem Volk auf, wobei er an *dessen* Tatkraft appelliert.

„Bauern, entlarvt die Gutsbesitzer, deckt auf, wieviel sie euch in Form von ‚Pachtgeld‘ abnehmen, wieviel sie euch in den ‚Schlichtungskammern‘ oder in den örtlichen Bodenkomitees abzwacken, durch welche Schikanen und Schwierigkeiten sie zu verhindern suchen, daß aller Boden unter den Pflug kommt, daß das Gutsbesitzerinventar für die Bedürfnisse des Volkes und besonders seines ärmsten Teils verwendet wird! Deckt das alles selber auf, Bauern, und ich, ‚Minister des revolutionären Rußlands‘, ‚Minister der revolutionären Demokratie‘, werde euch *helfen*, jede dieser Enthüllungen an die Öffentlichkeit zu bringen, jedes Unrecht, das euch

* Nosdrjow – Gestalt aus dem Roman „Die toten Seelen“ von N. W. Gogol.

widerfährt, durch euren Druck von unten und durch meinen Druck von oben zu beseitigen!!!“ Würde ein wirklich revolutionärer Demokrat nicht so sprechen und handeln?

Aber woher denn! Hören wir, was die ministerielle Zeitung zum „Bericht“ Tschernows an die Herren Lwow und Co. zu sagen hat: „Ohne zu leugnen, daß in einigen Gouvernements auf dem Lande eine ganze Reihe von Ausschreitungen vorgekommen sind, ist W. M. Tschernow der Ansicht, daß das bäuerliche Rußland im großen und ganzen weit mehr ruhiges Blut bewahrt hat, als zu erwarten war . . .“

Was aber den einzigen klar genannten Gesetzentwurf über das „einstweilige Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden“ betrifft, so wird kein einziges Wort darüber gesagt, warum der Gesetzentwurf einstweilen *aufgeschoben* wurde. Den Bauern hat man nämlich seit langem versprochen, Kauf und Verkauf sofort zu verbieten, man hatte das bereits im Mai versprochen, aber am 25. Juni wird in der Presse bekanntgegeben, daß Tschernow einen „Bericht“ abgegeben und daß die Provisorische Regierung „noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt habe“!!!

„Pravda“ Nr. 92,
10. Juli (27. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

PHRASEN UND TATSACHEN

Minister Skobelew hat einen Aufruf an alle Arbeiter Rußlands veröffentlicht. Im Namen „unseres“ (so heißt es wörtlich: unseres) sozialistischen Ideals, im Namen der Revolution, im Namen der revolutionären Demokratie usw. usw. usf. werden den Arbeitern „Schlichtungskammern“ gepredigt und alle „eigenmächtigen“ Handlungen entschieden verurteilt.

Ach, wie schön der beinah-sozialistische Minister, der Menschewik Skobelew, flötet:

„Ihr (die Arbeiter) habt allen Grund, darüber empört zu sein, wie sich die besitzenden Klassen während des Krieges bereichert haben. Die Zarenregierung hat vom Gelde des Volkes Milliarden verschwendet. Die Regierung der Revolution muß sie der Volkskasse zurückgeben.“

Schön singt der Vogel . . . wo wird er sich wohl niedersetzen!

Der Aufruf des Herrn Skobelew ist am 28. Juni veröffentlicht worden. Die Koalitionsregierung wurde am 6. Mai gebildet. Und während dieser ganzen Zeit, in der die Zerrüttung fortschreitet und sich dem Lande eine unerhört schwere Katastrophe mit Siebenmeilenschritten nähert, hat die Regierung keinen einzigen ernsthaften Schritt gegen die Kapitalisten unternommen, die „Milliarden“ eingeheimst haben! Um diese Milliarden der „Volkskasse zurückzugeben“, hätte man *am 7. Mai* ein Gesetz über die Aufhebung des Geschäfts- und Bankheimnisses und über die sofortige Durchführung der Kontrolle über die Banken und die Syndikate der Kapitalisten erlassen sollen, weil es sonst nicht nur *un-mög-lich* ist, diese Milliarden „zurückzugeben“, sondern sie überhaupt *aufzufinden*.

Hält der menschewistische Minister Skobelew die Arbeiter wirklich für kleine Kinder, die man mit unmöglich zu erfüllenden Versprechungen abspesen kann (die „Milliarden“ „zurückzugeben“ ist unmöglich, seien wir froh, wenn es gelingt, dem Plündern der Staatskasse ein Ende zu machen und wenigstens ein paar hundert Millionen wiederzuerlangen), während man es Woche um Woche unterläßt, das tatsächlich *Mögliche* und Notwendige durchzuführen?

Ausgerechnet an demselben Tage, an dem der menschewistische Minister Skobelew wieder einmal sein Wunderhorn effektvollster republikanischer, revolutionärer und „sozialistischer“ Phrasen vor den Arbeitern ausgeschüttet hat, an diesem selben Tage hatte Gen. Awilow, der die Vaterlandsverteidiger (d. h. die Chauvinisten) mit den Arbeitern „vereinigen“ will, den überaus glücklichen, selten glücklichen Einfall, in der „Nowaja Shisn“ einen Artikel zu veröffentlichen, der zwar keine Schlußfolgerungen enthält, *aber Tatsachen*.

Nichts in der Welt ist so beredt wie diese einfachen Tatsachen.

Am 5. Mai wurde die Koalitionsregierung gebildet. In einer feierlichen Erklärung *verspricht* sie . . . die *Kontrolle* und sogar die „Organisierung der Produktion“. Am 16. Mai nimmt das Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets „Direktiven“ für seine Minister an und fordert, „unverzüglich (hört! hört!) an die energischste Durchführung (so steht es tatsächlich wörtlich da!) der staatlichen Regulierung der Produktion zu gehen“ usw. usw. usf.

Die energische Durchführung beginnt.

Am 19. Mai erfolgt der Rücktritt Konowalows mit einer sehr „energischen“ Erklärung gegen . . . die „extremen Sozialisten“! Am 1. Juni findet die Gesamtrussische Konferenz der Vertreter der Industrie und des Handels statt. Die Konferenz spricht sich ganz entschieden *gegen* die Kontrolle aus. Die nach dem Rücktritt Konowalows verbliebenen drei Vizeminister „gehen energisch an die Durchführung“: Der erste Vizeminister, Stepanow, unterstützt im Konflikt mit den Bergbauindustriellen des Donezbeckens (die durch passive Resistenz die Produktion zugrunde richten) . . . die *Unternehmer*. Hierauf lehnen die Unternehmer alle Schlichtungsvorschläge Skobelews ab.

Der zweite Vizeminister, Paltschinski, sabotiert die „Konferenz über Brennstoffprobleme“.

Der dritte Vizeminister, Sawwin, bringt „eine plumpe, nicht einmal geistreiche Karikatur“ einer Regulierung der Produktion in Form einer „Konferenz von Vertretern verschiedener Ressorts“ zustande.

Am 10. Juni reicht der erste Vizeminister, Stepanow, der Provisorischen Regierung einen „Bericht“ ein . . . in dem gegen das Programm des Exekutivkomitees *polemisiert* wird.

Am 21. Juni nimmt der Sowjetkongreß noch eine Resolution an . . .

Von unten her werden spontan Versorgungskomitees geschaffen. Von oben wird ein oberster „Wirtschaftsrat“ versprochen. Der zweite Vizeminister, Paltschinski, erklärt: „Wann er (der Wirtschaftsrat) seine Tätigkeit beginnen wird, ist schwer zu sagen“ . . .

Das klingt wie Hohn, es sind aber Tatsachen.

Die Kapitalisten verhöhnen die Arbeiter und das Volk und setzen ihre Politik der verschleierten Aussperrungen und der Verheimlichung ihrer skandalösen Profite fort, während sie die Skobelew, Zereteli und Tschernow vorschicken, um die Arbeiter mit Phrasen zu „beschwichtigen“.

„Pravda“ Nr. 94,
12. Juli (29. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

WIE DIE HERREN KAPITALISTEN IHRE GEWINNE VERSCHLEIERN

(Zur Frage der Kontrolle)

Wie viel wird doch über die Kontrolle gesprochen, und wie *wenig* Inhalt ist in all dem! Wie geschickt umgeht man das Wesen der Sache mit allgemeinen Phrasen, mit wortreichen Floskeln und mit großartigen „Projekten“, die dazu verurteilt sind, ewig Projekte zu bleiben!

Das Wesen der Sache aber besteht darin, daß ohne Aufhebung des Geschäfts- und Bankgeheimnisses, ohne den unverzüglichen Erlaß eines Gesetzes, das den Arbeiterorganisationen Einsicht in die Geschäftsbücher zugesteht, alle Reden und alle Projekte über Kontrolle leeres Geschwätz sind.

Hier eine kleine, aber lehrreiche Illustration dazu. Ein Genosse, der Bankangestellter ist, macht uns folgende Angaben, die zeigen, wie die Gewinne in den offiziellen Bilanzberichten verschleiert werden.

Im „Westnik Finansow“ [Finanzbote] Nr. 18 vom 7. Mai 1917 wurde der Bilanzbericht der Petrograder Diskonto- und Kreditbank veröffentlicht. In diesem Bericht ist ein Reingewinn der Bank in Höhe von 13 Mill. Rubel ausgewiesen (die genaue Summe beträgt 12,96 Mill. Wir werden im Text die abgerundeten und in Klammern die genauen Summen angeben).

Sieht man sich jedoch den Bericht genauer an, so wird der Sachkundige sofort erkennen, daß das *bei weitem nicht der gesamte Gewinn* ist, daß ein erheblicher Teil des Gewinns unter anderen Posten raffiniert versteckt wurde, so daß keine „Steuer“, keine „Zwangsanleihe“ und überhaupt keine Finanzmaßnahme diesen Gewinn je erfassen kann, wenn das Geschäfts- und Bankgeheimnis nicht völlig aufgehoben wird. In der Tat, auf dem Konto eines besonderen Reservefonds ist eine Summe von 5,5 Mill. Rubel ausgewiesen. Es ist nämlich gang und gäbe, den Gewinn auf die sogenannte Reserve oder den Reservefonds zu verbuchen, um ihn zu verheimlichen. Wenn ich, der Millionär, einen Gewinn von 17 Mill. erhalten und davon 5 Mill. „reserviert“ (d. h., einfach gesagt, beiseite

gelegt) habe, so brauche ich nur diese 5 Mill. als „Reservefonds“ einzutragen, und alles ist in bester Ordnung! Alle Gesetze über „staatliche Kontrolle“, „staatliche Besteuerung des Gewinns“ usw. sind *umgangen!!*

Weiter: Auf dem Konto der eingegangenen Zinsen und Provisionen wird in demselben Bericht eine Summe von etwas weniger als 1 Million Rubel (825 000) angeführt. „Es fragt sich“, schreibt uns der Bankangestellte, „aus welchen Summen überhaupt der Gewinn der Bank besteht, wenn die eingegangenen Zinsen nicht auf dem Gewinnkonto geführt werden?“

Dann: Auf dem Konto des Gewinnsaldos der vergangenen Jahre ist ein Betrag von 300 000 Rubel ausgewiesen, der *in der allgemeinen Gewinnsumme nicht enthalten ist!!* So ist also zusammen mit der vorher genannten Summe wiederum ein reichliches Milliönchen Profit verheimlicht worden. Desgleichen ist ein Betrag von 224 000 Rubel, „an die Aktionäre nicht ausgezahlte Dividenden“, in der allgemeinen Gewinnsumme ebenfalls *nicht* enthalten, obwohl jedermann weiß, daß die Dividenden aus dem Reingewinn gezahlt werden.

Weiter: In dem Bericht ist noch eine Summe von 3,8 Millionen Rubel als „durchlaufende Posten“ vorhanden. „Was das für durchlaufende Posten sind“, schreibt uns der Genosse, „dürfte wohl kaum jemand feststellen können, der nicht direkt an der Sache beteiligt ist. Man kann nur eins sagen: unter der Bezeichnung ‚durchlaufende Posten‘ kann man bei der Aufstellung der Bilanz einen Teil des Gewinns verbergen, um ihn dann später ‚an die richtige Stelle‘ umzubuchen.“

Ergebnis: Als Gewinn ist ein Betrag von 13 Millionen Rubel ausgewiesen worden, während er in Wirklichkeit wahrscheinlich 19 bis 24 Millionen Rubel beträgt, d. h. bis zu 80 Prozent des Grundkapitals, das sich auf 30 Millionen Rubel beläuft.

Ist es nicht klar, daß die Drohungen der Regierung gegen die Kapitalisten, daß die von der Regierung den Arbeitern gegebenen Versprechungen, die Regierungsprojekte und Gesetze über das Einziehen von 90 Prozent des Gewinns der Großkapitalisten leere Redensarten, nichts als leere Redensarten sind, solange das Geschäfts- und Bankgeheimnis nicht aufgehoben ist?

DIE KRISE RÜCKT NÄHER - DIE ZERRÜTTUNG GREIFT UM SICH

Tag für Tag muß Sturm geläutet werden. Alle möglichen dummen Leute haben uns den Vorwurf gemacht, daß wir es mit der Übergabe der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputierten allzu „eilig“ hätten, daß es „gemäßigter und geziemender“ sei, gesittet die gesittete Konstituierende Versammlung „abzuwarten“.

Jetzt können sogar die dümmsten von diesen kleinbürgerlichen Einfaltspinseln sehen, daß *das Leben nicht wartet*, daß nicht wir „eilen“, sondern daß *die Zerrüttung eilt*.

Die kleinbürgerliche Feigheit, verkörpert in den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, hat beschlossen: Lassen wir vorläufig die Geschäfte in den Händen der Kapitalisten, vielleicht „wartet“ die Zerrüttung bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung!

Die Tatsachen zeigen jeden Tag von neuem, daß die Zerrüttung wohl kaum bis zur Konstituierenden Versammlung warten dürfte, daß die Katastrophe früher hereinbrechen wird.

Nehmen wir nur die heute veröffentlichten Tatsachen. Die ökonomische Abteilung des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten hat beschlossen, „der Provisorischen Regierung zur Kenntnis zu bringen“, daß „die Metallindustrie des Moskauer Gebiets (15 Gouvernements) sich in einer akuten Krise befindet“, daß „*die Betriebsleitung der Goujon-Werke offenkundig die Produktion desorganisiert und beruht auf die Stilllegung des Betriebes hinarbeitet*“, daß daher die „Staatsmacht“ (die die Sozialrevolutionäre und Menschewiki gerade in den Händen *der Partei der Goujon* gelassen haben, der Partei der konterrevolutionären Kapitalisten, die eine Aussperrungs-

politik betreiben) „die Leitung des Betriebes übernehmen . . . und Betriebskapital zur Verfügung stellen muß“.

Das dringend erforderliche Betriebskapital beträgt etwa 5 Millionen Rubel.

Die Beratung der ökonomischen Abteilung und einer Delegation der Versorgungsabteilung des Moskauer Sowjets der Arbeiterdeputierten „lenkt die Aufmerksamkeit der Provisorischen Regierung“ (arme, unschuldige, kindlich-unwissende Provisorische Regierung! Sie hat es nicht gewußt! Sie ist unschuldig! Sie wird es erfahren und die Dan und Tscherewanin, die Awksentjew und Tschernow werden ihr gut zureden, werden ihr ins Gewissen reden!) „auf die Tatsache, daß die Moskauer Betriebskonferenz und das provisorische Büro des Versorgungskomitees des Moskauer Gebiets *bereits* die Stilllegung der Kolonnaer Lokomotivfabrik sowie der Werke in Sormowo und der Brjansker Werke in Beshezk *verhindern mußten*. Dennoch arbeitet das Sormowoer Werk wegen eines Streiks der Arbeiter gegenwärtig nicht, und jeden Tag können die übrigen Werke stillgelegt werden . . .“

Die Katastrophe wartet nicht. Sie rückt mit erschreckender Schnelligkeit näher. Über das Donezgebiet schreibt heute A. Sandomirski, der zweifellos über die Tatsachen sehr gründlich unterrichtet ist, in der „Nowaja Shisn“:

„Immer mehr Betriebe werden in den ausweglosen Kreis hineingerissen: Kohle und Metall, Lokomotiven und überhaupt rollendes Material fehlen, und die Produktion kommt zum Erliegen. Zur gleichen Zeit aber brennt die Kohle in den Fabriken häuft sich das Metall an, während man es dort, wo es benötigt wird, nicht bekommen kann.“

Die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki unterstützte Regierung *hemmt* geradezu den Kampf gegen die Zerrüttung: A. Sandomirski teilt als Tatsache mit, daß Paltschinski, der Vizeminister für Handel und faktisch der Kollege von Zereteli und Tschernow, auf eine Beschwerde der Industriellen hin die „eigenmächtigen“ (!!) Kontrollkommissionen verboten (!!) hat; so reagierte man auf eine vom Donez-Komitee eingeleitete Umfrage, durch die die Metallbestände festgestellt werden sollten.

Man vergegenwärtige sich, was das für ein Irrenhaus ist: das Land geht zugrunde, dem Volk drohen Hungersnot und Zusammenbruch, es

mangelt an Kohle und Eisen, obwohl sie zu haben sind, das Donez-Komitee veranstaltet *über die Sowjets* der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine Umfrage nach den Metallbeständen, d. h., es sucht Eisen für das Volk; aber der Diener der Industriellen, der Diener der Kapitalisten, Minister Paltschinski, verbietet in Gemeinschaft mit den Zereteli und Tschernow die Umfrage. Und die Krise wächst weiter an, die Katastrophe rückt immer näher.

Woher und wie soll das Geld beschafft werden? Es ist natürlich leicht, 5 Millionen für einen Betrieb zu „verlangen“, man muß aber sehen, daß für alle Betriebe bedeutend mehr erforderlich sein wird.

Ist es nicht klar, daß ohne die Maßnahme, die wir *seit Anfang April* fordern und verfechten, ohne die Verschmelzung aller Banken zu einer, ohne die Kontrolle über diese Bank und ohne die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses *kein Geld beschafft werden kann?*

Die Goujon und andere Kapitalisten arbeiten mit Unterstützung der Paltschinski „bewußt“ (dieses Wort stammt von der ökonomischen Abteilung) auf die Stilllegung der Betriebe hin. Die Regierung steht *auf ihrer Seite*. Die Zereteli und Tschernow sind nichts weiter als Dekoration oder bloße Schachfiguren.

Wäre es nicht immerhin an der Zeit, Herrschaften, zu begreifen, daß sich die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki *als Parteien* vor dem Volk für die Katastrophe verantworten müssen?

„Pravda“ Nr. 95,
13. Juli (30. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

WIE SOLL MAN ES TUN?

Die „Rabotschaja Gaseta“ ist wegen der *politischen* Bedeutung der Offensive beunruhigt. Einer ihrer Mitarbeiter wirft einem anderen sogar vor, seine gewundenen Phrasen liefen letzten Endes auf das Eingeständnis hinaus, daß die russische revolutionäre Armee objektiv ihr Blut gegenwärtig nicht für einen Frieden ohne Annexionen, sondern für die Eroberungspläne der Ententebourgeoisie vergieße. („Rabotschaja Gaseta“ Nr. 93, S. 2, Feuilleton, Spalte 1.)

Gerade diese „objektive“ Bedeutung der Offensive ist es, die die Arbeitermassen, die zum Teil noch den Menschewiki folgen, unweigerlich beunruhigen muß. Das spiegelt sich auch in den Spalten der „Rabotschaja Gaseta“ wider. Da es das Blatt nicht bis zum offenen Bruch mit den Arbeitern kommen lassen will, so versucht es, die „Offensive“ irgendwie mit dem revolutionären proletarischen Kampf für den Frieden in Verbindung zu bringen. Das Pech der überschlaunen Redaktion besteht nur darin, daß hier keine andere als eine *negative* Verbindung hergestellt werden kann.

Man kann sich schwerlich Leute vorstellen, die noch kläglicher und konfuser sind als diese ehrenwerten Redakteure, die vor den Geistern zurückschrecken, die sie selbst im Verein mit den Sozialrevolutionären gerufen haben.

Einerseits erklärt die „Rabotschaja Gaseta“: „... gegenwärtig wird im Westen die Bedeutung der russischen Offensive ganz falsch aufgefaßt. Die englischen und französischen bürgerlichen Zeitungen sehen in ihr einen Verzicht auf die ‚utopischen‘ Pläne des Sowjets. Chauvinistische Resolutionen werden unter der Flagge von Grußadressen an Kerenski

und die vorrückende revolutionäre Armee angenommen. Unter dem Dröhnen der Kriegstrommeln, die die russische Offensive begleiten, werden die Verfolgungen verstärkt, denen die Gesinnungsfreunde der russischen Demokratie ausgesetzt sind, die dasselbe Friedensprogramm wie diese vertreten.“

Ein sehr wertvolles Geständnis! Zumal, wenn es aus den Spalten einer ministeriellen Zeitung kommt, die noch gestern unsere Voraussage dieser *unausbleiblichen* Folgen der Offensive als bolschewistische Böswilligkeit bezeichnet hat. Es stellt sich heraus, daß es sich nicht um unsere „Böswilligkeit“ handelt, sondern darum, daß die Politik, die sich die Führer des Sowjets zu eigen gemacht haben, ihre eigene *Logik* hat und daß diese Logik außerhalb und innerhalb Rußlands zur Stärkung der *anti-revolutionären Kräfte* führt.

Eben diese unangenehme Tatsache möchte die „Rabotschaja Gaseta“ gern irgendwie vertuschen. Die Mittel, welche die Redaktion vorschlägt, sind denkbar einfach: „Es ist dringend notwendig, daß das Zentralausekutivkomitee des Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten und der Sowjet der Bauerndeputierten eine eindeutige, kategorische Erklärung abgeben, daß die Kriegsziele für die russische Demokratie die gleichen bleiben wie bisher“ usw. usf. Man sieht, wie entschlossen die Menschewiki gegen den imperialistischen Krieg kämpfen: sie sind bereit, noch eine dringende kategorische Erklärung abzugeben. Wie viele dieser „dringendsten“, „kategorischsten“ und „leidenschaftlichsten“ Erklärungen hat es schon gegeben. Wie oft wird man noch diese kategorischsten Erklärungen aufs dringlichste wiederholen müssen, um durch Worte wenigstens ein klein wenig die *Taten* jener Regierung zu mildern, die die ministerielle „Rabotschaja Gaseta“ restlos unterstützt.

Nein, meine Herren, durch noch so „kategorische“ Worte, Deklarationen und Noten werdet ihr die Tatsachen nicht abschwächen, die ihr selbst feststellt. Diesen Tatsachen können nur *Taten* gegenübergestellt werden, *Taten*, die *wirklich* den Bruch mit der Politik der Fortsetzung des *imperialistischen* Krieges bedeuten würden. Die Regierung Lwow-Teretschenko-Schingarjow-Kerenski-Zereteli kann das nicht tun. Durch ihre feige, erbärmliche Politik gegenüber Finnland und der Ukraine vermag sie nur zu bestätigen, daß sie völlig unfähig ist, die „kategorischsten“ Erklärungen über den „Frieden ohne Annexionen“ und

über das „Recht“ auf Selbstbestimmung zu verwirklichen. Unter diesen Umständen aber werden alle diese verheißenen Deklarationen zum Symbol für die Betäubung der Massen. Betäubung der Massen durch hochtrabende Deklarationen und nicht „proletarischer Kampf für den Frieden“ – das ist das Programm der „Rabotschaja Gaseta“, das ist ihre wirkliche Antwort auf das Anwachsen der antirevolutionären Kräfte im Zusammenhang mit der Offensive.

„Pravda“ Nr. 95,
13. Juli (30. Juni) 1917.

Nach dem Text der „Pravda“.

WIE UND WARUM HAT MAN DIE BAUERN BETROGEN?

Bekanntlich hat man, als die Bauerndeputierten ganz Rußlands zum Gesamtrussischen Sowjet der Bauerndeputierten in Petrograd zusammentraten, den Bauern versprochen – die Sozialrevolutionäre haben es versprochen, die Regierung hat es versprochen –, den Kauf und Verkauf von Grund und Boden sofort zu verbieten.

Minister Perewerjew wollte anfangs das Versprechen tatsächlich einhalten und verfügte durch ein Telegramm, Abmachungen über den Kauf und Verkauf von Boden einstweilen einzustellen. Dann aber hat sich irgendeine unsichtbare Hand in die Sache eingemischt, und Minister Perewerjew machte sein Telegramm an die Notare rückgängig, d. h., er erlaubte von neuem den Kauf und Verkauf von Boden.

Die Bauern wurden unruhig. Wenn wir nicht irren, haben sie wohl sogar eine besondere Delegation zur Regierung entsandt.

Die Bauern wurden beruhigt, man redete ihnen gut zu wie kleinen Kindern. Man versicherte ihnen, daß unverzüglich ein *Gesetz* erlassen werde, das den Kauf und Verkauf von Grund und Boden verbietet, daß „nur“, um ein solches Gesetz verabschieden zu können, die vorläufige Verordnung Perewerjews „vorübergehend aufgehoben“ worden sei.

Die Sozialrevolutionäre beruhigten die Bauern und speisten sie mit Versprechungen ab. Die Bauern glaubten ihnen, beruhigten sich und fuhren nach Hause.

Eine Woche nach der anderen verging.

Am 24. Juni (erst am 24. Juni) erscheint in den Zeitungen die Meldung, daß Minister Tschernow, der Führer der Partei der Sozialrevolutionäre, der Regierung einen Gesetzentwurf (erst einen Gesetzentwurf!)

über das Verbot der den Kauf und Verkauf von Grund und Boden betreffenden Abmachungen unterbreitet habe.

Am 29. Juni veröffentlichten die Zeitungen die Meldung über eine „private Konferenz“ der Reichsduma, die am 28. Juni stattgefunden hat. In dieser Konferenz behandelte Herr Rodsjanko nach Mitteilung der „Retsch“ (die Zeitung der Partei, die in der Provisorischen Regierung die Mehrheit hat) folgendes:

„Im Schlußwort ging er auf die Frage des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden im Zusammenhang mit den neuen“ (o ja, außerordentlich neuen! im höchsten Grade neuen!) „Maßnahmen der Regierung ein. Er wies nach, daß im Falle eines Verbots des Kaufs und Verkaufs von Boden, dieser seinen Wert verliere“ (für wen? – offenbar für die Gutsbesitzer!! Aber die Bauern wollen ja gerade den Gutsbesitzern das Land wegnehmen!), „der Kredit seine Deckung verliere und den Grundeigentümern“ (den ehemaligen Grundeigentümern, Herr Rodsjanko!) „bleibe dann jeder Kredit verschlossen. Aus welchen Mitteln – fragte M. W. Rodsjanko – soll der Grundeigentümer den Banken seine Schulden bezahlen? In den meisten Fällen sind die Termine bereits abgelaufen, und ein solcher Gesetzentwurf wird zur sofortigen Liquidierung des Grundeigentums auf gesetzlicher Grundlage führen, ohne daß Versteigerungen stattfinden.“

Auf Grund dessen schlug M. W. Rodsjanko der Konferenz vor, das Provisorische Komitee zu beauftragen, die Frage zu prüfen, um *nach Möglichkeit die Einführung dieses Gesetzes zu verhüten*, das nicht für den privaten Grundbesitz, sondern für den Staat verhängnisvoll sei.“

Hier also kam die „unsichtbare Hand“ zum Vorschein! Da ist sie, die „raffinierte Mechanik“ der Koalitionsregierung, der Koalition mit den beinah-sozialistischen Ministern, entschleiert durch den ehemaligen Vorsitzenden der ehemaligen Reichsduma, den ehemaligen Gutsbesitzer und Vertrauten Stolypins des Henkers, den ehemaligen Beschützer des Lockspitzels Malinowski – den Herrn Rodsjanko, der aus der Schule geplaudert hat.

Nehmen wir sogar an, daß jetzt, nachdem sich dieser Herr Rodsjanko so ungeschickt verplappert hat, das Gesetz über das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Boden endlich erlassen wird. Endlich!

Doch darum handelt es sich nicht allein. Es geht darum, daß wir alle an Hand dieses krassen Beispiels begreifen und den Massen der Bauern helfen zu begreifen, *wie und warum die Bauern betrogen worden sind*.

Denn diese Tatsache bleibt unanfechtbar und unzweifelhaft bestehen: Die Bauern wurden betrogen, man führte *nicht* unverzüglich das durch, was man ihnen auf dem Gesamtrussischen Sowjet der Bauerndeputierten unverzüglich durchzuführen versprochen hatte.

Wie hat man die Bauern betrogen? Man hat sie mit Versprechungen abgespeist. Eben darin besteht die „raffinierte Mechanik“ aller Koalitionsregierungen der Welt, d. h. bürgerlicher Regierungen mit Beteiligung von Verrätern am Sozialismus. Die ehemaligen Sozialisten dienen in diesen Regierungen, ganz gleich, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht, als Werkzeug der Kapitalisten zum Betrug der Massen.

Warum konnte man die Bauern betrügen? Weil die Werkzeuge des Betrugs, die Sozialrevolutionäre – wir nehmen den für sie günstigsten Fall an – die raffinierte Mechanik der Klassenherrschaft und der Klassenpolitik in der heutigen Regierung Rußlands *selbst nicht begriffen haben*. Die Sozialrevolutionäre haben sich von Phrasen hinreißen lassen. In Wirklichkeit aber, wie das der „Fall“ Rodsjanko sehr anschaulich bestätigt hat, in Wirklichkeit wird Rußland von einem Block zweier Blocks, einer Koalition zweier Koalitionen regiert.

Der eine Block ist der Block der Kadetten mit den monarchistischen Gutsbesitzern, unter denen die erste Geige eben Herr Rodsjanko spielt. Dieser Block ist vor den Augen ganz Rußlands als politische Realität dadurch bestätigt worden, daß bei den Wahlen in Petrograd *alle* Zeitungen der Schwarzhunderter, *alle* Zeitungen, die rechts von den Kadetten stehen, die Kadetten unterstützt haben. Dieser Block hat durch die Schuld der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki die *Mehrheit* in der Regierung. Dieser Block verschleppte das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden, dieser Block unterstützt die Gutsbesitzer und die *Kapitalisten und ihre Aussperrungspolitik*.

Der andere Block ist der Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die das Volk mit leeren Versprechungen betrogen haben. Skobelew und Zereteli, Peschechonow und Tschernow haben Versprechungen über Versprechungen gemacht. Versprechungen kann man leicht machen. Die Methode der „sozialistischen“ Minister, das Volk mit Versprechungen abzuspeisen, ist in *allen* fortgeschrittenen Ländern der Welt versucht worden und hat überall zum Fiasko geführt. Die Eigenart Rußlands besteht darin, daß dieses Fiasko der Parteien der Sozialrevolutionäre und

Menschewiki wegen der revolutionären Lage im Lande schärfere Formen annehmen und schneller, als es sonst der Fall ist, eintreten wird.

Möge jeder Arbeiter und jeder Soldat an Hand dieses für die Bauern besonders lehrreichen Beispiels die Bauernmassen gründlich darüber aufklären, *wie und warum man sie betrogen hat!*

Nicht im Block (Bündnis) mit den Kapitalisten, sondern nur im Bündnis mit den Arbeitern werden die Bauern ihre Ziele erreichen können.

„Pravda“ Nr. 96.

Nach dem Text der „Pravda“.

14. (1.) Juli 1917.

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

Herr N. Rostow führt in der ministeriellen „Rabotschaja Gaseta“ einige Auszüge aus Soldatenbriefen an, die von der außerordentlichen Unwissenheit zeugen, die im Dorf herrscht. Alle Briefe, sagt der Verfasser, der, wie er mitteilt, in der Agitationsabteilung des Exekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über ein dickes Paket von Briefen aus allen Ecken und Enden des Landes verfügt, alle Briefe enthalten einen einzigen Schrei: Zeitungen, schickt Zeitungen!

Der menschewistische Verfasser greift sich an den Kopf und ruft bestrützt: „Wenn es ihnen (den Bauern) nicht klar wird, daß die Revolution für sie von großem Nutzen ist, so werden sie sich gegen die Revolution wenden . . .“ Die Bauern leben „nach wie vor im Dunkel der Unwissenheit“.

Etwas spät besinnt sich der menschewistische Regierungsbeamte auf seinen Packen Briefe. Seit dem 6. Mai, an dem die Menschewiki zu Lakaien der Kapitalisten wurden, sind mehr als sieben Wochen vergangen, und während dieser ganzen Zeit fluteten bürgerliche, konterrevolutionäre Lügen und Verleumdungen gegen die Revolution ungehindert über das flache Land, sie ergossen sich aus den Spalten der bürgerlichen Zeitungen, die jetzt vorherrschen, sie wurden verbreitet von den direkten und indirekten Dienern und Anhängern der Kapitalistenregierung, die von den Menschewiki unterstützt wird.

Hätten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Revolution nicht verraten, die konterrevolutionären Kadetten nicht unterstützt, so wäre die Macht schon seit Anfang Mai in den Händen des Exekutivkomitees, und dies hätte sofort das Staatsmonopol auf Privatinserte in den Zeitun-

gen einführen können und hätte so die Möglichkeit gehabt, *Dutzende Millionen* von Zeitungsexemplaren *unentgeltlich* zur Verteilung zu bringen und aufs flache Land zu schicken. Die großen Druckereien und die Papiervorräte würden dann in den Händen des Exekutivkomitees für die Aufklärung der Landbevölkerung „arbeiten“ und nicht für deren Verdummung durch irgendein Dutzend bürgerlicher, konterrevolutionärer Zeitungen, die sich faktisch im Zeitungswesen eine *vorherrschende Position verschafft haben*.

Das Exekutivkomitee hätte sodann die Reichsduma auflösen und das hierbei ersparte Geld des Volkes – ganz zu schweigen von vielen anderen Quellen – zur Entsendung von tausend, wenn nicht mehreren tausend Agitatoren aufs Land verwenden können.

Während der Revolution ist Zögern mitunter gleichbedeutend mit glattem Verrat. Für die Verzögerung des Übergangs der Macht an die Arbeiter, Soldaten und Bauern, für die Verzögerung revolutionärer Maßnahmen zur Aufklärung der in Unwissenheit lebenden Landbevölkerung tragen die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki die volle Verantwortung. *Sie* haben in dieser Hinsicht die Revolution verraten. *Sie* haben es dahin gebracht, daß die Arbeiter und Soldaten in ihrem Kampf gegen die konterrevolutionäre bürgerliche Presse und Agitation jetzt gezwungen sind, sich mit „Handwerkerei“ zu begnügen, während sie die Möglichkeit und die Pflicht gehabt hätten, dafür *Mittel des Staates* einzusetzen.

„Pravda“ Nr. 96,
14. (1.) Juli 1917.

Nach dem Text der „Pravda“

WORAUF MÖGEN DIE KADETTEN
BEI IHREM AUSTRITT AUS DER REGIERUNG
GERECHNET HABEN?⁴⁷

Diese Frage drängt sich von selbst auf. Um auf die Ereignisse richtig mit einer bestimmten Taktik zu antworten, muß man diese Ereignisse richtig verstehen. Wie ist nun der Austritt der Kadetten zu verstehen?

Verärgerung? Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten wegen der Ukraine? Natürlich nicht. Wer die Kadetten der Grundsätzlichkeit oder die Bourgeoisie der Fähigkeit verdächtigte, aus Verärgerung zu handeln, würde sich lächerlich machen.

Nein. Der Austritt der Kadetten kann nur als Resultat einer Berechnung aufgefaßt werden. Worin besteht das Wesen dieser Berechnung?

Darin, daß zum Regieren eines Landes, das eine große Revolution vollbracht hat und sich nicht beruhigen kann, noch dazu während eines imperialistischen Krieges im Weltmaß, die gigantisch kühne, historisch große und von grenzenlosem Enthusiasmus getragene Initiative und Schwungkraft der wahrhaft revolutionären Klasse notwendig ist. Entweder man unterdrückt diese Klasse mit Gewalt – dies propagieren die Kadetten seit langem, schon seit dem 6. Mai –, oder man vertraut sich der Führung dieser Klasse an. Entweder man ist im Bunde mit dem imperialistischen Kapital, dann muß man die Offensive durchführen, muß ein willfähriger Diener des Kapitals sein, muß sich unter dessen Joch beugen und muß die Utopien einer entschädigungslosen Aufhebung des Grundeigentums fahrenlassen (siehe die Reden Lwows gegen das Programm Tschernows, nach dem Bericht der „Birshowka“) – oder man ist gegen das imperialistische Kapital, dann muß man unverzüglich allen Völkern genaue Friedensbedingungen vorschlagen, denn alle Völker sind durch den Krieg erschöpft, dann muß man den Mut haben und ver-

stehen, das Banner der proletarischen Weltrevolution gegen das Kapital zu erheben, muß dies nicht in Worten, sondern in Wirklichkeit tun und die Revolution in Rußland selbst auf das entschiedenste vorantreiben.

Wie in kommerziellen Dingen, in Finanzangelegenheiten, bei der Wahrung der Interessen des Kapitals, sind die Kadetten auch in der Politik gerissene Geschäftsleute. Die Kadetten haben richtig in Betracht gezogen, daß die Lage *objektiv* revolutionär ist. Zu Reformen sind sie bereit, und die Macht mit den Reformisten Zereteli und Tschernow zu teilen sagt ihnen zu. Aber Reformen helfen nichts. Einen Weg der Reformen, der aus der Krise, aus dem Krieg und aus der Zerrüttung herausführt, *gibt es nicht*.

Die Kadetten rechnen vom Standpunkt ihrer Klasse, dem Standpunkt der Klasse der imperialistischen Ausbeuter richtig: Mit unserem Austritt stellen wir sozusagen ein Ultimatum. Wir wissen, daß die Zereteli und Tschernow jetzt der wahrhaft revolutionären Klasse nicht vertrauen, daß sie eine wahrhaft revolutionäre Politik jetzt nicht betreiben wollen. Wir werden sie einschüchtern. Ohne die Kadetten, das heißt ohne die „Hilfe“ des englisch-amerikanischen Weltkapitals, das heißt *auch* gegen dieses Weltkapital den Weg der Revolution einschlagen. Das machen die Zereteli und Tschernow nicht mit, dazu entschließen sie sich nicht! Sie werden uns schon nachgeben!

Doch wenn nicht, so wird die Revolution gegen das Kapital, selbst wenn sie beginnen sollte, nicht gelingen, und wir werden zurückkehren.

So rechnen die Kadetten. Wir wiederholen: Vom Standpunkt der Ausbeuterklasse ist die Berechnung richtig.

Ständen die Zereteli und Tschernow auf dem Standpunkt der ausgebeuteten Klasse und nicht auf dem des schwankenden Kleinbürgertums, so würden sie auf die richtigen Berechnungen der Kadetten mit dem richtigen Anschluß an die Politik des revolutionären Proletariats antworten.

Geschrieben am 3. (16.) Juli 1917.

*Veröffentlicht am 28. (15.) Juli 1917
im „Proletarskoje Delo“ Nr. 2.*

Nach dem Manuskript.

ALLE MACHT DEN SOWJETS!

„Wirf die Natur zur Tür hinaus – sie kommt zum Fenster wieder herein...“ Wie man sieht, müssen die herrschenden Parteien, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, diese einfache Wahrheit immer wieder am eigenen Leibe „erfahren“. Haben sie es auf sich genommen, „revolutionäre Demokraten“ zu sein, sind sie in die Stellung revolutionärer Demokraten geraten, so müssen sie die Schlußfolgerungen ziehen, die für jeden revolutionären Demokraten bindend sind.

Demokratie ist die Herrschaft der Mehrheit. Solange der Wille der Mehrheit noch nicht klar zum Ausdruck gekommen war, konnte man ihn wenigstens noch mit einer Spur von Glaubwürdigkeit als nicht bekannt hinstellen und dem Volk unter dem Aushängeschild einer „demokratischen“ Regierung eine Regierung aus konterrevolutionären Bourgeois vorsetzen. Doch dies konnte nur ein kurzes Hinhalten sein. In den wenigen, seit dem 27. Februar vergangenen Monaten hat sich der Wille der Mehrheit der Arbeiter und Bauern, der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung des Landes, nicht nur in allgemeiner Form offenbart. Dieser Wille hat auch in Massenorganisationen seinen Ausdruck gefunden, in den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

Wie kann man denn dagegen sein, die gesamte Macht im Staate diesen Sowjets zu übergeben? Das bedeutet nichts anderes als Verzicht auf die Demokratie! Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als dem Volke eine solche Regierung aufzwingen, die ganz *offenkundig* auf *demokratische* Weise, d. h. durch wirklich freie, wirklich allgemeine Volkswahlen weder entstehen noch sich an der Macht halten kann.

Wie seltsam das auch auf den ersten Blick scheinen mag, aber es ist

Tatsache: gerade diese äußerst einfache, offensichtliche, handgreifliche Wahrheit haben die Sozialrevolutionäre und Menschewiki *vergessen!* Ihre Lage ist so schief, hat sie so irre, so wirt gemacht, daß sie nicht mehr imstande sind, diese ihnen abhanden gekommene Wahrheit wieder zu „finden“. Nach den Wahlen in Petrograd und in Moskau, nach der Einberufung des Gesamtrussischen Bauernsowjets und nach dem Sowjetkongreß haben in ganz Rußland die Klassen und Parteien so klar, so deutlich, so unverkennbar ihren Willen offenbart, daß sich in dieser Hinsicht niemand, es sei denn er hat den Verstand verloren oder hat sich in eine schiefe Lage hineinmanövriert, dem geringsten Irrtum hingeben kann.

Kadettische Minister, eine kadettische Regierung oder eine kadettische Politik zu dulden ist eine Herausforderung an die Demokratie und den Demokratismus. Hier ist die Quelle der politischen Krisen nach dem 27. Februar, hier ist die Quelle der Unsicherheit und der Schwankungen unseres Regierungssystems. Auf Schritt und Tritt, täglich, ja selbst stündlich appelliert man im Namen der maßgebenden staatlichen Körperschaften und Kongresse an den revolutionären Geist des Volkes und an seinen Demokratismus, und gleichzeitig stellt sowohl die allgemeine Politik der Regierung als auch speziell ihre Außenpolitik und insbesondere ihre Wirtschaftspolitik eine Abkehr vom revolutionären Geist und eine Verletzung des Demokratismus dar.

So kann es nicht weitergehen.

Es ist unvermeidlich, daß die Labilität einer solchen Lage bald aus diesem, bald aus jenem Anlaß zutage tritt. Das hartnäckig nicht sehen wollen ist keine sehr kluge Politik. Mag die Entwicklung auch ruckweise und sprunghaft vor sich gehen, sie wird dennoch dahin führen, daß der längst von unserer Partei verkündete Übergang der Macht an die Sowjets Wirklichkeit wird.

*Geschrieben nicht später als am
4. (17.) Juli 1917.*

*Veröffentlicht am 18. (5.) Juli 1917
in der „Pravda“ Nr. 99.*

Nach dem Text der „Pravda“.

WO IST DIE MACHT UND WO DIE KONTERREVOLUTION?

Diese Frage beantwortet man gewöhnlich sehr einfach: Es gibt gar keine Konterrevolution, oder wir wissen nicht, wo sie ist. Die Macht hingegen kennen wir sehr wohl: sie liegt in den Händen der Provisorischen Regierung, die vom Zentralexekutivkomitee (ZEK) des Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten kontrolliert wird. Das ist die übliche Antwort.

Wie die meisten Krisen jeder Art, die alles Konventionelle niederreißen, alle Illusionen zerstören, hat auch die gestrige politische Krise⁶⁸ nur Trümmer der Illusionen hinterlassen, wie sie in den von uns angeführten, heute üblichen Antworten auf die Grundfragen jeder Revolution zum Ausdruck kommen.

Es existiert ein ehemaliges Mitglied der II. Reichsduma, Alexinski; die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die herrschenden Parteien in den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten *weigerten* sich, ihn zum Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten zuzulassen, *solange er sich nicht rehabilitiert*, d. h., solange er seine Ehre nicht wiederhergestellt hat.

Worum handelt es sich? Weshalb hat das Exekutivkomitee Alexinski das Vertrauen öffentlich und in aller Form versagt und von ihm verlangt, seine Ehre wiederherzustellen, ihn also für ehrlos erklärt?

Weil Alexinski sich durch Verleumdungen so „berühmt“ gemacht hat, daß ihn in Paris die Journalisten der verschiedensten Parteien zum Verleumder erklärten. Alexinski versuchte nicht, vor dem Exekutivkomitee seine Ehre wiederherzustellen, sondern zog es vor, sich in der Plechanowschen Zeitung „Jedinstwo“ zu verstecken, wo er zuerst unter Initialen und dann, dreister geworden, auch offen auftrat.

Gestern, am 4. Juli, ging mehreren Bolschewiki von Bekannten die Warnung zu, Alexinski habe dem Komitee der Journalisten in Petrograd irgendeine neue verleumderische Gemeinheit mitgeteilt. Die meisten der Benachrichtigten schenken der Warnung nicht die geringste Beachtung, da sie für Alexinski und seine „Arbeit“ nur Ekel und Verachtung übrig haben. Ein Bolschewik jedoch, Dshugaschwili (Stalin), Mitglied des Zentral Exekutivkomitees, der als georgischer Sozialdemokrat den Gen. Tschcheidse seit langem kennt, erzählte diesem in der Sitzung des ZEK von dem neuen niederträchtigen Verleumdungsfeldzug Alexinskis.

Es war spät nachts, doch Tschcheidse erklärte, das ZEK werde die Verbreitung von Verleumdungen durch Leute, die das Gericht und eine Untersuchung durch das ZEK scheuen, nicht gleichgültig hinnehmen. In seinem eigenen Namen als Vorsitzender des ZEK und im Namen Zeretelis als Mitglied der Provisorischen Regierung wandte sich Tschcheidse sofort *telefonisch* an alle Redaktionen mit der Forderung, *von einer Veröffentlichung der Verleumdungen Alexinskis Abstand zu nehmen*. Tschcheidse sagte Stalin, daß sich die meisten Zeitungen bereit erklärt hätten, seine Bitte zu erfüllen, und daß nur das „Jedinstwo“ und die „Retsch“ sich eine Zeitlang „ausgeschwiegen“ haben (das „Jedinstwo“ haben wir nicht zu Gesicht bekommen, und die „Retsch“ hat die Verleumdung *nicht* veröffentlicht). So landete denn die Verleumdung schließlich in den Spalten eines kleinen, dem größten Teil des lesenden Publikums völlig unbekanntes, gelben Blättchens, dem „Shiwoje Slowo“⁴⁹, Nr. 51 (404), als dessen Redakteur und Herausgeber ein gewisser A. M. Umanski zeichnet.

Die Verleumder werden sich jetzt vor Gericht zu verantworten haben. Von dieser Seite aus ist die Angelegenheit einfach und unkompliziert.

Die Unsinnigkeit der Verleumdung ist ganz offensichtlich: irgendein Fähnrich des 16. Sibirischen Schützenregiments namens Jermolenko sei „am 25. April zu uns hinter die Front der 6. Armee herübergeschickt“ (?) „worden, um für den raschen Abschluß eines Separatfriedens mit Deutschland zu agitieren“. Es handelt sich offenbar um ein aus der Gefangenschaft entflohenes Subjekt, von dem das im „Shiwoje Slowo“ abgedruckte „Dokument“ hinzufügt: „Diesen Auftrag hat Jermolenko auf Drängen seiner Kameraden angenommen“!!

Schon daran kann man ermesen, welches Vertrauen ein Subjekt ver-

dient, das ehrlos genug ist, einen solchen „Auftrag“ anzunehmen! Der Zeuge ist ein ehrloser Mann. Das ist eine Tatsache.

Was hat nun dieser Zeuge ausgesagt?

Seine Aussage war so: „Die Offiziere des deutschen Generalstabs Schiditzki und Lübers teilten ihm mit, daß in Rußland eine ebensolche Agitation von dem Agenten des deutschen Generalstabs und Vorsitzenden der Ukrainischen Sektion des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“⁵⁰ A. Skoropis-Joltuchowski und von Lenin betrieben werde. Lenin habe den Auftrag, mit allen Kräften das Vertrauen des russischen Volkes zur Provisorischen Regierung zu erschüttern.“

Die deutschen Offiziere haben also Jermolenko, um ihn für seine ehrlose Handlung zu gewinnen, was Lenin betrifft, schamlos angelogen, der, wie jeder weiß und wie die *gesamte Partei* der Bolschewiki offiziell erklärt hat, einen Separatfrieden mit Deutschland stets und auf das entschiedenste, unwiderruflich und unbedingt *abgelehnt hat!!* Der Schwindel der deutschen Offiziere ist so offensichtlich, so plump und so unsinnig, daß kein denkender Mensch auch nur für einen Augenblick daran zweifeln kann, daß das ein Schwindel ist. Ein politisch denkender Mensch wird erst recht nicht daran zweifeln, daß es widersinnig ist, Lenin mit irgendeinem Joltuchowski (?) und dem „Bund zur Befreiung der Ukraine“ in Zusammenhang zu bringen; ein Widersinn, der um so augenfälliger ist, als sowohl Lenin wie alle Internationalisten gerade während des Krieges wiederholt *öffentlich* erklärt haben, daß sie mit diesem verdächtigen sozialpatriotischen „Bund“ *nichts gemein haben!*

Die plumpe Lüge des von den Deutschen gekauften Jermolenko oder der deutschen Offiziere verdiente nicht die geringste Aufmerksamkeit, würde nicht das „Dokument“ weitere „eben eingetroffene Mitteilungen“ – unbekannt an wen, wie, von wem, wann – hinzufügen, wonach „das Geld für die Agitation“ „über“ „Vertrauenspersonen“, die „Bolschewiki“ Fürstenberg (Hanecki) und Kozlowski, „gehe“ (an wen? Das „Dokument“ *hütet sich*, direkt zu sagen, daß Lenin beschuldigt oder verdächtigt werde!! Das Dokument schweigt sich darüber aus, an *wem* das Geld „gehe“!). Angeblich liegen auch Beweise für Geldüberweisungen durch die Banken vor; und angeblich habe „die Militärzensur einen ständigen (!) telegrafischen Verkehr politischen und finanziellen Charakters zwischen deutschen Agenten und den bolschewistischen Führern festgestellt“!!

Wiederum eine plumpe Lüge, deren Widersinn in die Augen springt. Wäre auch nur ein einziges Wort daran wahr, wie ist dann zu erklären, 1., daß Hanecki *erst kürzlich* freie Einreise nach Rußland und dann wieder freie Ausreise erhielt? 2., daß *weder* Hanecki *noch* Kozlowski verhaftet wurden, *bevor* die Nachricht von ihrem „Verbrechen“ in der Presse erschien? Hätte denn der Generalstab, wenn er wirklich halbwegs vertrauenswürdige Nachrichten über Geldüberweisungen, Telegramme usw. besäße, die Verbreitung von Gerüchten hierüber durch die Alexinski und die gelbe Presse zugelassen, ohne Hanecki und Kozlowski zu verhaften? Ist es nicht klar, daß wir nichts weiter als ein plumptes Machwerk von Zeitungsverleumdern niedrigsten Schlages vor uns haben?

Wir fügen hinzu, daß weder Hanecki noch Kozlowski Bolschewiki sind, sondern Mitglieder der Polnischen Sozialdemokratischen Partei, daß Hanecki – Mitglied des ZK dieser Partei – uns vom Londoner Parteitag (1903) her bekannt ist, den die polnischen Delegierten verließen, usw. Die Bolschewiki haben *weder* von Hanecki *noch* von Kozlowski *irgendwelche* Gelder erhalten. Das alles ist purer, plump aufgelegter Schwindel.

Worin besteht die politische Bedeutung dieses Schwindels? Erstens darin, daß die politischen Gegner der Bolschewiki ohne Lüge und Verleumdung nicht auskommen können. Dermaßen niederträchtig und gemein sind diese Gegner.

Zweitens darin, daß wir auf die in der Überschrift dieses Artikels gestellte Frage Antwort erhalten.

Der Bericht über die „Dokumente“ ist bereits am 16. Mai an Kerenski abgegangen. Kerenski ist Mitglied der Provisorischen Regierung und auch des Sowjets, d. h. beider „Regierungsgewalten“. Zwischen dem 16. Mai und dem 5. Juli liegt sehr viel Zeit. Wäre die Regierungsgewalt eine wirkliche Macht, dann könnte sie, dann müßte sie *selbst* die „Dokumente“ untersuchen, die Zeugen verhören und die Verdächtigen verhaften. Die Regierungsgewalt, *beide* „Regierungsgewalten“, die Provisorische Regierung wie das Zentralexekutivkomitee, konnten dies tun und hätten dies tun müssen.

Beide Regierungsgewalten unternehmen nichts. Der Generalstab aber steht, wie sich herausstellt, in irgendwelchen Beziehungen zu Alexinski, der wegen seiner Verleumdungen nicht zum Exekutivkomitee des Sowjets

zugelassen wurde! Der Generalstab läßt gerade zu der Zeit, zu der die Kadetten aus der Regierung austreten – wahrscheinlich ganz zufällig –, seine offiziellen Dokumente Alexinski zur Veröffentlichung in die Hand spielen!

Die Regierung unternimmt nichts. Weder Kerenski noch die Provisorische Regierung oder das Exekutivkomitee des Sowjets denken auch nur daran, Lenin, Hanecki und Kozlowski als verdächtig zu verhaften. Gestern nacht, am 4. Juli, ersuchen Tschcheidse und Zereteli die Zeitungen, die offenkundige Verleumdung nicht zu veröffentlichen. Zugleich aber schickt Polowzew etwas später, spät nachts, Offiziersschüler und Kosaken, um die Redaktion der „Prawda“ zu demolieren, um deren Erscheinen zu verhindern, ihre Herausgeber zu verhaften und die Geschäftsbücher zu beschlagnahmen (angeblich, um nachzuprüfen, ob nicht Eintragungen über verdächtige Gelder zu finden sind); und zur selben Zeit wird in dem gelben Schmutzblättchen niedrigsten Kalibers „Shiwoje Slowo“ eine gemeine Verleumdung veröffentlicht, um die Leidenschaften aufzuputschen, um die Bolschewiki mit Dreck zu bewerfen und eine Pogromstimmung zu erzeugen, um das Vorgehen Polowzews, der Offiziersschüler und Kosaken, die die Redaktion der „Prawda“ demoliert haben, besser rechtfertigen zu können.

Wer seine Augen *vor der Wahrheit* nicht verschließt, kann nicht im Irrtum befangen bleiben. Wo gehandelt werden *muß*, da unternehmen *beide* Regierungsgewalten nichts: das Zentralexekutivkomitee, weil es den Kadetten „vertraut“ und Angst hat, sie zu verärgern, und die Kadetten unternehmen als Regierungsmacht nichts, weil sie es vorziehen, *hinter den Kulissen* tätig zu sein.

Da haben wir sie, die hinter den Kulissen tätige Konterrevolution: es sind das die Kadetten, gewisse Kreise des Generalstabs (das „höhere Offizierskorps der Armee“, wie es in der Resolution unserer Partei heißt) und die anrühige, halb auf Schwarzhunderterpositionen stehende Presse. Sie sind es, die *nicht* untätig bleiben, die einmütig zusammen „arbeiten“; das sind die Kreise, die Pogromstimmungen nähren, Pogrome anstiften, auf Demonstranten schießen lassen usw. usf.

Wer nicht absichtlich seine Augen vor der Wahrheit verschließt, kann nicht länger im Irrtum befangen bleiben.

Es gibt keine wirkliche Regierungsmacht, und es wird keine geben.

solange die Macht nicht in die Hände der Sowjets übergeht und damit die Grundlage geschaffen wird, eine wirkliche Regierungsmacht zu errichten. Die Konterrevolution nutzt es aus, daß keine wirkliche Macht vorhanden ist, vereinigt die Kadetten mit gewissen höheren Offizieren der Armee und mit der Schwarzhunderterpresse. Das ist die traurige Wirklichkeit, aber es ist die Wirklichkeit.

Arbeiter und Soldaten! An euch ist es jetzt, diszipliniert, standhaft und wachsam zu sein!

Geschrieben am 5. (18.) Juli 1917.

Veröffentlicht am 19. (6.) Juli 1917

im „Listok ‚Pravdy‘“ (Blatt der „Pravda“).

Nach dem Text des

„Listok ‚Pravdy‘“.

DIE NIEDERTRÄCHTIGEN LÜGEN DER SCHWARZHUNDERTERPRESSE UND ALEXINSKIS

Die Zeitung „Shiwoje Slowo“, ein ausgesprochenes Schwarzhunderterblatt, veröffentlicht heute eine gemeine, schmutzige Verleumdung gegen Lenin.

Die „Prawda“ kann nicht erscheinen, da ihre Redaktion in der Nacht zum 5. Juli von Offiziersschülern demoliert worden ist; eine ausführliche Widerlegung der schmutzigen Verleumdung wird dadurch verzögert.

Vorläufig erklären wir, daß die Meldung des „Shiwoje Slowo“ eine *Verleumdung* ist, daß *Tschcheidse* in der Nacht zum 5. Juli *alle großen Zeitungen* telefonisch ersucht hat, die verleumderischen Pogromartikel nicht zu drucken. Die großen Zeitungen kamen dem Ersuchen *Tschcheidses* nach, und am 5. Juli hat *keine* einzige Zeitung, mit Ausnahme des schmutzigen „Shiwoje Slowo“, die *gemeine Verleumdung abgedruckt*.

Was Alexinski angeht, so ist er als Verleumder schon so berüchtigt, daß er zum Exekutivkomitee des Sowjets *nicht zugelassen wurde, solange er sich nicht rehabilitiert, d. h. seine Ehre wiederhergestellt hat*.

Bürger! Glaubt nicht den schmutzigen Verleumdern, Alexinski und dem „Shiwoje Slowo“!

Schon aus folgendem ist auf den ersten Blick zu ersehen, daß das „Shiwoje Slowo“ eben Verleumdungen in Umlauf setzt: „Shiwoje Slowo“ schreibt, daß *am 16. Mai* ein Brief (unter Nr. 3719) mit der Anschuldigung gegen Lenin vom Stab an Kerenski abgegangen sei. Es ist klar, daß Kerenski verpflichtet gewesen wäre, Lenin sofort verhaften zu lassen und eine *offizielle Untersuchung* einzuleiten, wenn er auch nur einen Augenblick an die Ernsthaftigkeit der Anschuldigungen oder Verdächtigungen geglaubt hätte.

Geschrieben am 5. (18.) Juli 1917.

Veröffentlicht am 19. (6.) Juli 1917
im „Listok ‚Prawdy‘“.

Nach dem Text des
„Listok ‚Prawdy‘“.

VERLEUMDUNGEN UND TATSACHEN

Wegen der Demonstration am 3. und 4. Juli werden die Bolschewiki mit endlosen Beschimpfungen und Verleumdungen überschüttet.

Man versteigt sich bis zu der Beschuldigung, die Bolschewiki hätten „versucht, sich der Stadt zu bemächtigen“, sie wollten die Sowjets „vergewaltigen“, sie hätten einen „Anschlag auf die Regierungsgewalt der Sowjets“ verübt und so weiter und so fort.

Die Tatsachen aber besagen, daß die Bolschewiki, obwohl die Massen bewaffnet waren, sich nicht nur *keines* Stadtteils, sondern auch *keines* einzigen Gebäudes, *keiner* einzigen Institution bemächtigt haben (obwohl sie das gekonnt hätten) und auch *nicht* versucht haben, das zu tun.

Die Tatsachen besagen, daß der einzige *politische* Fall von Gewaltanwendung *gegen eine Institution* in der Nacht zum 5. Juli erfolgte: da wurde die Redaktion der „Prawda“ von Offiziersschülern und Kosaken auf Befehl Polowzews demoliert, was *ohne Wissen und Willen des Sowjets* geschah.

Das ist eine Tatsache.

Das eben ist eine wohlüberlegte, böswillige Gewaltanwendung einer ganzen Institution gegenüber, das eben ist ein „Anschlag“ und eine „Vergewaltigung“ nicht in Worten, sondern in der Tat. Wäre dieser Anschlag auf gesetzlicher Grundlage erfolgt, dann hätte entweder die Provisorische Regierung oder der Sowjet diesen Schritt gutgeheißen, doch *keine der Regierungsgewalten hat dies getan*. Die Gewalttäter gegen die „Prawda“ haben *weder im Sowjet noch bei der Provisorischen Regierung Unterstützung gefunden*.

Die Bolschewiki forderten die Soldaten, als diese mit der Demonstration begonnen hatten, auf, *friedlich und organisiert* zu handeln.

Weder die Provisorische Regierung noch der Sowjet haben die Offizierschüler, die Kosaken und Polowzew aufgefordert, friedlich, organisiert und nach Recht und Gesetz zu handeln.

*

Aber, sagt man uns, es gab doch eine Schießerei.

Ja, eine Schießerei gab es. Doch wer hat geschossen? Wer kann es wagen, ohne Untersuchung jemand die Schuld an der Schießerei zu geben?

Doch laßt uns einen Zeugen aus dem bürgerlichen Lager anführen.

Dieser Zeuge ist die Zeitung „Birshewyje Wedomosti“, Abendausgabe vom 4. Juli. Diesen Zeugen wird wohl niemand der Sympathie für die Bolschewiki verdächtigen können! Dieser Zeuge bekundet folgendes:

„Punkt 2 Uhr mittags *erdröhte* an der Ecke Sadowaja–Newski, als die bewaffneten Demonstranten vorbeimarschierten und das in erheblicher Zahl versammelte Publikum ruhig zuschaute, *von der rechten Seite der Sadowaja her ein ohrenbetäubender Schuß*, worauf dann Salvenfeuer einsetzte.“

Also auch der Augenzeuge des bürgerlichen Blattes ist gezwungen, die Wahrheit zu bestätigen, nämlich, daß man von der *rechten Seite der Sadowaja her begonnen* hatte zu schießen!! Ist dies nicht ein klarer Beweis dafür, daß *auf die Demonstranten* geschossen worden ist?

Ist es denn schwer zu begreifen, daß die Demonstranten, wenn es ihr Bestreben, ihre Absicht gewesen wäre, gewaltsam vorzugehen, *eine bestimmte Institution aufs Korn genommen hätten* (ebenso wie Polowzew die Offizierschüler und Kosaken gegen die „Prawda“ geschickt hat)? Umgekehrt, wenn es unter den Matrosen Tote gab und wenn die Zeugen des bürgerlichen Blattes aussagen, daß die Schießerei „von der rechten Seite der Sadowaja her“ begonnen hat, „als die bewaffneten Demonstranten vorbeimarschierten“, ist das nicht ein schlagender Beweis, daß *gerade die Schwarzhunderter, gerade die Gegner* der Demokratie, gerade die den Kadetten nahestehenden Kreise, nach Gewalttaten trachteten, Gewalttaten herbeiführen wollten?

Geschrieben am 5. (18.) Juli 1917.

Veröffentlicht am 19. (6.) Juli 1917
im „Listok ‚Prawdy‘“.

Nach dem Text des
„Listok ‚Prawdy‘“.

DEM WESEN DER DINGE NAHE

In der Sitzung des Zentralexekutivkomitees am Abend des 4. Juli ist der Bürger Tschaikowski in seiner Rede dem Wesen der Dinge erstaunlich nahe gekommen.

Er wandte sich gegen die Übernahme der Macht durch den Sowjet und führte unter anderem das folgende, sozusagen „ausschlaggebende“ Argument an: Wir müssen den Krieg führen, doch den Krieg kann man nicht ohne Geld führen, Geld aber werden die Engländer und Amerikaner nicht geben, wenn die „Sozialisten“ die Macht haben, Geld werden sie nur geben, wenn sich die Kadetten an der Macht beteiligen.

Das kommt dem Wesen der Dinge sehr nahe.

Es ist unmöglich, am imperialistischen Krieg teilzunehmen, ohne sich an dem kapitalistischen Unternehmen der Versklavung des Volkes durch Anleihen bei den Herren Kapitalisten zu „beteiligen“.

Um sich wirklich gegen den imperialistischen Krieg zu erheben, muß man *alle* Fäden, durch die man mit dem Kapital verbunden, an das Kapital gekettet ist, zerreißen und furchtlos die Aufsicht über die Banken, die Aufsicht über die Produktion und deren Regulierung in die Hände der Arbeiter und Bauern legen.

Die Engländer und Amerikaner werden nur Geld geben, wenn die Kadetten Bürgschaft leisten, das ist auch unsere Meinung. Von zwei Dingen eins: entweder den Kadetten, dem Kapital dienen, imperialistische Anleihen häufen (und keinen Anspruch auf die Bezeichnung „revolutionäre“ Demokratie erheben, sich mit der zutreffenden Bezeichnung *imperialistische* Demokratie abfinden) oder mit den Kadetten brechen, mit den Kapitalisten, mit dem Imperialismus brechen, wirkliche Revolutionäre auch in den Fragen des Krieges werden.

Tschaikowski ist dem Wesen der Dinge sehr nahe gekommen.

Geschrieben am 5. (18.) Juli 1917.

*Veröffentlicht am 19. (6.) Juli 1917
im „Listok ‚Pravdy‘“.*

*Nach dem Text des
„Listok ‚Pravdy‘“.*

EINE NEUE DREYFUS-AFFÄRE?

Wollen etwa gewisse „Spitzen“ unseres Generalstabs eine neue Dreyfus-Affäre⁵⁴ in Szene setzen?

Diesen Gedanken läßt die unverschämt freche, wüste Verleumdung aufkommen, die im „Shiwoje Slowo“ veröffentlicht wurde und die wir schon an anderer Stelle eingehend behandelt haben.

Der französische Generalstab bedeckte sich in der Dreyfus-Affäre vor der ganzen Welt mit traurigem, schimpflichem Ruhm, er griff zu unzulässigen, unehrlichen und direkt verbrecherischen (niederträchtigen) Mitteln, um Dreyfus zu beschuldigen.

Unser Generalstab trat „in der Affäre“ gegen die Bolschewiki, wie es scheint, zum erstenmal öffentlich hervor in der . . . – es ist sonderbar und kaum glaublich, aber doch bezeichnend – in der Schwarzhunderterzeitung „Shiwoje Slowo“, in der die offenkundige Verleumdung veröffentlicht worden ist, Lenin sei ein Spion. Diese Meldung beginnt mit folgenden Worten:

„Mit Post vom 16. Mai 1917 unter Nr. 3719 übersandte der Chef des Stabes des Oberbefehlshabers dem Kriegsminister ein Vernehmungprotokoll“ (Vernehmung von Jermolenko).

Ist es bei einigermaßen richtiger Führung der Angelegenheit etwa denkbar, daß Vernehmungprotokolle, die der Stab anfertigt, *vor* der Einleitung des Ermittlungsverfahrens oder *vor* der Verhaftung der Verdächtigen in der Schwarzhunderterpresse veröffentlicht werden?

Der Stab ist für den Geheimdienst zuständig, das ist unbestreitbar. Ist aber etwa ein Geheimdienst denkbar, wenn von einem Dokument, das am 16. Mai abgesandt wurde und das Kerenski schon längst erhalten hat, nicht *Kerenski* Gebrauch macht, sondern ein Schwarzhunderter-Winkelblatt??

Wodurch unterscheidet sich das dem Wesen nach von den Methoden in der Dreyfus-Affäre?

„Listok ‚Pravdy‘“, 19. (6.) Juli 1917. Nach dem Text des „Listok ‚Pravdy‘“.

AUFRUF DES VOLLZUGSAUSSCHUSSES DES PETERSBURGER KOMITEES DER SDAPR (B)

In Durchführung des gestern veröffentlichten Beschlusses des ZK der SDAPR (der Beschluß wurde auch vom Petersburger Komitee unterzeichnet) ruft der Vollzugsausschuß des Petersburger Komitees der SDAPR die Arbeiter auf, die Arbeit morgen, d. h. am 7. Juli früh, wiederaufzunehmen.

Diesem Beschluß schließt sich die Beratung der Vertreter der Betriebsbelegschaften des Wiborger Stadtteils an.

*Der Vollzugsausschuß
des Petersburger Komitees der SDAPR*

Geschrieben am 6. (19.) Juli 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1928
im Lenin-Sammelband VII.*

Nach dem Manuskript.

EINE DREYFUSIADE

Das Alte verbindet sich mit dem Neuen, so war es schon immer bei den vom Zarismus angewandten Methoden zur Ausbeutung und Unterdrückung, und so ist es auch im republikanischen Rußland geblieben. Ihre politische Hetze gegen die Bolschewiki, die Partei des internationalen revolutionären Proletariats, spickt die konterrevolutionäre Bourgeoisie mit den niederträchtigsten Verleumdungen und führt in der Presse einen „Feldzug“, der ganz von der gleichen Art ist wie der Feldzug der französischen klerikalen und monarchistischen Zeitungen in der Dreyfus-Affäre.

Unter allen Umständen muß Dreyfus der Spionage angeklagt werden! – das war damals die Parole. Unter allen Umständen muß irgend-einer der Bolschewiki der Spionage angeklagt werden! – das ist jetzt die Parole. Gemeinste Verleumdungen, Unterstellungen und faustdicke Lügen, auf raffinierte Art den Leser in Verwirrung bringen – all dieser Methoden bedient sich mit ungewöhnlichem Eifer die gelbe, die bürgerliche Presse überhaupt. Insgesamt ergibt sich ein wüstes Geheul, das bis zur Raserei ansteigt und bisweilen nicht nur Beweisgründe, sondern sogar artikulierte Laute vermissen läßt.

Hier einige der Methoden unserer neuesten republikanischen Dreyfusiade. Erst wurden drei Haupt„argumente“ „aufgefahren“: Jermolenko, Kozłowskis 20 Millionen, Parvus wird mit in die Sache hineingezogen.

Tags darauf bringt das Haupthetzblatt „Shiwoje Slowo“ bereits zwei „Berichtigungen“: es erklärt, daß der „Führer“ der Bolschewiki nicht bestochen worden ist, er sei jedoch ein Fanatiker, und aus den 20 Millionen läßt es Zwanzigtausend werden. Ein anderes Blatt erklärt die Aussagen Jermolenkos bereits für nebensächlich.

Im „Listok ‚Prawdy““ vom 6. Juli haben wir schon die ganze Unsinn-

nigkeit der Aussagen Jermolenkos nachgewiesen.* Es ist klar, sich darauf zu berufen, wäre peinlich.

In demselben „Listok“ ist ein Brief Kozlowskis abgedruckt, der die Verleumdung widerlegt. Nach dieser Widerlegung werden die 20 Millionen auf Zwanzigtausend herabgesetzt – statt einer genauen Summe wiederum eine „Abrundung“!

Man will Parvus mit hineinziehen und bemüht sich mit aller Gewalt, irgendeinen Zusammenhang zwischen ihm und den Bolschewiki zu konstruieren. In Wirklichkeit jedoch haben gerade die Bolschewiki schon im Genfer „Sozial-Demokrat“⁵² Parvus als Renegaten bezeichnet**, sie haben ihn als einen deutschen Plechanow schonungslos verurteilt und ein für allemal jede Beziehung zu solchen Sozialchauvinisten unmöglich gemacht. Gerade die Bolschewiki haben es in Stockholm in einer Festsitzung mit den schwedischen linken Sozialisten⁵³ kategorisch abgelehnt, mit Parvus zu sprechen, ja ihn überhaupt irgendwie zuzulassen und sei es auch nur als Gast.

Hanecki betrieb Handelsgeschäfte als Angestellter einer Firma, an der Parvus beteiligt war. Die Handelskorrespondenz und der Zahlungsverkehr gingen natürlich durch die Zensur und lassen sich in vollem Umfang nachprüfen. Man bemüht sich, diese kommerziellen Dinge mit der Politik zu verknüpfen, obwohl man dafür keinerlei Beweise erbringen kann!!

Man versteigt sich zu solch einer Lächerlichkeit, der „Prawda“ einen Vorwurf daraus zu machen, daß ihre Telegramme an die sozialistischen Zeitungen Schwedens und aller anderen Länder (die selbstverständlich ebenfalls durch die Zensur gingen und der Zensur vollständig bekannt sind) von den deutschen Zeitungen bisweilen mit Entstellungen nachgedruckt wurden! Als ob man der „Prawda“ den Nachdruck oder die böswilligen Entstellungen zur Last legen könnte!

Eine wahre Dreyfusiade, ein Lügen- und Verleumdungsfeldzug, von wütendem politischem Haß genährt . . . Doch wie schmutzig müssen die Quellen sein, aus denen diejenigen schöpfen, die, statt den ideologischen Kampf zu führen, Verleumdungen verbreiten!

Geschrieben am 6./7. (19./20.) Juli 1917.

Zuerst veröffentlicht 1925 im Lenin-Sammelband IV.

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–156. *Die Red.*

** Siehe Werke, Bd. 21, S. 428/429. *Die Red.*

ZUR WIDERLEGUNG DUNKLER GERÜCHTE

Im „Listok ‚Prawdy“ vom 6. Juli ist eine ausführliche Widerlegung der von der Schwarzhunderterpresse verbreiteten niederträchtigen Verleumdungen gegen Lenin und andere veröffentlicht worden.* Eine ebensolche Widerlegung wurde in kürzerer Form als besonderes Flugblatt im Namen des ZK unserer Partei veröffentlicht.

Ergänzend hierzu müssen wir lediglich noch auf die an uns gerichteten Fragen antworten, ob die Gerüchte über die Verhaftung Lenins, Kamenews, Sinowjews und anderer auf Wahrheit beruhen. Nein, diese Gerüchte sind *unwahr*. Alle hier genannten Bolschewiki, gegen die von der niederträchtigen verleumderischen Presse besonders gehetzt wird, sind Mitglieder des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten. Wir ersuchen alle ehrlichen Bürger erneut, den schmutzigen Verleumdungen und dunklen Gerüchten keinen Glauben zu schenken.

Geschrieben am 7. (20.) Juli 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1928
im Lenin-Sammelband VII.*

Nach dem Manuskript.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 151–156. *Die Red.*

DREI KRISEN⁵⁶

Je gehässiger in diesen Tagen über die Bolschewiki gelogen wird, je wütender sie verleumdet werden, um so ruhiger müssen wir uns, die Lügen und Verleumdungen widerlegend, in den historischen Zusammenhang der Ereignisse und in die politische, *das heißt klassenmäßige* Bedeutung des gegenwärtigen Verlaufs der Revolution hinein-denken.

Um die Lügen und Verleumdungen zu widerlegen, brauchen wir hier nur den Hinweis auf den „Listok ‚Prawdy‘“ vom 6. Juli zu wiederholen und die Aufmerksamkeit der Leser besonders auf den weiter unten veröffentlichten Artikel zu lenken, der den dokumentarischen Nachweis dafür erbringt, daß die Bolschewiki am 2. Juli *gegen* eine Aktion agitierten (nach dem Eingeständnis der Zeitung der Partei der Sozialrevolutionäre); daß sich am 3. Juli die Erregung der Massen bis zur Siedehitze gesteigert hatte und die Aktion entgegen unseren Ratschlägen begann; daß wir am 4. Juli in einem Flugblatt (das von derselben Zeitung der Sozialrevolutionäre, dem „Delo Naroda“, nachgedruckt wurde) zu einer *friedlichen* und *organisierten* Demonstration aufriefen und daß wir in der Nacht des 4. Juli den Beschluß faßten, der Demonstration ein Ende zu setzen. Verleumdet nur drauf los, Verleumder! – ihr werdet diese Tatsachen, die entscheidende Bedeutung dieser Tatsachen in ihrem ganzen Zusammenhang niemals aus der Welt schaffen!

Gehen wir nun zur Frage des historischen Zusammenhangs der Ereignisse über. Als wir bereits Anfang April dagegen auftraten, die Provisorische Regierung zu unterstützen, fielen sowohl die Sozialrevolutionäre als auch die Menschewiki über uns her. Doch was hat das Leben bewiesen?

Was haben die drei politischen Krisen vom 20. und 21. April, vom 10. und 18. Juni sowie vom 3. und 4. Juli bewiesen?

Sie haben erstens die wachsende Unzufriedenheit der Massen mit der bürgerlichen Politik der bürgerlichen Mehrheit der Provisorischen Regierung bewiesen.

Es ist nicht uninteressant festzustellen, daß das „Delo Naroda“, die Zeitung der an der Regierung beteiligten Partei der Sozialrevolutionäre, ungeachtet all seiner Feindseligkeit gegenüber den Bolschewiki, in seiner Ausgabe vom 6. Juli *gezwungen ist zuzugeben*, daß die Bewegung vom 3. und 4. Juli tiefgehende ökonomische und politische Ursachen hat. Die dumme, plumpe und gemeine Lüge, daß diese Bewegung künstlich hervorgerufen worden sei, daß die Bolschewiki *für* die Aktion agitiert hätten, wird mit jedem Tage immer offensichtlicher.

Die allgemeine Ursache, die allgemeine Quelle, die allgemeine tiefe Wurzel aller drei erwähnten politischen Krisen ist klar, besonders, wenn man sie alle drei im Zusammenhang betrachtet, so wie die Wissenschaft die Politik zu betrachten gebietet. Es ist ganz unsinnig anzunehmen, drei Krisen dieser Art könnten künstlich hervorgerufen werden.

Zweitens ist es lehrreich zu untersuchen, was diese Krisen miteinander gemeinsam haben und welche Besonderheiten jede dieser Krisen hat.

Gemeinsam ist die überquellende Unzufriedenheit der Massen, ihre Erregung gegen die Bourgeoisie und *deren* Regierung. Wer *dieses Wesen der Sache* vergißt oder verschweigt oder in seiner Bedeutung herabsetzt, der sagt sich los von den elementaren Wahrheiten des Sozialismus über den Klassenkampf.

Der Kampf der Klassen in der russischen Revolution – darüber sollen doch einmal die Leute nachdenken, die sich Sozialisten nennen, die einiges darüber wissen, wie der Klassenkampf in den europäischen Revolutionen vor sich ging.

Das Besondere an diesen Krisen ist die Art ihres Auftretens: Im ersten Fall (am 20. und 21. April) bricht sie stürmisch-spontan hervor, überhaupt nicht organisiert, es kommt zu einer Schießerei der Schwarzhunderter gegen die Demonstranten und zu unerhört wüsten, verlogenen Anschuldigungen gegen die Bolschewiki. Dem Ausbruch folgt die politische Krise.

Im zweiten Fall setzen die Bolschewiki eine Demonstration an, die sie

nach dem scharfen Ultimatum und dem direkten Verbot durch den Sowjetkongreß wieder absagen; bei der gemeinsamen Demonstration am 18. Juni überwiegen unverkennbar die bolschewistischen Losungen. Die politische Krise wäre, nach dem eigenen Eingeständnis der Sozialrevolutionäre und Menschewiki am Abend des 18. Juni, bestimmt ausgebrochen, wenn die Offensive an der Front das nicht verhindert hätte.

Die dritte Krise entfaltet sich am 3. Juli ganz spontan entgegen den Anstrengungen der Bolschewiki, die diese am 2. Juli unternommen hatten, um die Krise einzudämmen, und sie führt nach ihrem Höhepunkt am 4. Juli zu einem Höhepunkt der Konterrevolution am 5. und 6. Juli. Die Schwankungen bei den Sozialrevolutionären und Menschewiki kommen darin zum Ausdruck, daß sich Spiridonowa und eine Reihe anderer Sozialrevolutionäre für den Übergang der Macht an die Sowjets aussprechen, und im selben Sinne äußern sich auch die internationalistischen Menschewiki, die bisher dagegen auftraten.

Schließlich besteht die letzte und vielleicht lehrreichste Schlußfolgerung, die wir aus der Betrachtung der Ereignisse in ihrem Zusammenhang ziehen können, darin, daß uns *alle* drei Krisen eine gewisse, in der Geschichte unserer Revolution neue Form von Demonstrationen komplizierteren Typs vor Augen führen, gekennzeichnet durch wellenförmige Bewegung, rasches Ansteigen und jähes Abflauen, Verschärfung von Revolution und Konterrevolution, wobei die Elemente der Mitte für längere oder kürzere Zeit „hinwegespült“ werden.

Der Form nach war die Bewegung während jeder dieser drei Krisen eine *Demonstration*. Eine gegen die Regierung gerichtete Demonstration – das wäre formell die genaueste Bezeichnung für die Ereignisse. Doch der springende Punkt ist gerade, daß es sich um keine gewöhnliche Demonstration handelt, es handelt sich um etwas, das bedeutend mehr ist als eine Demonstration und weniger als eine Revolution. Es ist der Ausbruch von Revolution und Konterrevolution *zugleich*, es ist das heftige, mitunter fast plötzliche „Hinwegspülen“ der Elemente der Mitte in Verbindung mit einem stürmischen Hervortreten der proletarischen und der bürgerlichen Elemente.

In dieser Hinsicht ist es überaus charakteristisch, daß alle, die eine mittlere Position einnehmen, *beiden* konsequenten Klassenkräften, den proletarischen und den bürgerlichen, *jede* dieser Bewegungen zum Vor-

wurf machen. Man sehe sich die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki an: sie sind außer sich und schreien aus Leibeskräften, daß die Bolschewiki durch ihren Extremismus der Konterrevolution helfen, doch zugleich müssen sie immer wieder zugeben, daß die Kadetten (mit denen sie eine Regierungskoalition bilden) konterrevolutionär sind. „Wir müssen uns“, schrieb gestern das „Delo Naroda“, „durch einen tiefen Graben von allen rechtsstehenden Elementen, einschließlich des kriegerrisch gestimmten „Jedinstwo“ (mit dem, fügen wir hinzu, die Sozialrevolutionäre bei den Wahlen einen Block gebildet hatten) „abgrenzen, das ist unsere dringendste Aufgabe.“

Man vergleiche damit das „Jedinstwo“ von heute (7. Juli); da sieht sich Plechanow in seinem Leitartikel gezwungen, die unbestreitbare Tatsache festzustellen, daß sich die Sowjets (d. h. die Sozialrevolutionäre und Menschewiki) „zwei Wochen Bedenkzeit“ genommen haben und daß, wenn die Macht an die Sowjets übergehen sollte, dies „gleichbedeutend wäre mit dem Sieg der Leninleute“. „Wenn die Kadetten nicht dem Grundsatz huldigen: je schlimmer, desto besser . . .“, schreibt Plechanow, „so werden sie selbst zugeben müssen, daß sie“ (mit ihrem Austritt aus der Regierung) „einen schweren Fehler begangen haben und den Leninleuten die Arbeit erleichterten.“

Ist das nicht kennzeichnend? – die Elemente der Mitte bezichtigen die Kadetten, daß sie den Bolschewiki die Arbeit erleichtern, und die Bolschewiki, daß sie den Kadetten die Arbeit erleichtern!! Ist es denn so schwer zu begreifen, daß wir an die Stelle der politischen Bezeichnungen die der Klassen setzen müssen und dann die Träumereien des Kleinbürgertums vom Verschwinden des Klassenkampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie vor uns haben? Das Wehklagen des Kleinbürgertums über den Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie? Ist es denn so schwer zu begreifen, daß keine Bolschewiki der Welt je imstande gewesen wären, auch nur *eine* „Volksbewegung“, geschweige denn drei „hervorzurufen“, wenn nicht sehr tiefgehende ökonomische und politische Ursachen das Proletariat in Bewegung gebracht hätten? – daß alle Kadetten und Monarchisten zusammen nicht in der Lage gewesen wären, irgendeine Bewegung „von rechts“ zustande zu bringen, wenn nicht ebenso tiefe Ursachen die konterrevolutionäre Einstellung der Bourgeoisie als Klasse erzeugt hätten?

Während der Bewegung vom 20. und 21. April zieht man sowohl uns wie die Kadetten des Starrsinns, der Überspitzung sowie der Verschärfung der Spannungen; man ging so weit, daß man die Bolschewiki (so unsinnig das auch ist) beschuldigte, die Schießerei auf dem Newski-Prospekt angezettelt zu haben; doch als die Bewegung verebbt war, da schrieben dieselben Sozialrevolutionäre und Menschewiki in ihrem gemeinschaftlichen, offiziellen Organ „Iswestija“, die „Volksbewegung“ habe „die Imperialisten Miljukow u. a. hinweggefegt“, d. h., sie *priesen* die Bewegung!! Ist das etwa nicht kennzeichnend? Zeigt das etwa nicht besonders klar, daß das Kleinbürgertum den Mechanismus, das Wesen des Klassenkampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie nicht ergreift?

Die objektive Lage ist so: Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung Rußlands ist ihrer Lebenslage und noch mehr ihrem Denken nach kleinbürgerlich. Doch im Lande herrscht das Großkapital, es herrscht in erster Linie mit Hilfe der Banken und der Syndikate. Es gibt bei uns ein städtisches Proletariat, das entwickelt genug ist, um seinen eigenen Weg zu gehen, aber noch nicht imstande ist, unverzüglich die Mehrheit der Halbproletarier auf seine Seite zu ziehen. Aus dieser grundlegenden, auf den Klassenverhältnissen beruhenden Tatsache ergibt sich die Unvermeidlichkeit solcher Krisen wie der drei von uns untersuchten, ergeben sich ebenso ihre Formen.

Die Formen der Krisen können sich in Zukunft natürlich ändern, doch das Wesen der Sache bleibt unverändert, zum Beispiel auch dann, wenn im Oktober eine sozialrevolutionäre Konstituierende Versammlung zusammentreten sollte. Die Sozialrevolutionäre haben den Bauern versprochen: 1. Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden; 2. Übergabe des Bodens an die Werktätigen; 3. Beschlagnahme der Gutsbesitzerländereien und ihre entschädigungslose Übergabe an die Bauern. Diese gewaltigen Umgestaltungen zu verwirklichen ist absolut unmöglich, wenn nicht ganz verschiedene revolutionäre Maßnahmen gegen die Bourgeoisie ergriffen werden, Maßnahmen, die *nur* bei Anschluß der armen Bauernschaft an das Proletariat, *nur* bei Nationalisierung der Banken und Syndikate durchgeführt werden können.

Die vertrauensseligen Bauern, die einstweilen noch glauben, daß man diese schönen Dinge durch Paktieren mit der Bourgeoisie erreichen könne,

werden unweigerlich enttäuscht und . . . mit dem scharfen Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für die tatsächliche Verwirklichung der Versprechungen der Sozialrevolutionäre (geline gesprochen) „unzufrieden“ sein. So war es und so wird es sein.

Geschrieben am 7. (20.) Juli 1917.

*Veröffentlicht am 19. Juli 1917
in der Zeitschrift „Rabotniza“ Nr. 7.*

Nach dem Manuskript.

SOLLEN SICH DIE FÜHRER DER BOLSCHEWIKI DEM GERICHT STELLEN?⁵⁵

Nach Privatgesprächen zu urteilen, gibt es über diese Frage zwei Meinungen.

Die Genossen, die „der Atmosphäre der Sowjets“ erliegen, neigen häufig zu der Ansicht, daß man sich stellen soll.

Die, die den Arbeitermassen näher stehen, sind offensichtlich dafür, daß man sich nicht stellen soll.

Prinzipiell läuft diese Frage in erster Linie auf die Beurteilung dessen hinaus, was man als konstitutionelle Illusionen zu bezeichnen pflegt.

Wenn man der Ansicht ist, daß in Rußland eine rechtmäßige Regierung und ein rechtmäßiges Gericht bestehen und möglich sind, daß die Einberufung der Konstituierenden Versammlung wahrscheinlich ist, dann kann man zu dem Schluß kommen, daß man sich stellen soll.

Doch eine solche Ansicht ist durch und durch falsch. Gerade die letzten Ereignisse nach dem 4. Juli haben sehr anschaulich gezeigt, daß die Einberufung der Konstituierenden Versammlung (ohne eine neue Revolution) unwahrscheinlich ist, daß es in Rußland weder eine rechtmäßige Regierung noch ein rechtmäßiges Gericht gibt und (jetzt) auch nicht geben kann.

Das Gericht ist ein Organ der Staatsmacht. Das vergessen die Liberalen mitunter. Ein Marxist aber darf das keinesfalls vergessen.

Doch wo ist die Staatsmacht – wer übt sie aus?

Eine Regierung gibt es nicht. Sie wechselt von Tag zu Tag. Sie ist untätig.

Tätig ist eine Militärdiktatur. Da ist es lächerlich, von einem „Gericht“ auch nur zu sprechen. Es handelt sich gar nicht um ein „Gericht“, sondern

um eine *Episode des Bürgerkriegs*. Das ist es, was diejenigen, die befürworten, daß man sich stellen soll, leider nicht begreifen wollen.

Perewerzew und Alexinski als Initiatoren dieses „Falles“! Ist es da nicht lächerlich, von einem Gericht zu sprechen? Ist es nicht naiv zu glauben, daß unter diesen Umständen irgendein Gericht etwas klären, untersuchen, feststellen kann??

Die Staatsmacht befindet sich in den Händen einer Militärdiktatur, und wenn keine neue Revolution ausbricht, kann sich diese Macht für eine gewisse Zeit festigen, vor allem für die Dauer des Krieges.

„Ich habe nichts Gesetzwidriges getan. Das Gericht ist gerecht und wird der Sache auf den Grund gehen. Die Gerichtsverhandlung wird öffentlich sein. Dem Volk wird alles klar werden. Ich werde mich stellen.“

Diese Überlegung ist geradezu kindlich naiv. Nicht ein Gerichtsverfahren, sondern eine Hetze gegen die Internationalisten, das ist es, was die *Staatsmacht braucht*. Die Internationalisten hinter Schloß und Riegel halten – das ist es, was die Herren Kerenski und Co. brauchen. So war es (in England und Frankreich), und so wird es (in Rußland) sein.

Die Internationalisten müssen nach Kräften illegal arbeiten, sie dürfen aber nicht die Dummheit begehen, sich freiwillig dem Gericht zu stellen!

Geschrieben am 8. (21.) Juli 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1925 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 1 (36).*

Nach dem Manuskript.

DIE POLITISCHE LAGE⁵⁶

(Vier Thesen)

1. Die Konterrevolution hat sich organisiert, gefestigt und faktisch die Macht im Staat in ihre Hände genommen.

Die umfassende Organisation und Festigung der Konterrevolution besteht in dem wohlgedachten und bereits verwirklichten Zusammenschluß der drei Hauptkräfte der Konterrevolution: 1. die Partei der Kadetten, d. h. die wahre Führerin der organisierten Bourgeoisie, hat durch ihren Austritt aus der Regierung dieser ein Ultimatum gestellt und damit der Konterrevolution den Weg für den Sturz der Regierung freigebracht; 2. der Generalstab und die Kommandospitzen der Armee haben mit der mehr oder weniger bewußten Hilfe Kerenskis, den sogar die angesehensten Sozialrevolutionäre jetzt einen Cavaignac nennen, die tatsächliche Staatsmacht ergriffen und sind dazu übergegangen, gegen revolutionäre Truppenteile an der Front mit Waffengewalt vorzugehen, revolutionäre Truppen und Arbeiter in Petrograd und Moskau zu entwaffnen, in Nishni-Nowgorod niederzuschlagen und zu unterdrücken, die Bolschewiki zu verhaften und ihre Zeitungen nicht nur ohne Gerichtsverfahren, sondern auch ohne Regierungsverfügung mundtot zu machen. Tatsächlich übt in Rußland jetzt eine Militärdiktatur die eigentliche Staatsmacht aus; diese Tatsache wird noch verschleiert durch eine Reihe von Institutionen, die den Worten nach revolutionär, in Wirklichkeit aber ohnmächtig sind. Diese Tatsache steht unzweifelhaft fest und hat eine so grundlegende Bedeutung, daß man, ohne sie begriffen zu haben, die politische Lage nicht verstehen kann. 3. Die monarchistische Schwarzhunderterpresse und die bürgerliche Presse, die bereits von der wütenden Hetze gegen die Bolschewiki zur Hetze gegen die Sowjets, gegen den „Brandstifter“ Tschernow usw. übergegangen sind, haben überaus klar gezeigt, daß der wahre Inhalt der Politik der Militärdiktatur, die heute herrscht und von den Kadetten und Monarchisten unterstützt wird, darin besteht, die Auseinandersetzung der Sowjets vorzubereiten. Viele Führer

der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, d. h. der jetzigen Mehrheit der Sowjets, haben dies in den letzten Tagen bereits zugegeben und ausgesprochen, aber als echte Kleinbürger setzen sie sich über diese harte Wirklichkeit mit hohlen tönenden Phrasen hinweg.

2. Die Führer der Sowjets und der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, an ihrer Spitze Zereteli und Tschernow, haben die Sache der Revolution endgültig verraten, haben sie den Konterrevolutionären ausgeliefert und sich und ihre Parteien sowie die Sowjets zum Feigenblatt der Konterrevolution gemacht.

Diese Tatsache wird dadurch bewiesen, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Bolschewiki preisgegeben haben und stillschweigend die Demolierung ihrer Zeitungsredaktionen guthießen, ohne auch nur den Mut zu finden, dem Volke direkt und offen zu sagen, was sie da tun und warum sie es tun. Sie legalisierten die Entwaffnung der Arbeiter und der revolutionären Regimenter und beraubten sich dadurch jeder realen Macht. Sie sind zu hohlen Schwätzern geworden, die der Reaktion helfen, die Aufmerksamkeit des Volkes so lange zu „fesseln“, bis die Reaktion ihre letzten Vorbereitungen getroffen hat, um die Sowjets auseinanderjagen zu können. Ohne diesen vollständigen und endgültigen Bankrott der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, der jetzigen Mehrheit der Sowjets, erkannt zu haben, ohne erkannt zu haben, daß ihr „Direktorium“ und die sonstige Maskerade bloße Fiktion sind, kann man die ganze jetzige politische Lage überhaupt nicht verstehen.

3. Alle Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der russischen Revolution sind endgültig geschwunden. Die objektive Lage ist so: entweder voller Sieg der Militärdiktatur oder Sieg des bewaffneten Aufstands der Arbeiter, was nur möglich ist, wenn dieser Aufstand mit einer machtvollen Erhebung der Massen gegen die Regierung und gegen die Bourgeoisie zusammenfällt, hervorgerufen durch die wirtschaftliche Zerrüttung und die Verlängerung des Krieges.

Die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ war die Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution, die möglich war im April, im Mai und im Juni, bis zum 5.–9. Juli, d. h. bis zum Übergang der tatsächlichen Macht an die Militärdiktatur. Jetzt ist diese Losung bereits falsch, denn sie zieht nicht in Betracht, daß sich dieser Übergang der Macht vollzogen hat und daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Revolution in der Tat

glatt verraten haben. Weder Abenteuer noch Revolten, weder vereinzelter Widerstand noch aussichtslose Versuche, sich einzeln der Reaktion zur Wehr zu setzen, können der Sache dienen, sondern nur das klare Erkennen der Lage, die Ausdauer und Standhaftigkeit der Avantgarde der Arbeiter, die Vorbereitung der Kräfte zum bewaffneten Aufstand, für dessen Sieg jetzt außerordentlich schwierige Bedingungen bestehen, der aber dennoch bei Zusammentreffen der hier erwähnten Tatsachen und Strömungen möglich ist. Keinerlei konstitutionelle und republikanische Illusionen, keine Illusionen mehr über einen friedlichen Weg, keinerlei zersplitterte Aktionen, sich *jetzt* nicht von Schwarzhundertern und Kosaken provozieren lassen, sondern die Kräfte sammeln, sie umorganisieren und beharrlich vorbereiten zum bewaffneten Aufstand, wenn der Verlauf der Krise die Möglichkeit bietet, ihn bei wirklicher Massenbeteiligung, mit Unterstützung des ganzen Volkes durchzuführen. Daß der Boden an die Bauern übergeht, ist jetzt ohne den bewaffneten Aufstand nicht mehr möglich, denn die Konterrevolution hat sich an die Macht gelangt, mit den Gutsbesitzern als Klasse vereinigt.

Das Ziel des bewaffneten Aufstands kann nur der Übergang der Macht an das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat sein, um das Programm unserer Partei zu verwirklichen.

4. Die Partei der Arbeiterklasse muß, ohne die Legalität preiszugeben, doch ohne diese auch nur einen Augenblick zu überschätzen, die legale Arbeit mit der illegalen *vereinen*, wie in den Jahren 1912–1914.

Nicht eine Stunde lang darf die legale Arbeit aufgegeben werden, aber man darf auch nicht die geringsten konstitutionellen und „friedlichen“ Illusionen hegen. Sofort sind überall illegale Organisationen oder Zellen für die Herausgabe von Flugblättern usw. zu gründen. Die Umorganisation muß sofort konsequent und beharrlich auf der ganzen Linie erfolgen.

Wir müssen so vorgehen, wie in den Jahren 1912–1914, wo wir es verstanden haben, vom Sturz des Zarismus durch Revolution und bewaffneten Aufstand zu sprechen, ohne die legale Basis zu verlieren, weder in der Reichsduma noch in den Versicherungskassen oder in den Gewerkschaften usw.

Geschrieben am 10. (23.) Juli 1917.

Veröffentlicht am 2. August (20. Juli) 1917

im „Proletarskoje Delo“ Nr. 6. Unterschrift: W.

Nach dem Manuskript.

BRIEF AN DIE REDAKTION
DER „NOWAJA SHISN“

Erlauben Sie, Genossen, daß wir Ihre Gastfreundschaft in Anspruch nehmen, da unser Parteiorgan sein Erscheinen unfreiwillig einstellen mußte. Eine gewisse Sorte von Zeitungen hat eine wütende Hetze gegen uns entfacht und uns der Spionage oder der Beziehungen zu einer feindlichen Regierung beschuldigt.

Mit welch unerhörter . . . Leichtfertigkeit (ein unangemessenes, viel zu schwaches Wort) diese Hetze betrieben wird, zeigen die folgenden einfachen Tatsachen: Erst schrieb das „Shiwoje Slowo“, Lenin sei ein Spion, aber dann erklärte es in Form einer „Berichtigung“, die an der Sache gar nichts änderte, daß er der Spionage nicht beschuldigt werde! Erst werden die Aussagen Jermolenkos ins Feld geführt, dann ist man gezwungen zuzugeben, daß es geradezu peinlich und beschämend ist, in derartigen Aussagen eines solchen Menschen einen Beweis zu sehen.

Der Name Parvus wird mit in die Sache verwickelt, doch es wird verschwiegen, daß keiner Parvus mit so schonungsloser Schärfe verurteilt hat wie bereits 1915 der Genfer „Sozial-Demokrat“, den wir redigierten und der in dem Artikel „Auf den Hund gekommen“ Parvus als „Rene-gaten“, „Stiefellecker Hindenburgs“ usw. gebrandmarkt hat.* Jeder, der nicht gerade Analphabet ist, weiß oder kann leicht erfahren, daß von irgendwelchen politischen oder sonstigen Beziehungen zwischen uns und Parvus überhaupt nicht die Rede sein kann.

Der Name irgendeiner Frau Sumenson wird herangezogen, mit der wir nicht nur nie etwas zu tun gehabt, sondern die wir auch nie gesehen haben. Die Handelsgeschäfte Haneckis und Kozlowskis werden mit hineingezogen, ohne daß auch nur eine einzige Tatsache angeführt wird, wieso eigentlich, wo, wann und wie diese Geschäfte ein Deckmantel für Spionage gewesen sein sollen. Nicht nur, daß wir uns niemals weder

* Siehe Werke, Bd. 21, S.428/429. *Die Red.*

direkt noch indirekt an Handelsgeschäften beteiligt haben, wir haben überhaupt von keinem der genannten Genossen weder für uns persönlich noch für die Partei auch nur eine Kopeke erhalten.

Man geht so weit, daß man uns den – übrigens entstellten – Nachdruck von Telegrammen der „Prawda“ durch deutsche Zeitungen zur Last legt, dabei aber zu erwähnen „vergißt“, daß die „Prawda“ im Ausland ein Bulletin in deutscher und französischer Sprache herausgibt und daß jedem der Nachdruck aus diesem Bulletin freisteht!⁵⁷

Dies alles geschieht unter Mitwirkung oder sogar auf Initiative eines Alexinski, der zum Sowjet nicht zugelassen wurde, der, mit anderen Worten, für einen notorischen Verleumder erklärt worden ist! Ist es denn möglich, nicht zu begreifen, daß ein solches Vorgehen gegen uns ein heimtückischer Justizmord ist? Die Erörterung im Zentralexekutivkomitee über die Voraussetzungen, unter denen Mitglieder des Zentralexekutivkomitees überhaupt gerichtlich belangt werden können, bringt zweifellos etwas Ordnung in die Sache. Wollen die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki an einem Justizmord mitwirken? Wollen sie daran mitwirken, daß man uns vor Gericht stellt, sogar ohne Angabe darüber, ob wir der Spionage oder des Aufbruchs beschuldigt werden? – überhaupt daran, daß jemand vor Gericht gestellt wird ohne jede juristisch genaue Qualifikation des Verbrechens? Wollen sie mitwirken an einem offenkundigen Tendenzprozeß, der Personen daran hindern könnte, für die Konstituierende Versammlung zu kandidieren, von denen bekannt ist, daß sie von ihren Parteien als Kandidaten in Aussicht genommen sind? Wollen diese Parteien den Vorabend der Einberufung der konstituierenden Versammlung in Rußland zum Beginn einer Dreyfusade auf russischem Boden machen?

Die nahe Zukunft wird auf diese Fragen antworten. Wir betrachten es als Pflicht der freien Presse, offen diese Fragen zu stellen.

Von der bürgerlichen Presse sprechen wir nicht. Selbstverständlich glaubt Miljukow ebensowenig, daß wir Spione sind oder daß wir deutsches Geld bekommen haben, wie Markow und Samyslowski glaubten, daß die Juden Kinderblut trinken.

Doch die Miljukow und Co. wissen, was sie tun.

„Nowaja Shisn“ Nr. 71,
11. (24.) Juli 1917.

Nach dem Text der
„Nowaja Shisn“.

BRIEF AN DIE REDAKTION
DES „PROLETARSKOJE DELO“

Genossen!

Wir haben unsere Absicht, uns der Anordnung der Provisorischen Regierung über unsere Verhaftung zu unterwerfen, geändert, und zwar aus folgenden Gründen.

Aus dem am Sonntag in der Zeitung „Nowoje Wremja“ veröffentlichten Brief des ausgeschiedenen Justizministers Perewerew ist es vollkommen klar geworden, daß die „Spionagesache“ Lenin und andere mit vollem Vorbedacht von der Partei der Konterrevolution konstruiert worden ist.

Perewerew gibt ganz offen zu, daß er ungeprüfte Anschuldigungen in Umlauf gesetzt hat, um gegen unsere Partei die Wut der Soldaten (wörtlich so) zu entfachen. Das gibt der gestrige Justizminister zu, ein Mann, der sich eben noch Sozialist nannte! Perewerew ist gegangen. Ob aber der neue Justizminister von den Methoden eines Perewerew, eines Alexinski keinen Gebrauch machen wird, vermag niemand zu sagen.

Die konterrevolutionäre Bourgeoisie versucht eine neue Dreyfus-Affäre in Szene zu setzen. Sie glaubt ebensowenig an unsere „Spionagetätigkeit“, wie die Führer der russischen Reaktion, die die Beilis-Affäre⁵⁸ inszenierten, daran glaubten, daß die Juden Kinderblut trinken. Es gibt zur Zeit in Rußland keinerlei Garantien für eine Rechtsprechung.

Das Zentralexekutivkomitee, das sich für das bevollmächtigte Organ der russischen Demokratie hält, hatte eine Kommission zur Untersuchung der Spionageaffäre gebildet, aber unter dem Druck der konterrevolutionären Kräfte hat es diese Kommission wieder aufgelöst. Den Befehl über unsere Verhaftung wollte es weder direkt bestätigen noch aufheben. Es

wusch sich die Hände in Unschuld und lieferte uns faktisch der Konterrevolution aus.

Die gegen uns erhobene Beschuldigung der „Verschwörung“ und der „moralischen“ „Anstiftung“ zum Aufruhr trägt bereits einen ganz bestimmten Charakter. Eine juristisch genaue Qualifikation unseres angeblichen Verbrechens gibt weder die Provisorische Regierung noch der Sowjet, die beide sehr gut wissen, daß es ganz unsinnig ist, bei einer Bewegung wie der vom 3. bis 5. Juli von einer „Verschwörung“ zu sprechen. Die Führer der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre versuchen ganz einfach, die auch sie bereits bedrängende Konterrevolution zu besänftigen, indem sie ihr auf ihr Geheiß hin eine Reihe unserer Parteimitglieder ausliefern. Von irgendwelcher Gesetzlichkeit oder selbst von solchen verfassungsmäßigen Garantien, wie sie in geordneten bürgerlichen Ländern existieren, kann jetzt in Rußland gar keine Rede sein. Sich jetzt den Behörden ausliefern hieße sich den Miljukow, Alexinski und Perewersew ans Messer liefern, den wutschäumenden Konterrevolutionären, für die alle Anschuldigungen gegen uns nichts weiter sind als eine bloße Episode im Bürgerkrieg.

Nach dem, was in den Tagen vom 6. bis 8. Juli geschehen ist, kann kein russischer Revolutionär noch konstitutionelle Illusionen hegen. Ein entscheidender Zusammenstoß zwischen Revolution und Konterrevolution ist im Gange. Wir werden nach wie vor auf der Seite der Revolution kämpfen.

Wir werden unseren Kräften entsprechend den revolutionären Kampf des Proletariats wie bisher unterstützen. Einzig und allein die Konstituierende Versammlung wird, wenn sie zusammentritt, nicht von der Bourgeoisie einberufen zusammentritt, zuständig sein, zu dem Befehl der Provisorischen Regierung über unsere Verhaftung ihr Wort zu sprechen.

„Proletarskoje Delo“ Nr. 2,
28. (15.) Juli 1917.

Nach dem Text des
„Proletarskoje Delo“.

ZU DEN LOSUNGEN

Es ist allzuoft vorgekommen, daß bei einer schroffen Wendung der Geschichte selbst fortgeschrittene Parteien sich in der neuen Lage mehr oder weniger lange Zeit nicht zurechtfinden können und Losungen wiederholen, die gestern richtig waren, heute aber jeden Sinn verloren haben, die ebenso „plötzlich“ ihren Sinn verloren haben, wie die schroffe Wendung der Geschichte „plötzlich“ eingetreten ist.

Derartiges kann sich offenbar auch mit der Losung wiederholen, die den Übergang der gesamten Staatsmacht an die Sowjets fordert. Diese Losung war richtig während der unwiderruflich vergangenen Periode unserer Revolution, sagen wir vom 27. Februar bis zum 4. Juli. Diese Losung hat ganz offensichtlich jetzt aufgehört, richtig zu sein. Hat man das nicht begriffen, so kann man auch die brennenden Fragen der Gegenwart nicht begreifen. Jede einzelne Losung muß aus der Gesamtheit der Besonderheiten einer bestimmten politischen Lage abgeleitet werden. Die politische Lage in Rußland unterscheidet sich aber jetzt, nach dem 4. Juli, grundlegend von der Lage in der Zeit vom 27. Februar bis zum 4. Juli.

Damals, in dieser vergangenen Periode der Revolution, bestand im Staate die sogenannte „Doppelherrschaft“, die materiell wie formal den unbestimmten Übergangszustand der Staatsmacht zum Ausdruck brachte. Vergessen wir nicht, daß die Frage der Macht die Grundfrage jeder Revolution ist.

Damals befand sich die Staatsmacht in einem labilen Zustand. Auf Grund eines freiwilligen gegenseitigen Übereinkommens teilten sich die Provisorische Regierung und die Sowjets in die Staatsmacht. Die Sowjets

waren Delegationen der Masse der freien, d. h. keiner Gewalt von außen unterworfenen, bewaffneten Arbeiter und Soldaten. Daß die Waffen in den Händen des Volkes waren, daß jede Gewalt von außen über das Volk fehlte, eben darin bestand das *Wesen* der Sache. Das war es, was der ganzen Revolution den friedlichen Weg der Vorwärtsentwicklung eröffnete und sicherte. Die Losung „Übergang der gesamten Macht an die Sowjets!“ war die Losung des nächsten Schrittes, des unmittelbar durchführbaren Schrittes auf diesem friedlichen Weg der Entwicklung. Das war die Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution, wie sie vom 27. Februar bis zum 4. Juli möglich und natürlich sehr wünschenswert war, jetzt aber absolut unmöglich ist.

Allem Anschein nach haben nicht alle Anhänger der Losung „Übergang der gesamten Macht an die Sowjets!“ zur Genüge erfaßt, daß das die Losung der friedlichen Vorwärtsentwicklung der Revolution war. Friedlich nicht nur in dem Sinne, daß sich niemand, keine Klasse, keine ernsthafte Kraft damals (vom 27. Februar bis zum 4. Juli) dem Übergang der Macht an die Sowjets hätte widersetzen und ihn verhindern können. Das ist noch nicht alles. Die friedliche Entwicklung wäre damals möglich gewesen, sogar in der Beziehung, daß der Kampf der Klassen und Parteien *innerhalb* der Sowjets, wenn die ganze Fülle der Staatsmacht rechtzeitig an die Sowjets übergegangen wäre, sich möglichst friedlich und schmerzlos hätte abspielen können.

Diese letztere Seite der Sache wird ebenfalls noch nicht genügend beachtet. Die Sowjets waren, ihrer Klassenzusammensetzung nach, Organe der Bewegung der Arbeiter und Bauern, waren die fertige Form ihrer Diktatur. Hätten sie die ganze Fülle der Macht innegehabt, so wäre der Hauptmangel der kleinbürgerlichen Schichten, ihr Hauptfehler, die Vertrauensseligkeit gegenüber den Kapitalisten, in der Praxis überwunden worden, wäre der Kritik der aus ihren eigenen Maßnahmen gewonnenen Erfahrungen unterzogen worden. Der Wechsel der an der Macht stehenden Klassen und Parteien hätte innerhalb der Sowjets, auf dem Boden ihrer Alleinherrschaft und Allgewalt, friedlich vor sich gehen können; die Verbindung aller Parteien der Sowjets mit den Massen hätte fest und unerschütterlich bleiben können. Man darf keinen Augenblick außer acht lassen, daß nur diese enge, frei in die Breite und Tiefe wachsende Verbindung der Parteien der Sowjets mit den Massen dazu hätte verhelfen

können, die Illusionen des kleinbürgerlichen Paktierens mit der Bourgeoisie friedlich zu überwinden. Der Übergang der Macht an die Sowjets hätte an und für sich das Verhältnis der Klassen nicht geändert und hätte es auch nicht ändern können, er hätte an dem kleinbürgerlichen Charakter der Bauernschaft nichts geändert. Doch mit dem Übergang wäre rechtzeitig ein bedeutender Schritt getan worden zur Loslösung der Bauern von der Bourgeoisie, zu ihrer Annäherung an die Arbeiter und dann auch zum Zusammenschluß mit ihnen.

So hätte es sein können, wenn die Macht rechtzeitig an die Sowjets übergegangen wäre. So wäre es für das Volk am leichtesten und vorteilhaftesten gewesen. Dieser Weg wäre der schmerzloseste gewesen, und darum mußte man mit aller Energie für ihn kämpfen. Doch jetzt ist dieser Kampf, der Kampf für den rechtzeitigen Übergang der Macht an die Sowjets, zu Ende. Der friedliche Weg der Entwicklung ist unmöglich gemacht worden. Es beginnt ein nichtfriedlicher, äußerst schmerzvoller Weg.

Der Umschwung vom 4. Juli besteht eben darin, daß sich seitdem die objektive Lage schroff geändert hat. Der labile Zustand der Macht ist zu Ende, die Macht ist an der entscheidenden Stelle in die Hände der Konterrevolution übergegangen. Die Entwicklung der Parteien auf dem Boden des Paktierens der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit den konterrevolutionären Kadetten hat dazu geführt, daß diese beiden kleinbürgerlichen Parteien faktisch zu Komplizen und Helfershelfern der konterrevolutionären Henker geworden sind. Die blinde Vertrauensseligkeit der Kleinbürger gegenüber den Kapitalisten hat die Kleinbürger im Verlauf der Entwicklung des Kampfes der Parteien dazu gebracht, die Konterrevolutionäre bewußt zu unterstützen. Der Zyklus der Entwicklung in den Beziehungen der Parteien zueinander ist vollendet. Am 27. Februar hatten sich alle Klassen gegen die Monarchie zusammengefunden. Nach dem 4. Juli hat sich die konterrevolutionäre Bourgeoisie, Hand in Hand mit den Monarchisten und Schwarzhundertern, die kleinbürgerlichen Sozialrevolutionäre und Menschewiki einverleibt, nachdem sie diese zum Teil eingeschüchtert hatte, und sie hat die wirkliche Staatsmacht in die Hände der Cavaignac gelegt, in die Hände einer Militärclique, die die Gehorsamsverweigerer an der Front erschießt und die Bolschewiki in Petrograd niederschlägt.

Die Losung, die den Übergang der Macht an die Sowjets fordert, würde sich jetzt wie eine Donquichotterie oder wie Hohn ausnehmen. Diese Losung hieße, objektiv gesehen, das Volk betrügen, ihm die Illusion eingeben, als ob auch *jetzt* die Sowjets die Machtübernahme bloß zu wünschen oder zu beschließen brauchten, um die Macht zu erhalten, als ob es im Sowjet noch Parteien gäbe, die sich nicht besudelt hätten durch Handlangerdienste für die Henker, als ob man das Geschehene ungeschehen machen könnte.

Es wäre der größte Irrtum zu glauben, das revolutionäre Proletariat könnte, sozusagen um sich an den Sozialrevolutionären und Menschewiki für deren Mithilfe bei der Niederschlagung der Bolschewiki, bei den Erschießungen an der Front und bei der Entwaffnung der Arbeiter zu „rächen“, es „ablehnen“, sie gegen die Konterrevolution zu unterstützen. Die Frage so stellen würde erstens bedeuten, spießbürgerliche Moralbegriffe auf das Proletariat übertragen (denn *wenn es der Sache nützt*, wird das Proletariat stets nicht nur das schwankende Kleinbürgertum, sondern auch die Großbourgeoisie unterstützen); zweitens wäre es, und das ist das Wichtigste, ein spießbürgerlicher Versuch, den politischen Kern der Sache durch „Moralisieren“ zu verschleiern.

Dieser Kern der Sache besteht darin, daß man jetzt die Macht schon nicht mehr auf friedlichem Wege übernehmen kann. Man kann die Macht erst erlangen, nachdem man die jetzigen wirklichen Machthaber, nämlich die Militärclique, die Cavaignac, die sich auf die nach Petrograd gehalten reaktionären Truppen, auf die Kadetten und Monarchisten stützen, in entschlossenem Kampf besiegt hat.

Der Kern der Sache besteht darin, daß diese neuen Machthaber, die über die Staatsgewalt verfügen, nur von den revolutionären Volksmassen besiegt werden können, Voraussetzung für deren Bewegung ist aber nicht nur, daß sie vom Proletariat geführt werden, sondern auch, daß sie den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die Sache der Revolution verraten haben, den Rücken kehren.

Wer in die Politik eine spießbürgerliche Moral hineinträgt, der urteilt so: Zugegeben, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben einen „Fehler“ begangen, als sie die Cavaignac unterstützten, die das Proletariat und die revolutionären Regimenter entwaffnen; aber man muß ihnen die Möglichkeit geben, den Fehler zu „berichtigen“, man darf

ihnen die Berichtigung des „Fehlers“ „nicht erschweren“; man muß das Schwanken des Kleinbürgertums zur Seite der Arbeiter hin erleichtern. Eine derartige Überlegung wäre kindliche Naivität oder einfach Dummheit, wenn nicht gar ein neuer Betrug an den Arbeitern. Ein Schwanken der kleinbürgerlichen Massen zur Seite der Arbeiter hin bestände doch nur darin, eben gerade darin, daß diese Massen sich von den Sozialrevolutionären und Menschewiki abwendeten. Ihren „Fehler“ berichtigen könnten die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki jetzt nur, wenn sie Zereteli und Tschernow, Dan und Rakitnikow für Helfershelfer der Henker erklärten. Für eine solche „Berichtigung“ des „Fehlers“ sind wir voll und ganz . . .

Die Grundfrage der Revolution ist die Frage der Macht, sagten wir. Man muß hinzufügen: Gerade die Revolutionen zeigen uns auf Schritt und Tritt, wie verschleiert wird, *wer* die wirkliche Macht hat, zeigen uns, wie die formale und die reale Macht auseinandergehen. Gerade darin besteht eine der wichtigsten Besonderheiten jeder revolutionären Periode. Im März und April 1917 wußte man nicht, ob sich die reale Macht in den Händen der Regierung oder in den Händen des Sowjets befindet.

Jetzt aber ist es besonders wichtig, daß die klassenbewußten Arbeiter die Grundfrage der Revolution nüchtern betrachten: In wessen Händen befindet sich gegenwärtig die Staatsmacht? Man überlege, welches ihre materiellen Äußerungen sind, man nehme nicht Phrasen für Taten, und die Antwort wird nicht schwerfallen.

Der Staat, das sind vor allem Formationen bewaffneter Menschen mit sachlichen Anhängseln wie z. B. Gefängnissen – schrieb Friedrich Engels.⁵⁹ Jetzt sind das die Offizierschüler und reaktionären Kosaken, die man eigens nach Petrograd gebracht hat; es sind jene, die Kamenew und andere hinter Schloß und Riegel halten, die die Zeitung „Prawda“ verboten haben, die die Arbeiter und einen ganz bestimmten Teil der Soldaten entwaffnet haben, die einen ebenso ganz bestimmten Teil der Soldaten erschießen, die einen ebenso ganz bestimmten Teil der Fronttruppen fusilieren. Eben diese Henker, sie sind die reale Macht. Die Zereteli und Tschernow sind Minister ohne Macht, Marionetten, Führer von Parteien, die die Henker unterstützen. Das ist eine Tatsache. Und an dieser Tatsache wird dadurch nichts geändert, daß Zereteli wie auch Tschernow persönlich das Henkertum sicherlich „nicht billigen“, daß ihre Zeitungen

sich zaghaft dagegen verwehren. Eine solche Modifizierung der politischen Aufmachung ändert nichts am Wesen der Sache.

Verbot der Zeitung von 150 000 Petrograder Wählern, die Ermordung des Arbeiters Woinow durch Offiziersschüler (am 6. Juli), weil er den „Listok ‚Prawdy‘“ aus der Druckerei hinausgetragen hatte – ist das etwa kein Henkertum? – ist das etwa nicht das Werk von Cavaignacs? Weder die Regierung noch die Sowjets seien „schuld“ daran, wird man uns sagen.

Um so schlimmer für die Regierung und die Sowjets, antworten wir, denn dann sind sie also Nullen, sind sie Marionetten, dann haben nicht sie die reale Macht.

Das Volk muß vor allem und in erster Linie die *Wahrheit* kennen, es muß wissen, in wessen Händen sich in Wirklichkeit die Staatsmacht befindet. Man muß dem Volke die ganze Wahrheit sagen: Die Macht ist in den Händen einer Militärclique von Cavaignacs (Kerenski, gewisse Generale, Offiziere usw.), die unterstützt werden von der Bourgeoisie als Klasse – an ihrer Spitze die Kadettenpartei –, von allen Monarchisten, die durch die gesamte Schwarzhunderterpresse, durch das „Nowoje Wremja“, das „Shiwoje Slowo“ usw. usf. wirken.

Diese Macht muß gestürzt werden, sonst sind alle Worte vom Kampf gegen die Konterrevolution hohle Phrasen, „Selbstbetrug und Betrug am Volke“.

Diese Macht wird jetzt auch von den Ministern Zereteli und Tschernow sowie von deren Parteien unterstützt; das Volk muß aufgeklärt werden über deren Henkerrolle und über die Unausbleiblichkeit eines solchen „Finales“ dieser Parteien nach ihren „Fehlern“ vom 21. April, 5. Mai, 9. Juni und 4. Juli, nachdem sie die Politik der Offensive gebilligt hatten, eine Politik, die den Sieg der Cavaignac im Juli zu neun Zehnteln im voraus entschieden hat.

Die ganze Agitation im Volke muß so umgestellt werden, daß sie der konkreten Erfahrung der jetzigen Revolution und besonders der Julitage Rechnung trägt, d. h., daß sie klar und deutlich die *wirklichen* Feinde des Volkes, die Militärclique, die Kadetten und die Schwarzhunderter anprangert, daß sie die kleinbürgerlichen Parteien, die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die Rolle von Helfershelfern der Henker gespielt haben und noch spielen, rückhaltlos entlarvt.

Die ganze Agitation im Volke muß so umgestellt werden, daß den Bauern klar wird, wie völlig aussichtslos es ist, Land zu bekommen, solange die Macht der Militärclique nicht gestürzt ist, solange die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht entlarvt sind und ihnen das Vertrauen des Volkes noch nicht entzogen ist. Das wäre unter den „normalen“ Bedingungen der kapitalistischen Entwicklung ein sehr langwieriger und schwieriger Prozeß, aber der Krieg und die wirtschaftliche Zerrüttung werden die Sache enorm beschleunigen. Das sind solche „Beschleuniger“, die einen Monat, ja selbst eine Woche einem Jahre gleichsetzen können.

Wahrscheinlich könnten gegen die obigen Ausführungen zwei Einwände erhoben werden: erstens, jetzt von entschiedenem Kampf sprechen hieße zersplitterte Aktionen fördern, die gerade der Konterrevolution helfen würden; zweitens, der Sturz der Konterrevolution bedeute dennoch den Übergang der Macht an die Sowjets.

Als Erwiderung auf den ersten Einwand sagen wir: Die Arbeiter Rußlands sind bereits klassenbewußt genug, um nicht auf eine Provokation zu einem offensichtlich für sie ungünstigen Zeitpunkt hereinzufallen. Jetzt in Aktion treten und Widerstand leisten würde bedeuten, der Konterrevolution helfen, das ist unbestreitbar. Daß der Entscheidungskampf nur möglich ist bei einem neuen Aufschwung der Revolution, der breiteste Massen erfaßt, ist ebenfalls unbestreitbar. Aber es genügt nicht, vom Aufschwung der Revolution, von ihrer Hochflut, von der Hilfe der westeuropäischen Arbeiter usw. schlechthin zu sprechen, es gilt, einen bestimmten Schluß aus unserer Vergangenheit zu ziehen, es gilt, eben unsere Erfahrungen zu beherzigen. Tut man das, so ergibt sich gerade die Losung, die zum Entscheidungskampf gegen die Konterrevolution aufruft, die die Macht an sich gerissen hat.

Der zweite Einwand läuft gleichfalls auf ein Ersetzen konkreter Wahrheiten durch viel zu allgemeine Betrachtungen hinaus. Nichts, keine Kraft außer dem revolutionären Proletariat ist imstande, den Sturz der bürgerlichen Konterrevolution herbeizuführen. Eben das revolutionäre Proletariat muß, nach der Erfahrung vom Juli 1917, die Staatsmacht selbständig in seine Hände nehmen – anders ist der Sieg der Revolution *nicht möglich*. Die Macht in den Händen des Proletariats, das von der armen Bauernschaft oder den Halbproletariern unterstützt wird, dies ist der ein-

zige Ausweg, und wir haben bereits beantwortet, welche Umstände die Entwicklung außerordentlich beschleunigen können.

Sowjets können und müssen in dieser neuen Revolution in Erscheinung treten, aber *nicht* die jetzigen Sowjets, nicht Organe des Paktierens mit der Bourgeoisie, sondern Organe des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie. Daß wir auch dann für den Aufbau des ganzen Staates nach dem Typ der Sowjets eintreten werden, das stimmt. Das ist nicht eine Frage der Sowjets schlechthin, sondern eine Frage des Kampfes gegen die *gegenwärtige* Konterrevolution und gegen den Verrat der *gegenwärtigen* Sowjets.

Das Ersetzen des Konkreten durch Abstraktes ist einer der Hauptfehler, einer der gefährlichsten Fehler in der Revolution. Die gegenwärtigen Sowjets haben versagt, haben vollkommen Schiffbruch erlitten, weil in ihnen die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki herrschen. Gegenwärtig gleichen diese Sowjets Hammeln, die, zur Schlachtbank geführt, unter dem Messer stehend, jämmerlich blöken. *Heute* sind die Sowjets ohnmächtig und hilflos gegenüber der siegreichen und ihren Sieg weiter ausbauenden Konterrevolution. Die Lösung: Übergabe der Macht an die Sowjets, kann aufgefaßt werden als „einfache“ Aufforderung, daß die Macht an die gegenwärtigen Sowjets übergehen soll, aber das sagen, dazu auffordern hieße jetzt das Volk betrügen. Nichts ist gefährlicher als Betrug.

Der Zyklus der Entwicklung des Kampfes der Klassen und Parteien in Rußland vom 27. Februar bis zum 4. Juli ist vollendet. Es beginnt ein neuer Zyklus, in den nicht die alten Klassen, nicht die alten Parteien und nicht die alten Sowjets eintreten, sondern die im Feuer des Kampfes erneuerten, durch den Verlauf des Kampfes gestählten, geschulten und umgeformten. Man darf nicht rückwärts-, sondern muß vorwärtsschauen. Man darf nicht mit den alten, sondern muß mit den neuen Klassen- und Parteikategorien der Zeit nach dem Juli operieren. Man muß beim Beginn des neuen Zyklus davon ausgehen, daß die bürgerliche Konterrevolution gesiegt hat, daß sie gesiegt hat, weil die Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit ihr paktieren; und daß sie nur durch das revolutionäre Proletariat besiegt werden kann. In diesem neuen Zyklus wird es natürlich noch mannigfaltige Etappen geben sowohl bis zum endgültigen Sieg der Konterrevolution als auch bis zur endgültigen (kampfflosen) Nie-

derlage der Sozialrevolutionäre und Menschewiki und bis zum neuen Aufschwung der neuen Revolution. Darüber wird man jedoch erst später sprechen können, wenn diese Etappen im einzelnen festere Umrisse annehmen . . .

Geschrieben Mitte Juli 1917.

*1917 als Broschüre vom Kronstädter
Komitee der SDAPR(B) herausgegeben.*

Nach dem Text der Broschüre.

WOFÜR WIR DEM FÜRSTEN G. J. LWOW DANKBAR SIND

Das bisherige Haupt der Provisorischen Regierung, Fürst G. J. Lwow, hat in dem Abschiedsinterview, das er Vertretern des Journalistenkomitees bei der Provisorischen Regierung gab, wertvolle Eingeständnisse gemacht, die ihm die Dankbarkeit der Arbeiter sichern.

„In meinem Optimismus“, sagte Lwow, „werde ich besonders durch die Ereignisse bestärkt, die sich in den letzten Tagen im Lande abgespielt haben. Unser ‚tiefer Durchbruch‘ der Front Lenins ist meiner Überzeugung nach für Rußland von unvergleichlich größerer Bedeutung als der Durchbruch der Deutschen an unserer Südwestfront.“

Wie sollten die Arbeiter dem Fürsten für diese nüchterne Einschätzung des Klassenkampfes nicht dankbar sein? Die Arbeiter werden nicht nur dankbar sein, sie werden von Lwow lernen.

Mit welcher großer Maulfertigkeit und maßloser Heuchelei haben alle Bourgeois und Gutsbesitzer wie auch die hinter ihnen einhertrötenden Sozialrevolutionäre und Menschewiki Reden gegen den „Bürgerkrieg“ geschwungen! Man betrachte sich das wertvolle Eingeständnis des Fürsten Lwow, und man wird sehen, daß er die innere Lage Rußlands mit größter Seelenruhe gerade vom Standpunkt des Bürgerkriegs aus einschätzt. An der Spitze der Konterrevolution hat die Bourgeoisie die Front der revolutionären Arbeiter tief durchbrochen – darin liegt das winzige Körnchen Wahrheit in den Eingeständnissen des Fürsten. Zwei Feinde, zwei feindliche Lager, einer hat die Front des anderen durchbrochen – so faßt Fürst Lwow die innere Lage Rußlands zusammen. Wollen wir dem Fürsten Lwow von Herzen für seine Offenheit danken! Ist er doch tausendmal mehr im Recht als die sentimentaln Spießbürger aus dem Lager der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die meinen, daß der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der sich während

der Revolution unvermeidlich bis aufs äußerste verschärft, durch ihre Bannflüche und Beschwörungen verschwinden könne!

Zwei Feinde, zwei feindliche Lager, einer hat die Front des anderen durchbrochen, dies ist die richtige Geschichtsphilosophie des Fürsten Lwow. Er hat recht, wenn er faktisch das dritte Lager, das Kleinbürgertum, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, nicht mit in Rechnung stellt. Dies dritte Lager scheint groß zu sein, kann aber in Wirklichkeit nichts selbständig entscheiden; das ist dem nüchtern urteilenden Fürsten klar, wie es auch jedem Marxisten klar ist, der die ökonomische Stellung des Kleinbürgertums kennt, und wie dies auch schließlich jedem klar ist, der sich in die Lehren aus der Geschichte der Revolution hineingedacht hat, die stets gezeigt haben, daß die kleinbürgerlichen Parteien bei einer Verschärfung des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat ganz machtlos sind.

Der Klassenkampf im Innern ist selbst in Kriegszeiten bedeutend wichtiger als der Kampf gegen den äußeren Feind – mit welcher Flut von wildem Geschimpfe haben doch die Vertreter der Groß- und Kleinbourgeoisie die Bolschewiki wegen ihres Bekenntnisses zu dieser Wahrheit überschüttet! Wie haben all die zahllosen Liebhaber von hochtrabenden Phrasen über „Einheit“, „revolutionäre Demokratie“ usw. usf. diese Wahrheit abgeschworen!

Als aber der ernste, entscheidende Augenblick kam, da hat Fürst Lwow diese Wahrheit sofort voll und ganz anerkannt und offen verkündet, daß der „Sieg“ über den Klassenfeind im Innern des Landes wichtiger ist als die Lage an der Front gegen den äußeren Feind. Das ist eine unbestreitbare Wahrheit, eine nützliche Wahrheit. Die Arbeiter werden dem Fürsten Lwow sehr dankbar dafür sein, daß er diese Wahrheit anerkannt, an sie erinnert und sie verbreitet hat. Als Dank für den Fürsten werden die Arbeiter alle Anstrengungen in ihrer Partei darauf richten, daß die breitesten Massen der Werktätigen und Ausgebeuteten diese Wahrheit besser begreifen und sich zu eigen machen. Nichts wird der Arbeiterklasse im Kampf um ihre Befreiung so zustatten kommen wie diese Wahrheit.

Worin besteht dieser „Durchbruch“ an der Front des Bürgerkriegs, über den Fürst Lwow so jubelt? Bei dieser Frage muß man besonders aufmerksam verweilen, damit die Arbeiter von Lwow recht gut lernen können.

Der „Durchbruch an der Front“ des inneren Krieges bestand diesmal erstens darin, daß die Bourgeoisie über ihre Klassenfeinde, die Bolschewiki, ein Meer von Unrat und Verleumdungen ausgoß, wobei sie bei diesem so gemeinen und schmutzigen Werk der Verleumdung ihrer politischen Gegner eine beispiellose Hartnäckigkeit an den Tag legte. Dies war, mit Verlaub zu sagen, die „ideologische Vorbereitung“ des „Durchbruchs an der Front des Klassenkampfes“.

Zweitens bestand der „Durchbruch“ materiell, dem Wesen der Sache nach, darin, daß Vertreter der feindlichen politischen Strömungen verhaftet, daß sie außerhalb des Gesetzes gestellt wurden, daß ein Teil von ihnen auf offener Straße, ohne Recht und Gesetz erschossen wurde (Ermordung Woinows am 6. Juli, weil er aus der Druckerei der „Prawda“ deren Ausgaben hinaustrug), daß man ihre Zeitungen verboten und Arbeiter und revolutionäre Soldaten entwaffnet hat.

Das ist der „Durchbruch an der Front des Krieges mit dem Klassenfeind“. Sollen die Arbeiter darüber recht gut nachdenken, um dies, wenn die Zeit gekommen ist, der Bourgeoisie gegenüber anzuwenden.

Niemals wird das Proletariat zu Verleumdungen greifen. Es wird die Zeitungen der Bourgeoisie verbieten und dabei geradeheraus in Gesetzen und Verfügungen im Namen der Regierung erklären, daß die Kapitalisten und deren Verteidiger Volksfeinde sind. Die Bourgeoisie in Gestalt unseres Feindes, der Regierung, und das Kleinbürgertum in Gestalt der Sowjets fürchten sich, auch nur ein direktes und offenes Wort über das Verbot der „Prawda“, über die Gründe des Verbots zu sagen. Das Proletariat wird nicht zu Verleumdungen greifen, sondern mit dem Wort der Wahrheit wirken. Es wird den Bauern und dem ganzen Volk die Wahrheit über die bürgerlichen Zeitungen sagen und über die Notwendigkeit, sie zu verbieten.

Zum Unterschied von den Schwätzern des Kleinbürgertums, den Sozialrevolutionären und Menschewiki, wird das Proletariat ganz genau wissen, worin wirklich der „Durchbruch an der Front“ des Klassenkampfes besteht, wie der Feind, wie die Ausbeuter unschädlich zu machen sind. Fürst Lwow hat dem Proletariat geholfen, diese Wahrheit zu erkennen. Sprechen wir dem Fürsten Lwow unseren Dank aus.

„Proletarskoje Delo“ Nr. 5,
1. August (19. Juli) 1917.

Nach dem Text des
„Proletarskoje Delo“.

ÜBER VERFASSUNGSILLUSIONEN⁶⁰

Verfassungssillusionen nennt man den politischen Fehler, der darin besteht, daß die Menschen eine normale, rechtliche, geregelte und gesetzmäßige, kurz „verfassungsmäßige“ Ordnung als existierend ansehen, obwohl sie in Wirklichkeit gar nicht existiert. Auf den ersten Blick mag es scheinen, daß im heutigen Rußland, im Juli 1917, wo noch gar keine Verfassung ausgearbeitet ist, von der Entstehung von Verfassungssillusionen nicht die Rede sein könne. Doch das ist ein großer Irrtum. In Wirklichkeit besteht der Kernpunkt der ganzen gegenwärtigen politischen Lage in Rußland eben darin, daß sehr breite Massen der Bevölkerung in Verfassungssillusionen befangen sind. Ohne das begriffen zu haben, kann man von der gegenwärtigen politischen Lage Rußlands rein gar nichts verstehen. Man kann absolut keinen einzigen Schritt dazu tun, die taktischen Aufgaben im heutigen Rußland richtig zu stellen, ehe man nicht die systematische und schonungslose Aufdeckung der Verfassungssillusionen in den Mittelpunkt gerückt, alle ihre Wurzeln bloßgelegt und die richtige politische Perspektive wiederhergestellt hat.

Nehmen wir die drei Meinungen, die für die heutigen Verfassungssillusionen besonders typisch sind, und untersuchen wir sie näher.

Die erste Meinung: Unser Land befindet sich am Vorabend der Konstituierenden Versammlung; darum habe alles, was jetzt geschieht, einen provisorischen, vorübergehenden, nicht sehr wesentlichen, keinen entscheidenden Charakter, alles werde bald von der Konstituierenden Versammlung überprüft und endgültig geregelt werden. Die zweite Meinung: Gewisse Parteien – z. B. die Sozialrevolutionäre oder die Menschewiki oder der Block beider – haben die offensichtliche, unzweifelhafte

Mehrheit im Volk oder in den „einflußreichsten“ Körperschaften, wie z. B. in den Sowjets; darum könne im republikanischen, demokratischen, revolutionären Rußland der Wille dieser Parteien, dieser Körperschaften, wie überhaupt der Wille der Volksmehrheit nicht übergangen, geschweige denn verletzt werden. Die dritte Meinung: Eine *gewisse Maßnahme*, wie z. B. das Verbot der Zeitung „Prawda“, sei weder von der Provisorischen Regierung noch von den Sowjets legalisiert worden; deshalb sei sie nur eine Episode, eine zufällige Erscheinung, sie könne keineswegs als etwas Entscheidendes betrachtet werden.

Gehen wir auf jede dieser Meinungen näher ein.

I

Die Einberufung der Konstituierenden Versammlung war schon von der ersten Provisorischen Regierung versprochen worden. Diese erkannte an, daß ihre Hauptaufgabe darin bestehe, das Land an die Konstituierende Versammlung heranzuführen. Die zweite Provisorische Regierung setzte den Termin zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung auf den 30. September fest. Die dritte Provisorische Regierung, die nach dem 4. Juli gebildet wurde, hat diesen Termin in feierlichster Weise bestätigt.

Indes sprechen die Chancen 99 gegen 1 dafür, daß die Konstituierende Versammlung zu diesem Termin nicht einberufen werden wird. Sollte sie zu diesem Termin einberufen werden, so sprechen wiederum die Chancen 99 gegen 1 dafür, daß sie ebenso ohnmächtig und unnütz wie die erste Duma sein wird – solange nicht die zweite Revolution in Rußland gesiegt hat. Um sich davon zu überzeugen, genügt es, und sei es auch nur für einen Augenblick, sich von dem Schwall von Phrasen und Versprechungen, von dem Kleinkram des Alltags, der die Gehirne verkleistert, frei zu machen und einen Blick auf das Grundlegende, das im gesellschaftlichen Leben alles Bestimmende, zu werfen: auf den Klassenkampf.

Daß die Bourgeoisie in Rußland aufs engste mit den Gutsbesitzern verschmolzen ist, liegt klar auf der Hand. Die gesamte Presse, alle Wahlen, die ganze Politik der Kadettenpartei und der rechts von ihr stehen-

den Parteien, alle Reden auf den „Kongressen“ der „interessierten“ Personen beweisen das. Die Bourgeoisie begreift ausgezeichnet, was die kleinbürgerlichen Schwätzer unter den Sozialrevolutionären und den „linken“ Menschewiki nicht begreifen, nämlich, daß es *unmöglich* ist, das Privateigentum an Grund und Boden in Rußland aufzuheben, dazu noch entschädigungslos, ohne eine gewaltige ökonomische Revolution, ohne die Banken unter die Kontrolle des gesamten Volkes zu stellen, ohne Nationalisierung der Syndikate, ohne eine Reihe schonungsloser revolutionärer Maßnahmen gegen das Kapital. Die Bourgeoisie begreift das ausgezeichnet. Gleichzeitig kann sie nicht umhin, zu erkennen, zu sehen und zu spüren, daß sich die gewaltige Mehrheit der Bauern in Rußland jetzt nicht nur für die Beschlagnahme der Gutsbesitzerländereien ausspricht, sondern auch viel weiter links als Tschernow stehen wird. Ist doch die Bourgeoisie besser unterrichtet als wir, sowohl darüber, wieviel Teilzugeständnisse Tschernow ihr gemacht hat, sei es auch nur in der Zeit vom 6. Mai bis 2. Juli durch das Verschleppen und Beschneiden der verschiedenen Bauernforderungen, wie auch darüber, wieviel Mühe es den *rechten* Sozialrevolutionären (Tschernow gilt bei den Sozialrevolutionären als „Zentrum“) auf dem Bauernkongreß und im Exekutivkomitee des Gesamtrussischen Sowjets der Bauerndeputierten gekostet hat, die Bauern zu „beschwichtigen“ und sie mit Versprechungen abzuspeisen.

Die Bourgeoisie unterscheidet sich vom Kleinbürgertum dadurch, daß sie aus ihrer ökonomischen und politischen Erfahrung gelernt hat, die Bedingungen zu begreifen, die im kapitalistischen System für das Aufrechterhalten der „Ordnung“ (d. h. der Versklavung der Massen) erforderlich sind. Die Bourgeois sind Geschäftsleute, Menschen, die mit großer kaufmännischer Berechnung vorgehen, die gewöhnt sind, auch an die Fragen der Politik streng geschäftlich heranzutreten, die mißtrauisch gegen Worte sind und den Stier bei den Hörnern zu packen wissen.

Die Konstituierende Versammlung im heutigen Rußland wird eine Mehrheit für die Bauern ergeben, die weiter links stehen als die Sozialrevolutionäre. Das weiß die Bourgeoisie. Weil sie das weiß, kann sie nicht umhin, auf das entschiedenste gegen eine baldige Einberufung der Konstituierenden Versammlung zu kämpfen. Einen imperialistischen Krieg im Geiste der von Nikolaus II. abgeschlossenen Geheimverträge zu führen, sich für den gutherrlichen Grundbesitz oder die Zahlung von Entschä-

digungen einzusetzen – all das ist, *wenn* eine Konstituierende Versammlung da ist, unmöglich oder unglaublich schwierig. Der Krieg wartet nicht. Der Klassenkampf wartet ebensowenig. Selbst die kurze Zeitspanne vom 28. Februar bis 21. April hat das anschaulich gezeigt.

Von Beginn der Revolution an zeichneten sich zwei Meinungen über die Konstituierende Versammlung ab. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, durch und durch in Verfassungssillusionen befangen, betrachteten die Dinge mit der Vertrauensseligkeit des Kleinbürgers, der vom Klassenkampf nichts wissen will: Die Konstituierende Versammlung ist angekündigt, sie wird also kommen, und damit basta! Was darüber ist, das ist vom Übel! Die Bolschewiki aber sagten: Nur in dem Maße, wie sich die Kraft und die Macht der Sowjets festigt, ist die Einberufung der Konstituierenden Versammlung und ihr Erfolg gesichert. Bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären wurde der Schwerpunkt auf den Rechtsakt verlegt: auf das Ankündigen, Versprechen und Deklarieren der Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Bei den Bolschewiki wurde der Schwerpunkt auf den Klassenkampf verlegt: wenn die Sowjets siegen, wird die Konstituierende Versammlung gesichert sein, wenn nicht, so ist sie nicht gesichert.

So ist es auch gekommen. Die Bourgeoisie führte die ganze Zeit hindurch einen bald versteckten, bald offenen, aber unaufhörlichen zähen Kampf gegen die Einberufung der Konstituierenden Versammlung. Dieser Kampf kam in dem Bestreben zum Ausdruck, die Einberufung bis zur Beendigung des Krieges hinauszuschieben. Dieser Kampf kam darin zum Ausdruck, daß der Termin für die Einberufung der Konstituierenden Versammlung mehrmals verschoben wurde. Als endlich nach dem 18. Juni – mehr als ein Monat war nach der Bildung der Koalitionsregierung vergangen – der Termin zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung festgesetzt wurde, erklärte eine Moskauer bürgerliche Zeitung, dies sei unter dem Einfluß der bolschewistischen Agitation geschehen. In der „Prawda“ war das Zitat aus dieser Zeitung genau wiedergegeben.

Nach dem 4. Juli, als die Dienstfertigkeit und die Verängstigung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki der Konterrevolution den „Sieg“ brachte, entschlüpfte der „Retsch“ eine kurze, aber im höchsten Grade bemerkenswerte Äußerung: „Eine unmöglich kurze Frist“ für die Ein-

berufung der Konstituierenden Versammlung!! Am 16. Juli erscheint in der „Wolja Naroda“ und in der „Russkaja Wolja“ eine Notiz, daß die Kadetten die Verschiebung der Einberufung der Konstituierenden Versammlung unter dem Vorwand fordern, daß es „unmöglich“ sei, sie in so „kurzer“ Frist einzuberufen, und der vor der Konterrevolution liebebedienende Menschewik Zereteli erklärt sich dieser Notiz zufolge schon bereit, die Einberufung auf den 20. November zu verschieben!

Es besteht kein Zweifel, daß eine solche Notiz nur gegen den Willen der Bourgeoisie durchschlüpfen konnte. Für sie sind solche „Enthüllungen“ unvorteilhaft. Aber es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch an die Sonnen. Die nach dem 4. Juli außer Rand und Band geratene Konterrevolution plaudert aus der Schule. Gleich die erste Machtergreifung durch die konterrevolutionäre Bourgeoisie nach dem 4. Juli wird unverzüglich von einem Schritt (und einem sehr ersten Schritt) *gegen* die Einberufung der Konstituierenden Versammlung begleitet.

Das ist eine Tatsache. Und diese Tatsache enthüllt die ganze Hohlheit der Verfassungssillusionen. Ohne eine neue Revolution in Rußland, ohne Sturz der Macht der konterrevolutionären Bourgeoisie (in erster Linie der Kadetten), ohne daß das Volk den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, den Parteien, die mit der Bourgeoisie paktieren, sein Vertrauen entzieht, wird die Konstituierende Versammlung entweder überhaupt nicht einberufen werden, oder sie wird eine „Frankfurter Schwatzbude“⁶¹, eine ohnmächtige, unnütze Versammlung von Kleinbürgern sein, die durch den Krieg und die Perspektive eines „Boykotts der Macht“ durch die Bourgeoisie zu Tode erschrocken sind und hilflos zwischen krampfhaften Versuchen, ohne die Bourgeoisie zu regieren, und der Angst, ohne die Bourgeoisie auskommen zu müssen, hin und her pendeln.

Die Frage der Konstituierenden Versammlung ist der Frage nach dem Verlauf und Ausgang des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat *untergeordnet*. Ich entsinne mich, daß die „Rabotschaja Gaseta“ einmal davon schwatzte, die Konstituierende Versammlung werde ein Konvent sein. Das ist ein Musterstück der hohlen, jämmerlichen, verachtungswürdigen Prahlerei unserer menschewistischen Lakaien der konterrevolutionären Bourgeoisie. Um nicht eine „Frankfurter Schwatzbude“ oder eine erste Duma zu sein, um ein Konvent zu sein, dazu muß

man den Mut aufbringen, muß man es verstehen und die Kraft haben, der Konterrevolution erbarmungslos Schläge zu versetzen, aber darf nicht mit ihr paktieren. Dazu ist es notwendig, daß die Macht in den Händen der in der gegebenen Epoche fortgeschrittensten, entschlossensten, revolutionärsten Klasse liegt. Dazu ist notwendig, daß diese von der gesamten Masse der Stadt- und Dorfarmut (den Halbproletariern) unterstützt wird. Dazu ist es notwendig, schonungslos mit der konterrevolutionären Bourgeoisie abzurechnen, d. h. vor allem mit den Kadetten und den Kommandospitzen der Armee. Das sind die realen, klassenmäßigen, materiellen Voraussetzungen für einen Konvent. Es genügt, diese Bedingungen klar und präzise aufzuzählen, um zu begreifen, wie lächerlich die Prahlerei der „Rabotschaja Gaseta“ ist, wie bodenlos dumm die Verfassungszusammenfassungen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki über die Konstituierende Versammlung im heutigen Rußland sind.

II

Als Marx die kleinbürgerlichen „Sozialdemokraten“ von 1848 geißelte, brandmarkte er besonders erbarmungslos ihre hemmungslose Phrasendrescherei über „Volk“ und Volksmehrheit überhaupt.⁶² Gerade daran sollte man denken bei der Analyse der zweiten Meinung, der Verfassungszusammenfassungen hinsichtlich der „Mehrheit“.

Damit im Staate tatsächlich die Mehrheit entscheidet, bedarf es bestimmter realer Bedingungen. Nämlich, es muß eine solche Staatsordnung, eine solche Staatsmacht fest errichtet sein, die die Möglichkeit gibt, Entscheidungen entsprechend der Mehrheit zu treffen, und die gewährleistet, daß diese Möglichkeit zur Wirklichkeit wird. Das einerseits. Andererseits ist es notwendig, daß diese Mehrheit auf Grund ihrer Klassenzusammensetzung, auf Grund des Verhältnisses dieser oder jener Klassen zueinander innerhalb (und außerhalb) dieser Mehrheit, *imstande ist*, den Staatswagen einträchtig und erfolgreich zu lenken. Jedem Marxisten ist es klar, daß diese zwei realen Bedingungen in der Frage der Volksmehrheit und der Abwicklung der Staatsgeschäfte gemäß dem Willen dieser Mehrheit die entscheidende Rolle spielen. Indessen zeigt jedoch die ganze politische Literatur der Sozialrevolutionäre und Mensche-

wiki und noch mehr ihr ganzes politisches Verhalten, daß sie diese Bedingungen durchaus nicht verstehen.

Wenn die politische Macht im Staate sich in den Händen einer Klasse befindet, deren Interessen mit denen der Mehrheit übereinstimmen, dann ist die Lenkung des Staates wirklich entsprechend dem Willen der Mehrheit möglich. Wenn sich aber die politische Macht in den Händen einer Klasse befindet, deren Interessen mit denen der Mehrheit auseinandergehen, dann verwandelt sich jedes Regieren entsprechend der Mehrheit unvermeidlich in einen Betrug an der Mehrheit oder in die Unterdrückung dieser Mehrheit. Jede bürgerliche Republik liefert uns dafür Hunderte und Tausende von Beispielen. In Rußland herrscht die Bourgeoisie sowohl ökonomisch als auch politisch. Ihre Interessen und die Interessen der Mehrheit stehen, besonders während des imperialistischen Krieges, in einem schroffen Gegensatz. Darum besteht bei einer materialistischen, marxistischen und nicht formal-juristischen Fragestellung der Kernpunkt der Frage im Aufdecken dieses Gegensatzes, im Kampf gegen den Betrug der Bourgeoisie an den Massen.

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki aber haben umgekehrt ihre tatsächliche Rolle als Werkzeuge des Betrugs der Bourgeoisie an den Massen (an der „Mehrheit“), als Schrittmacher und Helfershelfer dieses Betrugs vollkommen offenbart und bewiesen. Wie aufrichtig einzelne Personen unter den Sozialrevolutionären und Menschewiki auch sein mögen, ihre grundlegenden politischen Ideen – daß es möglich sei, ohne Diktatur des Proletariats und ohne Sieg des Sozialismus mit dem imperialistischen Krieg Schluß zu machen und einen „Frieden ohne Annexionen und Kontributionen“ zu erlangen, daß die entschädigungslose Überführung des Grund und Bodens in die Hände des Volkes sowie die „Kontrolle“ über die Produktion im Interesse des Volkes ohne gerade diese Bedingung möglich sei –, diese grundlegenden politischen (und natürlich auch ökonomischen) Ideen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sind objektiv gesehen eben kleinbürgerlicher Selbstbetrug oder, was dasselbe ist, Betrug der Bourgeoisie an den Massen (an der „Mehrheit“).

Das ist unsere erste und wichtigste „Korrektur“ zur Frage über die Mehrheit, wie sie von den kleinbürgerlichen Demokraten, den Sozialisten vom Schlage eines Louis Blanc, den Sozialrevolutionären und

Menschewiki, gestellt wird. Was nutzt in der Tat die „Mehrheit“, wenn die Mehrheit an sich nur ein formales Moment ist und diese Mehrheit materiell, in Wirklichkeit, eine Mehrheit von Parteien ist, die den Betrug der Bourgeoisie an der Mehrheit des Volkes in die Tat umsetzen?

Natürlich – und hier kommen wir zur zweiten „Korrektur“, zum zweiten obenerwähnten grundlegenden Umstand – natürlich kann man diesen Betrug erst richtig begreifen, wenn man sich über seine Klassenwurzeln und seine Klassenbedeutung im klaren ist. Es ist dies kein persönlicher Betrug, keine „Gauerei“ (grob ausgedrückt), es ist eine trügerische Idee, die sich aus der ökonomischen Lage der Klasse ergibt. Der Kleinbürger befindet sich in einer solchen ökonomischen Lage, seine Lebensbedingungen sind derart, daß er nicht umhin kann, sich selbst zu täuschen, es zieht ihn unwillkürlich und unvermeidlich bald zur Bourgeoisie und bald zum Proletariat. Eine selbständige „Linie“ kann er *ökonomisch* gesehen *nicht* haben.

Seine Vergangenheit zieht ihn zur Bourgeoisie, seine Zukunft zum Proletariat. Sein Urteil zieht ihn zum Proletariat, sein Vorurteil (nach dem bekannten Ausspruch von Marx) zur Bourgeoisie. Damit die Mehrheit des Volkes die wirkliche Mehrheit bei der Lenkung des Staates werden, wirklich die Interessen der Mehrheit wahrnehmen, ihre Rechte wirklich schützen kann usw., dazu ist eine bestimmte klassenmäßige Voraussetzung erforderlich. Diese Voraussetzung ist: Anschluß der Mehrheit des Kleinbürgertums, wenigstens im entscheidenden Augenblick und an der entscheidenden Stelle, an das revolutionäre Proletariat.

Andernfalls ist die Mehrheit eine Fiktion, die sich eine gewisse Zeit lang halten, glänzen, funkeln, lärmern und Lorbeeren ernten kann, die aber dennoch mit absoluter Unvermeidlichkeit zum Bankrott verurteilt ist. Gerade von dieser Art ist übrigens der Bankrott der Mehrheit, über welche die Sozialrevolutionäre und Menschewiki verfügten, wie er in der russischen Revolution im Juli 1917 zutage getreten ist.

Weiter. Die Revolution unterscheidet sich eben dadurch von der „üblichen“ Lage der Dinge im Staat, daß die Streitfragen des Staatslebens unmittelbar durch den Kampf der Klassen und den Kampf der Massen bis zur bewaffneten Auseinandersetzung entschieden werden. Anders kann es nicht sein, sobald die Massen frei und bewaffnet sind. Aus dieser grundlegenden Tatsache ergibt sich, daß es in einer revolutionären

Zeit nicht genügt, den „Willen der Mehrheit“ kundzutun – nein, man muß sich auch im entscheidenden Moment an der entscheidenden Stelle als der *Stärkere erweisen*, man muß *siegen*. Seit dem deutschen „Bauernkrieg“ im Mittelalter sehen wir in allen großen revolutionären Bewegungen und Epochen bis 1848 und 1871, bis 1905 zahllose Beispiele dafür, wie eine besser organisierte, zielbewußtere und besser bewaffnete Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwang und diese besiegte.

Friedrich Engels hat die Lehre aus den Erfahrungen, die bis zu einem gewissen Grade den Bauernaufstand des 16. Jahrhunderts mit der Revolution von 1848 in Deutschland verbindet, besonders unterstrichen, nämlich: Zersplitterung der Aktionen, fehlende Zentralisation bei den unterdrückten Massen, hervorgerufen durch ihre kleinbürgerliche Lebenslage.⁶³ Wenn wir nun von dieser Seite aus an die Sache herangehen, gelangen wir zu demselben Schluß: Die einfache Mehrheit der kleinbürgerlichen Massen entscheidet noch gar nichts und kann gar nichts entscheiden, denn Organisiertheit, politische Bewußtheit der Aktionen und deren (für den Sieg notwendige) Zentralisierung – all das vermag den Millionen zersplitterter ländlicher Kleinbesitzer *nur* die Führung entweder durch die Bourgeoisie oder durch das Proletariat zu geben.

In letzter Instanz werden bekanntlich die Fragen des gesellschaftlichen Lebens durch den Klassenkampf in seiner heftigsten, schärfsten Form, nämlich in der Form des Bürgerkriegs entschieden. In diesem Kriege aber, wie in jedem anderen Kriege, entscheidet – auch das ist eine bekannte und prinzipiell von niemand bestrittene Tatsache – die Ökonomik. Es ist äußerst charakteristisch und bezeichnend, daß weder die Sozialrevolutionäre noch die Menschewiki, die dies „im Prinzip“ nicht leugnen und sich über den kapitalistischen Charakter des heutigen Rußlands sehr wohl im klaren sind, den Mut haben, der Wahrheit nüchtern ins Auge zu sehen. Sie haben Angst, die Wahrheit anzuerkennen, daß jedes kapitalistische Land, Rußland einbegriffen, drei grundlegende, drei Hauptkräfte aufweist: Bourgeoisie, Kleinbürgertum und Proletariat. Von der ersten und dritten Kraft sprechen alle, alle erkennen sie an. Die zweite – das heißt zahlenmäßig gerade die *Mehrheit!* – will man weder vom ökonomischen noch vom politischen noch vom militärischen Standpunkt aus nüchtern einschätzen.

Sie können die Wahrheit nicht vertragen – darauf läuft die Furcht der Sozialrevolutionäre und Menschewiki vor der Selbsterkenntnis hinaus.

III

Als wir diesen Aufsatz begannen, war das Verbot der „Prawda“ nur eine „zufällige“, von der Staatsmacht noch nicht legalisierte Tatsache. Jetzt, nach dem 16. Juli, hat diese Staatsmacht die „Prawda“ in aller Form verboten.

Betrachtet man dieses Verbot historisch, als Ganzes, im Gesamtprozeß der Vorbereitung und Durchführung dieser Maßnahme, so wirft es ein äußerst grelles Licht auf das „Wesen der Verfassung“ in Rußland und auf die Gefährlichkeit von Verfassungssillusionen.

Bekanntlich fordert die Kadettenpartei, an der Spitze Miljukow und die Zeitung „Retsch“, schon seit April Repressalien gegen die Bolschewiki. In den verschiedensten Formen, von den „staatsmännischen“ Artikeln der „Retsch“ bis zu den wiederholten Ausrufen Miljukows „Verhaftet sie!“ (Lenin und die anderen Bolschewiki), bildete diese Forderung nach Repressalien einen der wichtigsten, wenn nicht den wichtigsten Teil des politischen Programms der Kadetten in der Revolution.

Lange vor der von Alexinski und Co. im Juni und Juli ausgeheckten, erdichteten, infam verleumderischen Beschuldigung der Spionage zugunsten der Deutschen oder der Annahme deutscher Gelder, lange vor der ebenso verleumderischen, in Widerspruch zu den allgemein bekannten Tatsachen und veröffentlichten Dokumenten stehenden Beschuldigung, einen „bewaffneten Aufstand“ oder einen „Aufruhr“ angestiftet zu haben – lange vor alledem forderte die Kadettenpartei systematisch und beharrlich, unausgesetzt Repressalien gegen die Bolschewiki. Wenn dieser Forderung jetzt Genüge getan wurde, was soll man da von der Ehrlichkeit oder der Auffassungsgabe jener Leute halten, die den wirklichen klassen- und parteimäßigen Ursprung dieser Forderung vergessen oder so tun, als ob sie ihn vergessen hätten? Wie soll man da nicht von größter Fälschung oder von einer in der Politik unglaublichen Stupidität sprechen, wenn sich jetzt die Sozialrevolutionäre und Menschewiki bemühen, die Sache so darzustellen, als glaubten sie an einen „zufälligen“ oder

„einmaligen“, am 4. Juli eingetretenen „Anlaß“ zu Repressalien gegen die Bolschewiki? Die Entstellung unbestreitbarer geschichtlicher Wahrheiten muß doch wirklich ihre Grenzen haben!

Es genügt, die Bewegung vom 20. und 21. April mit der Bewegung vom 3. und 4. Juli zu vergleichen, um sich sofort von ihrem gleichartigen Charakter zu überzeugen: spontaner Ausbruch der Unzufriedenheit, der Ungeduld und Empörung der Massen, provokatorische Schüsse von rechts, Tote auf dem Newski-Prospekt, verleumderisches Gezeter der Bourgeoisie und insbesondere der Kadetten, daß angeblich „die Leninleute auf dem Newski-Prospekt geschossen haben“, äußerste Erbitterung und Verschärfung des Kampfes zwischen der proletarischen Masse und der Bourgeoisie, völlige Ratlosigkeit der kleinbürgerlichen Parteien, der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, Schwankungen von ungeheurem Ausmaß in ihrer Politik und in der Frage der Staatsmacht überhaupt – all diese objektiven Tatsachen charakterisieren beide Bewegungen. Und der 9. und 10. sowie der 18. Juni zeigen uns in anderer Form genau dasselbe Klassenbild.

Der Gang der Ereignisse ist sonnenklar: immer größeres Anwachsen der Unzufriedenheit, der Ungeduld und Empörung der Massen, immer mehr verschärft sich der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, besonders um den Einfluß auf die kleinbürgerlichen Massen; im Zusammenhang damit zwei höchst bedeutsame historische Ereignisse, die die Abhängigkeit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki von den konterrevolutionären Kadetten vorbereitet haben. Diese Ereignisse sind: die Koalitionsregierung vom 6. Mai, in der sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki als Lakaien der Bourgeoisie erwiesen und sich immer mehr und mehr in Abmachungen und Vereinbarungen mit ihr, in tausend „Gefälligkeiten“ ihr gegenüber verstrickten und sich darauf einließen, die notwendigsten revolutionären Maßnahmen zu verschleppen, und dann die Offensive an der Front. Die Offensive bedeutete unvermeidlich Wiederaufnahme des imperialistischen Krieges, ungeheure Steigerung des Einflusses, des Gewichts und der Rolle der imperialistischen Bourgeoisie, weiteste Verbreitung des Chauvinismus unter den Massen und schließlich, last but not least (als Letztes, aber nicht Geringstes), die Übergabe der Macht, erst der militärischen, dann aber auch der Staatsmacht überhaupt, an die konterrevolutionären Kommandospitzen der Armee.

Das ist der Verlauf der geschichtlichen Ereignisse, der die Klassen-gegensätze vom 20. und 21. April bis zum 3. und 4. Juli vertiefte und verschärfte und es der konterrevolutionären Bourgeoisie ermöglichte, nach dem 4. Juli das zu verwirklichen, was sich bereits am 20. und 21. April mit vollster Deutlichkeit als ihr Programm und ihre Taktik, als ihr nächstes Ziel und ihre „sauberen“ Mittel, die zum Ziele führen sollten, abgezeichnet hatte.

Nichts ist vom historischen Standpunkt inhaltsloser, nichts theoretisch kläglicher und praktisch lächerlicher als das spießbürgerliche Gejammer wegen des 4. Juli (in das übrigens auch L. Martow einstimmt), die Bolschewiki hätten es „zuwege gebracht“, sich selbst eine Niederlage beizubringen, ihr „Abenteurertum“ hätte diese Niederlage verursacht, und so weiter und so fort. Dieses ganze Gejammer, all diese Tiraden, man „hätte nicht“ teilnehmen sollen (an dem Versuch, der überaus berechtigten Unzufriedenheit und Empörung der Massen einen „friedlichen und organisierten“ Charakter zu verleihen!!), laufen entweder auf Renegatentum hinaus, wenn sie von Bolschewiki stammen, oder sie sind die für den Kleinbürger übliche Äußerung seiner üblichen Ängstlichkeit und Verwirrung. In Wirklichkeit ist die Bewegung vom 3. und 4. Juli aus der Bewegung vom 20. und 21. April und der darauffolgenden Zeit mit derselben Zwangsläufigkeit hervorgegangen, mit welcher der Sommer auf den Frühling folgt. Es war unbedingte Pflicht der proletarischen Partei, bei den Massen zu bleiben und sich zu bemühen, den berechtigten Aktionen dieser Massen einen möglichst friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen, nicht abseits zu stehen, nicht wie Pilatus die Hände in Unschuld zu waschen aus dem pedantischen Grunde, daß die Masse nicht bis zum letzten Mann organisiert sei und daß in ihrer Bewegung Exzesse vorkämen (als ob es am 20. und 21. April keine Exzesse gegeben hätte! – als ob es in der Geschichte auch nur eine ernsthafte Massenbewegung ohne Exzesse gegeben hätte!).

Die Niederlage der Bolschewiki nach dem 4. Juli ergab sich mit historischer Zwangsläufigkeit aus dem gesamten vorhergehenden Verlauf der Ereignisse gerade deshalb, weil die kleinbürgerliche Masse und ihre Führer, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, am 20. und 21. April noch nicht durch die Offensive gebunden waren, noch nicht durch Abmachungen mit der Bourgeoisie in die „Koalitionsregierung“ verstrickt waren;

doch bis zum 4. Juli hatten sie sich bereits so gebunden und verstrickt, daß sie zur Mitarbeit (an den Repressalien, den Verleumdungen, dem Henkertum) mit den konterrevolutionären Kadetten absinken mußten. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki sind am 4. Juli endgültig in der konterrevolutionären Mistgrube gelandet, weil sie im Mai und Juni unaufhaltsam dieser Mistgrube zusteuerten, in der Koalitionsregierung und durch die Billigung der Politik der Offensive.

Wir sind scheinbar von unserem Thema etwas abgeschweift, nämlich von der Frage des Verbots der „Prawda“ zur Frage der historischen Einschätzung des 4. Juli. Aber das scheint nur so, denn das eine läßt sich ohne das andere nicht begreifen. Wir sahen, daß das Verbot der „Prawda“, die Verhaftungen und sonstigen Verfolgungen der Bolschewiki, wenn man das Wesen der Sache und den Zusammenhang der Ereignisse ins Auge faßt, nichts anderes darstellen als die Durchführung des alten Programms der Konterrevolution, insbesondere der Kadetten.

Es ist äußerst lehrreich, jetzt zu untersuchen, *wer* dieses Programm durchgeführt hat und mit welchen Mitteln es durchgeführt wurde.

Sehen wir uns die Tatsachen an. Am 2. und 3. Juli wächst die Bewegung an, in den Massen kocht es vor Empörung über die Untätigkeit der Regierung, über die Teuerung, die Zerrüttung und die Offensive. Die Kadetten treten aus der Regierung aus, spielen gleichsam „Schlagdame“, stellen den Sozialrevolutionären und Menschewiki auf diese Art ein Ultimatum und überlassen es ihnen, die an die Macht gefesselt sind, aber keine Macht haben, für die Niederlage und auch für die Empörung der Massen die Zeche zu zahlen.

Die Bolschewiki suchen am 2. und 3. Juli die Massen von einer Aktion zurückzuhalten. Das hat *sogar* ein Zeuge aus dem „Delo Naroda“ zugegeben, der berichtete, was sich am 2. Juli im Grenadierregiment zgetragen hatte. Am Abend des 3. Juli reißt die Bewegung alle Dämme ein, und die Bolschewiki verfassen einen Aufruf über die Notwendigkeit, der Bewegung einen „friedlichen und organisierten“ Charakter zu verleihen. Am 4. Juli vermehren provokatorische Schüsse von rechts die Zahl der Opfer der Schießerei auf beiden Seiten; es muß hervorgehoben werden, daß das Versprechen des Exekutivkomitees, die Ereignisse zu untersuchen, zweimal täglich Bulletins herauszugeben usw. usw., ein leeres Versprechen geblieben ist! Rein gar nichts haben die Sozialrevolutionäre

und Menschewiki getan, *nicht einmal* eine vollständige Liste der Toten auf beiden Seiten haben sie veröffentlicht!!

Am 4. Juli nachts verfassen die Bolschewiki einen Aufruf über den Abbruch der Demonstrationen, der in der gleichen Nacht in der „Prawda“ gedruckt wird. Aber in derselben Nacht beginnt erstens der Einzug konterrevolutionärer Truppen in Petrograd (die offenbar von den Sozialrevolutionären und Menschewiki, von deren Sowjets – oder mit ihrer Zustimmung – herbeigerufen wurden, wobei natürlich über diesen „heiklen“ Punkt bis heute, wo nicht der geringste Grund mehr für eine Geheimhaltung vorhanden ist, tiefstes und strengstes Stillschweigen gewahrt wird!). Zweitens beginnen in derselben Nacht Pogrome gegen die Bolschewiki durch Abteilungen von Offiziersschülern u. dgl. m., die offensichtlich im Auftrag des Militärbefehlshabers Polowzew und des Generalstabs vorgehen. In der Nacht vom 4. zum 5. Juli wird die Redaktion der „Prawda“, am 5. und 6. Juli ihre Druckerei „Trud“ [Die Arbeit] demoliert, am helllichten Tage wird der Arbeiter Woinow ermordet, weil er den „Listok ‚Prawdy‘“ aus der Druckerei herausbrachte, Haussuchungen und Verhaftungen von Bolschewiki werden vorgenommen, revolutionäre Regimenter entwaffnet.

Wer veranlaßte das alles? Nicht die Regierung und nicht der Sowjet, sondern die um den Generalstab konzentrierte konterrevolutionäre Militärclique, die im Namen der „Spionageabwehr“ handelt und das Machwerk Perewersews und Alexinskis in Umlauf gesetzt hat, um die „Wut“ der Truppen zu „entfachen“ und so weiter.

Die Regierung ist nicht da. Die Sowjets sind nicht da; sie zittern um ihr eigenes Schicksal, sie erhalten eine Reihe von Mitteilungen, daß die Kosaken kommen und sie auseinanderjagen könnten. Die Schwarzhunderterpresse und die Kadettenpresse, die gegen die Bolschewiki hetzen, beginnen jetzt die Hetze gegen die Sowjets.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben sich durch ihre ganze Politik an Händen und Füßen gebunden. In dieser Lage haben sie die konterrevolutionären Truppen nach Petrograd gerufen (oder duldeten, daß man sie rief). Dies aber hat sie noch mehr gebunden. Sie sind bis auf den Grund der widerlichen konterrevolutionären Mistgrube abgesunken. Sie lösen feige ihre eigene, zur Untersuchung des „Falles“ der Bolschewiki eingesetzte Kommission auf. Sie liefern in niederträchtiger

Weise die Bolschewiki der Konterrevolution ans Messer. Sie beteiligen sich unterwürfig an der Demonstration zur Beisetzung der getöteten Kosaken und küssen so den Konterrevolutionären die Hand.

Sie sind gebunden. Sie liegen auf dem Grund der Mistgrube.

Sie winden sich hin und her, sie stellen Kerenski ihre Ministersessel zur Verfügung, sie machen einen Gang nach Canossa⁶⁴ zu den Kadetten, sie veranstalten einen „Semski Sobor“ oder eine „Krönung“ der konterrevolutionären Regierung in Moskau.⁶⁵ Kerenski entläßt Polowzew.

Sie winden sich hin und her und dabei bleibt es, ohne daß am *Wesen der Sache* auch nur das geringste geändert wird. Kerenski entläßt zwar Polowzew, gibt aber zugleich den *Maßnahmen*, der Politik Polowzews Form und Gestalt, legalisiert sie, verbietet die „Prawda“, führt die Todesstrafe für Soldaten ein, verbietet Meetings an der Front und setzt die Verhaftungen von Bolschewiki (sogar Alexandra Kollontai wird verhaftet!) nach dem Programm von Alexinski fort.

Das „Wesen der Verfassung“ in Rußland tritt mit verblüffender Klarheit hervor: durch die Offensive an der Front und die Koalition mit den Kadetten im Hinterland werden die Sozialrevolutionäre und Menschewiki in die Mistgrube der Konterrevolution geschleudert. *In Wirklichkeit* geht die Staatsmacht in die Hände der Konterrevolution, in die Hände der Militärclique über. Kerenski und die Regierung Zereteli-Tschernow *dienen ihr nur als Kulisse*, sie sind gezwungen, die Maßnahmen, die Schritte, die Politik der Konterrevolution *nachträglich* zu legalisieren.

Der Kuhhandel Kerenskis, Zeretelis und Tschernows mit den Kadetten ist von zweitrangiger, wenn nicht zehnrangiger Bedeutung. Ob in diesem Kuhhandel die Kadetten siegen werden oder nicht, ob sich Zereteli und Tschernow eine Weile noch „allein“ halten werden oder nicht, das *Wesen der Sache* wird dadurch nicht geändert, die Schwenkung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zur Konterrevolution (eine Schwenkung, die durch ihre ganze Politik seit dem 6. Mai zwangsläufig eintreten mußte) bleibt die wichtigste, die grundlegende und entscheidende Tatsache.

Der Zyklus der Entwicklung der Parteien hat sich geschlossen. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki sanken von Stufe zu Stufe, vom „Vertrauen“ zu Kerenski am 28. Februar bis zum 6. Mai, der sie an die

Konterrevolution kettete, bis zum 5. Juli, als sie vollends zur Konterrevolution abglitten.

Eine neue Phase beginnt. Der Sieg der Konterrevolution löst bei den Massen Enttäuschung über die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki aus und macht den Weg frei für den Übergang der Massen zur Politik der Unterstützung des revolutionären Proletariats.

Geschrieben am 26. Juli (8. August) 1917.

Veröffentlicht am 4. und 5. August 1917

im „Rabotschni i Soldat“

(Arbeiter und Soldat) Nr. 11 und 12.

Nach dem Manuskript.

EINE ANTWORT

I

Die Zeitungen vom 22. Juli brachten eine Mitteilung „vom Staatsanwalt des Petrograder Kammergerichts“ über die Untersuchung der Ereignisse vom 3. bis 5. Juli und die Anklageerhebung gegen mich und eine Reihe anderer Bolschewiki wegen Hochverrats und der Organisation eines bewaffneten Aufstands.

Die Regierung war gezwungen, diese Mitteilung zu veröffentlichen, weil diese ganze niederträchtige Angelegenheit, die offensichtlich – offensichtlich für jeden, der denken kann – unter Mitwirkung des Verleumders Alexinski in Szene gesetzt worden ist, um den lang gehegten Wünschen und Forderungen der konterrevolutionären Kadettenpartei nachzukommen, einen schon allzu großen Skandal darstellt.

Doch durch die Veröffentlichung dieser Mitteilung stellt sich die Regierung Zereteli und Co. nur noch mehr bloß, da die Plumpheit der Fälschung jetzt ganz besonders ins Auge sticht.

Ich habe wegen einer Erkrankung Petrograd Donnerstag, den 29. Juni, verlassen und bin erst Dienstag, den 4. Juli, morgens zurückgekehrt. Selbstverständlich übernehme ich jedoch die volle und unbedingte Verantwortung für sämtliche Schritte und Maßnahmen des Zentralkomitees unserer Partei wie auch unserer gesamten Partei überhaupt. Auf meine Abwesenheit hinzuweisen war notwendig, um verständlich zu machen, weshalb ich über manche Einzelheiten nicht orientiert bin und mich in der Hauptsache auf Dokumente berufe, die in der Presse erschienen sind.

Es ist klar, daß vor allem gerade Dokumente dieser Art, besonders

wenn sie in der den Bolschewiki feindlich gesinnten Presse erschienen sind, vom Staatsanwalt sorgfältig gesammelt, zusammengestellt und analysiert werden müßten. Aber der „republikanische“ Staatsanwalt, der die Politik des „sozialistischen“ Ministers Zereteli durchführt, hielt es nicht für nötig, gerade diese seine wichtigste Pflicht zu erfüllen!

Kurz nach dem 4. Juli gab die ministerielle Zeitung „Delo Naroda“ die Tatsache zu, daß die Bolschewiki am 2. Juli im Grenadierregiment gesprochen und *gegen* die Demonstration agitiert haben.

War der Staatsanwalt berechtigt, dieses Dokument zu verschweigen? Durfte er die Aussage eines solchen Zeugen außer acht lassen?

Stellt doch diese Aussage die äußerst wichtige Tatsache fest, daß sich die Bewegung ganz spontan entwickelt hatte und daß die Bemühungen der Bolschewiki dahin gingen, die Demonstration nicht zu beschleunigen, sondern sie hinauszuschieben.

Weiter. Dasselbe Blatt veröffentlichte ein noch wichtigeres Dokument, nämlich den Text des vom Zentralkomitee unserer Partei unterzeichneten, am 3. Juli nachts verfaßten Aufrufs. Dieser Aufruf wurde verfaßt und in Druck gegeben, *nachdem* die Bewegung bereits trotz unserer Bemühungen, sie aufzuhalten oder, richtiger gesagt, zu regulieren, alle Dämme durchbrochen hatte, nachdem die Demonstration bereits zur Tatsache geworden war.

Die ganze grenzenlose Niedertracht und Gemeinheit, die ganze Hinterhältigkeit des Zeretelischen Staatsanwalts zeigt sich gerade darin, daß er die Frage *umgeht*, wann die Demonstration *begonnen hat*, an welchem Tage und zu welcher Stunde, ob vor oder nach dem bolschewistischen Aufruf.

In diesem Aufruf aber wird davon gesprochen, daß man der Bewegung einen *friedlichen, organisierten* Charakter verleihen müsse!

Kann man sich etwas Lächerlicheres vorstellen als eine Organisation der „Organisierung eines bewaffneten Aufstands“ zu beschuldigen, die in der Nacht zum 4., d. h. in der Nacht vor dem entscheidenden Tag, einen Aufruf zu einer „friedlichen und organisierten Demonstration“ erlassen hat? Und eine weitere Frage: Wodurch unterscheidet sich der „republikanische“ Staatsanwalt des „sozialistischen“ Ministers Zereteli, der Staatsanwalt, der diesen Aufruf völlig verschweigt, von den Staatsanwälten im Dreyfus- oder im Beilis-Prozeß?

Weiter. Der Staatsanwalt verschweigt, daß am 4. Juli nachts das Zentralkomitee unserer Partei einen Aufruf verfaßte, die Demonstration abzubrechen, und diesen Aufruf in der „Prawda“ drucken ließ, die gerade in dieser Nacht von einer Abteilung konterrevolutionärer Truppen demonstriert wurde.

Weiter. Der Staatsanwalt verschweigt, daß Trotzki und Sinowjew in mehreren Ansprachen die Arbeiter und Soldaten, die am 4. Juli zum Taurischen Palast marschiert waren, aufforderten *auseinanderzugehen*, nachdem diese bereits ihren Willen demonstriert hatten.

Diese Ansprachen haben Hunderte und Tausende von Menschen mit angehört. Möge jeder ehrliche Bürger, der nicht will, daß sein Land durch die Inszenierung von „Beilis-Prozessen“ geschändet wird, dafür sorgen, daß die Zuhörer bei diesen Ansprachen unabhängig von ihrer Parteilugehörigkeit dem Staatsanwalt schriftliche Erklärungen zugehen lassen (und eine Abschrift davon zurückbehalten), Erklärungen darüber, ob Trotzki und Sinowjew in ihren Reden die Demonstranten zum Auseinandergehen aufgefordert haben. Ein anständiger Staatsanwalt hätte sich selbst mit solch einem Ersuchen an die Bevölkerung gewandt. Doch wo sollen denn in einer Regierung der Kerenski, Jefremow, Zereteli und Co. anständige Staatsanwälte herkommen? Sollten nicht endlich die russischen Bürger selbst dafür sorgen, daß „Beilis-Prozesse“ in ihrem Lande unmöglich werden?

Übrigens, ich persönlich hielt am 4. Juli, da ich krank war, nur eine einzige Ansprache vom Balkon des Hauses der Krzesinska aus. Der Staatsanwalt erwähnt diese Rede und versucht, ihren Inhalt wiederzugeben, aber nicht nur, daß er keine Zeugen nennt, er verschweigt sogar die in der Presse veröffentlichten Zeugenaussagen! Ich habe bei weitem nicht die Möglichkeit gehabt, alle Zeitungen durchzusehen, aber immerhin fand ich in der Presse zwei Darstellungen: 1. im bolschewistischen „Proletarskoje Delo“ (Kronstadt) und 2. in der menschewistischen, ministeriellen „Rabotschaja Gaseta“. Weshalb wird der Inhalt meiner Rede nicht an Hand dieser Dokumente und mit Hilfe einer öffentlichen Aufforderung an die Bevölkerung nachgeprüft?

Der Inhalt meiner Rede war folgender: 1. Entschuldigung, daß ich mich wegen Krankheit auf wenige Worte beschränken muß; 2. Gruß an die revolutionären Kronstädter im Namen der Petrograder Arbeiter;

3. Ausdruck der Gewißheit, daß unsere Losung „Alle Macht den Sowjets!“ siegen muß und siegen wird, trotz der Zickzacklinie des geschichtlichen Weges; 4. Aufforderung, „diszipliniert, standhaft und wachsam zu sein“.

Ich verweile bei diesen Einzelheiten, um das geringe, wirkliche Tatsachenmaterial nicht zu übergehen, das der Staatsanwalt so oberflächlich, nachlässig und unachtsam gestreift, doch nur eben gestreift hat.

Aber natürlich sind die Einzelheiten nicht die Hauptsache, sondern das Gesamtbild, die allgemeine Bedeutung des 4. Juli. Der Staatsanwalt hat sich vollkommen unfähig gezeigt, darüber auch nur nachzudenken.

Über diese Frage haben wir vor allem eine äußerst wertvolle Aussage in der Presse von einem geschworenen Feind des Bolschewismus, einem Korrespondenten der ministeriellen „Rabotschaja Gaset“, der einen ganzen Hagel von Beschimpfungen und Gehässigkeiten auf uns niederprasseln läßt. Dieser Korrespondent veröffentlichte kurz nach dem 4. Juli seine persönlichen Beobachtungen. Die von ihm genau festgestellten Tatsachen ergeben, daß die Beobachtungen und Erlebnisse des Autors in zwei scharf voneinander getrennte Teile zerfallen, von denen der Autor den zweiten Teil dem ersten mit der Bemerkung gegenüberstellt, daß die Sache für ihn „eine günstige Wendung“ genommen habe.

Der erste Teil der Erlebnisse besteht darin, daß der Autor versucht, die Minister vor der erregten Menge zu rechtfertigen. Er muß deshalb Beschimpfungen und Tätlichkeiten über sich ergehen lassen und wird zu guter Letzt festgenommen. Er hört Losungen und Rufe, die von höchster Erregung zeugen; ganz besonders prägte sich seinem Gedächtnis der Ruf ein: „Tod Kerenski!“ (weil er zur Offensive schritt, „40 000 Menschen hinschlachten ließ“ usw.).

Der zweite Teil der Erlebnisse des Autors, die der Sache, wie er sich ausdrückt, eine „günstige“ Wendung gaben, beginnt mit dem Augenblick, als ihn die wütende Menge „zur Aburteilung“ in das Haus der Krzesinska führt. Dort wird er unverzüglich in Freiheit gesetzt.

Das sind die Tatsachen, die den Verfasser veranlassen, die Bolschewiki mit endlosen Beschimpfungen zu überschütten. Es ist ganz natürlich, daß ein politischer Gegner schimpft, zumal wenn dieser Gegner ein Menschewik ist, der spürt, daß die vom Kapital unterdrückten und dem imperialistischen Krieg ausgelieferten Massen nicht zu ihm, sondern gegen ihn

stehen. Doch das Schimpfen ändert nichts an den Tatsachen, die auch in der Darstellung des wütendsten Feindes der Bolschewiki bezeugen, daß die erregten Massen sich bis zur Losung „Tod Kerenski!“ hinreißen ließen, während die bolschewistische Organisation der Bewegung im großen und ganzen die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ gab, daß einzig und allein die bolschewistische Organisation bei den Massen moralische Autorität besaß und sie von Gewalttätigkeiten abhielt.

Das sind die Tatsachen. Mögen die freiwilligen und unfreiwilligen Lakaien der Bourgeoisie darüber zetern und schimpfen und die Bolschewiki beschuldigen, daß sie „dem Elementaren Vorschub leisten“ usw. u. dgl. m. Wir, die Vertreter der Partei des revolutionären Proletariats, antworten darauf, daß unsere Partei stets zu den unterdrückten Massen stand und stets zu ihnen stehen wird, wenn diese ihre tausendmal gerechte und berechnete Empörung über die Teuerung, über die Untätigkeit und den Verrat der „sozialistischen“ Minister, über den imperialistischen Krieg und seine Verlängerung zum Ausdruck bringen. Unsere Partei tat ihre unbedingte Pflicht, als sie am 4. Juli mit den zu Recht empörten Massen ging und sich bemühte, ihrer Bewegung, ihrer Demonstration einen möglichst friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen. Denn am 4. Juli war ein friedlicher Übergang der Macht an die Sowjets *n o c h* möglich, war eine friedliche Vorwärtsentwicklung der russischen Revolution *n o c h* möglich.

Wie äußerst dumm das Märchen des Staatsanwalts von der „Organisation eines bewaffneten Aufstands“ ist, ersieht man aus folgendem: Niemand wird bestreiten, daß am 4. Juli die überwältigende Mehrheit der bewaffneten Soldaten und Matrosen, die sich auf den Straßen Petrograds befanden, zu unserer Partei hielt. Es wäre also für unsere Partei ein leichtes gewesen, Hunderte von leitenden Personen ihrer Ämter zu entheben und sie zu verhaften, Dutzende von Staats- und Regierungsgebäuden und -institutionen usw. zu besetzen. Nichts dergleichen geschah. Nur Leute, die so sehr in Verwirrung geraten sind, daß sie alle von den konterrevolutionären Kadetten ausgestreuten Märchen nachplappern, vermögen nicht zu sehen, wie lachhaft und unsinnig die Behauptung ist, am 3. oder 4. Juli sei „ein bewaffneter Aufstand organisiert“ worden.

Eine gerichtliche Untersuchung, die einer Untersuchung halbwegs ähnlich sähe, müßte vor allem fragen, wer mit der Schießerei begonnen hat,

dann, wieviel Tote und Verwundete es auf der einen und wieviel es auf der anderen Seite gab und unter welchen Umständen die einzelnen getötet oder verwundet wurden. Hätte die gerichtliche Untersuchung auch nur einigermaßen Ähnlichkeit mit einer Untersuchung (und nicht mit einem Hetzartikel in den Zeitungen der Dan, Alexinski usw.), so wäre es die Pflicht der Untersuchungsrichter, eine öffentliche, dem Publikum zugängliche Zeugenvernehmung über diese Fragen durchzuführen und die Vernehmungsprotokolle sofort zu veröffentlichen.

So pflegten stets die englischen Untersuchungskommissionen zu verfahren, als England ein freies Land war. So oder etwa so fühlte sich im ersten Augenblick das Exekutivkomitee des Sowjets verpflichtet zu handeln, als die Angst vor den Kadetten sein Gewissen noch nicht gänzlich getrübt hatte. Es ist bekannt, daß das Exekutivkomitee damals in der Presse versprach, zweimal täglich Bulletins über die Tätigkeit seiner Untersuchungskommission herauszugeben. Es ist auch bekannt, daß das Exekutivkomitee (d. h. die Sozialrevolutionäre und Menschewiki) das Volk betrogen hat, denn es hat sein gegebenes Versprechen *nicht* gehalten. Doch der Wortlaut dieses Versprechens wird in die Geschichte eingehen als Eingeständnis unserer Feinde, als Eingeständnis dessen, was jeder einigermaßen ehrliche Untersuchungsrichter hätte tun müssen.

Es ist jedenfalls lehrreich, festzustellen, daß eine der ersten *bürgerlichen*, den Bolschewismus wütend hassenden Zeitungen, die einen Bericht über die Schießerei am 4. Juli brachte, die Abendausgabe der „Birshowka“ vom gleichen Tage war. Gerade aus dem Bericht dieser Zeitung geht hervor, daß *nicht* die Demonstranten die Schießerei begonnen hatten, sondern daß die ersten Schüsse *gegen* die Demonstranten gerichtet waren!! Der „republikanische“ Staatsanwalt der „sozialistischen“ Regierung zog es selbstverständlich vor, diese Zeugenaussage der „Birshowka“ zu verschweigen!! Indessen entspricht diese Aussage der dem Bolschewismus absolut feindlich gegenüberstehenden „Birshowka“ vollkommen dem Gesamtbild der Ereignisse, wie es unsere Partei sieht. Wäre es ein bewaffneter Aufstand gewesen, dann hätten die Aufständischen natürlich nicht auf Gegendemonstranten geschossen, sondern bestimmte Kasernen, bestimmte Gebäude umzingelt, bestimmte Truppenteile vernichtet usw. Umgekehrt, wenn es eine Demonstration gegen die Regierung mit einer Gegendemonstration der Regierungsanhänger war, so ist

es ganz natürlich, daß die Konterrevolutionäre zuerst geschossen haben, teils aus Wut gegen die gewaltige Masse der Demonstranten, teils zu provokatorischen Zwecken, und es ist ebenso natürlich, daß die Demonstranten auf die Schüsse mit Schüssen antworteten.

Die Listen der Toten wurden, wenn auch wahrscheinlich nicht ganz vollständig, dennoch von einigen Zeitungen (ich glaube, von der „Retsch“ und dem „Delo Naroda“) veröffentlicht. Die allererste Pflicht der Untersuchung wäre es, unverzüglich diese Listen zu prüfen, zu vervollständigen und offiziell bekanntzugeben. Dies unterlassen heißt die Beweise *verheimlichen*, daß die Konterrevolutionäre die Schießerei begonnen hatten.

In der Tat, schon die flüchtige Durchsicht der veröffentlichten Listen zeigt, daß die zwei hauptsächlichen und unverkennbaren Gruppen, die Kosaken und die Matrosen, annähernd die gleiche Zahl an Toten aufweisen. Wäre dies möglich gewesen, wenn die 10000 bewaffneten Matrosen, die am 4. Juli nach Petrograd gekommen waren und sich mit den Arbeitern und Soldaten, besonders mit den Maschinengewehrschützen, die über viele Maschinengewehre verfügten, vereinigt hatten, einen bewaffneten Aufstand beabsichtigt hätten?

Es ist klar, daß dann die Zahl der Toten auf seiten der Kosaken und der anderen Gegner des Aufstands zehnmal größer gewesen wäre, denn niemand bestreitet, daß die Bolschewiki am 4. Juli unter den bewaffneten Massen in den Straßen Petrograds ein gewaltiges Übergewicht hatten. Dafür liegen zahlreiche, in der Presse erschienene Zeugenaussagen von Gegnern unserer Partei vor, und eine einigermaßen ehrliche Untersuchung hätte zweifellos alle diese Aussagen gesammelt und publiziert.

Wenn die Zahl der Toten auf beiden Seiten annähernd gleich ist, so spricht das dafür, daß eben die Konterrevolutionäre begonnen hatten, auf die Demonstranten zu schießen, während diese die Schüsse nur erwiderten. Anders konnte es nicht zu einer gleichen Zahl von Toten kommen.

Schließlich ist es überaus wichtig, auf Grund der Pressenachrichten folgendes hervorzuheben: es ist festgestellt worden, daß Kosaken am 4. Juli getötet worden sind, als es zu einer offenen Schießerei zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten kam. Solche Schießereien kommen sogar in nichtrevolutionären Zeiten bei einer gewissen Erregung der Bevölkerung vor; sie sind zum Beispiel in romanischen Ländern, be-

sonders im Süden, gar nicht selten. Hingegen gab es bei den Bolschewiki auch nach dem 4. Juli Tote, als es *keinen* Zusammenstoß zwischen erregten Demonstranten und Gegendemonstranten gab, als folglich das Umbringen eines Wehrlosen durch Bewaffnete schon geradezu ein Mord war. So die Ermordung des Bolschewiks Woinow in der Schpalernajastraße am 6. Juli.

Was ist das nun für eine Untersuchung, die noch nicht einmal das in der Presse erschienene Material über die Zahl der Toten auf beiden Seiten, über den Zeitpunkt und die Begleitumstände jedes Blutvergießens vollständig sammelt? Das ist keine Untersuchung, das ist eine Verhöhnung.

Selbstverständlich kann man von einer solchen „Untersuchung“ nicht erwarten, daß sie auch nur den Versuch machen wird, den 4. Juli historisch einzuschätzen. Eine solche Einschätzung ist aber für jeden unerlässlich, der als denkender Mensch an die Politik herangehen will.

Wer versucht, den 3. und 4. Juli historisch einzuschätzen, kann nicht die völlige Gleichartigkeit dieser Bewegung mit der vom 20. und 21. April übersehen.

In beiden Fällen ein spontaner Ausbruch der Empörung bei den Massen.

In beiden Fällen gehen die bewaffneten Massen auf die Straße.

In beiden Fällen eine Schießerei zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten, mit einer gewissen (ungefähr gleichen) Zahl von Opfern auf beiden Seiten.

In beiden Fällen tritt mit einem Schlag eine äußerste Verschärfung im Kampfe der revolutionären Massen gegen die konterrevolutionären Elemente, gegen die Bourgeoisie ein, und vorübergehend werden die dazwischenstehenden, zum Paktieren geneigten Elemente der Mitte vom Kampfplatz verdrängt.

In beiden Fällen findet eine regierungsfeindliche Demonstration von besonderer Art statt (diese Besonderheiten wurden oben aufgezählt), verbunden mit einer tiefgehenden und langwierigen Krise der Staatsmacht.

Der Unterschied zwischen beiden Bewegungen besteht darin, daß die zweite viel heftiger war als die erste und daß die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die am 20. und 21. April noch neutral waren, nun vollends (durch die Koalitionsregierung und durch die Politik der

Offensive) in die Abhängigkeit von den konterrevolutionären Kadetten geraten sind und deshalb am 3. und 4. Juli auf der Seite der Konterrevolution standen.

Die konterrevolutionäre Kadettenpartei log ebenso frech auch nach dem 20. und 21. April, als sie schrie: „Auf dem Newski-Prospekt haben die Leninleute geschossen“, und ebenso heuchlerisch verlangte sie eine Untersuchung. Die Kadetten und ihre Freunde hatten damals die Mehrheit in der Regierung, die Untersuchung lag also völlig in ihrer Hand. Sie wurde eingeleitet, dann aber fallengelassen, ohne daß etwas veröffentlicht wurde.

Weshalb? Offenbar hatten die Tatsachen durchaus nicht das bestätigt, was die Kadetten bestätigt wissen wollten. Mit anderen Worten: die Untersuchung über den 20. und 21. April wurde „abgewürgt“, denn die Tatsachen bestätigten, daß die Konterrevolutionäre, die Kadetten und ihre Freunde, die Schießerei begonnen hatten. Das liegt klar auf der Hand.

Genau dasselbe war offensichtlich am 3. und 4. Juli der Fall, und deshalb ist die Fälschung des Herrn Staatsanwalts so grob und plump, der den Zereteli und Co. zu Gefallen alle Grundsätze einer auch nur einigermaßen gewissenhaften Untersuchung verhöhnt.

Die Bewegung vom 3. und 4. Juli war der letzte Versuch, durch eine Demonstration die Sowjets zur Übernahme der Macht zu bewegen. Von diesem Augenblick an übergeben die Sowjets, d. h. die sie beherrschenden Sozialrevolutionäre und Menschewiki, faktisch die Macht der Konterrevolution, indem sie konterrevolutionäre Truppen nach Petrograd rufen, die Arbeiter entwaffnen, die revolutionären Regimenter entwaffnen und auflösen, indem sie billigen und dulden, daß Willkür und Gewalt gegen die Bolschewiki angewandt, daß die Todesstrafe an der Front eingeführt wird usw.

Jetzt ist die militärische und folglich auch die Staatsmacht faktisch bereits in die Hände der Konterrevolution übergegangen, die von den Kadetten repräsentiert und von den Sozialrevolutionären und Menschewiki unterstützt wird. Jetzt ist eine friedliche Entwicklung der Revolution in Rußland bereits nicht mehr möglich, und die Frage wird von der Geschichte so gestellt: entweder vollständiger Sieg der Konterrevolution oder eine neue Revolution.

II

Die Beschuldigung der Spionage und der Beziehungen zu Deutschland ist schon die reinste Beilis-Affäre, bei der man sich nicht lange aufzuhalten braucht. Die „Untersuchung“ wiederholt hier einfach die Verleumdungen des berüchtigten Verleumders Alexinski, wobei sie die Tatsachen besonders plump verdreht.

Es ist nicht wahr, daß Sinowjew und ich im Jahre 1914 in Österreich verhaftet wurden. Verhaftet wurde nur ich.

Es ist nicht wahr, daß ich wegen meiner russischen Staatsangehörigkeit verhaftet wurde. Ich wurde wegen Spionageverdachts verhaftet. Der dortige Gendarm hielt agrarstatistische Diagramme in meinen Heften für „Pläne“! Offenbar stand jener österreichische Gendarm ganz auf dem Niveau eines Alexinski und der Gruppe „Jedinstwo“. Ich dürfte wohl unter all denen, die wegen Internationalismus verfolgt werden, den Rekord geschlagen haben, denn *beide* kriegführenden Koalitionen verfolgten mich als Spion, in Österreich die Gendarmen, in Rußland die Kadetten und Alexinski und Co.

Es ist nicht wahr, daß bei meiner Befreiung aus dem österreichischen Gefängnis Hanecki eine Rolle gespielt hat. Victor Adler spielte eine Rolle dabei, er wies die österreichischen Behörden auf die Schändlichkeit ihres Vorgehens hin. Die Polen spielten eine Rolle dabei, die sich schämten, daß auf polnischem Boden eine so schändliche Verhaftung eines russischen Revolutionärs möglich war.

Es ist eine infame Lüge, ich hätte Beziehungen zu Parvus unterhalten, hätte Lager besucht usw. Nichts dergleichen ist geschehen, und es konnte auch nicht geschehen. Gleich nach den ersten Nummern seiner Zeitschrift „Die Glocke“⁶⁶ wurde Parvus in unserer Zeitung „Sozial-Demokrat“ als Renegat, als deutscher Plechanow bezeichnet.* Parvus ist genauso ein Sozialchauvinist auf deutscher Seite wie Plechanow auf russischer. Als revolutionäre Internationalisten hatten wir weder mit den deutschen noch mit den russischen oder ukrainischen Sozialchauvinisten („Bund zur Befreiung der Ukraine“) irgend etwas gemein und konnten mit ihnen auch nichts gemein haben.

Steinberg ist Mitglied des Emigrantenkomitees in Stockholm. Dort sah

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 428/429. *Die Red.*

ich ihn zum erstenmal. Um den 20. April herum oder etwas später reiste Steinberg nach Petrograd und bemühte sich, soweit ich mich erinnere, um eine Subvention für die Vereinigung der Emigranten. Das könnte der Staatsanwalt sehr leicht nachprüfen, wenn er überhaupt etwas nachprüfen wollte.

Der Staatsanwalt operiert damit, daß Parvus mit Hanecki in Verbindung stehe, und Hanecki mit Lenin! Das ist doch eine geradezu gaunerhafte Methode, ist es doch allgemein bekannt, daß Hanecki mit Parvus Geldgeschäfte tätigte, wir aber mit Hanecki in keinerlei geschäftlichen Beziehungen standen.

Hanecki war als Kaufmann bei Parvus angestellt, bzw. sie trieben gemeinsam Handel. Doch viele russische Emigranten, die sich selbst in der Presse gemeldet haben, waren in den Unternehmen und Einrichtungen von Parvus tätig.

Der Staatsanwalt operiert damit, daß die Handelskorrespondenz als Deckmantel für Spionageverkehr dienen könne. Es wäre interessant, gegen wieviel Mitglieder der Parteien der Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre man nach diesem ausgezeichneten Rezept wegen ihrer Handelskorrespondenz Anklage erheben müßte!

Wenn der Staatsanwalt aber Telegramme von Hanecki an Frau Sumenson hat (diese Telegramme sind bereits veröffentlicht), wenn der Staatsanwalt weiß, auf welcher Bank was für Summen zu welchem Zeitpunkt Frau Sumenson besaß (der Staatsanwalt veröffentlicht ein paar Zahlen dieser Art), warum zieht er dann nicht zwei bis drei Kontor- oder Handelsangestellte zur Untersuchung hinzu? Sie hätten ihm doch in zwei Tagen einen *vollständigen* Auszug aus den Geschäfts- und Bankbüchern angefertigt.

Der Charakter dieser „Beilis-Affäre“ tritt wohl durch nichts so anschaulich zutage, wie dadurch, daß der Staatsanwalt die Zahlen nur unvollständig anführt: Frau Sumenson hatte während eines halben Jahres von ihrem Konto 750 000 Rubel abgehoben, es verblieben ihr 180 000 Rubel!! Wenn man schon Zahlen veröffentlicht, warum dann nicht vollständig: wann und von wem hat Frau Sumenson „während eines halben Jahres“ Geld erhalten, und an wen zahlte sie? Was für Warenpartien sind wann eingegangen?

Nichts wäre leichter gewesen, als solche vollständigen Zahlen zu er-

mitteln. Das hätte man in zwei bis drei Tagen tun können und müssen! Das hätte den ganzen Komplex der Handelsgeschäfte von Hanecki und Frau Sumenson aufgedeckt! Das hätte keinen Raum gelassen für dunkle Anspielungen, mit denen der Staatsanwalt operiert!

Die schmutzigste und gemeinste Verleumdung von Alexinski wird jetzt „von Staats wegen“ von Beamten des Ministeriums Zereteli und Co. an den Mann gebracht – so tief sind die Sozialrevolutionäre und Menschewiki gesunken!

III

Es wäre natürlich die größte Naivität, die von der Regierung Zereteli, Kerenski und Co. gegen die Bolschewiki eingeleiteten „Gerichtsverfahren“ für wirkliche Gerichtsverfahren zu halten. Das wäre eine ganz und gar unverzeihliche konstitutionelle Illusion.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die am 6. Mai mit den konterrevolutionären Kadetten eine Koalition eingingen und die Politik der Offensive, d. h. der Wiederaufnahme und Verlängerung des imperialistischen Krieges akzeptierten, mußten unvermeidlich zu Gefangenen der Kadetten werden.

Als Gefangene sind sie gezwungen, die schmutzigsten Affären der Kadetten, ihre gemeinsten verleumderischen Gaunereien mitzumachen.

Die „Affäre“ Tschernow wird schnell auch den Rückständigen die Augen öffnen, d. h. die Richtigkeit unserer Ansicht bestätigen. Und auf die Hetze gegen Tschernow läßt die „Retsch“ bereits die Hetze gegen Zereteli folgen, den sie einen „Heuchler“ und „Zimmerwalder“ nennt.

Jetzt werden auch die Blinden sehen und die Steine sprechen.

Die Konterrevolution schließt sich zusammen. Die Kadetten – das ist ihre Grundlage. Der Generalstab, die führenden Militärs und Kerenski in ihren Händen, die Schwarzhunderterpresse zu ihren Diensten – das sind die Verbündeten der bürgerlichen Konterrevolution.

Die infamen Verleumdungen gegen die politischen Gegner werden dem Proletariat helfen, schneller zu erkennen, wo die Konterrevolution steckt, und es wird sie *hinwegfegen* im Namen von Freiheit und Frieden, für Brot den Hungernden und Land den Bauern.

„Rabotschi i Soldat“ Nr. 3 und 4, 26. und 27. Juli 1917.

Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Manuskript.

DER BEGINN DES BONAPARTISMUS

Der größte, der verhängnisvollste Irrtum, dem die Marxisten jetzt, nach der Bildung des Kabinetts Kerenski, Nekrassow, Awksentjew und Co.⁶⁷ verfallen könnten, wäre der, Worte für Taten zu nehmen, das täuschende Äußere für das Wesen zu halten oder überhaupt ernst zu nehmen.

Überlassen wir diese Beschäftigung den Menschewiki und Sozialrevolutionären, die um den Bonapartisten Kerenski herum schon geradezu die Rolle von Narren spielen. Ist es nicht wirklich ein Narrenspiel, wenn Kerenski, offensichtlich unter dem Diktat der Kadetten, so etwas wie ein internes Direktorium aus sich selbst, Nekrassow, Tereschtschenko und Sawinkow bildet, sich in Schweigen hüllt über die Konstituierende Versammlung und überhaupt über die Deklaration vom 8. Juli⁶⁸, wenn er in einem Aufruf an die Bevölkerung die heilige Einigkeit zwischen den Klassen proklamiert und ein Abkommen zu Bedingungen, die niemand kennt, mit Kornilow schließt, der ein unverschämtes Ultimatum gestellt hat, wenn er die Politik der skandalösen, empörenden Verhaftungen fortsetzt, während die Tschernow, Awksentjew und Zereteli sich mit Phrasendrescherei befassen und wichtig tun?

Ist es etwa kein Narrenspiel, wenn Tschernow sich in einer solchen Zeit damit befaßt, Miljukow vor ein Schiedsgericht zu zitieren, wenn Awksentjew über die Untauglichkeit des engen Klassenstandpunkts deklamiert, wenn Zereteli und Dan im Zentralexekutivkomitee der Sowjets ganz und gar nichtssagende, aus inhaltsleeren Phrasen bestehende Resolutionen einbringen, die an die schlimmsten Zeiten der Ohnmacht der kadettischen ersten Duma gegenüber dem Zarismus erinnern?

So wie die Kadetten 1906 die erste Volksvertretung in Rußland prostituierten, als sie diese angesichts der erstarkenden zaristischen Konterrevolution zu einer kläglichen Schwatzbude machten, so haben 1917 die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Sowjets prostituiert, indem sie diese angesichts der erstarkenden bonapartistischen Konterrevolution in eine klägliche Schwatzbude verwandelt haben.

Die Regierung Kerenski ist zweifellos eine Regierung der ersten Schritte des Bonapartismus.

Wir haben das grundlegende historische Merkmal des Bonapartismus vor uns: die sich auf den Militärklüngel (auf die übelsten Elemente der Armee) stützende Staatsmacht laviert zwischen den beiden sich feindlich gegenüberstehenden Klassen und Kräften, die sich gegenseitig mehr oder weniger die Waage halten.

Der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat hat sich bis aufs äußerste zugespitzt. Sowohl am 20. und 21. April als auch am 3. bis 5. Juli stand das Land hart am Rande des Bürgerkriegs. Ist diese sozialökonomische Bedingung nicht der klassische Boden für den Bonapartismus? Zu dieser Bedingung gesellen sich noch weitere, ganz ähnliche hinzu; die Bourgeoisie schimpft und tobt gegen die Sowjets, aber sie ist *noch* nicht stark genug, diese mit einem Schlag auseinanderzujagen, die, prostituiert von den Herren Zereteli, Tschernow und Co. *schon* keine Kraft mehr haben, der Bourgeoisie ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen.

Die Gutsbesitzer und die Bauernschaft leben gleichfalls unter Bedingungen, die den Vorabend eines Bürgerkrieges kennzeichnen: die Bauern fordern Land und Freiheit; sie in Schach halten kann, wenn sie es überhaupt kann, nur eine bonapartistische Regierung, die imstande ist, allen Klassen skrupellos Versprechungen zu machen, aber keine einzige hält.

Man füge noch das Moment der durch das Abenteuer der Offensive hervorgerufenen militärischen Niederlagen hinzu, wo die Phrasen über Rettung des Vaterlands (die das Verlangen verschleiern, das imperialistische Programm der Bourgeoisie zu retten) besonders stark verbreitet sind – und man wird das vollständige Bild des sozialpolitischen Milieus des Bonapartismus vor sich haben.

Lassen wir uns nicht von Phrasen täuschen. Lassen wir uns nicht dadurch irremachen, daß wir erst die ersten Schritte des Bonapartismus vor

uns haben. Gerade die ersten Schritte muß man durchschauen, um nicht in die lächerliche Lage eines bornierten Philisters zu geraten, der über den zweiten Schritt ach und weh schreit, obwohl er doch selbst beim ersten mitgeholfen hat.

Nichts anderes als borniertes Philistertum wären jetzt konstitutionelle Illusionen, z. B. in der Art, daß die jetzige Regierung wohl linker sei als die bisherigen (siehe „Iswestija“), daß die wohlwollende Kritik der Sowjets die Fehler der Regierung korrigieren könne, daß die willkürlichen Verhaftungen und Zeitungsverbote Einzelfälle gewesen seien und zu hofen sei, daß sie sich nicht wiederholen, daß Sarudny ein anständiger Mann sei und daß im republikanisch-demokratischen Rußland ein korrektes Gerichtsverfahren möglich sei, dem sich niemand entziehen dürfe, und so weiter u. dgl. m.

Die Unsinnigkeit dieser philisterhaften konstitutionellen Illusionen ist viel zu offensichtlich, als daß es sich lohnte, auf ihre Widerlegung Zeit zu verschwenden.

Nein, der Kampf gegen die bürgerliche Konterrevolution erfordert Nüchternheit und die Fähigkeit, zu sehen und auszusprechen was ist.

Der Bonapartismus in Rußland ist kein Zufall, sondern das natürliche Produkt der Entwicklung des Klassenkampfes in einem kleinbürgerlichen Land mit beträchtlich entwickeltem Kapitalismus und einem revolutionären Proletariat. Solche historischen Etappen wie der 20. und 21. April, der 6. Mai, der 9. und 10. Juni, der 18. und 19. Juni und der 3. bis 5. Juli sind Wegweiser, die anschaulich zeigen, wie sich die Vorbereitung des Bonapartismus vollzogen hat. Es wäre der größte Fehler, anzunehmen, daß demokratische Verhältnisse den Bonapartismus ausschließen. Im Gegenteil, gerade in diesen Verhältnissen (die Geschichte Frankreichs hat dies zweimal bestätigt) entwickelt sich der Bonapartismus bei einer bestimmten Wechselbeziehung der Klassen und ihres Kampfes gegeneinander.

Jedoch die Unvermeidlichkeit des Bonapartismus anerkennen heißt keineswegs die Unvermeidlichkeit seines Zusammenbruchs vergessen.

Wenn wir *nur* sagen, in Rußland sei ein vorübergehender Triumph der Konterrevolution zu verzeichnen, so wird das eine nichtssagende Floskel sein.

Wenn wir aber das Entstehen des Bonapartismus analysieren und, furchtlos der Wahrheit ins Gesicht schauend, der Arbeiterklasse und dem

ganzen Volk sagen, daß die Anfänge des Bonapartismus eine Tatsache sind, so werden wir damit den Grund legen für einen ernsten, beharrlichen Kampf auf breiter politischer Ebene, der sich auf tiefgreifende Klasseninteressen stützt, einen Kampf zum Sturz des Bonapartismus.

Die Anfänge des russischen Bonapartismus des Jahres 1917 unterscheiden sich vom beginnenden französischen Bonapartismus der Jahre 1799 und 1849 durch eine Reihe von Bedingungen, zum Beispiel dadurch, daß bei uns keine einzige Grundaufgabe der Revolution gelöst ist. Der Kampf um die Lösung der Agrarfrage und der nationalen Frage beginnt eben erst zu entbrennen.

Kerenski und die konterrevolutionären Kadetten, die mit ihm wie mit einer Schachfigur spielen, können die Konstituierende Versammlung weder zum festgesetzten Termin einberufen noch ihre Einberufung verschieben, ohne in beiden Fällen die Revolution zu vertiefen. Die Katastrophe aber, die durch das Fortführen des imperialistischen Krieges hervorgerufen wird, nähert sich mit noch viel größerer Wucht und Geschwindigkeit als bisher.

Dem Vortrupp des Proletariats in Rußland ist es gelungen, die Juni- und Julitage ohne große Blutverluste zu überstehen. Die Partei des Proletariats hat durchaus die Möglichkeit, eine solche Taktik und eine solche Form oder solche Formen der Organisation zu wählen, daß plötzliche (scheinbar plötzliche) Verfolgungen durch die Bonapartisten in keinem Fall der Existenz der Partei und ihrem systematischen Appell an das Volk ein Ende setzen können.

Soll die Partei dem Volke klar und deutlich die uneingeschränkte Wahrheit sagen, daß wir die Anfänge des Bonapartismus erleben, daß die „neue“ Regierung Kerenski, Awksentjew und Co. lediglich die Kulisse ist, hinter der sich die konterrevolutionären Kadetten und die Militärclique verstecken, die die Macht in Händen hält, daß das Volk keinen Frieden, die Bauern kein Land, die Arbeiter keinen Achtstundentag und die Hungrigen kein Brot bekommen werden, solange die Konterrevolution nicht völlig liquidiert worden ist – soll die Partei das sagen, und jeder Schritt in der Entwicklung der Ereignisse wird ihr recht geben.

Rußland hat mit erstaunlicher Schnelligkeit einen ganzen Zeitabschnitt zurückgelegt, in dem die Mehrheit des Volkes sich den kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki anvertraut hatte. Jetzt

beginnt bereits diese Vertrauensseligkeit sich grausam an der Mehrheit der werktätigen Massen zu rächen.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Ereignisse sich im schnellsten Tempo weiterentwickeln und das Land sich der nächsten Epoche nähert, wo die Mehrheit der Werktätigen genötigt sein wird, ihr Schicksal dem revolutionären Proletariat anzuvertrauen. Das revolutionäre Proletariat wird die Macht übernehmen und die sozialistische Revolution beginnen, es wird trotz aller Schwierigkeiten und möglichen Zickzacklinien in der Entwicklung die Proletarier aller fortgeschrittenen Länder mit in diese Revolution hineinziehen und sowohl den Krieg als auch den Kapitalismus besiegen.

„*Rabotschi i Soldat*“ Nr. 6,
29. Juli 1917.

Nach dem Text des
„*Rabotschi i Soldat*“.

DIE LEHREN DER REVOLUTION

*Geschrieben Ende Juli 1917,
das Nachwort am 6. (19.) September 1917.*

*Veröffentlicht am 12. und 13. September
(30. und 31. August) 1917 im
„Rabotschni“ (Der Arbeiter) Nr. 8 und 9.*

*Unterschrift in Nr. 8: N - k o w,
in Nr. 9: N. L e n i n.*

*Das Nachwort erschien 1917 in der
Broschüre: N. Lenin, „Die Lehren der
Revolution“, Verlag „Priboi“ (Die Brandung).*

Nach dem Text der Broschüre.

Jede Revolution bedeutet einen jähen Umschwung im Leben der breiten Volksmassen. Ist ein solcher Umschwung nicht herangereift, so kann es zu keiner wirklichen Revolution kommen. So wie jeder Umschwung im Leben eines beliebigen Menschen ihn vieles lehrt, ihn vieles erleben und empfinden läßt, erteilt auch die Revolution dem ganzen Volk in kurzer Zeit die inhaltsreichsten und wertvollsten Lehren.

In Zeiten der Revolution lernen Millionen und aber Millionen Menschen in jeder Woche mehr als in einem Jahr gewöhnlichen, trägen Lebens. Denn bei dem jähen Umschwung im Leben eines ganzen Volkes wird besonders klar sichtbar, welche Klassen des Volkes diese oder jene Ziele verfolgen, über welche Kraft sie verfügen und mit welchen Mitteln sie wirken.

Jeder klassenbewußte Arbeiter, Soldat und Bauer muß sich aufmerksam in die Lehren der russischen Revolution hineindenken, besonders jetzt, Ende Juli, wo klar ersichtlich geworden ist, daß die erste Phase unserer Revolution mit einem Mißerfolg geendet hat.

I

In der Tat, vergegenwärtigen wir uns, wonach die Massen der Arbeiter und Bauern strebten, als sie die Revolution vollbrachten. Was erwarteten sie von der Revolution? Jeder weiß, daß sie Freiheit, Frieden, Brot und Land erwarteten.

Doch was sehen wir jetzt?

Statt der Freiheit beginnt man die frühere Willkür wiederherzustellen. Man führt die Todesstrafe für die Soldaten an der Front ein und stellt die Bauern vor Gericht, weil sie eigenmächtig Gutsbesitzerland in Besitz nehmen. Man demoliert die Druckereien der Arbeiterzeitungen. Man verbietet ohne Gerichtsbeschluß die Arbeiterzeitungen. Man verhaftet Bolschewiki, wobei gegen sie oft entweder gar keine oder offenkundig verleumderische Anklagen erhoben werden.

Man wird vielleicht einwenden, die Verfolgung der Bolschewiki sei keine Verletzung der Freiheit, da nur bestimmte Personen unter bestimmten Beschuldigungen verfolgt werden. Aber dieser Einwand ist eine bewußte, offenkundige Unwahrheit, denn wie kann man wegen Vergehen einzelner Personen, selbst wenn diese Beschuldigungen bewiesen und gerichtlich bestätigt wären, eine Druckerei demolieren und Zeitungen verbieten. Etwas anderes wäre es, wenn die Regierung die ganze Partei der Bolschewiki, ihre ganze politische Richtung und ihre Auffassungen durch Gesetz für verbrecherisch erklärt hätte. Aber jeder weiß, daß die Regierung des freien Rußlands nichts dergleichen tun konnte und auch nicht getan hat.

Der verleumderische Charakter der Beschuldigungen gegen die Bolschewiki geht vor allem auch daraus hervor, daß die Zeitungen der Gutsbesitzer und Kapitalisten die Bolschewiki wegen ihres Kampfes gegen den Krieg, gegen die Gutsbesitzer und gegen die Kapitalisten wütend beschimpften und offen die Verhaftung und Verfolgung der Bolschewiki schon zu einer Zeit forderten, als noch keine einzige Beschuldigung auch nur gegen einen Bolschewik ausgeheckt worden war.

Das Volk will Frieden. Die revolutionäre Regierung des freien Rußlands aber hat den Eroberungskrieg auf der Grundlage derselben Geheimverträge wiederaufgenommen, die der Exzar Nikolaus II. mit den englischen und den französischen Kapitalisten abgeschlossen hatte im Interesse der Ausplünderung fremder Völker durch die russischen Kapitalisten. Diese Geheimverträge sind nach wie vor unveröffentlicht. Die Regierung des freien Rußlands hat sich auf Ausflüchte beschränkt, hat es unterlassen, allen Völkern einen gerechten Frieden anzubieten.

Es gibt kein Brot. Wieder rückt der Hunger heran. Alle sehen, daß die Kapitalisten, die Reichen den Staat bei den Heereslieferungen gewissenlos betrügen (der Krieg kostet das Volk jetzt 50 Millionen Rubel täg-

lich), daß sie durch die hohen Preise unerhörte Profite einstecken, während für eine ernsthafte Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte durch die Arbeiter rein gar nichts getan worden ist. Die Kapitalisten werden immer unverschämter, sie werfen die Arbeiter auf die Straße, und das zu einer Zeit, wo das Volk darbt, weil keine Waren da sind.

Die übergroße Mehrheit der Bauern hat laut und klar auf einer Vielzahl von Tagungen erklärt, daß sie das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden für eine Ungerechtigkeit und für Raub hält. Die Regierung aber, die sich revolutionär und demokratisch nennt, fährt fort, die Bauern monatelang an der Nase herumzuführen, betrügt sie durch Versprechungen und Hinhalten. Monatelang erlaubten die Kapitalisten dem Minister Tschernow nicht, ein Gesetz über das Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden zu erlassen. Und als dieses Gesetz endlich erlassen worden war, begannen die Kapitalisten eine infame verleumderische Hetze gegen Tschernow, die sie auch jetzt noch fortsetzen. Die Regierung ist in ihrer Unverfrorenheit bei der Verteidigung der Gutsbesitzer so weit gegangen, daß sie anfängt, die Bauern wegen „eigenmächtiger“ Besitzergreifungen vor Gericht zu stellen.

Die Bauern werden an der Nase herumgeführt, indem man ihnen zu-redet, bis zur Konstituierenden Versammlung zu warten. Die Einberufung dieser Versammlung aber wird von den Kapitalisten immer wieder hinausgeschoben. Jetzt, wo die Einberufung unter dem Druck der Forderung der Bolschewiki auf den 30. September festgesetzt worden ist, schreien die Kapitalisten offen, das sei eine „unmöglich“ kurze Frist, und sie verlangen, daß die Einberufung der Konstituierenden Versammlung verschoben wird . . . Die einflußreichsten Mitglieder der Partei der Kapitalisten und Gutsbesitzer, der Partei der „Kadetten“ oder der Partei der „Volksfreiheit“, zum Beispiel die Panina, propagieren unumwunden, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung bis zur Beendigung des Krieges zu verschieben.

Auf den Grund und Boden wartet bis zur Konstituierenden Versammlung! Auf die Konstituierende Versammlung wartet bis zum Kriegsende! Auf das Kriegsende wartet bis zum vollen Sieg! Das ist es, was dabei herauskommt. Die Kapitalisten und Gutsbesitzer, die ihre Mehrheit in der Regierung haben, verhöhnen die Bauern geradezu.

II

Wie konnte das aber in einem freien Land, nach dem Sturz der Zarenmacht, geschehen?

In einem unfreien Land wird das Volk von einem Monarchen und einem Häuflein von Gutsbesitzern, Kapitalisten und Beamten regiert, die niemand gewählt hat.

In einem freien Land wird das Volk nur von denen regiert, die es selbst hierzu gewählt hat. Bei den Wahlen teilt sich das Volk in Parteien, und gewöhnlich bildet jede Klasse der Bevölkerung ihre besondere Partei, z. B. bilden die Gutsbesitzer, die Kapitalisten, die Bauern, die Arbeiter besondere Parteien. Deshalb wird das Volk in freien Ländern auf dem Wege des offenen Kampfes der Parteien und der freien Vereinbarung dieser Parteien untereinander regiert.

Nach dem Sturz der Zarenmacht am 27. Februar 1917 wurde Rußland etwa vier Monate lang wie ein freies Land regiert, nämlich auf dem Wege des offenen Kampfes der sich frei bildenden Parteien und der freien Vereinbarung zwischen ihnen. Um die Entwicklung der russischen Revolution zu begreifen, muß man also vor allem studieren, welches die wichtigsten Parteien waren, die Interessen welcher Klassen sie vertraten und welcherart die Beziehungen all dieser Parteien zueinander waren.

III

Nach dem Sturz der Zarenmacht ging die Staatsmacht in die Hände der ersten Provisorischen Regierung über. Diese bestand aus Vertretern der Bourgeoisie, d. h. der Kapitalisten, denen sich auch die Gutsbesitzer zugesellt hatten. Die Partei der „Kadetten“, die Hauptpartei der Kapitalisten, stand an erster Stelle als herrschende und regierende Partei der Bourgeoisie.

Es war kein Zufall, daß die Macht dieser Partei zufiel, obwohl natürlich nicht die Kapitalisten gegen die zaristischen Truppen gekämpft, nicht sie ihr Blut für die Freiheit vergossen hatten, sondern die Arbeiter und Bauern, die Matrosen und Soldaten. Die Macht ist deshalb der Partei der Kapitalisten zugefallen, weil diese Klasse die Macht des Reichtums, der

Organisation und des Wissens in ihren Händen hatte. In der Zeit nach 1905 und besonders während des Krieges hatte in Rußland die Klasse der Kapitalisten und der ihnen nahestehenden Gutsbesitzer die meisten Erfolge bei ihrer Organisierung erzielt.

Die Partei der Kadetten war immer monarchistisch, sowohl 1905 als auch von 1905 bis 1917. Nach dem Siege des Volkes über die Zarentyrannie erklärte sich diese Partei für republikanisch. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß die Parteien der Kapitalisten, wenn das Volk die Monarchie besiegt hatte, stets bereit waren, republikanisch zu werden, nur um die Privilegien der Kapitalisten und ihre Allmacht über das Volk aufrechtzuerhalten.

In Worten tritt die Kadettenpartei für die „Volksfreiheit“ ein. In der Tat tritt sie für die Kapitalisten ein, und alle Gutsbesitzer, alle Monarchisten, alle Schwarzhunderter sind denn auch sogleich auf ihre Seite getreten. Ein Beweis dafür sind die Presse und die Wahlen. Alle bürgerlichen Zeitungen und die gesamte Schwarzhunderterpresse schlugen nach der Revolution die gleichen Töne an wie die Kadetten. Alle monarchistischen Parteien, die es nicht wagten, offen aufzutreten, unterstützten bei den Wahlen, zum Beispiel in Petrograd, die Partei der Kadetten.

Nachdem die Kadetten die Regierungsmacht übernommen hatten, richteten sie alle Anstrengungen darauf, den räuberischen Eroberungskrieg fortzusetzen, welcher vom Zaren Nikolaus II. begonnen worden war, der mit den englischen und französischen Kapitalisten geheime Raubverträge abgeschlossen hatte. In diesen Verträgen war den russischen Kapitalisten versprochen worden, daß sie im Falle des Sieges Konstantinopel, Galizien, Armenien usw. in Besitz nehmen könnten. Das Volk aber wurde von der Regierung der Kadetten mit leeren Ausflüchten und Versprechungen abgespeist, wobei die Regierung alle Entscheidungen über die wichtigen, für die Arbeiter und Bauern dringenden Angelegenheiten bis zur Konstituierenden Versammlung hinausschob, ohne den Termin ihrer Einberufung festzusetzen.

Das Volk machte von der Freiheit Gebrauch und begann, sich selbständig zu organisieren. Die Hauptorganisation der Arbeiter und Bauern, die die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Rußlands ausmachen, waren die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Diese Sowjets begannen sich bereits während der Februarrevolution zu bilden,

und einige Wochen später waren in den meisten größeren Städten Rußlands und in vielen Landbezirken alle bewußten fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse und der Bauernschaft durch die Sowjets vereint.

Die Sowjets wurden vollkommen frei gewählt. Sie waren die wirklichen Organisationen der Volksmassen, der Arbeiter und Bauern. Die Sowjets waren die wirklichen Organisationen der gewaltigen Mehrheit des Volkes. Die in den Soldatenrock gesteckten Arbeiter und Bauern waren bewaffnet.

Selbstverständlich konnten und mußten die Sowjets die gesamte Staatsmacht in ihre Hände nehmen. Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung hätte es im Staate keine andere Macht als die der Sowjets geben dürfen. Nur dann wäre unsere Revolution eine wirkliche Volksrevolution, eine wirklich demokratische Revolution geworden. Nur dann hätten die werktätigen Massen, die wirklich den Frieden erstreben, die wirklich kein Interesse an einem Eroberungskrieg haben, damit beginnen können, entschlossen und unerschütterlich eine Politik in die Tat umzusetzen, die dem Eroberungskrieg ein Ende gemacht und den Frieden herbeigeführt hätte. Nur dann hätten die Arbeiter und Bauern den Kapitalisten, die „am Kriege“ wahnsinnige Summen verdienen und die das Land in Zerrüttung und Hungersnot gestürzt haben, Zügel anlegen können. Aber in den Sowjets stand nur der kleinere Teil der Deputierten auf seiten der Partei der revolutionären Arbeiter, der bolschewistischen Sozialdemokraten, die die Übergabe der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets forderten. Der größte Teil der Deputierten in den Sowjets stand auf seiten der Parteien der menschewistischen Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, die gegen die Übergabe der Macht an die Sowjets waren. Statt die Regierung der Bourgeoisie zu beseitigen und sie durch eine Regierung der Sowjets zu ersetzen, traten diese Parteien für die Unterstützung der Regierung der Bourgeoisie und für Übereinkünfte mit ihr ein, für die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der Bourgeoisie. In dieser Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie, die die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki betrieben, denen die Mehrheit des Volkes Vertrauen entgegenbrachte, besteht der Hauptinhalt des gesamten Verlaufs der Entwicklung der Revolution in den ganzen fünf Monaten, die seit ihrem Beginn verfloßen sind.

IV

Betrachten wir nun zunächst, wie dieses Paktieren der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit der Bourgeoisie vor sich ging, und suchen wir dann die Erklärung für den Umstand, daß die Mehrheit des Volkes diesen Parteien Vertrauen schenkte.

V

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre haben mit den Kapitalisten in allen Perioden der russischen Revolution bald in der einen, bald in der anderen Form paktiert.

Ende Februar 1917, gleich nachdem das Volk gesiegt hatte und die Zarenmacht gestürzt worden war, wurde Kerenski als „Sozialist“ in die Provisorische Regierung der Kapitalisten aufgenommen. In Wirklichkeit ist Kerenski nie Sozialist gewesen, er war nur Trudowik und begann sich erst seit März 1917 zu den „Sozialrevolutionären“ zu zählen, als dies bereits ungefährlich und nicht unvorteilhaft war. Die Provisorische Regierung der Kapitalisten bemühte sich sofort, durch Kerenski als stellvertretenden Vorsitzenden des Petrograder Sowjets, den Sowjet an sich zu fesseln und sich gefügig zu machen. Der Sowjet, d. h. die in ihm überwiegenden Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ließ sich das gefallen und erklärte sich sofort nach Bildung der Provisorischen Regierung der Kapitalisten bereit, „sie zu unterstützen“, „insofern“ sie ihre Versprechen halten werde.

Der Sowjet betrachtete sich als Organ, das die Handlungen der Provisorischen Regierung prüft und kontrolliert. Die Führer des Sowjets bildeten die sogenannte „Kontaktkommission“, d. h. eine Kommission, die den Kontakt zur Regierung herstellt, mit ihr Fühlung nimmt.⁶⁹ In dieser Kontaktkommission führten die sozialrevolutionären und menschestischen Führer des Sowjets ständige Unterhandlungen mit der Regierung der Kapitalisten, so daß sie eigentlich die Stellung von Ministern ohne Portefeuille oder von nichtoffiziellen Ministern einnahmen.

Den ganzen März und fast den ganzen April hindurch hielt dieser Zustand an. Die Kapitalisten arbeiteten mit Verschleppungsmanövern und Ausflüchten in dem Bestreben, Zeit zu gewinnen. Die Regierung der

Kapitalisten tat während dieser Zeit keinen einzigen auch nur einigermaßen ernsthaften Schritt zur Entwicklung der Revolution. Selbst zur Erfüllung ihrer direkten unmittelbaren Aufgabe, zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung, tat die Regierung nicht das geringste, sie unterbreitete diese Frage nicht den lokalen Organen, ja, sie schuf nicht einmal eine zentrale Kommission zur Vorbereitung dieser Angelegenheit. Die Regierung sorgte nur für eins: im stillen die vom Zaren mit den Kapitalisten Englands und Frankreichs geschlossenen internationalen Raubverträge zu erneuern, möglichst vorsichtig und unbemerkt die Revolution zu hemmen, alles zu versprechen und nichts zu halten. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki spielten in der „Kontaktkommission“ die Rolle von Einfaltspinseln, die man mit hochtrabenden Phrasen und Versprechungen abpeiste, jeweils „auf morgen“ vertröstete. Wie die Krähe in der bekannten Fabel gingen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki den Schmeicheleien auf den Leim und hörten sich mit Behagen die Beteuerungen der Kapitalisten an, daß sie die Sowjets hochschätzten und ohne sie keinen Schritt täten.

In Wirklichkeit jedoch verging die Zeit, und die Kapitalistenregierung hatte rein gar nichts für die Revolution getan. Aber gegen die Revolution gelang es ihr in dieser Zeit, die geheimen Raubverträge zu erneuern, richtiger, sie zu bestätigen und durch ergänzende, ebenso geheime Verhandlungen mit den Diplomaten des englischen und französischen Imperialismus zu „beleben“. Gegen die Revolution gelang es ihr in dieser Zeit, den Grundstein zu legen für eine konterrevolutionäre Organisation (oder zum mindesten für eine Annäherung) der Generale und Offiziere der Feldarmee. Gegen die Revolution gelang es ihr, die Organisation der Industriellen, Fabrikanten und Unternehmer in die Wege zu leiten, die unter dem Druck der Arbeiter gezwungen waren, ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen, aber gleichzeitig begannen, die Produktion zu sabotieren (zu schädigen) und ihre Stilllegung vorzubereiten, wozu sie auf eine günstige Gelegenheit warteten.

Doch die Organisation der fortgeschrittenen Arbeiter und Bauern in den Sowjets ging unaufhaltsam vorwärts. Die besten Menschen aus den unterdrückten Klassen fühlten, daß die Regierung trotz ihres Abkommens mit dem Petrograder Sowjet, trotz der Schönrederei Kerenskis, trotz der „Kontaktkommission“ ein Feind des Volkes, ein Feind der Re-

volution bleibt. Die Massen fühlten, daß die Sache des Friedens, die Sache der Freiheit, die Sache der Revolution unvermeidlich verloren ist, wenn der Widerstand der Kapitalisten nicht gebrochen wird. Unter den Massen wuchs die Ungeduld und die Erbitterung.

VI

Die Erbitterung kam am 20. und 21. April zum Durchbruch. Die Bewegung flammte spontan auf, von niemandem vorbereitet. Die Bewegung richtete sich mit einer solchen Schärfe gegen die Regierung, daß ein Regiment sogar bewaffnet aufmarschierte und vor dem Marienpalast erschien, um die Minister zu verhaften. Allen wurde es völlig klar, daß sich die Regierung nicht halten kann. Die Sowjets hätten die Macht ohne den geringsten Widerstand von irgendwelcher Seite übernehmen können (und müssen). Statt dessen unterstützten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die fallende Kapitalistenregierung, verstrickten sich noch mehr durch das Paktieren mit ihr, machten noch verhängnisvollere, zum Untergang der Revolution führende Schritte.

In der Revolution lernen alle Klassen mit einer in gewöhnlichen, friedlichen Zeiten ungeahnten Schnelligkeit und Gründlichkeit. Die Kapitalisten, die am besten organisiert, die in Sachen des Klassenkampfes und der Politik am erfahrensten sind, hatten rascher als die anderen gelernt. Als sie sahen, daß die Lage der Regierung unhaltbar geworden war, griffen sie zu einer Methode, die nach 1848 viele Jahrzehnte lang von den Kapitalisten anderer Länder zur Irreführung, Spaltung und Schwächung der Arbeiter praktiziert wurde. Diese Methode ist die sogenannte „Koalitions“regierung, d. h. eine vereinigte, aus der Bourgeoisie und den Überläufern aus dem Lager des Sozialismus zusammengesetzte, gemeinsame Regierung.

In den Ländern, in denen Freiheit und Demokratie neben der revolutionären Arbeiterbewegung am längsten bestehen, in England und Frankreich, haben die Kapitalisten diese Methode oftmals und mit großem Erfolg angewandt. Die „sozialistischen“ Führer, die in die Regierung der Bourgeoisie eintraten, erwiesen sich unweigerlich als Strohmänner, als Marionetten, als Kulisse für die Kapitalisten, als Werkzeuge des Betrugs

an den Arbeitern. Die „demokratischen und republikanischen“ Kapitalisten Rußlands haben dieselbe Methode in Anwendung gebracht. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki ließen sich auch gleich übers Ohr hauen, und am 6. Mai wurde die „Koalitions“regierung unter Beteiligung Tschernows, Zeretelis und Co. Tatsache.

Die Einfaltspinsel aus der sozialrevolutionären und der menschewistischen Partei jubelten und sonnten sich selbstgefällig im Glanz des Ministerruhms ihrer Führer. Die Kapitalisten rieben sich vor Vergnügen die Hände, da sie in Gestalt der „Führer der Sowjets“ Helfer gegen das Volk gewonnen hatten, da sie von ihnen das Versprechen erhielten, „Angriffsaktionen an der Front“, d. h. die Wiederbelebung des schon beinahe zum Stillstand gekommenen imperialistischen Raubkrieges, zu unterstützen. Die Kapitalisten kannten die ganze aufgeblasene Ohnmacht dieser Führer, sie wußten, daß die Versprechungen der Bourgeoisie hinsichtlich der Kontrolle und sogar der Organisation der Produktion, hinsichtlich der Friedenspolitik u. dgl. m. niemals erfüllt werden würden.

So kam es auch. Die zweite Phase in der Entwicklung der Revolution, vom 6. Mai bis zum 9. oder bis zum 18. Juni, hat die Spekulationen der Kapitalisten, daß es leicht sein werde, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki hinters Licht zu führen, vollauf gerechtfertigt.

Während Peschechonow und Skobelew sich und dem Volk mit hochtrabenden Phrasen vormachten, man werde den Kapitalisten 100 Prozent des Profits abnehmen, ihr „Widerstand sei gebrochen“ u. dgl. m., fuhren die Kapitalisten fort, ihre Stellungen zu festigen. Um die Kapitalisten zu zügeln, wurde in dieser Zeit in Wirklichkeit nichts, rein gar nichts unternommen. Die Minister aus den Reihen der Überläufer aus dem Lager des Sozialismus erwiesen sich als Schwatzmaschinen, berufen, die Aufmerksamkeit der unterdrückten Klassen abzulenken, während der ganze Apparat der Staatsverwaltung in Wirklichkeit in den Händen der Bürokratie (der Beamtenschaft) und der Bourgeoisie blieb. Der berühmte Paltschinski, Vizeminister für Industrie, war ein typischer Vertreter dieses Apparats, der jede wie immer geartete Maßnahme gegen die Kapitalisten hintertrieb. Die Minister schwatzten, und alles blieb beim alten.

Besonders der Minister Zereteli wurde von der Bourgeoisie zur Bekämpfung der Revolution verwandt. Ihn schickte man, um Kronstadt zu „beruhigen“, als die dortigen Revolutionäre so kühn wurden, daß sie es

wagten, den ernannten Kommissar abzusetzen. Die Bourgeoisie eröffnete in ihren Zeitungen eine unglaublich lärmende, bösartige, wütende Hetzkampagne voller Lügen und Verleumdungen gegen Kronstadt, erhob gegen Kronstadt die Beschuldigung, daß es sich „von Rußland lostrennen“ wolle, wobei sie diesen und ähnlichen Unsinn in tausenderlei Tonarten wiederholte und dem Kleinbürgertum und den Philistern Angst einjagte. Zereteli, der typischste Vertreter des bornierten, eingeschüchterten Philistertums, ging der bürgerlichen Hetze am „ehrlichsten“ von allen auf den Leim, er versuchte am eifrigsten, Kronstadt „niederzuschlagen und zu befrieden“, ohne sich seiner Rolle als Lakai der konterrevolutionären Bourgeoisie bewußt zu werden. Das Resultat war, daß er das Werkzeug wurde für den Abschluß eines „Übereinkommens“ mit dem revolutionären Kronstadt, dem zufolge der Kommissar von Kronstadt nicht einfach von der Regierung ernannt, sondern an Ort und Stelle gewählt und von der Regierung *bestätigt* werden sollte. Auf solche jämmerlichen Kompromisse verschwendeten die vom Sozialismus zur Bourgeoisie übergelaufenen Minister ihre Zeit.

Dort, wo sich kein Bourgeoisminister zeigen konnte, um die Regierung zu rechtfertigen, vor den revolutionären Arbeitern oder in den Sowjets, dort erschien ein „sozialistischer“ Minister, Skobelew, Zereteli, Tschernow u. a., (richtiger: dorthin wurde er von der Bourgeoisie geschickt) und verrichtete gewissenhaft die Sache der Bourgeoisie, gab sich alle Mühe, die Regierung zu rechtfertigen, die Kapitalisten reinzuwaschen, narrete das Volk mit der Wiederholung von Versprechungen, Versprechungen und Versprechungen, mit Ratschlägen, abzuwarten, abzuwarten und nochmals abzuwarten.

Minister Tschernow war durch den Kuhhandel mit seinen bürgerlichen Kollegen besonders in Anspruch genommen. Bis zum Juli, bis zu der neuen „Krise der Staatsmacht“, die nach der Bewegung vom 3. und 4. Juli eintrat, bis zum Austritt der Kadetten aus der Regierung war Minister Tschernow die ganze Zeit mit der nützlichen, interessanten, das Volk zutiefst bewegenden Sache beschäftigt, seinen bürgerlichen Kollegen „zuzureden“, ihnen ins Gewissen zu reden, sich wenigstens mit dem Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden einverstanden zu erklären. Dieses Verbot war den Bauern auf dem Gesamtrussischen Kongreß (Sowjet) der Bauerndeputierten in Petrograd aufs feierlichste versprochen

worden. Aber das Versprechen ist ein Versprechen geblieben. Tschernow konnte es weder im Mai noch im Juni einlösen, er konnte das so lange nicht, bis die revolutionäre Welle des spontanen Ausbruchs am 3. und 4. Juli, die mit dem Austritt der Kadetten aus der Regierung zusammenfiel, es ermöglichte, diese Maßnahme durchzuführen. Aber auch dann blieb dies eine vereinzelte Maßnahme, die außerstande war, den Kampf der Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer um den Grund und Boden ernstlich zu fördern.

An der Front erfüllte indessen der „revolutionäre Demokrat“ Kerenski, das neugebackene Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, mit Erfolg und Glanz die konterrevolutionäre, imperialistische Aufgabe; den imperialistischen Raubkrieg wiederaufzunehmen, jene Aufgabe, die der im Volke verhaßte Gutschkow nicht erfüllen konnte. Kerenski berauschte sich an seiner eigenen Beredsamkeit; die Imperialisten, die mit ihm wie mit einer Schachfigur spielten, beweihräucherten ihn, er wurde umschmeichelt, er wurde vergöttert – alles dafür, daß er treu und redlich den Kapitalisten diene, daß er den „revolutionären Truppen“ zuredete, sich bereit zu erklären, den Krieg wiederaufzunehmen, der in Erfüllung der Verträge des Zaren Nikolaus II. geführt wird, die dieser mit den Kapitalisten Englands und Frankreichs abgeschlossen hatte, der geführt wird, damit die russischen Kapitalisten Konstantinopel und Lwow, Erserum und Trapezunt bekommen.

So verlief die zweite Phase der russischen Revolution, vom 6. Mai bis zum 9. Juni. Die konterrevolutionäre Bourgeoisie erstarkte und festigte sich, gedeckt und geschützt von den „sozialistischen“ Ministern, sie bereitete die Offensive vor, sowohl gegen den äußeren wie gegen den inneren Feind, d. h. gegen die revolutionären Arbeiter.

VII

Zum 9. Juni bereitete die Partei der revolutionären Arbeiter, die Partei der Bolschewiki, eine Demonstration in Petrograd vor, um der unaufhaltsam anwachsenden Unzufriedenheit und Empörung der Massen organisierten Ausdruck zu verleihen. Die in Abmachungen mit der Bourgeoisie verstrickten, durch die imperialistische Politik der Offensive

gebundenen sozialrevolutionären und menschewistischen Führer waren entsetzt, als sie spürten, wie ihr Einfluß unter den Massen verlorenging. Es erhob sich ein allgemeines Geschrei gegen die Demonstration, ein Geschrei, das diesmal die konterrevolutionären Kadetten mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki vereinte. Unter ihrer Führung, als Folge ihrer Politik des Paktierens mit den Kapitalisten, trat die Schwenkung der kleinbürgerlichen Massen zu einem Bündnis mit der konterrevolutionären Bourgeoisie klar in Erscheinung, zeigte sie sich mit verblüffender Anschaulichkeit. Darin besteht die historische Bedeutung, das ist der klassenmäßige Sinn der Krise vom 9. Juni.

Die Bolschewiki sagten die Demonstration ab, da sie nicht im geringsten die Absicht hatten, die Arbeiter in diesem Moment in einen verzweifelten Kampf gegen die vereinigten Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu führen. Doch diese waren gezwungen, wollten sie sich wenigstens den letzten Rest des Vertrauens der Massen wahren, eine allgemeine Demonstration auf den 18. Juni anzusetzen. Die Bourgeoisie war außer sich vor Wut, da sie darin mit Recht ein Schwanken der kleinbürgerlichen Demokratie zum Proletariat hin erblickte, und sie beschloß, die Aktion der Demokratie durch eine Offensive an der Front zu paralisieren.

In der Tat, am 18. Juni trugen die Losungen des revolutionären Proletariats, die Losungen des Bolschewismus, einen außerordentlich eindrucksvollen Sieg unter den Petersburger Massen davon, am 19. Juni aber wurde von der Bourgeoisie und dem Bonapartisten* Kerenski feierlich die gerade am 18. Juni begonnene Offensive an der Front bekanntgegeben.

Die Offensive bedeutete faktisch die Wiederaufnahme des Raubkrieges im Interesse der Kapitalisten, entgegen dem Willen der ungeheuren Mehrheit der Werktätigen. Mit der Offensive unvermeidlich verbunden war deshalb einerseits ein gewaltiges Erstarken des Chauvinismus und

* Bonapartismus (nach dem Namen der beiden französischen Kaiser Bonaparte) nennt man eine Regierung, die den Schein erwecken will, über den Parteien zu stehen, und dabei den äußerst zugespitzten Kampf der Parteien der Kapitalisten und der Arbeiter gegeneinander ausnutzt. In Wirklichkeit den Kapitalisten dienend, betrügt eine solche Regierung mehr als irgendeine andere die Arbeiter durch Versprechungen und kleine Almosen.

der Übergang der militärischen (und folglich auch der staatlichen) Macht an eine Militärclique von Bonapartisten und anderseits der Übergang zur Gewaltanwendung gegen die Massen, zur Verfolgung der Internationalisten, zur Aufhebung der Agitationsfreiheit, zu Verhaftungen und Erschießungen derer, die gegen den Krieg auftreten.

Hatte der 6. Mai die Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit Stricken an den Siegeswagen der Bourgeoisie gebunden, so hat der 19. Juni sie als Diener der Kapitalisten mit Ketten angeschmiedet.

VIII

Die Erbitterung der Massen wuchs natürlich durch den wiederaufgenommenen Raubkrieg noch schneller und stärker an. Am 3. und 4. Juli kam die Empörung der Massen zum Ausbruch, den die Bolschewiki einzudämmen suchten, und sie mußten selbstverständlich bemüht sein, ihm eine möglichst organisierte Form zu verleihen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, als Sklaven der Bourgeoisie, an ihren Herrn gefesselt, waren mit allem einverstanden: sowohl mit dem Herbeirufen reaktionärer Truppen nach Petrograd als auch mit der Wiedereinführung der Todesstrafe, sowohl mit der Entwaffnung der Arbeiter und der revolutionären Truppen als auch mit den Verhaftungen, den Verfolgungen und den Zeitungsverböten ohne Gerichtsbeschluß. Die Macht, die die Bourgeoisie in der Regierung nicht ganz an sich reißen konnte und die die Sowjets nicht übernehmen wollten, diese Macht ging über in die Hände der Militärclique, der Bonapartisten, die selbstverständlich von den Kadetten und Schwarzhundertern, den Gutsbesitzern und Kapitalisten voll unterstützt wurde.

Von Stufe zu Stufe. Nachdem die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die schiefe Bahn des Paktierens mit der Bourgeoisie betreten hatten, glitten sie unaufhaltsam abwärts, bis sie ganz unten waren. Am 28. Februar versprachen sie im Petrograder Sowjet der bürgerlichen Regierung die bedingte Unterstützung. Am 6. Mai retteten sie diese Regierung vor dem Zusammenbruch und ließen sich zu ihren Dienern und Verteidigern machen, indem sie sich mit der Offensive einverstanden erklärten. Am 9. Juni taten sie sich mit der konterrevolutionären Bourgeoisie zu einem

wütenden, gehässigen Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen das revolutionäre Proletariat zusammen. Am 19. Juni billigten sie die begonnene Wiederaufnahme des Raubkrieges. Am 3. Juli willigten sie ein, daß reaktionäre Truppen herbeigerufen wurden – das war der Beginn der endgültigen Übergabe der Macht an die Bonapartisten. Von Stufe zu Stufe.

Dieses schmachvolle Ende der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ist kein Zufall, sondern resultiert – wie das die Erfahrungen in Europa oftmals bestätigt haben – aus der ökonomischen Lage der Kleinbesitzer, des Kleinbürgertums.

IX

Jeder hat natürlich beobachtet, wie die Kleinbesitzer sich abrackern, wie sie danach streben „aufzusteigen“, um richtige Unternehmer, „solide“ Unternehmer zu werden, zur Bourgeoisie emporzusteigen. Solange der Kapitalismus herrscht, gibt es für die Kleinbesitzer keinen anderen Ausweg: entweder selbst zu Kapitalisten werden (doch das ist im besten Falle einem von hundert Kleinbesitzern möglich) oder zum ruinierten Kleinbesitzer, zum Halbproletarier, und dann zum Proletarier werden. Ebenso ist es in der Politik: Die kleinbürgerliche Demokratie, besonders ihre Führerschaft, strebt der Bourgeoisie nach. Die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie vertrösten ihre Massen mit Versprechungen und Beteuerungen über die Möglichkeit einer Verständigung mit den Großkapitalisten; im besten Falle erreichen sie auf ganz kurze Zeit von den Kapitalisten geringfügige Zugeständnisse für eine kleine Oberschicht der werktätigen Massen, aber in allem Entscheidenden, in allem Wichtigen war die kleinbürgerliche Demokratie stets im Schlepptau der Bourgeoisie, ihr ohnmächtiges Anhängsel, ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Finanzkönige. Die Erfahrung Englands und Frankreichs hat dies viele Male bestätigt.

Die Erfahrung der russischen Revolution, wo sich die Ereignisse, besonders unter dem Einfluß des imperialistischen Krieges und der durch ihn hervorgerufenen überaus tiefgehenden Krise, mit ungewöhnlicher Schnelligkeit entwickelt haben, diese Erfahrung vom Februar bis Juli 1917 hat die alte marxistische Wahrheit von der schwankenden Haltung des Kleinbürgertums außerordentlich klar und anschaulich bestätigt.

Die Lehre der russischen Revolution ist: Es gibt für die werktätigen Massen keine andere Rettung aus der eisernen Umklammerung des Krieges, der Hungersnot, der Versklavung durch die Gutsbesitzer und Kapitalisten als den völligen Bruch mit den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, als die klare Erkenntnis ihrer Verräterrolle, das Ablehnen jedweden Paktierens mit der Bourgeoisie, den entschlossenen Übergang auf die Seite der revolutionären Arbeiter. Einzig und allein die revolutionären Arbeiter sind imstande, wenn sie von den armen Bauern unterstützt werden, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen, das Volk zur Er kämpfung des Grund und Bodens ohne Entschädigung, zur vollen Freiheit, zum Sieg über die Hungersnot, zum Sieg über den Krieg, zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu führen.

NACHWORT

Dieser Artikel ist, wie aus dem Text ersichtlich, Ende Juli geschrieben worden.

Der Verlauf der Revolution im August hat das im Artikel Gesagte völlig bestätigt. Ende August brachte dann der Aufstand Kornilows eine neue Wendung der Revolution mit sich, indem er dem ganzen Volk anschaulich zeigte, daß die Kadetten im Bunde mit den konterrevolutionären Generalen danach trachten, die Sowjets auseinanderzujagen und die Monarchie wiederherzustellen. Wie stark diese neue Wendung der Revolution ist, ob es ihr gelingen wird, der verhängnisvollen Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie ein Ende zu setzen, das wird die nahe Zukunft zeigen . . .

6. September 1917

N. Lenin

ZUM AUFTRETEN KAMENEWS
IM ZENTRALEXEKUTIVKOMITEE IN DER FRAGE
DER STOCKHOLMER KONFERENZ⁷⁰

Die Rede des Gen. Kamenew im Zentralexekutivkomitee am 6. August in der Frage der Stockholmer Konferenz muß notwendig bei den ihrer Partei und ihren Grundsätzen treuen Bolschewiki auf Widerspruch stoßen.

Gleich im ersten Satz seiner Rede gab Gen. Kamenew eine formale Erklärung ab, die sein Auftreten geradezu zu einer Ungeheuerlichkeit macht. Gen. Kamenew macht den Vorbehalt, daß er im eigenen Namen spreche, daß „unsere Fraktion diese Frage nicht behandelt“ habe.

Erstens, seit wann ist es in einer organisierten Partei üblich, daß einzelne Mitglieder zu wichtigen Fragen „im eigenen Namen“ sprechen; wenn die Fraktion die Frage nicht behandelt hat, so hatte Gen. Kamenew nicht das Recht aufzutreten. Das ist die erste Schlußfolgerung aus seinen eigenen Worten.

Zweitens, welches Recht hatte Gen. Kamenew, sich darüber hinwegzusetzen, daß ein Beschluß des ZK der Partei gegen eine Beteiligung in Stockholm vorliegt. Solange dieser Beschluß nicht durch einen Parteitag oder einen neuen Beschluß des ZK aufgehoben worden ist, bleibt er für die Partei Gesetz. Wäre er aufgehoben, dann hätte Gen. Kamenew dies nicht verschweigen dürfen, dann hätte er nicht in der Vergangenheitsform sagen dürfen: „Wir Bolschewiki standen bisher der Stockholmer Konferenz ablehnend gegenüber.“

Die Schlußfolgerung ist wiederum die, daß Kamenew nicht nur kein Recht hatte aufzutreten, sondern daß er einen Parteibeschuß direkt verletzte, direkt gegen die Partei gesprochen, ihrem Willen zuwidergehandelt hat, da er mit keinem Wort den für ihn bindenden Beschluß des ZK

erwähnte. Dieser Beschluß aber war seinerzeit in der „Prawda“ veröffentlicht worden, sogar mit dem Zusatz, daß der Vertreter der Partei die Konferenz der Zimmerwalder verlassen werde, wenn sie sich für eine Beteiligung in Stockholm aussprechen sollte.*

Die Gründe für die „bisherige“ ablehnende Haltung der Bolschewiki zur Teilnahme an der Stockholmer Konferenz hat Kamenew unrichtig dargestellt. Er verschwieg, daß sich dort die Sozialimperialisten beteiligen werden und daß der Umgang mit ihnen für einen revolutionären Sozialdemokraten eine Schmach ist.

So traurig es auch ist, dies einzugestehen, muß doch zugegeben werden, daß Starostin, der oft vieles durcheinanderbrachte, den Standpunkt der revolutionären Sozialdemokratie tausendmal besser, richtiger und würdiger zum Ausdruck gebracht hat als Kamenew. Sich auf Beratungen mit den Sozialimperialisten, den Ministern, den Helfershelfern der Henker in Rußland einlassen – das ist eine Schmach, das ist Verrat. Von Internationalismus aber kann dann schon gar keine Rede sein.

Kamenews sachliche Argumente für eine „Änderung“ unserer Einstellung zu Stockholm sind lächerlich schwach.

„Es wurde uns klar“, sagte Kamenew, „daß Stockholm von diesem (??) Augenblick an aufhört (??), ein blindes Werkzeug in den Händen imperialistischer Staaten zu sein.“

Das ist nicht wahr. Dafür liegt keine einzige Tatsache vor, und Kamenew konnte nichts Ernsthaftes anführen. Wenn die englischen und französischen Sozialimperialisten nicht hingehen, während die deutschen hingehen, ist das denn eine prinzipielle Änderung?? Ist das denn vom Standpunkt eines Internationalisten aus überhaupt eine Änderung? Hat denn Kamenew schon den Beschluß unserer Parteikonferenz (vom 29. April) zu dem völlig analogen Fall mit dem dänischen Sozialimperialisten „vergessen“?

„Über Stockholm“, führte Kamenew, wie die Zeitungen melden, weiter aus, „beginnt das breite revolutionäre Banner zu wehen, unter dem sich die Kräfte des Weltproletariats mobilisieren.“

Das ist eine ganz hohle Deklamation im Geiste von Tschernow und Zereteli. Das ist eine himmelschreiende Unwahrheit. Nicht das revolu-

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 385. *Die Red.*

tionäre Banner, sondern das Banner des Schachers, des Paktierens und der Amnestie für die Sozialimperialisten, der Verhandlungen der Bankiers über die Aufteilung der Annexionen – dieses Banner beginnt in Wirklichkeit über Stockholm zu wehen.

Es darf nicht geduldet werden, daß die Partei der Internationalisten, die vor der ganzen Welt die Verantwortung für den revolutionären Internationalismus trägt, sich durch Liebäugeln mit den Machenschaften der russischen und deutschen Sozialimperialisten, mit den Machenschaften der Minister der bürgerlichen imperialistischen Regierung der Tschernow, Skobelew und Co. kompromittiert.

Wir haben beschlossen, die III. Internationale zu schaffen. Das müssen wir allen Schwierigkeiten zum Trotz verwirklichen. Keinen Schritt zurück zu Übereinkünften zwischen Sozialimperialisten und Überläufern aus dem Lager des Sozialismus!

„Proletari“ Nr. 3,
29. (16.) August 1917.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text des „Proletari“.

GERÜCHTE VON EINER VERSCHWÖRUNG

Die Notiz, die unter diesem Titel in Nummer 103 der „Nowaja Shisn“ vom 17. August veröffentlicht wurde, verdient eine sehr ernsthafte Beachtung, und man muß sich (immer und immer wieder) mit ihr beschäftigen, obwohl die Angelegenheit, die in dieser Notiz für etwas Ernsthaftes ausgegeben wird, ganz und gar nicht ernst zu nehmen ist.

Der Inhalt der Notiz ist, daß sich in Moskau am 14. August das Gerücht verbreitet hatte, einige Kosakenformationen marschierten von der Front gegen Moskau, und zu gleicher Zeit organisierten „bestimmte militärische Gruppen, mit denen auch gewisse Gesellschaftskreise Moskaus sympathisieren“, „entschlossene konterrevolutionäre Aktionen“. Angeblich sollen ferner die Militärbehörden den Moskauer Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten davon in Kenntnis gesetzt und „unter Mitwirkung von Vertretern des Zentralexekutivkomitees“ (d. h. der Menschewiki und Sozialrevolutionäre) Maßnahmen getroffen haben, um den Soldaten die Notwendigkeit einer Verteidigung der Stadt klarzumachen u. dgl. m. Die Notiz schließt mit den Worten: „Zu diesen Vorbereitungen wurden auch Vertreter der Moskauer Bolschewiki hinzugezogen, die Einfluß in vielen Truppenteilen haben, zu denen ihnen aus diesem Anlaß Zugang gewährt wurde.“

Dieser letzte Satz ist absichtlich unklar und zweideutig formuliert. Wenn die Bolschewiki in vielen Truppenteilen Einfluß haben (was unbestreitbar und allgemein bekannt ist), wie *konnte* man dann, wer konnte dann den Bolschewiki zu diesen Truppenteilen „Zugang gewähren“? Das ist doch offenbar widersinnig. Hat man aber wirklich den Bolschewiki „aus diesem Anlaß“ den „Zugang gewährt“ (wer denn? – offenbar die Menschewiki und Sozialrevolutionäre!) zu *irgendwelchen* Truppenteilen,

Циркуляры о заговорах.

Записка, написанная мной для публикации в 1917, 1918, 1919 гг.; она (как, помню, уже) имеет характер анонимный и не имеет даты (как и все мои) и подписана, как всегда, не настоящим именем, а псевдонимом "И. И. Ильич".

Циркуляры эти, конечно, не имеют, как и другие мои, никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране. Они, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране. Они, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране.

Итак, в настоящее время в стране происходит нечто такое, что вызывает у меня глубокое сожаление. События эти, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране. Они, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране.

Итак, в настоящее время в стране происходит нечто такое, что вызывает у меня глубокое сожаление. События эти, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране. Они, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране.

Циркуляры, написанные мною, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране. Они, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране. Они, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране.

Итак, в настоящее время в стране происходит нечто такое, что вызывает у меня глубокое сожаление. События эти, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране. Они, конечно, не имеют никакого отношения к делу, а являются лишь попыткой выразить свое мнение по поводу того, что происходит в стране.

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript
„Gerüchte von einer Verschwörung“ – August 1917
Verkleinert

so bedeutet dies, daß ein gewisser *Block*, ein Bündnis, eine Vereinbarung zwischen den Bolschewiki und den Vaterlandsverteidigern zur „Abwehr der Konterrevolution“ bestanden hat.

Dieser Umstand eben gibt der nicht ernst zu nehmenden Notiz eine ernste Bedeutung und verlangt von allen klassenbewußten Arbeitern, den mitgeteilten Tatsachen die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Gerüchte, welche die Vaterlandsverteidiger, d. h. die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, verbreiten, sind ganz offenbar unsinnig, und vollkommen klar ist die schmutzige und gemeine politische Absicht, mit der diese Gerüchte verbreitet werden. Wirklich konterrevolutionär ist ja gerade die Provisorische Regierung, die die Vaterlandsverteidiger angeblich verteidigen wollen. In Wirklichkeit beorderte gerade die Provisorische Regierung, darunter die „sozialistischen“ Minister, die Kosakentruppen von der Front in die Hauptstädte, z. B. am 3. Juli nach Petrograd, was von dem Kosakengeneral Kaledin auf der Moskauer konterrevolutionären imperialistischen Beratung auch formell bestätigt wurde. Das ist eine Tatsache.

Diese Tatsache, die die Menschewiki und Sozialrevolutionäre entlarvt und ihren Verrat an der Revolution, *ihr Bündnis* mit den Konterrevolutionären, *ihr Bündnis* mit den Kaledin beweist, diese Tatsache möchten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre verwischen, vertuschen, vergessen machen durch „Gerüchte“, daß Kosaken ohne Wissen von Kerenski, Zereteli, Skobelew und Awksentjew gegen Moskau marschieren, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre „die Revolution verteidigen“ u. dgl. m. Die politische Absicht der verräterischen Menschewiki und Vaterlandsverteidiger liegt klar auf der Hand: sie wollen die Arbeiter betrügen, sich selbst für Revolutionäre ausgeben, irgend etwas über die Bolschewiki erfahren (selbstverständlich, um es an den Abwehrdienst weiterzugeben), wollen ihr eigenes Ansehen etwas aufbessern! Diese Absicht ist ebenso niederträchtig wie durchsichtig! Auf billige Art möchten sie durch Ausstreuen albernere „Gerüchte“ „Zugang“ zu den bolschewistischen Truppenteilen erhalten und allgemein das Vertrauen zur Provisorischen Regierung stärken, indem sie naive Menschen glauben machen, die Kosaken wollten diese Regierung stürzen, die *nicht* im Bunde mit den Kosaken sei, sondern „die Revolution verteidige“ und so weiter und so fort.

Die Absicht liegt auf der Hand. Die Gerüchte sind zwar unsinnig und aus der Luft gegriffen. Doch, so urteilen die Vaterlandsverteidiger, wir festigen auf diese Weise das Vertrauen zur Provisorischen Regierung und ziehen so nebenbei auch noch die Bolschewiki in einen „Block“ mit uns hinein!

Es ist schwer zu glauben, daß sich unter den Bolschewiki solche Einfallspinsel und Schufte finden könnten, die sich jetzt zu einem Block mit den Vaterlandsverteidigern hergeben würden. Es ist schwer, das zu glauben, denn erstens liegt eine unzweideutige Resolution des VI. Parteitags der SDAPR⁷¹ vor, in der gesagt wird (siehe „Proletari“⁷² Nr. 4), daß „die Menschewiki endgültig ins Lager der Feinde des Proletariats übergegangen sind“. Mit Leuten, die endgültig ins Lager der Feinde übergegangen sind, verhandelt man nicht, mit ihnen bildet man keine Blocks. „Die wichtigste Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie“, heißt es in derselben Resolution weiter, „ist ihre“ (der menschewistischen Vaterlandsverteidiger) „vollständige Isolierung von allen auch nur einigermaßen revolutionären Elementen der Arbeiterklasse.“ Es ist klar, daß die Menschewiki und Sozialrevolutionäre durch das Ausstreuen unsinniger Gerüchte gegen diese Isolierung ankämpfen. Es ist klar, daß sich in Moskau wie in Petrograd die Arbeiter immer mehr von den Menschewiki und Sozialrevolutionären abwenden, weil sie ihre verräterische, konterrevolutionäre Politik immer mehr durchschauen, daß also die Vaterlandsverteidiger, um die „Sache einzurenken“, „alle Minen springen lassen“ müssen.

Da eine solche Parteitagsresolution vorliegt, würden die Bolschewiki, die sich mit den Vaterlandsverteidigern über die „Gewährung von Zugang“ verständigten oder indirekt der Provisorischen Regierung (die angeblich gegen die Kosaken verteidigt werden soll) das Vertrauen aussprechen, würden solche Bolschewiki selbstverständlich sofort – und das mit Recht – aus der Partei ausgeschlossen werden.

Es ist aber auch noch aus anderen Gründen schwer zu glauben, daß sich in Moskau oder sonstwo Bolschewiki finden könnten, die sich auf einen Block mit den Vaterlandsverteidigern, auf die Bildung irgendwelcher ähnlicher gemeinsamer, wenn auch zeitweiliger Organe, auf irgendwelche Verständigung u. dgl. m. einlassen würden. Nehmen wir den besten Fall an für solche Bolschewiki, die es wahrscheinlich gar nicht gibt: nehmen wir an, sie glaubten in ihrer Naivität tatsächlich an die von den

Menschewiki und Sozialrevolutionären ausgestreuten Gerüchte, nehmen wir sogar an, man teilte ihnen irgendwelche ebenfalls aus der Luft gegriffene „Tatsachen“ mit, um ihnen Vertrauen einzufloßen. Es ist klar, daß auch in diesem Falle kein ehrlicher Bolschewik, kein Bolschewik, der nicht vollständig den Kopf verloren hat, für irgendeinen Block mit den Vaterlandsverteidigern, für irgendein Abkommen über „Gewährung von Zugang“ u. dgl. m. zu haben wäre. Sogar in diesem Falle würde jeder Bolschewik sagen: Unsere Arbeiter, unsere Soldaten werden gegen die konterrevolutionären Truppen kämpfen, wenn diese jetzt eine Offensive gegen die Provisorische Regierung beginnen, sie werden aber *nicht* diese Regierung verteidigen, die am 3. Juli Kaledin und Co. herbeigerufen hat, sondern sie werden selbständig die Revolution verteidigen und ihre eigenen Ziele verfolgen, den Sieg der Arbeiter, den Sieg der Armen, den Sieg der Sache des Friedens, nicht aber den Sieg der Imperialisten, der Kerenski, Awksentjew, Zereteli, Skobelew und Co. Sogar in dem sehr unwahrscheinlichen Fall, den wir oben voraussetzten, würde ein Bolschewik den Menschewiki sagen: Selbstverständlich werden wir kämpfen, wir werden uns aber auf keinerlei politisches Bündnis mit euch, auf keinerlei Vertrauensvotum für euch einlassen – genauso wie die Sozialdemokraten im Februar 1917 mit den Kadetten zusammen gegen den Zarismus kämpften, ohne mit ihnen irgendein Bündnis zu schließen, ohne ihnen auch nur einen Augenblick lang Glauben zu schenken. Das geringste Vertrauen zu den Menschewiki wäre heute ein ebensolcher Verrat an der Revolution, wie es das Vertrauen zu den Kadetten in den Jahren 1905 bis 1917 gewesen wäre.

Ein Bolschewik würde zu den Arbeitern und Soldaten sagen: Kämpfen wir, aber keine Spur von Vertrauen zu den Menschewiki, wenn ihr euch nicht selbst um die Früchte des Sieges bringen wollt.

Es ist für die Menschewiki nur allzu vorteilhaft, falsche Gerüchte und Mutmaßungen in Umlauf zu setzen, so, als rette die von ihnen unterstützte Regierung die Revolution, wo diese in Wirklichkeit *bereits einen Block* mit den Kaledin gebildet hat, *bereits* konterrevolutionär ist, *bereits* eine Menge Schritte zur Erfüllung der Bedingungen dieses ihres Blocks mit Kaledin getan hat und täglich aufs neue tut.

Wenn die Bolschewiki diesen Gerüchten glaubten, sie direkt oder indirekt bestärkten, so käme das einem Verrat an der Revolution gleich. Das

wichtigste Unterpfand eines Erfolgs der Revolution ist jetzt, daß die Massen den Verrat der Menschewiki und Sozialrevolutionäre deutlich erkennen und mit ihnen gänzlich brechen, daß alle revolutionären Proletarier sie ebenso konsequent boykottieren, wie die Kadetten nach den Erfahrungen des Jahres 1905 boykottiert wurden.

((Diesen Artikel bitte ich in mehreren Exemplaren abzuschreiben, ihn einigen Parteizeitungen und Parteizeitschriften zum Abdruck zu schicken und gleichzeitig in meinem Namen mit folgender Nachschrift dem ZK vorzulegen:

Ich bitte den vorliegenden Artikel als meinen Bericht an das ZK zu betrachten mit dem ergänzenden Vorschlag, vom ZK aus eine offizielle Untersuchung einzuleiten unter Beteiligung von Moskauern, die nicht Mitglieder des ZK sind, um festzustellen, ob es gemeinsame Organe der Bolschewiki und der Vaterlandsverteidiger auf dieser Basis gegeben hat, ob es Blocks oder Abkommen gegeben hat und worin diese bestanden haben usw. Es ist notwendig, offiziell die Tatsachen und Einzelheiten zu untersuchen und alles ausführlich festzustellen. Sollte sich das Vorhandensein eines Blocks als Tatsache erweisen, so müssen die dafür verantwortlichen Mitglieder des ZK oder des Moskauer Komitees unbedingt von der Arbeit suspendiert und die Frage ihrer Funktionsenthebung in aller Form noch vor dem Parteitag dem nächsten Plenum des ZK vorgelegt werden. Denn gerade *jetzt*, nach der Moskauer Beratung, nach dem Streik, nach dem 3. bis 5. Juli, erlangt Moskau die Bedeutung des *Zentrums* oder kann sie erlangen. In diesem riesigen proletarischen Zentrum, das größer ist als Petrograd, ist das Anwachsen einer Bewegung von der Art der vom 3. bis 5. Juli durchaus möglich. Damals in Petrograd lautete die Aufgabe, den friedlichen und organisierten Charakter zu wahren. Das *war* eine richtige Losung. In Moskau lautet jetzt die Aufgabe ganz *anders*; die alte Losung wäre vollkommen falsch. Jetzt wäre die Aufgabe, selbst *die Macht zu ergreifen* und sich selbst zur Regierung zu erklären mit den Losungen: Frieden, das Land den Bauern, Einberufung der Konstituierenden Versammlung zur festgesetzten Frist bei Vereinbarung mit den Bauern im Lande draußen usw. Es ist sehr leicht möglich, daß infolge der Arbeitslosigkeit, des Hungers, des Eisenbahnerstreiks, der Zerrüttung u. dgl. m. eine solche Bewegung in Moskau aufflammt. Da ist es äußerst

wichtig, daß in Moskau Leute „am Ruder“ sind, die nicht nach rechts schwanken, die zu keinem Block mit den Menschewiki fähig sind und die, wenn die Bewegung einsetzt, die *neuen* Aufgaben, die *neue* Losung der Machtergreifung und die *neuen* Mittel und Wege hierzu begreifen. Darum ist eine „Untersuchung“ der Blockangelegenheit und der Tadel an den bolschewistischen Blockisten, wenn es solche gegeben hat, sowie ihre Entfernung, nicht nur um der Disziplin willen, nicht nur zur Wiedergutmachung der bereits begangenen Dummheit notwendig, sondern im ureigensten Interesse der *künftigen* Bewegung unerlässlich. Der Streik vom 12. August in Moskau hat bewiesen, daß das *aktive* Proletariat für die Bolschewiki eintritt, ungeachtet der Mehrheit der Sozialrevolutionäre bei den Wahlen zur Duma. Das ist der Situation in Petrograd vor dem 3. bis 5. Juli 1917 sehr ähnlich. Es besteht aber ein gewaltiger Unterschied: in Petrograd war man damals nicht einmal physisch in der Lage, die Macht zu ergreifen, und hätte man sie physisch ergriffen, so hätte man sie politisch nicht halten können, da Zereteli und Co. damals noch nicht bis zur Unterstützung des Henkertums hinabgesunken waren. Darum wäre *damals*, am 3. bis 5. Juli 1917 in Petrograd, die Losung der Machtergreifung *falsch* gewesen. Damals fehlte sogar bei den Bolschewiki noch die bewußte Entschlossenheit – das konnte auch nicht anders sein –, Zereteli und Co. als Konterrevolutionäre zu behandeln. Damals konnten weder die Soldaten noch die Arbeiter die Erfahrung besitzen, die ihnen der Monat Juli gebracht hat.

Jetzt liegen die Dinge ganz anders. Wenn es jetzt in Moskau zum Ausbruch einer spontanen Bewegung kommt, muß die Losung gerade die Machtergreifung sein. Darum ist es ganz besonders wichtig, daß in Moskau geeignete Leute die Bewegung leiten, die diese Losung *restlos* begriffen und wirklich durchdacht haben. Darum muß man immer und immer wieder eine Untersuchung fordern und darauf bestehen, daß die Schuldigen entfernt werden.))

*Geschrieben am 18./19. August
(31. August/1. September) 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1928
im Lenin-Sammelband VII.*

Nach dem Manuskript.

SIE SEHEN DEN WALD VOR LAUTER BÄUMEN NICHT

In der Sitzung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets am 4. August sagte L. Martow (wir zitieren nach dem Bericht der „Nowaja Shisn“): „Zeretelis Kritik ist zu milde“, „die Regierung leistet gegen die konterrevolutionären Anschläge der Militärkreise keinen Widerstand“ und „es gehört nicht zu unseren Zielen, die jetzige Regierung zu stürzen oder das Vertrauen zu ihr zu untergraben . . .“ „Das reale Kräfteverhältnis“, fuhr Martow fort, „bietet jetzt keine Grundlage, den Übergang der Macht an die Sowjets zu fordern. Dies könnte sich nur im Verlauf eines Bürgerkriegs ergeben, der aber zur Zeit unzulässig ist.“ „Wir beabsichtigen nicht, die Regierung zu stürzen“, schließt Martow, „doch wir müssen sie darauf aufmerksam machen, daß es im Lande außer den Kadetten und Militärs noch andere Kräfte gibt. Es sind das die Kräfte der revolutionären Demokratie, und auf diese muß sich die Provisorische Regierung stützen.“

Diese Betrachtungen Martows sind beachtenswert, und es lohnt sich, ihnen die volle Aufmerksamkeit zu widmen. Beachtenswert sind sie deshalb, weil sie außergewöhnlich plastisch die meistverbreiteten, schädlichsten und gefährlichsten politischen Irrtümer der kleinbürgerlichen Masse, ihre typischsten Vorurteile wiedergeben. Unter allen Vertretern dieser Masse ist Martow als Publizist sicher einer der am weitesten „links“ stehenden, einer der revolutionärsten, politisch bewußtesten und geschicktesten. Eben deshalb ist es nützlicher, gerade Martows Betrachtungen zu analysieren als etwa die irgendeines mit leeren Phrasen paradierenden Tschernow, die eines bornierten Zereteli und anderer. Wenn wir Martows Betrachtungen analysieren, so analysieren wir das, was zur Zeit an den Ideen des Kleinbürgertums das Vernünftigste ist.

Äußerst bezeichnend sind vor allem Martows Schwankungen in der Frage des Übergangs der Macht an die Sowjets. Vor dem 4. Juli war Martow *gegen* diese Losung, nach dem 4. Juli ist er *für* sie. Anfang August ist er wieder dagegen, und man beachte, wie unglaublich unlogisch, wie komisch seine Argumentation vom Standpunkt des Marxismus aus ist. Er ist gegen die Übernahme der Macht, denn „das reale Kräfteverhältnis bietet jetzt keine Grundlage, den Übergang der Macht an die Sowjets zu fordern. Dies könnte sich nur im Verlauf eines Bürgerkriegs ergeben, der aber zur Zeit unzulässig ist.“

Eine schöne Verwirrung. Danach war also vor dem 4. Juli der Übergang der Macht an die Sowjets *ohne* Bürgerkrieg möglich (das ist die lautere Wahrheit!) – aber gerade damals war Martow gegen den Übergang ... Danach soll zweitens nach dem 4. Juli, als Martow für den Übergang der Macht an die Sowjets war, dies ohne Bürgerkrieg möglich gewesen sein. Das entspricht nicht den Tatsachen und ist eine offenkundige, himmelschreiende Unwahrheit, denn gerade in der Nacht vom 4. zum 5. Juli riefen die Bonapartisten mit Unterstützung der Kadetten und nicht ohne die Lakaidienste von Tschernow und Zereteli konterrevolutionäre Truppen nach Petrograd. Unter solchen Umständen wäre es absolut unmöglich gewesen, die Macht auf friedlichem Wege zu übernehmen.

Drittens schließlich soll nach Martow ein Marxist oder auch nur einfach ein revolutionärer Demokrat berechtigt sein, eine den Interessen des Volkes und der Revolution voll entsprechende Losung aus dem Grunde aufzugeben, weil diese „nur im Verlauf eines Bürgerkriegs ...“ verwirklicht werden könnte. Aber das ist doch offenkundiger Widersinn, offenkundiger Verzicht auf jeden Klassenkampf, auf jede Revolution. Denn wer weiß etwa nicht, daß uns die Geschichte aller Revolutionen der Welt die nicht zufällige, sondern unvermeidliche Verwandlung des Klassenkampfes in den Bürgerkrieg lehrt? Wer weiß etwa nicht, daß wir in Rußland gerade *seit* dem 4. Juli den Beginn eines von der konterrevolutionären Bourgeoisie ausgehenden Bürgerkriegs erleben, die Entwaffnung von Regimentern, Erschießungen an der Front und Ermordungen von Bolschewiki. Der Bürgerkrieg soll also für die revolutionäre Demokratie gerade dann „unzulässig“ sein, wenn der Gang der Ereignisse mit unerbittlicher Notwendigkeit dazu geführt hat, daß die konterrevolutionäre Bourgeoisie ihn eröffnete.

Martow ist höchst lächerlich und hilflos in eine unglaubliche Verwirrung geraten.

Um diese Verwirrung zu entwirren, muß man sagen:

Gerade bis zum 4. Juli war die Losung des Übergangs der gesamten Macht an die damaligen Sowjets die einzig richtige. Damals wäre dies noch auf friedlichem Wege, ohne Bürgerkrieg möglich gewesen, denn damals gab es noch nicht die systematischen Gewaltmaßnahmen gegen die Massen, gegen das Volk, wie sie nach dem 4. Juli angewandt werden. Damals hätte dies eine friedliche Weiterentwicklung der ganzen Revolution gesichert und insbesondere ein friedliches Austragen des Kampfes der Klassen und Parteien *innerhalb* der Sowjets ermöglicht.

Nach dem 4. Juli ist der Übergang der Macht an die Sowjets ohne Bürgerkrieg unmöglich geworden, weil die Macht seit dem 4. und 5. Juli an die bonapartistische Militärclique übergegangen ist, die von den Kadetten und den Schwarzhundertern unterstützt wird. Daraus folgt, daß nunmehr alle Marxisten, alle Anhänger des revolutionären Proletariats, alle ehrlichen revolutionären Demokraten die *Pflicht haben*, die Arbeiter und Bauern über diese grundlegende Veränderung der Lage aufzuklären, die einen anderen Weg des Übergangs der Macht an die Proletarier und Halbproletarier nötig macht.

Martow hat keine Argumente angeführt zur Begründung seines „Gedankens“, daß der Bürgerkrieg „zur Zeit“ unzulässig sei, zur Begründung seiner Erklärung, wonach er nicht das Ziel verfolge, „die jetzige Regierung zu stürzen“. Ohne Motivierung aber läuft seine Meinung, besonders wenn sie in einer Versammlung von Vaterlandsverteidigern geäußert wird, unvermeidlich auf das Argument der Vaterlandsverteidiger hinaus: der Bürgerkrieg im Innern sei unzulässig, weil der äußere Feind drohe.

Wir wissen nicht, ob Martow es wagen würde, ein solches Argument offen vorzubringen. Unter der Masse des Kleinbürgertums ist es eins der geläufigsten Argumente, allerdings auch eins der abgeschmacktesten. Die Bourgeoisie fürchtete weder im September 1870 in Frankreich noch im Februar 1917 in Rußland den Bürgerkrieg und die Revolution, obwohl ein äußerer Feind drohte. Die Bourgeoisie hat nicht gefürchtet, die Macht um den Preis des Bürgerkriegs an sich zu reißen, obwohl ein äußerer Feind drohte. Das revolutionäre Proletariat wird sich ebenso-

wenig an dieses „Argument“ der Lügner und der Lakaïen der Bourgeoisie kehren.

*

Einer der haarsträubendsten theoretischen Fehler, den Martow begeht und der auch für den ganzen politischen Ideenkreis des Kleinbürgertums äußerst typisch ist, besteht in der Verwechslung der zaristischen, überhaupt der monarchistischen Konterrevolution mit der bürgerlichen Konterrevolution. Darin zeigt sich gerade die spezifische Borniertheit, die spezifische Beschränktheit des kleinbürgerlichen Demokraten, der sich aus seiner wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Abhängigkeit von der Bourgeoisie nicht befreien kann, der Bourgeoisie den Vortritt läßt, in ihr das „Ideal“ sieht und ihr Gezeter über die Gefahr der „Konterrevolution von rechts“ ernst nimmt.

Diesen Ideenkreis oder besser diese Beschränktheit des Kleinbürgertums brachte Martow zum Ausdruck, als er in seiner Rede sagte: „Wir müssen als Gegengewicht zu dem gegen sie (die Regierung) von rechts ausgeübten Druck einen Gegendruck schaffen.“

Das ist ein Musterstück philisterhafter Vertrauensseligkeit und der Ignorierung des Klassenkampfes. Die Regierung steht danach gewissermaßen über den Klassen, über den Parteien, es wird nur ein zu starker „Druck“ von rechts auf sie ausgeübt, man muß also stärker von links her drücken. Oh, höchste Weisheit, würdig eines Louis Blanc, Tschernow, Zereteli und dieser ganzen verächtlichen Sippschaft. Wie unendlich vorteilhaft ist doch diese Philisterweisheit für die Bonapartisten, wie gern wollen sie dem „dummen Bäuerlein“ die Sache gerade so darstellen, als kämpfe die gegenwärtige Regierung sowohl gegen rechts als auch gegen links, als kämpfe sie nur gegen die Extreme, als verwirkliche sie die wahre Staatlichkeit, als setze sie die wahre Demokratie in die Tat um. In Wirklichkeit ist jedoch gerade diese bonapartistische Regierung die Regierung der konterrevolutionären Bourgeoisie.

Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft (und zur Verewigung ihrer Herrschaft notwendig), das Volk irrezuführen und die Sache so darzustellen, als verkörpere sie „die Revolution überhaupt, während von rechts, vom Zaren, die Konterrevolution droht“. Nur durch die grenzenlose Borniertheit der Dan und Zereteli, durch die grenzenlose Selbstgefälligkeit der Tschernow und Awksentjew hält sich dieser von den Lebensbedingungen

des Kleinbürgertums genährte Gedanke überhaupt in den Kreisen der „revolutionären Demokratie“.

Jeder aber, der aus der Geschichte oder aus der marxistischen Lehre auch nur das mindeste gelernt hat, muß zugeben, daß an die Spitze einer politischen Analyse die *Klassenfrage* gestellt werden muß: Um die Revolution welcher Klasse oder um die Konterrevolution welcher Klasse handelt es sich?

Frankreichs Geschichte zeigt uns, daß die bonapartistische Konterrevolution Ende des 18. Jahrhunderts (und dann zum zweitenmal in den Jahren 1848–1852) auf dem Boden der konterrevolutionären Bourgeoisie entstanden ist und ihrerseits der Restauration der legitimen Monarchie den Weg bahnte. Der Bonapartismus ist eine Regierungsform, die hervorsticht aus dem konterrevolutionären Wesen der Bourgeoisie in einer Zeit der demokratischen Umgestaltungen und der demokratischen Revolution.

Man muß schon absichtlich die Augen schließen, um nicht zu sehen, wie der Bonapartismus in Rußland unter sehr ähnlichen Bedingungen vor unseren Augen heranwächst. Die zaristische Konterrevolution ist gegenwärtig ganz belanglos, sie hat nicht die geringste politische Bedeutung und spielt politisch überhaupt keine Rolle. Das Schreckgespenst der zaristischen Konterrevolution wird von Scharlatanen absichtlich vorgeschoben und aufgebauscht, um damit den Dummen Angst einzujagen, den Philistern eine politische Sensation zu bieten und die Aufmerksamkeit des Volkes von der wirklichen, ernsthaften Konterrevolution abzulenken. Man kann nicht ohne zu lachen die Betrachtungen irgendeines Sarudny lesen, der sich wichtigtuerisch bemüht, der konterrevolutionären Rolle irgendeiner Hinterhofvereinigung, „Heiliges Rußland“ genannt, Gewicht beizumessen, der aber die konterrevolutionäre Rolle der Vereinigung der gesamten Bourgeoisie Rußlands, genannt Kadettenpartei, „nicht bemerkt“.

Die Kadettenpartei ist die politische Hauptkraft der bürgerlichen Konterrevolution in Rußland. Diese Kraft hat es ausgezeichnet verstanden, alle Schwarzhunderter um sich zu scharen, sowohl bei den Wahlen als auch (was noch wichtiger ist) im Apparat der Militär- und Zivilverwaltung und bei dem Lügen-, Verleumdungs- und Hetzfeldzug der Presse, der sich zuerst gegen die Bolschewiki, d. h. gegen die Partei des revolutionären Proletariats, und dann gegen die Sowjets richtete.

Die jetzige Regierung führt allmählich, aber beharrlich gerade jene Politik durch, die die Kadettenpartei seit März 1917 systematisch propagiert und vorbereitet hat. Wiederaufnahme und Hinziehen des imperialistischen Krieges, Einstellen des „Geschwätzes“ vom Frieden, Ermächtigung der Minister, Zeitungen, dann Tagungen zu verbieten, sodann Verhaftungen und Ausweisungen vorzunehmen, Wiedereinführung der Todesstrafe, Erschießungen an der Front, Entwaffnung von Arbeitern und revolutionären Regimentern, Überschwemmung der Hauptstadt mit konterrevolutionären Truppen, Beginn von Verhaftungen und Verfolgungen von Bauern wegen eigenmächtiger „Besitzergreifungen“, Stilllegen von Fabriken und Aussperrungen – das ist die bei weitem noch nicht vollständige Liste der Maßnahmen, die uns in aller Klarheit das Bild der bürgerlichen Konterrevolution des Bonapartismus vor Augen führen.

Und der Aufschub des Termins zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung, die „Krönung“ der bonapartistischen Politik durch den „Senski Sobor“ in Moskau, dieser Übergangsschritt zum Aufschub der Konstituierenden Versammlung bis nach Kriegsende, ist das nicht ein Glanzstück bonapartistischer Politik? Doch Martow sieht nicht, wo der Generalstab der bürgerlichen Konterrevolution sitzt . . . Wahrlich, sie sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht.

*

Welch unendlich schmutzige Lakaienrolle hat das ZEK der Sowjets, d. h. die dort herrschenden Sozialrevolutionäre und Menschewiki, beim Aufschub der Konstituierenden Versammlung gespielt! Die Kadetten gaben den Ton an, warfen den Gedanken der Verschiebung auf, eröffneten eine Pressekampagne und schoben einen *Kosakenkongreß* mit der Forderung nach Aufschub vor. (Ein Kosakenkongreß! Wie sollten da die Liber, Awksentjew, Tschernow und Zereteli nicht Lakaiendienste leisten!) Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre liefen hinter den Kadetten her und krochen auf den Pfiff des Herrn zu Kreuze, wie Hunde, denen die Peitsche droht.

Statt dem Volke an Hand einfacher, realer Tatsachen zu zeigen, wie schamlos frech die Kadetten die Einberufung der Konstituierenden Versammlung seit März hinausgezögert und hintertrieben haben, statt die verlogenen Ausflüchte und Versicherungen der Kadetten zu entlarven,

daß es unmöglich sei, die Konstituierende Versammlung zur festgesetzten Frist einzuberufen, statt dessen warf das Büro des ZEK rasch alle „Zweifel“ beiseite, die sogar von Dan (sogar von Dan!) geäußert worden waren, und das Lakaienkollegium entsandte zwei Lakaien, Bramson und Bronsow, zur Provisorischen Regierung mit einem Bericht „über die Notwendigkeit einer Verschiebung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung bis zum 28./29. Oktober . . .“ Ein wunderbares Vorspiel zur Krönung der Bonapartisten durch den „Semski Sobor“ in Moskau. Wer noch nicht den letzten Grad der Gemeinheit erreicht hat, muß sich um die Partei des revolutionären Proletariats scharen. Ohne den Sieg des Proletariats gibt es für das Volk *keinen* Frieden, für die Bauern *kein* Land, für die Arbeiter und alle Werktätigen *kein* Brot.

„Proletari“ Nr. 6,

Nach dem Text des „Proletari“.

1. September (19. August) 1917.

Unterschrift: N. K a r p o w.

POLITISCHE ERPRESSUNG

Man nennt es Erpressung, wenn jemand unter der Drohung Geld fordert, irgendwelche Tatsachen oder erfundene „Geschichten“, die dem Betroffenen unangenehm sein könnten, zu enthüllen oder ihm irgendwelche anderen Unannehmlichkeiten zu bereiten.

Eine politische Erpressung ist die Androhung von Enthüllungen oder die Enthüllung tatsächlicher, häufiger aber erfundener „Geschichten“, um den Gegner politisch zu schädigen, zu verleumden, ihm die Möglichkeit der politischen Betätigung zu nehmen oder ihm diese Betätigung zu erschweren.

Unsere republikanischen und sogar, mit Verlaub zu sagen, demokratischen Bürger und Kleinbürger haben sich als Helden der politischen Erpressung entpuppt und eine „Kampagne“ von Verdächtigungen, Lügen und Verleumdungen gegen die ihnen nicht genehmen Parteien und Politiker eröffnet. Die Verfolgungsmethoden des Zarismus waren brutal, bestialisch und grausam, die der republikanischen Bourgeoisie sind *schmutzig*; sie bemüht sich, die ihr verhaßten proletarischen Revolutionäre und Internationalisten durch Verleumdung und Lüge, Unterstellungen und Verdächtigungen, durch Gerüchte und so weiter und so fort zu besudeln.

Besonders den Bolschewiki ist die Ehre zuteil geworden, diese Art Verfolgung durch die republikanischen Imperialisten am eigenen Leibe zu erfahren. Überhaupt kann der Bolschewik folgenden bekannten Ausspruch des Dichters auf sich beziehen:

Nicht an des Lobes sanft Tribut,
Am wilden Haßgeschrei der Wut
Erkennet er des Beifalls Stimme.⁷³

Ein wildes Haßgeschrei der Wut erhob sich fast sofort *nach* dem Beginn der russischen Revolution in der gesamten bürgerlichen und fast in der gesamten kleinbürgerlichen Presse gegen die Bolschewiki. Und der Bolschewik, der Internationalist, der Verfechter der proletarischen Revolution kann tatsächlich an diesem wilden Haßgeschrei der Wut die Stimme des Beifalls „erkennen“, denn der wilde Haß der Bourgeoisie ist oft der beste Beweis dafür, daß der Verleumdete, gegen den man hetzt und den man verfolgt, richtig und ehrlich dem Proletariat dient.

Daß die verleumderischen Methoden der Bourgeoisie der Erpressung dienen, können wir besonders anschaulich an einem Beispiel zeigen, das *nicht* unsere Partei betrifft, an dem Beispiel des Sozialrevolutionärs Tschernow. Notorische Verleumder, Mitglieder der Kadettenpartei, an ihrer Spitze Miljukow und Hessen, die Tschernow einschüchtern und verjagen wollten, inszenierten gegen ihn eine Hetze, weil er im Ausland angeblich „defätistische“ Artikel veröffentlicht habe und in Beziehungen zu Leuten stehe, die von Agenten des deutschen Imperialismus Geld erhalten haben sollen. Eine Hetze entbrannte, die von der gesamten bürgerlichen Presse aufgegriffen wurde.

Doch dann „einigten sich“ die Kadetten und die Sozialrevolutionäre über eine bestimmte Zusammensetzung der Regierung. Und – o Wunder! – die „Affäre“ Tschernow ward abgetan!! Innerhalb weniger Tage verschwand die „Affäre“ Tschernow ohne Gerichtsverfahren, ohne Untersuchung, ohne Veröffentlichung der Dokumente, ohne Befragung der Zeugen und ohne Gutachten von Sachverständigen. Als die Kadetten mit Tschernow unzufrieden waren, entstand die auf Verleumdung beruhende „Affäre“ Tschernow. Als die Kadetten sich, wenn auch nur vorübergehend, mit Tschernow politisch „einigten“, verschwand die „Affäre“.

Hier haben wir einen klaren Fall von politischer Erpressung vor uns. Die Zeitungshetze gegen bestimmte Personen, die Verleumdungen und Verdächtigungen dienen der Bourgeoisie und solchem Gesindel wie den Miljukow, Hessen, Saslawski, Dan und anderen als Waffe im politischen Kampf und als Mittel der politischen Rache. Ist das politische Ziel erreicht, dann ist die gegen X und Y inszenierte „Affäre“ „abgetan“; das beweist die Schmutzigkeit, die niederträchtige Unehrlichkeit und das erpresserische Tun derer, die die „Affäre“ in Szene setzten.

Denn es ist klar, daß keine politischen Veränderungen einen Men-

schen, der *kein* Erpresser ist, zwingen können, Enthüllungen einzustellen, die auf ehrlichen Absichten beruhen; es ist klar, daß ein Mensch, der *kein* Erpresser ist, auf jeden Fall seine Enthüllungen zum Abschluß bringen und nicht rasten würde, bis ein Gerichtsurteil gesprochen ist, bis die Öffentlichkeit aufs eingehendste informiert ist, bis *alle* Dokumente gesammelt und veröffentlicht sind, oder bis er einsieht, daß er sich geirrt hat oder daß ein Mißverständnis vorlag, und das offen und ehrlich eingesteht.

Das Beispiel Tschernows, der kein Bolschewik ist, zeigt uns anschaulich das wahre Wesen des Erpressungsfeldzugs der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Presse gegen die Bolschewiki. Als diesen Rittern und Handlangern des Kapitals ihr politisches Ziel erreicht schien, als die Bolschewiki verhaftet und ihre Zeitungen verboten waren, da *verstummten* die Erpresser! Die Helden des Feldzugs gegen die Bolschewiki, die Miljukow und Hessen, die Saslawski und Dan, die alle Mittel zur Enthüllung der Wahrheit in Händen hatten: die Presse, Geld, die Hilfe der Bourgeoisie im Ausland, die Unterstützung durch die „öffentliche Meinung“ des gesamten bürgerlichen Rußlands, die freundschaftliche Hilfe der Staatsgewalt eines der größten Staaten der Welt – da *verstummten* sie, die alle diese Mittel in Händen hatten.

Jeder ehrliche Mensch erkennt nun, was die klassenbewußten Arbeiter, die das Leben selbst lehrt, die Methoden der Bourgeoisie rasch zu begreifen, sofort erkannt haben, nämlich daß die Miljukow und Hessen, die Saslawski und Dan usw. *politische Erpresser* sind. Das muß ein für allemal festgestellt, den Massen auseinandergesetzt und täglich in der Zeitung veröffentlicht werden; man muß Dokumente, die das beweisen, zu einer Broschüre zusammenstellen, die Erpresser müssen boykottiert werden usw. *usf.* Das sind die des Proletariats würdigen Methoden im Kampf gegen Verleumdung und Erpressung!

Eins der letzten Opfer der Erpressung ist unser Genosse Kamenew. Er hat sich bis zur Untersuchung der Angelegenheit „von der öffentlichen Tätigkeit zurückgezogen“. Unseres Erachtens ist das ein Fehler. Gerade das haben die Erpresser bezweckt. Sie wollen die Angelegenheit gar nicht untersuchen. Es hätte genügt, wenn Kamenew dem Gesindel das Vertrauen *seiner* Partei entgegengestellt hätte, mögen dann die Kläffer aus der „Retsch“, der „Birshowka“, dem „Den“, der „Rabotschaja Gaseta“ und den übrigen niederträchtigen Zeitungen bellen, soviel sie wollen.

Wenn unsere Partei darauf eingeht, daß ihre Führer von der öffentlichen Tätigkeit entfernt werden, weil die Bourgeoisie sie verleumdet, so wird das für die Partei außerordentlich nachteilig sein, sie wird dem Proletariat Schaden zufügen, seinen Feinden aber Vergnügen bereiten. Hat doch die Bourgeoisie viele Zeitungen und noch mehr gedungene Schreiberlinge, die sich auf Erpressung verstehen (wie Saslawski und Co.), es wird ihr nur allzu leicht fallen, unsere Parteiarbeiter zu „entfernen“! Sie denkt gar nicht daran, irgendeine Angelegenheit zu untersuchen und die Wahrheit festzustellen.

Nein, Genossen! Wir werden dem Geschrei der bürgerlichen Presse nicht nachgeben! Wir werden den Halunken und Erpressern, den Miljukow, Hessen und Saslawski, kein Vergnügen bereiten. Wir werden uns auf das Urteil der Proletarier verlassen, der klassenbewußten Arbeiter unserer Partei, die aus 240 000 Internationalisten besteht. Vergessen wir nicht, daß die Internationalisten in der ganzen Welt von der Bourgeoisie und den mit ihr verbündeten Vaterlandsverteidigern mit den Mitteln der Lüge, der Verleumdung und der Erpressung verfolgt werden.

Laßt uns die Erpresser unnachgiebig brandmarken. Laßt uns unerbittlich jeden geringsten Zweifel vor dem Gericht der klassenbewußten Arbeiter, vor dem Gericht unserer Partei untersuchen; der Partei glauben wir, in ihr sehen wir die Vernunft, die Ehre und das Gewissen unserer Epoche, im internationalen Bündnis der revolutionären Internationalisten sehen wir die einzige Gewähr für die Befreiungsbewegung der Arbeiterklasse.

Keine Nachgiebigkeit gegenüber der „öffentlichen Meinung“ jener, die in einer Regierung mit den Kadetten sitzen, die den Miljukow, Dan und Saslawski die Hand reichen!

Nieder mit den politischen Erpressern! Verachtung und Boykott für sie! Ihre schändlichen Namen müssen vor den Arbeitermassen unaufhörlich angeprangert werden! Wir müssen beharrlich unseren Weg gehen, die Arbeitsfähigkeit unserer Partei erhalten und die Parteiführer davor bewahren, daß sie an das Gesindel und dessen gemeine Verleumdungen auch nur die geringste Zeit verschwenden.

„Proletari“ Nr. 10,
6. September (24. August) 1917.

Nach dem Text des „Proletari“.

PAPIERNE RESOLUTIONEN

Herr Zereteli ist einer der geschwätzigsten „sozialistischen“ Minister und Führer des Spießbürgertums. Es fällt einem schwer, seine zahllosen Reden zu Ende zu lesen, so inhaltslos und abgedroschen, so absolut nichtsagend und zu gar nichts verpflichtend, so völlig bar jeder ernstern Bedeutung sind diese wahrhaft „ministeriellen“ Reden. Was diese schönrednerischen „Ansprachen“ (durch eben deren Hohlheit Zereteli zum Liebling der Bourgeoisie werden mußte) besonders unerträglich macht, ist die maßlose Selbstgefälligkeit des Redners, und es ist schwer zu entscheiden, ob sich hinter diesen geleckten, aalglatten, süßlichen Phrasen ungewöhnliche Borniertheit oder aber zynische politische Geschäftemacherei verbirgt.

Je inhaltsloser Zeretelis Reden sind, um so nachdrücklicher müssen wir den schier unglaublichen, außerordentlichen Vorfall hervorheben, der sich bei seiner Rede in der Plenarsitzung des Petrograder Sowjets am 18. August zugetragen hat. Unglaublich, aber wahr: Zereteli sagte versehentlich ein einfaches, klares, vernünftiges, wahres Wort. Es entschlüpfte ihm ein Wort, das eine tiefe und ernste politische Wahrheit richtig ausdrückt, eine Wahrheit, der keine zufällige Bedeutung zukommt, sondern die die ganze gegenwärtige politische Lage in ihren wesentlichen, wichtigsten Zügen, in ihren Grundlagen kennzeichnet.

Dem Bericht der „Retsch“ zufolge sagte Zereteli (der Leser wird sich gewiß erinnern, daß Zereteli gegen die Resolution über die Abschaffung der Todesstrafe aufgetreten ist) folgendes:

„All eure Resolutionen werden nicht helfen. Nicht papierne Resolutionen, sondern reale Taten tun hier not . . .“

Was wahr ist, ist wahr. Kluge Reden hört man gern . . .

Natürlich trifft Zereteli mit dieser Wahrheit vor allem und am meisten sich selbst. Denn gerade er, als einer der prominentesten Führer des Sowjets, hat dazu beigetragen, diese Körperschaft zu prostituieren, sie zur kläglichsten Rolle irgendeiner liberalen Versammlung zu degradieren, die der Welt ein Archiv mustergültig ohnmächtiger frommer Wünsche als Erbe hinterläßt. Gerade Zereteli, der Hunderte von „papiernen Resolutionen“ in dem durch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki kastrierten Sowjet durchgesetzt hat, steht am wenigsten das Recht zu, wenn diesmal eine Resolution angenommen werden sollte, die ihn selbst empfindlich trifft, Zeter und Mordio über „papierne Resolutionen“ zu schreien. Zereteli hat sich selbst in die besonders lächerliche Lage eines Parlamentariers gebracht, der sich stets mehr als andere mit „parlamentarischen“ Resolutionen befaßte, ihre Bedeutung in den Himmel hob und sich am eifrigsten um sie bemühte, aber nun, wo es sich einmal um eine Resolution *gegen ihn* handelt, aus Leibeskräften schreit, „die Trauben sind sauer“, die Resolution sei ja eigentlich nur eine papierne.

Aber die Wahrheit bleibt doch Wahrheit, auch wenn sie ein Heuchler in heuchlerischem Tone ausspricht.

Diese Resolution ist nicht aus dem Grunde eine papierne Resolution, aus dem sie der ehemalige Minister Zereteli so bezeichnete, der die Todesstrafe zur Verteidigung der Revolution (nicht lachen!) für notwendig hält. Die Resolution ist deswegen eine papierne, weil darin die schablonenhafte, seit März 1917 auswendig gelernte und seither gedankenlos hergeleierte Formel wiederholt wird: „Der Sowjet fordert von der Provisorischen Regierung.“ Man hat sich daran gewöhnt, zu „fordern“ und wiederholt das aus Gewohnheit, ohne zu merken, daß sich die Lage verändert hat, daß man keine Macht mehr besitzt und daß eine „Forderung“, die sich nicht auf Macht stützt, lächerlich ist.

Mehr noch, die schablonenhaft wiederholte „Forderung“ ruft in den Massen die Illusion wach, als habe sich die Lage gar nicht verändert, als sei der Sowjet noch eine Macht, als habe er durch das Aufstellen einer „Forderung“ etwas vollbracht und dürfe sich nun hinlegen und den Schlaf des „revolutionären“ (mit Verlaub . . .) „Demokraten“ schlafen, der seine Pflicht erfüllt hat.

Der eine oder andere Leser wird vielleicht fragen: Ist es denn so, daß

die Bolschewiki, die Anhänger der politischen Nüchternheit, der genauen Kräfteberechnung, die Gegner der Phrase, nicht für diese Resolution hätten stimmen sollen?

Keineswegs. Man mußte schon deswegen für sie stimmen, weil ein Paragraph der Resolution (§ 3) den ausgezeichneten, richtigen (grundlegenden, wichtigen, entscheidenden) Gedanken enthält, daß die Todesstrafe eine Waffe ist, die sich gegen die *Massen* richtet (etwas anderes wäre es, wenn es sich um eine Waffe gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten handelte). Man mußte für sie stimmen, obwohl die sozialrevolutionären Spießer Martows Text verhunzt und an Stelle des Hinweises auf „die imperialistischen, den Interessen des Volkes fremden“ Ziele, einen durch und durch verlogenen, das Volk irreführenden und den räuberischen Krieg beschönigenden Satz von „der Verteidigung des Vaterlandes und der Revolution“ eingefügt haben.

Man mußte für die Resolution stimmen, gleichzeitig aber den Vorbehalt machen, daß man mit einzelnen Stellen nicht einverstanden ist, und erklären: Arbeiter! Glaubt nicht, daß der Sowjet jetzt imstande ist, irgend etwas von der Provisorischen Regierung zu fordern. Gebt euch keinen Illusionen hin. Wißt, daß der Sowjet *bereits* nicht mehr imstande ist, etwas zu fordern, und daß die *jetzige* Regierung in jeder Hinsicht eine Gefangene der konterrevolutionären Bourgeoisie ist. Denkt über diese bittere Wahrheit ernstlich nach. Niemand konnte die Mitglieder des Sowjets hindern, für die Resolution zu stimmen und gleichzeitig in dieser oder jener Form solche Vorbehalte zu machen.

Dann hätte die Resolution aufgehört, eine „papierne“ zu sein.

Dann wären wir der provokatorischen Frage Zeretelis aus dem Weg gegangen, der die Mitglieder des Sowjets fragte, ob sie die Provisorische Regierung „stürzen“ wollten – genauso, wortwörtlich so, wie Katkow zur Zeit Alexanders III. die Liberalen fragte, ob sie die Selbstherrschaft „stürzen“ wollten. Wir hätten dem Exminister geantwortet: Verehrter Bürger! Sie haben soeben ein Zuchthausgesetz gegen diejenigen erlassen, die einen „Anschlag“ gegen die Regierung verüben oder auch nur den Versuch machen, sie zu „stürzen“ (eine Regierung, gebildet durch einen Pakt der Gutsbesitzer und Kapitalisten mit den kleinbürgerlichen Verrätern an der Demokratie). Wir verstehen gut, daß alle Bourgeois Sie noch mehr loben würden, wenn Sie es „ermöglicht hätten“, dieses (für Sie) ange-

nehme Gesetz auf einige Bolschewiki anzuwenden. Wundern Sie sich aber nicht, wenn wir es nicht als unsere Aufgabe ansehen, es Ihnen zu erleichtern, Gelegenheiten für die Anwendung dieses „angenehmen“ Gesetzes ausfindig zu machen.

*

Wie die Sonne in einem winzigen Wassertropfen, so spiegelte sich in dem Vorfall vom 18. August das ganze politische System Rußlands wider. Eine bonapartistische Regierung, die Todesstrafe, ein Zuchthausgesetz – und diese (für die Provokateure) „angenehmen“ Dinge werden durch ebensolche Phrasen versüßt, wie sie Louis Napoleon stets im Munde führte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Ehre und Würde des Vaterlandes, Traditionen der großen Revolution und Unterdrückung der Anarchie.

Die süßlichen, widerlich süßlichen kleinbürgerlichen Minister und Exminister, die sich an die Brust schlagen und versichern, sie hätten eine Seele und gäben diese der Verdammnis preis, indem sie die Todesstrafe gegen die Massen einführen und zur Anwendung bringen, und sie täten dies tränenden Auges – diese Minister sind eine verbesserte Auflage jenes „Pädagogen“ der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, der, der Devise Pirogows folgend, nicht einfach, nicht nach althergebrachter Sitte prügelte, sondern das „mit Fug und Recht“ verdroschene Spießersöhnchen mit einer menschenfreundlichen Träne benetzte.

Von ihren kleinbürgerlichen Führern betrogen, glauben die Bauern noch immer, daß aus der Ehe des Blocks der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit der Bourgeoisie . . . die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden ohne Entschädigung hervorgehen könne.

Die Arbeiter . . . nun darüber, was die Arbeiter denken, wollen wir so lange schweigen, bis der „humane“ Zereteli das neue Zuchthausgesetz abgeschafft hat.

„Rabotschi“ Nr. 2,
8. September (26. August) 1917.

Nach dem Text des „Rabotschi“.

ÜBER DIE STOCKHOLMER KONFERENZ

Viele interessieren sich jetzt erneut für die Stockholmer Konferenz. Die Frage ihrer Bedeutung wurde von den Zeitungen lebhaft erörtert. Diese Frage ist mit der Einschätzung der eigentlichen Grundlagen des gesamten Sozialismus der Gegenwart, besonders seiner Stellung zum imperialistischen Krieg unlösbar verknüpft. Darum muß man auf die Stockholmer Konferenz ausführlicher eingehen.

Die revolutionären Sozialdemokraten, d. h. die Bolschewiki, haben sich von Anfang an gegen die Teilnahme an dieser Konferenz ausgesprochen. Sie gingen dabei von prinzipiellen Erwägungen aus. Es ist allbekannt, daß die Sozialisten in der ganzen Welt, in allen Ländern, in den kriegführenden wie in den neutralen, sich in der Frage der Stellung zum Krieg in zwei große, grundsätzlich verschiedene Gruppen gespalten haben. Die einen ergriffen die Partei ihrer Regierungen, ihrer Bourgeoisie. Wir nennen sie Sozialchauvinisten, d. h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat. Als Chauvinisten bezeichnet man den, der mit dem Begriff „Vaterlandsverteidigung“ die Verteidigung der räuberischen Interessen „seiner“ herrschenden Klassen verhüllt. Im gegenwärtigen Krieg verfolgt die Bourgeoisie beider kriegführender Koalitionen räuberische Ziele: die deutsche Bourgeoisie führt Krieg, weil sie Belgien, Serbien usw. ausplündern will, die englische und französische, weil sie die deutschen Kolonien usw. an sich reißen will, die russische um der Plünderung Österreichs (Lwow) und der Türkei (Armenien, Konstantinopel) willen.

Deshalb haben jene Sozialisten, die sich im jetzigen Krieg auf den Standpunkt ihrer Bourgeoisie gestellt haben, aufgehört, Sozialisten zu sein; sie haben die Arbeiterklasse verraten und sind in Wirklichkeit in das

Lager der Bourgeoisie übergegangen. Sie sind Klassenfeinde des Proletariats geworden. Die Geschichte des europäischen und des amerikanischen Sozialismus, besonders in der Epoche der II. Internationale, d. h. in den Jahren 1889 bis 1914 zeigt uns, daß ein derartiges Überlaufen eines Teils der Sozialisten, besonders der Mehrzahl der Führer und Parlamentarier, ins Lager der Bourgeoisie kein Zufall ist. In allen Ländern stellte gerade der opportunistische Flügel des Sozialismus die Hauptkader der Sozialchauvinisten. Der Sozialchauvinismus ist, wenn man ihn wissenschaftlich betrachtet, d. h. nicht Einzelpersonen herausgreift, sondern die ganze internationale Richtung in ihrer Entwicklung, in der Gesamtheit ihrer sozialen Beziehungen nimmt, der zu seinem logischen Ende gelangte Opportunismus.

Unter den proletarischen Massen sieht man überall in mehr oder weniger klarer und ausgeprägter Form, daß sie den Verrat der Sozialchauvinisten am Sozialismus erkennen, daß sie die prominentesten Sozialchauvinisten, wie Plechanow in Rußland, Scheidemann in Deutschland, Guesde, Renaudel und Co. in Frankreich, Hyndman u. a. in England usw. usf., hassen und verachten.

In allen Ländern bildete sich während des Krieges die Richtung des revolutionären Internationalismus heraus, obwohl die Bourgeoisie die Anhänger dieser Richtung erbittert verfolgte und sich bemühte, sie mundtot zu machen. Diese Richtung blieb dem Sozialismus treu. Sie erlag dem Chauvinismus nicht, duldete es nicht, daß dieser mit verlogenen Phrasen über Vaterlandsverteidigung verhüllt wurde, sie deckte vielmehr die ganze Verlogenheit dieser Phrasen und das ganze verbrecherische Wesen dieses Krieges auf, den die Bourgeoisie beider Koalitionen um räuberischer Ziele willen führt. Zu dieser Richtung gehören z. B. Maclean in England, der wegen seines Kampfes gegen die räuberische englische Bourgeoisie zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, und Karl Liebknecht in Deutschland, den die deutschen imperialistischen Räuber zu Zuchthaus verurteilten, weil er das „Verbrechen“ beging, in Deutschland zur Revolution aufzurufen und den räuberischen Charakter des Krieges seitens Deutschlands zu entlarven. Zur selben Richtung gehören die Bolshewiki in Rußland, die von den Agenten des russischen republikanisch-demokratischen Imperialismus wegen des gleichen „Verbrechens“ verfolgt werden wie Maclean und Karl Liebknecht.

Diese Richtung ist die einzige, die dem Sozialismus treu geblieben ist. Diese Richtung ist die einzige, die sich nicht von der feierlichen Proklamation ihrer Überzeugungen losgesagt hat, jenem feierlichen Gelöbnis, das die Sozialisten der ganzen Welt, ausnahmslos aller Länder im Basler Manifest vom November 1912 einmütig unterschrieben hatten. In diesem Manifest ist gerade nicht vom Krieg schlechthin die Rede – Kriege gibt es verschiedene –, sondern es ist ausdrücklich von dem Krieg die Rede, der 1912 vor aller Augen vorbereitet wurde und 1914 ausgebrochen ist, von dem Krieg um die Weltherrschaft zwischen Deutschland und England samt ihren Verbündeten. Angesichts eines solchen Krieges spricht das Basler Manifest mit keinem Wort von der Pflicht oder dem Recht der Sozialisten, „das Vaterland zu verteidigen“ (d. h. ihre Teilnahme am Kriege zu rechtfertigen), es spricht vielmehr mit aller Bestimmtheit davon, daß ein solcher Krieg zur „proletarischen Revolution“ führen muß. Der Verrat der Sozialchauvinisten aller Länder am Sozialismus ist besonders anschaulich daraus zu ersehen, daß sie jetzt alle – wie ein Dieb, der die Stelle meidet, wo er gestohlen hat – feige jene Stelle des Basler Manifests umgehen, wo vom Zusammenhang gerade zwischen dem gegenwärtigen Krieg und der proletarischen Revolution die Rede ist.

Es ist klar, welch unüberbrückbarer Abgrund zwischen den Sozialisten, die dem Basler Manifest treu geblieben sind und den Krieg mit der Propagierung und Vorbereitung der proletarischen Revolution „beantworten“, und den Sozialchauvinisten klafft, die den Krieg mit der Unterstützung „ihrer“ nationalen Bourgeoisie beantworten. Es ist klar, wie hilflos, naiv und heuchlerisch die krampfhaften Anstrengungen sind, die eine und die andere Richtung miteinander „auszusöhnen“ oder „zu vereinigen“.

Gerade solche krampfhaften und kläglichen Anstrengungen werden von der dritten Strömung im Weltsozialismus, von dem sogenannten „Zentrum“ oder „Kautskyanertum“ (so benannt nach Karl Kautsky, dem prominentesten Vertreter des „Zentrums“) gemacht. In den drei Kriegsjahren hat diese Strömung in allen Ländern ihre völlige Prinzipienlosigkeit und ihre Hilflosigkeit offenbart. In Deutschland z. B. hat der Gang der Ereignisse die Kautskyaner gezwungen, sich von den deutschen Plechanow zu trennen und eine besondere Partei, die sogenannte „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“⁷⁴ zu gründen; dennoch scheut sich diese Partei, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, sie predigt „Einig-

keit“ mit den Sozialchauvinisten im internationalen Maßstab, sie betrügt nach wie vor die Arbeitermassen mit der Hoffnung auf die Herstellung einer solchen Einigkeit in Deutschland und hemmt die einzig richtige proletarische Taktik des revolutionären Kampfes gegen die „eigene“ Regierung, des Kampfes auch während des Krieges, eines Kampfes, dessen Formen sich ändern können und müssen, der aber nicht verzögert, nicht hinausgeschoben werden darf.

So stehen die Dinge im internationalen Sozialismus. Ohne klare Einschätzung dieser Lage, ohne prinzipielle Stellungnahme zu allen Strömungen des internationalen Sozialismus kann man an eine Frage praktischer Natur, wie z. B. an die Frage der Stockholmer Konferenz, nicht einmal herantreten. Indes hat *einzig und allein* die Partei der Bolschewiki in einer auf der Konferenz vom 24. bis 29. April 1917 angenommenen und im August vom VI. Parteitag bestätigten ausführlichen Resolution eine prinzipielle Einschätzung *aller* Richtungen des internationalen Sozialismus gegeben. Vergißt man diese prinzipielle Einschätzung und redet, ohne sie zu beachten, über die Stockholmer Konferenz, so bedeutet das, sich auf den Boden völliger Prinzipienlosigkeit zu stellen.

Als Musterbeispiel dieser Prinzipienlosigkeit, wie sie bei allen kleinbürgerlichen Demokraten, den Sozialrevolutionären und Menschewiki, herrscht, kann man einen Artikel in der „Nowaja Shisn“ vom 10. August anführen. Dieser Artikel verdient gerade deshalb Aufmerksamkeit, weil er in einer Zeitung, die auf dem äußersten linken Flügel der kleinbürgerlichen Demokraten steht, die meistverbreiteten Fehler, die Vorurteile und die Prinzipienlosigkeit in bezug auf Stockholm vereinnigt.

„Man kann der Stockholmer Konferenz“, so heißt es im Leitartikel der „Nowaja Shisn“, „aus diesen oder jenen Gründen ablehnend gegenüberstehen; man kann die Verständigungsversuche der ‚auf den Positionen der Vaterlandsverteidigung stehenden Mehrheiten‘ prinzipiell verurteilen. Wozu aber etwas leugnen, was so offenkundig ist, daß es in die Augen springt? Hat doch die Konferenz nach dem bekannten Beschluß der englischen Arbeiter, der eine politische Krise im Lande hervorrief und in der ‚nationalen Einigung‘ Großbritanniens den ersten tiefen Riß erzeugte, eine Bedeutung erlangt, die sie bis dahin noch nicht hatte.“

Dieser Gedankengang ist ein Musterbeispiel an Prinzipienlosigkeit. In der Tat, wie kann man aus der unbestreitbaren Tatsache, daß aus Anlaß

der Stockholmer Konferenz ein tiefer Riß in der „nationalen Einigung“ Englands entstand, den Schluß ziehen, daß wir diesen Riß verkleistern sollen, statt ihn zu vertiefen? Prinzipiell steht die Frage so und nur so: entweder Bruch mit den Vaterlandsverteidigern (den Sozialchauvinisten) oder Verständigung mit ihnen. Die Stockholmer Konferenz war einer der vielen Verständigungsversuche. Er ist mißlungen. Sein Mißerfolg kommt daher, daß die englischen und französischen Imperialisten *jetzt* keine Friedensverhandlungen führen wollen, während die deutschen Imperialisten dazu bereit sind. Die englischen Arbeiter haben den Betrug deutlicher zu spüren bekommen, den die englische imperialistische Bourgeoisie an ihnen verübt.

Die Frage ist nun, wie soll man dies ausnutzen? Wir, die revolutionären Internationalisten, sagen: Das muß ausgenutzt werden zur Vertiefung des Bruchs der proletarischen Massen mit ihren eigenen Sozialchauvinisten, zur Vollendung dieses Bruchs, zur Beseitigung jeglicher Hindernisse, die der Entwicklung des revolutionären Kampfes der Massen gegen die eigenen Regierungen, gegen die eigene Bourgeoisie im Wege stehen. Durch ein solches Vorgehen vertiefen gerade wir und nur wir den Riß und steigern ihn bis zum Bruch.

Was erreichen aber praktisch diejenigen, die jetzt, wo das Leben dieses Vorhaben „erledigt“ hat, nach Stockholm gehen oder, richtiger, den Massen die Notwendigkeit predigen hinzugehen? Weiter nichts, als daß sie den Riß verkleistern, denn es steht fest, daß die Stockholmer Konferenz von Leuten einberufen und unterstützt wird, die ihre *eigenen* Regierungen unterstützen, von den Ministerialisten, den Tschernow und Zereteli, den Stauning, Branting und Troelstra, ganz zu schweigen von den Scheidemännern.

Das ist es, was „so offenkundig ist, daß es allen in die Augen springt“, das ist es, was die Opportunisten von der „Nowaja Shisn“ vergessen oder vertuschen, die völlig prinzipienlos urteilen, ohne den Sozialchauvinismus als Richtung allgemein einzuschätzen. Die Stockholmer Konferenz ist eine Aussprache zwischen Ministern, die in den imperialistischen Regierungen sitzen. So sehr die „Nowaja Shisn“ sich auch bemüht, diese Tatsache zu umgehen, man kommt nicht darum herum. Die Arbeiter auffordern, nach Stockholm zu gehen, auf Stockholm zu warten, auf Stockholm irgendwelche Hoffnungen zu setzen, heißt den Massen sagen: Ihr könnt,

ihr müßt Gutes erwarten von der Verständigung zwischen den kleinbürgerlichen Parteien und Ministern, die in den imperialistischen Regierungen sitzen und die imperialistischen Regierungen unterstützen.

Gerade eine solche völlig prinzipienlose und überaus schädliche Propaganda betreibt die „Nowaja Shisn“, ohne es selbst zu merken.

Über dem Konflikt zwischen den englischen und französischen Sozialchauvinisten und ihren Regierungen vergißt die „Nowaja Shisn“, daß die Tschernow, Skobelew, Zereteli, Awksentjew, Branting, Stauning und die Scheidemänner ebensolche Sozialchauvinisten bleiben, die ihre Regierungen unterstützen. Ist das nicht Prinzipienlosigkeit?

Statt den Arbeitern zu sagen: Seht, die englischen und französischen Imperialisten haben ihren Sozialchauvinisten nicht einmal erlaubt, mit den deutschen Sozialchauvinisten zu sprechen; der Krieg ist also *auch* von seiten Englands und Frankreichs ein räuberischer Krieg; es gibt also keine andere Rettung als den endgültigen Bruch mit *allen* Regierungen, mit *allen* Sozialchauvinisten. Statt das zu sagen, tröstet die „Nowaja Shisn“ die Arbeiter mit Illusionen:

„Man beabsichtigt in Stockholm“, schreibt sie, „zu einer Einigung über den Frieden zu kommen und will dort gemeinsam einen allgemeinen *Kampf*plan ausarbeiten: Verweigerung der Kredite, Bruch mit der ‚nationalen Einigung‘, Aberufung der Minister aus den Regierungen u. dgl. m.“

Die ganze Beweiskraft dieses durch und durch verlogenen Satzes läuft darauf hinaus, daß darin das Wort „Kampf“ fett gedruckt ist. Ein schöner Beweis, das muß man sagen!

Nach drei Jahren Krieg speist man die Arbeiter noch immer mit leeren Versprechungen ab: „Man beabsichtigt in Stockholm“, mit der nationalen Einigung zu brechen . . .

Wer beabsichtigt das? Die Scheidemänner, die Tschernow, Skobelew, Awksentjew, Zereteli, Stauning und Branting, d. h. gerade die Leute (und Parteien), die schon jahrelang und monatelang die Politik der nationalen Einigung betreiben. Wie aufrichtig auch der Glaube der „Nowaja Shisn“ an ein solches Wunder sein mag, wie ehrlich sie sich auch zu der Überzeugung bekennen mag, daß dies möglich sei, so müssen wir doch sagen, daß die „Nowaja Shisn“ den größten Schwindel unter den Arbeitern verbreitet.

Die „Nowaja Shisn“ betrügt die Arbeiter, indem sie ihnen Vertrauen zu den Sozialchauvinisten einflößt. Es kommt bei ihr so heraus, daß die Sozialchauvinisten bisher zwar in den Regierungen gesessen und eine Politik der nationalen Einigung betrieben haben, daß sie sich aber in Stockholm in allernächster Zeit miteinander aussprechen, verständigen, einigen und aufhören werden, so zu handeln. Sie werden den Kampf für den Frieden beginnen, sie werden sich weigern, für die Kredite zu stimmen und so weiter und so fort . . .

Das ist alles ein einziger großer Betrug. Dies alles sind reaktionäre Versuche, die Arbeiter zu vertrösten und zu beschwichtigen, ihnen Vertrauen zu den Sozialchauvinisten einzuflößen. Die Sozialisten jedoch, die nicht nur in Worten, nicht um sich selbst und die Arbeiter zu täuschen, „für den Frieden kämpfen“, haben schon längst diesen Kampf begonnen, ohne irgendwelche internationale Konferenzen abzuwarten; sie haben diesen Kampf gerade damit begonnen, daß sie die nationale Einigung durchbrachen wie Maclean in England, Karl Liebknecht in Deutschland und die Bolschewiki in Rußland.

„Wir verstehen vollkommen“, schreibt die „Nowaja Shisn“, „den berechtigten und gesunden Skeptizismus der Bolschewiki gegenüber den Renaudel und den Scheidemännern, doch wollen die Publizisten aus dem ‚Rabotschi i Soldat‘ in doktrinärer Weise den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen: sie berücksichtigen nicht den Stimmungsumschwung unter den Massen, auf die sich Renaudel und Scheidemann stützten.“ Es handelt sich hier nicht um Skeptizismus, ihr Herren, gerade bei euch ist die vorherrschende Stimmung ein Intellektuellenskeptizismus, der die Prinzipienlosigkeit sowohl verdeckt als auch zum Ausdruck bringt. Wir sind den Renaudel und den Scheidemännern gegenüber keine Skeptiker, wir sind ihre Feinde. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Wir haben mit ihnen gebrochen und rufen die Massen auf, mit ihnen zu brechen. Gerade wir, und nur wir allein „berücksichtigen“ den Stimmungsumschwung unter den Massen und dabei auch noch etwas anderes, was viel wichtiger ist und tiefer geht als Stimmungen und ihr Umschwung: die Grundinteressen der Massen, die Unversöhnlichkeit dieser Interessen mit der Politik des Sozialchauvinismus, deren Vertreter die Renaudel und die Scheidemänner sind. In Stockholm werden die Herren von der „Nowaja Shisn“ samt den Ministern der imperialistischen Regierung Rußlands gerade mit den

Scheidemännern und den Renaudel zusammentreffen (denn Stauning und Troelstra, von Awksentjew und Skobelew ganz zu schweigen, unterscheiden sich in nichts ernstlich von den Renaudel). Wir aber wenden uns ab von der Stockholmer Komödie, gespielt von Sozialchauvinisten im Kreise von Sozialchauvinisten, wir wenden uns von ihr gerade aus dem Grunde und zu dem Zweck ab, um den *Massen* die Augen zu öffnen, um ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen, um sie zur Revolution aufzurufen, um ihren Stimmungsumschwung auszunutzen, nicht zur prinzipienlosen Anpassung an die gegenwärtige Stimmung, sondern zum prinzipiellen Kampf für den völligen Bruch mit dem Sozialchauvinismus.

„Die Bolschewiki“, schreibt die „Nowaja Shisn“, „werfen mit Vorliebe den Internationalisten, die nach Stockholm gehen, ihr Paktieren mit den Scheidemännern und den Henderson vor, ‚ohne zu merken‘, daß sie selbst – natürlich aus grundverschiedenen Ursachen – in der Stellung zur Konferenz mit den Plechanow, Guesde und Hyndman zusammengehen.“

Es ist nicht wahr, daß wir in der Stellung zur Konferenz mit den Plechanow zusammengehen! Das ist offener Unsinn. Wir stimmen mit den Plechanow darin überein, daß wir nicht mit einem Teil der Sozialchauvinisten an einer Konferenz der Halbheiten teilnehmen wollen. Unsere *Stellung* zur Konferenz ist jedoch weder prinzipiell noch praktisch dieselbe wie die der Plechanow. Ihr aber nennt euch Internationalisten und geht in Wirklichkeit mit den Scheidemännern, den Stauning und Branting zusammen zur Konferenz, ihr paktiert in Wirklichkeit mit ihnen. Das ist doch eine Tatsache. Die kleinliche, erbärmliche und in hohem Maße intrigenhafte, von den Imperialisten einer der Koalitionen abhängende Sache der *Vereinigung der Sozialchauvinisten* nennt ihr „das große Werk der Vereinigung des internationalen Proletariats“. Das ist eine Tatsache.

Ihr Pseudointernationalisten könnt den Massen die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz nicht predigen (höchstwahrscheinlich wird es bei der bloßen Predigt sein Bewenden haben, denn die Konferenz wird nicht stattfinden, aber die ideologische Bedeutung der Predigt wird anhalten), ihr könnt den Massen die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz nicht predigen, ohne eine Menge Unwahrheiten zu sagen, ohne Illusionen zu wecken, ohne die Sozialchauvinisten reinzuwaschen, ohne den Massen die Hoffnung einzufößen, die Stauning und Branting, Skobelew und

Awksentjew wären imstande, ernstlich mit der „nationalen Einigung“ zu brechen.

Wir aber, wir Bolschewiki, sagen den Massen in unserer Propaganda gegen Stockholm die volle Wahrheit, wir entlarven nach wie vor die Sozialchauvinisten und die Politik des Paktierens mit ihnen und führen die Massen zum völligen Bruch mit ihnen. Wenn sich die Dinge so gestaltet haben, daß der deutsche Imperialismus den gegenwärtigen Augenblick für geeignet hält, an der Stockholmer Konferenz teilzunehmen, und seine Agenten, die Scheidemänner, dorthin schickt, während der englische Imperialismus den Augenblick für ungeeignet hält und jetzt vom Frieden nicht einmal sprechen will, so entlarven wir den englischen Imperialismus und benutzen seinen Konflikt mit den englischen proletarischen Massen zur Vertiefung ihres Klassenbewußtseins, zur verstärkten Propaganda des Internationalismus, zur Aufklärung dieser Massen über die Notwendigkeit des völligen Bruchs mit dem Sozialchauvinismus.

Die Pseudointernationalisten von der „Nowaja Shisn“ handeln wie intelligenzlerische Impressionisten, d. h. wie Leute, die charakterlos jeder Augenblicksstimmung erliegen und die Grundprinzipien des Internationalismus vergessen. Die Leute von der „Nowaja Shisn“ urteilen so: Da der englische Imperialismus *gegen* die Stockholmer Konferenz ist, so müssen wir *dafür* sein. Demnach hat die Konferenz eine Bedeutung erlangt, die sie bisher nicht hatte.

So urteilen heißt in der Tat in Prinzipienlosigkeit verfallen, denn der deutsche Imperialismus ist doch jetzt *für* die Stockholmer Konferenz, weil das seinen eigennützigen und räuberischen imperialistischen Interessen entspricht. Was ist der „Internationalismus“ solcher „Internationalisten“ wert, die sich fürchten, diese unbestreitbare und offenkundige Tatsache offen zugeben, die gezwungen sind, sich vor ihr zu verstecken? Wo habt ihr die Garantie, meine Herren, daß ihr, wenn ihr mit den Scheidemännern, den Stauning und Co. zusammen an der Stockholmer Konferenz teilnehmt, nicht in Wirklichkeit ein Spielzeug, ein Werkzeug in den Händen der Geheimdiplomaten des deutschen Imperialismus sein werdet? Eine solche Garantie könnt ihr nicht haben. Eine solche Garantie gibt es nicht. Die Stockholmer Konferenz wird, wenn sie dennoch stattfindet, was sehr unwahrscheinlich ist, ein Versuch der deutschen Imperialisten sein, das Terrain zu sondieren, inwieweit dieser oder jener Austausch von

Annexionen möglich ist. Das wird die reale, wirkliche Bedeutung der schönen Reden sein, welche die Scheidemänner, die Skobelew und Co. halten werden: Findet aber diese Konferenz nicht statt, so wird von realer Bedeutung eure Propaganda unter den Massen sein, die ihnen trügerische Hoffnungen auf die Sozialchauvinisten, auf deren nah bevorstehende, mögliche, wahrscheinliche „Besserung“ einflößt.

In beiden Fällen seid ihr, die ihr Internationalisten sein wollt, in Wirklichkeit Helfershelfer der Sozialchauvinisten bald der einen Koalition, bald beider Koalitionen.

Wir aber tragen allen Wendungen der Politik im großen wie im kleinen Rechnung, bleiben dabei konsequente Internationalisten und propagieren das brüderliche Bündnis aller Arbeiter, den Bruch mit den Sozialchauvinisten und die Arbeit für die proletarische Revolution.

„Rabotschni“ Nr. 2,
8. September (26. August) 1917.
Unterschrift: N. K - o 10.

Nach dem Text des „Rabotschni“.

AUS DEM TAGEBUCH EINES PUBLIZISTEN

Bauern und Arbeiter

In Nr. 88 der „Iswestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow“⁷⁵ vom 19. August wurde ein außerordentlich wichtiger Artikel veröffentlicht, der für jeden Parteipropagandisten und -agitator, der mit der Bauernschaft zu tun hat, für jeden klassenbewußten Arbeiter, der aufs Land geht oder Verbindung mit dem Land hat, ein grundlegendes Dokument werden mußte.

Es ist dies der Artikel „Muster-Wählerauftrag, zusammengestellt an Hand von 242 Wähleraufträgen, die von den örtlichen Deputierten dem 1. Gesamtrossischen Kongreß der Bauerndeputierten 1917 in Petrograd überreicht wurden“.

Es wäre höchst wünschenswert, wenn der Sowjet der Bauerndeputierten möglichst ausführliche Angaben über alle diese Wähleraufträge veröffentlichte (falls es absolut unmöglich ist, sie in vollem Wortlaut abzu drucken, was natürlich das beste wäre). Besonders notwendig wäre zum Beispiel eine vollständige Liste der Gouvernements, der Kreise und Amtsbezirke, aus der die Zahl der in den einzelnen Orten abgefaßten Wähleraufträge hervorgeht sowie der Zeitpunkt, an dem sie abgefaßt oder überreicht wurden, ferner eine Analyse wenigstens der in ihnen enthaltenen Hauptforderungen, damit man sehen kann, ob sich in den Gebieten Unterschiede in diesen oder jenen Punkten feststellen lassen. Zum Beispiel die Gebiete mit Einzelhof-Landbesitz und die mit Dorfgemeinde-Landbesitz, die großrussischen Gebiete und die anderer Nationalitäten, die zentral gelegenen und die Randgebiete, die Gebiete, wo es keine Leibeigenschaft gegeben hat usw. – unterscheiden sich diese Gebiete in ihrer Stellung zur Aufhebung des Privateigentums am gesamten *Bauernland*,

zu den periodischen Neuaufteilungen des Bodens, zur Nichtzulassung der Lohnarbeit, zur Beschlagnahme des lebenden und toten Inventars der Gutsbesitzer usw. usw.? Eine wissenschaftliche Untersuchung des ungewein wertvollen Materials dieser bäuerlichen Wähleraufträge ist ohne solche ausführlichen Angaben nicht möglich. Wir Marxisten müssen aber mit aller Kraft bestrebt sein, die unserer Politik zugrunde liegenden Tatsachen wissenschaftlich zu untersuchen.

Da es an besserem Material mangelt, bleibt diese *Zusammenfassung der Wähleraufträge* (so wollen wir den „Muster-Wählerauftrag“ nennen), solange nicht irgendwelche faktischen Unrichtigkeiten darin nachgewiesen werden, ein in seiner Art einzigartiges Material, das, wir wiederholen es, unbedingt in den Händen eines jeden Mitglieds unserer Partei sein muß.

Der erste Teil der Zusammenfassung der Wähleraufträge ist allgemeinen politischen Leitsätzen, Forderungen nach politischer Demokratie gewidmet, der zweite Teil der Frage des Grund und Bodens. (Wir wollen hoffen, daß der Gesamtrussische Sowjet der Bauerndeputierten oder jemand anders eine Zusammenfassung der Wähleraufträge und Resolutionen der Bauern zur Frage des Krieges vornehmen wird.) Den ersten Teil wollen wir jetzt nicht ausführlich behandeln, wir werden nur zwei Punkte hervorheben. Im § 6 wird die Wählbarkeit aller Amtspersonen gefordert, im § 11 die Abschaffung des stehenden Heeres nach Beendigung des Krieges. Durch diese Punkte kommt das politische Programm der Bauern dem Programm der Partei der Bolschewiki *sehr nahe*. Gestützt auf diese Punkte, müssen wir in unserer ganzen Propaganda und Agitation darlegen und beweisen, daß die menschewistischen und sozialrevolutionären Führer nicht nur den Sozialismus, sondern auch die Demokratie verraten, denn in Kronstadt z. B. sind sie entgegen dem Willen der Bevölkerung, entgegen den Prinzipien der Demokratie, den Kapitalisten zuliebe dafür eingetreten, daß der Kommissar von der Regierung *bestätigt* werden müsse, daß also dieses Amt kein reines Wahlamt sei. Die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bekämpfen in den Bezirksdumas von Petrograd und in anderen Körperschaften der örtlichen Selbstverwaltung, entgegen den Prinzipien der Demokratie, die Forderung der Bolschewiki, sofort mit der Einführung der Arbeitermiliz zu beginnen und dann zur allgemeinen Volksmiliz überzugehen.

Der Zusammenfassung der Wähleraufträge zufolge bestehen die Bodenforderungen der Bauernschaft vor allem in der entschädigungslosen Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden jeder Art einschließlich des Bauernlandes; in der Übergabe von Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften an den Staat oder die Gemeinden, in der Beschlagnahme des gesamten lebenden und toten Inventars der beschlagnahmten Ländereien (hiervon sind die landarmen Bauern ausgenommen) und dessen Übergabe an den Staat oder an die Gemeinden; in der Nichtzulassung der Lohnarbeit; in der ausgleichenden Verteilung des Grund und Bodens an die Werktätigen mit periodisch vorzunehmenden Neuaufteilungen usw. Als Übergangsmaßnahmen bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung verlangen die Bauern den *sofortigen* Erlaß von Gesetzen, die den Kauf und Verkauf des Bodens verbieten, die Aufhebung der Gesetze über das Ausscheiden aus der Dorfgemeinde und die Zuweisung von Gemeindeland u. a., über den Schutz der Wälder, der Fischerei und sonstiger Gewerbe usw., über die Aufhebung der langfristigen und die Revision der kurzfristigen Pachtverträge u. dgl. m.

Man braucht über diese Forderungen nur ein wenig nachzudenken, um einzusehen, daß es völlig unmöglich ist, sie *im Bunde* mit den Kapitalisten zu verwirklichen, ohne den völligen Bruch mit ihnen, ohne den entschlossensten, erbarmungslosesten Kampf gegen die Kapitalistenklasse, ohne den Sturz ihrer Herrschaft.

Der Selbstbetrug der Sozialrevolutionäre und der Betrug, den sie an der Bauernschaft begehen, besteht gerade darin, daß sie den Gedanken gelten lassen und verbreiten, solche Umgestaltungen, *derartige* Umgestaltungen wären möglich ohne den Sturz der Kapitalistenherrschaft, ohne den Übergang der gesamten Staatsmacht an das Proletariat, ohne daß die arme Bauernschaft die entschlossensten revolutionären Maßnahmen der proletarischen Staatsmacht gegen die Kapitalisten unterstützt. Die Bedeutung des sich herausbildenden linken Flügels der „Sozialrevolutionäre“ liegt gerade darin, daß er davon zeugt, wie dieser Betrug innerhalb dieser Partei selbst mehr und mehr erkannt wird.

In der Tat, die Konfiskation des gesamten in Privatbesitz befindlichen Grund und Bodens bedeutet Konfiskation Hunderter von Millionen Kapital der Banken, an die diese Ländereien größtenteils verpfändet sind. Ist etwa eine solche Maßnahme denkbar, ohne daß die revolutionäre

Klasse durch revolutionäre Maßnahmen den Widerstand der Kapitalisten bricht? Dabei handelt es sich hier um das am stärksten zentralisierte Kapital, das Bankkapital, das durch Milliarden Fäden mit all den wichtigsten Zentren der kapitalistischen Wirtschaft des riesigen Landes verbunden ist und das nur durch die nicht minder zentralisierte Kraft des städtischen Proletariats bezwungen werden kann.

Weiter. Die Übergabe hochentwickelter Wirtschaften an den Staat. Ist es nicht klar, daß der „Staat“, der imstande ist, diese Betriebe zu übernehmen und sie tatsächlich im Interesse der Werktätigen und nicht der Beamten und eben der Kapitalisten zu bewirtschaften, nur der proletarische, revolutionäre Staat sein kann?

Die Konfiskation der Gestüte usw. sowie des gesamten lebenden und toten Inventars – das sind nicht nur weitere wuchtige Schläge gegen das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das sind Schritte zum Sozialismus hin, denn der Übergang des *Inventars* „in die ausschließliche Nutzung durch den Staat oder die Dorfgemeinde“ bedeutet die Notwendigkeit der Bildung einer sozialistischen Großlandwirtschaft oder wenigstens einer sozialistischen Kontrolle über die vereinigten Kleinwirtschaften, einer sozialistischen Regulierung ihrer Wirtschaftsführung.

Und die „Nichtzulassung“ der Lohnarbeit? Das ist eine leere Phrase, ein hilfloser, naiver Wunsch der niedergedrückten kleinen Landwirte, die nicht begreifen, daß die gesamte kapitalistische Industrie stillstehen würde, wenn auf dem Lande keine Reservearmee von Lohnarbeitern mehr vorhanden wäre, daß es unmöglich ist, die Lohnarbeit auf dem Lande „nicht zuzulassen“, wenn man sie in der Stadt zuläßt, und daß schließlich die „Nichtzulassung“ der Lohnarbeit nichts anderes bedeutet als einen Schritt zum Sozialismus.

Damit sind wir bei der Kernfrage angelangt, der Frage des Verhältnisses der Arbeiter zu den Bauern.

Seit über 20 Jahren gibt es in Rußland eine sozialdemokratische Massenbewegung des Proletariats (wenn man von den großen Streiks im Jahre 1896 an rechnet). In dieser großen Zeitspanne, über zwei große Revolutionen hinweg, zieht sich durch die ganze politische Geschichte Rußlands wie ein roter Faden die Frage: Wird die Arbeiterklasse die Bauern vorwärts, zum Sozialismus führen, oder wird die liberale Bourgeoisie sie rückwärts zerren, zur Versöhnung mit dem Kapitalismus?

Der opportunistische Flügel der Sozialdemokratie argumentiert die ganze Zeit nach folgender überklugen Formel: *Da* die Sozialrevolutionäre Kleinbürger sind, lehnen „wir“ ihre kleinbürgerlich-utopischen Ansichten über den Sozialismus *im Namen* der bürgerlichen Verneinung des Sozialismus ab. Der Marxismus wird somit glücklich durch den Struvismus ersetzt, und der Menschewismus sinkt zur Rolle eines Lakaien der Kadetten herab, der die Bauern mit der Herrschaft der Bourgeoisie „aus-söhnt“. Zereteli und Skobelew sind in traurem Verein mit Tschernow und Awksentjew damit beschäftigt, im Namen der „revolutionären Demokratie“ die reaktionären, den Gutsbesitzern dienenden Erlasse der Kadetten zu unterschreiben – das ist der letzte und anschaulichste Ausdruck dieser Rolle.

Die revolutionäre Sozialdemokratie, die niemals auf die Kritik an den kleinbürgerlichen Illusionen der Sozialrevolutionäre verzichtet und sich mit den Sozialrevolutionären *niemals* anders als *gegen* die Kadetten *verbündet* hat, kämpft die ganze Zeit darum, die Bauern dem Einfluß der Kadetten zu *entreißen*, sie stellt den kleinbürgerlich-utopischen Ansichten über den Sozialismus nicht die liberale Versöhnung mit dem Kapitalismus, sondern den revolutionär-proletarischen Weg zum Sozialismus entgegen.

Jetzt, da der Krieg die Entwicklung außerordentlich beschleunigt, die Krise des Kapitalismus unglaublich verschärft und die Völker vor die unaufschiebbare Wahl gestellt hat: Untergang oder sofort entschiedene Schritte zum Sozialismus – jetzt offenbart sich anschaulich, in der Praxis, die tiefe Kluft zwischen dem halbliberalen Menschewismus und dem revolutionär-proletarischen Bolschewismus als Frage der Aktion von Dutzenden von Millionen Bauern.

Findet euch ab mit der Herrschaft des Kapitals, *denn* für den Sozialismus sind „wir“ noch nicht reif – das sagen die Menschewiki den Bauern, wobei sie unter anderem die konkrete Frage, ob die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, ohne entschiedene Schritte zum Sozialismus geheilt werden können, durch die abstrakte Frage „Sozialismus“ schlechthin ersetzen.

Findet euch ab mit dem Kapitalismus, *denn* die Sozialrevolutionäre sind kleinbürgerliche Utopisten – das sagen die Menschewiki den Bauern und unterstützen Arm in Arm mit den Sozialrevolutionären die Regierung der Kadetten . . .

Die Sozialrevolutionäre aber schlagen sich an die Brust und versichern den Bauern, daß sie gegen jeden Frieden mit den Kapitalisten seien, daß sie die russische Revolution niemals als eine bürgerliche Revolution betrachtet hätten – und *darum* bilden sie einen Block *gerade* mit den opportunistischen Sozialdemokraten und unterstützen gerade die bürgerliche Regierung . . . Die Sozialrevolutionäre unterschreiben alle möglichen, die allerrevolutionärsten Programme der Bauernschaft – um sie nicht durchzuführen, um sie zu den Akten zu legen, um die Bauern mit leeren Versprechungen zu betrügen, und beschäftigen sich in Wirklichkeit monatelang damit, sich mit den Kadetten in der Koalitionsregierung zu „verständigen“.

Dieser himmelschreiende, faktische, unmittelbare, handgreifliche Verrat, den die Sozialrevolutionäre an den Interessen der Bauern begehen, verändert die Lage ganz außerordentlich. Dieser Veränderung müssen wir Rechnung tragen. Es geht nicht an, nur in der alten Weise gegen die Sozialrevolutionäre zu agitieren, nur so, wie wir es in den Jahren 1902 und 1903 sowie 1905–1907 getan haben. Wir dürfen uns nicht beschränken auf die theoretische Entlarvung der kleinbürgerlichen Illusionen von der „Sozialisierung des Grund und Bodens“, der „ausgleichenden Bodennutzung“, der „Nichtzulassung der Lohnarbeit“ u. dgl. m.

Damals standen wir am Vorabend der bürgerlichen Revolution bzw. in der nichtvollendeten bürgerlichen Revolution, und die ganze Aufgabe bestand darin, diese Revolution vor allem bis zum Sturz der Monarchie weiterzuführen.

Heute ist die Monarchie gestürzt. Die bürgerliche Revolution ist insofern vollendet, als Rußland eine demokratische Republik geworden ist mit einer Regierung aus Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionären. Der Krieg hat uns in drei Jahren um dreißig Jahre vorwärtsgebracht, hat in Europa die allgemeine Arbeitspflicht und die Zwangssyndizierung der Betriebe geschaffen, hat den fortgeschrittensten Ländern Hungersnot und unerhörte Verwüstungen gebracht und sie gezwungen, Schritte in der Richtung zum Sozialismus zu tun.

Nur das Proletariat und die Bauernschaft können die Monarchie stürzen – das war damals das Grundprinzip unserer Klassenpolitik. Und dieses Prinzip war richtig. Der Februar und März 1917 haben das ein übriges Mal bestätigt.

Nur das Proletariat, das die arme Bauernschaft (die Halbproletarier, wie es in unserem Programm heißt) führt, kann den Krieg durch einen demokratischen Frieden beenden, die Kriegswunden heilen und die unbedingt notwendig und *unaufschiebbar* gewordenen Schritte zum Sozialismus tun – das ist heute das Prinzip unserer Klassenpolitik.

Daraus folgt: Der Schwerpunkt der Propaganda und Agitation gegen die Sozialrevolutionäre muß auf die Tatsache verlegt werden, daß sie die Bauern verraten haben. Sie vertreten nicht die Masse der armen Bauern, sondern die Minderheit der wohlhabenden Landwirte. Sie führen die Bauernschaft nicht zum Bündnis mit den Arbeitern, sondern zum Bündnis mit den Kapitalisten, d. h. zur Unterwerfung unter diese. Sie haben die Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Massen für Ministersessel und für den Block mit den Menschewiki und Kadetten verkauft.

Die durch den Krieg beschleunigte Geschichte hat einen so großen Schritt vorwärts getan, daß sich die alten Formeln mit neuem Inhalt gefüllt haben. „Nichtzulassung der Lohnarbeit“, das bedeutete früher *nur* eine leere Phrase kleinbürgerlicher Intellektueller. Im heutigen Leben bedeutet es etwas anderes: Millionen armer Bauern erklären in 242 Wähleraufträgen, daß sie die Aufhebung der Lohnarbeit wollen, aber nicht wissen, wie das gemacht werden soll. Wir wissen, wie das zu machen ist. Wir wissen, daß man das nur im Bündnis mit den Arbeitern, unter ihrer Führung und gegen die Kapitalisten erreichen kann, nicht aber durch „Verständigung“ mit den Kapitalisten.

In dieser Weise muß jetzt die Grundlinie unserer Propaganda und Agitation gegen die Sozialrevolutionäre, die Grundlinie unserer Sprache der Bauernschaft gegenüber geändert werden.

Die Partei der Sozialrevolutionäre hat euch verraten, Genossen Bauern. Sie hat die Hütten verraten und sich auf die Seite der Paläste geschlagen, wenn auch nicht der Zarenpaläste, so doch der Paläste, in denen die Kadetten, die schlimmsten Feinde der Revolution und besonders der Bauernrevolution, in ein und derselben Regierung mit den Tschernow, Peschonow und Awksentjew sitzen.

Nur das revolutionäre Proletariat, nur die Avantgarde, die es vereinigt, die Partei der Bolschewiki, kann *in der Tat* das Programm der armen Bauernschaft durchführen, das in den 242 Wähleraufträgen dargelegt ist. Denn das revolutionäre Proletariat schreitet *tatsächlich* zur Abschaf-

fung der Lohnarbeit, und zwar auf dem einzig richtigen Weg: durch den Sturz des Kapitals und nicht dadurch, daß man verbietet, daß man „nicht zuläßt“, einen Knecht zu dinge. Das revolutionäre Proletariat schreitet tatsächlich zur Konfiskation der Ländereien, des Inventars, der industriellen Betriebe in der Landwirtschaft, zu alledem, was die Bauern wollen und was die Sozialrevolutionäre ihnen *nicht geben können*.

In dieser Weise muß sich jetzt die Grundlinie der Sprache des Arbeiters dem Bauern gegenüber ändern. Wir Arbeiter können und werden das geben, was die armen Bauern wollen, wonach sie trachten, nicht immer wissend, wo und wie sie das erlangen können. Wir Arbeiter verteidigen unsere eigenen Interessen und zugleich die Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bauern *gegen die Kapitalisten*, die Sozialrevolutionäre aber verraten diese Interessen, indem sie sich mit den Kapitalisten verbünden.

*

Wir wollen den Leser daran erinnern, was Engels kurz vor seinem Tode über die Bauernfrage gesagt hat. Engels betonte, daß die Sozialisten gar nicht daran denken, die Kleinbauern zu expropriieren, daß sie ihnen die Vorzüge der mit Maschinen betriebenen sozialistischen Landwirtschaft nur durch die *Macht des Beispiels* klarmachen werden.⁷⁶

Der Krieg hat Rußland jetzt praktisch vor eine Frage eben dieser Art gestellt. Es mangelt an Inventar. Man muß es beschlagnahmen und darf hochentwickelte Wirtschaften „nicht aufteilen“.

Die Bauern haben angefangen, das zu begreifen. Die Not hat sie dazu gezwungen. Der Krieg hat sie dazu gezwungen, denn Inventar ist nicht zu beschaffen. Man muß sorgsam damit umgehen. Und der Großbetrieb bedeutet eben Arbeitersparnis an Inventar und an vielem anderen.

Die Bauern wollen ihre Kleinwirtschaft behalten, sie ausgleichend normieren, periodisch erneut ausgleichen . . . Und wenn schon. Deshalb wird sich kein vernünftiger Sozialist mit den armen Bauern entzweien. Sind die Ländereien konfisziert, *so heißt das*, daß die Herrschaft der Banken untergraben ist, ist das Inventar konfisziert, *so heißt das*, daß die Herrschaft des Kapitals untergraben ist – dann wird sich *bei Herrschaft des Proletariats im Zentrum*, wenn die politische Macht an das Proletariat übergegangen ist, alles andere *von selbst* ergeben, wird sich alles andere durch die „Macht des Beispiels“ einstellen, aus der Praxis heraus lösen.

Der Übergang der politischen Macht an das Proletariat, das ist der Kern der Sache. Dann *wird* alles Wesentliche, Grundlegende, Wichtigste im Programm der 242 Wähleraufträge *durchführbar*. Das Leben wird schon zeigen, mit welchen Modifikationen dies durchgeführt wird. Das ist unsere kleinste Sorge. Wir sind keine Doktrinäre. Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln.

Wir behaupten nicht, daß Marx oder die Marxisten den Weg zum Sozialismus in all seinen Einzelheiten kennen. Das wäre Unsinn. Wir kennen die Richtung dieses Weges, wir wissen, welche Klassenkräfte auf diesem Wege führend sind, doch konkret, praktisch wird das nur die *Erfahrung der Millionen* zeigen, sobald sie die Sache in Angriff nehmen.

Vertraut euch den Arbeitern an, Genossen Bauern, brecht das Bündnis mit den Kapitalisten! Nur im engsten Bündnis mit den Arbeitern *könnt* ihr mit der Verwirklichung des Programms der 242 Wähleraufträge beginnen. Im Bunde mit den Kapitalisten, unter der Führung der Sozialrevolutionäre, werdet ihr niemals erleben, daß *auch nur ein* entschiedener, unwiderruflicher Schritt im Geiste dieses Programms getan wird.

Wenn ihr aber im Bunde mit den Arbeitern in der Stadt, im scheinungslosen Kampf gegen das Kapital, *beginnen* werdet, das Programm der 242 Wähleraufträge zu verwirklichen, dann wird euch und uns die ganze Welt zu Hilfe kommen, dann wird der Erfolg dieses Programms – nicht in seiner vorliegenden Formulierung, sondern seinem Wesen nach – gesichert sein. Dann wird das Ende der Herrschaft des Kapitals und der Lohnsklaverei kommen. Dann wird das Reich des Sozialismus, das Reich des Friedens, das Reich der Werktätigen zur Wirklichkeit werden.

„Rabotschi“ Nr. 6,
11. September (29. August) 1917.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text des „Rabotschi“.

DIE VERLEUMDER

Die „Retsch“ vom 20. August wie auch die „Russkaja Wolja“, ein mit Geldmitteln offenkundig dunklen Ursprungs gegründetes Blatt, das den Wählern, wenn sie „sozialistisch gesinnt“ sind, empfiehlt, für das „Jedinstwo“ und für die „Volkssozialisten“ zu stimmen, veröffentlichen wiederum verleumderische Behauptungen über mich.

Beide Zeitungen teilen mit, daß diese Informationen aus dem „Kriegsministerium“ kommen, und die „Retsch“ *behauptet sogar*, daß sie „auf dokumentarischem Material und auf zahlreichen Angaben einzelner Personen“ beruhen.

Das Gesetz über Verleumdungen in der Presse ist in Rußland faktisch außer Kraft gesetzt. Die Herren Verleumder, besonders die von der bürgerlichen Presse, genießen volle Freiheit: man trete in der Presse anonym auf, man lüge und verleumde, so viel man will, man verstecke sich hinter Mitteilungen, die von keiner offiziellen Person unterzeichnet, aber angeblich offiziell sind – alles ist erlaubt! Die schmutzigen Verleumder, an der Spitze die Herren Miljukow, genießen das Privileg der Unantastbarkeit.

Die Verleumder behaupten, ich hätte gewisse Beziehungen zu dem „Bund zur Befreiung der Ukraine“. Die Zeitung Miljukows schreibt: „Lenin hat von der deutschen Regierung den Auftrag bekommen, Propaganda für den Frieden zu machen.“ . . . „In Berlin haben zwei Sozialistenversammlungen stattgefunden, an denen Lenin und Joltuchowski teilgenommen haben.“ Diesem letzten Satz fügt die „Russkaja Wolja“ hinzu: „Lenin war bei Joltuchowski abgestiegen.“

Wenn Herr Miljukow und andere solche Halunken, Helden gemeiner Verleumdungen, Straflosigkeit genießen, bleibt mir nur eins übrig: noch

einmal zu wiederholen, daß das Verleumdung ist, noch einmal diesen Helden der Erpressung, die sich auf Zeugenaussagen berufen, einen Zeugen entgegenzustellen, den die Massen kennen.

Ein Führer des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“, Bassok, ist mir seit 1906 bekannt, als er – damals war er Menschewik – zusammen mit mir am Stockholmer Parteitag teilnahm. Im Herbst 1914 oder Anfang 1915, als ich in Bern lebte, erschien in meiner Wohnung der bekannte kaukasische Menschewik Tria, der aus Konstantinopel gekommen war. Tria erzählte mir von Bassoks Beteiligung am „Bund zur Befreiung der Ukraine“ und von der Verbindung dieses Bundes mit der deutschen Regierung. Er übergab mir dabei einen an mich gerichteten Brief von Bassok. In diesem Brief sprach mir Bassok seine Sympathien aus und brachte seine Hoffnung auf eine Annäherung unserer Auffassungen zum Ausdruck. Ich war so entrüstet, daß ich sofort, in Anwesenheit von Tria, einen Antwortbrief an Bassok schrieb, den ich Tria zur Weitergabe aushändigte, da er beabsichtigte, wieder nach Konstantinopel zu fahren.

In dem Brief an Bassok erklärte ich, daß sich unsere Wege unbedingt trennen und daß es nichts Gemeinsames zwischen uns gebe, da er mit einer der imperialistischen Mächte in Verbindung trete.

Darauf beschränkten sich alle meine „Beziehungen“ zum „Bund zur Befreiung der Ukraine“.

„Rabotschi“ Nr. 8,

12. September (30. August) 1917.

Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text des „Rabotschi“.

AN DAS ZENTRALE KOMITEE DER SDAPR

Es ist möglich, daß diese Zeilen zu spät kommen, denn die Ereignisse entwickeln sich mit einer zuweilen geradezu schwindelerregenden Schnelligkeit. Ich schreibe dies Mittwoch, den 30. August, und die Empfänger werden es frühestens Freitag, den 2. September, lesen. Dennoch halte ich es für meine Pflicht, auf alle Fälle folgendes zu schreiben.

Der Aufstand Kornilows ist eine ganz und gar unerwartete (zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form unerwartete) und geradezu unwahrscheinlich schroffe Wendung der Ereignisse.

Wie jede schroffe Wendung, erfordert auch diese eine Überprüfung und Änderung der Taktik. Und wie bei jeder Überprüfung, muß man außerordentlich vorsichtig sein, um nicht in Prinzipienlosigkeit zu verfallen.

Meiner Überzeugung nach verfallen jene in Prinzipienlosigkeit, die (wie Wolodarski) zum Standpunkt der Vaterlandsverteidigung oder (wie andere Bolschewiki) zu einem *Block* mit den Sozialrevolutionären, zur *Unterstützung* der Provisorischen Regierung ableiten. Das ist grundfalsch, das ist Prinzipienlosigkeit. Vaterlandsverteidiger werden wir *erst nach* dem Übergang der Macht an das Proletariat, *nach* dem Friedensangebot, *nachdem* die Geheimverträge zerrissen und die Verbindungen mit den Banken gelöst sind, *erst nachher*. Weder die Besetzung von Riga *noch die Besetzung von Petrograd* wird uns zu Vaterlandsverteidigern machen. (Ich bitte sehr, dies Wolodarski zum Lesen zu geben.) Bis dahin sind wir für die proletarische Revolution, sind wir gegen den Krieg, sind wir *keine* Vaterlandsverteidiger.

Die Kerenskieregierung dürfen wir *selbst jetzt* nicht unterstützen. Das wäre Prinzipienlosigkeit. Man wird fragen: Sollen wir etwa nicht gegen Kornilow kämpfen? Natürlich sollen wir das! Aber das ist nicht dasselbe; da gibt es eine Grenze, sie wird von manchen Bolschewiki überschritten, die in „Verständigungspolitik“ verfallen, sich vom Strom der Ereignisse *mitreißen* lassen.

11

Ш. И. К. Давидов. Умножение. Из опыта опыта, но с точки зрения
 работы с детьми, иными словами, это будет работа. В смысле
 по времени, дабы, чтобы из опыта опыта на практике, чтобы, чтобы
 по ней, на практике, чтобы опыта опыта опыта опыта.
 Это будет работа опыта опыта опыта опыта (в опыте
 опыта) и опыта опыта опыта опыта и опыта опыта опыта опыта
 опыта опыта опыта опыта.
 Так будет работа опыта опыта, он будет работа и
 работа опыта опыта опыта опыта. И, как со временем
 опыта опыта, чтобы опыта опыта опыта опыта, чтобы опыта
 опыта опыта опыта опыта.
 Но работа опыта опыта. В опыте опыта опыта опыта.
 опыта (опыта опыта опыта опыта) опыта опыта до опыта.
 работа опыта опыта опыта опыта до опыта с опытом.
 опыта опыта опыта. опыта опыта. опыта опыта,
 опыта опыта опыта. опыта опыта опыта опыта опыта
 опыта опыта опыта опыта опыта опыта, опыта опыта опыта
 опыта, опыта опыта опыта опыта опыта и опыта с опытом
 опыта опыта. опыта опыта опыта опыта опыта опыта

Erste Seite von W. I. Lenins
 Brief an das Zentralkomitee der SDAPR
 30. August (12. September) 1917
 Verkleinert

Wir werden kämpfen, wir kämpfen gegen Kornilow *ebenso wie die Truppen* Kerenskis, aber wir unterstützen Kerenski nicht, **sondern** entlarven seine Schwäche. Das ist ein Unterschied. Das ist ein recht feiner, aber überaus wesentlicher Unterschied, den man nicht vergessen darf.

Worin besteht nun die Änderung unserer Taktik nach dem Aufstand von Kornilow?

Darin, daß wir die *Form* unseres Kampfes gegen Kerenski ändern. Ohne unsere Feindschaft gegen ihn auch nur um einen Deut zu mildern, ohne ein Wort von dem, was wir gegen ihn gesagt haben, zurückzunehmen, ohne auf die Aufgabe zu verzichten, Kerenski zu stürzen, sagen wir: Man muß der Situation *Rechnung tragen*, jetzt werden wir Kerenski nicht stürzen, wir werden jetzt an die Aufgabe, den Kampf gegen ihn zu führen, *anders* herangehen, und zwar werden wir das Volk (das gegen Kornilow kämpft) über Kerenskis *Schwäche* und über seine *Schwankungen* aufklären. Das taten wir **auch** früher, jetzt aber ist das die *Hauptsache* geworden: darin besteht die Änderung.

Ferner besteht die Änderung darin, daß jetzt die verstärkte Agitation für gewisse „Teilforderungen“ an Kerenski zur *Hauptsache* geworden ist: verhafte Miljukow, bewaffne die Petrograder Arbeiter, rufe die Kronstädter, Wiborger und Helsingforscher Truppen nach Petrograd, jage die Reichsduma auseinander, verhafte Rodsjanko, erhebe die Übergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauern zum Gesetz, führe über die Brotversorgung und in den Fabriken die Arbeiterkontrolle ein, usw. usf. Und nicht nur **an** Kerenski, *nicht so sehr* an Kerenski müssen wir diese Forderungen richten als vielmehr an die Arbeiter, Soldaten und Bauern, die vom Verlauf des Kampfes gegen Kornilow *mitgerissen* worden sind. Wir müssen sie weiter *mitreißen*, sie anspornen, den Generalen und Offizieren, die für Kornilow eintreten, das Fell zu gerben; wir müssen darauf bestehen, daß *sie* die sofortige Übergabe des Bodens an die Bauern fordern; wir müssen *sie* auf den Gedanken bringen, daß Rodsjanko und Miljukow verhaftet, die Reichsduma auseinandergelassen, die „Retsch“ und andere bürgerliche Zeitungen verboten werden müssen, daß man eine Untersuchung gegen sie einleiten muß. Ganz besonders müssen die „linken“ Sozialrevolutionäre in diese Richtung gedrängt werden.

Es wäre falsch anzunehmen, daß wir uns von der Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat *entfernt* haben. Nein. Wir sind

dieser Aufgabe ganz erheblich näher gekommen, aber *nicht direkt*, sondern von der Seite her. Und auch die Agitation muß *momentan* nicht so sehr direkt gegen Kerenski gerichtet sein, wie *indirekt* gegen ihn, indirekt, indem wir den aktiven, den alleraktivsten, den wahrhaft revolutionären Krieg gegen Kornilow fordern. Einzig und allein die Entwicklung dieses Krieges kann *uns* an die Macht bringen, doch davon soll bei der Agitation möglichst wenig *geredet* werden (wobei man stets daran denken muß, daß die Ereignisse uns morgen schon an die Macht bringen können, die wir dann nicht wieder aus der Hand geben werden). Meines Erachtens müßte man das in einem Brief an die Agitatoren (nicht in der Presse) den Gruppen der Agitatoren und Propagandisten und überhaupt den Parteimitgliedern mitteilen. Die Phrasen von der Verteidigung des Landes, von der Einheitsfront der revolutionären Demokratie, von der Unterstützung der Provisorischen Regierung usw. usf. müssen wir schonungslos bekämpfen, eben als *Phrasen* bekämpfen. Jetzt ist es Zeit zu *handeln*. Ihr Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki habt diese Phrasen längst abgedroschen. Jetzt ist es Zeit zu *handeln*, den Krieg gegen Kornilow muß man revolutionär führen, indem man die Massen hineinzieht, sie in Bewegung bringt, sie entflammt (Kerenski aber *fürchtet* die Massen, *fürchtet* das Volk). Im Krieg gegen die Deutschen gilt es gerade jetzt zu *handeln*: *sofort unbedingt den Frieden zu präzisen Bedingungen anbieten*. Tut man das, so *kann* man entweder einen raschen Frieden oder die Umwandlung des Krieges in einen revolutionären Krieg erreichen, andernfalls bleiben alle Menschewiki und Sozialrevolutionäre Lakaien des Imperialismus.

PS. *Nach* Niederschrift dieser Zeilen las ich sechs Nummern des „Rabotschi“⁷⁷ und muß sagen, daß wir vollkommen übereinstimmen. Ich begrüße von ganzem Herzen die ausgezeichneten Leitartikel, die Presse- und die Artikel von W. M-n und Wol-i. Was die Rede von Wolodarski betrifft, so habe ich seinen Brief an die Redaktion gelesen, durch den ebenfalls meine Vorwürfe hinfällig werden. Noch einmal beste Grüße und Wünsche!

Lenin

Geschrieben am 30. August (12. September) 1917.

Zuerst veröffentlicht am 7. November 1920

Nach dem Manuskript.

in der „Pravda“ Nr. 250.

AUS DEM TAGEBUCH EINES PUBLIZISTEN

1. DIE WURZEL DES ÜBELS

Wenn wir von dem Publizisten der „Nowaja Shisn“ N. Suchanow sprechen, werden sicherlich alle damit einverstanden sein, daß er nicht der schlechteste, sondern einer der besten Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie ist. Er hat eine aufrichtige Neigung zum Internationalismus, die er in den schwersten Zeiten, mitten im Wüten der zaristischen Reaktion und des Chauvinismus bewiesen hat. Er hat Kenntnisse, und ihm ist das Bestreben eigen, sich über ernste Fragen ein selbständiges Urteil zu bilden, was er durch seine lange Entwicklung von der sozialrevolutionären Ideologie in Richtung zum revolutionären Marxismus hin bewiesen hat.

Um so bezeichnender ist es, daß sogar solche Leute es fertigbringen, in den entscheidenden Augenblicken der Revolution den Lesern so leichtfertige Urteile über grundlegende Fragen der Revolution vorzusetzen wie folgende:

„Wie viele revolutionäre Errungenschaften uns in den letzten Wochen auch verlorengegangen sind, eine davon, die wichtigste vielleicht, bleibt in Kraft: die Regierung kann sich mit ihrer Politik nur durch den Willen der Sowjetmehrheit halten. Die revolutionäre Demokratie hat all ihren Einfluß aus freien Stücken abgetreten; die demokratischen Organe könnten diesen Einfluß noch ganz leicht wieder zurücknehmen; hätten sie das nötige Verständnis dafür, was die gegenwärtige Situation erfordert, so könnten sie die Politik der Provisorischen Regierung mühelos in das richtige Fahrwasser leiten.“ („Nowaja Shisn“ Nr. 106 vom 20. August.)

Diese Worte enthalten eine sehr leichtfertig dahingesagte ungeheuerliche Unwahrheit über die wichtigste Frage der Revolution, eine Unwahrheit, die in den verschiedensten Ländern in den Kreisen der kleinbürger-

lichen Demokratie weit verbreitet ist und den meisten Revolutionen zum Verhängnis wurde.

Überdenkt man all die kleinbürgerlichen Illusionen, die in der angeführten Betrachtung enthalten sind, so kommt man unwillkürlich auf den Gedanken, daß die Bürger von der „Nowaja Shisn“ gar nicht zufällig auf dem „Vereinigungs“kongreß⁷⁸ mit den Ministern, mit den ministeriellen Sozialisten, mit den Zereteli und Skobelew, mit den Mitgliedern der Regierung, den Kollegen von Kerenski, Kornilow und Co., zusammensitzen. Das ist ganz und gar kein Zufall. Diese Leute haben in der Tat eine gemeinsame ideologische Grundlage: die vernunftlose, kritiklos aus dem Milieu der Spießer übernommene philisterhafte Vertrauensseligkeit frommen Wünschen gegenüber. Denn eben von einer solchen Vertrauensseligkeit ist die ganze Betrachtung Suchanows durchdrungen, ebenso wie die ganze Tätigkeit jener menschwistischer Vaterlandsverteidiger, die in gutem Glauben handeln. In dieser kleinbürgerlichen Vertrauensseligkeit liegt die Wurzel des Übels unserer Revolution.

Sicherlich wäre Suchanow durchaus bereit, die Forderung zu unterschreiben, die der Marxismus an jede ernsthafte Politik stellt, nämlich, daß der Politik *Tatsachen* zugrunde liegen, zugrunde gelegt werden, die eine genaue objektive Prüfung gestatten. Versuchen wir vom Standpunkt dieser Forderung aus an die Behauptung Suchanows in dem angeführten Zitat heranzugehen.

Welche Tatsachen liegen dieser Behauptung zugrunde? Womit könnte Suchanow beweisen, daß die Regierung sich „nur durch den Willen“ der Sowjets „halten kann“, daß es den Sowjets „ganz leicht“ wäre, „all ihren Einfluß wieder zurückzunehmen“, daß sie „müheles“ die Politik der Provisorischen Regierung ändern könnten?

Suchanow könnte sich erstens auf seinen allgemeinen Eindruck, auf die „offensichtliche“ Stärke der Sowjets, auf Kerenskis Erscheinen im Sowjet, auf die lebenswürdigen Äußerungen dieses oder jenes Ministers berufen u. dgl. m. Das wäre natürlich ein ganz untauglicher Beweis, damit würde Suchanow vielmehr den völligen Mangel an Beweisen, das völlige Fehlen objektiver Tatsachen eingestehen.

Zweitens könnte sich Suchanow auf die objektive Tatsache berufen, daß sich die überwältigende Mehrheit der Resolutionen der Arbeiter, Soldaten und Bauern entschieden für die Sowjets und für ihre Unterstützung

ausspricht. Diese Resolutionen drücken also den Willen der Mehrheit des Volkes aus.

Diese Auffassung ist bei den Spießern nicht weniger verbreitet als die zuerst angeführte. Sie ist aber völlig unhaltbar.

In allen Revolutionen war der Wille der Mehrheit der Arbeiter und Bauern, d. h. ohne Zweifel der Wille der Mehrheit der Bevölkerung, für die Demokratie, und dennoch endete die überwiegende Mehrzahl aller Revolutionen mit einer Niederlage der Demokratie.

Ausgehend von diesen Erfahrungen der meisten Revolutionen, besonders der Revolution von 1848 (die unserer jetzigen am ähnlichsten ist), verspottete Marx erbarmungslos die kleinbürgerlichen Demokraten, die mit Hilfe von Resolutionen und durch Berufung auf den Willen der Mehrheit des Volkes siegen wollten.

Unsere eigene Erfahrung bestätigt das noch anschaulicher. Im Frühjahr 1906 war die Mehrzahl der Arbeiter- und Bauernresolutionen zweifellos für die erste Duma. Zweifellos stand die Mehrheit des Volkes hinter dieser Duma, und dennoch gelang es dem Zaren, sie auseinanderzujagen, weil der Aufschwung der revolutionären Klassen (die Arbeiterstreiks und Bauernunruhen im Frühjahr 1906) zu schwach für eine neue Revolution war.

Man denke einmal über die Erfahrungen der jetzigen Revolution nach. Sowohl im März und April als auch im Juli und August 1917 war die Mehrheit der Resolutionen, die Mehrheit des Volkes für die Sowjets, doch ein jeder sieht, weiß und fühlt heute, daß die Revolution im März und April vorwärtsging, während sie im Juli und August zurückgegangen ist. Also entscheidet die Berufung auf die Mehrheit des Volkes in den konkreten Fragen der Revolution noch gar nichts.

Mit dieser Berufung allein irgend etwas beweisen zu wollen ist das Musterbeispiel einer kleinbürgerlichen Illusion. Man will nicht zugeben, daß in der Revolution die feindlichen Klassen *besiegt* werden müssen, die sie verteidigende Staatsgewalt *gestürzt* werden muß und daß dazu „der Wille der Mehrheit des Volkes“ nicht genügt, sondern daß dazu die *Kraft* der kampfbereiten und kampffähigen revolutionären Klassen unerlässlich ist, eine Kraft, die die feindlichen Kräfte im entscheidenden Augenblick an der entscheidenden Stelle *zerschmettert*.

Wie oft haben in Revolutionen die zahlenmäßig geringen, aber gut organisierten, bewaffneten und zentralisierten Kräfte der herrschenden

Klassen, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, die schlecht organisierten, schlecht bewaffneten, zersplitterten Kräfte der „Mehrheit des Volkes“ nacheinander niedergeschlagen.

Nur einem ganz und gar bornierten Kleinbürger steht es an, die konkreten Fragen des Klassenkampfes in einer Zeit, in der er durch die Revolution besonders verschärft wird, durch „allgemeine“ Hinweise auf den „Willen des Volkes“ zu ersetzen.

Drittens führt Suchanow in der angegebenen Betrachtung ein „Argument“ an, das unter den Spießern ebenfalls ziemlich geläufig ist. Er beruft sich darauf, daß „die revolutionäre Demokratie ihren ganzen Einfluß aus freien Stücken abgetreten hat“. Daraus wird anscheinend der Schluß gezogen, daß das, was „aus freien Stücken“ abgetreten wurde, auch leicht wieder zurückgenommen werden kann . . .

Diese Schlußfolgerung taugt nichts. Vor allem setzt die Zurücknahme des freiwillig Abgetretenen das „freiwillige Einverständnis“ desjenigen voraus, der das Abgetretene erhalten hat. Also müßte ein solches freiwilliges Einverständnis vorhanden sein. An wen aber würde etwas „abgetreten“? Wer hat den „Einfluß“ ausgenutzt, den die „revolutionäre Demokratie“ abgetreten hat?

Es ist sehr bezeichnend, daß Suchanow diese für jeden nicht ganz denkunfähigen Politiker grundlegende Frage überhaupt nicht berührt . . . Doch gerade das ist der Kern, darin besteht das Wesen der Sache: in wessen Händen befindet sich *tatsächlich* das, was die (mit Verlaub zu sagen) „revolutionäre Demokratie“ „aus freien Stücken abgetreten hat“?

Gerade dieses Wesen der Sache umgeht Suchanow, wie das alle Menschewiki und Sozialrevolutionäre, alle kleinbürgerlichen Demokraten überhaupt machen.

Weiter. Im Kinderzimmer mag es wohl vorkommen, daß man das, was man „aus freien Stücken abgetreten hat“, ohne Schwierigkeiten zurücknehmen kann: wenn Katja ihren Ball freiwillig Mascha gegeben hat, so ist es möglich, daß sie ihn „ganz leicht zurücknehmen“ kann. Doch wohl nur ein russischer Intellektueller wird es unternehmen, diese Begriffe auf die Politik, auf den Klassenkampf zu übertragen.

In der Politik beweist das freiwillige Abtreten des „Einflusses“ ein solches Unvermögen, eine solche Schwäche, eine solche Charakterlosigkeit und Waschlappigkeit des Verzichtenden, daß man daraus überhaupt

nur eins „schließen“ kann: wer freiwillig den Einfluß abtritt, ist es „wert“, daß man ihm nicht nur den Einfluß, sondern auch die Existenzberechtigung nimmt. Oder, mit anderen Worten, die Tatsache des freiwilligen Verzichts auf den Einfluß „beweist“ an sich nur, daß der, an den dieser freiwillig abgetretene Einfluß übergegangen ist, unvermeidlich dem Verzichtenden auch seine Rechte nehmen wird.

Hat die „revolutionäre Demokratie“ freiwillig ihren Einfluß abgetreten, so war sie keine revolutionäre, sondern eine spießhaft niedrige, feige, noch im knechtischen Denken befangene Demokratie, die von ihren Feinden (gerade nach diesem Verzicht) auseinandergejagt oder auf ein Nichts reduziert werden kann, der es überlassen bleibt, ebenso „aus freien Stücken“ zu sterben, wie sie „aus freien Stücken“ ihren Einfluß abgetreten hat.

In dem Verhalten politischer Parteien nur *Launen* sehen heißt auf jedes *Studium* der politischen Zusammenhänge verzichten. Einem solchen Verhalten wie dem „freiwilligen Abtreten des Einflusses“, das zwei große Parteien an den Tag legen, die nach allen Informationen, Nachrichten und objektiven Ergebnissen der Wahlen die Mehrheit des Volkes hinter sich haben, einem solchen Verhalten muß man *auf den Grund gehen*. Es kann nicht zufällig sein. Es muß mit der bestimmten ökonomischen Lage irgendeiner großen Klasse des Volkes zusammenhängen. Es muß unweigerlich mit der geschichtlichen Entwicklung dieser Parteien zusammenhängen.

Suchanows Betrachtung ist deshalb so typisch für Tausende und aber Tausende gleichartiger Betrachtungen von Spießern, weil sie im Grunde genommen auf dem Begriff des freien Willens („aus freien Stücken“) beruht und die *Geschichte* der in Frage kommenden Parteien ignoriert. Suchanow hat einfach diese Geschichte aus seiner Überlegung gestrichen; er hat vergessen, daß das freiwillige Abtreten des Einflusses eigentlich am 28. Februar begonnen hat, als der Sowjet Kerenski das Vertrauen aussprach und das „Abkommen“ mit der Provisorischen Regierung billigte. Der 6. Mai war dann ein geradezu ungeheuerlicher Verzicht auf den Einfluß. Im ganzen gesehen haben wir es hier mit einer klaren, in die Augen springenden Erscheinung zu tun: die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gerieten von Anfang an auf die schiefe Ebene und rollten mit immer wachsender Geschwindigkeit hinab. Nach dem 3. bis 5. Juli waren sie unten in der Mistgrube gelandet.

Jetzt aber zu sagen, der Verzicht wäre aus freien Stücken erfolgt, man könne „ganz leicht“ die großen politischen Parteien rechtsum kehrtmachen lassen, sie „müheles“ dazu bewegen, ihre in vielen Jahren (und vielen Monaten der Revolution) verfolgte Richtung zu verlassen und die entgegengesetzte Richtung einzuschlagen, man könne sich „ganz leicht“ aus der Mistgrube wieder herausarbeiten und die schiefe Ebene wieder hinaufklettern – ist das nicht der Gipfel der Leichtfertigkeit?

Viertens schließlich könnte sich Suchanow zur Verteidigung seiner Ansicht darauf berufen, daß die Arbeiter und Soldaten, die dem Sowjet das Vertrauen ausgesprochen haben, bewaffnet seien und deshalb den ganzen Einfluß „ganz leicht“ zurücknehmen könnten. Doch gerade in diesem, dem vielleicht wichtigsten Punkt steht es besonders schlimm um die Auffassungen der Spießer, die uns der Mitarbeiter der „Nowaja Shisn“ wiedergibt.

Um möglichst konkret zu sein, wollen wir den 20. und 21. April mit dem 3. bis 5. Juli vergleichen.

Am 20. April kommt die Empörung der Massen gegen die Regierung zum Durchbruch. Ein bewaffnetes Regiment geht in Petrograd auf die Straße, um die Regierung zu verhaften. Zur Verhaftung kommt es nicht. Aber die Regierung sieht deutlich, daß sie keine Stütze mehr hat. Sie hat keine Truppen mehr *hinter sich*. Eine *solche* Regierung zu stürzen ist tatsächlich „ganz leicht“, deshalb stellt die Regierung dem Sowjet ein Ultimatum: Entweder wir gehen, oder ihr unterstützt uns.

Am 4. Juli sehen wir den gleichen Ausbruch der Massenempörung, einen Ausbruch, den alle Parteien einzudämmen suchten, der sich aber trotz *aller* dieser Versuche Bahn bricht. Die gleiche bewaffnete Demonstration gegen die Regierung. Doch der ungeheure Unterschied besteht in folgendem: die verwirrten, dem Volke entfremdeten Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki verständigten sich *bereits am 3. Juli* mit der Bourgeoisie darüber, daß die *Kaledinschen* Truppen nach Petrograd beordert werden. Da liegt der Hase im Pfeffer!

Mit soldatischer Offenheit sprach es Kaledin auf der Moskauer Beratung aus: Ihr sozialistischen Minister habt „uns“ ja selbst am 3. Juli zu Hilfe gerufen! . . . Niemand auf der Beratung wagte es, Kaledin zu widersprechen, denn er sagte die Wahrheit. Kaledin verhöhnnte die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, sie aber mußten dazu schweigen. Ein Kosakengeneral spuckte ihnen ins Gesicht, sie aber wischten sich ab und sagten: „Tautropfen“!

Die bürgerlichen Zeitungen veröffentlichten die Worte Kaledins, aber die menschewistische „Rabotschaja Gaseta“ und das sozialrevolutionäre „Delo Naroda“ *verheimlichten* ihren Lesern diese wesentlichste politische Erklärung, die auf der Moskauer Beratung abgegeben wurde.

So geschah es, daß die Regierung zum erstenmal speziell die Kaledinischen Truppen zu ihrer Verfügung hatte, während die entschlossenen, wirklich revolutionären Truppen und Arbeiter entwaffnet wurden. Das ist die wesentliche Tatsache, die Suchanow so „ganz leicht“ mit Schweigen übergibt, die er vergißt, die aber Tatsache bleibt. Sie ist die entscheidende Tatsache für die gegenwärtige Phase der Revolution, für die *erste* Revolution.

An der entscheidenden Stelle ging die Macht, erst an der Front, dann in der ganzen Armee, in die Hände der *Kaledin* über. Das ist eine Tatsache. Die aktivsten der ihnen feindlich gesinnten Truppen wurden entwaffnet. Wenn die Kaledin auch nicht sofort ihre Macht dazu ausnutzen, eine umfassende Diktatur aufzurichten, so widerlegt das in keiner Weise die Tatsache, daß sie die Macht besitzen. Besaß etwa der Zar nach dem Dezember 1905 die Macht nicht mehr? Zwangen ihn denn nicht die Umstände, diese Macht so vorsichtig zu handhaben, daß er erst noch zwei Dumas einberief, bevor er die *ganze Macht* an sich riß, d. h., bevor er den Staatsstreich vollzog?⁷⁹

Die Macht muß man nach Taten, nicht nach Worten einschätzen. Die Taten der Regierung seit dem 5. Juli beweisen, daß die Kaledin im Besitz der Macht sind, die langsam, aber *unbeirrt* immer weiter vorrücken und jeden Tag neue, kleine und große „Konzessionen“ erlangen: heute – Straflosigkeit für die Offizierschüler, die die Redaktion der „Prawda“ demolieren, Prawdisten ermorden und willkürlich Verhaftungen vornehmen, morgen – ein Gesetz über Zeitungsverbote, über die Auflösung von Versammlungen und Tagungen, über Landesverweisungen ohne Gerichtsverfahren, über Gefängnisstrafen wegen Beleidigung „befreundeter Botschafter“, über Zuchthausstrafen für Anschläge gegen die Regierung, über die Einführung der Todesstrafe an der Front und so weiter und so *weiter*.

Die Kaledin sind keine Dummköpfe. Weshalb sollten sie unbedingt draufgängerisch mit dem Kopf durch die Wand wollen und einen Mißerfolg riskieren, wenn sie *tagtäglich* Stück für Stück das in die Hand be-

kommen, was sie haben wollen? Die Einfaltspinsel, die Skobelew und Zereteli, Tschernow und Awksentjew, Dan und Liber aber schreien bei jedem Schritt, den die Kaledin vorwärts tun: „Triumph der Demokratie! Sieg!“ Den „Sieg“ sehen sie darin, daß die Kaledin, Kornilow und Kerenski sie nicht mit einem Male verschlingen!!

Die Wurzel des Übels besteht eben darin, daß die kleinbürgerliche Masse schon durch ihre ökonomische Lage zu einer geradezu erstaunlichen Vertrauensseligkeit und Unbewußtheit erzogen worden ist, daß sie immer noch halb schläft und im Schlaf murmelt: Es ist „ganz leicht“, das aus freien Stücken Abgetretene zurückzunehmen! Versucht doch zurückzunehmen, laßt euch doch von Kaledin und Kornilow freiwillig etwas zurückgeben!

Die Wurzel des Übels besteht auch darin, daß die „demokratische“ Publizistik diese einschläfernde, spießhaft bornierte, einer Knechtseele würdige Illusion unterstützt, statt sie zu bekämpfen.

Geht man so an die Dinge heran, wie es normalerweise ein Historiker der politischen Geschichte und besonders ein Marxist tun muß, d. h., betrachtet man die Ereignisse in ihrem Zusammenhang, so ergibt sich ganz klar, daß die entscheidende Wende jetzt nicht nur nicht „leicht“, sondern im Gegenteil *ohne eine neue Revolution* überhaupt unmöglich ist.

Ich gehe hier gar nicht auf die Frage ein, ob eine solche Revolution erwünscht ist, ich untersuche gar nicht, ob sie friedlich und legal vor sich gehen kann (in der Geschichte hat es, allgemein gesprochen, Beispiele friedlicher und legaler Revolutionen gegeben). Ich stelle nur fest, daß eine entscheidende Wende ohne eine neue Revolution historisch gesehen unmöglich ist. Denn die Macht ist *bereits* in anderen Händen, sie ist nicht mehr in den Händen der „revolutionären Demokratie“, sie wurde *bereits* von anderen ergriffen und gefestigt. Das Verhalten der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki aber ist nicht zufällig, es ist das Produkt der ökonomischen Lage des Kleinbürgertums und das Resultat der langen Kette von politischen Ereignissen vom 28. Februar bis zum 6. Mai, vom 6. Mai bis zum 9. Juni, vom 9. Juni bis zum 18. und 19. Juni (Offensive) usw. Eine Wende ist im ganzen Machtverhältnis erforderlich, in der gesamten Zusammensetzung der Staatsmacht, in allen Bedingungen für die Betätigung der größten Parteien, in den „Bestrebungen“ der

Klasse, die diese Parteien stützt. Solche Wendungen sind historisch undenkbar *ohne eine neue Revolution*.

Statt dem Volk alle wichtigen geschichtlichen Vorbedingungen einer neuen Revolution, ihre ökonomischen und politischen Voraussetzungen, die politischen Aufgaben, das ihr entsprechende Verhältnis der Klassen zueinander usw. auseinanderzusetzen, *schlängeln* Suchanow und viele andere kleinbürgerliche Demokraten das Volk durch müßige Spielereien *ein*, suchen es damit zu beruhigen, daß wir doch „müheles alles zurücknehmen können“, daß das „ganz leicht“ sei, daß die „wichtigste“ revolutionäre Errungenschaft „in Kraft bleibe“, und mit ähnlichem leichtsinnigem, dummem, geradezu verbrecherischem Unsinn.

Die Anzeichen einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Wende sind vorhanden. Sie zeigen deutlich die Richtung der zu leistenden Arbeit. Der Einfluß der Sozialrevolutionäre und Menschewiki im Proletariat sinkt ganz offensichtlich, während der Einfluß der Bolschewiki offensichtlich steigt. Übrigens haben sogar die Wahlen vom 20. August in Petrograd gegenüber den Juniwahlen zu den Bezirksdumas in Petrograd⁸⁰ den Bolschewiki einen *Zuwachs* an Stimmen gebracht und das, obwohl man „Kaledinsche Truppen nach Petrograd“ gebracht hat!

Das objektive Anzeichen für eine Wende bei der unvermeidlich zwischen Proletariat und Bourgeoisie schwankenden kleinbürgerlichen Demokratie ist die Tatsache, daß die revolutionären internationalistischen Strömungen erstarken, sich festigen und weiterentwickeln: Martow und andere bei den Menschewiki, Spiridonowa, Kamkow und andere bei den Sozialrevolutionären. Es braucht nicht erst erwähnt zu werden, daß die herannahende Hungersnot, die Zerrüttung und die militärischen Niederlagen diese Wende zur Machtergreifung durch das von der armen Bauernschaft unterstützte Proletariat außerordentlich beschleunigen können.

2. FRONDIENST UND SOZIALISMUS

Besonders erbitterte Gegner des Sozialismus erweisen diesem zuweilen einen Dienst durch einen unvernünftigen Eifer bei ihren „Enthüllungen“. Sie fallen gerade über das her, was Sympathie und Nachahmung ver-

dient. Sie öffnen dem Volk schon durch den Charakter ihrer Angriffe die Augen über die Niedertracht der Bourgeoisie.

Gerade so ist es einer der niederträchtigsten bürgerlichen Zeitungen, der „Russkaja Wolja“, ergangen, die am 20. August unter dem Titel „Frondienst“ einen Bericht aus Jekaterinburg brachte, in dem folgendes mitgeteilt wird:

„Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten hat in unserer Stadt den Bürgern, die Pferde besitzen, die Verpflichtung auferlegt, für die täglichen Dienstfahrten der Mitglieder des Sowjets abwechselnd ihre Pferde zur Verfügung zu stellen.

Die Reihenfolge dieser Dienstleistung wurde in einem besonderen Plan festgelegt. Pünktlich wird jeder ‚Pferde besitzende Bürger‘ schriftlich davon benachrichtigt, wo, an welchem Tage und zu welcher Stunde er mit seinem Pferd zur Dienstleistung antreten soll.

Um der Sache mehr Nachdruck zu verleihen, wird dem ‚Befehl‘ hinzugefügt: ‚Sollten Sie dieser Aufforderung nicht nachkommen, wird der Sowjet auf Ihre Kosten für einen Betrag bis zu 25 Rubel einen Wagen mieten‘ . . .“

Der Verteidiger der Kapitalisten ist natürlich entrüstet. Die Kapitalisten sehen seelenruhig zu, wie die ungeheure Mehrheit des Volkes sich ihr ganzes Leben im Elend abrackert, nicht nur „im Frondienst“, sondern geradezu im Zuchthaus der Fabrik, des Bergwerks oder bei einer anderen Lohnarbeit, oder auch oft genug hungert, weil keine Arbeit da ist. Da sehen die Kapitalisten ruhig zu.

Wenn aber die Arbeiter und Soldaten den Kapitalisten eine auch nur ganz geringfügige gesellschaftliche Pflicht auferlegen, dann erheben die Herren Ausbeuter ein Geschrei über „Frondienst“ !!

Man frage einen beliebigen Arbeiter, einen beliebigen Bauern, ob er es schlecht fände, wenn die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die einzige Macht im Staate wären und überall gesellschaftliche Dienstpflichten für die Reichen einführen, z. B. obligatorischen Dienst mit ihren Pferden, Autos und Fahrrädern oder obligatorische tägliche Schreibarbeiten zur Registrierung der Lebensmittel, der Zahl der Bedürftigen usw. usf.?

Jeder Arbeiter und jeder Bauer, mit Ausnahme vielleicht des Kulaken, wird das gutheißen.

Das ist richtig so. Es ist das noch kein Sozialismus, sondern nur einer der ersten Schritte zum Sozialismus, aber es ist gerade das, was das arme Volk dringend und unverzüglich braucht. Ohne solche Maßnahmen kann man das Volk nicht vor dem Hunger und dem Untergang retten.

Warum bleibt nun aber der Sowjet in Jekaterinburg eine seltene Ausnahme? Warum werden solche Maßnahmen nicht schon längst in ganz Rußland durchgeführt? Warum werden nicht gerade Maßnahmen solcher Art zu einem ganzen System ausgebaut?

Warum führt man nach der gesellschaftlichen Pflicht für die Reichen, ihre Pferde zur Verfügung zu stellen, nicht auch eine gesellschaftliche Pflicht für die Reichen ein, über ihre Geldgeschäfte umfassend Rechenschaft abzulegen, besonders bei Lieferungen an den Staat, unter einer ebensolchen Kontrolle durch die Sowjets, mit einer ebensolchen „pünktlichen schriftlichen Benachrichtigung“, wann und wo die Abrechnung vorzulegen ist, wann, wo und wieviel Steuern zu entrichten sind?

Deshalb nicht, weil an der Spitze der überwiegenden Mehrzahl der Sowjets sozialrevolutionäre und menschwistische Führer stehen, die in Wirklichkeit zur Bourgeoisie übergelaufen sind, die in eine bürgerliche Regierung eingetreten sind, zu deren Unterstützung sie sich verpflichteten, die nicht nur den Sozialismus, sondern auch die Demokratie verraten haben. Diese Führer „verständigen“ sich mit der Bourgeoisie, die z. B. in Petrograd nicht nur die Einführung einer gesellschaftlichen Dienstpflicht für die Reichen nicht zulassen würde, sondern seit Monaten viel bescheidenere Reformen hintertreibt.

Diese Führer betrügen ihr eigenes Gewissen und das Volk mit dem Argument, daß „Rußland für die Einführung des Sozialismus noch nicht reif“ sei.

Warum muß man solche Argumente als Betrug ansehen?

Weil mit Hilfe solcher Argumente die Sache fälschlich so dargestellt wird, als handle es sich um irgendeine ungeheuer komplizierte und schwierige Umgestaltung, die das gewohnte Leben vieler Millionen Menschen zerschlagen würde. Die Sache wird lügenerisch so dargestellt, als wolle jemand den Sozialismus in Rußland mit einem einzigen Erlass „einführen“, ohne den Stand der Technik, ohne die unzähligen Kleinbetriebe, ohne die Gewohnheiten und den Willen der Mehrheit der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Das alles ist eine einzige Lüge. Niemand hat ähnliches vorgeschlagen. Keine Partei, kein Mensch hat daran gedacht, durch einen Erlaß „den Sozialismus einzuführen“. Es handelt und handelte sich ausschließlich um solche Maßnahmen, die, so wie die Einführung einer gesellschaftlichen Dienstpflicht für die Reichen in Jekaterinburg, von der Masse der Armen, d. h. von der Mehrheit der Bevölkerung, vollauf gebilligt werden, um Maßnahmen, die technisch und kulturell vollkommen zeitgemäß sind, die eine unmittelbare Erleichterung der Lebensbedingungen der Armen bedeuten und es ermöglichen, die Kriegslasten zu mildern und gleichmäßiger zu verteilen.

Fast ein halbes Jahr Revolution liegt hinter uns, aber die sozialrevolutionären und menschewistischen Führer hintertreiben alle solche Maßnahmen, sie verraten die Interessen des Volkes um der „Verständigung“ mit der Bourgeoisie willen.

Solange die Arbeiter und Bauern nicht begreifen, daß diese Führer Verräter sind, daß sie verjagt und all ihrer Posten enthoben werden müssen, solange werden die Werktätigen unvermeidlich Sklaven der Bourgeoisie bleiben.

„Rabotschi“ Nr. 10,
14. (1.) September 1917.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem Text des „Rabotschi“.

ZUR FRAGE DES PARTEIPROGRAMMS

Die Mitteilung des Gen. Bucharin im „Spartak“⁸¹ über die Einberufung eines „engeren“ Parteitags, der das Programm annehmen soll, zeigt, wie diese Frage zur Lösung drängt.

Diese Frage ist wirklich unaufschiebbar.

Unsere Partei steht an der Spitze der anderen internationalistischen Parteien, das ist jetzt eine Tatsache.

Sie hat die Pflicht, die Initiative zu ergreifen und mit einem Programm aufzutreten, das auf die Probleme des Imperialismus *Antwort gibt*.

Es wäre ein Skandal und eine Schande, wenn wir das nicht täten.

Ich schlage dem ZK vor zu beschließen:

Jede Parteiorganisation ernennt sofort eine oder mehrere Kommissionen zur Vorbereitung des Programms und *verpflichtet* diese sowie alle Theoretiker, Publizisten u. a., *ohne Aufschub* diese Arbeit in Angriff zu nehmen und entweder einen eigenen Entwurf oder Abänderungsvorschläge und Zusatzanträge zu anderen Entwürfen innerhalb von höchstens 3–7 Tagen einzureichen.

Das ist bei beharrlicher Arbeit durchaus durchführbar.

Diese Entwürfe zusammenzufassen, drucken zu lassen oder in Schreibmaschinenabschriften an die wichtigsten Organisationen zu versenden, wird ein paar Wochen erfordern.

Dann ist *sofort* die Einberufung eines **engeren** Parteitags (ein Delegierter auf 4000 oder 5000 Mitglieder) bekanntzugeben.

damit das Programm **in einem Monat** angenommen wird.

Unsere Partei ist verpflichtet, mit diesem Programm hervorzutreten, nur *so* werden wir nicht in Worten, sondern in der Tat die III. Internationale *voranbringen*.

Alles andere sind Phrasen und Versprechungen, alles andere bedeutet Verschiebung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Wenn wir die Initiative ergreifen, werden wir die Arbeit in jeder Hinsicht beschleunigen, und nur so können wir das Programm der III. Internationale vorbereiten.

Geschrieben nicht später als am

3. (16.) September 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1928
im Lenin-Sammelband VII.*

Nach dem Manuskript.

ZUR ZIMMERWALDER FRAGE

Es ist jetzt besonders klar, daß es ein Fehler von uns war, *nicht* aus der Zimmerwalder Vereinigung auszutreten.

Man betrügt alle mit der Hoffnung auf Stockholm. Die Stockholmer Konferenz aber wird von Monat zu Monat „aufgeschoben“.

Zimmerwald „*wartet*“ auf Stockholm! Kautskyaner + Italiener, d. h. die Mehrheit von Zimmerwald „wartet“ auf Stockholm.

Und wir beteiligen uns an dieser Komödie, für die wir vor den Arbeitern die *Verantwortung tragen*.

Das ist eine Schande.

Man muß *sofort* aus Zimmerwald austreten.

Wenn wir nur zu Informationszwecken dort bleiben, verlieren wir nichts, tragen aber *keine Verantwortung* für die Komödie des „Wartens“ auf Stockholm.

Wir müssen das morsche Zimmerwald verlassen und sofort, auf der Plenarsitzung am 3. September 1917, beschließen: *wir berufen eine Konferenz der Linken ein* und beauftragen damit unsere Vertreter in Stockholm.

Nachdem wir die Dummheit gemacht haben, in der Zimmerwalder Vereinigung zu bleiben, kommt es so heraus, als ob unsere Partei, die einzige internationalistische Partei der Welt mit 17 Zeitungen usw., mit den deutschen und italienischen Martow und Zereteli ein ebensolches *Kompromißlerspiel treibt* wie Martow mit Zereteli, Zereteli mit den Sozialrevolutionären und die Sozialrevolutionäre mit der Bourgeoisie . . .

Und das nennt man „für“ die III. Internationale „einstehen“!!!

*Geschrieben nicht später als am
3. (16.) September 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1928
im Lenin-Sammelband VII.*

Nach dem Manuskript.

VERLETZUNG DER DEMOKRATIE IN DEN MASSEORGANISATIONEN

Es muß eine Resolution angenommen werden, die Methoden, wie die des Sowjets der *Soldatendeputierten* (bei den Soldaten 1 Vertreter auf 500, bei den Arbeitern 1 Vertreter auf 1000)⁸² oder des Büros der Gewerkschaften (in den kleinen Verbänden 1 Vertreter auf *a* Mitglieder, in den großen 1 Vertreter auf *a-b* Mitglieder) als *Fälschung** brandmarkt, die eines Nikolaus II. würdig wäre.

Was wären wir für *Demokraten*, wenn wir diese *Fälschung* schweigend duldeten?

Was soll man dann Nikolaus II. vorwerfen, der ebenfalls eine *ungleiche* Vertretung, ungleich für Bauern und Gutsbesitzer, „gewährt“ hatte??

Wenn wir solche Dinge dulden, prostituieren wir die Demokratie.

Wir müssen eine Resolution annehmen, das *gleiche* Wahlrecht fordern (sowohl für die Sowjets als auch für die Gewerkschaftskongresse), die *kleinste* Abweichung von der Gleichheit als *Fälschung*, mit gerade diesem Wort, als *Methode eines Nikolaus II.* brandmarken und diese volkstümlich geschriebene Resolution des ZK-Plenums als Flugblatt unter die Arbeitermassen bringen.

Man kann nicht eine *Fälschung* der Demokratie dulden und sich „Demokrat“ nennen. Wenn wir das dulden, sind wir keine Demokraten, sondern prinzipienlose Menschen!!

*Geschrieben nicht später als am
3. (16.) September 1917.*

*Zuerst veröffentlicht 1928
im Lenin-Sammelband VII.*

Nach dem Manuskript.

* „Ein Vertreter überall und immer von der *gleichen* Zahl Wähler“ – das ist das A b c der Demokratie. Alles andere ist *Fälschung*.

ÜBER KOMPROMISSE

Einen Kompromiß eingehen bedeutet in der Politik, gewisse Forderungen preisgeben, wegen der Verständigung mit einer anderen Partei auf einen Teil der eigenen Forderungen verzichten.

Die übliche Vorstellung der Spießbürger von den Bolschewiki, bestärkt von der die Bolschewiki verleumdenden Presse, besagt, daß die Bolschewiki auf keinerlei Kompromisse eingingen – mit niemandem und niemals.

Eine solche Vorstellung ist für uns als Partei des revolutionären Proletariats schmeichelhaft, denn sie beweist, daß selbst der Feind gezwungen ist, unsere Treue zu den Grundprinzipien des Sozialismus und der Revolution anzuerkennen. Aber man muß doch der Wahrheit die Ehre geben: diese Vorstellung entspricht nicht den Tatsachen. Engels hatte recht, als er sich (1873) in seiner Kritik am Manifest der blanquistischen Kommunisten über ihre Erklärung: „Keinerlei Kompromisse!“⁸³ lustig machte. Das sei eine Phrase, sagte er, denn einer kämpfenden Partei werden oft Kompromisse unvermeidlich durch die Verhältnisse aufgedrängt, und es wäre unsinnig, ein für allemal darauf zu verzichten, „Abschlagszahlungen zu akzeptieren“⁸⁴. Die Aufgabe einer wahrhaft revolutionären Partei besteht nicht darin, den unmöglichen Verzicht auf jegliche Kompromisse zu proklamieren, sondern darin, *durch alle Kompromisse hindurch*, soweit sie unvermeidlich sind, zu verstehen, ihren Prinzipien, ihrer Klasse, ihrer revolutionären Aufgabe – Vorbereitung der Revolution, Befähigung der Volksmassen zum Sieg in der Revolution – treu zu bleiben.

Ein Beispiel. Die Teilnahme an der III. und IV. Duma war ein Kompromiß, ein vorübergehender Verzicht auf revolutionäre Forderungen. Doch es war ein ganz und gar erzwungener Kompromiß, denn das

Kräfteverhältnis hinderte uns eine gewisse Zeit lang, den revolutionären Massenkampf zu führen, und bei der langwierigen Vorbereitung dieses Kampfes *mußte* man es verstehen, auch *innerhalb* eines solchen „Sautalls“ zu arbeiten. Daß diese Auffassung der Bolschewiki als Partei vollkommen richtig war, hat die Geschichte bewiesen.

Jetzt steht nicht die Frage des erzwungenen, sondern die des freiwilligen Kompromisses auf der Tagesordnung.

Unsere Partei erstrebt wie jede andere politische Partei die politische Herrschaft *für sich*. Unser Ziel ist die Diktatur des revolutionären Proletariats. Ein halbes Jahr Revolution hat mit ungewöhnlicher Klarheit, Kraft und Eindringlichkeit bestätigt, wie richtig und unvermeidlich diese Forderung im Interesse gerade der *gegenwärtigen* Revolution ist, denn anders kann das Volk weder einen demokratischen Frieden noch Land für die Bauern, noch die volle Freiheit (eine wahrhaft demokratische Republik) erlangen. Der Gang der Ereignisse in dem halben Jahr unserer Revolution, der Kampf der Klassen und Parteien und die Entwicklung der Krisen vom 20. und 21. April, vom 9. und 10., 18. und 19. Juni, vom 3. bis 5. Juli und vom 27. bis 31. August haben das gezeigt und bewiesen.

Nun ist eine so jähe und einzigartige Wendung in der russischen Revolution eingetreten, daß wir als Partei einen freiwilligen Kompromiß anbieten können, freilich nicht der Bourgeoisie, unserem unmittelbaren und hauptsächlichsten Klassenfeind, sondern den uns nächsten Gegnern, den „herrschenden“ kleinbürgerlich-demokratischen Parteien, den Sozialrevolutionären und den Menschewiki.

Nur ausnahmsweise, lediglich wegen der besonderen Lage, die offenbar nur sehr kurze Zeit andauern wird, können wir diesen Parteien einen Kompromiß vorschlagen, und wir müssen das meines Erachtens tun.

Ein Kompromiß ist unsererseits die Rückkehr zu der Forderung, die wir bis zum Juli stellten: Alle Macht den Sowjets, eine den Sowjets verantwortliche Regierung aus Sozialrevolutionären und Menschewiki.

Jetzt und nur jetzt, vielleicht *nur während weniger Tage* oder nur ein, zwei Wochen lang, könnte sich eine solche Regierung vollkommen friedlich bilden und festigen. Sie könnte mit größter Wahrscheinlichkeit eine friedliche *Vormärtsentwicklung* der ganzen russischen Revolution gewährleisten und außerordentlich viel dazu beitragen, daß die internationale

Bewegung für den Frieden und den Sieg des Sozialismus große Fortschritte macht.

Nur um dieser friedlichen Entwicklung der Revolution willen, einer in der Geschichte *höchst* seltenen und *höchst* wertvollen, einer außerordentlich seltenen Möglichkeit, können und müssen meines Erachtens die Bolschewiki, die Anhänger der Weltrevolution, die Anhänger revolutionärer Methoden, auf einen solchen Kompromiß eingehen.

Der Kompromiß bestünde darin, daß die Bolschewiki, ohne Anspruch auf Beteiligung an der Regierung zu erheben (was für einen Internationalisten ohne tatsächliche Verwirklichung der Voraussetzungen zur Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft unmöglich ist), darauf verzichten würden, unverzüglich den Übergang der Macht an das Proletariat und die armen Bauern zu fordern, daß sie darauf verzichten würden, diese Forderung mit revolutionären Methoden des Kampfes durchzusetzen. Eine selbstverständliche und für die Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht neue Bedingung wäre volle Freiheit der Agitation und Einberufung der Konstituierenden Versammlung ohne neue Verzögerungen oder sogar zu einem früheren Termin.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wären als Regierungsblock (vorausgesetzt, der Kompromiß ist verwirklicht) einverstanden, eine Regierung zu bilden, die vollständig und ausschließlich den Sowjets verantwortlich ist, wobei auch die ganze örtliche Macht an die Sowjets übergehen müßte. Das wäre die „neue“ Bedingung. Weitere Bedingungen würden die Bolschewiki, denke ich, nicht stellen, da sie sich darauf verlassen, daß die tatsächlich volle Agitationsfreiheit und die unverzügliche Verwirklichung eines neuen Demokratismus bei der Zusammensetzung (Neuwahlen) und der Tätigkeit der Sowjets die friedliche Vorwärtsentwicklung der Revolution und das *friedliche Austragen* des Parteienkampfes innerhalb der Sowjets ganz von selbst sichern würden.

Vielleicht ist das *schon* nicht mehr möglich? Vielleicht. Aber wenn auch nur eine Chance unter hundert besteht, so wäre der Versuch, eine solche Möglichkeit zu verwirklichen, immerhin wert, gemacht zu werden.

Was würden die beiden „sich verständigenden“ Seiten, d. h. die Bolschewiki einerseits und der Block der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki andererseits, durch diesen „Kompromiß“ gewinnen? Wenn *beide* Seiten nichts gewinnen, so muß der Kompromiß als undurchführbar

betrachtet werden, und dann ist jedes Wort darüber überflüssig. Wie schwierig dieser Kompromiß jetzt (nach dem Juli und August, zwei Monaten, die zwei Jahrzehnten „friedlicher“, verschlafener Zeit gleichkommen) auch ist, so glaube ich doch, daß eine kleine Chance besteht, ihn zu verwirklichen; diese Chance hat der Beschluß der Sozialrevolutionäre und Menschewiki geschaffen, nicht in eine Regierung mit den Kadetten gemeinsam einzutreten.

Der Gewinn für die Bolschewiki wäre, daß sie die Möglichkeit bekämen, völlig frei für ihre Ansichten zu agitieren und unter tatsächlich demokratischen Verhältnissen Einfluß in den Sowjets zu erlangen. In Worten räumen jetzt „alle“ den Bolschewiki diese Freiheit ein. In Wirklichkeit kann es diese Freiheit unter einer bürgerlichen Regierung oder einer Regierung mit Beteiligung der Bourgeoisie, unter einer Regierung, die keine Regierung der Sowjets ist, *nicht* geben. Unter einer Regierung der Sowjets wäre eine solche Freiheit *möglich* (wir sagen nicht: unbedingt gesichert, aber doch möglich). Um dieser Möglichkeit willen müßte man in einer so schwierigen Zeit auf einen Kompromiß mit der gegenwärtigen Mehrheit in den Sowjets eingehen. Bei einer wirklichen Demokratie hätten *wir* nichts zu befürchten, denn das Leben arbeitet für uns, und sogar die Entwicklung der Strömungen innerhalb der uns feindlich gesinnten Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bestätigt, daß wir recht haben.

Der Gewinn für die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wäre, daß sie mit einem Schlag die uneingeschränkte Möglichkeit erhielten, das Programm *ihrer* Blocks zu verwirklichen, wobei sie sich auf die offenkundig überwiegende Mehrheit des Volkes stützen könnten und sich die „friedliche“ Ausnutzung ihrer Mehrheit in den Sowjets gesichert hätten.

Gewiß, aus diesem Block, der uneinheitlich wäre, sowohl weil er ein Block ist als auch weil die kleinbürgerliche Demokratie *stets* weniger einheitlich ist als die Bourgeoisie und als das Proletariat – aus diesem Block würden sich wahrscheinlich zwei Stimmen erheben.

Die eine Stimme würde sagen: *Wir haben keineswegs denselben Weg wie die Bolschewiki, wie das revolutionäre Proletariat. Das Proletariat wird ohnehin Übermäßiges verlangen und die arme Bauernschaft demagogisch mitreißen. Es wird den Frieden und den Bruch mit den Alliierten fordern. Das ist nicht tragbar für uns. Die Bourgeoisie steht uns*

näher, und wir fahren besser mit ihr, wir haben doch mit ihr nicht gebrochen, sondern haben uns nur vorübergehend mit ihr *überworfen*, nur wegen des einen Zwischenfalls mit Kornilow. Wir haben uns gestritten, wir werden uns aussöhnen. Außerdem „geben“ uns die Bolschewiki überhaupt nichts, denn ihre Aufstandsversuche sind ohnehin ebenso zum Scheitern verurteilt, wie es die Kommune von 1871 war.

Die andere Stimme würde sagen: Der Hinweis auf die Kommune ist sehr oberflächlich und sogar dumm. Erstens haben die Bolschewiki seit 1871 immerhin einiges gelernt, sie würden nicht verfehlen, die Bank in Beschlag zu nehmen, auch würden sie nicht darauf verzichten, gegen Versailles zu marschieren; unter solchen Umständen aber hätte sogar die Kommune siegen können. Außerdem konnte die Kommune dem Volke nicht sofort das bieten, was die Bolschewiki bieten können, wenn sie an die Macht gelangt sind, nämlich: Land für die Bauern, ein sofortiges Friedensangebot, eine wirkliche Kontrolle der Produktion, einen ehrlichen Frieden mit den Ukrainern, den Finnen u. a. Die Bolschewiki haben, grob gesagt, zehnmal mehr „Trümpfe“ in den Händen, als die Kommune sie hatte. Zweitens bedeutet die Kommune schließlich harten Bürgerkrieg und danach eine lange Stockung in der friedlichen kulturellen Entwicklung, eine Erleichterung der Operationen und Machenschaften aller möglichen Mac-Mahon und Kornilow, solche Operationen aber gefährden unsere ganze bürgerliche Gesellschaft. Ist es da vernünftig, eine Kommune zu riskieren?

Eine Kommune aber ist in Rußland unvermeidbar, wenn wir nicht die Macht ergreifen, wenn die Lage so schwierig bleibt, wie sie es vom 6. Mai bis zum 31. August war. Jeder revolutionäre Arbeiter und Soldat wird unvermeidlich an die Kommune denken, wird an sie glauben und unvermeidlich Versuche unternehmen, sie zu verwirklichen, da er sich sagt: Das Volk geht zugrunde, Krieg, Hunger und Zerrüttung greifen immer mehr um sich. Nur die Kommune wird uns retten. Und wenn wir untergehen, wenn wir alle sterben, die Kommune verwirklichen wir doch. – Solche Gedanken sind bei den Arbeitern unausbleiblich, und die Kommune zu besiegen wird jetzt nicht so leicht sein wie 1871. Die russische Kommune wird hundertmal mächtigere Verbündete in der ganzen Welt haben als die Kommune von 1871 . . . Ist es vernünftig von uns, eine Kommune zu riskieren? Ich kann mich auch nicht damit einverstan-

den erklären, daß die Bolschewiki uns durch ihren Kompromiß im Grunde genommen nichts bieten. In allen Kulturländern schätzen gebildete Minister jede, auch die geringste Übereinkunft mit dem Proletariat während des Krieges sehr hoch ein, schätzen sie überaus hoch ein. Und das sind doch gewitzte Leute, wirkliche Minister. Die Bolschewiki aber nehmen trotz aller Repressalien, trotz der Schwäche ihrer Presse recht schnell an Kraft zu . . . Ist es vernünftig von uns, eine Kommune zu riskieren?

Wir haben eine sichere Mehrheit, bis zum Erwachen der armen Bauernschaft ist es noch weit, das werden wir wohl nicht mehr erleben. Daß in einem Bauernland die Mehrheit den Extremisten folgt, glaube ich nicht. Und gegen die offenkundige Mehrheit ist in einer wirklich demokratischen Republik der Aufstand unmöglich. – So würde die zweite Stimme sprechen.

Es würde womöglich noch eine dritte Stimme laut werden, aus der Mitte irgendwelcher Anhänger Martows oder der Spiridonowa, die sagen könnte: Mich empört es, „Genossen“, daß ihr beide, wenn ihr von der Kommune sprecht und davon, daß es bei uns dazu kommen kann, euch ohne Zaudern auf die Seite ihrer Gegner stellt. Der eine in der einen Form, der andere in einer anderen, aber beide steht ihr auf seiten derer, die die Kommune unterdrückt haben. Ich werde nicht für die Kommune agitieren. Ich kann nicht von vornherein versprechen, in ihren Reihen zu kämpfen, wie es jeder Bolschewik tun wird, ich muß aber sagen, daß, *wenn* die Kommune, *ungeachtet* meiner Bemühungen, entsteht, ich eher ihren Verteidigern als ihren Gegnern helfen werde . . .

Die Unterschiedlichkeit der Auffassungen im „Block“ ist groß und unvermeidlich, denn in der kleinbürgerlichen Demokratie sind zahllose Schattierungen vertreten, vom voll und ganz ministeriablen Vollbourgeois bis zum armen Schlucker, der noch nicht ganz imstande ist, sich auf den Standpunkt des Proletariats zu stellen. Welches Resultat sich aber jeweils aus diesen unterschiedlichen Auffassungen ergeben wird, das weiß niemand.

*

Diese Zeilen wurden Freitag, den 1. September, geschrieben und sind aus zufälligen Gründen (die Geschichte wird feststellen, daß unter Kerenski nicht alle Bolschewiki das Recht hatten, ihren Aufenthaltsort frei zu wählen) nicht am selben Tag in die Redaktion gelangt. Nachdem ich

die Zeitungen vom Sonnabend und von heute, Sonntag, gelesen habe, sage ich mir, daß der Vorschlag des Kompromisses wohl schon zu spät kommt. Die wenigen Tage, in deren Verlauf eine friedliche Entwicklung *noch* möglich war, sind wohl *auch* schon vorbei. Ja, aus allem ist ersichtlich, daß sie schon vorbei sind.⁸⁵ Kerenski wird, so oder so, *aus* der Partei der Sozialrevolutionäre austreten, wird sich *von* den Sozialrevolutionären abwenden, er wird *ohne* die Sozialrevolutionäre – infolge ihrer Untätigkeit – mit Hilfe der Bourgeoisie seine Position stärken . . . Ja, aus allem ist ersichtlich, daß die Tage, in denen der Weg friedlicher Entwicklung zufällig möglich wurde, *schon* vergangen sind. Es bleibt nur übrig, diese Notizen der Redaktion mit der Bitte einzusenden, sie „Verspätete Gedanken“ zu betiteln . . . Manchmal ist es vielleicht nicht uninteressant, auch verspätete Gedanken kennenzulernen.

3. September 1917

Geschrieben 1.–3. (14.–16.) September 1917.

*Veröffentlicht am 19. (6.) September 1917
im „Rabotschi Put“ (Weg des Arbeiters) Nr. 3.
Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des
„Rabotschi Put“.*

ENTWURF EINER RESOLUTION ZUR GEGENWÄRTIGEN POLITISCHEN LAGE⁸⁶

Auf Grund der vom Sechsten Parteitag der SDAPR (Bolschewiki) angenommenen Resolution zur politischen Lage und in Anwendung dieser Resolution auf die heutige Situation stellt das ZK der SDAPR in seiner Plenarsitzung fest:

1. In den zwei Monaten vom 3. Juli bis zum 3. September haben der Verlauf des Klassenkampfes und die Entwicklung der politischen Ereignisse infolge des unerhört raschen Tempos der Revolution das ganze Land so weit vorwärtsgebracht, wie dies eine lange Reihe von Jahren in friedlichen Zeiten ohne Revolution und ohne Krieg nicht vermocht hätte.

2. Immer deutlicher zeigt sich, daß die Ereignisse vom 3. bis 5. Juli ein Wendepunkt in der ganzen Revolution waren. Ohne richtige Einschätzung dieser Ereignisse ist weder eine richtige Einschätzung der Aufgaben des Proletariats noch der – nicht von unserem Willen abhängigen – Entwicklungsgeschwindigkeit der revolutionären Ereignisse möglich.

3. Die mit unglaublichem Eifer von der Bourgeoisie gegen die Bolschewiki ausgestreuten Verleumdungen, die sie mit Hilfe der in den kapitalistischen Zeitungen und Verlagen investierten Millionen in riesigem Umfang unter den Volksmassen verbreitet, diese Verleumdungen werden immer rascher und vor immer breiteren Massen entlarvt. Es wird den Arbeitermassen in der Hauptstadt und in den Großstädten und dann auch der Bauernschaft immer klarer, daß die Verleumdungen gegen die Bolschewiki eine Hauptwaffe der Gutsbesitzer und Kapitalisten im Kampf gegen die Verteidiger der Interessen der Arbeiter und armen Bauern, d. h. gegen die Bolschewiki, sind.

4. Der Aufstand Kornilows, d. h. der Generale und Offiziere, hinter denen die Gutsbesitzer und Kapitalisten stehen, an ihrer Spitze die Partei der Kadetten (die Partei der „Volksfreiheit“), dieser Aufstand suchte direkt durch Wiederholung der alten Verleumdungen gegen die Bolschewiki seine Ziele zu verschleiern und trug eben dazu bei, den breiten Volksmassen endgültig die Augen über die wahre Bedeutung der Verleumdungen zu öffnen, die von der Bourgeoisie gegen die bolschewistische Arbeiterpartei, gegen die Partei der wahren Verteidiger der Armen ausgestreut werden.

5. Wenn unsere Partei es abgelehnt hätte, die – trotz unserer Versuche, sie aufzuhalten – spontan ausgebrochene Massenbewegung vom 3. und 4. Juli zu unterstützen, so wäre dies glatter Verrat am Proletariat gewesen, denn die Massen waren in Bewegung geraten aus begründeter und gerechter Empörung über die Verlängerung des imperialistischen, d. h. annexionistischen, räuberischen, im Interesse der Kapitalisten geführten Krieges und über die Untätigkeit der Regierung und der Sowjets gegenüber der Bourgeoisie, die ihrerseits die Zerrüttung und die Hungersnot noch steigert und verschärft.

6. Trotz aller Anstrengungen der Bourgeoisie und der Regierung, trotz der Verhaftungen von Hunderten Bolschewiki, trotz der Beschlagnahme ihrer Papiere und Dokumente, trotz der Durchsuchungen der Redaktionen usw. – trotz alledem ist es nicht gelungen und wird es niemals gelingen, den Beweis für die verleumderische Behauptung zu erbringen, daß unsere Partei der Bewegung vom 3. und 4. Juli irgendein anderes Ziel gestellt habe als das einer „friedlichen und organisierten“ Demonstration unter der Losung der Übergabe der gesamten Macht im Staate an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten.

7. Es wäre ein Fehler gewesen, wenn sich die Bolschewiki am 3. und 4. Juli die Aufgabe gestellt hätten, die Macht zu ergreifen, denn damals hatte die Mehrheit nicht nur des Volkes, sondern auch der Arbeiter die konterrevolutionäre Politik der Generale in der Armee, der Gutsbesitzer auf dem Lande und der Kapitalisten in der Stadt noch nicht am eigenen Leib zu spüren bekommen, eine Politik, die sich nach dem 5. Juli den Massen enthüllte und das Ergebnis des Paktierens der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit der Bourgeoisie war. Doch hat keine einzige, weder eine zentrale noch eine lokale Organisation unserer Partei

mündlich oder schriftlich am 3. und 4. Juli die Losung der Machtergreifung ausgegeben oder diese Frage auch nur zur Erörterung gestellt.

8. Der wirkliche Fehler unserer Partei in den Tagen des 3. und 4. Juli, den die Ereignisse jetzt aufgedeckt haben, bestand nur darin, daß die Partei die allgemeine Lage im Volke für *weniger* revolutionär hielt, als das der Fall war, daß die Partei eine friedliche Entwicklung der politischen Umgestaltungen durch Änderung der Politik der Sowjets *noch* für möglich hielt, während sich in Wirklichkeit die Menschewiki und Sozialrevolutionäre durch das Paktieren mit der Bourgeoisie schon so weit verstrickt und gebunden hatten, die Bourgeoisie selbst aber so konterrevolutionär geworden war, daß von einer friedlichen Entwicklung gar keine Rede mehr sein konnte. Diese irrige Ansicht aber, die nur auf der Annahme beruhte, daß sich die Ereignisse nicht allzu rasch entwickeln würden, diese irrige Ansicht konnte die Partei nicht anders überwinden als durch ihre Beteiligung an der Volksbewegung vom 3. und 4. Juli mit der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ und mit der Aufgabe, der Bewegung einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen.

9. Die historische Bedeutung des Kornilowaufstands besteht gerade darin, daß er den Volksmassen sehr eindringlich die Wahrheit vor Augen führte, die durch die paktiererischen Phrasen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki verhüllt wurde und auch jetzt noch verhüllt wird, nämlich: Die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, an der Spitze die Partei der Kadetten, sowie die auf ihrer Seite stehenden Generale und Offiziere haben sich organisiert, sie sind bereit, die unerhörtesten Verbrechen zu begehen und begehen sie schon, sie sind bereit, Riga (und dann auch Petrograd) den Deutschen auszuliefern, ihnen die Front zu öffnen, bolschewistische Regimenter füslieren zu lassen, einen Putsch anzuzetteln, Truppen mit der „Wilden Division“ an der Spitze gegen die Hauptstadt zu führen usw. – und das alles, damit die Bourgeoisie alle Macht an sich reißen kann, damit die Macht der Gutsbesitzer im Dorf gefestigt und das Land mit dem Blut der Arbeiter und Bauern getränkt werde.

Der Aufstand Kornilows hat für Rußland das bewiesen, was die Geschichte in allen Ländern bewiesen hat, nämlich, daß die Bourgeoisie das Vaterland verrät und zu jedem Verbrechen bereit ist, nur um ihre Herrschaft über das Volk aufrechtzuerhalten und ihre Profite zu schützen.

10. Die Arbeiter und Bauern Rußlands haben gar keinen anderen Ausweg als den entschlossenen Kampf und den Sieg über die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, über die Partei der Kadetten und die mit ihr sympathisierenden Generale und Offiziere. In einen solchen Kampf und zu einem solchen Sieg kann das Volk, d. h. können alle Werktätigen nur von der Klasse der städtischen Arbeiter geführt werden, wenn die gesamte Staatsmacht in die Hände dieser Klasse übergeht und wenn sie von den armen Bauern unterstützt wird.

11. Die Ereignisse in der russischen Revolution entwickeln sich, vor allem nach dem 6. Mai und noch mehr nach dem 3. Juli, mit solch außerordentlich stürmischer, orkanartiger Geschwindigkeit, daß es keineswegs Aufgabe der Partei sein kann, sie zu beschleunigen, im Gegenteil, all unsere Anstrengungen müssen darauf gerichtet sein, nicht hinter den Ereignissen zurückzubleiben, Schritt zu halten bei unserer, mit ganzer Kraft zu leistenden Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern und den anderen Werktätigen über die Veränderungen in der Lage und im Verlauf des Klassenkampfes. Die Hauptaufgabe der Partei besteht jetzt gerade in folgendem: die Massen darüber aufzuklären, daß die Lage außerordentlich kritisch ist, daß jede Aktion mit einer Explosion enden und daher ein vorzeitiger Aufstand den größten Schaden anrichten kann. Gleichzeitig aber führt die kritische Lage die Arbeiterklasse unweigerlich – vielleicht mit katastrophaler Geschwindigkeit – dahin, daß sie durch eine von ihr unabhängige Wendung der Ereignisse gezwungen sein wird, den Entscheidungskampf gegen die konterrevolutionäre Bourgeoisie aufzunehmen und die Macht zu erobern.

12. Der Aufstand Kornilow's hat restlos die Tatsache enthüllt, daß die Armee, die ganze Armee das *Hauptquartier* haßt. Das mußten sogar jene Menschewiki und Sozialrevolutionäre zugeben, die in monatelangen Anstrengungen bewiesen haben, daß sie die Bolschewiki hassen und die Politik der Vereinbarungen der Arbeiter und Bauern mit den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie verfechten. Der Haß der Armee gegen das Hauptquartier wird nicht abnehmen, sondern noch zunehmen, nachdem sich die Kerenskiregierung darauf beschränkt hat, Kornilow durch Alexejew zu ersetzen, Klembowski und die anderen Kornilowgenerale aber auf ihren Posten zu belassen, und überhaupt nichts Ernsthaftes zur Demokratisierung der Armee und zur Beseitigung des konterrevolutionären

Offizierskorps unternommen hat. Die Sowjets, die diese kraftlose, schwankende und prinzipienlose Politik Kerenskis dulden und unterstützen, die Sowjets, die sich im Augenblick der Niederschlagung des Kornilowaufstands noch eine weitere Gelegenheit zur friedlichen Übernahme der gesamten Macht entgehen ließen – diese Sowjets machen sich nicht nur des Paktierens, sondern bereits eines verbrecherischen Paktierens schuldig.

Die Armee, die das Hauptquartier haßt und die den Krieg, über dessen Eroberungscharakter ihr die Augen aufgegangen sind, nicht weiterführen will, ist unweigerlich zu neuen Katastrophen verurteilt.

13. Einzig und allein die Arbeiterklasse vermag, wenn sie die Macht erobert hat, eine Friedenspolitik der Tat zu betreiben, eine Friedenspolitik nicht in Worten, wie es die Menschewiki und Sozialrevolutionäre tun, die in Wirklichkeit die Bourgeoisie und ihre Geheimverträge unterstützen, sondern in der Tat: sie wird sofort, bei jeder beliebigen militärischen Lage, selbst wenn die Kornilowgenerale nach der Preisgabe Rigas auch Petrograd preisgeben, *allen* Völkern offene, präzise, klare und *gerechte* Friedensbedingungen anbieten. Die Arbeiterklasse kann dies im Namen des ganzen Volkes tun, denn die erdrückende Mehrheit der Arbeiter und Bauern Rußlands hat sich gegen den jetzigen Eroberungskrieg und für einen Frieden zu gerechten Bedingungen, ohne Annexionen (Eroberungen) und Kontributionen ausgesprochen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die seit Monaten von einem solchen Frieden sprechen, betrügen sich selbst und betrügen das Volk. Die Arbeiterklasse wird, wenn sie die Macht erobert hat, ohne einen einzigen Tag zu verlieren, allen einen solchen Frieden anbieten.

Die Kapitalisten aller Länder haben die größte Mühe, die überall hereinführende Revolution der Arbeiter gegen den Krieg aufzuhalten, und wenn die russische Revolution vom ohnmächtigen und jämmerlichen Seufzen nach Frieden zum direkten Friedensangebot übergeht, wenn sie zugleich die Geheimverträge usw. veröffentlicht und zerreißt, so stehen die Chancen neunundneunzig gegen eins dafür, daß es schnell zum Frieden kommt, daß die Kapitalisten den Frieden nicht verhindern können.

Sollte aber der am wenigsten wahrscheinliche Fall eintreten, daß die Kapitalisten gegen den Willen ihrer eigenen Völker die Friedensbedingungen der russischen Arbeiterregierung ablehnen, so wird sich die Revo-

lution in Europa hundertmal rascher nähern; die Armee unserer Arbeiter und Bauern wird sich nicht verhaßte, sondern geachtete Vorgesetzte und Heerführer wählen, wird sich davon überzeugen, daß der Krieg nun ein gerechter Krieg ist, nachdem der Frieden angeboten wurde und die Geheimverträge zerrissen worden sind, nachdem das Bündnis mit den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie gelöst wurde und der gesamte Grund und Boden den Bauern übergeben worden ist. Nur dann wird der Krieg von Rußland aus ein gerechter Krieg sein, nur einen solchen Krieg werden die Arbeiter und Bauern nicht gezwungen, sondern aus freien Stücken führen, und ein solcher Krieg wird die unabwendbare Revolution der Arbeiter in den fortgeschrittenen Ländern noch näher bringen.

14. Einzig und allein die Arbeiterklasse vermag, wenn sie die Macht erobert hat, sofort den entschädigungslosen Übergang aller Ländereien der Gutsbesitzer an die Bauern sicherzustellen. Das darf nicht aufgeschoben werden. Die Konstituierende Versammlung wird das zum Gesetz erheben, die Bauern aber sind nicht an dem Hinauszögern der Konstituierenden Versammlung schuld. Die Bauern überzeugen sich mit jedem Tag immer mehr davon, daß man auf dem Wege der Verständigung mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten keinen Boden bekommen kann. Den Boden kann man nur durch ein rückhaltloses, brüderliches Bündnis der armen Bauern mit den Arbeitern erlangen.

Der Austritt Tschernows aus der Regierung, nachdem er monatelang versucht hatte, die Interessen der Bauern durch Konzessionen und Konzessionchen an die kadettischen Gutsbesitzer zu verfechten, und all seine Versuche Schiffbruch erlitten, hat besonders anschaulich die Hoffnungslosigkeit der Politik der Kompromisse offenbart. Die Bauernschaft auf dem Lande sieht und weiß, fühlt und spürt, wie frech die Gutsbesitzer in den Dörfern nach dem 5. Juli geworden sind und wie notwendig es ist, sie zu zügeln und unschädlich zu machen.

15. Einzig und allein die Arbeiterklasse vermag, wenn sie die Macht erobert hat, der Zerrüttung und der drohenden Hungersnot ein Ende zu machen. Die Regierung verspricht seit dem 6. Mai Kontrolle und immer wieder Kontrolle, sie hat aber nichts getan und konnte nichts tun, denn die Kapitalisten und Gutsbesitzer hintertrieben jede Arbeit. Die Arbeitslosigkeit wächst, der Hunger rückt heran, das Geld wird entwertet, der Rücktritt Peschekonows nach der Verdoppelung der Festpreise wird die

Krise noch mehr vertiefen und beweist erneut die ganze Schwäche und Ohnmacht der Regierung. Nur die Arbeiterkontrolle über Produktion und Verteilung kann Rettung bringen. Nur eine Arbeiterregierung wird die Kapitalisten zügeln, wird alle Werktätigen veranlassen, die Anstrengungen der *Staatsmacht* heroisch zu unterstützen, wird Ordnung schaffen und einen richtigen Austausch von Getreide gegen andere Produkte sichern.

16. Das Vertrauen der armen Bauern zur städtischen Arbeiterklasse, das vorübergehend durch die Verleumdungen der Bourgeoisie und durch die auf die Politik des Paktierens gesetzten Hoffnungen erschüttert worden war, stellt sich wieder ein, besonders nachdem die Verhaftungen in den Dörfern, die verschiedenen Verfolgungen der Werktätigen nach dem 5. Juli und sodann der Kornilowaufstand dem Volk die Augen geöffnet haben. Eines der Anzeichen dafür, daß das Volk den Glauben an die Verständigung mit den Kapitalisten verloren hat, besteht darin, daß – besonders nach dem 5. Juli – in den zwei hauptsächlichsten Parteien, bei den Sozialrevolutionären und Menschewiki, die diese Politik des Paktierens eingeführt und konsequent durchgeführt haben, die Unzufriedenheit innerhalb dieser Parteien, der Kampf gegen das Paktierertum und die Opposition, die bei der letzten Tagung des „Rates“ der Partei der Sozialrevolutionäre und auf dem letzten Parteitag der Menschewiki etwa zwei Fünftel (40 Prozent) der Anwesenden betragen hat, in ständigem Wachstum begriffen sind.

17. Der ganze Gang der Ereignisse, alle ökonomischen und politischen Verhältnisse, alle Vorgänge in der Armee schaffen in immer rascherem Tempo die Voraussetzung zur erfolgreichen Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse, die Frieden, Brot und Freiheit bringt und den Sieg der Revolution des Proletariats auch in anderen Ländern beschleunigen wird.

Geschrieben nicht später als am

3. (16.) September 1917.

*Zuerst veröffentlicht 1925
im Lenin-Sammelband IV.*

Nach dem Manuskript.

**DIE DROHENDE KATASTROPHE
UND WIE MAN SIE BEKÄMPFEN SOLL**

*Veröffentlicht Ende Oktober 1917
als Broschüre im Verlag „Prüboi“ .*

Nach dem Manuskript.

Труды Ленина

Свои выступления.

Важнейшим вопросом является вопрос о том, как бороться с буржуазией и капитализмом. Это вопрос не только о политике, но и о тактике. Необходимо учитывать интересы трудящихся масс и стремиться к их освобождению. В настоящее время перед нами стоит задача объединения всех революционных сил.

Каждый рабочий должен понимать, что его интересы связаны с интересами всего народа. Нельзя бороться за свои интересы в ущерб интересам других. Необходимо бороться за социальную справедливость и за отмену капитализма. Только социализм может обеспечить мир и благополучие для всех.

Итак, мы должны бороться за социализм, за освобождение трудящихся от эксплуатации буржуазии.

Наша задача состоит в том, чтобы организовать все силы пролетариата. Необходимо бороться за создание единого фронта. Мы должны бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы. Необходимо бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы.

Мы должны бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы. Необходимо бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы. Необходимо бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы.

Мы должны бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы. Необходимо бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы. Необходимо бороться за то, чтобы трудящиеся могли бороться за свои интересы.

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ – 10.-14. (23.-27.) September 1917

Verkleinert

DER HUNGER RÜCKT HERAN

Rußland droht eine unabwendbare Katastrophe. Das Eisenbahntransportwesen ist unglaublich zerrüttet, und diese Zerrüttung schreitet immer weiter fort. Der Eisenbahnverkehr wird zum Erliegen kommen. Die Rohstoff- und Kohlezufuhr für die Fabriken wird aufhören. Die Getreidezufuhr wird versiegen. Bewußt und unablässig sabotieren (schädigen, untergraben, lähmen und hemmen) die Kapitalisten die Produktion in der Hoffnung, daß eine unerhörte Katastrophe zum Zusammenbruch der Republik und der Demokratie, der Sowjets und überhaupt der proletarischen und bäuerlichen Vereinigungen führen und so die Rückkehr zur Monarchie und die Wiederherstellung der Allmacht der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer erleichtern werde.

Eine Katastrophe von beispiellosem Ausmaß und eine Hungersnot drohen uns unabwendbar. Davon war schon in allen Zeitungen unzählige Male die Rede. Eine Unmenge von Resolutionen sind von den Parteien und von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten angenommen worden, Resolutionen, in denen festgestellt wird, daß die Katastrophe unvermeidlich ist, daß sie ganz nahe bevorsteht, daß ein verzweifelter Kampf gegen sie geführt werden muß und daß „heroische Anstrengungen“ des Volkes notwendig sind, um den Untergang abzuwenden, und so weiter.

Alle sagen das. Alle erkennen das an. Für alle steht das fest.

Und nichts geschieht.

Ein halbes Jahr Revolution ist vergangen. Die Katastrophe ist noch näher herangerückt. Es ist zur Massenarbeitslosigkeit gekommen. Man bedenke: Das Land ist ohne Waren, das Land geht aus Mangel an Er-

zeugnissen, aus Mangel an Arbeitskräften zugrunde, obwohl genügende Mengen von Getreide und Rohstoffen vorhanden sind – und in einem solchen Land, in einem so kritischen Augenblick ist es zur Massenarbeitslosigkeit gekommen! Welcher Beweise bedarf es da noch, um zu zeigen, daß während des halben Jahres Revolution (die von manchen als große Revolution bezeichnet wird, die aber vorderhand wohl mit größerer Berechtigung als „faule“ Revolution bezeichnet werden könnte) in einer demokratischen Republik, bei einer Fülle von Verbänden, Körperschaften und Institutionen, die sich stolz „revolutionär-demokratisch“ nennen, praktisch absolut *nichts* Ernsthaftes gegen die Katastrophe, gegen die Hungersnot getan worden ist? Wir nähern uns immer rascher dem Zusammenbruch, denn der Krieg wartet nicht, und die durch ihn hervorgerufene Zerrüttung aller Gebiete des Volkslebens verschärft sich immer mehr.

Dabei genügt ein ganz klein wenig Aufmerksamkeit und Nachdenken, um sich davon zu überzeugen, daß Mittel zur Bekämpfung der Katastrophe und des Hungers vorhanden sind, daß die Kampfmaßnahmen völlig klar und einfach, voll durchführbar, den Volkskräften durchaus angemessen sind und daß diese Maßnahmen *nur* deshalb, *ausschließlich* deshalb *nicht* getroffen werden, weil ihre Verwirklichung die unerhörten Profite eines kleinen Häufleins von Gutsbesitzern und Kapitalisten beeinträchtigen würde.

In der Tat. Man kann sich dafür verbürgen, daß keine einzige Rede, kein einziger Artikel in einer Zeitung beliebiger Richtung, keine einzige Resolution einer beliebigen Versammlung oder Institution zu finden ist, wo nicht ganz klar und bestimmt die grundlegende und wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung, zur Abwendung der Katastrophe und der Hungersnot anerkannt worden wäre. Diese Maßnahme ist: Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung, Regulierung durch den Staat, richtige Verteilung der Arbeitskräfte in Produktion und Distribution, Haushalten mit den Kräften des Volkes, Vermeidung jedes überflüssigen Kraftaufwands, sparsames Umgehen mit den Kräften. Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung – das ist das Entscheidende im Kampf gegen die Katastrophe und gegen die Hungersnot. Das wird nicht bestritten und ist allgemein anerkannt. Aber gerade das ist es, was *nicht getan* wird aus Angst, die Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten, ihre maß-

losen, unerhörten, skandalösen Profite anzutasten, Profite, die infolge der Teuerung und durch Heereslieferungen (für den Krieg aber „arbeiten“ jetzt direkt oder indirekt beinah alle) eingeheimst werden, Profite, von denen jeder weiß, die jeder beobachtet, über die alle zetern.

Und der Staat tut nichts, rein gar nichts, um eine einigermaßen ernsthafte Kontrolle, Rechnungsführung und Aufsicht zu verwirklichen.

DIE REGIERUNG IST VÖLLIG UNTÄTIG

Allenthalben findet man eine systematische, ständige Sabotage jeder Kontrolle, Aufsicht und Rechnungsführung, jeglicher Versuche, sie durch den Staat in Gang zu bringen. Nun gehört eine unglaubliche Naivität dazu, nicht zu begreifen – und es gehört ausgesprochene Heuchelei dazu, so zu tun, als ob man nicht begriffe –, von wo diese Sabotage ausgeht und mit welchen Mitteln sie betrieben wird. Denn diese Sabotage der Bankiers und Kapitalisten, dieses *Hintertreiben* jeder Kontrolle, Aufsicht und Rechnungsführung wird den staatlichen Formen der demokratischen Republik angepaßt, wird der Existenz „revolutionär-demokratischer“ Institutionen angepaßt. Die Herren Kapitalisten haben sich sehr gut die Wahrheit zu eigen gemacht, zu der sich in Worten alle Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus bekennen, die die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aber sofort zu vergessen trachteten, sobald ihre Freunde Pöstchen als Minister, Vizeminister usw. gefunden hatten. Gemeint ist die Wahrheit, daß das ökonomische Wesen der kapitalistischen Ausbeutung in keiner Weise berührt wird, wenn an die Stelle der monarchistischen Regierungsformen republikanisch-demokratische treten, und folglich auch umgekehrt: es braucht bloß die *Form* des Kampfes für die Unantastbarkeit und Heiligkeit des kapitalistischen Profits geändert zu werden, damit dieser Profit in der demokratischen Republik genauso erfolgreich behauptet werden kann, wie dies zur Zeit der absolutistischen Monarchie der Fall war.

Die gegenwärtige, neueste, republikanisch-demokratische Sabotage jeder Kontrolle, Rechnungsführung und Aufsicht besteht darin, daß die Kapitalisten in Worten das „Prinzip“ der Kontrolle und deren Notwendigkeit „begeistert“ anerkennen (wie alle Menschewiki und Sozial-

revolutionäre selbstverständlich auch) und nur darauf bestehen, daß die Einführung dieser Kontrolle auf „allmähliche“, planmäßige, „staatlich geregelte“ Weise vor sich gehe. In Wirklichkeit sind diese wohlklingenden Worte nur ein Deckmantel, um die Kontrolle *hintertreiben* zu können, sie in ein Nichts, in eine Fiktion zu verwandeln, eine Kontrolle vorzutäuschen, alle sachlichen und praktisch wichtigen Schritte zu verschleppen, unglaublich komplizierte, schwerfällige, bürokratisch-unlebendige Kontrollorgane zu schaffen, die ganz und gar von den Kapitalisten abhängen und rein gar nichts tun und auch nichts tun können.

Damit das Gesagte nicht als leere Behauptung erscheint, wollen wir uns auf Zeugen aus den Reihen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre berufen, d. h. gerade der Leute, die im ersten Halbjahr der Revolution in den Sowjets die Mehrheit hatten, die an der „Koalitionsregierung“ teilnahmen und deshalb vor den russischen Arbeitern und Bauern die politische Verantwortung dafür tragen, daß sie die Kapitalisten gewährleisten ließen, dafür, daß diese jede Kontrolle hintertreiben konnten.

Das offizielle Organ der höchsten Körperschaft unter den sogenannten „machtbefugten“ (nicht lachen!) Körperschaften der „revolutionären“ Demokratie, die „Iswestija“ des ZEK (d. h. des Zentralexekutivkomitees des Gesamtrussischen Sowjetkongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten), veröffentlichte in Nr. 164 vom 7. September 1917 einen *Beschluß* der von eben den Menschewiki und Sozialrevolutionären geschaffenen und in ihren Händen befindlichen speziellen Institution für Fragen der Kontrolle. Diese spezielle Institution ist die „Ökonomische Abteilung“ des Zentralexekutivkomitees. In ihrem Beschluß wird *„die absolute Untätigkeit der bei der Regierung gebildeten zentralen Körperschaften zur Regulierung des Wirtschaftslebens“* offiziell als Tatsache anerkannt.

Wahrhaftig, kann man sich ein beredteres Zeugnis für den Bankrott der menschewistischen und sozialrevolutionären Politik vorstellen als dieses von den Menschewiki und Sozialrevolutionären eigenhändig unterschriebene?

Schon zur Zeit des Zarismus wurde die Notwendigkeit der Regulierung des Wirtschaftslebens anerkannt, und einige Institutionen wurden zu diesem Zweck geschaffen. Doch griff die Zerrüttung unter dem Zaris-

mus immer mehr um sich und nahm ungeheure Ausmaße an. Es galt von Anfang an als Aufgabe der republikanischen, revolutionären Regierung, ernsthafte, entschiedene Maßnahmen zur Überwindung der Zerrüttung zu ergreifen. Als die „Koalitions“regierung unter Beteiligung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre gebildet wurde, gab sie in ihrer höchst feierlichen, an das ganze Volk gerichteten Deklaration vom 6. Mai das Versprechen und übernahm die Verpflichtung, eine staatliche Kontrolle und Regulierung einzuführen. Sowohl die Zereteli und Tschernow als auch die übrigen menschewistischen und sozialrevolutionären Führer schwuren und beteuerten, daß sie nicht nur für die Regierung verantwortlich seien, sondern daß die in ihren Händen befindlichen „bevollmächtigten Organe der revolutionären Demokratie“ die Arbeit der Regierung wirklich überwachten und kontrollierten.

Seit dem 6. Mai sind vier Monate, vier lange Monate verflossen, in denen Rußland für die unsinnige imperialistische „Offensive“ Hunderttausende von Soldaten in den Tod getrieben hat, in denen die Zerrüttung und die Katastrophe mit Riesenschritten immer näher heranrückten, obwohl der Sommer gerade äußerst günstige Möglichkeiten geboten hat, auf dem Gebiet der Schifffahrt, der Landwirtschaft, der geologischen Schürfungen usw. usf. vieles zu leisten – nach diesen vier Monaten sehen sich nun die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gezwungen, die „absolute Untätigkeit“ der bei der Regierung gebildeten Kontrollinstitutionen offiziell zuzugeben!!

Und diese Menschewiki und Sozialrevolutionäre schwatzen jetzt (wir schreiben diese Zeilen gerade am Vorabend der Demokratischen Beratung, am 12. September⁸⁷) mit der ernsten Miene von Staatsmännern davon, daß in dieser Sache Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn man die Koalition mit den Kadetten durch eine Koalition mit den Kit Kitytsch* der Industrie und des Handels, den Rjabuschinski, Publikow, Terechtschenko und Co. ersetze!

Nun fragt es sich, wie ist diese erstaunliche Blindheit der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu erklären? Soll man sie als politische Säuglinge betrachten, die so überaus vernunftlos und naiv sind, daß sie nicht wissen, was sie tun, und sich in gutem Glauben irren? Oder hat

* Gestalt aus der Komödie A. Ostrowskis „Der bittere Rest beim fremden Fest“.
Die Red.

die Fülle der besetzten Pöstchen von Ministern, Vizeministern, Generalgouverneuren, Kommissaren und dergleichen mehr die Eigenschaft, eine besondere, eine „politische“ Blindheit hervorzurufen?

DIE KONTROLLMASSNAHMEN SIND ALLGEMEIN BEKANNT UND LEICHT DURCHFÜHRBAR

Es kann die Frage auftauchen, ob die Mittel und Methoden der Kontrolle nicht etwas außerordentlich Kompliziertes, Schwieriges, Unerprobtes, ja selbst Unbekanntes darstellen. Ob sich die Verschleppung nicht daraus erklärt, daß die Staatsmänner der Kadettenpartei, der Industrie- und Handelsklasse, der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sich schon seit einem halben Jahr im Schweiß ihres Angesichts abmühen, Mittel und Methoden der Kontrolle ausfindig zu machen, zu studieren, zu eröffnen, daß sich die Aufgabe aber als unerhört schwierig und noch immer als ungelöst erweist.

Mitnichten! Man ist bestrebt, den unwissenden, analphabetischen, verschüchternen Bäuerlein und auch den Spießern, die alles glauben und nichts tiefer zu ergründen suchen, „Sand in die Augen zu streuen“ und die Sache eben in dieser Weise darzustellen. In Wirklichkeit aber *wußte* sogar der Zarismus, sogar das „alte Regime“, das die Kriegsindustriekomitees schuf, welches die grundlegende Maßnahme ist, worin vor allem die Mittel und Methoden der Kontrolle bestehen: in der Zusammenfassung der Bevölkerung nach den verschiedenen Berufen, Tätigkeitsarten, Arbeitszweigen usw. Doch der Zarismus *fürchtete* die Zusammenfassung der Bevölkerung und tat daher alles, um diese wohlbekannten, überaus leicht und voll anwendbaren Mittel und Methoden der Kontrolle einzuschränken und künstlich zu beschneiden.

Alle kriegsführenden Staaten, denen der Krieg schwerste Lasten auferlegt, die er in größte Not stürzt und die – in größerem oder geringerem Maße – unter der Zerrüttung und der Hungersnot leiden, haben schon längst eine *ganze Reihe* von Kontrollmaßnahmen vorgesehen, festgelegt, angewandt und erprobt, die fast immer auf die Zusammenfassung der Bevölkerung, auf die Schaffung oder Förderung von Vereinigungen aller Art hinauslaufen, an denen Vertreter des Staates teilnehmen, die unter

Aufsicht des Staates stehen usw. Alle diese Kontrollmaßnahmen sind allgemein bekannt, über sie wurde viel gesprochen und viel geschrieben; die Gesetze, die von den fortgeschrittenen kriegführenden Staaten erlassen worden sind und die Kontrolle betreffen, sind ins Russische übersetzt oder in der russischen Presse ausführlich dargelegt worden.

Hätte unser Staat die Kontrolle wirklich ernsthaft und sachlich durchführen *wollen*, hätten sich seine Institutionen nicht selbst durch ihre Kriecherei vor den Kapitalisten zur „absoluten Untätigkeit“ verdammt, so hätte der Staat nur mit beiden Händen aus dem überaus reichen Vorrat an schon bekannten, schon angewandten Kontrollmaßnahmen zu schöpfen brauchen. Das einzige Hindernis, das im Wege steht, ein Hindernis, das die Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki dem Volke verheimlichen, ist und bleibt eben die Tatsache, daß die Kontrolle die wahnwitzigen Profite der Kapitalisten aufdecken und diesen Profiten Abbruch tun würde.

Um diese überaus wichtige Frage anschaulicher zu erläutern (sie ist im Grunde gleichbedeutend mit der Frage nach dem Programm *jeder* wirklich revolutionären Regierung, die gewillt wäre, Rußland vor Krieg und Hungersnot zu retten), wollen wir die wichtigsten Kontrollmaßnahmen aufzählen und jede einzelne näher untersuchen.

Wir werden sehen, daß es genügt hätte, wenn eine Regierung, die nicht nur zum Spott revolutionär-demokratisch genannt wird, schon in der ersten Woche ihres Bestehens die Verwirklichung der Hauptmaßnahmen für die Kontrolle dekretiert (beschlossen, verfügt) hätte, wenn sie gegen die Kapitalisten, die sich auf betrügerischem Wege der Kontrolle entziehen wollen, ernsthafte, empfindliche Strafen festgesetzt und die Bevölkerung aufgefordert hätte, selbst die Kapitalisten zu beaufsichtigen, selbst darüber zu wachen, daß die Kontrollverordnungen von den Kapitalisten gewissenhaft eingehalten werden – und die Kontrolle wäre in Rußland schon längst verwirklicht.

Diese wichtigsten Maßnahmen sind:

1. Vereinigung aller Banken zu einer einzigen Bank und staatliche Kontrolle über ihre Operationen oder Nationalisierung der Banken.
2. Nationalisierung der Syndikate, d. h. der größten, der monopolistischen Verbände der Kapitalisten (Zucker-, Erdöl-, Kohlen-, Hütten syndikat usw.).

3. Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses.

4. Zwangssyndizierung (d. h. Zwangsvereinigung in Verbänden) der Industriellen, Kaufleute und Unternehmer überhaupt.

5. Zwangsvereinigung der Bevölkerung in Konsumgenossenschaften oder Förderung einer solchen Vereinigung und Kontrolle über sie.

Wir wollen nunmehr untersuchen, welche Bedeutung jede dieser Maßnahmen haben würde, vorausgesetzt, daß sie auf revolutionär-demokratische Weise durchgeführt wird.

NATIONALISIERUNG DER BANKEN

Die Banken sind bekanntlich die Zentren des modernen Wirtschaftslebens, die wichtigsten Nervenknotten des gesamten kapitalistischen Systems der Volkswirtschaft. Von einer „Regulierung des Wirtschaftslebens“ sprechen und die Frage der Nationalisierung der Banken umgehen heißt entweder krasseste Unwissenheit an den Tag legen oder das „einfache Volk“ mit hochtrabenden Redensarten und einem Schwall von Versprechungen betrügen, die man von vornherein nicht zu halten beabsichtigt.

Die Getreidebelieferung oder überhaupt die Produktion und Verteilung der Produkte kontrollieren und regulieren zu wollen, ohne dabei die Bankoperationen zu kontrollieren und zu regulieren, ist Unsinn. Das ist ungefähr so, als wollte man nach Kopeken greifen, die einem zufällig unter die Finger kommen, während man Millionen Rubel unbeachtet läßt. Die modernen Banken sind so eng und untrennbar mit dem Handel (dem Getreidehandel und jedem sonstigen) und der Industrie verwachsen, daß man, ohne auf die Banken „die Hand zu legen“, absolut nichts Ernsthaftes, nichts „Revolutionär-Demokratisches“ tun kann.

Aber vielleicht ist es eine sehr schwierige und verwinkelte Operation für den Staat, auf die Banken „die Hand zu legen“? Man bemüht sich gewöhnlich, die Spießer gerade durch solch eine Darstellung einzuschüchtern – natürlich sind es die Kapitalisten und ihre Verteidiger, die sich bemühen, denn für sie ist das vorteilhaft.

In Wirklichkeit bietet die Nationalisierung der Banken, durch die keinem einzigen „Eigentümer“ auch nur eine Kopeke genommen wird, über-

haupt keinerlei Schwierigkeiten, weder technischer noch kultureller Art, sie wird vielmehr *ausschließlich* durch die schmutzige Profitgier eines verschwindend kleinen Häufleins von Reichen hintertrieben. Wenn die Nationalisierung der Banken so oft mit der Konfiskation der Privatvermögen verwechselt wird, so trägt die Schuld an der Verbreitung dieser Begriffsverwirrung die bürgerliche Presse, in deren Interesse es liegt, die Öffentlichkeit zu betrügen.

Das Eigentum an den Kapitalien, mit denen die Banken operieren und die in den Banken konzentriert sind, wird durch gedruckte und schriftliche Urkunden bescheinigt, die man Aktien, Obligationen, Wechsel, Quittungen u. dgl. m. nennt. Keine einzige derartige Bescheinigung würde durch die Nationalisierung der Banken, d. h. durch die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen Staatsbank, verfallen oder ihren Charakter ändern. Wer auf einem Sparkassenbuch 15 Rubel besessen hat, bleibt auch nach der Nationalisierung der Banken der Besitzer dieser 15 Rubel, und wer 15 Millionen hatte, dem verbleiben auch nach der Nationalisierung der Banken 15 Millionen in Gestalt von Aktien, Obligationen, Wechseln, Warencertifikaten und dergleichen mehr.

Worin besteht also die Bedeutung der Nationalisierung der Banken?

Darin, daß über die einzelnen Banken und ihre Operationen eine wirkliche Kontrolle (selbst wenn man das Geschäftsgeheimnis usw. aufgehoben hat) unmöglich ist, denn man kann unmöglich die überaus komplizierten, verwickelten und raffinierten Methoden durchschauen, die bei der Aufstellung der Bilanzen, bei der Gründung von fiktiven Unternehmen und von Zweigstellen, beim Verschieben von Strohmännern usw. usf. angewendet werden. Nur die Vereinigung aller Banken zu einer einzigen, was an sich nicht die geringste Veränderung der Eigentumsverhältnisse bedeutet und, wir wiederholen das, keinem einzigen Eigentümer auch nur eine Kopeke wegnimmt, *ermöglicht* eine wirkliche Kontrolle, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß alle anderen oben angeführten Maßnahmen zur Anwendung kommen. Nur wenn die Banken nationalisiert sind, *kann man erreichen*, daß der Staat darüber unterrichtet ist, wohin und woher, wie und wann die Millionen und Milliarden kommen und gehen. Und nur die Kontrolle über die Banken, über dieses Zentrum, dieses Kernstück, den Hauptmechanismus der kapitalistischen Zirkulation, würde es ermöglichen, in der Tat und nicht nur in Worten

die Kontrolle über das gesamte Wirtschaftsleben, über die Produktion und Verteilung der wichtigsten Erzeugnisse in Gang zu bringen, jene „Regulierung des Wirtschaftslebens“ in die Wege zu leiten, die sonst unweigerlich dazu verurteilt ist, eine Phrase der Minister zur Irreführung des einfachen Volkes zu bleiben. Nur die Kontrolle über die Bankoperationen – bei Vereinigung der Banken zu einer einzigen Staatsbank – schafft die Möglichkeit, unter Anwendung weiterer leicht durchführbarer Maßnahmen die Einkommensteuer wirklich einzuziehen, ohne daß dabei Vermögen und Einkommen verheimlicht werden können, denn gegenwärtig bleibt die Einkommensteuer in höchstem Grade eine Fiktion.

Die Nationalisierung der Banken brauchte man nur zu dekretieren, durchführen würden sie die Direktoren und Angestellten selber. Dazu bedarf es keines besonderen Apparats, keinerlei besonderer vorbereitender Schritte des Staates, diese Maßnahme läßt sich durch einen einzigen Erlaß, „mit einem Schlag“ verwirklichen. Denn eine solche Maßnahme ist gerade vom Kapitalismus ökonomisch ermöglicht worden, nachdem er sich bis zu Wechseln, Aktien, Obligationen usw. entwickelt hat. Was zu tun übrigbleibt, ist *nur noch die Zusammenlegung der Buchführung*, und wenn der revolutionär-demokratische Staat beschlösse: es sind sofort, telegrafisch, in jeder Stadt Versammlungen und in den Gebieten und im ganzen Lande Tagungen der Direktoren und Angestellten einzuberufen, um alle Banken unverzüglich zu einer einzigen Staatsbank zu vereinigen, so würde diese Reform in wenigen Wochen durchgeführt sein. Freilich würden gerade die Direktoren und höheren Angestellten Widerstand leisten und sich bemühen, den Staat zu betrügen, die Sache auf die lange Bank zu schieben usw., denn diese Herren würden ja ihre besonders einträglichen Pöstchen verlieren, würden die Möglichkeit zu besonders gewinnbringenden Schwindeloperationen verlieren; *das ist der Kern der ganzen Sache*. Jedoch stehen der Vereinigung der Banken nicht die geringsten technischen Schwierigkeiten im Wege, und wenn die Staatsmacht nicht nur in Worten revolutionär ist (d. h. wenn sie sich nicht fürchtet, mit althergebrachten Anschauungen und verknöcherten Gewohnheiten zu brechen), wenn sie nicht nur in Worten demokratisch ist (d. h. wenn sie im Interesse der Mehrheit des Volkes und nicht im Interesse einer Handvoll Reicher handelt), so braucht sie nur zu dekretieren, daß Direktoren, Verwaltungsmitglieder und Großaktionäre, die die Sache

auch nur im geringsten verschleppen, die versuchen, Dokumente oder Abrechnungen auf die Seite zu schaffen, mit Vermögenseinzug und Gefängnis bestraft werden, so braucht sie z. B. nur die armen Angestellten *gesondert* zusammenzufassen und ihnen Prämien auszusetzen für die Aufdeckung der Gaunereien und Verschleppungen seitens der Reichen – und die Nationalisierung der Banken ginge glatter und rascher vonstatten, als man sich träumen läßt.

Die Vorteile, die das ganze Volk, und zwar in der Hauptsache *nicht* die Arbeiter (denn die Arbeiter haben mit Banken wenig zu tun), sondern die Masse der Bauern und kleinen Unternehmer, aus der Nationalisierung der Banken zöge, wären ganz gewaltig. Die Ersparnis an Arbeitsaufwand wäre enorm, und wenn man annimmt, daß der Staat die bisherige Anzahl der Bankangestellten beibehielte, ergäbe das einen überaus großen Schritt vorwärts in Richtung auf eine universelle (allgemeine) Benutzung der Banken, eine Zunahme ihrer Zweigstellen, eine größere Zugänglichkeit der Bankgeschäfte usw. usf. Gerade für die *kleinen* Eigentümer, für die Bauernschaft, würden Kredite dadurch außerordentlich erleichtert und viel zugänglicher gemacht werden. Der Staat aber bekäme zum erstenmal die Möglichkeit, zunächst alle wichtigen Geldoperationen, ohne daß diese verheimlicht werden können, zu *überblicken* und dann zu *kontrollieren*, ferner das Wirtschaftsleben zu *regulieren* und schließlich Millionen und Milliarden für große staatliche Operationen zu *erhalten*, ohne den Herren Kapitalisten wahnwitzige „Provisionen“ für ihre „Dienste“ zu zahlen. Das und nur das ist der Grund, warum alle Kapitalisten, alle bürgerlichen Professoren, die ganze Bourgeoisie, alle ihr gegenüber dienstbeflissenen Plechanow, Potressow und Co. bereit sind, mit Schaum vor dem Munde gegen die Nationalisierung der Banken zu kämpfen, tausenderlei Einwände gegen diese überaus leicht durchzuführende und dringliche Maßnahme zu ersinnen, obwohl diese Maßnahme sogar vom Standpunkt der „Landesverteidigung“, d. h. vom militärischen Standpunkt aus, von gewaltigem Vorteil wäre und die „militärische Macht“ des Landes in ungeheurem Maße steigern würde.

Hier könnte man vielleicht einwenden: Warum führen denn so fortschrittene Länder wie Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika eine großartige „Regulierung des Wirtschaftslebens“ durch, ohne an eine Nationalisierung der Banken auch nur zu denken?

Darum, antworten wir, weil diese Staaten, obwohl der erste eine Monarchie und der zweite eine Republik ist, *beide* nicht nur kapitalistische, sondern auch imperialistische Staaten sind. Als solche führen sie die für sie notwendig gewordenen Reformen auf reaktionär-bürokratischem Wege durch, wir aber sprechen hier vom revolutionär-demokratischen Weg.

Dieser „kleine Unterschied“ ist sehr wesentlich. Es ist meist „nicht üblich“, über ihn nachzudenken. Das Wort „revolutionäre Demokratie“ ist bei uns (besonders bei den Sozialrevolutionären und Menschewiki) beinahe zu einer konventionellen Phrase geworden, wie etwa der Ausdruck „Gott sei Dank“, der auch von Leuten gebraucht wird, die nicht so unwissend sind, an Gott zu glauben, oder wie etwa der Ausdruck „ehrenwerter Bürger“, mit dem man mitunter sogar die Mitarbeiter des „Den“ oder des „Jedinstwo“ anspricht, obwohl fast alle wissen, daß diese Zeitungen von Kapitalisten im Interesse der Kapitalisten gegründet wurden und unterhalten werden und daß darum die Mitarbeit von Pseudosozialisten an diesen Zeitungen sehr wenig „Ehrenwertes“ enthält.

Wenn man die Worte „revolutionäre Demokratie“ nicht als schablonenhafte Paradephrase, nicht als konventionelle Redewendung gebraucht, sondern über ihre Bedeutung *nachdenkt*, dann heißt Demokrat sein, wirklich den Interessen der Mehrheit und nicht der Minderheit des Volkes Rechnung tragen, dann heißt Revolutionär sein, alles Schädliche und Veraltete mit größter Entschiedenheit und Schonungslosigkeit niederreißen.

Weder in Amerika noch in Deutschland erheben die Regierungen oder die herrschenden Klassen, soviel man hört, Anspruch auf den Titel „revolutionäre Demokratie“, den unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki für sich beanspruchen (und den sie prostituierten).

In Deutschland gibt es alles in allem *vier* private Großbanken von gesamtnationaler Bedeutung, in Amerika alles in allem *zwei*. Für die Finanzkönige dieser Banken ist es leichter, bequemer und vorteilhafter, sich privat und heimlich, auf reaktionäre und nicht revolutionäre, bürokratische und nicht demokratische Weise zusammenzutun, die Staatsbeamten zu bestechen (das ist die allgemeine Regel, sowohl in Amerika *wie in Deutschland*) und den privaten Charakter der Banken beizubehalten, gerade um das Geschäftsgeheimnis zu wahren, gerade um Millionen und aber Millionen von „Extraprofiten“ aus eben dem Staat herauszu-

schlagen, gerade um betrügerische Finanzmanipulationen durchführen zu können.

Sowohl Amerika als auch Deutschland „regulieren das Wirtschaftsleben“ so, daß dabei für die Arbeiter (und zum Teil für die Bauern) ein *Militärzuchthaus*, für die Bankiers und Kapitalisten aber ein *Paradies* geschaffen wird. Ihre Regulierung besteht darin, daß man die Arbeiter „durchhalten“ und hungern läßt, den Kapitalisten aber (insgeheim, auf reaktionär-bürokratische Weise) *höhere* Profite sichert als vor dem Krieg.

Diese Methode ist auch im republikanisch-imperialistischen Rußland durchaus möglich; sie wird nicht nur von den Miljukow und Schingarjow, sondern auch von Kerenski in Eintracht mit Tereschtschenko, Nekrasow, Bernazki, Prokopowitsch und Co. angewandt, die *ebenfalls* auf reaktionär-bürokratische Weise die „Unantastbarkeit“ der Banken, deren geheiligte Rechte auf wahnwitzige Profite *schützen*. Laßt uns doch lieber die *Wahrheit* sagen: Im republikanischen Rußland möchte man das Wirtschaftsleben auf reaktionär-bürokratische Weise regulieren, nur weiß man „oft“ nicht recht, wie man das durchführen soll angesichts der Existenz der „Sowjets“, die auseinanderzujagen Kornilow Nummer eins nicht vermocht hat, die aber Kornilow Nummer zwei auseinanderzujagen bemüht sein wird . . .

So sieht die Wahrheit aus. Und diese einfache, wenn auch bittere Wahrheit ist zur Aufklärung des Volkes nützlicher als die süßliche Lüge von „unserer“, „großen“, „revolutionären“ Demokratie . . .

*

Die Nationalisierung der Banken würde auch die gleichzeitige Nationalisierung des Versicherungswesens äußerst erleichtern, d. h. die Vereinigung aller Versicherungsgesellschaften zu einer einzigen, die Zentralisierung ihrer Tätigkeit und die staatliche Kontrolle über sie. Tagungen der Angestellten der Versicherungsgesellschaften könnten auch hier sofort und ohne jede Mühe diese Vereinigung durchführen, wenn der revolutionär-demokratische Staat das anordnete und den Direktoren der Verwaltungen und den Großaktionären unter strenger Haftbarmachung eines jeden einzelnen vorschriebe, die Vereinigung ohne den geringsten Aufschub durchzuführen. Im Versicherungswesen haben die Kapitalisten Hunderte von Millionen investiert, die ganze Arbeit wird von Angestell-

ten geleistet. Die Zusammenlegung der Versicherungsgesellschaften würde die Versicherungsprämien herabsetzen, allen Versicherten eine Menge Vorteile und Erleichterungen bringen und es ermöglichen, bei gleichbleibendem Aufwand an Kraft und Mitteln den Kreis der Versicherten zu erweitern. Außer althergebrachten Anschauungen und verknöcherten Gewohnheiten sowie dem Eigennutz einer Handvoll Inhaber von einträglichen Pöstchen hindert rein gar nichts diese Reform, die ebenfalls dazu beitragen würde, die „Verteidigungsfähigkeit“ des Landes zu heben, da sie Volksarbeit einspart und eine Reihe bedeutsamer Möglichkeiten eröffnet, nicht nur in Worten, sondern in Wirklichkeit das „Wirtschaftsleben zu regulieren“.

NATIONALISIERUNG DER SYNDIKATE

Der Kapitalismus unterscheidet sich von den alten, vorkapitalistischen Systemen der Volkswirtschaft dadurch, daß er die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft in engste Verbindung und gegenseitige Abhängigkeit gebracht hat. Wäre das nicht der Fall, so würden, nebenbei gesagt, keinerlei Schritte zum Sozialismus technisch durchführbar sein. Der moderne Kapitalismus aber hat mit seiner Herrschaft der Banken über die Produktion diese gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft bis zum höchsten Grade gesteigert. Die Banken und die wichtigsten Zweige der Industrie und des Handels sind untrennbar miteinander verwachsen. Einerseits bedeutet das, daß es nicht möglich ist, nur die Banken zu nationalisieren, ohne gleichzeitig Schritte zu unternehmen, aus den Handels- und Industriesyndikaten (Zucker-, Kohlen-, Eisen-, Erdölsyndikat usw.) ein Staatsmonopol zu schaffen, ohne diese Syndikate zu nationalisieren. Andererseits bedeutet das, daß die Regulierung des Wirtschaftslebens, wenn sie ernstlich durchgeführt werden soll, gleichzeitig die Nationalisierung sowohl der Banken wie auch der Syndikate erforderlich macht.

Nehmen wir beispielsweise das Zuckersyndikat. Es wurde noch unter dem Zarismus geschaffen und führte damals zu einer großangelegten kapitalistischen Vereinigung vorzüglich ausgerüsteter Fabriken und Werke, wobei diese Vereinigung selbstverständlich durch und durch von

erzreaktionärem und bürokratischem Geist durchdrungen war, den Kapitalisten skandalös hohe Profite sicherte, die Angestellten und Arbeiter aber in die Lage von absolut rechtlosen, erniedrigten, geknechteten, versklavten Menschen versetzte. Der Staat kontrollierte und regulierte schon damals die Produktion – zugunsten der Geldmagnaten, der Reichen.

Man braucht hier *nur* die reaktionär-bürokratische Regulierung in eine revolutionär-demokratische zu verwandeln, und zwar durch einfache Verfügungen über die Einberufung einer Tagung der Angestellten, Ingenieure, Direktoren und Aktionäre, über die Einführung einer einheitlichen Rechenschaftslegung, über die Kontrolle durch die Arbeiterverbände usw. Das ist die denkbar einfachste Sache – und gerade sie bleibt ungetan!! In der demokratischen Republik bleibt *in Wirklichkeit* die reaktionär-bürokratische Regulierung der Zuckerindustrie bestehen, alles bleibt beim alten: die Vergeudung von Volksarbeit, die verknöcherten Gewohnheiten, die Stagnation und die Bereicherung der Bobrinski und Tereschtschenko. Die Demokratie und nicht die Bürokratie, die Arbeiter und Angestellten und nicht die „Zuckerkönige“ zur selbständigen Initiative aufrufen – das hätte in ein paar Tagen, mit einem Schlag getan werden können und müssen, wenn die Sozialrevolutionäre und Menschewiki das Bewußtsein des Volkes nicht durch Pläne einer „Koalition“ gerade mit diesen Zuckerkönigen getrübt hätten, gerade der Koalition mit den Geldsäcken, aus der sich ganz zwangsläufig die „absolute Untätigkeit“ der Regierung in Sachen der Regulierung des Wirtschaftslebens ergibt.*

Nehmen wir die Erdölindustrie. Sie ist bereits durch die vorangegangene Entwicklung des Kapitalismus in riesigem Ausmaß „vergesellschaftet“ worden. Ein paar Petroleumkönige sind es, die mit Hunderten und aber Hunderten von Millionen schalten und walten; sie beschäftigen sich mit Kuponschneiden und mit dem Einheimsen phantastisch hoher Profite aus einem „Geschäft“, das in Wirklichkeit technisch *bereits* in nationalem Maßstab gesellschaftlich organisiert ist und *bereits* von Hunderten und Tausenden von Angestellten, Ingenieuren usw. geleitet wird. Die Natio-

* Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als ich in den Zeitungen las, daß die Kerenskieregierung das Zuckermonopol einführt; selbstverständlich tut sie das reaktionär-bürokratisch, ohne Tagungen der Angestellten und Arbeiter, ohne Beteiligung der Öffentlichkeit, ohne die Kapitalisten zu zügeln!!

nationalisierung der Erdölindustrie ist *sofort* möglich und für einen revolutionär-demokratischen Staat Pflicht, zumal wenn dieser eine überaus schwere Krise durchmacht, wo es gilt, um jeden Preis Volksarbeit einzusparen und die Brennstoffproduktion zu steigern. Es ist klar, daß eine bürokratische Kontrolle hier nichts nützen und nichts ändern wird, denn mit den Tereschtschenko und Kerenski, mit den Awksentjew und Skobelew werden die „Petroleumkönige“ genauso leicht fertig, wie sie mit den Ministern des Zaren fertig geworden sind – mit Hilfe von Verschleppungen, Ausflüchten und Versprechungen, mit Hilfe direkter und indirekter Bestechung der bürgerlichen Presse (das nennt man „öffentliche Meinung“, der die Kerenski und Awksentjew „Rechnung tragen“) und durch Bestechung der Beamten (die von den Kerenski und Awksentjew in dem alten unangetasteten Staatsapparat auf ihren alten Posten belassen werden).

Um etwas Ernsthaftes zu tun, muß man von der Bürokratie zur Demokratie übergehen, und zwar auf wirklich revolutionäre Art, d. h., man muß den Petroleumkönigen und -aktionären den Krieg erklären, man muß durch Dekret festlegen, daß für die Verschleppung der Nationalisierung der Erdölindustrie, für die Verheimlichung von Einkünften oder Abrechnungen, für Sabotage an der Produktion und für das Unterlassen von Maßnahmen zur Produktionssteigerung Vermögenszug und Gefängnisstrafen verhängt werden. Man muß an die Initiative der Arbeiter und Angestellten appellieren, *sie* sofort zu Beratungen und Tagungen zusammenrufen und *ihnen* einen bestimmten Gewinnanteil überlassen unter der Bedingung, daß eine allseitige Kontrolle eingeführt und die Produktion gesteigert wird. Wären solche revolutionär-demokratischen Schritte sofort, ohne Verzug im April 1917 getan worden, dann hätte Rußland, das an Vorkommen flüssigen Brennstoffs zu den reichsten Ländern der Welt gehört, im Laufe des Sommers, unter Ausnutzung der Wasserstraßen, außerordentlich viel tun können, um das Volk mit Brennstoff in den nötigen Mengen zu versorgen.

Weder die bürgerliche Regierung noch die sozialrevolutionär-menschewistisch-kadettische Koalitionsregierung haben auch nur das geringste getan; sie haben sich mit einer bürokratischen Reformspielerei begnügt. Keinen einzigen revolutionär-demokratischen Schritt wagten sie zu unternehmen. Dieselben Petroleumkönige, dieselbe Stagnation, derselbe Haß

der Arbeiter und Angestellten gegen die Ausbeuter, derselbe Zerfall, der auf diesem Boden um sich greift, dieselbe Vergeudung von Volksarbeit – alles, wie es unter dem Zarismus war, geändert hat sich nur der Kopf der Briefe, die in den „republikanischen“ Kanzleien abgehen und eintreffen!

In der Kohlenindustrie, die technisch und kulturell nicht weniger „reif“ für die Nationalisierung ist und die von denen, die das Volk ausplündern, den Kohlenkönigen, nicht weniger schändlich verwaltet wird, ist uns eine Reihe von höchst anschaulichen *Tatsachen* direkter Sabotage, unmittelbarer *Schadenstiftung* und Stilllegung der Produktion durch die Industriellen bekannt. Selbst die ministerielle menschewistische „Rabotschaja Gaseta“ hat diese Tatsachen zugegeben. Und was weiter? Man hat rein gar nichts getan, außer daß man die alten, reaktionär-bürokratischen Beratungen „auf Halbpart“ wieder aufzog, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und aus den Räubern vom Kohlensyndikat bestehen!! Kein einziger revolutionär-demokratischer Schritt, nicht die Spur eines Versuchs zur Errichtung der einzig realen Kontrolle, der Kontrolle *von unten*, durch die Angestelltenverbände, durch die Arbeiter, mit Hilfe des Terrors gegen die Zechenbarone, die das Land ins Verderben stürzen und die Produktion stilllegen! Wie sollte man auch, wir sind ja „alle“ für die „Koalition“, wenn nicht mit den Kadetten, so mit den Handels- und Industriekreisen, und Koalition heißt eben, den Kapitalisten die Macht belassen, sie ungestraft gewähren lassen, ihnen gestatten, die Produktion zu hemmen, alles auf die Arbeiter zu schieben, die Zerrüttung zu verstärken und *auf diese Weise* einen neuen Kornilowputsch vorzubereiten!

AUFHEBUNG DES GESCHÄFTSGEHEIMNISSES

Ohne Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses bleibt die Kontrolle über Produktion und Verteilung entweder ein leeres Versprechen, das zu nichts anderem dient, als daß die Kadetten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki übers Ohr hauen und diese wiederum die werktätigen Klassen, oder die Kontrolle kann nur mit reaktionär-bürokratischen Mitteln und Maßnahmen durchgeführt werden. So offenkundig dies für jeden unvoreingenommenen Menschen auch sein mag, so beharrlich die

„Prawda“ auch für die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses eingetreten ist* (gerade das hat in hohem Maße dazu beigetragen, daß die „Prawda“ durch die dem Kapital Lakaiendienste leistende Kerenskiregierung verboten wurde) – unsere republikanische Regierung ebenso wie die „rechtmäßigen Organe der revolutionären Demokratie“ dachten gar nicht an dieses *erste Gebot* einer wirklichen Kontrolle.

Gerade hier liegt der Schlüssel zu jeder Kontrolle. Gerade hier ist die empfindlichste Stelle des Kapitals, das das Volk ausplündert und die Produktion sabotiert. Das ist auch der Grund, warum die Sozialrevolutionäre und Menschewiki an diesen Punkt nicht zu rühren wagen.

Das übliche Argument der Kapitalisten, das von den Kleinbürgern gedankenlos wiederholt wird, besteht darin, daß die kapitalistische Wirtschaft die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses keinesfalls zulasse, da das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Abhängigkeit der einzelnen Betriebe vom Markt die „heilige Unantastbarkeit“ der Geschäftsbücher und der Handelsumsätze, darunter natürlich auch der Bankumsätze, notwendig mache.

Jeder, der in der einen oder anderen Form dieses Argument oder ähnliche wiederholt, läßt sich selbst täuschen und täuscht seinerseits das Volk, denn er schließt die Augen vor zwei grundlegenden, äußerst wichtigen und allgemein bekannten Tatsachen des modernen Wirtschaftslebens. Die erste Tatsache ist das Bestehen des Großkapitalismus, d. h. der Besonderheiten des Wirtschaftsorganismus der Banken, Syndikate, Großbetriebe usw. Die zweite Tatsache ist der Krieg.

Gerade der moderne Großkapitalismus, der sich allenthalben in Monopolkapitalismus verwandelt, nimmt dem Geschäftsgeheimnis jede Spur von vernünftigen Sinn und macht es zur Heuchelei, zu einem bloßen Werkzeug, das nur dazu dient, die Finanzgaunereien und unerhörten Profite des Großkapitals zu verheimlichen. Die kapitalistische Großwirtschaft ist schon ihrer ganzen technischen Natur nach eine vergesellschaftete Wirtschaft, d. h., sie arbeitet für Millionen Menschen und vereinigt durch ihre Operationen, direkt und indirekt, Hunderte, Tausende, ja Zehntausende von Familien. Das ist etwas ganz anderes als der Betrieb eines kleinen Handwerkers oder eines Mittelbauern, die gar keine

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 524/525, und den vorliegenden Band, S. 133–137.
Die Red.

Geschäftsbücher führen und deshalb von der Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses gar nicht betroffen werden!

In einem Großbetrieb sind die Operationen ohnehin Hunderten und mehr Personen bekannt. Das Gesetz zum Schutz des Geschäftsgeheimnisses dient hier nicht den Bedürfnissen der Produktion oder des Austauschs, sondern der Spekulation und der Profitsucht in ihrer größten Form, der direkten Gaunerei, die sich bekanntlich in Aktiengesellschaften besonders breitmacht und besonders geschickt durch Abrechnungen und Bilanzen verschleiert wird, die eigens so zusammengestellt werden, daß die Öffentlichkeit betrogen wird.

Wenn das Geschäftsgeheimnis in der kleinen Warenwirtschaft unvermeidlich ist, d. h. bei den Kleinbauern und Handwerkern, wo die Produktion selbst nicht vergesellschaftet, sondern zerstreut, zersplittert ist, so bedeutet der Schutz dieses Geheimnisses im kapitalistischen Großbetrieb nur Schutz der Privilegien und Profite buchstäblich einer Handvoll Leute *gegen* das ganze Volk. Selbst das Gesetz erkennt das bereits insofern an, als es den Aktiengesellschaften die Veröffentlichung der Abrechnungen vorschreibt; aber *diese* – in allen fortgeschrittenen Ländern und auch in Rußland bereits eingeführte – Kontrolle ist eben eine reaktionär-bürokratische Kontrolle, die dem *Volke* nicht die Augen öffnet und ihm *nicht die Möglichkeit gibt, die ganze Wahrheit* über die Manipulationen der Aktiengesellschaften zu erfahren.

Um revolutionär-demokratisch zu handeln, müßte man sofort ein anderes Gesetz erlassen, das das Geschäftsgeheimnis aufhebt, von den Großbetrieben und den Reichen wirklich vollständige Abrechnungen fordert und jeder beliebigen Gruppe von Bürgern, die eine zahlenmäßig solide demokratische Stärke erreicht hat (sagen wir 1000 oder 10000 Wähler), das Recht einräumt, *sämtliche* Dokumente eines beliebigen Großbetriebs zu überprüfen. Eine solche Maßnahme ist ohne weiteres leicht durch ein einfaches Dekret durchzuführen; *einzig und allein* solch eine Maßnahme würde die Initiative des *Volkes* bei der Kontrolle durch die Angestelltenverbände und durch die Arbeiterverbände, durch alle politischen Parteien zur Entfaltung bringen, nur sie allein würde eine ernsthafte und demokratische Kontrolle gewährleisten.

Hinzu kommt noch der Krieg. Die ungeheure Mehrzahl der Handels- und Industrieunternehmen arbeitet jetzt nicht für den „freien

Markt“, sondern *für den Staat*, für den Krieg. Ich habe daher schon in der „Prawda“ ausgeführt, daß diejenigen doppelt und dreifach lügen, die uns das Argument entgegenhalten, es sei unmöglich, den Sozialismus einzuführen, denn es handelt sich nicht darum, jetzt unmittelbar, von heute auf morgen den Sozialismus einzuführen, sondern darum, *aufzudecken, wie die Staatskasse geplündert wird.**

Die kapitalistische „Kriegs“wirtschaft (d. h. die Wirtschaft, die direkt oder indirekt mit den Kriegslieferungen zu tun hat) ist ein systematisches, durch Gesetz legalisiertes *Plündern der Staatskasse*, und die Herren Kadetten zusammen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären, die sich der Aufhebung des Geschäftsheimnisses widersetzen, sind nichts anderes als *Helfershelfer und Hehler beim Plündern der Staatskasse*.

Der Krieg kostet Rußland jetzt 50 Millionen Rubel *t ä g l i c h*. Diese 50 Millionen Rubel täglich wandern größtenteils in die Taschen der Kriegslieferanten. Von diesen 50 Millionen bilden mindestens 5 Millionen *t ä g l i c h*, wahrscheinlich sogar 10 Millionen und noch mehr, die „legalen Nebeneinkünfte“ der Kapitalisten und der mit ihnen – in dieser oder jener Weise – unter einer Decke steckenden Beamten. Besonders die großen Firmen und die Banken, die für die Manipulationen mit Kriegslieferungen Geld vorschießen, bereichern sich an diesem Geschäft durch unerhörte Profite, bereichern sich gerade dadurch, daß sie die Staatskasse plündern, denn anders kann man diese Prellerei und Schinderei des Volkes „anläßlich“ der Kriegsnot, „anläßlich“ der Vernichtung von Hunderttausenden und Millionen Menschen nicht nennen.

Von diesen skandalösen Profiten an den Kriegslieferungen, von den „Garantiebriefen“, die von den Banken verheimlicht werden, davon, wer sich durch die zunehmende Teuerung bereichert, wissen „alle“, davon spricht man schmunzelnd in der „Gesellschaft“, darüber gibt es nicht wenig einzelne genaue Hinweise *sogar* in der bürgerlichen Presse, die in der Regel „peinliche“ Tatsachen verschweigt und „heikle“ Fragen umgeht. Alle wissen es – und alle schweigen, alle dulden es, alle finden sich mit dieser Regierung ab, die schöne Reden über „Kontrolle“ und „Regulierung“ hält!!

* Siehe den vorliegenden Band, S. 57–59. *Die Red.*

Revolutionäre Demokraten, wenn sie wirkliche Revolutionäre und Demokraten wären, hätten sofort ein Gesetz erlassen, das das Geschäftsgeheimnis aufhebt, das die Heereslieferanten und Kaufleute zu genauer Rechenschaftslegung verpflichtet, das ihnen verbietet, ihre Geschäfte ohne Erlaubnis der Behörden aufzugeben, ein Gesetz, das Vermögensenzug und Erschießung* für die Verheimlichung von Einkünften und für Betrug am Volke einführt und dafür sorgt, daß eine Überprüfung und Kontrolle *von unten*, demokratisch, durch das Volk selbst, durch die Verbände der Angestellten, der Arbeiter, der Konsumenten usw., stattfindet.

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki verdienen durchaus den Namen verängstigte Demokraten, denn in dieser Frage wiederholen sie das, was alle verängstigten Spießbürger sagen, nämlich daß die Kapitalisten bei „zu harten“ Maßnahmen „davonliefen“, daß „wir“ ohne die Kapitalisten nicht auskämen, daß wohl auch die englischen und französischen Millionäre, die uns doch „unterstützen“, „gekränkt“ sein würden und dergleichen mehr. Man könnte meinen, die Bolschewiki schlagen etwas in der Geschichte der Menschheit noch nie Dagewesenes, nie Erprobtes, „Utopisches“ vor, während es doch schon vor 125 Jahren in Frankreich Männer gab, die wirklich „revolutionäre Demokraten“ waren, die wirklich davon überzeugt waren, daß sie ihrerseits einen gerechten Krieg, einen Verteidigungskrieg führen, die sich wirklich auf die Volksmassen stützten, die diese Überzeugung aufrichtig teilten, Männer, die es verstanden, eine *revolutionäre* Kontrolle über die Reichen einzuführen und Resultate zu erzielen, die die Bewunderung der ganzen Welt hervorriefen. In den verflossenen 125 Jahren aber hat die Entwicklung des Kapitalismus durch die Schaffung von Banken, Syndikaten, Eisenbahnen usw. usf. die Maßnahmen, die für eine wirklich demokratische Kontrolle durch die Arbeiter und Bauern über die Ausbeuter, die Gutsbesit-

* Ich hatte bereits Gelegenheit, in der bolschewistischen Presse darauf hinzuweisen, daß als triftiges Argument gegen die Todesstrafe nur gelten kann, daß sie von den Ausbeutern im Interesse der Erhaltung der Ausbeutung gegen die *Massen* der Werktätigen angewandt wird. (Siehe den vorliegenden Band, S. 267–270. *Die Red.*) Ohne die Todesstrafe gegen die *Ausbeuter* (d. h. die Gutsbesitzer und Kapitalisten) wird eine wie immer geartete revolutionäre Regierung wohl kaum auskommen können.

zer und Kapitalisten notwendig sind, hundertfach erleichtert und vereinfacht.

Im Grunde genommen läuft die ganze Frage der Kontrolle darauf hinaus, wer wen kontrolliert, d. h. welche Klasse die kontrollierende und welche die kontrollierte ist. Bei uns, im republikanischen Rußland, wird bisher, unter Beteiligung der „rechtmäßigen Organe“ der quasirevolutionären Demokratie, den Gutsbesitzern und Kapitalisten die Rolle der Kontrolleure zuerkannt und belassen. Die unausbleibliche Folge davon ist das Marodieren der Kapitalisten, das die allgemeine Empörung des Volkes hervorruft, und die Zerrüttung, die von den Kapitalisten künstlich gefördert wird. Man muß entschieden und unwiderruflich, ohne sich zu fürchten, mit dem Alten brechen, ohne sich zu fürchten, kühn Neues aufbauen, zur Kontrolle *über* die Gutsbesitzer und Kapitalisten *durch* die Arbeiter und Bauern übergehen. Das aber fürchten unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki mehr als das Feuer.

DIE ZWANGSVEREINIGUNG IN VERBÄNDEN

Die Zwangssyndizierung, d. h. die Zwangsvereinigung in Verbänden, z. B. der Industriellen, wurde bereits praktisch in Deutschland angewandt. Auch das ist nichts Neues. Auch hier sehen wir, verschuldet durch die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ein vollständiges Stagnieren des republikanischen Rußlands, das diese wenig ehrenwerten Parteien mit einer Quadrille „unterhalten“, die sie mit den Kadetten oder den Bublikow oder mit Tereschtschenko und Kerenski tanzen.

Die Zwangssyndizierung ist einerseits eine Art Vorantreiben der kapitalistischen Entwicklung durch den Staat, die überall zur Organisation des Klassenkampfes, zur Erhöhung der Zahl, der Mannigfaltigkeit und der Bedeutung der Verbände führt. Andererseits aber ist die zwangsweise „Verbandsbildung“ die unerläßliche Vorbedingung für jede halbwegs ernsthafte Kontrolle und jede Einsparung an Volksarbeit.

Das deutsche Gesetz verpflichtet zum Beispiel die Lederfabrikanten einer bestimmten Gegend oder des ganzen Reiches, sich zu einem Verband zusammenzuschließen, wobei zur Kontrolle ein Vertreter des Staates dem Vorstand dieses Verbandes angehört. Ein derartiges Gesetz

berührt unmittelbar, d. h. an und für sich, die Eigentumsverhältnisse nicht im geringsten, es nimmt keinem einzigen Eigentümer auch nur eine Kopeke, durch dieses Gesetz wird auch noch nicht darüber entschieden, ob Form, Richtung und Geist der Kontrolle reaktionär-bürokratisch oder revolutionär-demokratisch sein werden.

Derartige Gesetze könnte und sollte man auch bei uns sofort erlassen, ohne auch nur eine Woche kostbarer Zeit zu verlieren, wobei man es den *gesellschaftlichen Umständen selbst* überlassen könnte, die konkreteren Formen der Durchführung des Gesetzes, das Tempo seiner Durchführung, die Methoden zur Überwachung seiner Durchführung usw. zu bestimmen. Der Staat braucht hier weder einen besonderen Apparat noch besondere Forschungen oder irgendwelche vorhergehenden Untersuchungen, um ein solches Gesetz zu erlassen; notwendig ist nur die Entschlossenheit, sich über gewisse Privatinteressen der Kapitalisten hinwegzusetzen, die eine solche Einmischung „nicht gewohnt“ sind und die ihre Extraprofite nicht verlieren wollen, für deren Sicherung außer dem Fehlen einer Kontrolle auch das Wirtschaften nach alter Manier Gewähr bietet.

Man braucht keinerlei Apparat und keinerlei „Statistik“ (durch die Tschernow die revolutionäre Initiative der Bauernschaft ersetzen wollte), um ein solches Gesetz zu erlassen, denn seine Durchführung muß den Fabrikanten oder Industriellen selbst, muß den *vorhandenen* gesellschaftlichen Kräften übertragen werden, unter der Kontrolle der ebenfalls vorhandenen gesellschaftlichen (d. h. nicht der behördlichen, der bürokratischen) Kräfte, die jedoch unbedingt den sogenannten „niederen Ständen“, d. h. den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen, angehören müssen, die sich in der Geschichte in bezug auf ihre Fähigkeit zu Heroismus, Selbstaufopferung und kameradschaftlicher Disziplin stets als unermeßlich *höherstehend* erwiesen haben als die Ausbeuter.

Angenommen, wir hätten eine wirklich revolutionär-demokratische Regierung und sie würde beschließen: Alle Fabrikanten und Industriellen jedes Produktionszweiges sind verpflichtet, wenn sie, sagen wir, mindestens zwei Arbeiter beschäftigen, sich sofort nach Kreisen und Gouvernements in Verbänden zu vereinigen. Die Verantwortung für die strikte Durchführung des Gesetzes wird in erster Linie den Fabrikanten und Direktoren, den Vorstandsmitgliedern und den Großaktionären auferlegt

(denn sie alle sind die wirklichen Führer der modernen Industrie, ihre tatsächlichen Herren). Wenn sie sich der Arbeit an der sofortigen Durchführung des Gesetzes entziehen, werden sie wie Leute behandelt, die vom Militärdienst desertiert sind, und auch wie solche bestraft, werden sie solidarisch, alle für einen und einer für alle, mit ihrem gesamten Vermögen haftbar gemacht. Ferner wird die Verantwortung auch allen Angestellten, die gleichfalls verpflichtet sind, *einen* Verband zu bilden, sowie allen Arbeitern und ihrer Gewerkschaft auferlegt. Der Zweck der „Verbandsbildung“ ist, eine vollständige, sehr strenge und genaue Rechenschaftslegung einzuführen, vor allem aber die *Operationen* beim Einkauf der Rohstoffe und beim Absatz der Erzeugnisse *zusammenzufassen* und Mittel sowie Kräfte des Volkes *einzusparen*. Diese Einsparungen durch die Vereinigung der einzelnen Unternehmen zu einem Syndikat erreichen, wie die ökonomische Wissenschaft lehrt und das Beispiel aller Syndikate, Kartelle und Trusts zeigt, ein kolossales Ausmaß. Dabei muß noch einmal wiederholt werden, daß durch diese Vereinigung zu einem Syndikat an den Eigentumsverhältnissen an und für sich kein Jota geändert und keinem Eigentümer auch nur eine einzige Kopeke weggenommen wird. Dieser Umstand muß besonders nachdrücklich hervorgehoben werden, denn die bürgerliche Presse „schreckt“ die kleinen und mittleren Eigentümer ständig damit, die Sozialisten überhaupt und die Bolschewiki im besonderen wollten sie „expropriieren“: eine offenkundig erlogene Behauptung, da die Sozialisten *sogar bei einer vollen sozialistischen* Umwälzung die Kleinbauern weder expropriieren wollen noch können noch werden. Wir sprechen die ganze Zeit *nur* von den nächsten und dringendsten Maßnahmen, die in Westeuropa bereits durchgeführt worden sind und die eine halbwegs konsequente Demokratie unverzüglich auch bei uns durchführen müßte, um die drohende, unabwendbare Katastrophe zu bekämpfen.

Ernste Schwierigkeiten, sowohl technischer wie kultureller Art, würde die Vereinigung der kleinsten und kleinen Eigentümer in Verbänden bereiten, und zwar wegen der außerordentlichen Zersplitterung ihrer Betriebe und deren technischer Primitivität, wegen des Analphabetentums oder der mangelnden Bildung der Besitzer. Doch gerade diese Betriebe könnten vom Gesetz ausgenommen werden (wie bereits oben in dem von uns angenommenen Beispiel erwähnt), und ihre Nichtvereini-

gung, schon ganz abgesehen von ihrer verzögerten Vereinigung, könnte kein ernstes Hindernis bilden, denn die Rolle, die die ungeheure Anzahl der Kleinbetriebe in der Gesamtsumme der Produktion spielt, ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft als Ganzes ist *verschwindend klein*, und außerdem sind sie oft in der einen oder anderen Weise von den Großbetrieben abhängig.

Von entscheidender Bedeutung sind nur die Großbetriebe, und hier sind die technischen und kulturellen Mittel und Kräfte zur „Verbandsbildung“ *vorhanden*; es fehlt nur an der festen, entschlossenen, den Ausbeutern gegenüber schonungslos harten Initiative der *revolutionären* Staatsmacht, um diese Mittel und Kräfte in Bewegung zu setzen.

Je ärmer ein Land an technisch gebildeten und überhaupt an intellektuellen Kräften ist, desto *dringender* ist die Notwendigkeit, möglichst rasch und entschlossen die Zwangsvereinigung zu verfügen und mit ihrer Durchführung bei den größten und Großbetrieben anzufangen, denn gerade durch die Vereinigung werden intellektuelle Kräfte *eingespart*, und es wird möglich, diese Kräfte *voll und ganz* auszunutzen und richtiger zu verteilen. Wenn sogar die russische Bauernschaft in ihren weltverlorenen Dörfern unter der Zarenregierung – wo sie gegen Tausende von dieser Regierung errichtete Hindernisse ankämpfen mußte – vermocht hat, nach dem Jahre 1905 einen gewaltigen Schritt vorwärts zu tun und Verbände aller Art zu schaffen, so könnte begreiflicherweise die Vereinigung der großen und mittleren Industrie und des Handels in einigen Monaten, wenn nicht noch schneller, durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß in dieser Richtung Zwang ausgeübt wird von einer wirklich revolutionär-demokratischen Regierung, die sich auf die Unterstützung, die Beteiligung, die Interessiertheit und die Belange der „unteren Schichten“, der Demokratie, der Angestellten und Arbeiter, stützt und *diese* zur Kontrolle aufruft.

REGULIERUNG DES VERBRAUCHS

Der Krieg hat alle kriegführenden und viele neutrale Staaten gezwungen, zur Regulierung des Verbrauchs überzugehen. Die Brotkarte erblickte das Licht der Welt, sie wurde zu einer gewohnten Erscheinung

und zog die Einführung anderer Lebensmittelkarten nach sich. Rußland blieb nicht abseits und führte ebenfalls die Brotkarte ein.

Aber gerade an diesem Beispiel können wir wohl am anschaulichsten die reaktionär-bürokratischen Methoden des Kampfes gegen die Katastrophe, die darauf angelegt sind, sich auf ein Minimum an Reformen zu beschränken, mit den revolutionär-demokratischen Methoden vergleichen, die, um ihrem Namen gerecht zu werden, direkt die Aufgabe haben müssen, mit dem überlebten Alten gewaltsam zu brechen und die Vorwärtsbewegung möglichst zu beschleunigen.

Die Brotkarte, dieses typische Musterbeispiel der Regulierung des Verbrauchs in den modernen kapitalistischen Staaten, hat die Aufgabe und erzielt (im besten Falle) das eine: die vorhandene Brotmenge so zu verteilen, daß sie für alle reicht. Es wird ein Höchstverbrauch bei weitem nicht für alle, sondern nur für die wichtigsten „volksüblichen“ Produkte festgesetzt. Das ist alles. Um mehr kümmert man sich nicht. Bürokratisch werden die vorhandenen Getreidevorräte berechnet und auf den Kopf der Bevölkerung verteilt, es wird eine Norm festgesetzt und eingeführt, und damit ist die Sache erledigt. Luxusgüter werden nicht angetastet, denn es gibt „sowieso“ nur wenig davon, und sie sind „ohnehin“ so teuer, daß sie für das „Volk“ unerschwinglich sind. Deshalb sehen wir in ausnahmslos *allen* kriegführenden Ländern, *sogar* in Deutschland – das man wohl, ohne auf Widerspruch zu stoßen, als Musterbeispiel für eine überaus gründliche, pedantische und strenge Regulierung des Verbrauchs bezeichnen kann –, *sogar* in Deutschland sehen wir, daß alle wie immer gearteten „Normen“ des Verbrauchs von den Reichen ständig *umgangen* werden. Das wissen ebenfalls „alle“, darüber wird ebenfalls von „allen“ schmunzelnd gesprochen, und man kann in der deutschen sozialistischen und mitunter sogar in der bürgerlichen Presse immer wieder, trotz des Wütens der kasernenhofmäßig strengen deutschen Zensur, auf Notizen und Meldungen stoßen, in denen von den „Menüs“ der Reichen und auch von dem Weißbrot berichtet wird, das die Reichen in dem Badeort Soundso in beliebigen Mengen erhalten (dorthin reisen als angeblich Kranke alle . . ., die viel Geld haben), ferner davon, daß die Reichen die einfachen volksüblichen Produkte durch auserlesene und seltene Luxuswaren ersetzen.

Der reaktionäre kapitalistische Staat, der *Angst* hat, die Grundfesten

des Kapitalismus, die Grundfesten der Lohnsklaverei, die Grundfesten der ökonomischen Herrschaft der Reichen könnten untergraben werden, der *Angst* davor hat, die Aktivität der Arbeiter und überhaupt der Werktätigen zu fördern, der *Angst* davor hat, ihre Ansprüche zu „entfachen“ – ein *solcher* Staat braucht nichts weiter als die Brotkarte. Ein solcher Staat läßt keinen Augenblick, bei keinem seiner Schritte das *reaktionäre* Ziel aus den Augen: den Kapitalismus zu festigen, seine Untergrabung zu verhindern, die „Regulierung des Wirtschaftslebens“ im allgemeinen und die Regulierung des Verbrauchs im besonderen nur auf solche Maßnahmen zu beschränken, die unbedingt notwendig sind, um das Volk eben zu erhalten, *ohne* auch nur im entferntesten *danach* zu *trachten*, eine wirkliche Regulierung des Verbrauchs im Sinne der *Kontrolle über die Reichen* einzuführen, in dem Sinne nämlich, daß diesen in Friedenszeiten Bessersituierten, Privilegierten, Satten und Übersättigten während des Krieges *größere* Lasten auferlegt würden.

Die reaktionär-bürokratische Lösung der Aufgabe, die den Völkern durch den Krieg gestellt worden ist, beschränkt sich auf die Brotkarte, auf die gleichmäßige Verteilung der für die Ernährung des „Volkes“ absolut notwendigen Produkte, ohne auch nur um Haaresbreite vom Bürokratismus und vom reaktionären Geist abzuweichen, nämlich von dem Ziel: *keinesfalls* die Aktivität der Armen, des Proletariats, der Masse des Volkes (des „Demos“) zu fördern, *keinesfalls* eine Kontrolle *ihrerseits* über die Reichen zuzulassen und möglichst *viele* Hintertürchen offenzulassen, damit die Reichen sich durch Luxusgüter schadlos halten können. In *allen* Ländern, sogar, wir wiederholen es, in Deutschland – von Rußland schon gar nicht zu reden –, sind eine Unmenge Hintertürchen offengelassen worden, hungert das „einfache Volk“, während die Reichen in Badeorte reisen und die kärgliche staatliche Ration durch allerlei „Zulagen“ von anderswo ergänzen und *n i c h t* zulassen, daß man *s i e* kontrolliert.

In Rußland, das eben erst die Revolution gegen den Zarismus im Namen der Freiheit und Gleichheit vollbracht hat, in Rußland, das mit einem Schlag seinen bestehenden politischen Institutionen nach eine demokratische Republik geworden ist, fällt die *allen* sichtbare Leichtigkeit, mit der die Reichen die „Brotkarten“ umgehen, dem Volke besonders auf und ruft ganz besondere Unzufriedenheit, Erregung, Erbitten-

rung und Empörung unter den Massen hervor. Es ist das außerordentlich leicht. „Unter der Hand“ und zu ungemein hohen Preisen, besonders „*bei Beziehungen*“ (die haben nur die Reichen), ist alles und in großen Mengen zu bekommen. Das Volk aber hungert. Die Regulierung des Verbrauchs ist auf den engsten, bürokratisch-reaktionären Rahmen beschränkt. Die Regierung macht sich nicht im mindesten Gedanken, ist nicht im geringsten bemüht, diese Regulierung auf einer wirklich revolutionär-demokratischen Grundlage zu organisieren.

Unter dem Schlangestehen leiden „alle“, aber . . . aber die Reichen schicken ihre Dienstboten zum Schlangestehen und stellen dafür sogar besondere Dienstboten an! Da habt ihr den „Demokratismus“!

Eine revolutionär-demokratische Politik würde sich in Zeiten, da das Land unerhörte Leiden durchmacht, nicht mit Brotkarten begnügen, um die herannahende Katastrophe zu bekämpfen, sondern würde darüber hinaus erstens die Zwangsvereinigung der gesamten Bevölkerung in Konsumgenossenschaften herbeiführen, denn ohne eine solche Vereinigung kann die Kontrolle des Verbrauchs nicht lückenlos durchgeführt werden; sie würde zweitens die Arbeitspflicht für die Reichen einführen und die Reichen, ohne sie zu entlohnen, in den Konsumgenossenschaften mit Sekretärarbeiten oder anderen, ähnlichen Arbeiten beschäftigen; drittens würde sie für eine gleichmäßige Verteilung wirklich aller Verbrauchsgüter unter der Bevölkerung sorgen, damit die Lasten des Krieges tatsächlich gleichmäßig verteilt werden; viertens würde sie die Kontrolle so organisieren, daß die armen Klassen der Bevölkerung den Verbrauch der Reichen kontrollieren.

Auf diesem Gebiet wirklichen Demokratismus durchzusetzen und bei der Organisation der Kontrolle gerade durch die am meisten darbedenden Klassen des Volkes auf wirklich revolutionäre Weise vorzugehen, das wäre der denkbar größte Ansporn zur Anspannung aller vorhandenen intellektuellen Kräfte, zur Entfaltung der wirklich revolutionären Energie des ganzen Volkes. Jetzt gebrauchen zwar die Minister des republikanischen und revolutionär-demokratischen Rußlands, genauso wie ihre Kollegen in allen übrigen imperialistischen Ländern, hochtrabende Worte über „gemeinsame Arbeit zum Wohle des Volkes“, über „Anspannung aller Kräfte“, doch sieht, spürt und empfindet gerade das Volk das Heuchlerische dieser Worte.

So ergibt es sich, daß man nicht vom Fleck kommt, daß der Zerfall unaufhaltsam vorwärtsschreitet, daß die Katastrophe herannahet, denn ein Militärschulhaus für die Arbeiter à la Kornilow, à la Hindenburg, nach allgemeinem imperialistischem Muster kann unsere Regierung nicht einführen – noch sind die Traditionen und Erinnerungen, die Spuren, die Gewohnheiten und die Einrichtungen der *Revolution* im Volke zu lebendig; wirklich ernsthafte Schritte auf dem revolutionär-demokratischen Wege jedoch will unsere Regierung nicht unternehmen, denn sie ist ganz und gar, von oben bis unten, in das Abhängigkeitsverhältnis zur Bourgeoisie verstrickt, in die „Koalition“ mit ihr, sie hat Angst, die tatsächlichen Privilegien der Bourgeoisie anzutasten.

DIE REGIERUNG VEREITELT DIE ARBEIT DER DEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN

Wir haben die verschiedenen Mittel und Methoden des Kampfes gegen die Katastrophe und den Hunger untersucht. Wir haben überall die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Demokratie einerseits und der Regierung samt dem sie stützenden Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki andererseits gesehen. Um zu beweisen, daß diese Gegensätze in Wirklichkeit und nicht nur in unserer Darstellung existieren und daß sich ihre Unüberbrückbarkeit *tatsächlich* in Konflikten äußert, die für das ganze Volk Bedeutung haben, dazu genügt es, an zwei besonders typische „Ergebnisse“ und Lehren der halbjährigen Geschichte unserer Revolution zu erinnern.

Die eine Lehre ist die Geschichte der „Herrschaft“ Paltschinskis, die andere die Geschichte der „Herrschaft“ und des Sturzes Peschedonows.

Im Grunde genommen laufen die oben geschilderten Maßnahmen zur Bekämpfung der Katastrophe und des Hungers auf eine allseitige (bis zum Zwang gehende) Förderung des Zusammenschlusses der Bevölkerung in Verbänden hinaus, in erster Linie der Demokratie, d. h. der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem also der unterdrückten Klassen, der Arbeiter und der Bauern, besonders der armen. Und diesen Weg hat die Bevölkerung selbst ganz spontan beschritten, um gegen die unerhörten Schwierigkeiten, Lasten und Drangsale des Krieges zu kämpfen.

Der Zarismus hatte auf jede erdenkliche Art den selbständigen und freien Zusammenschluß der Bevölkerung in Verbänden behindert. Doch nach dem Sturz der Zarenmonarchie begannen in ganz Rußland demokratische Organisationen zu entstehen und rasch zu wachsen. Aus eigenem Antrieb der Bevölkerung gebildete demokratische Organisationen, Versorgungskomitees aller Art, Ernährungskomitees, Konferenzen über Brennstoffprobleme und so weiter und dergleichen mehr nahmen den Kampf gegen die Katastrophe auf.

Nun besteht das Bemerkenswerteste an der ganzen halbjährigen Geschichte unserer Revolution in der vorliegenden Frage darin, daß die *Regierung*, die sich republikanisch und revolutionär nennt, die Regierung, die von den Menschewiki und Sozialrevolutionären im Namen der „bevollmächtigten Organe der revolutionären Demokratie“ *unterstützt* wird, daß diese Regierung *gegen* die demokratischen Organisationen *gekämpft* und *sie niedergekämpft hat!!*

Paltschinski hat es durch diesen Kampf zu einer sehr traurigen und in ganz Rußland bekannt gewordenen Berühmtheit gebracht. Er versteckte sich bei seinen Handlungen hinter dem Rücken der Regierung, trat nicht offen vor das Volk hin (genauso wie die Kadetten im allgemeinen, die es vorzogen, „fürs Volk“, Zereteli in den Vordergrund zu schieben, alle wichtigen Geschäfte aber im stillen selbst erledigten). Paltschinski hemmte und sabotierte jede ernsthafte Maßnahme der von der Bevölkerung gebildeten demokratischen Organisationen, denn keine einzige ernsthafte Maßnahme konnte durchgeführt werden, ohne dabei den maßlosen Profiten und der Willkür der Kit Kitytsch „Abbruch zu tun“. Paltschinski aber war gerade ein treuer Anwalt und Diener der Kit Kitytsch. Es kam so weit – und diese Tatsache wurde in der Presse bekanntgegeben –; daß Paltschinski direkt die Anordnungen dieser demokratischen Organisationen *aufhob!!*

Die ganze Geschichte der „Herrschaft“ Paltschinskis – er „herrschte“ viele Monate lang und gerade zu der Zeit, als Zereteli, Skobelew und Tschernow „Minister“ waren – ist ein einziger, unerhörter Skandal, ein Hintertreiben des Volkswillens und der Beschlüsse der Demokratie, *zu Nutz und Frommen* der Kapitalisten, um der schmutzigen Gewinnsucht der Kapitalisten willen. Die Zeitungen konnten natürlich nur einen verschwindend kleinen Teil der „Heldentaten“ Paltschinskis bekanntgeben;

die volle Untersuchung der Art, wie er den Kampf gegen den Hunger *behinderte*, wird nur eine wahrhaft demokratische Regierung, die Regierung des Proletariats vornehmen können, wenn dieses die Macht erobert hat und den Fall Paltschinski und seinesgleichen, ohne etwas zu verheimlichen, dem *Gericht* des Volkes unterbreiten wird.

Man wird vielleicht einwenden, daß Paltschinski doch eine Ausnahme gewesen sei und daß man ihn ja entfernt habe . . . Aber das ist es ja eben, daß Paltschinski keine Ausnahme, sondern die *Regel* ist, daß sich durch die Entfernung Paltschinskis nichts gebessert hat, daß an seine Stelle ebensolche Paltschinski mit anderen Namen getreten sind, daß der ganze „*Einfluß*“ der Kapitalisten, die ganze Politik der *Hintertreibung des Kampfes gegen die Hungersnot zu ihrem Nutz und Frommen* unangetastet geblieben ist. Denn Kerenski und Co. sind nur eine Kulisse zum Schutze der Interessen der Kapitalisten.

Der anschaulichste Beweis dafür ist das Ausscheiden Peschechonows, des Ernährungsministers, aus dem Kabinett. Wie bekannt, ist Peschechonow ein sehr, sehr gemäßigter Volkstümler. Doch wollte er bei der Organisierung des Ernährungswesens gewissenhaft und in Verbindung mit den demokratischen Organisationen arbeiten, wollte sich auf diese stützen. Um so interessanter ist die *Erfahrung* aus der Tätigkeit Peschechonows sowie sein *Rücktritt* und die Tatsache, daß dieser äußerst gemäßigte Volkstümler, Mitglied der Partei der „Volkssozialisten“, der zu jedem Kompromiß mit der Bourgeoisie bereit war, sich dennoch zum Rücktritt gezwungen sah! Denn die Kerenskiregierung hat zum Nutzen der Kapitalisten, Gutsbesitzer und Kulaken die Festpreise für Getreide *erhöht!!*

Folgendermaßen schildert M. Smit in der Zeitung „Swobodnaja Shisn“⁶⁸ Nr. 1 vom 2. September diesen „Schritt“ und seine Bedeutung:

„Einige Tage, bevor die Regierung die Erhöhung der Festpreise beschloß, spielte sich im Staatlichen Ernährungskomitee folgende Szene ab: Der Vertreter der Rechten, Rolowitsch, ein zäher Verteidiger der Interessen des Privathandels und ein verbissener Feind des Getreidemonopols und der staatlichen Einmischung in das Wirtschaftsleben, erklärte mit selbstgefälligem Lächeln vor allen Anwesenden, daß nach seinen Informationen die Festpreise für Getreide bald erhöht würden.

Der Vertreter des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten erwiderte dar-

auf, daß ihm etwas Derartiges nicht bekannt sei, daß eine solche Maßnahme keinesfalls durchgeführt werden könne, solange in Rußland die Revolution andauert, und daß die Regierung jedenfalls nicht zu einer solchen Maßnahme greifen könne, ohne sich vorher mit den rechtmäßigen Organen der Demokratie, dem Wirtschaftsrat und dem Staatlichen Ernährungskomitee, beraten zu haben. Dieser Erklärung schloß sich auch der Vertreter des Sowjets der Bauerndeputierten an.

Aber ach! Die Wirklichkeit korrigierte diese Kontroverse überaus grausam: Recht behielten nicht die Vertreter der Demokratie, sondern recht behielt der Vertreter der Zensuselemente. Er war ausgezeichnet unterrichtet über den Anschlag, der auf die Rechte der Demokratie vorbereitet wurde, obwohl deren Vertreter die bloße Möglichkeit eines solchen Anschlags mit Entrüstung zurückwiesen.“

Sowohl der Vertreter der Arbeiter als auch der Vertreter der Bauernschaft bringen also in unzweideutiger Weise ihre Meinung im Namen der gewaltigen Mehrheit des Volkes zum Ausdruck, die Kerenskiregierung aber handelt umgekehrt, im Interesse der Kapitalisten!

Rolowitsch, der Vertreter der Kapitalisten, war hinter dem Rücken der Demokratie glänzend unterrichtet – genauso wie wir stets beobachten konnten und auch jetzt beobachten, daß die bürgerlichen Zeitungen, die „Retsch“ und die „Birshowka“, aufs beste darüber unterrichtet sind, was in der Kerenskiregierung vor sich geht.

Worauf weist diese ausgezeichnete Informiertheit hin? Selbstverständlich auf die Tatsache, daß die Kapitalisten ihre eigenen „Hintertürchen“ haben und *faktisch* die Macht in ihren Händen halten. Kerenski ist der Strohhalm, den sie dann und dort vorschoben, wann und wo sie das für nötig halten. Die Interessen von Dutzenden Millionen Arbeitern und Bauern werden den Profiten einer Handvoll Geldsäcke geopfert.

Wie antworten nun unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki auf diese empörende Verhöhnung des Volkes? Haben sie sich vielleicht mit einem Aufruf an die Arbeiter und Bauern gewandt, daß Kerenski und seine Kollegen nach alledem nur noch ins Gefängnis gehören?

Gott bewahre! Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, in Gestalt der in ihren Händen befindlichen „Ökonomischen Abteilung“, haben sich darauf beschränkt, eine drohende Resolution anzunehmen, die wir bereits erwähnt haben! In dieser Resolution erklären sie, daß die Erhöhung der Getreidepreise durch die Kerenskiregierung „eine *verhängnis-*

volle Maßnahme ist, die sowohl dem Ernährungswesen wie auch dem ganzen Wirtschaftsleben des Landes *einen überaus schweren Schlag* versetzt“, und daß diese verhängnisvolle Maßnahme unter direkter „*Verletzung*“ des Gesetzes durchgeführt wurde!!

Das sind die Resultate der Politik des Paktierens, der Politik des Liebäugelns mit Kerenski und des Bestrebens, ihn zu „schonen“!

Die Regierung verletzt das Gesetz, indem sie zu Nutz und Frommen der Reichen, der Gutsbesitzer und Kapitalisten, eine Maßnahme trifft, die sich auf die ganze Kontrolle, das Ernährungswesen und die Sanierung der aufs äußerste zerrütteten Finanzen *verhängnisvoll auswirkt* – und die Sozialrevolutionäre und Menschewiki fahren fort, von Verständigung mit den Handels- und Industriekreisen zu sprechen, fahren fort, an den Beratungen mit Tereschtschenko teilzunehmen und Kerenski zu schonen, sie begnügen sich mit einer papiernen Protestresolution, die von der Regierung seelenruhig zu den Akten gelegt wird!!

Gerade hier offenbart sich besonders anschaulich die Wahrheit, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki das Volk und die Revolution verraten haben und daß zum wirklichen Führer der Massen, *sogar* der sozialrevolutionären und menschewistischen Massen, die Bolschewiki werden.

Denn einzig und allein, wenn das Proletariat, an seiner Spitze die Partei der Bolschewiki, die Macht erobert, könnte dem skandalösen Treiben der Kerenski und Co. ein Ende gesetzt und die Arbeit der demokratischen Organisationen für Ernährung, Versorgung usw., die von Kerenski und seiner Regierung *vereitelt* wird, *wieder in Gang gebracht werden*.

Die Bolschewiki – das angeführte Beispiel zeigt es mit aller Deutlichkeit – handeln als Vertreter der Interessen des *gesamten* Volkes, handeln im Interesse der Sicherung von Ernährung und Versorgung und der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Arbeiter *und Bauern* entgegen der schwankenden, unentschlossenen, wahrhaft verräterischen Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die dem Land solche Schmach einbrachte wie die Erhöhung der Getreidepreise!

DER FINANZIELLE ZUSAMMENBRUCH UND DIE MASSNAHMEN DAGEGEN

Die Erhöhung der Festpreise für Getreide hat noch eine andere Seite. Diese Erhöhung bedeutet eine weitere chaotisch zunehmende Emission von Papiergeld, einen weiteren Schritt im Prozeß der zunehmenden Teuerung, eine verschärfte Zerrüttung der Finanzen und ein Näherücken des finanziellen Zusammenbruchs. Alle geben zu, daß die erhöhte Emission von Papiergeld die schlimmste Form einer Zwangsanleihe ist, daß sie die Lage vor allem gerade der Arbeiter, des ärmsten Teils der Bevölkerung, verschlechtert, daß sie das Hauptübel unter den Mißständen im Finanzwesen ist.

Und gerade zu dieser Maßnahme greift die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki gestützte Kerenskiregierung!

Zur ernsthaften Bekämpfung der finanziellen Zerrüttung und des unvermeidlichen finanziellen Zusammenbruchs gibt es keinen andern Weg als den revolutionären Bruch mit den Interessen des Kapitals und die Organisierung einer wirklich demokratischen Kontrolle, d. h. einer Kontrolle „von unten“, einer Kontrolle der Arbeiter und armen Bauern über die Kapitalisten – gibt es nur den Weg, von dem in unserer ganzen bisherigen Darlegung die Rede ist.

Die unbegrenzte Emission von Papiergeld begünstigt die Spekulation, ermöglicht es den Kapitalisten, an Spekulationen Millionen zu verdienen und stellt der so notwendigen Erweiterung der Produktion die größten Schwierigkeiten in den Weg, denn die Verteuerung der Rohstoffe, der Maschinen usw. nimmt zu, nimmt sprunghaft zu. Wie kann man Abhilfe schaffen, wenn die durch Spekulation erworbenen Vermögen der Reichen verheimlicht werden?

Man kann eine Einkommensteuer mit progressiv steigenden und für die großen und größten Einkommen sehr hohen Sätzen einführen. Unsere Regierung hat, den anderen imperialistischen Regierungen folgend, diese Steuer eingeführt. Aber sie bleibt in bedeutendem Maße eine Fiktion, bleibt toter Buchstabe, denn erstens sinkt der Wert des Geldes immer rascher, und zweitens werden um so mehr Einkünfte verheimlicht, je mehr die Spekulation die Quelle dieser Einkünfte bildet und je zuverlässiger das Geschäftsgeheimnis gehütet wird.

Damit diese Steuer wirksam wird und nicht fiktiv bleibt, ist eine wirkliche, nicht nur auf dem Papier stehende Kontrolle notwendig. Die Kontrolle über die Kapitalisten ist aber unmöglich, wenn sie bürokratisch bleibt, denn die Bürokratie ist selbst durch tausend Fäden mit der Bourgeoisie verbunden und verflochten. Deshalb wird in den westeuropäischen imperialistischen Staaten, gleichviel, ob es Monarchien oder Republiken sind, die Regelung der Finanzen nur dadurch erreicht, daß eine „Arbeitsdienstpflicht“ eingeführt wird, die den Arbeitern ein *Militärzucht haus* oder die *Militärsklaverei* bringt.

Die reaktionär-bürokratische Kontrolle – das ist das einzige Mittel, das die imperialistischen Staaten kennen, die demokratischen Republiken, Frankreich und Amerika, nicht ausgenommen, um die Lasten des Krieges auf das Proletariat und die werktätigen Massen abzuwälzen.

Der grundlegende Widerspruch unserer Regierungspolitik besteht gerade darin, daß man – um sich mit der Bourgeoisie nicht zu überwerfen, um die „Koalition“ mit ihr nicht in die Brüche gehen zu lassen – eine reaktionär-bürokratische Kontrolle durchführen muß, sie aber „revolutionär-demokratische“ Kontrolle nennt, das Volk auf Schritt und Tritt betrügt und die Massen, die eben erst den Zarismus gestürzt haben, verärgert und erbittert.

Indes würden eben nur revolutionär-demokratische Maßnahmen – durch die gerade die unterdrückten Klassen, die Arbeiter und Bauern, gerade die Massen in Verbänden zusammengeschlossen werden – die Möglichkeit geben, eine äußerst wirksame Kontrolle über die Reichen einzurichten und erfolgreich den Kampf gegen die Verheimlichung der Einkünfte zu führen.

Man bemüht sich, den Scheckverkehr zu fördern, um dadurch der überhöhten Emission von Papiergeld zu steuern. Für die Armen hat diese Maßnahme keine Bedeutung, denn die Armen leben sowieso von der Hand in den Mund, der „wirtschaftliche Kreislauf“ vollendet sich bei ihnen sowieso jede Woche, jede Woche geben sie den Kapitalisten ihre kargen, schwer verdienten Groschen zurück. Für die Reichen könnte der Scheckverkehr von größter Bedeutung sein, er würde dem Staat, besonders in Verbindung mit Maßnahmen wie der Nationalisierung der Banken und der Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, die Möglichkeit geben, die Einkünfte der Kapitalisten *wirklich zu kontrollieren*, ihnen

wirklich Steuern aufzuerlegen, das Finanzsystem wirklich zu „demokratisieren“ (und es zugleich auch in Ordnung zu bringen).

Aber das Hindernis besteht hier eben in der Angst, die Privilegien der Bourgeoisie anzutasten, die „Koalition“ mit ihr zu sprengen. Denn ohne wahrhaft revolutionäre Maßnahmen, ohne ernstlichen Zwang werden sich die Kapitalisten keiner Kontrolle unterwerfen, werden sie ihre Budgets nicht bekanntgeben und ihr vorrätiges Papiergeld dem demokratischen Staat nicht „auf Verrechnung“ überlassen.

Die in Verbänden zusammengeschlossenen Arbeiter und Bauern könnten dadurch, daß sie die Banken nationalisieren, daß sie für alle Reichen einen gesetzlich vorgeschriebenen Scheckverkehr einführen, daß sie das Geschäftsgeheimnis aufheben und die Verheimlichung von Einkünften mit der Beschlagnahme des Vermögens ahnden u. dgl. m., außerordentlich leicht die Kontrolle wirksam und universal gestalten, sie zu einer Kontrolle eben über die Reichen machen, zu einer Kontrolle, die bewirkt, daß das von der *Staatskasse* ausgegebene Papiergeld wieder *in diese zurückfließt*, und zwar *aus den Händen derer*, die es haben, *derer*, die es verstecken.

Dazu ist die revolutionäre Diktatur der Demokratie notwendig, an deren Spitze das revolutionäre Proletariat steht, d. h., dazu muß die Demokratie *in der Tat* revolutionär werden. Das ist der ganze Kern der Sache. Das eben wollen unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht, die das Volk unter der *Flagge* der „revolutionären Demokratie“ betrügen und in Wirklichkeit die reaktionär-bürokratische Politik der Bourgeoisie unterstützen, die sich, wie stets, von dem Grundsatz leiten läßt: „après nous le déluge“ – nach uns die Sintflut!

Wir merken gewöhnlich nicht einmal, wie tief sich in uns die antidemokratischen Gewohnheiten und Vorurteile hinsichtlich der „Heiligkeit“ des bürgerlichen Eigentums eingefressen haben. Wenn ein Ingenieur oder ein Bankier die Einnahmen und Ausgaben eines Arbeiters, Angaben über dessen Verdienst und über dessen Arbeitsproduktivität veröffentlicht, so wird das für höchst gesetzlich und gerecht gehalten. Keinem Menschen fällt es ein, darin einen Eingriff in das „Privatleben“ des Arbeiters, eine „Spitzelei oder Denunziaton“ durch den Ingenieur zu erblicken. Die Arbeit und den Verdienst der Lohnarbeiter betrachtet die bürgerliche Gesellschaft als *ihr* offenes Buch, in das jeder Bourgeois jederzeit berech-

tigt ist, Einsicht zu nehmen, um irgendeinen „Luxus“ des Arbeiters, seine angebliche „Faulheit“ usw. zu enthüllen.

Nun, und die umgekehrte Kontrolle? Wie wäre es, wenn der *demokratische* Staat die Gewerkschaften der Angestellten, der Kontoristen, der *Dienstboten* aufforderte, die Einnahmen und Ausgaben der Kapitalisten zu überprüfen, Angaben darüber zu veröffentlichen, die Regierung im Kampf gegen die Verheimlichung der Einkünfte zu unterstützen?

Welch ein wildes Geheul würde da die Bourgeoisie über „Spitzelei“, über „Denunziantentum“ anstimmen! Wenn die „Herrschaften“ die Dienstboten kontrollieren, wenn die Kapitalisten die Arbeiter kontrollieren, dann hält man das für ganz in Ordnung, das Privatleben des Werk tätigen und Ausgebeuteten gilt *nicht* für unantastbar, die Bourgeoisie ist berechtigt, von jedem „Lohnsklaven“ Rechenschaft zu fordern, seine Einnahmen und Ausgaben jederzeit an die Öffentlichkeit zu zerren. Aber der Versuch der Unterdrückten, den Unterdrücker zu kontrollieren, *seine* Einnahmen und Ausgaben ans Licht zu bringen, *seinen* Luxus, selbst in Kriegszeiten, aufzudecken, wo dieser Luxus unmittelbar zur Hungersnot und dazu führt, daß die Armeen an der Front zugrunde gehen – o nein, „Spitzelei“ und „Denunziantentum“ wird die Bourgeoisie nicht dulden!

Die Frage läuft stets auf dasselbe hinaus: Die Herrschaft der Bourgeoisie ist mit wahrhaft revolutionärer, wirklicher Demokratie *unvereinbar*. Man kann im 20. Jahrhundert, in einem kapitalistischen Land nicht revolutionärer Demokrat sein, *wenn man Angst hat*, zum Sozialismus zu schreiten.

KANN MAN VORWÄRTSSCHREITEN, WENN MAN ANGST HAT, ZUM SOZIALISMUS ZU SCHREITEN?

Das bisher Dargelegte kann bei einem Leser, der in den landläufigen opportunistischen Gedankengängen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki erzogen ist, leicht den folgenden Einwand hervorrufen: Die meisten der hier geschilderten Maßnahmen sind im Grunde keine demokratischen, sie sind *bereits* sozialistische Maßnahmen!

Dieser weitverbreitete Einwand, gang und gäbe in der bürgerlichen, sozialrevolutionären und menschewistischen Presse (in der einen oder

anderen Form), ist eine reaktionäre Verteidigung des rückständigen Kapitalismus, eine Verteidigung à la Struve. Wir seien noch nicht reif für den Sozialismus, es sei verfrüht, den Sozialismus „einzuführen“, unsere Revolution sei eine bürgerliche – also müsse man Knecht der Bourgeoisie sein (obwohl die großen bürgerlichen Revolutionäre Frankreichs vor 125 Jahren ihre Revolution durch die Anwendung des *Terrors* gegen alle Unterdrücker, Gutsbesitzer wie Kapitalisten, zu einer großen gemacht haben!).

Die der Bourgeoisie gegenüber so dienstbeflissenen Jammermarxisten, zu denen auch die Sozialrevolutionäre übergegangen sind und die in dieser Weise urteilen, begreifen nicht (wenn man die theoretischen Grundlagen ihrer Auffassung betrachtet), was Imperialismus ist, was kapitalistische Monopole sind, was der Staat ist und was revolutionäre Demokratie ist. Denn wer das begriffen hat, wird zugeben müssen, daß man nicht vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.

Vom Imperialismus sprechen alle. Aber der Imperialismus ist nichts anderes als monopolistischer Kapitalismus.

Daß auch in Rußland der Kapitalismus monopolistisch geworden ist, davon zeugen anschaulich genug das Kohlsyndikat („Produgol“), das Eisensyndikat („Prodamet“), das Zuckersyndikat u. a. Dieses Zuckersyndikat zeigt uns augenfällig, wie der monopolistische Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus übergeht.

Und was ist der Staat? Das ist die Organisation der herrschenden Klasse, in Deutschland z. B. die der Junker und Kapitalisten. Deshalb ist das, was die deutschen Plechanow (Scheidemann, Lensch u. a.) „Kriegssozialismus“ nennen, in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus oder, einfacher und klarer ausgedrückt, ein Militärluchthaus für die Arbeiter, ein militärischer Schutz für die Profite der Kapitalisten.

Nun versuche man einmal, an Stelle des junkerlich-kapitalistischen, an Stelle des gutsbesitzerlich-kapitalistischen Staates den *revolutionär-demokratischen* Staat zu setzen, d. h. einen Staat, der in revolutionärer Weise *alle* Privilegien abschafft, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionärem Wege den Demokratismus voll und ganz zu verwirklichen. Man wird sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet!

Denn wenn ein kapitalistisches Großunternehmen sich in ein Monopol verwandelt, dann bedeutet das, daß es das ganze Volk beliefert. Wenn dieses Unternehmen Staatsmonopol geworden ist, dann bedeutet das, daß der Staat (d. h. die bewaffnete Organisation der Bevölkerung, in erster Linie der Arbeiter und Bauern, *revolutionären* Demokratismus vorausgesetzt) den ganzen Betrieb lenkt – in wessen Interesse?

Entweder im Interesse der Gutsbesitzer und Kapitalisten; dann handelt es sich nicht um einen revolutionär-demokratischen, sondern um einen reaktionär-bürokratischen Staat, eine imperialistische Republik;

oder im Interesse der revolutionären Demokratie; dann *ist das eben ein Schritt zum Sozialismus.*

Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat*, kapitalistisches Monopol zu sein.

Hier gibt es keinen Mittelweg. Der objektive Gang der Entwicklung ist derart, daß man von den *Monopolen* aus (und der Krieg hat deren Zahl, Rolle und Bedeutung verzehnfacht) *nicht* vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.

Entweder ist man tatsächlich ein revolutionärer Demokrat. Dann darf man Schritte zum Sozialismus nicht fürchten.

Oder aber man fürchtet Schritte zum Sozialismus und verurteilt sie nach Art der Plechanow, Dan und Tschernow mit der Begründung, daß unsere Revolution eine bürgerliche sei, daß man den Sozialismus nicht „einführen“ könne u. dgl. m. – und dann sinkt man unweigerlich hinab zu Kerenski, Miljukow und Kornilow, d. h., man unterdrückt in *reaktionär-bürokratischer Weise* die „revolutionär-demokratischen“ Bestrebungen der Arbeiter- und Bauernmassen.

Einen Mittelweg gibt es nicht.

Und darin besteht der grundlegende Widerspruch unserer Revolution.

Stehenbleiben kann man nicht – weder in der Geschichte überhaupt noch besonders in Kriegszeiten. Man muß entweder vorwärtsschreiten oder zurückgehen. Vorwärtsschreiten im Rußland des 20. Jahrhunderts, das die Republik und den Demokratismus auf revolutionärem Wege erobert hat, ist *unmöglich, ohne zum Sozialismus zu schreiten.*

ohne *Schritte* zum Sozialismus zu machen (Schritte, die bedingt sind und bestimmt werden durch den Stand der Technik und der Kultur: Man kann den maschinellen Großbetrieb in die bäuerliche Landwirtschaft nicht „einführen“, in der Zuckerfabrikation kann man ihn nicht abschaffen).

Hat man aber Angst vorwärtszuschreiten, *so bedeutet das* zurückgehen, was die Herren Kerenski zum Entzücken der Miljukow und Plechanow unter der törichten Mithilfe der Zereteli und Tschernow auch tun.

Die Dialektik der Geschichte ist gerade die, daß der Krieg, der die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ungeheuer beschleunigte, *dadurch* die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat.

Der imperialistische Krieg ist der Vorabend der sozialistischen Revolution. Und das nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt – keinerlei Aufstand kann den Sozialismus schaffen, wenn er nicht ökonomisch herangereift ist –, sondern deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständige *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* ist, denn auf der historischen Stufenleiter *gibt es* zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen mehr*.

*

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki gehen an die Frage des Sozialismus doktrinär heran, vom Standpunkt einer von ihnen auswendig gelernten und schlecht verstandenen Doktrin. Sie stellen den Sozialismus als ferne, unbekannte, dunkle Zukunft hin.

Der Sozialismus aber schaut jetzt bereits durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns; in jeder großen Maßnahme, die auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus einen Schritt vorwärts bedeutet, zeichnet sich der Sozialismus unmittelbar, *in der Praxis*, ab.

Was ist die allgemeine Arbeitspflicht?

Sie ist ein Schritt vorwärts auf der Grundlage des jüngsten monopolistischen Kapitalismus, ein Schritt zur Regulierung des Wirtschaftslebens in seiner Gesamtheit, nach einem bestimmten allgemeinen Plan, ein Schritt zur Einsparung von Volksarbeit, zur Verhütung der sinnlosen Vergeudung dieser Arbeit durch den Kapitalismus.

In Deutschland führen die Junker (Gutsbesitzer) und Kapitalisten die allgemeine Arbeitspflicht ein, die dann zwangsläufig zu einem Militärlager für die Arbeiter wird.

Man nehme aber dieselbe Einrichtung und denke über ihre Bedeutung in einem revolutionär-demokratischen Staat nach. Die allgemeine Arbeitspflicht, durch die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten eingeführt, reguliert und gelenkt, ist *noch kein* Sozialismus, aber *schon kein* Kapitalismus *mehr*. Das ist ein gewaltiger Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, daß man – die Erhaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt – von diesem Schritt schon nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.

DER KAMPF GEGEN DIE ZERRÜTTUNG UND DER KRIEG

Die Frage der Maßnahmen zur Bekämpfung der herannahenden Katastrophe führt uns zur Beleuchtung einer anderen, äußerst wichtigen Frage: zur Frage des Zusammenhangs zwischen Innenpolitik und Außenpolitik oder, anders ausgedrückt, des Verhältnisses zwischen einem imperialistischen Eroberungskrieg und einem revolutionären, proletarischen Krieg, zwischen einem verbrecherischen Raubkrieg und einem gerechten demokratischen Krieg.

Alle von uns geschilderten Maßnahmen zur Bekämpfung der Katastrophe würden, wie wir bereits erwähnt haben, die Verteidigungsfähigkeit oder, anders ausgedrückt, die militärische Macht des Landes außerordentlich stärken. Dies einerseits. Doch andererseits kann man diese Maßnahmen nicht in die Tat umsetzen, ohne den Eroberungskrieg in einen gerechten Krieg umzuwandeln, ohne den Krieg, den die Kapitalisten im Interesse der Kapitalisten führen, in einen Krieg umzuwandeln, den das Proletariat im Interesse aller Werktätigen und Ausgebeuteten führt.

In der Tat. Die Nationalisierung der Banken und Syndikate in Verbindung mit der Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses und der Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten würde nicht nur eine riesige Einsparung von Volksarbeit bedeuten, nicht nur die Möglichkeit bieten, Kräfte und Mittel zu sparen, sie würde auch eine Verbesserung der Lage der arbei-

tenden *Massen* der Bevölkerung, der Mehrheit der Bevölkerung bedeuten. In einem modernen Krieg ist, wie jedermann weiß, die wirtschaftliche Organisation von ausschlaggebender Bedeutung. In Rußland gibt es genügend Getreide, Kohle, Erdöl und Eisen; in dieser Beziehung ist unsere Lage besser als die irgendeines anderen kriegführenden europäischen Landes. Durch die Bekämpfung der Zerrüttung mit den genannten Mitteln, durch die Mobilisierung der Massen zum selbständigen Handeln in diesem Kampf, durch die Verbesserung ihrer Lage und durch die Nationalisierung der Banken und Syndikate könnte Rußland seine Revolution und seinen Demokratismus ausnutzen, um das ganze Land auf eine unvergleichlich höhere Stufe der ökonomischen Organisiertheit zu heben.

Hätten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, statt eine „Koalition“ mit der Bourgeoisie einzugehen, die alle Kontrollmaßnahmen hintertreibt und die Produktion sabotiert, im April den Übergang der Macht an die Sowjets vollzogen und hätten sie ihre Kräfte nicht auf das „Minister-Karussell“ verwendet, nicht darauf, bürokratisch neben den Kadetten die Sessel der Minister, Vizeminister usw. usf. durchzusitzen, sondern darauf, die Arbeiter und Bauern bei *ihrer* Kontrolle *über* die Kapitalisten, in ihrem *Krieg gegen* die Kapitalisten zu führen, dann wäre Rußland jetzt ein in voller wirtschaftlicher Umgestaltung begriffenes Land: der Boden würde den Bauern gehören und die Banken wären nationalisiert, d. h., Rußland würde *in dieser Hinsicht* (und das sind äußerst wichtige ökonomische Grundlagen des modernen Lebens) *höher* stehen als alle übrigen kapitalistischen Länder.

Die Verteidigungsfähigkeit, die militärische Macht eines Landes *mit* nationalisierten Banken ist *größer* als die eines Landes, in dem die Banken in Privathänden bleiben. Die militärische Macht eines Bauernlandes, in dem sich der Boden in den Händen von Bauernkomitees befindet, ist *größer* als die eines Landes mit gutsherrlichem Grundbesitz.

Man beruft sich ständig auf den heroischen Patriotismus der Franzosen in den Jahren 1792/1793 und auf die Wunder an militärischem Heldennut, die sie vollbracht haben. Man vergißt aber die materiellen, historisch-ökonomischen Bedingungen, die diese Wunder erst ermöglicht haben. Die wirklich revolutionäre Abrechnung mit dem überlebten Feudalismus, der mit einer Schnelligkeit, Entschlossenheit, Energie und Hingabe, die wahrhaft revolutionär-demokratisch waren, erfolgte Übergang

des ganzen Landes zu einer höheren Produktionsweise, zum freien bäuerlichen Bodenbesitz – das waren die materiellen, ökonomischen Bedingungen, die Frankreich mit „wunderbarer“ Schnelligkeit retteten, indem sie seine wirtschaftliche Grundlage *umgestalteten* und *erneuerten*.

Das Beispiel Frankreichs lehrt uns eins, nur eins: Um Rußland verteidigungsfähig zu machen, um auch in Rußland „Wunder“ an Masseneroismus zu erreichen, muß man mit „jakobinischer“ Schonungslosigkeit alles Alte hinwegfegen und Rußland *wirtschaftlich* erneuern und umgestalten. Das kann aber im 20. Jahrhundert nicht durch die Beseitigung des Zarismus allein geschehen (Frankreich hat sich vor 125 Jahren nicht darauf beschränkt). Das läßt sich nicht einmal durch die revolutionäre Beseitigung des gutsherrlichen Grundbesitzes zuwege bringen (nicht einmal das haben wir getan, denn die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben die Bauernschaft verraten!), nicht einmal durch die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauernschaft. Denn wir leben im 20. Jahrhundert; die Herrschaft über den Grund und Boden *ohne die Herrschaft über die Banken* ist nicht hinreichend, um das Leben des Volkes umgestalten und erneuern zu können.

Die materielle Erneuerung Frankreichs, die Erneuerung seiner Produktion am Ende des 18. Jahrhunderts ging Hand in Hand mit der politischen und geistigen Erneuerung, mit der Diktatur der revolutionären Demokratie und des revolutionären Proletariats (von dem sich die Demokratie nicht absonderte und das mit ihr noch fast völlig verschmolzen war), mit dem erbarmungslosen Krieg, der allem, was reaktionär war, angesagt wurde. Das ganze Volk und besonders die Massen, d. h. die *unterdrückten* Klassen, waren von einem grenzenlosen revolutionären Enthusiasmus erfaßt. Den Krieg hielten *alle* für einen gerechten Verteidigungskrieg, und das *war er in der Tat*. Das revolutionäre Frankreich verteidigte sich gegen das reaktionär-monarchistische Europa. Nicht 1792/1793, sondern viele Jahre später, *nach* dem Siege der Reaktion im Innern des Landes, verwandelte die konterrevolutionäre Diktatur Napoleons die Verteidigungskriege Frankreichs in Eroberungskriege.

Und in Rußland? Wir fahren fort, einen imperialistischen Krieg zu führen, im Interesse der Kapitalisten, im Bunde mit den Imperialisten, im Einklang mit den Geheimverträgen, die der *Zar* mit den Kapitalisten Englands usw. abgeschlossen hat und in denen er den russischen Kapita-

listen die Ausplünderung fremder Länder, in denen er ihnen Konstantinopel, Lwow, Armenien usw. versprach.

Der Krieg bleibt auf seiten Rußlands ein ungerechter, ein reaktionärer, ein Eroberungskrieg, solange Rußland nicht einen gerechten Frieden anbietet und solange es nicht mit dem Imperialismus bricht. Der soziale Charakter eines Krieges, seine wahre Bedeutung, wird nicht dadurch bestimmt, wo die feindlichen Truppen stehen (wie die Sozialrevolutionäre und Menschewiki meinen, die bis zur Primitivität eines ungebildeten Bauern hinabsinken). Der Charakter eines Krieges wird dadurch bestimmt, *welche Politik* der Krieg fortsetzt („der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik“), *welche Klasse* den Krieg führt und welche Ziele sie dabei verfolgt.

Man kann die Massen nicht auf Grund von Geheimverträgen in einen Raubkrieg führen und dann auf ihren Enthusiasmus hoffen. Die fortgeschrittenste Klasse des revolutionären Rußlands, das Proletariat, erkennt immer klarer das Verbrecherische dieses Krieges, und die Bourgeoisie ist nicht nur nicht imstande gewesen, die Massen von dieser Überzeugung abzubringen, sondern im Gegenteil, die Erkenntnis, daß dieser Krieg ein Verbrechen ist, nimmt zu. Das Proletariat der *beiden Hauptstädte* Rußlands ist endgültig internationalistisch geworden!

Wie kann da von Massenenthusiasmus für den Krieg die Rede sein!

Innenpolitik und Außenpolitik – die eine ist untrennbar mit der andern verbunden. Man kann das Land nicht verteidigungsfähig machen ohne den größten Heroismus des Volkes, das kühn und entschlossen die großen wirtschaftlichen Umgestaltungen verwirklicht. Und man kann unter den Massen keinen Heroismus wecken, ohne mit dem Imperialismus zu brechen, ohne allen Völkern einen demokratischen Frieden anzubieten, ohne auf diese Weise den räuberischen, verbrecherischen Eroberungskrieg in einen gerechten, revolutionären Verteidigungskrieg umzuwandeln.

Nur der rückhaltlos konsequente Bruch mit den Kapitalisten in der Innen- wie in der Außenpolitik ist imstande, unsere Revolution und unser Land, das vom Imperialismus in eiserner Umklammerung gehalten wird, zu retten.

DIE REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE
UND DAS REVOLUTIONÄRE PROLETARIAT

Um wirklich revolutionär zu sein, muß die Demokratie des heutigen Rußlands im engsten Bündnis mit dem Proletariat marschieren und den Kampf des Proletariats als der einzigen bis zum letzten revolutionären Klasse unterstützen.

Das ist das Ergebnis, zu dem man bei der Untersuchung der Frage gelangt, welches die Kampfmittel gegen die unabwendbare Katastrophe sein müssen, die unerhörte Ausmaße anzunehmen droht.

Der Krieg hat eine so unermessliche Krise hervorgerufen, hat die materiellen und moralischen Kräfte des Volkes so angespannt, hat der ganzen modernen Gesellschaftsorganisation solche Schläge versetzt, daß sich die Menschheit vor die Wahl gestellt sieht: entweder untergehen oder ihr Schicksal der revolutionärsten Klasse anvertrauen, um auf dem schnellsten und radikalsten Wege zu einer höheren Produktionsweise überzugehen.

Infolge einer Reihe historischer Ursachen – der größeren Rückständigkeit Rußlands, der ihm durch den Krieg verursachten besonderen Schwierigkeiten, der weit vorangeschrittenen Fäulnis des Zarismus und der außerordentlich lebendigen Traditionen des Jahres 1905 – ist in Rußland die Revolution früher als in anderen Ländern ausgebrochen. Die Revolution bewirkte, daß Rußland in einigen Monaten seinem *politischen* System nach die fortgeschrittenen Länder eingeholt hat.

Aber das ist zuwenig. Der Krieg ist unerbittlich, er stellt mit schonungsloser Schärfe die Frage: entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder *auch ökonomisch* einholen und überholen.

Das ist möglich, denn vor uns liegt die fertige Erfahrung einer großen Anzahl fortgeschrittener Länder, liegen die fertigen Resultate ihrer Technik und Kultur. Wir finden eine moralische Stütze in dem wachsenden Protest gegen den Krieg in Europa, in der Atmosphäre der anwachsenden proletarischen Weltrevolution. Wir werden angespornt, angetrieben durch die während eines imperialistischen Krieges äußerst seltene revolutionär-demokratische Freiheit.

Untergehen oder mit Volldampf vorwärtsstürmen. So wird die Frage von der Geschichte gestellt.

Und das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft zu einem solchen Zeitpunkt bestätigt – entsprechend abgeändert – den alten bolschewistischen Leitsatz: Die Bauernschaft muß dem Einfluß der Bourgeoisie entrisen werden. Nur darin liegt die Gewähr für die Rettung der Revolution.

Die Bauernschaft aber ist der zahlenmäßig stärkste Vertreter der ganzen kleinbürgerlichen Masse.

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben es übernommen, eine reaktionäre Rolle zu spielen: die Bauernschaft weiter unter dem Einfluß der Bourgeoisie zu halten, die Bauernschaft zur Koalition mit der Bourgeoisie und nicht mit dem Proletariat zu führen.

Die Massen lernen schnell aus den Erfahrungen der Revolution. Und die reaktionäre Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki erleidet Schiffbruch: In den Sowjets der beiden Hauptstädte sind sie geschlagen worden.⁸⁹ In den beiden kleinbürgerlich-demokratischen Parteien wächst die „linke“ Opposition. In Petrograd hat die Stadtkonferenz der Sozialrevolutionäre am 10. September 1917 eine Zweidrittelmehrheit für die *linken* Sozialrevolutionäre ergeben, die zu einem Bündnis mit dem Proletariat neigen und das Bündnis (die Koalition) mit der Bourgeoisie ablehnen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki wiederholen die bei der Bourgeoisie beliebte Gegenüberstellung: Bourgeoisie und Demokratie. Doch ist eine solche Gegenüberstellung im Grunde ebenso widersinnig wie ein Vergleich zwischen Pfund und Elle.

Es kann eine demokratische Bourgeoisie und es kann eine bürgerliche Demokratie geben. Nur gänzliche Unkenntnis sowohl der Geschichte als auch der politischen Ökonomie vermag das zu leugnen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben diese falsche Gegenüberstellung nötig, um die unbestreitbare Tatsache zu *verdecken*, daß zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat das *Kleinbürgertum* steht. Dieses schwankt infolge seiner ökonomischen Klassenstellung unweigerlich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki wollen das Kleinbürgertum zum Bündnis mit der Bourgeoisie bewegen. Darin liegt der Kern ihrer ganzen „Koalition“, der ganzen Koalitionsregierung, der ganzen Politik Kerenskis, dieses typischen Halbkadetten. Nach einem halben Jahr Revolution hat diese Politik einen völligen Zusammenbruch erlitten.

Die Kadetten frohlocken schadenfroh: nun habe die Revolution Schiffbruch erlitten, die Revolution sei mit dem Kriege wie mit der Zerrüttung *nicht* fertig geworden.

Das ist nicht wahr. Schiffbruch erlitten haben die *Kadetten* und die *Sozialrevolutionäre samt den Menschewiki*, denn dieser Block (dieses Bündnis) hat Rußland ein halbes Jahr lang regiert, hat in diesem halben Jahr die Zerrüttung verstärkt und die militärische Lage verwirrt und erschwert.

Je vollständiger der Zusammenbruch des *Bündnisses* der Bourgeoisie mit den *Sozialrevolutionären und Menschewiki* ist, desto schneller wird das Volk *lernen*. Desto leichter wird es den *richtigen* Ausweg finden: das Bündnis der armen Bauernschaft, d. h. der Mehrheit der Bauern, mit dem Proletariat.

10.-14. September 1917

EINE DER KERNFRAGEN DER REVOLUTION

Die Hauptfrage jeder Revolution ist zweifellos die Frage der Staatsmacht. Welche Klasse die Macht in den Händen hat, das entscheidet alles. Und wenn die Zeitung der bedeutendsten Regierungspartei in Rußland, das „Delo Naroda“, vor kurzem darüber geklagt hat (Nr. 147), daß über dem Streit um die Macht sowohl die Konstituierende Versammlung als auch die Brotfrage vergessen werde, so wäre den Sozialrevolutionären nur zu antworten: Beklagen müßt ihr euch über euch selbst. Es sind doch gerade die Schwankungen, es ist die Unentschlossenheit eurer Partei, die am meisten schuld sind an dem Fortdauern des „Minister-Karussells“, an dem endlosen Aufschieben der Konstituierenden Versammlung und an der von den Kapitalisten betriebenen Sabotage der in Angriff genommenen und geplanten Maßnahmen zur Schaffung eines Getreidemonopols und zur Versorgung des Landes mit Brot.

Die Frage der Staatsmacht kann weder umgangen noch beiseite geschoben werden, denn das ist eben die Grundfrage, die in der Entwicklung der Revolution, in deren Innen- und Außenpolitik *alles* bestimmt. Daß unsere Revolution durch Schwankungen hinsichtlich des Aufbaus der Staatsmacht ein halbes Jahr „zwecklos verschwendet“ hat, ist eine unbestreitbare Tatsache, und diese Tatsache ist eine Folge der schwankenden Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Denn die Politik dieser Parteien wird letzten Endes durch die Klassenstellung des Kleinbürgertums, durch seine wirtschaftliche Unbeständigkeit im Kampf zwischen Kapital und Arbeit bestimmt.

Die ganze Frage ist jetzt die, ob die kleinbürgerliche Demokratie in diesem wahrhaft großen, ungewöhnlich inhaltsreichen halben Jahr etwas

dazugelernt hat oder nicht. Wenn nicht, so ist die Revolution verloren, und nur ein siegreicher Aufstand des Proletariats kann sie retten. Wenn ja, so muß man sofort damit beginnen, eine feste und beständige Macht zu schaffen, die nicht schwankt. In Zeiten der Volksrevolution, d. h. einer Revolution, die die Massen, die Mehrheit der Arbeiter und Bauern, zum Leben erweckt hat, kann nur eine Macht fest und beständig sein, die sich offenkundig und unbedingt auf die *Mehrheit* der Bevölkerung stützt. Bisher liegt in Rußland die Staatsmacht *faktisch* noch in den Händen der *Bourgeoisie*, die nur gezwungen ist, Teilzugeständnisse zu machen (um schon am nächsten Tag zu beginnen, sie wieder zurückzunehmen), Versprechungen zu machen (um sie nicht zu erfüllen) und auszuklügeln, wie sie ihre Herrschaft auf jede nur mögliche Art und Weise bemänteln kann (um dem Volk mit einer scheinbar „ehrliehen Koalition“ Sand in die Augen zu streuen) usw. usf. In Worten haben wir eine demokratische, revolutionäre Volksregierung, in Wirklichkeit eine volksfeindliche, antidemokratische, konterrevolutionäre bürgerliche Regierung – das ist der Widerspruch, der bis jetzt bestanden hat und der die Ursache der steten Unbeständigkeit und der Schwankungen der Staatsmacht, die Ursache des ganzen „Minister-Karussells“ war, auf das die Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki einen (für das Volk) so beklagenswerten Eifer verwandten.

Entweder werden die Sowjets auseinandergejagt und sterben eines ruhmlosen Todes oder alle Macht den Sowjets, sagte ich auf dem Gesamtrossischen Sowjetkongreß Anfang Juni 1917*, und die Geschichte des Juli und August hat die Richtigkeit dieser Worte außerordentlich überzeugend bestätigt. Nur die Sowjetmacht kann eine feste und beständige Macht sein, die sich offenkundig auf die Mehrheit des Volkes stützt, wie immer auch die Lakaien der Bourgeoisie, Potressow, Plechanow u. a., lügen mögen, die die faktische Übergabe der Macht an eine verschwindende Minderheit des Volkes, an die Bourgeoisie, an die Ausbeuter, eine „Erweiterung der Basis“ der Macht nennen.

Nur die Sowjetmacht wäre fest und beständig, nur sie könnte auch in den stürmischsten Augenblicken der stürmischsten Revolution nicht gestürzt werden, nur eine solche Macht würde die stetige Entwicklung der

* Siehe den vorliegenden Band, S. 3–5. *Die Red.*

Revolution auf breitester Grundlage sichern und den friedlichen Kampf der Parteien innerhalb der Sowjets ermöglichen. Solange eine solche Macht nicht geschaffen ist, sind Unentschlossenheit, Unbeständigkeit, Schwankungen, endlose „Regierungskrisen“, ist die ausweglose Komödie des „Minister-Karussells“, sind Ausbrüche sowohl von rechts wie von links unvermeidlich.

Jedoch wird die Losung „Die Macht den Sowjets“ sehr oft, wenn nicht in den meisten Fällen, ganz falsch aufgefaßt, und zwar im Sinne einer „Regierung aus den Parteien der Sowjetmehrheit“, und auf diese von Grund aus irrige Auffassung wollen wir ausführlicher eingehen.

Eine „Regierung aus den Parteien der Sowjetmehrheit“ bedeutet, daß ein Personenwechsel in der Regierung stattfindet, der ganze alte Apparat der Regierungsmacht aber unangetastet beibehalten wird, ein Apparat, der durch und durch bürokratisch, durch und durch undemokratisch und unfähig ist, ernsthafte Reformen durchzuführen, Reformen, die sogar in den Programmen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki enthalten sind.

„Die Macht den Sowjets“, das bedeutet die radikale Umgestaltung des ganzen alten Staatsapparats, dieses Bürokratenapparats, der alles Demokratische hemmt, das bedeutet, diesen Apparat zu beseitigen und durch einen neuen, einen Apparat des Volkes, zu ersetzen, d. h. durch den wahrhaft demokratischen Apparat der Sowjets, d. h. der organisierten und bewaffneten Mehrheit des Volkes, der Arbeiter, Soldaten und Bauern, das bedeutet, der Mehrheit des Volkes Initiative und Selbständigkeit zu gewähren, nicht nur bei der Wahl von Deputierten, sondern auch bei der Verwaltung des Staates, bei der Durchführung der Reformen und Umgestaltungen.

Um diesen Unterschied klarer und anschaulicher zu machen, wollen wir an ein wertvolles Eingeständnis erinnern, das die Zeitung der Regierungspartei, der Partei der Sozialrevolutionäre, das „Delo Naroda“, vor einiger Zeit gemacht hat. Selbst in jenen Ministerien, schrieb dieses Blatt, die den sozialistischen Ministern übergeben wurden (dies wurde zur Zeit der berüchtigten Koalition mit den Kadetten geschrieben, als Menschewiki und Sozialrevolutionäre Minister waren), *selbst* in diesen Ministerien ist der ganze Verwaltungsapparat der alte geblieben und hemmt jede Arbeit.

Das ist auch begreiflich. Die ganze Geschichte der bürgerlich-parlamentarischen und in weitgehendem Maße auch der bürgerlich-konstitutionellen Länder zeigt, daß ein Ministerwechsel sehr wenig bedeutet, da die wirkliche Verwaltungsarbeit in den Händen einer Riesenarmee von Beamten liegt. Diese Armee aber ist durch und durch von antidemokratischem Geist erfüllt, durch Tausende und Millionen Fäden mit den Gutsbesitzern und mit der Bourgeoisie verbunden und auf die vielfältigste Art und Weise von ihnen abhängig. Diese Armee lebt in einer Atmosphäre bürgerlicher Verhältnisse und kennt nichts anderes als diese Atmosphäre, sie ist erstarrt, verknöchert und versteinert, sie ist außerstande, sich aus dieser Atmosphäre herauszureißen, sie kann nicht anders als in althergebrachter Weise denken, fühlen und handeln. Diese Armee ist gebunden durch Beziehungen rangmäßiger Unterordnung und bestimmte Privilegien des „Staatsdienstes“; die auf der oberen Stufenleiter dieser Armee Stehenden sind durch Aktien und vermittels der Banken vollkommen an das Finanzkapital gekettet, sie sind in gewissem Grade selber dessen Agenten, die Vertreter seiner Interessen und seines Einflusses.

Mit Hilfe *dieses* Staatsapparats Umgestaltungen durchführen zu wollen, wie etwa die Aufhebung des Grundeigentums der Gutsbesitzer ohne Entschädigung oder die Einführung des Getreidemonopols usw., ist eine große Illusion, glatter Selbstbetrug und ein Betrug am Volke. Dieser Apparat *kann* der republikanischen Bourgeoisie dienen und eine Republik in Gestalt einer „Monarchie ohne Monarchen“ schaffen, wie die dritte Republik in Frankreich, aber zur Durchführung von Reformen, die die Rechte des Kapitals, die Rechte des „heiligen Privateigentums“ auch nur ernstlich beschneiden oder beschränken, geschweige denn abschaffen, ist ein solcher Staatsapparat absolut unfähig. So geschieht es denn, in allen nur möglichen „Koalitions“regierungen, an denen „Sozialisten“ teilnehmen, daß diese Sozialisten stets, selbst wenn es einzelne unter ihnen ganz ehrlich meinen, in Wirklichkeit eine bloße Dekoration oder Kulisse der bürgerlichen Regierung sind, daß sie als Blitzableiter dienen, um die Volksempörung von dieser Regierung abzulenken, daß sie dieser Regierung als Werkzeug dienen, um die Massen zu betrügen. So war es mit Louis Blanc im Jahre 1848, so war es seitdem dutzendemal in England und Frankreich, wenn sich Sozialisten an der

Regierung beteiligten, so war es auch mit den Tschernow und Zereteli 1917, so war es und so wird es sein, solange die bürgerliche Gesellschaftsordnung besteht und der alte, bürgerliche, bürokratische Staatsapparat unangetastet erhalten bleibt.

Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sind gerade deshalb besonders hoch einzuschätzen, weil sie einen neuen, weit aus höheren, unvergleichlich demokratischeren *Typ* des Staatsapparats darstellen. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben alles getan, alles mögliche und unmögliche, um die Sowjets (besonders den Petrograder Sowjet und den Gesamtrussischen Sowjet, d. h. das Zentral-exekutivkomitee) in bloße Schwatzbuden zu verwandeln, die sich unter dem Schein der „Kontrolle“ damit beschäftigten, ohnmächtige Resolutionen abzufassen und fromme Wünsche zu äußern, die dann von der Regierung mit dem höflichsten und liebenswürdigsten Lächeln zu den Akten gelegt wurden. Aber das „frische Lüftchen“ des Kornilowputsches, das einen tüchtigen Sturm verhieß, genügte, damit alles Modrige im Sowjet auf einige Zeit hinausgeweht wurde und die Initiative der revolutionären Massen sich als etwas Großes, Machtvolles und Unüberwindliches Bahn zu brechen begann.

Mögen alle Kleinmütigen aus diesem historischen Beispiel lernen. Mögen sich diejenigen schämen, die sagen: „Wir haben keinen Apparat, der den alten, unweigerlich zur Verteidigung der Bourgeoisie neigenden Apparat ersetzen könnte.“ Denn dieser Apparat *ist vorhanden*. Das sind gerade die Sowjets. Fürchtet nicht die Initiative und Selbständigkeit der Massen, vertraut den revolutionären Organisationen der Massen, und ihr werdet *auf allen* Gebieten des staatlichen Lebens dieselbe Kraft, dieselbe Größe und Unbesiegbarkeit der Arbeiter und Bauern sehen, die sie in ihrem gemeinsamen Handeln, in ihrem Elan gegen den Kornilowputsch offenbart haben.

Die Schuld der sozialrevolutionären und menschowistischen Führer besteht vor allem darin, daß sie nicht an die Massen glauben, Angst vor ihrer Initiative, Angst vor ihrer Selbständigkeit haben, daß sie vor der revolutionären Energie der Massen zittern, statt sie allseitig und rückhaltlos zu unterstützen. Hier liegt eine der tiefsten Ursachen für die Unentschlossenheit der sozialrevolutionären und menschowistischen Führer, ihrer Schwankungen, ihrer endlosen und endlos unfruchtbaren Ver-

suche, neuen Wein in die alten Schläuche des alten, bürokratischen Staatsapparats zu gießen.

Man betrachte die Geschichte der Demokratisierung der Armee in der russischen Revolution 1917, die Geschichte der Ministertätigkeit Tschernows, die Geschichte der „Herrschaft“ Paltschinskis, die Geschichte des Rücktritts von Peschedonow, und man wird auf Schritt und Tritt die anschaulichste Bestätigung für das oben Gesagte finden. Da das volle Vertrauen zu den gewählten Soldatenorganisationen fehlte, da das Prinzip der Wählbarkeit der Vorgesetzten durch die Soldaten nicht restlos durchgeführt wurde, kam es dahin, daß die Kornilow, die Kaledin und die konterrevolutionären Offiziere an der Spitze der Armee standen. Das ist eine Tatsache. Und wer nicht absichtlich die Augen verschließt, muß sehen, daß die Kerenskiregierung *nach* dem Kornilowputsch alles *beim alten läßt*, daß sie *in Wirklichkeit die Kornilowschen Zustände wiederherstellt*. Die Ernennung Alexejews, der „Frieden“ mit den Klembowski, Gagarin, Bagration und sonstigen Kornilowleuten, die milde Behandlung von Kornilow und Kaledin selbst, all das beweist klar und deutlich, daß Kerenski in Wirklichkeit die Kornilowschen Zustände wiederherstellt.

Einen Mittelweg gibt es nicht. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es keinen Mittelweg gibt. Entweder alle Macht den Sowjets und vollkommene Demokratisierung der Armee oder Kornilowregime.

Und die Geschichte der Ministertätigkeit Tschernows? Hat sie etwa nicht bewiesen, daß jeder einigermaßen ernsthafte Schritt zur wirklichen Befriedigung der Nöte der Bauern, jeder Schritt, der von Vertrauen zu den Bauern, zu deren eigenen Massenorganisationen und Aktionen zeugt, in der ganzen Bauernschaft die größte Begeisterung hervorrief? Tschernow aber mußte beinahe vier Monate lang mit den Kadetten und Bürokraten „feilschen“ und wieder „feilschen“, die ihn nach endlosem Verschleppen und endlosen Intrigen zu guter Letzt zum Rücktritt gezwungen haben, ohne daß er etwas erreicht hätte. Die Gutsbesitzer und Kapitalisten haben für diese vier Monate und in diesen vier Monaten „das Spiel gewonnen“, es ist ihnen gelungen, das Grundeigentum der Gutsbesitzer zu behaupten, die Konstituierende Versammlung hinauszuschieben und sogar eine Reihe von Repressalien gegen die Bodenkomitees einzuleiten.

Einen Mittelweg gibt es nicht. Die Erfahrung hat gezeigt, daß es keinen Mittelweg gibt. Entweder alle Macht den Sowjets in der Hauptstadt und in der Provinz, sofort alles Land den Bauern, noch vor der Beschlußfassung durch die Konstituierende Versammlung, oder die Gutsbesitzer und Kapitalisten hintertreiben alles, stellen die Macht der Gutsbesitzer wieder her, treiben die Bauern zur Empörung und bringen es schließlich zu einem unerhört erbitterten Bauernaufstand.

Genau die gleiche Geschichte war es mit der von den Kapitalisten (mit Hilfe Paltschinskis) betriebenen Sabotage einer einigermaßen ernsthaften Kontrolle über die Produktion, mit der Sabotage des Getreidemonopols durch die Kaufleute sowie mit deren Sabotage einer geregelten demokratischen Verteilung des Brotes und anderer Lebensmittel, wie sie von Peschechonow eingeleitet wurde.

Es handelt sich jetzt in Rußland keineswegs darum, „neue Reformen“ zu erfinden, „Pläne“ irgendwelcher „allumfassenden“ Umgestaltungen aufzustellen. Nichts dergleichen. So stellen die Sache – in wissentlich verlogener Weise – die Kapitalisten, die Potressow und Plechanow dar, die gegen die „Einführung des Sozialismus“, gegen die „Diktatur des Proletariats“ zetern. In Wirklichkeit ist die Lage in Rußland so, daß die unsagbaren Leiden und Nöte des Krieges, die riesengroße, unmittelbar drohende Gefahr der Zerrüttung und Hungersnot selbst den Ausweg diktieren, selbst die Reformen und Umgestaltungen vorzeichnen, ja nicht nur vorzeichnen, sondern als unbedingt unaufschiebbar bereits auf die Tagesordnung gesetzt haben: Getreidemonopol, Kontrolle über Produktion und Verteilung, Einschränkung der Emission von Papiergeld, geregelter Austausch von Getreide gegen Industriewaren usw.

Maßnahmen solcher Art, in eben dieser Richtung, wurden von allen als unerläßlich anerkannt, und an vielen Orten und von den verschiedensten Seiten wurde mit ihrer Durchführung begonnen. *Sie sind bereits in Angriff genommen*, werden aber allorts durch den Widerstand der Gutsbesitzer und Kapitalisten gehemmt und hintertrieben, einen Widerstand, der sowohl durch die Kerenskiregierung (die *in Wirklichkeit* eine völlig bürgerliche und bonapartistische Regierung ist) als auch durch den Beamtenapparat des alten Staates und durch den direkten und indirekten Druck des russischen und des „alliierten“ Finanzkapitals geleistet wird.

Vor nicht allzulanger Zeit beklagte I. Prileshajew im „Delo Naroda“

(Nr. 147) den Rücktritt Peschechonows und den Bankrott der festen Preise, den Bankrott des Getreidemonopols:

„Kühnheit und Entschlossenheit, das ist es, was unseren Regierungen aller Zusammensetzungen fehlte . . . Die revolutionäre Demokratie darf nicht warten, sie muß selbst die Initiative ergreifen und ordnend in das wirtschaftliche Chaos eingreifen . . . Wenn irgendwo, so ist gerade hier ein fester Kurs und eine entschlossene Macht vonnöten.“

Was wahr ist, ist wahr. Das sind goldene Worte. Nur hat ihr Verfasser nicht bedacht, daß die Frage des festen Kurses, der Kühnheit und Entschlossenheit keine Frage von Persönlichkeiten ist, sondern eine Frage der Klasse, die fähig ist, Kühnheit und Entschlossenheit an den Tag zu legen. Die einzige solche Klasse ist das Proletariat. Kühnheit und Entschlossenheit der Staatsmacht und ihr fester Kurs, das ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats und der armen Bauern. I. Prileshajew seufzt, ohne sich dessen bewußt zu sein, nach *dieser Diktatur*.

Denn was würde eine solche Diktatur in Wirklichkeit bedeuten? Nichts anderes, als daß der Widerstand der Kornilowleute gebrochen und die umfassende Demokratisierung der Armee wiederaufgenommen und zu Ende geführt würde. Neunundneunzig Hundertstel der Armee wären zwei Tage nach Errichtung einer solchen Diktatur deren begeisterte Anhänger. Diese Diktatur würde den Bauern den Boden geben und die örtlichen Bauernkomitees mit voller Machtbefugnis ausstatten. Wie kann man, ohne den Verstand verloren zu haben, daran zweifeln, daß die Bauern diese Diktatur unterstützen würden? Was Peschechonow nur *verheißt* hat („der Widerstand der Kapitalisten ist gebrochen“, sagte Peschechonow wörtlich in seiner berühmten Rede auf dem Sowjetkongreß), das würde diese Diktatur in die Tat umsetzen, verwirklichen, ohne die bereits im Entstehen begriffenen demokratischen Organisationen für Lebensmittelversorgung, für Kontrolle u. a. m. zu beseitigen, sie würde im Gegenteil diese Organisationen unterstützen, fördern und ihrer Arbeit jedes Hindernis aus dem Wege räumen.

Nur die Diktatur der Proletarier und der armen Bauern ist imstande, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen, mit wahrhaft großartiger Kühnheit und Entschlossenheit die Macht auszuüben und sich die begeisterte, rückhaltlose, wahrhaft heroische Unterstützung der Massen sowohl in der Armee wie in der Bauernschaft zu sichern.

Die Macht den Sowjets – das allein könnte die weitere Entwicklung stetig, friedlich und ruhig gestalten, könnte zu einer Entwicklung führen, die dem Niveau des Bewußtseins und der Entscheidungen der Mehrheit der Volksmassen, dem Niveau ihrer eigenen Erfahrung vollkommen entspricht. Die Macht den Sowjets, das bedeutet den vollständigen Übergang der Verwaltung des Landes und der Kontrolle über seine Wirtschaft an die Arbeiter und Bauern, denen sich niemand zu widersetzen wagte und die durch die Erfahrung rasch lernen würden, durch die eigene Praxis lernen würden, den Grund und Boden, die Produkte und das Brot richtig zu verteilen.

„Rabotschi Put“ Nr. 10,
27. (14.) September 1917.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „Rabotschi Put“.

WIE WIRD DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG DER ERFOLG GESICHERT?

(Über die Pressefreiheit)

Anfang April, als ich die Stellung der Bolschewiki zu der Frage darlegte, ob eine Konstituierende Versammlung einberufen werden soll, schrieb ich:

„Ja, und möglichst schnell. Aber die Garantie für ihren Erfolg und überhaupt für ihre Einberufung ist allein: größere Zahl und *Stärke* der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten; Organisation und *Bewaffnung* der Arbeitermassen – das ist die einzige Garantie.“ („Die politischen Parteien in Rußland und die Aufgaben des Proletariats.“ Billige Bibliothek des Verlags „Shisn i Snanije“ [Leben und Wissen], Heft III, S. 9 und 29.)*

Inzwischen sind fünf Monate vergangen, und die Richtigkeit dieser Worte wurde bestätigt durch die von den Kadetten verschuldeten Verzögerungen und Verschleppungen der Einberufung, sie wurde schließlich schlagend bestätigt durch den Kornilowputsch.

Jetzt, im Zusammenhang mit der Einberufung der Demokratischen Beratung zum 12. September, möchte ich auf eine andere Seite der Sache eingehen.

Sowohl die „Rabotschaja Gaseta“ der Menschewiki als auch das „Delo Naroda“ haben ihr Bedauern darüber ausgesprochen, daß für die Agitation unter den Bauern, für die Aufklärung dieser wirklichen *Masse* des russischen Volkes, seiner wirklichen Mehrheit, so wenig getan wird. Alle wissen und geben zu, daß der Erfolg der Konstituierenden Versammlung von der Aufklärung der Bauern abhängt, und doch wird lächerlich wenig dafür getan. Die Bauern werden belogen, genarrt und eingeschüchtert

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 85. *Die Red.*

von der durch und durch verlogenen, konterrevolutionären bürgerlichen und „gelben“ Presse, neben der die Presse der Menschewiki und Sozialrevolutionäre (von der bolschewistischen gar nicht zu reden) sehr, sehr schwach ist.

Warum ist das so?

Eben weil die an der Regierung beteiligten Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki schwach, unentschlossen und untätig sind, weil sie, nicht einverstanden mit der Übernahme der gesamten Macht durch die Sowjets, die Bauernschaft in ihrer Unwissenheit lassen, in ihrer ganzen Verlorenheit und sie den Kapitalisten, *deren* Presse und *deren* Agitation ausliefern.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nennen unsere Revolution prahlerisch die große Revolution, sie schreien laut schwülstige Phrasen über „revolutionäre Demokratie“ in alle Welt hinaus, *in Wirklichkeit* aber tun sie nichts, um Rußland aus der ganz gewöhnlichen, ganz und gar kleinbürgerlichen Revolution herauszuführen, die, nachdem sie den Zaren gestürzt hat, alles andere beim alten läßt und nichts, absolut nichts Ernsthaftes zur politischen Aufklärung der Bauern, zur Beseitigung der bäuerlichen Unwissenheit unternimmt, dieser *letzten* (und stärksten) *Stütze der Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes*.

Gerade jetzt ist es angebracht, an diese Dinge zu erinnern. Gerade jetzt, angesichts der Demokratischen Beratung, zwei Monate vor der (bis zu einem neuen Aufschub) „festgesetzten“ Einberufung der Konstituierenden Versammlung ist es angebracht, zu zeigen, wie leicht man die Sache korrigieren, wieviel man für die politische Aufklärung der Bauern tun könnte, wenn . . . wenn unsere in Anführungszeichen „revolutionäre Demokratie“ wirklich revolutionär, d. h. zu revolutionärem Handeln fähig und wirklich eine Demokratie wäre, d. h. wenn sie dem Willen und den Interessen der Mehrheit des Volkes Rechnung trüge und nicht den Interessen einer Minderheit, der Kapitalisten, die nach wie vor die Macht in den Händen haben (die Kerenskiregierung) und mit denen sich – wenn nicht direkt, so doch indirekt, wenn nicht in der alten, so doch in einer neuen Form – die Sozialrevolutionäre und Menschewiki immer noch „verständigen“ wollen.

Die Kapitalisten (und – aus Unverstand oder infolge konservativen Denkens – auch viele Sozialrevolutionäre und Menschewiki) bezeichnen

als „Pressefreiheit“ einen Zustand, in dem die Zensur abgeschafft ist und alle Parteien nach Belieben Zeitungen herausgeben.

In Wirklichkeit ist das keine Pressefreiheit, sondern die Freiheit für die Reichen, für die Bourgeoisie, die unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen zu betrügen.

In der Tat. Man nehme nur die Petrograder und Moskauer Zeitungen. Man sieht sofort, daß die bürgerlichen Zeitungen, die „Retsch“, die „Birshowka“, das „Nowoje Wremja“, das „Russkoje Slowo“⁹⁰ und so weiter und so fort (denn solche Zeitungen gibt es sehr viele) ihren Auflagen nach ein sehr starkes Übergewicht haben. Worauf basiert dieses Übergewicht? Keineswegs auf dem Willen der Mehrheit, denn die Wahlen zeigen, daß in beiden Hauptstädten die Mehrheit (und zwar eine gewaltige Mehrheit) auf der Seite der Demokratie steht, d. h. auf der Seite der Sozialrevolutionäre, der Menschewiki und der Bolschewiki. Diese drei Parteien verfügen über drei Viertel bis vier Fünftel aller Stimmen. Die Auflage ihrer Zeitungen aber beträgt sicher weniger als ein Viertel oder gar ein Fünftel der Auflage der gesamten bürgerlichen Presse (die, wie wir jetzt wissen und sehen, den Kornilowputsch direkt und indirekt verteidigt).

Warum ist das so?

Alle wissen sehr gut, warum. Weil die Herausgabe einer Zeitung ein einträgliches, großes kapitalistisches Unternehmen ist, in das die Reichen Millionen über Millionen Rubel investieren. Die „Pressefreiheit“ der bürgerlichen Gesellschaft besteht in der Freiheit für die *Reichen*, systematisch und unentwegt, tagtäglich in Millionen von Zeitungsexemplaren die ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen, die Armen, zu betrügen, zu demoralisieren und zum Narren zu halten.

Das ist die einfache, allgemein bekannte, auf der Hand liegende Wahrheit, die alle sehen, alle erkennen, die aber „fast alle“ „schamhaft“ verschweigen und ängstlich umgehen.

Es fragt sich, ob und wie man gegen ein so himmelschreiendes Übel kämpfen kann.

Vor allem gibt es ein sehr einfaches, äußerst wirksames und durchaus gesetzliches Mittel, auf das ich seit langem in der „Prawda“ hingewiesen habe, ein Mittel, das man sich besonders jetzt, zum 12. September, in Erinnerung rufen sollte und das die Arbeiter immer im Auge behalten

müssen, denn sie werden kaum ohne dieses Mittel auskommen, wenn sie die politische Macht erobern.*

Dieses Mittel ist das Staatsmonopol auf private Anzeigen in den Zeitungen.

Man sehe sich das „Russkoje Slowo“, das „Nowoje Wremja“, die „Birshowka“, die „Retsch“ usw. an, man wird eine Menge Privatanzeigen finden, die eine große, ja die größte Einnahmequelle der Kapitalisten bilden, die diese Zeitungen herausgeben. So wirtschaften und bereichern sich alle bürgerlichen Zeitungen in der ganzen Welt, *so handeln sie mit Gift für das Volk.*

In Europa gibt es Zeitungen, deren Auflage etwa ein Drittel der Einwohnerzahl der betreffenden Stadt erreicht (z. B. 12 000 Exemplare bei einer Einwohnerzahl von 40 000), die *unentgeltlich in jede* Wohnung geliefert werden und dabei eine gute Einnahmequelle für ihre Verleger bilden. Solche Zeitungen leben von den Anzeigen, die von Privatpersonen bezahlt werden, und die unentgeltliche Lieferung der Zeitung frei Haus sichert diesen Anzeigen die weiteste Verbreitung.

Es fragt sich, warum eine Demokratie, die sich revolutionär nennt, nicht eine Maßnahme durchführen könnte, durch die die Veröffentlichung von Privatanzeigen in den Zeitungen zum Staatsmonopol erklärt wird? Warum könnte sie nicht verbieten, daß Anzeigen woanders veröffentlicht werden *außer* in den Zeitungen, die von den Sowjets in der Provinz und in den Städten und dem *zentralen Sowjet* in Petrograd für ganz Rußland herausgegeben werden? Warum muß die „revolutionäre“ Demokratie dulden, daß sich die Reichen, die Anhänger Kornilows, die Verbreiter von Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjets, an Privatanzeigen bereichern?

Eine solche Maßnahme wäre unbedingt eine gerechte Maßnahme. Sie würde große Vorteile sowohl denen bringen, die Privatanzeigen aufgeben, als auch dem ganzen Volk, besonders der am meisten unterdrückten und unwissenden Bauernschaft, die dadurch die Gelegenheit hätte, für billiges Geld oder sogar unentgeltlich Zeitungen der *Sowjets* mit Beziehungen für die Bauern zu beziehen.

Warum sollte das nicht verwirklicht werden? Nur weil das Privateigentum, weil die angestammten Rechte der Herren Kapitalisten (auf

* Siehe den vorliegenden Band, S. 87/88. *Die Red.*

die Einnahmen aus den Anzeigen) heilig sind. Kann denn ein solches Recht als „heilig“ anerkennen, wer sich in der zweiten russischen Revolution revolutionärer Demokrat des 20. Jahrhunderts nennt?!

Man wird sagen: „Aber das ist doch eine Verletzung der Pressefreiheit.“

Das ist nicht wahr. Das wäre eine Wiederherstellung und Erweiterung der Pressefreiheit. Denn Pressefreiheit bedeutet, daß alle Meinungen *aller* Bürger frei verbreitet werden können.

Jetzt aber? Jetzt aber haben *nur* die Reichen dieses Monopol, und dann noch die großen Parteien. Durch die Herausgabe großer Zeitungen der *Sowjets*, die sämtliche Anzeigen veröffentlichen, wäre es jedoch durchaus möglich, einer viel größeren Anzahl von Bürgern die Gewähr zu geben, ihre Ansichten äußern zu können, sagen wir jeder Gruppe, die eine bestimmte Anzahl von Unterschriften aufbringt. Eine solche Reform würde die Pressefreiheit *in der Praxis* viel demokratischer, unvergleichlich vollständiger machen.

Man wird erwidern: Wo soll man denn Druckereien und Papier hernehmen?

Da haben wir's!!! Es handelt sich nicht um die „Pressefreiheit“, sondern um das heilige Privateigentum der Ausbeuter an den Druckereien und Papiervorräten, die sie sich angeeignet haben!!!

Warum aber sollen wir, die Arbeiter und Bauern, dieses heilige Recht anerkennen? Wieso ist dieses „Recht“, Lügennachrichten zu verbreiten, besser als das „Recht“, leibeigene Bauern zu besitzen?

Warum ist während des Krieges das Requirieren von Häusern, Wohnungen, Kutschen, Pferden, Getreide und Metallen zulässig und geht überall vor sich, während das Requirieren von Druckereien und Papiervorräten aber unzulässig sein soll?

Nein, man kann die Arbeiter und Bauern eine Zeitlang betrügen, indem man ihnen solche Maßnahmen als ungerecht oder schwer durchführbar hinstellt, die Wahrheit aber wird doch siegen.

Die Staatsmacht, in Gestalt der *Sowjets*, beschlagnahmt *alle* Druckereien und das *gesamte* Papier und verteilt es *gerecht*: an erster Stelle – an den Staat, im Interesse der Mehrheit des Volkes, der Mehrheit der Armen, besonders der Mehrheit der Bauern, die jahrhundertlang von den Gutsbesitzern und Kapitalisten gepeinigt, unterdrückt und verdummt worden sind.

An zweiter Stelle – an die großen Parteien, die in den beiden Hauptstädten, sagen wir, hunderttausend oder zweihunderttausend Stimmen aufgebracht haben.

An dritter Stelle – an die kleineren Parteien und dann an eine beliebige Gruppe von Bürgern, die eine bestimmte Zahl von Mitgliedern erreicht oder soundso viel Unterschriften aufweisen kann.

Eine solche Verteilung des Papiers und der Druckereien wäre gerecht, und wenn die Macht in den Händen der Sowjets liegt, ohne jede Schwierigkeit durchführbar.

Dann könnten wir in den zwei Monaten bis zur Konstituierenden Versammlung tatsächlich den Bauern helfen, wir könnten gewährleisten, daß etwa ein Dutzend Broschüren (oder Zeitungsnummern oder Sonderbeilagen), in *Millionen* Exemplaren, von *jeder* großen Partei herausgegeben, in *jedes* Dorf verschickt werden.

Das eben wäre eine „*revolutionär-demokratische*“ Vorbereitung der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, das eben wäre eine Hilfe der fortgeschrittenen Arbeiter und Soldaten für das flache Land, das eben wäre eine staatliche Förderung der Aufklärung und nicht der Verdummung und des Betrugs am Volke, das eben wäre eine wirkliche Pressefreiheit *für alle*, aber nicht für die Reichen, das eben wäre ein Bruch mit der verfluchten knechtischen Vergangenheit, die uns jetzt dulden läßt, daß die Reichen die große Sache der Informierung und Aufklärung der Bauernschaft an sich reißen.

„*Rabotschi Put*“ Nr. 11,
28. (15.) September 1917.
Unterschrift: N. Lenin.

Nach dem Text des „*Rabotschi Put*“.

STAAT UND REVOLUTION

Die Lehre des Marxismus vom Staat
und die Aufgaben des Proletariats
in der Revolution⁹¹

*Geschrieben August–September 1917;
Abschnitt 3 des II. Kapitels
vor dem 17. Dezember 1918.*

*Veröffentlicht 1918 als Broschüre
im Verlag „Štisi i Svanije“.*

*Nach dem Manuskript,
verglichen mit dem Text
des Buches, Moskau–Petrograd 1919,
Verlag „Kommunist“.*

VORWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE

Die Frage des Staates gewinnt gegenwärtig besondere Bedeutung sowohl in theoretischer als auch in praktisch-politischer Hinsicht. Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus außerordentlich beschleunigt und verschärft. Die ungeheuerliche Knechtung der werktätigen Massen durch den Staat, der immer inniger mit den allmächtigen Kapitalistenverbänden verschmilzt, wird immer ungeheuerlicher. Die fortgeschrittenen Länder verwandeln sich – wir sprechen von ihrem „Hinterland“ – in Militärzuchthäuser für die Arbeiter.

Die unerhörten Greuel und Unbilden des sich in die Länge ziehenden Krieges machen die Lage der Massen unerträglich und steigern ihre Empörung. Sichtbar reift die internationale proletarische Revolution heran. Die Frage nach ihrem Verhältnis zum Staat gewinnt praktische Bedeutung.

Die in Jahrzehnten einer verhältnismäßig friedlichen Entwicklung angesammelten Elemente des Opportunismus haben die in den offiziellen sozialistischen Parteien der ganzen Welt herrschende Strömung des Sozialchauvinismus geschaffen. Diese Strömung (Plechanow, Potressow, Breschkowskaja, Rubanowitsch, dann in leicht verhüllter Form die Herren Zereteli, Tschernow und Co. in Rußland; Scheidemann, Legien, David u. a. in Deutschland; Renaudel, Guesde, Vandervelde in Frankreich und Belgien; Hyndman und die Fabier⁹² in England usw. usw.) – Sozialismus in Worten, Chauvinismus in der Tat – ist gekennzeichnet durch die niederträchtige, lakaienhafte Anpassung der „Führer des Sozialismus“ an die Interessen nicht nur „ihrer“ nationalen Bourgeoisie, son-

dem namentlich auch „ihres“ Staates, denn die meisten sogenannten Großmächte beuten seit langem eine ganze Reihe kleiner und schwacher Völkerschaften aus und unterjochen sie. Der imperialistische Krieg ist ja gerade ein Krieg um die Teilung und Neuverteilung dieser Art von Beute. Der Kampf um die Befreiung der werktätigen Massen vom Einfluß der Bourgeoisie im allgemeinen und der imperialistischen Bourgeoisie im besonderen ist ohne Bekämpfung der opportunistischen Vorurteile in bezug auf den „Staat“ unmöglich.

Wir betrachten zunächst die Lehre von Marx und Engels vom Staat und wollen besonders eingehend bei den in Vergessenheit geratenen oder opportunistisch entstellten Seiten dieser Lehre verweilen. Dann werden wir uns insbesondere mit dem Hauptvertreter dieser Entstellungen befassen, mit Karl Kautsky, dem bekanntesten Führer der II. Internationale (1889–1914), die in diesem Kriege einen so jämmerlichen Bankrott erlitten hat. Schließlich werden wir die Hauptergebnisse der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 und besonders der von 1917 zusammenfassen. Die letztere schließt anscheinend gegenwärtig (Anfang August 1917) die erste Phase ihrer Entwicklung ab, jedoch kann diese ganze Revolution überhaupt nur verstanden werden als ein Glied in der Kette der sozialistischen proletarischen Revolutionen, die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufen werden. Die Frage des Verhältnisses der sozialistischen Revolution des Proletariats zum Staat gewinnt somit nicht nur eine praktisch-politische, sondern auch eine höchst aktuelle Bedeutung als eine Frage der Aufklärung der Massen darüber, was sie zu ihrer Befreiung vom Joch des Kapitals in der nächsten Zukunft zu tun haben.

August 1917

Der Verfasser

VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Die vorliegende zweite Auflage wird fast ohne Änderungen gedruckt. Hinzugefügt ist nur der Abschnitt 3 des II. Kapitels.

Moskau, den 17. Dezember 1918

Der Verfasser

I. KAPITEL

KLASSENGESELLSCHAFT UND STAAT

*1. Der Staat – ein Produkt
der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze*

Mit der Lehre von Marx geschieht jetzt dasselbe, was in der Geschichte wiederholt mit den Lehren revolutionärer Denker und Führer der unterdrückten Klassen in ihrem Befreiungskampf geschah. Die großen Revolutionäre wurden zu Lebzeiten von den unterdrückenden Klassen ständig verfolgt, die ihrer Lehre mit wildestem Ingrimm und wütendstem Haß begegneten, mit zügellosen Lügen und Verleumdungen gegen sie zu Felde zogen. Nach ihrem Tode versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, man gesteht ihrem Namen einen gewissen Ruhm zu zur „Tröstung“ und Betörung der unterdrückten Klassen, wobei man ihre revolutionäre Lehre des *Inhalts* beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgarisiert. Bei solch einer „Bearbeitung“ des Marxismus findet sich jetzt die Bourgeoisie mit den Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung zusammen. Man vergißt, verdrängt und entstellt die revolutionäre Seite der Lehre, ihren revolutionären Geist. Man schiebt in den Vordergrund, man rühmt das, was für die Bourgeoisie annehmbar ist oder annehmbar erscheint. Alle Sozialchauvinisten sind heutzutage „Marxisten“ – Spaß beiseite! Und immer häufiger sprechen deutsche bürgerliche Gelehrte, deren Spezialfach gestern noch die Ausrottung des Marxismus war, von dem „nationaldeutschen“ Marx, der die zur Führung des Raubkrieges so glänzend organisierten Arbeiterverbände erzogen haben soll!

Bei dieser Sachlage, bei der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen des Marxismus gefunden haben, besteht unsere Aufgabe in erster Linie in der *Wiederherstellung* der wahren Marxschen Lehre vom Staat. Dazu wird es notwendig sein, eine ganze Reihe langer Zitate aus den

Werken von Marx und Engels selbst anzuführen. Gewiß, die langen Zitate werden die Darstellung schwerfällig machen und ihrer Gemeinverständlichkeit keineswegs förderlich sein. Es ist aber absolut unmöglich, ohne sie auszukommen. Alle oder zumindest alle entscheidenden Stellen aus den Werken von Marx und Engels über die Frage des Staates müssen unbedingt möglichst vollständig angeführt werden, damit sich der Leser ein selbständiges Urteil bilden kann über die gesamten Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und über die Entwicklung dieser Auffassungen, dann aber auch, um deren Entstellung durch das heute herrschende „Kautskyanertum“ dokumentarisch nachzuweisen und anschaulich vor Augen zu führen.

Wir beginnen mit dem verbreitetsten Werk von Friedrich Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, das 1894 in Stuttgart bereits in sechster Auflage erschienen ist. Wir sind gezwungen, die Zitate selber aus dem deutschen Original zu übersetzen, da die russischen Übersetzungen, so zahlreich sie sind, zum größten Teil entweder unvollständig oder äußerst unbefriedigend sind.

„Der Staat“, sagt Engels bei der Zusammenfassung seiner geschichtlichen Analyse, „ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungne Macht; ebensowenig ist er ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee‘, ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft‘, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangne, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“ (S. 177/178 der sechsten deutschen Auflage.)⁹³

Hier ist mit voller Klarheit der Grundgedanke des Marxismus über die historische Rolle und die Bedeutung des Staates zum Ausdruck gebracht. Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der

Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv *nicht* versöhnt werden können. Und umgekehrt: Das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind.

Gerade in diesem wichtigsten und grundlegenden Punkt beginnt die Entstellung des Marxismus, die in zwei Hauptlinien verläuft.

Auf der einen Seite pflegen bürgerliche und besonders kleinbürgerliche Ideologen – die sich unter dem Druck unbestreitbarer geschichtlicher Tatsachen gezwungen sehen, anzuerkennen, daß der Staat nur dort vorhanden ist, wo es Klassengegensätze und Klassenkampf gibt – Marx in der Weise „zu verbessern“, daß der Staat sich als Organ der Klassenversöhnung erweist. Nach Marx hätte der Staat weder entstehen noch bestehen können, wenn eine Versöhnung der Klassen möglich wäre. Bei den kleinbürgerlichen und philisterhaften Professoren und Publizisten kommt es – oft unter wohlwollenden Hinweisen auf Marx! – so heraus, daß der Staat gerade die Klassen versöhne. Nach Marx ist der Staat ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen „Ordnung“, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen bedeute versöhnen und nicht, es den unterdrückten Klassen unmöglich machen, bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker zu gebrauchen.

Alle Sozialrevolutionäre und Menschewiki zum Beispiel sind während der Revolution 1917, als sich die Frage nach der Bedeutung und der Rolle des Staates gerade in ihrer ganzen Größe erhob, sich praktisch erhob als Frage der sofortigen Aktion, und zudem der Massenaktion – alle sind sie mit einem Schlag gänzlich zur kleinbürgerlichen Theorie der „Versöhnung“ der Klassen durch den „Staat“ hinabgesunken. Die zahllosen Resolutionen und Artikel der Politiker dieser beiden Parteien sind völlig von dieser kleinbürgerlichen und philisterhaften Theorie der „Versöhnung“ durchdrungen. Daß der Staat das Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) *nicht* versöhnt werden kann, das vermag die kleinbürger-

liche Demokratie nie zu begreifen. Das Verhältnis zum Staat ist eines der anschaulichsten Zeugnisse dafür, daß unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki gar keine Sozialisten sind (was wir Bolschewiki schon immer nachwiesen), sondern kleinbürgerliche Demokraten mit einer beinahe-sozialistischen Phraseologie.

Auf der anderen Seite ist die „kautskyanische“ Entstellung des Marxismus viel feiner. „Theoretisch“ wird weder in Abrede gestellt, daß der Staat ein Organ der Klassenherrschaft ist noch daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind. Außer acht gelassen oder vertuscht wird aber folgendes: Wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze ist, wenn er eine *über* der Gesellschaft stehende und „sich ihr *mehr und mehr entfremdende*“ Macht ist, so ist es klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, *sondern auch ohne Vernichtung* des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparats der Staatsgewalt, in dem sich diese „Entfremdung“ verkörpert. Diese theoretisch von selbst einleuchtende Schlußfolgerung hat Marx, wie wir weiter unten sehen werden, auf Grund einer konkreten historischen Analyse der Aufgaben der Revolution mit größter Bestimmtheit gezogen. Und gerade diese Schlußfolgerung hat Kautsky, wir werden das ausführlich in unserer weiteren Darlegung nachweisen, ... „vergessen“ und entstellt.

2. Besondere Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnisse u. a.

„Gegenüber der alten Gentilorganisation“, fährt Engels fort, „kennzeichnet sich der Staat erstens durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach dem Gebiet.“

Uns kommt diese Einteilung „natürlich“ vor, sie hat aber einen langwierigen Kampf gegen die alte Organisation nach Geschlechtern und Stämmen erfordert.

„Das zweite ist die Einrichtung einer öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation

der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen . . . Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sachlichen Anhängseln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nichts wußte.“

Engels entwickelt nun den Begriff jener „Macht“, die man als Staat bezeichnet, der Macht, die aus der Gesellschaft hervorgegangen ist, sich aber über sie stellt und sich ihr mehr und mehr entfremdet. Worin besteht hauptsächlich diese Macht? In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse und anderes zu ihrer Verfügung haben.

Wir sind berechtigt, von besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu sprechen, weil die jedem Staat eigentümliche öffentliche Gewalt „nicht mehr unmittelbar zusammenfällt“ mit der bewaffneten Bevölkerung, mit ihrer „selbsttätigen bewaffneten Organisation“.

Wie alle großen revolutionären Denker sucht Engels die Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter gerade auf das zu lenken, was dem herrschenden Spießertum am wenigsten beachtenswert, am gewohntesten erscheint, auf das, was nicht nur durch fest eingewurzelte, sondern, man kann sagen, durch verknöcherte Vorurteile geheiligt ist. Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht, aber – kann denn das anders sein?

Vom Standpunkt der ungeheuren Mehrheit der Europäer am Ausgang des 19. Jahrhunderts, an die sich Engels wandte und die keine einzige Revolution selbst miterlebt oder aus der Nähe beobachtet hatten, kann das nicht anders sein. Für sie ist es völlig unverständlich, was das für eine „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ ist. Auf die Frage, warum besondere, über die Gesellschaft gestellte und sich ihr entfremdende Formationen bewaffneter Menschen (Polizei, stehendes Heer) nötig geworden seien, ist der westeuropäische und der russische Philister geneigt, mit ein paar bei Spencer oder Michailowski entlehnten Phrasen zu antworten, auf die Komplizierung des öffentlichen Lebens, die Differenzierung der Funktionen u. dgl. m. hinzuweisen.

Ein solcher Hinweis hat den Anschein der „Wissenschaftlichkeit“ und schläfert den Spießbürger vortrefflich ein, da er das Wichtigste und Grundlegende vertuscht: die Spaltung der Gesellschaft in einander unversöhnlich feindliche Klassen.

Ohne diese Spaltung würde sich die „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ zwar durch ihre Kompliziertheit, die Höhe ihrer Technik usw. von der primitiven Organisation der mit Baumästen bewaffneten Affenherde oder der des Urmenschen oder der in der Gentilgesellschaft zusammengeschlossenen Menschen unterscheiden, aber eine derartige Organisation wäre möglich.

Sie ist unmöglich, weil die zivilisierte Gesellschaft in feindliche und noch dazu unversöhnlich feindliche Klassen gespalten ist, deren „selbsttätige“ Bewaffnung zu einem bewaffneten Kampf unter ihnen führen würde. Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns sehr deutlich, wie die herrschende Klasse die *ihr* dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse danach strebt, eine neue Organisation dieser Art zu schaffen, die fähig ist, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausbeuteten zu dienen.

Engels wirft in der angeführten Betrachtung theoretisch dieselbe Frage auf, die uns jede große Revolution in der Praxis anschaulich und zudem im Ausmaß der Massenaktion stellt, nämlich die Frage nach dem Verhältnis zwischen den „besonderen“ Formationen bewaffneter Menschen und der „selbsttätigen bewaffneten Organisation der Bevölkerung“. Wir werden sehen, wie diese Frage durch die Erfahrungen der europäischen und der russischen Revolutionen konkret illustriert wird.

Doch kehren wir zur Darstellung von Engels zurück.

Er weist darauf hin, daß zuweilen, zum Beispiel hier und dort in Nordamerika, diese öffentliche Gewalt schwach ist (es handelt sich um eine für die kapitalistische Gesellschaft seltene Ausnahme und um diejenigen Teile Nordamerikas in seiner vorimperialistischen Periode, wo der freie Kolonist vorherrschte), daß sie sich aber, allgemein gesprochen, verstärkt:

„Sie“ (die öffentliche Gewalt) „verstärkt sich aber in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen und wie die einander begrenzenden Staaten größer und volkreicher werden – man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine

Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht.“

Das ist nicht später als Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschrieben worden. Das letzte Vorwort von Engels datiert vom 16. Juni 1891. Damals nahm die Wendung zum Imperialismus – sowohl im Sinne der völligen Herrschaft der Trusts und der Allmacht der größten Banken als auch im Sinne einer grandiosen Kolonialpolitik usw. – in Frankreich gerade erst ihren Anfang, noch schwächer war sie in Nordamerika und in Deutschland. Seitdem hat die „Eroberungskonkurrenz“ Riesenschritte vorwärts getan, um so mehr, als zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts der Erdball endgültig unter diese „konkurrierenden Eroberer“, d. h. die räuberischen Großmächte, aufgeteilt war. Seit dieser Zeit sind die Rüstungen zu Lande und zu Wasser ins Ungeheure gewachsen, und der Raubkrieg 1914–1917 um die Beherrschung der Welt durch England oder Deutschland, um die Teilung der Beute hat das „Verschlingen“ aller Kräfte der Gesellschaft durch die räuberische Staatsmacht in solchem Maße gesteigert, daß eine völlige Katastrophe naht.

Engels vermochte schon 1891 auf die „Eroberungskonkurrenz“ als auf eines der wichtigsten Merkmale der Außenpolitik der Großmächte hinzuweisen; doch in den Jahren 1914–1917, als gerade diese um ein vielfaches verschärfte Konkurrenz den imperialistischen Krieg hervorgerufen hat, bemänteln die Halunken des Sozialchauvinismus die Verteidigung der Raubinteressen „ihrer“ Bourgeoisie mit Phrasen über „Verteidigung des Vaterlandes“, über „Schutz der Republik und der Revolution“ u. dgl. m.!

3. Der Staat – ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse

Zur Aufrechterhaltung einer besonderen, über der Gesellschaft stehenden öffentlichen Gewalt sind Steuern und Staatsschulden nötig.

„Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung“, schreibt Engels, „stehn die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft *über* der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten . . .“ Es werden Aus-

nahmegesetze über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten geschaffen. „Der lumpigste Polizeidiener . . . hat mehr ‚Autorität‘ als alle Organe der Gentilgesellschaft zusammengenommen; aber der mächtigste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden um die unerzwungene und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird.“

Hier wird die Frage nach der privilegierten Stellung der Beamten als Organe der Staatsgewalt aufgeworfen. Als das Grundlegende wird hervorgehoben: Was stellt sie *über* die Gesellschaft? Wir werden sehen, wie die Pariser Kommune 1871 diese theoretische Frage praktisch zu lösen suchte und wie Kautsky sie 1912 reaktionär vertuschte.

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse.“ Nicht nur der antike und der Feudalstaat waren Organe zur Ausbeutung der Sklaven und leibeigenen und hörigen Bauern, sondern es ist auch „der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält.“ So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, so der Bonapartismus des ersten und des zweiten Kaiserreichs in Frankreich, so Bismarck in Deutschland.

Und so – fügen wir von uns hinzu – die Regierung Kerenski im republikanischen Rußland, nachdem sie dazu übergegangen ist, das revolutionäre Proletariat zu verfolgen, in einem Moment, da die Sowjets infolge der Führung der kleinbürgerlichen Demokraten *schon* machtlos sind und die Bourgeoisie *noch* nicht stark genug ist, um sie ohne weiteres auseinanderzujagen.

In der demokratischen Republik, fährt Engels fort, „übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus“, und zwar erstens durch die „direkte Beamtenkorruption“ (Amerika) und

zweitens durch die „Allianz von Regierung und Börse“ (Frankreich und Amerika).

Heute haben Imperialismus und Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst „entwickelt“. Wenn beispielsweise schon in den ersten Monaten der demokratischen Republik in Rußland, sozusagen im Honigmond des Ehebandes der „Sozialisten“ – der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki – mit der Bourgeoisie, Herr Paltschinski in der Koalitionsregierung alle Maßnahmen zur Zügelung der Kapitalisten und ihrer Raubgier, ihrer Plünderung der Staatskasse durch Heereslieferungen, sabotierte, wenn dann der aus dem Ministerium ausgetretene Herr Paltschinski (der natürlich durch einen anderen, ebensolchen Paltschinski ersetzt worden ist) von den Kapitalisten durch ein Pöstchen mit einem Gehalt von 120 000 Rubel jährlich „belohnt“ wurde – wie nennt man das dann? Direkte Korruption oder indirekte? Allianz der Regierung mit den Syndikaten oder „nur“ freundschaftliche Beziehungen? Welche Rolle spielen die Tschernow und Zereteli, die Awksentjew und Skobelew? Sind sie „direkte“ Bundesgenossen der Millionäre, die den Staat bestehlen, oder nur indirekte?

Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb *sicherer*, weil sie nicht von einzelnen Mängeln des politischen Mechanismus, von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (durch die Paltschinski, Tschernow, Zereteli und Co.) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß *kein* Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik, diese Macht erschüttern kann.

Es muß noch hervorgehoben werden, daß Engels mit größter Entschiedenheit das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist

„... der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat ...“

Die kleinbürgerlichen Demokraten vom Schlage unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie ihre leiblichen Brüder, alle Sozialchauvinisten und Opportunisten Westeuropas, erwarten eben vom allgemeinen Stimmrecht „mehr“. Sie sind in dem falschen Gedanken befangen und suggerieren ihm dem Volke, das allgemeine Stimmrecht sei „im heutigen Staat“ imstande, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Realisierung zu sichern.

Wir können hier diesen falschen Gedanken nur anführen, nur darauf hinweisen, daß die vollkommen klare, genaue, konkrete Erklärung von Engels in der Propaganda und Agitation der „offiziellen“ (d. h. opportunistischen) sozialistischen Parteien auf Schritt und Tritt entstellt wird. Wie völlig falsch dieser Gedanke ist, den Engels hier verwirft, wird in unseren weiteren Darlegungen der Auffassungen von Marx und Engels über den „heutigen“ Staat ausführlich klargelegt.

Engels faßt seine Auffassungen in seinem populärsten Werk in folgenden Worten zusammen:

„Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“

Man trifft dieses Zitat in der Propaganda- und Agitationsliteratur der heutigen Sozialdemokratie nicht oft an. Aber selbst dann, wenn dieses Zitat vorkommt, gebraucht man es meistens so, als machte man eine Verbeugung vor einem Heiligenbild, d. h. als offizielle Bekundung der

Ehrerbietung vor Engels, ohne jeden Versuch, zu erfassen, einen wie weittragenden und tiefgreifenden Aufschwung der Revolution dieses „Versetzen der ganzen Staatsmaschine ins Museum der Altertümer“ voraussetzt. Meistenteils fehlt sogar das Verständnis für das, was Engels als Staatsmaschine bezeichnet.

4. Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution

Die Worte Engels' über das „Absterben“ des Staates sind weit und breit so bekannt, sie werden so oft zitiert, zeigen so plastisch, worin die Quintessenz der landläufigen Verfälschung des Marxismus zum Opportunismus besteht, daß es geboten erscheint, eingehend bei ihnen zu verweilen. Wir zitieren die ganze Betrachtung, der sie entnommen sind:

„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts

mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt – die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft –, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, *er stirbt ab*. Hieran ist die Phrase vom ‚freien Volksstaat‘ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden.“ („Anti-Dühring“, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, dritte deutsche Auflage, S. 301–303.)⁹⁴

Ohne zu fürchten fehlzugehen, darf man sagen, daß von dieser wunderbar gedankenreichen Engelsschen Betrachtung nur so viel wirkliches Gemeingut des sozialistischen Denkens in den heutigen sozialistischen Parteien geworden ist, daß der Staat nach Marx „abstirbt“, im Unterschied zur anarchistischen Lehre von der „Abschaffung“ des Staates. Den Marxismus so zurechtstutzen heißt ihn zu Opportunismus herabmindern, denn bei einer solchen „Auslegung“ bleibt nur die vage Vorstellung von einer langsamen, gleichmäßigen, allmählichen Veränderung übrig, als gebe es keine Sprünge und Stürme, als gebe es keine Revolution. Das „Absterben“ des Staates im landläufigen, allgemein verbreiteten Sinne, im Massensinne, wenn man so sagen darf, bedeutet zweifellos eine Veruschung, wenn nicht gar eine Verneinung der Revolution.

Indessen bedeutet eine solche „Auslegung“ die größte, nur für die Bourgeoisie vorteilhafte Entstellung des Marxismus, die theoretisch auf dem Außerachtlassen der wichtigsten Umstände und Erwägungen beruht, wie sie allein schon in der gleichen, von uns vollständig zitierten „zusammenfassenden“ Betrachtung von Engels dargelegt sind.

Erstens. Ganz zu Anfang dieser Betrachtung sagt Engels, daß das Proletariat, indem es die Staatsgewalt ergreift, „den Staat als Staat aufhebt“. Darüber nachzudenken, was das zu bedeuten hat, ist „nicht üblich“.

Gewöhnlich wird dies entweder ganz ignoriert oder für eine Art „hegelianische Schwäche“ von Engels gehalten. In Wirklichkeit drücken diese Worte kurz die Erfahrungen einer der größten proletarischen Revolutionen, die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 aus, worüber an entsprechender Stelle ausführlicher gesprochen werden soll. In Wirklichkeit spricht Engels hier von der „Aufhebung“ des Staates der *Bourgeoisie* durch die proletarische Revolution, während sich die Worte vom Absterben auf die Überreste des *proletarischen* Staatswesens *nach* der sozialistischen Revolution beziehen. Der bürgerliche Staat „stirbt“ nach Engels nicht „ab“, sondern er wird in der Revolution vom Proletariat *„aufgehoben“*. Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab.

Zweitens. Der Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“. Diese großartige und überaus tiefe Definition legt Engels hier ganz klar und eindeutig dar. Aus ihr folgt aber, daß die „besondere Repressionsgewalt“ der Bourgeoisie gegen das Proletariat, einer Handvoll reicher Leute gegen die Millionen der Werktätigen, abgelöst werden muß durch eine „besondere Repressionsgewalt“ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats). Darin eben besteht die „Aufhebung des Staates als Staat“. Darin eben besteht der „Akt“ der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft. Und es ist ohne weiteres klar, daß eine *solche* Ablösung der einen (bürgerlichen) „besonderen Gewalt“ durch eine andere (proletarische) „besondere Gewalt“ unter keinen Umständen in Form des „Absterbens“ erfolgen kann.

Drittens. Vom „Absterben“ und noch plastischer und bildhafter vom „Einschlafen“ spricht Engels ganz klar und eindeutig in bezug auf die Epoche *nach* der „Besitzergreifung der Produktionsmittel durch den Staat im Namen der ganzen Gesellschaft“, d. h. *nach* der sozialistischen Revolution. Wir wissen alle, daß die politische Form des „Staates“ in dieser Zeit die vollkommenste Demokratie ist. Doch keinem der Opportunisten, die den Marxismus schamlos verzerren, kommt es in den Sinn, daß hier bei Engels somit vom „Einschlafen“ und „Absterben“ der *Demokratie* die Rede ist. Auf den ersten Blick mag das sehr sonderbar erscheinen. Doch „unverständlich“ bleibt das nur dem, der nicht bedacht hat, daß die Demokratie *auch* ein Staat ist und daß folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet.

Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution „aufheben“. Der Staat überhaupt, d. h. die vollkommenste Demokratie, kann nur „absterben“.

Viertens. Nachdem Engels seinen berühmten Satz „Der Staat stirbt ab“ aufgestellt hat, erläutert er sofort konkret, daß dieser Satz sich sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die Anarchisten richtet. Dabei steht bei Engels an erster Stelle diejenige Folgerung aus dem Satz vom „Absterben des Staates“, die gegen die Opportunisten gerichtet ist.

Man könnte wetten, daß von 10 000 Menschen, die vom „Absterben“ des Staates gelesen oder gehört haben, 9990 überhaupt nicht wissen oder sich nicht entsinnen, daß Engels seine Schlußfolgerungen aus diesem Satz *nicht nur* gegen die Anarchisten richtete. Und von den übrigen zehn Menschen wissen neun sicherlich nicht, was der „freie Volksstaat“ ist und warum in dem Angriff auf diese Losung ein Angriff auf die Opportunisten steckt. So wird Geschichte geschrieben! So wird die große revolutionäre Lehre unmerklich dem herrschenden Spießbürgertum angepaßt. Die Schlußfolgerung gegen die Anarchisten wurde Tausende Male wiederholt, banalisiert und möglichst versimpelt in die Köpfe eingehämmert und gewann die Festigkeit eines Vorurteils. Die Schlußfolgerung gegen die Opportunisten aber wurde vertuscht und „vergessen“!

Der „freie Volksstaat“ war eine Programmforderung und landläufige Losung der deutschen Sozialdemokraten der siebziger Jahre. Irgend-einen politischen Inhalt, außer einer kleinbürgerlich schwülstigen Umschreibung des Begriffs Demokratie, hat diese Losung nicht. Soweit in ihr legal die demokratische Republik angedeutet wurde, war Engels bereit, aus agitatorischen Gründen „zeitweilig“ die „Berechtigung“ dieser Losung gelten zu lassen. Diese Losung war aber opportunistisch, denn sie brachte nicht nur eine Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, sondern auch ein Verkennen der sozialistischen Kritik an jedwedem Staat überhaupt zum Ausdruck. Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Ferner. Jedweder Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“ gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein *jeder* Staat unfrei und *kein* Volksstaat. Marx und Engels haben das ihren Parteigenossen in den siebziger Jahren wiederholt auseinandergesetzt.

Fünftens. In dem gleichen Werk von Engels, in dem die Betrachtung über das Absterben des Staates enthalten ist – an die sich alle erinnern –, finden sich Ausführungen über die Bedeutung der gewaltsamen Revolution. Die geschichtliche Bewertung ihrer Rolle wird bei Engels zu einer wahren Lobrede auf die gewaltsame Revolution. Dessen „erinnert sich niemand“; über die Bedeutung dieses Gedankens zu reden, ja auch nur nachzudenken, ist in den heutigen sozialistischen Parteien nicht üblich, in der täglichen Propaganda und Agitation unter den Massen spielen diese Gedanken gar keine Rolle. Indes sind sie mit dem „Absterben“ des Staates untrennbar zu einem harmonischen Ganzen verbunden.

Hier diese Ausführungen von Engels:

„Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle“ (als die einer Vollbringerin des Bösen) „in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbne politische Formen zerbricht – davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde – leider! denn jede Gewaltsanwendung demoralisire den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Kriegs in das nationale Bewußtsein gedrungne Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“ (S. 193, dritte deutsche Auflage, Schluß des IV. Kapitels, Zweiter Abschnitt.)

Wie läßt sich diese Lobrede auf die gewaltsame Revolution, die Engels beharrlich von 1878 bis 1894, d. h. bis zu seinem Tode, den deutschen Sozialdemokraten darbot, mit der Theorie vom „Absterben“ des Staates in einer Lehre vereinen?

Gewöhnlich vereint man beides mit Hilfe des Eklektizismus, eines ideenlosen oder sophistischen Herausgreifens willkürlich (oder den Machthabern zu Gefallen) bald der einen, bald der anderen Betrachtung, wobei in 99 von 100 Fällen, wenn nicht noch öfter, gerade das „Absterben“ in den Vordergrund geschoben wird. Die Dialektik wird durch Eklektizismus ersetzt. Das ist, was den Marxismus anbelangt, die allgemein übliche, am weitesten verbreitete Erscheinung in der offiziellen sozialdemokratischen Literatur unserer Tage. Ein solches Ersetzen ist natürlich nichts Neues, es war sogar in der Geschichte der klassischen griechischen Philosophie zu beobachten. Bei der Verfälschung des Marxismus in Opportunismus pflegt die Verfälschung der Dialektik in Eklektizismus die Massen am leichtesten zu täuschen, sie gewährt eine scheinbare Befriedigung, berücksichtigt scheinbar alle Seiten des Prozesses, alle Entwicklungstendenzen, alle widerspruchsvollen Einflüsse usw., während sie in Wirklichkeit gar keine einheitliche, keine revolutionäre Auffassung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gibt.

Wir haben schon oben davon gesprochen und werden in der weiteren Darstellung ausführlicher zeigen, daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser *kann* durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) *nicht* auf dem Wege des „Absterbens“ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution. Die Lobrede, die Engels auf die gewaltsame Revolution hält und die den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des „Elends der Philosophie“⁹⁵ und des „Kommunistischen Manifests“⁹⁶ mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875⁹⁷, fast dreißig Jahre später, in der Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelte) – diese Lobrede ist durchaus keine „Schwärmerei“, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen*, gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *gesamten* Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden sozialchauvinistischen und kautskyanischen Strömungen kommt besonders plastisch darin zum Aus-

druck, daß man hier wie dort *diese* Propaganda, diese Agitation vergessen hat.

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, d. h. die Aufhebung jeglichen Staates, ist nicht anders möglich als auf dem Wege des „Absterbens“.

Eine ausführliche und konkrete Entwicklung dieser Auffassungen lieferten Marx und Engels, indem sie jede einzelne revolutionäre Situation studierten, die Lehren aus den Erfahrungen jeder einzelnen Revolution analysierten. Wir gehen nunmehr zu diesem fraglos wichtigsten Teil ihrer Lehre über.

II. KAPITEL

STAAT UND REVOLUTION

DIE ERFAHRUNGEN DER JAHRE 1848–1851

1. Der Vorabend der Revolution

Die ersten Werke des reifen Marxismus, „Das Elend der Philosophie“ und das „Kommunistische Manifest“, stammen aus der Zeit unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution von 1848. Infolgedessen besitzen wir hier neben einer Darlegung der allgemeinen Grundlagen des Marxismus bis zu einem gewissen Grade ein Spiegelbild der damaligen konkreten revolutionären Situation, und so wäre es zweckmäßig, zu untersuchen, was die Verfasser dieser Werke über den Staat ausführten, unmittelbar bevor sie ihre Schlußfolgerungen aus den Erfahrungen der Jahre 1848–1851 zogen.

„Die arbeitende Klasse“, schreibt Marx im „Elend der Philosophie“, „wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegengesatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.“ (S. 182 der deutschen Ausgabe von 1885.)⁹⁸

Es ist lehrreich, dieser allgemeinen Darlegung des Gedankens über das Verschwinden des Staates nach der Aufhebung der Klassen die Ausführungen gegenüberzustellen, die in dem einige Monate später, nämlich im November 1847, von Marx und Engels verfaßten „Kommunistischen Manifest“ enthalten sind:

„Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet.“

„Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.“

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ (S. 31 und 37, siebente deutsche Ausgabe 1906.)⁹⁹

Hier haben wir die Formulierung einer der bedeutsamsten und wichtigsten Ideen des Marxismus in der Frage des Staates, nämlich der Idee der „Diktatur des Proletariats“ (wie Marx und Engels nach der Pariser Kommune sich auszudrücken begannen), ferner eine höchst interessante Definition des Staates, die gleichfalls zu den „vergessenen Worten“ des Marxismus gehört. *„Der Staat, das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat.“*

Nicht nur, daß diese Definition des Staates niemals in der herrschenden Propaganda- und Agitationsliteratur der offiziellen sozialdemokratischen Parteien erläutert worden ist. Mehr als das. Sie ist geradezu vergessen worden, da sie mit dem Reformismus völlig unvereinbar ist, da sie den landläufigen opportunistischen Vorurteilen und kleinbürgerlichen Illusionen über eine „friedliche Entwicklung der Demokratie“ ins Gesicht schlägt.

Das Proletariat braucht den Staat – das wiederholen alle Opportunisten, Sozialchauvinisten und Kautskyaner, wobei sie beteuern, dies sei

die Lehre von Marx, sie „vergessen“ aber hinzuzufügen, daß erstens das Proletariat nach Marx nur einen absterbenden Staat braucht, d. h. einen Staat, der so beschaffen ist, daß er sofort abzusterben beginnt und zwangsläufig absterben muß. Und zweitens brauchen die Werktätigen den „Staat“, „das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“.

Der Staat ist eine besondere Machtorganisation, eine Organisation der Gewalt zur Unterdrückung einer Klasse. Welche Klasse aber muß vom Proletariat unterdrückt werden? Natürlich nur die Ausbeuterklasse, d. h. die Bourgeoisie. Die Werktätigen brauchen den Staat nur, um den Widerstand der Ausbeuter niederzuhalten, aber dieses Niederhalten zu leiten, in die Tat umzusetzen ist allein das Proletariat imstande als die einzige konsequent revolutionäre Klasse, als einzige Klasse, die fähig ist, alle Werktätigen und Ausgebeuteten im Kampf gegen die Bourgeoisie, im Kampf um deren völlige Beseitigung zu vereinigen.

Die ausbeutenden Klassen bedürfen der politischen Herrschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Ausbeutung, d. h. im eigennützigen Interesse einer verschwindend kleinen Minderheit gegen die ungeheure Mehrheit des Volkes. Die ausgebeuteten Klassen bedürfen der politischen Herrschaft im Interesse der völligen Aufhebung jeder Ausbeutung, d. h. im Interesse der ungeheuren Mehrheit des Volkes gegen die verschwindend kleine Minderheit der modernen Sklavenhalter, d. h. der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Die kleinbürgerlichen Demokraten, diese Pseudosozialisten, die den Klassenkampf durch Träumereien von Klassenharmonie ersetzten, stellten sich auch die sozialistische Umgestaltung träumerisch vor, nicht als Sturz der Herrschaft der ausbeutenden Klasse, sondern als friedliche Unterordnung der Minderheit unter die sich ihrer Aufgaben bewußt gewordene Mehrheit. Diese mit der Anerkennung eines über den Klassen stehendes Staates unzertrennlich verbundene kleinbürgerliche Utopie führte in der Praxis zum Verrat an den Interessen der werktätigen Klassen, wie dies z. B. die Geschichte der französischen Revolutionen von 1848 und 1871, wie dies die Erfahrungen der Beteiligung von „Sozialisten“ an bürgerlichen Regierungen in England, Frankreich, Italien und anderen Ländern am Ausgang des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gezeigt haben.

Marx bekämpfte sein ganzes Leben lang diesen kleinbürgerlichen Sozialismus, der jetzt in Rußland durch die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu neuem Leben erweckt worden ist. Marx hat die Lehre vom Klassenkampf konsequent bis zu der Lehre von der politischen Macht, vom Staat, entwickelt.

Die Herrschaft der Bourgeoisie stürzen kann nur das Proletariat als besondere Klasse, deren wirtschaftliche Existenzbedingungen es darauf vorbereiten, ihm die Möglichkeit und die Kraft geben, diesen Sturz zu vollbringen. Während die Bourgeoisie die Bauernschaft und alle kleinbürgerlichen Schichten zersplittert und zerstäubt, schließt sie das Proletariat zusammen, einigt und organisiert es. Nur das Proletariat ist – kraft seiner ökonomischen Rolle in der Großproduktion – fähig, der Führer *aller* werktätigen und ausgebeuteten Massen zu sein, die von der Bourgeoisie vielfach nicht weniger, sondern noch mehr ausgebeutet, geknechtet und unterdrückt werden als die Proletarier, aber zu einem *selbständigen* Kampf um ihre Befreiung nicht fähig sind.

Die Lehre vom Klassenkampf, von Marx auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewandt, führt notwendig zur Anerkennung der *politischen Herrschaft* des Proletariats, seiner Diktatur, d. h. einer mit niemand geteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützenden Macht. Der Sturz der Bourgeoisie ist nur zu verwirklichen durch die Erhebung des Proletariats zur *herrschenden Klasse*, die fähig ist, den unvermeidlichen, verzweifelten Widerstand der Bourgeoisie niederzuhalten und für die Neuordnung der Wirtschaft *alle* werktätigen und ausgebeuteten Massen zu organisieren.

Das Proletariat braucht die Staatsmacht, eine zentralisierte Organisation der Macht, eine Organisation der Gewalt sowohl zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft „in Gang zu bringen“.

Durch die Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und *das ganze Volk* zum Sozialismus zu *führen*, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Aus-

gebeteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie. Der heute herrschende Opportunismus dagegen erzieht in der Arbeiterpartei die Vertreter der besser bezahlten Arbeiter, die sich den Massen entfremden und sich unter dem Kapitalismus leidlich „einzurichten“ wissen, die ihr Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen, d. h. auf die Rolle revolutionärer Führer des Volkes gegen die Bourgeoisie verzichten.

„Der Staat, das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ – diese Theorie von Marx ist untrennbar verbunden mit seiner ganzen Lehre von der revolutionären Rolle des Proletariats in der Geschichte. Die Vollendung dieser Rolle ist die proletarische Diktatur, die politische Herrschaft des Proletariats.

Wenn aber das Proletariat den Staat als eine *besondere* Organisation der Gewalt *gegen* die Bourgeoisie braucht, so drängt sich von selbst die Frage auf, ob es denkbar ist, eine solche Organisation zu schaffen ohne vorherige Abschaffung, ohne Zerstörung der Staatsmaschine, die die Bourgeoisie *für sich* geschaffen hat. Zu dieser Schlußfolgerung führt uns unmittelbar das „Kommunistische Manifest“, und von ihr spricht Marx, wenn er das Fazit aus den Erfahrungen der Revolution von 1848 bis 1851 zieht.

2. Die Ergebnisse der Revolution

In der uns interessierenden Frage des Staates zieht Marx das Fazit der Revolution von 1848 bis 1851 in folgenden Ausführungen seines Werkes „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“:

„Aber die Revolution ist gründlich. Sie ist noch auf der Reise durch das Fegefeuer begriffen. Sie vollbringt ihr Geschäft mit Methode. Bis zum 2. Dezember 1851“ (dem Tage des Staatsstreichs Louis Bonapartes) „hatte sie die eine Hälfte ihrer Vorbereitung absolviert, sie absolviert jetzt die andre. Sie vollendete erst die parlamentarische Gewalt, um sie stürzen zu können. Jetzt, wo sie dies erreicht, vollendet sie die *Exekutivgewalt*, reduziert sie auf ihren reinsten Ausdruck, isoliert sie, stellt sie sich als einzigen Vorwurf gegenüber, *um alle ihre Kräfte der Zerstörung gegen sie zu konzentrieren*“ (von uns hervorgehoben). „Und wenn sie diese zweite

Hälfte ihrer Vorarbeit vollbracht hat, wird Europa von seinem Sitze aufspringen und jubeln: Brav gewählt, alter Maulwurf!

Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half.“ Die erste französische Revolution entwickelte die Zentralisation, „... aber zugleich den Umfang, die Attribute und die Handlanger der Regierungsgewalt. Napoleon vollendete diese Staatsmaschinerie. Die legitime Monarchie und die Julimonarchie fügten nichts hinzu als eine größere Teilung der Arbeit...“

„Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßnahmen die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. *Alle Ummälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen*“ (von uns hervorgehoben). „Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheueren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.“ („Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, S. 98 und 99, vierte Auflage, Hamburg 1907.)¹⁰⁰

In diesen großartigen Ausführungen macht der Marxismus im Vergleich zum „Kommunistischen Manifest“ einen gewaltigen Schritt vorwärts. Dort wird die Frage des Staates noch äußerst abstrakt, in ganz allgemeinen Begriffen und Wendungen behandelt. Hier wird die Frage konkret gestellt, und es wird eine äußerst genaue, bestimmte, praktisch-greifbare Schlußfolgerung gezogen: Alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie aber zerschlagen, zerbrechen.

Diese Folgerung ist das Hauptsächliche, das Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat. Und gerade dieses Grundlegende ist von den herrschenden offiziellen sozialdemokratischen Parteien nicht nur total *vergessen*, sondern auch (wie wir weiter unten sehen werden) von

dem prominentesten Theoretiker der II. Internationale, K. Kautsky, direkt *entstellt* worden.

Im „Kommunistischen Manifest“ sind die allgemeinen Ergebnisse der Geschichte zusammengefaßt, die uns veranlassen, im Staat ein Organ der Klassenherrschaft zu sehen, und uns zu dem unbedingten Schluß führen, daß das Proletariat die Bourgeoisie nicht stürzen kann, ohne vorher die politische Macht erobert, ohne die politische Herrschaft erlangt und den Staat in das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ verwandelt zu haben, und daß dieser proletarische Staat sofort nach seinem Sieg beginnen wird abzusterben, denn in einer Gesellschaft ohne Klassengegensätze ist der Staat unnötig und unmöglich. Hier wird nicht die Frage aufgeworfen, wie – vom Standpunkt der historischen Entwicklung aus gesehen – diese Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen erfolgen soll.

Eben diese Frage stellt und löst Marx im Jahre 1852. Getreu seiner Philosophie des dialektischen Materialismus, nimmt Marx als Grundlage die historische Erfahrung der großen Revolutionsjahre 1848 bis 1851. Die Lehre von Marx ist wie stets, so auch hier, eine von tiefer philosophischer Weltanschauung und reicher Kenntnis der Geschichte durchdrungene *Zusammenfassung der Erfahrung*.

Die Frage des Staates wird konkret gestellt: Wie ist der bürgerliche Staat, diese für die Herrschaft der Bourgeoisie notwendige Staatsmaschinerie, historisch entstanden? Welcherart sind ihre Veränderungen, welches ist ihre Evolution im Verlauf der bürgerlichen Revolutionen und angesichts der selbständigen Aktionen der unterdrückten Klassen? Welches sind die Aufgaben des Proletariats in bezug auf diese Staatsmaschinerie?

Die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche zentralisierte Staatsgewalt entstand in der Epoche des Niedergangs des Absolutismus. Zwei Institutionen sind für diese Staatsmaschinerie besonders kennzeichnend: das Beamtentum und das stehende Heer. Wie diese Institutionen durch tausenderlei Fäden namentlich mit der Bourgeoisie verknüpft sind, davon ist in den Werken von Marx und Engels oft die Rede. Die Erfahrungen eines jeden Arbeiters verdeutlichen diesen Zusammenhang mit der größten Anschaulichkeit und Eindringlichkeit. Die Arbeiterklasse lernt diesen Zusammenhang am eigenen Leibe kennen, deshalb erfaßt

sie auch so leicht die Wissenschaft von der Unvermeidlichkeit dieses Zusammenhangs und eignet sie sich so gründlich an, eine Wissenschaft, die die kleinbürgerlichen Demokraten entweder aus Unwissenheit und Leichtfertigkeit ablehnen oder noch leichtfertiger „im allgemeinen“ anerkennen, wobei sie vergessen, die entsprechenden praktischen Konsequenzen zu ziehen.

Beamtentum und stehendes Heer, das sind die „Schmarotzer“ am Leib der bürgerlichen Gesellschaft, Schmarotzer, die aus den inneren Widersprüchen, die diese Gesellschaft zerklüften, entstanden sind, aber eben Parasiten, die die Lebenssporen „verstopfen“. Der jetzt in der offiziellen Sozialdemokratie herrschende kautskyanische Opportunismus hält die Anschauung, die im Staat einen *parasitären Organismus* erblickt, für ein besonderes und ausschließliches Attribut des Anarchismus. Diese Entstellung des Marxismus paßt natürlich den Kleinbürgern ausgezeichnet, die den Sozialismus bis zu der unerhörten Schmach einer Rechtfertigung und Beschönigung des imperialistischen Krieges herabgewürdigt haben, indem sie den Begriff der „Vaterlandsverteidigung“ auf diesen Krieg anwandten, aber dennoch bleibt es unbedingt eine Entstellung.

Durch alle bürgerlichen Revolutionen hindurch, die Europa seit dem Verfall des Feudalismus in großer Anzahl erlebt hat, zieht sich die Entwicklung, Vervollkommnung und Festigung dieses Beamten- und Militärapparats. Insbesondere wird gerade das Kleinbürgertum auf die Seite der Großbourgeoisie hinübergezogen und ihr weitgehend unterworfen vermittels dieses Apparats, der den oberen Schichten der Bauernschaft, der kleinen Handwerker, Händler u. a. verhältnismäßig bequeme, ruhige und ehrenvolle Pöstchen verschafft, die deren Inhaber *über* das Volk erheben. Man betrachte, was in Rußland während des halben Jahres nach dem 27. Februar 1917 vor sich gegangen ist: Beamtenstellen, die früher vorzugsweise den Schwarzhundertern zufielen, sind zum Beuteobjekt der Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre geworden. An irgendwelche ernste Reformen dachte man im Grunde genommen nicht, man war bemüht, sie „bis zur Konstituierenden Versammlung“ hinauszuschieben – die Einberufung der Konstituierenden Versammlung aber so sachte bis zum Kriegsende zu verschleppen! Mit der Teilung der Beute, mit der Besetzung der Posten der Minister, der Vizeminister, der Generalgouverneure usw. usf. zögerte man dagegen nicht und wartete

man auf keine Konstituierende Versammlung! Das Spiel mit den verschiedenen Kombinationen bei der Bildung der Regierungen war im Grunde lediglich der Ausdruck dieser Teilung und Neuverteilung der „Beute“, die sowohl oben als auch unten, im ganzen Lande, in der ganzen zentralen und lokalen Verwaltung vor sich geht. Das Ergebnis, das objektive Ergebnis des halben Jahres vom 27. Februar bis zum 27. August 1917 steht fest: Die Reformen sind zurückgestellt, die Verteilung der Beamtenpöstchen hat stattgefunden, und die „Fehler“ in der Verteilung wurden durch einige Neuverteilungen wiedergutmacht.

Doch je mehr im Beamtenapparat „Neuverteilungen“ der Posten unter die verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (unter die Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, wenn man das russische Beispiel nimmt) stattfinden, um so klarer wird den unterdrückten Klassen und dem Proletariat an ihrer Spitze ihre unversöhnliche Feindschaft gegenüber der *ganzen* bürgerlichen Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für alle bürgerlichen Parteien, selbst für die demokratischsten und darunter für die „revolutionär-demokratischen“, die Notwendigkeit, die Repressalien gegen das revolutionäre Proletariat zu verschärfen, den Repressionsapparat, d. h. diese selbe Staatsmaschinerie zu verstärken. Dieser Gang der Ereignisse zwingt die Revolution, „*alle ihre Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren*“ gegen die Staatsgewalt, zwingt sie, sich nicht die Verbesserung der Staatsmaschinerie, sondern ihre *Zerstörung*, ihre *Vernichtung* zur Aufgabe zu machen.

Nicht logische Erwägungen, sondern die tatsächliche Entwicklung der Ereignisse, die lebendige Erfahrung der Jahre 1848–1851 haben dazu geführt, daß diese Aufgabe so gestellt wurde. Wie streng sich Marx an die der geschichtlichen Erfahrung zugrunde liegenden Tatsachen hält, geht daraus hervor, daß er 1852 noch nicht konkret die Frage stellt, *w o d u r c h* die zu vernichtende Staatsmaschinerie zu ersetzen sei. Die Erfahrung gab damals noch keine Unterlagen für diese Frage, die von der Geschichte später, im Jahre 1871, auf die Tagesordnung gesetzt wurde. 1852 konnte man mit der Genauigkeit einer naturgeschichtlichen Beobachtung lediglich feststellen, daß die proletarische Revolution an die Aufgabe *herangekommen* war, „*alle ihre Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren*“ gegen die Staatsgewalt, an die Aufgabe, die Staatsmaschinerie „zu zerbrechen“.

Hier kann die Frage auftauchen, ob eine Verallgemeinerung der Erfahrung, der Beobachtungen und Schlußfolgerungen von Marx, ob ihre Übertragung auf umfassendere Gebiete als das der Geschichte Frankreichs während der drei Jahre 1848–1851 richtig ist. Zur Untersuchung dieser Frage erinnern wir zunächst an eine Bemerkung von Engels und gehen dann zu den Tatsachen über.

„Frankreich“, schrieb Engels in der Vorrede zur dritten Auflage des „Achtzehnten Brumaire“, „ist das Land, wo die geschichtlichen Klassenkämpfe mehr als anderswo jedesmal bis zur Entscheidung durchgefochten wurden, wo also auch die wechselnden politischen Formen, innerhalb deren sie sich bewegen und in denen ihre Resultate sich zusammenfassen, in den schärfsten Umrissen ausgeprägt sind. Mittelpunkt des Feudalismus im Mittelalter, Musterland der einheitlichen ständischen Monarchie seit der Renaissance, hat Frankreich in der großen Revolution den Feudalismus zertrümmert und die reine Herrschaft der Bourgeoisie begründet in einer Klassizität wie kein anderes europäisches Land. Und auch der Kampf des aufstrebenden Proletariats gegen die herrschende Bourgeoisie tritt hier in einer, anderswo unbekanntem, akuten Form auf.“ (S. 4 der Auflage von 1907.)

Die letzte Bemerkung ist veraltet, da seit 1871 im revolutionären Kampf des französischen Proletariats eine Unterbrechung eingetreten ist, obgleich diese Unterbrechung, wie lange sie auch dauern möge, keineswegs die Möglichkeit ausschließt, daß sich Frankreich in der kommenden proletarischen Revolution als das klassische Land des Klassenkampfes bis zur Entscheidung erweisen wird.

Werfen wir jedoch einen allgemeinen Blick auf die Geschichte der fortgeschrittenen Länder am Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wir sehen, daß sich langsamer, vielgestaltiger und auf viel weiterem Schauplatz der gleiche Prozeß abspielte: einerseits der Ausbau der „parlamentarischen Macht“ sowohl in den republikanischen Ländern (Frankreich, Amerika, Schweiz) als auch in den monarchistischen (England, bis zu einem gewissen Grade Deutschland, Italien, die skandinavischen Länder usw.), andererseits der Kampf um die Macht zwischen den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die bei unveränderter Grundlage der bürgerlichen Ordnung die „Beute“, die

Beamtenpöstchen aufteilen und neu verteilen, und schließlich die Vervollkommnung und Festigung der „Exekutivgewalt“, ihres Beamten- und Militärapparats.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies gemeinsame Züge der ganzen neueren Entwicklung der kapitalistischen Staaten überhaupt sind. Frankreich zeigte in den drei Jahren 1848–1851 in rascher, ausgeprägter, konzentrierter Form dieselben Entwicklungsprozesse, die der ganzen kapitalistischen Welt eigen sind.

Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der „Staatsmaschinerie“ auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.

Die Weltgeschichte führt jetzt zweifellos in ungleich größerem Ausmaß, als das 1852 der Fall war, zur „Konzentrierung aller Kräfte“ der proletarischen Revolution auf die „Zerstörung“ der Staatsmaschinerie.

Was das Proletariat an ihre Stelle setzen wird, darüber hat die Pariser Kommune höchst lehrreiches Material geliefert.

3. Marx' Fragestellung im Jahre 1852*

Im Jahre 1907 veröffentlichte Mehring in der „Neuen Zeit“¹⁰¹ (XXV, 2, 164) Auszüge aus einem Brief von Marx an Weydemeyer vom 5. März 1852. In diesem Brief findet sich unter anderem folgende bemerkenswerte Betrachtung:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft noch ihren Kampf unter sich entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie

* In der zweiten Auflage hinzugefügt.

derselben dargestellt. Was ich neu tat, war 1. nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet.¹⁰²

In diesen Worten ist es Marx gelungen, mit erstaunlicher Prägnanz erstens den Haupt- und Grundunterschied seiner Lehre von der Lehre der führenden und tiefsten Denker der Bourgeoisie und zweitens das Wesen seiner Lehre vom Staat zum Ausdruck zu bringen.

Das Wesentliche der Lehre von Marx sei der Klassenkampf. Das wird sehr oft gesagt und geschrieben. Doch das ist unrichtig, und aus dieser Unrichtigkeit ergibt sich auf Schritt und Tritt eine opportunistische Entstellung des Marxismus, seine Verfälschung in einem Geiste, der ihn für die Bourgeoisie annehmbar macht. Denn die Lehre vom Klassenkampf ist *nicht* von Marx, *sondern vor* ihm von der Bourgeoisie geschaffen worden und ist, allgemein gesprochen, für die Bourgeoisie *annehmbar*. Wer *nur* den Klassenkampf anerkennt, ist noch kein Marxist, er kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der *Diktatur des Proletariats erstreckt*. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein-(und auch Groß-)Bourgeois. Das muß der Prüfstein für das *wirkliche* Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein. Und es ist nicht verwunderlich, daß, als die Geschichte Europas *praktisch* die Arbeiterklasse vor diese Frage stellte, nicht nur alle Opportunisten und Reformisten, sondern auch alle „Kautskyaner“ (Leute, die zwischen Reformismus und Marxismus pendeln) sich als erbärmliche Philister und kleinbürgerliche Demokraten erwiesen, die die Diktatur des Proletariats *ablehnen*. Kautskys Broschüre „Die Diktatur des Proletariats“, die im August 1918, d. h. lange nach der ersten Auflage des vorliegenden Buches, erschien, ist ein Musterstück kleinbürgerlicher Entstellung des Marxismus, der niederträchtigen Verleugnung des Marxismus *in der Tat*, bei heuchlerischer Anerkennung des Marxismus

in Worten (siehe meine Broschüre „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Petrograd und Moskau 1918).

Der heutige Opportunismus, verkörpert in der Person seines Hauptvertreters, des früheren Marxisten K. Kautsky, fällt voll und ganz unter die angeführte Marxsche Charakteristik der *bürgerlichen* Haltung, denn dieser Opportunismus beschränkt das Gebiet der Anerkennung des Klassenkampfes auf das Gebiet bürgerlicher Verhältnisse. (Und innerhalb dieses Gebiets, im Rahmen dieses Gebiets, wird es kein einziger gebildeter Liberaler ablehnen, den Klassenkampf „prinzipiell“ anzuerkennen!) Der Opportunismus *macht* in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Hauptsache *halt*, vor der Periode des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des *Sturzes* der Bourgeoisie und ihrer völligen *Vernichtung*. In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, und folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich *auf neue Art* demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und *auf neue Art* diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein.

Weiter. Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur *einer* Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat*, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische Periode*, die den Kapitalismus von der „klassenlosen Gesellschaft“, vom Kommunismus, trennt. Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das *eine* sein: *die Diktatur des Proletariats*.

III. KAPITEL

STAAT UND REVOLUTION
DIE ERFAHRUNGEN DER PARISER KOMMUNE
VOM JAHRE 1871. DIE ANALYSE VON MARX1. *Worin bestand der Heroismus des Versuchs der Kommunarden?*

Es ist bekannt, daß Marx einige Monate vor der Kommune, im Herbst 1870, die Pariser Arbeiter warnte und nachwies, daß der Versuch, die Regierung zu stürzen, eine verzweifelte Torheit wäre. Als aber im März 1871 den Arbeitern der Entscheidungskampf *aufgezwungen* wurde und sie ihn aufnahmen, als der Aufstand zur Tatsache geworden war, begrüßte Marx, trotz der schlimmen Vorzeichen, die proletarische Revolution mit der größten Begeisterung. Marx versteifte sich nicht auf eine pedantische Verurteilung der „unzeitgemäßen“ Bewegung, wie das der zu trauriger Berühmtheit gelangte russische Renegat des Marxismus, Plechanow, tat, der im November 1905 so schrie, daß er die Arbeiter und Bauern zum Kampf ermunterte, nach dem Dezember 1905 aber wie ein Liberaler zeterte: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“

Marx begnügte sich jedoch nicht damit, dem Heroismus der, wie er sich ausdrückte, „himmelstürmenden“ Kommunarden Begeisterung zu zollen. Er sah in der revolutionären Massenbewegung, obwohl sie ihr Ziel nicht erreichte, einen historischen Versuch von ungeheurer Tragweite, einen gewissen Schritt vorwärts in der proletarischen Weltrevolution, einen praktischen Schritt, der wichtiger ist als Hunderte von Programmen und Auseinandersetzungen. Diesen Versuch zu analysieren, aus ihm Lehren für die Taktik zu ziehen, auf Grund dieses Versuchs seine eigene Theorie zu überprüfen – das war die Aufgabe, die sich Marx stellte.

Die einzige „Korrektur“, die Marx am „Kommunistischen Manifest“ vorzunehmen für notwendig erachtete, machte er auf Grund der revolutionären Erfahrungen der Pariser Kommunarden.

Die letzte Vorrede zur neuen deutschen Auflage des „Kommunistischen Manifests“, die von seinen beiden Verfassern unterzeichnet ist,

datiert vom 24. Juni 1872. In dieser Vorrede erklären die Verfasser, Karl Marx und Friedrich Engels, daß das Programm des Kommunistischen Manifests „heute stellenweise veraltet“ sei.

„Namentlich“, fahren sie fort, „hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann.“¹⁰³

Die in einfache Anführungszeichen gesetzten Worte dieses Zitats haben seine Verfasser der Marxschen Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ entnommen.

Somit maßen Marx und Engels der einen Haupt- und Grundlehre der Pariser Kommune eine so ungeheure Bedeutung bei, daß sie sie als wesentliche Korrektur zum „Kommunistischen Manifest“ hinzufügten.

Es ist überaus bezeichnend, daß gerade diese wesentliche Korrektur von den Opportunisten entstellt worden ist und daß ihr eigentlicher Sinn sicherlich neun von zehn, wenn nicht gar neunundneunzig von hundert Lesern des „Kommunistischen Manifests“ unbekannt ist. Ausführlicher sprechen wir von dieser Entstellung weiter unten in dem Kapitel, das sich speziell mit den Entstellungen befaßt. Vorläufig mag der Hinweis genügen, daß die landläufige, vulgäre „Auffassung“ des von uns zitierten berühmten Ausspruchs von Marx darin besteht, daß Marx hier angeblich die Idee der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Ergreifung der Macht unterstreiche und dergleichen mehr.

In Wirklichkeit ist es *gerade umgekehrt*. Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse „die fertige Staatsmaschine“ *zerschlagen, zerbrechen* muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf.

Am 12. April 1871, d. h. gerade während der Kommune, schrieb Marx an Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu *zerbrechen*“ (hervorgehoben von Marx), „und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer

heroischen Pariser Parteigenossen.“ (S. 709, „Neue Zeit“, XX, 1, 1901/02.)⁴⁰⁴ (Die Briefe von Marx an Kugelmann sind in russischer Sprache in mindestens zwei Ausgaben erschienen, eine davon unter meiner Redaktion und mit einem Vorwort von mir.)*

In diesen Worten: „die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen“, ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten. Und gerade diese Lehre ist nicht nur völlig vergessen, sondern durch die herrschende, kautskyanische „Auslegung“ des Marxismus geradezu entstellt worden!

Was den Hinweis von Marx auf den „Achtzehnten Brumaire“ anbelangt, so haben wir die betreffende Stelle weiter oben vollständig zitiert.

Es ist von Interesse, zwei Stellen aus der angeführten Betrachtung von Marx besonders hervorzuheben. Erstens beschränkt er seine Schlußfolgerung auf den Kontinent. Das war 1871 verständlich, als England noch das Muster eines rein kapitalistischen Landes war, aber eines Landes ohne Militarismus und in hohem Grade ohne Bürokratie. Marx schloß daher England aus, wo eine Revolution und selbst eine Volksrevolution ohne die Vorbedingung der Zerstörung der „fertigen Staatsmaschine“ damals möglich zu sein schien und möglich war.

Jetzt, im Jahre 1917, in der Epoche des ersten großen imperialistischen Krieges, fällt diese Einschränkung von Marx fort. Sowohl England als auch Amerika, die im Sinne des Nichtvorhandenseins von Militarismus und Bürokratismus größten und letzten Vertreter angelsächsischer „Freiheit“ in der ganzen Welt, sind vollständig in den allgemeinen europäischen, schmutzigen, blutigen Sumpf der bürokratisch-militärischen Institutionen hinabgesunken, die sich alles unterordnen, die alles erdrücken. Jetzt bildet sowohl für England als auch für Amerika das *Zerbrechen*, das *Zerstören* der „fertigen Staatsmaschine“ (die dort in den Jahren 1914–1917 die „europäische“, allgemein-imperialistische Vollkommenheit erreicht hat) die „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution“.

Zweitens verdient die außerordentlich tiefe Bemerkung von Marx besondere Beachtung, daß die Zerstörung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie „die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution“

* Siehe Werke, Bd. 12, S. 95–104. *Die Red.*

ist. Dieser Begriff der „Volks“revolution mutet im Munde von Marx sonderbar an, und die russischen Plechanowleute und Menschewiki, diese Nachfolger Struves, die als Marxisten gelten möchten, könnten am Ende diesen Ausdruck von Marx als „falschen Zungenschlag“ hinstellen. Sie haben den Marxismus zu einem so armselig-liberalen Zerrbild herabgewürdigt, daß für sie außer der Gegenüberstellung von bürgerlicher und proletarischer Revolution nichts anderes existiert, und selbst diese Gegenüberstellung wird von ihnen unglaublich starr aufgefaßt.

Nimmt man als Beispiel die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, so wird man natürlich sowohl die portugiesische als auch die türkische Revolution als bürgerliche auffassen müssen. Aber weder die eine noch die andere ist eine „Volks“revolution, denn die Volksmasse, die ungeheure Mehrheit des Volkes, ist weder in der einen noch in der anderen Revolution aktiv, selbständig, mit ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen sichtbar hervorgetreten. Dagegen war die russische bürgerliche Revolution von 1905 bis 1907, obgleich ihr so „glänzende“ Erfolge versagt blieben, wie sie zeitweilig der portugiesischen und der türkischen Revolution beschieden waren, zweifellos eine „wirkliche Volks“revolution, denn die Masse des Volkes, seine Mehrheit, die „untersten“ Gesellschaftsschichten, zermürbt durch Unterjochung und Ausbeutung, erhoben sich selbständig und drückten dem ganzen Verlauf der Revolution den Stempel *ihrer* Forderungen auf, *ihrer* Versuche, auf eigene Art eine neue Gesellschaft an Stelle der zu zerstörenden alten aufzubauen.

Auf dem europäischen Kontinent bildete 1871 das Proletariat in keinem Lande die Mehrheit des Volkes. Eine „Volks“revolution, die tatsächlich die Mehrheit des Volkes in die Bewegung einbezieht, konnte nur dann eine solche sein, wenn sie sowohl das Proletariat als auch die Bauernschaft erfaßte. Diese beiden Klassen bildeten damals eben das „Volk“. Beide Klassen sind dadurch vereint, daß die „bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie“ sie knechtet, bedrückt und ausbeutet. Diese Maschinerie zu *zerschlagen*, sie zu *zerbrechen* – das verlangt das wirkliche Interesse des „Volkes“, seiner Mehrheit, der Arbeiter und der Mehrzahl der Bauern, das ist die „Vorbedingung“ für ein freies Bündnis der armen Bauern mit den Proletariern, ohne dieses Bündnis aber ist die Demokratie nicht von Dauer und die sozialistische Umgestaltung unmöglich.

Zu einem solchen Bündnis bahnte sich bekanntlich denn auch die Pariser Kommune den Weg, die aus einer Anzahl innerer und äußerer Gründe ihr Ziel nicht erreichte.

Folglich hat Marx, als er von einer „wirklichen Volksrevolution“ sprach, ohne die Eigentümlichkeiten des Kleinbürgertums im geringsten zu vergessen (er sprach viel und oft davon), das tatsächliche Kräfteverhältnis der Klassen in den meisten Staaten des europäischen Kontinents im Jahre 1871 ganz genau berücksichtigt. Andererseits aber konstatierte er, daß das „Zerschlagen“ der Staatsmaschinerie im Interesse sowohl der Arbeiter als auch der Bauern notwendig ist, sie einigt, sie vor die gemeinsame Aufgabe stellt, den „Schmarotzer“ zu beseitigen und ihn durch etwas Neues zu ersetzen.

Und zwar wodurch?

2. Wodurch ist die zerschlagene Staatsmaschinerie zu ersetzen?

Auf diese Frage gab Marx 1847 im „Kommunistischen Manifest“ eine noch völlig abstrakte Antwort, richtiger: eine Antwort, die die Aufgaben, nicht aber die Methoden ihrer Lösung zeigte. Sie ist zu ersetzen durch die „Organisation des Proletariats als herrschende Klasse“, durch die „Erkämpfung der Demokratie“ – das war die Antwort des „Kommunistischen Manifests“.

Ohne sich auf Utopien einzulassen, erwartete Marx von den *Erfahrungen* der Massenbewegung eine Antwort auf die Frage, welche konkreten Formen diese Organisation des Proletariats als herrschende Klasse annehmen wird, in welcher Weise sich diese Organisation vereinigen lassen wird mit der möglichst vollständigen und folgerichtigen „Erkämpfung der Demokratie“.

Die Erfahrungen der Kommune, so gering sie auch waren, unterzieht Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ der genauesten Analyse. Wir führen hier die wichtigsten Stellen aus dieser Schrift an:

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die aus dem Mittelalter stammende . . . zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen – stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Rich-

terstand . . .“. Mit der Entwicklung des Klassengegengesatzes zwischen Kapital und Arbeit . . . erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfes bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor.“ Die Staatsmacht wird nach der Revolution von 1848/1849 . . . das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit“. Das zweite Kaiserreich festigt dieses.

„Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune.“ „Die Kommune war die bestimmte Form . . .“ „. . . einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst.“

Worin bestand nun diese „bestimmte“ Form der proletarischen, sozialistischen Republik? Wie war der Staat beschaffen, den sie aufzubauen begonnen hatte?

„Das erste Dekret der Kommune war . . . die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk.“

Diese Forderung steht heute in den Programmen aller Parteien, die als sozialistische gelten wollen. Aber was ihre Programme wert sind, erkennt man am besten aus dem Verhalten unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die gerade nach der Revolution vom 27. Februar auf die Verwirklichung dieser Forderung in der Praxis verzichtet haben!

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse . . .

Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für *Arbeiterlohn* besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst . . . Das stehende

Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen . . . Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, . . . sie sollten . . . fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.“¹⁰⁵

Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar „nur“ durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen. In Wirklichkeit jedoch bedeutet dieses „nur“, daß im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt wurden. Hier ist gerade einer der Fälle des „Umschlagens von Quantität in Qualität“ wahrzunehmen: Die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist.

Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig, und eine der Ursachen ihrer Niederlage bestand darin, daß sie das nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie dies bisher immer, sei es unter der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnsklaverei der Fall war, die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes *selbst* ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine „besondere Repressionsgewalt“ *schon nicht mehr nötig!* In diesem Sinne *beginnt* der Staat *abzusterben*. An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Offizierskorps des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht.

Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung eine von Marx hervorgehobene Maßnahme der Kommune: die Beseitigung der Repräsentationsgelder jeder Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung der Gehälter *aller* Amtspersonen im Staat auf das Niveau

des „Arbeiterlohnes“. Hier gerade kommt am klarsten der *Umschwung* zum Ausdruck – von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, von der Unterdrückerdemokratie zur Demokratie der unterdrückten Klassen, vom Staat als „*besondrer Gewalt*“ zur Niederhaltung einer bestimmten Klasse, zur Niederhaltung der Unterdrücker durch die *allgemeine Gewalt* der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter und Bauern. Und gerade in diesem, besonders anschaulichen und, was den Staat betrifft, wohl wichtigsten Punkt hat man die Marxschen Lehren am gründlichsten vergessen! In den populären Kommentaren, deren Zahl Legion ist, wird davon nicht gesprochen. Es ist „üblich“, darüber zu schweigen, als handelte es sich um eine überlebte „Naivität“, ungefähr so, wie die Christen die „Naivitäten“ des Urchristentums mit seinem demokratisch-revolutionären Geiste „vergaßen“, nachdem das Christentum zur Staatsreligion erhoben worden war.

Die Herabsetzung der Gehälter der höheren Staatsbeamten erscheint „einfach“ als Forderung eines naiven, primitiven Demokratismus. Einer der „Begründer“ des neuesten Opportunismus, der frühere Sozialdemokrat Eduard Bernstein, übte sich wiederholt im Nachplappern der trivialen bürgerlichen Spötteleien über den „primitiven“ Demokratismus. Wie alle Opportunisten, wie auch die jetzigen Kautskyaner, hat er absolut nicht begriffen, erstens, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne eine gewisse „Rückkehr“ zu „primitivem“ Demokratismus *unmöglich* ist (wie soll denn sonst der Übergang zur Ausübung der staatlichen Funktionen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ja durch die ganze Bevölkerung ohne Ausnahme erfolgen?), und zweitens, daß „primitiver Demokratismus“ auf der Basis des Kapitalismus und der kapitalistischen Kultur etwas anderes ist als der primitive Demokratismus der Urzeit oder der vorkapitalistischen Zeit. Die kapitalistische Kultur hat die Großproduktion, hat Fabriken, Eisenbahnen, Post, Telefon u. a. *geschaffen*, und *auf dieser Basis* sind die meisten Funktionen der alten „Staatsmacht“ so vereinfacht worden und können auf so einfache Operationen der Registrierung, Buchung und Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen alle Leute, die des Lesens und Schreibens kundig sind, ausüben können, so daß man sie für gewöhnlichen „Arbeiterlohn“ wird leisten und ihnen jeden Schimmer eines Vorrechts, eines „Vorgesetztenrechts“ wird nehmen können (und müssen).

Die uneingeschränkte Wählbarkeit und die *jederzeitige* Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen „Arbeiterlohn“, diese einfachen und „selbstverständlichen“ demokratischen Maßnahmen, bei denen sich die Interessen der Arbeiter völlig mit denen der Mehrheit der Bauern decken, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt. Diese Maßnahmen betreffen die staatliche, rein politische Umgestaltung der Gesellschaft, aber sie bekommen vollen Sinn und Bedeutung selbstverständlich erst im Zusammenhang mit der in Verwirklichung oder Vorbereitung begriffenen „Expropriation der Expropriateure“, d. h. mit dem Übergang des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.

„Die Kommune“, schrieb Marx, „machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen – wohlfeile Regierung – zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum, aufhob.“

Aus der Bauernschaft wie auch aus den anderen Schichten des Kleinbürgertums gelangt nur eine geringfügige Minderheit „nach oben“, „bringt es zu etwas“ im bürgerlichen Sinne, d. h. wird entweder zu wohlhabenden Leuten, zu Bourgeois, oder zu gut versorgten, privilegierten Beamten. Die gewaltige Mehrheit der Bauernschaft wird in jedem kapitalistischen Land, in dem es überhaupt Bauern gibt (was in den meisten kapitalistischen Ländern der Fall ist), von der Regierung unterdrückt und sehnt deren Sturz, sehnt eine „wohlfeile“ Regierung herbei. Verwirklichen kann das *nur* das Proletariat, und indem es das verwirklicht, macht es zugleich einen Schritt zur sozialistischen Umgestaltung des Staates.

3. Aufhebung des Parlamentarismus

„Die Kommune“, schrieb Marx, „sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit . . .“

Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen

konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“

Diese bemerkenswerte Kritik am Parlamentarismus, die aus dem Jahre 1871 stammt, gehört jetzt infolge des herrschenden Sozialchauvinismus und Opportunismus ebenfalls zu den „vergessenen Worten“ des Marxismus. Die Minister und Berufsparlamentarier, die Verräter am Proletariat und „Geschäfts“sozialisten unserer Tage überließen die Kritik am Parlamentarismus gänzlich den Anarchisten und verschrien aus diesem erstaunlich klugen Grunde *jede* Kritik am Parlamentarismus als „Anarchismus“!! Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß das Proletariat der „fortgeschrittenen“ parlamentarischen Länder, angeekelt durch den Anblick solcher „Sozialisten“ wie der Scheidemann, David, Legien, Sembat, Renaudel, Henderson, Vandervelde, Stauning, Branting, Bissolati und Co., seine Sympathien immer öfter dem Anarchosyndikalismus zuwandte, obwohl dieser der leibliche Bruder des Opportunismus ist.

Doch für Marx war die revolutionäre Dialektik nie jenes leere Modewort, jene Kinderklapper, zu der sie Plechanow, Kautsky und andere gemacht haben. Marx verstand es, mit den Anarchisten rücksichtslos zu brechen, weil diese es nicht vermochten, auch nur den „Saustall“ des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, besonders in Zeiten, da offensichtlich keine revolutionäre Situation vorhanden ist; gleichzeitig verstand er aber auch, eine wahrhaft revolutionär-proletarische Kritik am Parlamentarismus zu üben.

Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.

Wirft man aber die Frage des Staates auf, betrachtet man den Parlamentarismus als eine der Institutionen des Staates unter dem Gesichtspunkt der Aufgaben des Proletariats auf *diesem* Gebiet, wo ist dann der Ausweg aus dem Parlamentarismus? Wie soll man da ohne ihn auskommen?

Wieder und immer wieder muß man sagen: Die auf dem Studium der Kommune begründeten Marxschen Lehren sind so gründlich vergessen

worden, daß dem heutigen „Sozialdemokraten“ (lies: dem heutigen Verräter am Sozialismus) eine andere Kritik am Parlamentarismus als eine anarchistische oder reaktionäre einfach unverständlich ist.

Der Ausweg aus dem Parlamentarismus ist natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in „arbeitende“ Körperschaften. „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“

„Nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft“ – das ist den modernen Parlamentariern und parlamentarischen „Schoßhündchen“ der Sozialdemokratie direkt ins Stammbuch geschrieben! Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen u. a.: die eigentlichen „Staats“geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwätzt, speziell zu dem Zweck, das „niedere Volk“ hinters Licht zu führen. Das ist so wahr, daß sich selbst in der russischen Republik, in der bürgerlich-demokratischen Republik sofort, noch bevor sie Zeit fand, ein richtiges Parlament zu schaffen, alle diese Sünden des Parlamentarismus geltend machten. Solche Helden des modrigen Spießbürgertums wie die Skobelew und Zereteli, Tschernow und Awksentjew haben es zuwege gebracht, auch die Sowjets nach dem Vorbild des schäbigsten bürgerlichen Parlamentarismus zu versauen, sie in bloße Schwatzbuden zu verwandeln. In den Sowjets hauen die Herren „sozialistischen“ Minister die vertrauensseligen Bäuerlein mit Phrasen und Resolutionen übers Ohr. In der Regierung wird ein ewiger Tanz aufgeführt, einerseits, um der Reihe nach möglichst viele Sozialrevolutionäre und Menschewiki „an die Krippe“ gut bezahlter und ehrenvoller Posten zu setzen, und andererseits, um die „Aufmerksamkeit“ des Volkes „zu beschäftigen“. In den Kanzleien, in den Stäben wird inzwischen „Staats“arbeit „geleistet“!

„Delo Naroda“, das Organ der an der Regierung beteiligten Partei der „Sozialrevolutionäre“, erklärte kürzlich in einem redaktionellen Leitartikel mit der unnachahmlichen Offenherzigkeit der Menschen aus der „guten Gesellschaft“, in der „alle“ politische Prostitution treiben,

daß selbst in den von (mit Verlaub zu sagen!) „Sozialisten“ geleiteten Ministerien, daß selbst hier der gesamte Beamtenapparat im Grunde der alte bleibt, auf diese alte Weise funktioniert und jedes revolutionäre Beginnen ganz „frei“ sabotiert! Ja selbst wenn dieses Eingeständnis nicht vorläge, ist denn der tatsächliche Verlauf der Beteiligung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki an der Regierung nicht Beweis genug? Bezeichnend ist hier nur, daß die Herren Tschernow, Russanow, Sensinow und sonstigen Redakteure des „Delo Naroda“, die sich in ministerieller Gemeinschaft mit den Kadetten befinden, dermaßen jede Scham verloren haben, daß sie sich nicht scheuen – als handle es sich um eine Bagatelle –, öffentlich zu erzählen, ohne zu erröten, daß „bei ihnen“ in den Ministerien alles beim alten ist!! Revolutionär-demokratische Phrasen zur Betörung der einfältigen Bauern und bürokratische Verschleppung aller Angelegenheiten zur „Zufriedenstellung“ der Kapitalisten – das ist das Wesen der „ehrlichen“ Koalition.

Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber den Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete gibt es hier *nicht*. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und *müssen* wir sie uns denken, soll die Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht ein leeres Gerede sein, soll das Streben nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie aufrichtig und ernst gemeint und nicht eine „Wahl“parole sein, um Arbeiterstimmen zu fangen, wie es bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären, den Scheidemann und Legien, den Sembat und Vandervelde der Fall ist.

Es ist äußerst lehrreich, daß Marx da, wo er auf die Funktionen *jener* Beamtschaft zu sprechen kommt, die auch die Kommune und die proletarische Demokratie braucht, zum Vergleich die Angestellten eines „jeden andern Arbeitgebers“ heranzieht, d. h. ein gewöhnliches

kapitalistisches Unternehmen mit „Arbeitern, Aufsehern und Buchhaltern“.

Bei Marx findet man auch nicht die Spur von Utopismus in dem Sinne, daß er sich die „neue“ Gesellschaft erdichtet, zusammenphantasiert. Nein, er studiert – wie einen naturgeschichtlichen Prozeß – die *Geburt* der neuen Gesellschaft *a u s* der alten, studiert die Übergangsformen von der alten zur neuen. Er hält sich an die tatsächlichen Erfahrungen der proletarischen Massenbewegung und ist bemüht, aus ihr praktische Lehren zu ziehen. Er „lernt“ von der Kommune, wie alle großen revolutionären Denker sich nicht gescheut haben, aus den Erfahrungen der großen Bewegungen der unterdrückten Klasse zu lernen, ohne jemals pedantische „Moralpredigten“ an sie zu richten (in der Art von Plechanow: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“ oder Zereteli: „Eine Klasse muß sich Selbstbeschränkung auferlegen“).

Von einer Vernichtung des Beamtentums mit einem Schlag, überall, restlos, kann keine Rede sein. Das wäre eine Utopie. Aber mit einem Schlag die alte Beamtenmaschinerie *zerbrechen* und sofort mit dem Aufbau einer neuen beginnen, die allmählich jegliches Beamtentum überflüssig macht und aufhebt – das ist *keine* Utopie, das lehrt die Erfahrung der Kommune, das ist die direkte, nächstliegende Aufgabe des revolutionären Proletariats.

Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der „Staats“verwaltung, er macht es möglich, das „Vorgesetztenwesen“ zu beseitigen und das Ganze auf die Organisation der Proletarier (als herrschende Klasse) zu reduzieren, die im Namen der gesamten Gesellschaft „Arbeiter, Aufseher und Buchhalter“ einstellen wird.

Wir sind keine Utopisten. Wir „träumen“ nicht davon, wie man *unvermittelt* ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte; diese anarchistischen Träumereien, die auf einem Verkennen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhen, sind dem Marxismus wesensfremd, sie dienen in Wirklichkeit nur dazu, die sozialistische Revolution auf die Zeit zu verschieben, da die Menschen anders geworden sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen, wie sie gegenwärtig sind, den Menschen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne „Aufseher und Buchhalter“ nicht auskommen werden.

Aber unterzuordnen hat man sich der bewaffneten Avantgarde aller Ausgebeuteten und Werk­tätigen – dem Proletariat. Die spezifische „Vorgesetztenrolle“ der Staatsbeamten kann und muß man sofort, von heute auf morgen, durch die einfachen Funktionen von „Aufsehern und Buchhaltern“ zu ersetzen beginnen, Funktionen, denen der heutige Städter bei seinem Entwicklungsniveau im allgemeinen schon vollauf gewachsen ist und die für einen „Arbeiterlohn“ durchaus ausführbar sind.

Organisieren wir Arbeiter *selber* die Großproduktion, davon ausgehend, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, auf unsere Arbeitererfahrung gestützt, mit Hilfe strengster, eiserner Disziplin, die von der Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter aufrechterhalten wird; machen wir die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten „Aufsehern und Buchhaltern“ (dazu natürlich Techniker jeder Art, jeden Ranges und Grades) – das ist *unsere* proletarische Aufgabe, damit kann und muß man bei der Durchführung der proletarischen Revolution *beginnen*. Ein solcher Anfang führt auf der Basis der Großproduktion von selbst zum allmählichen „Absterben“ jedweden Beamtentums, zur allmählichen Schaffung einer Ordnung – einer Ordnung ohne Anführungszeichen, die mit Lohnsklaverei nichts zu tun hat –, einer Ordnung, bei der die sich immer mehr vereinfachenden Funktionen der Aufsicht und Rechenschaftslegung der Reihe nach von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und schließlich als *Sonderfunktionen* einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen.

Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die *Post* als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den „einfachen“ Werk­tätigen, die schufteten und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zer­schlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates – und wir haben einen von dem „Schmarotzer“ befreiten technisch hochentwickel-

ten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer *aller* Arbeit, wie die Arbeit *aller* „Staats“beamten überhaupt, mit dem Arbeiterlohn bezahlen. Das ist eine konkrete, praktische Aufgabe, die in bezug auf alle Trusts sofort ausführbar ist, wobei die Werktätigen von der Ausbeutung befreit und die Erfahrungen verwertet werden, die bereits die Kommune (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) praktisch zu machen begann.

Unser nächstes Ziel ist, die *gesamte* Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie *alle* beamteten Personen ein den „Arbeiterlohn“ nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die ökonomische Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen. Das wird uns die Beseitigung des Parlamentarismus und das Beibehalten der Vertretungskörperschaften bringen, das wird die arbeitenden Klassen von der Prostitution dieser Körperschaften durch die Bourgeoisie befreien.

4. *Organisierung der Einheit der Nation*

„In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein . . . sollte.“ Von den Kommunen sollte auch die „Nationaldelegation“ in Paris gewählt werden.

„Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden.

Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es

galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehn beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden.“

In welchem Maße die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie diese Ausführungen von Marx nicht verstanden haben – vielleicht richtiger: nicht verstehen wollten –, beweist am besten das herostratisch berühmte Buch des Renegaten Bernstein „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Gerade in bezug auf die zitierten Worte von Marx schrieb Bernstein, das sei ein Programm, „das seinem politischen Gehalt nach in allen wesentlichen Zügen die größte Ähnlichkeit aufweist mit dem Föderalismus – Proudhons . . . Bei allen sonstigen Verschiedenheiten zwischen Marx und dem ‚Kleinbürger‘ Proudhon“ (Bernstein setzt das Wort „Kleinbürger“ in Anführungszeichen, die seiner Meinung nach Ironie ausdrücken sollen) „ist in diesen Punkten der Gedankengang bei ihnen so nahe wie nur möglich.“ Natürlich, fährt Bernstein fort, wächst die Bedeutung der Munizipalitäten, doch meint er: „Ob freilich eine solche Auflösung der modernen Staatswesen und die völlige Umwandlung ihrer Organisation, wie Marx und Proudhon sie schildern (die Bildung der Nationalversammlung aus Delegierten der Provinz- bzw. Bezirksversammlungen, die ihrerseits aus Delegierten der Kommunen zusammensetzen wären), das erste Werk der Demokratie zu sein hätte, so daß also die bisherige Form der Nationalvertretungen wegfiel, erscheint mir zweifelhaft.“ (Bernstein, „Voraussetzungen“, S. 134 und 136 der deutschen Ausgabe von 1899.)

Das ist geradezu ungeheuerlich: Marx' Ansichten über die „Vernichtung der Staatsmacht, des Schmarotzerauswuchses“ mit dem Föderalismus Proudhons in einen Topf zu werfen! Das ist aber kein Zufall, denn dem Opportunisten kommt es nicht einmal in den Sinn, daß Marx hier gar nicht vom Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus spricht, sondern von der Zerschlagung der alten, bürgerlichen, in allen bürgerlichen Ländern bestehenden Staatsmaschinerie.

Dem Opportunisten kommt nur das in den Sinn, was er in dem Milieu kleinbürgerlichen Spießertums und „reformistischer“ Stagnation um sich herum sieht, nämlich nur die „Munizipalitäten“! Der Opportunist hat verlernt, an die Revolution des Proletariats auch nur zu denken.

Das ist zum Lachen. Bemerkenswert ist aber, daß über diesen Punkt mit Bernstein nicht gestritten wurde. Bernstein wurde von vielen widerlegt, in der russischen Literatur insbesondere von Plechanow und in der westeuropäischen von Kautsky, aber der eine wie der andere hat über *diese* Entstellung von Marx durch Bernstein *kein* Wort verloren.

Der Opportunist hat so sehr verlernt, revolutionär zu denken und sich über die Revolution Gedanken zu machen, daß er Marx „Föderalismus“ zuschreibt und ihn mit Proudhon, dem Begründer des Anarchismus, in einen Topf wirft. Und die Kautsky und Plechanow, die orthodoxe Marxisten sein möchten, die die Lehre des revolutionären Marxismus verteidigen wollen, schweigen dazu! Hier liegt eine der Wurzeln jener äußersten Vulgarisierung der Ansichten über den Unterschied zwischen Marxismus und Anarchismus, die sowohl den Kautskyanern als auch den Opportunisten eigen ist und auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

In den angeführten Betrachtungen von Marx über die Erfahrungen der Kommune findet sich auch nicht die Spur von Föderalismus. Marx stimmt mit Proudhon gerade in dem überein, was der Opportunist Bernstein nicht sieht. Marx geht mit Proudhon gerade da auseinander, wo Bernstein ihre Übereinstimmung sieht.

Marx stimmt mit Proudhon darin überein, daß sie beide für das „Zerschlagen“ der modernen Staatsmaschine sind. Diese Übereinstimmung des Marxismus mit dem Anarchismus (sowohl mit Proudhon als auch mit Bakunin) wollen weder die Opportunisten noch die Kautskyaner sehen, denn sie haben in diesem Punkt dem Marxismus den Rücken gekehrt.

Marx geht sowohl mit Proudhon als auch mit Bakunin gerade in der Frage des Föderalismus auseinander (von der Diktatur des Proletariats schon gar nicht zu reden). Aus den kleinbürgerlichen Anschauungen des Anarchismus ergibt sich prinzipiell der Föderalismus. Marx ist Zentralist. Und in seinen hier zitierten Darlegungen ist nicht die geringste Abweichung vom Zentralismus enthalten. Nur Leute, die vom kleinbürgerlichen „Aberglauben“ an den Staat erfüllt sind, können die Vernichtung der bürgerlichen Staatsmaschinerie für eine Vernichtung des Zentralismus halten!

Nun, wenn aber das Proletariat und die arme Bauernschaft die Staatsgewalt in ihre Hände nehmen, sich vollkommen frei in Kommunen orga-

nisieren und das Wirken aller Kommunen *vereinigen*, um das Kapital zu schlagen, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen und das Privateigentum an den Eisenbahnen, Fabriken, an Grund und Boden usw. der *gesamten* Nation, der gesamten Gesellschaft zu übertragen – wird das etwa kein Zentralismus sein? Wird das nicht der konsequenteste demokratische Zentralismus sein? Und dazu noch proletarischer Zentralismus?

Bernstein kann es einfach nicht in den Sinn kommen, daß ein freiwilliger Zentralismus, eine freiwillige Vereinigung der Kommunen zur Nation, eine freiwillige Verschmelzung der proletarischen Kommunen zum Zweck der Zerstörung der bürgerlichen Herrschaft und der bürgerlichen Staatsmaschine möglich ist. Bernstein, wie jedem Philister, erscheint der Zentralismus als etwas, das nur von oben, nur von der Beamtschaft und dem Militärklügel aufgezwungen und aufrechterhalten werden kann.

Marx betonte ausdrücklich, als ob er die Möglichkeit einer Entstellung seiner Ansichten vorausgesehen hätte, daß die gegen die Kommune erhobene Anschuldigung, sie hätte die Einheit der Nation vernichten, die Zentralregierung abschaffen wollen, eine bewußte Fälschung ist. Marx gebraucht absichtlich den Ausdruck „Die Einheit der Nation sollte organisiert werden“, um den bewußten, demokratischen, proletarischen Zentralismus dem bürgerlichen, militärischen, bürokratischen entgegenzustellen.

Aber . . . schlimmer als jeder Taube ist, wer nicht hören will. Und die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie wollen eben von einer Vernichtung der Staatsmacht, von einem Abschneiden des Schmarotzer-auswuchses nichts hören.

5. Vernichtung des Schmarotzers Staat

Wir haben bereits die entsprechenden Stellen aus Marx angeführt, wir müssen sie aber noch ergänzen.

„Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen“, schrieb Marx, „für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens versehn zu werden, denen

sie einigermaßen ähnlich sehn. So ist diese neue Kommune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehen worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Kommunen . . . einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquieu und die Girondins ihn träumten . . . für eine übertriebne Form des alten Kampfes gegen Überzentralisation . . .

Die Kommunalverfassung würde im Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs ‚Staat‘, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese Tat allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben . . .

In Wirklichkeit aber hätte die Kommunalverfassung die ländlichen Produzenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort, in den städtischen Arbeitern, die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert. – Das bloße Bestehn der Kommune führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, jetzt überflüssig gemachte, Staatsmacht.“

„Vernichtung der Staatsmacht“, die ein „Schmarotzerauswuchs“ war, ihre „Abschneidung“, ihre „Zerstörung“, „die jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht“ – das sind die Ausdrücke, in denen Marx vom Staat sprach, als er die Erfahrungen der Kommune beurteilte und analysierte.

Dies alles ist vor nahezu einem halben Jahrhundert geschrieben worden, und heute muß man gewissermaßen Ausgrabungen machen, um dem Bewußtsein der breiten Massen den unverfälschten Marxismus nahebringen. Die Schlußfolgerungen aus den Beobachtungen der letzten von Marx erlebten großen Revolution vergaß man gerade dann, als die Zeit der folgenden großen Revolutionen des Proletariats kam.

„Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die

aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung.“

Die Utopisten befaßten sich mit der „Entdeckung“ politischer Formen, unter denen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vor sich gehen sollte. Die Anarchisten wollten von der Frage nach den politischen Formen überhaupt nichts wissen. Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie betrachteten die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen demokratischen Staates als die unüberschreitbare Grenze, sie schlugen sich beim Anbeten dieses „Vorbilds“ die Stirnen wund und erklärten jedes Bestreben, diese Formen zu *brechen*, als Anarchismus.

Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, daß der Staat verschwinden muß, daß die Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat) das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ sein wird. Marx unternahm es aber nicht, die politischen *Formen* dieser Zukunft zu *entdecken*. Er beschränkte sich auf eine genaue Beobachtung der französischen Geschichte, analysierte sie und zog die Schlußfolgerung, die sich aus dem Jahre 1851 ergab: Die *Zertrümmerung* der bürgerlichen Staatsmaschinerie wird auf die Tagesordnung gesetzt.

Und als die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats ausgebrochen war, begann Marx, trotz des Mißerfolgs dieser Bewegung, trotz ihrer kurzen Dauer und augenfälligen Schwäche, zu forschen, welche Formen sie *entdeckt* hat.

Die Kommune ist die von der proletarischen Revolution „endlich entdeckte“ Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen kann.

Die Kommune ist der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschine zu *zerschlagen*, ist die „endlich entdeckte“ politische Form, durch die man das *Zerschlagene ersetzen* kann und muß.

Wir werden in der weiteren Darlegung sehen, daß die russischen Revolutionen von 1905 und 1917 in einer anderen Situation, unter anderen Umständen, das Werk der Kommune fortsetzen und die geniale historische Analyse von Marx bestätigen.

IV. KAPITEL

FORTSETZUNG
ERGÄNZENDE ERLÄUTERUNGEN VON ENGELS

Marx hat zur Beurteilung der Erfahrungen der Kommune das Grundlegende beigetragen. Engels kam wiederholt auf dasselbe Thema zurück, wobei er die Analyse und die Schlußfolgerungen von Marx erläuterte und mitunter mit einer solchen Kraft und Anschaulichkeit *andere* Seiten der Frage beleuchtete, daß man auf diese Erläuterungen besonders eingehen muß.

1. „Zur Wohnungsfrage“

In seiner Abhandlung über die Wohnungsfrage (1872) verwertet Engels bereits die Erfahrungen der Kommune und kommt einige Male auf die Aufgaben der Revolution in bezug auf den Staat zu sprechen. Es ist interessant, daß an einem konkreten Thema anschaulich aufgezeigt werden: einerseits die Züge, worin der proletarische und der jetzige Staat einander ähnlich sind, Züge, die in beiden Fällen erlauben, vom Staat zu sprechen, und anderseits die Unterscheidungsmerkmale oder der Übergang zur Aufhebung des Staates.

„Wie ist nun die Wohnungsfrage zu lösen? In der heutigen Gesellschaft gerade wie eine jede andere gesellschaftliche Frage gelöst wird: durch die allmähliche ökonomische Ausgleichung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist. Wie eine soziale Revolution diese Frage lösen würde, hängt nicht nur von den jedesmaligen Umständen ab, sondern auch zusammen mit viel weitergehenden Fragen, unter denen die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land eine der wesentlichsten ist. Da wir keine utopistischen Systeme für die Einrichtung der künftigen Gesellschaft zu machen haben, wäre es mehr als müßig, hierauf einzugehen. Soviel aber ist sicher, daß schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei rationeller Benutzung derselben jeder wirklichen ‚Wohnungsnot‘ sofort abzuhelpen. Dies kann na-

türlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, resp. durch Bequartierung ihrer Häuser mit obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehn, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat.“ (S. 22 der deutschen Ausgabe von 1887.)¹⁰⁶

Hier wird nicht die Veränderung der Form der Staatsmacht behandelt, sondern nur der Inhalt ihrer Tätigkeit. Expropriationen und Einquartierungen erfolgen auch auf Verfügung des jetzigen Staates. Formell betrachtet, wird auch der proletarische Staat Einquartierungen und Expropriationen von Häusern „verfügen“. Es ist aber klar, daß der alte Vollzugsapparat, die mit der Bourgeoisie verbundene Beamtschaft, zur Durchführung der Verfügungen des proletarischen Staates einfach untauglich wäre.

„Übrigens muß konstatiert werden, daß die ‚faktische Besitzergreifung‘ sämtlicher Arbeitsinstrumente, die Inbesitznahme der gesamten Industrie von seiten des arbeitenden Volks, das gerade Gegenteil ist von der proudhonistischen ‚Ablösung‘. Bei der letzteren wird der *einzelne Arbeiter* Eigentümer der Wohnung, des Bauernhofs, des Arbeitsinstruments; bei der ersteren bleibt das ‚arbeitende Volk‘ Gesamteigentümer der Häuser, Fabriken und Arbeitsinstrumente, und wird deren Nießbrauch, wenigstens während einer Übergangszeit, schwerlich ohne Entschädigung der Kosten an einzelne oder Gesellschaften überlassen. Gerade wie die Abschaffung des Grundeigentums nicht die Abschaffung der Grundrente ist, sondern ihre Übertragung, wenn auch in modifizierter Weise, an die Gesellschaft. Die faktische Besitznahme sämtlicher Arbeitsinstrumente durch das arbeitende Volk schließt also die Beibehaltung des Mietverhältnisses keineswegs aus.“ (S. 68.)

Die in diesen Darlegungen angeschnittene Frage, nämlich die Frage nach den ökonomischen Grundlagen des Absterbens des Staates, wollen wir im nächsten Kapitel behandeln. Engels drückt sich äußerst vorsichtig aus, wenn er sagt, daß der proletarische Staat „schwerlich“ die Wohnungen ohne Entgelt verteilen werde, „wenigstens während einer Über-

gangszeit“. Das Überlassen von Wohnungen, die dem ganzen Volk gehören, an einzelne Familien gegen Entgelt setzt auch die Erhebung dieses Mietgeldes, eine gewisse Kontrolle und diese oder jene Normierung bei der Verteilung der Wohnungen voraus. Alles das erfordert eine gewisse Staatsform, erfordert aber keineswegs einen besonderen militärischen und bürokratischen Apparat mit beamteten Personen in besonders bevorzugter Stellung. Der Übergang zu einer Ordnung der Dinge jedoch, bei der es möglich sein wird, die Wohnungen kostenlos zu überlassen, ist mit dem völligen „Absterben“ des Staates verknüpft.

Wo Engels darauf zu sprechen kommt, daß die Blanquisten nach der Kommune, beeinflusst durch deren Erfahrungen, prinzipiell die Stellung des Marxismus bezogen, formuliert er beiläufig diese Stellung folgendermaßen:

„... Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staats...“ (S. 55.)

Liebhaber von Wortklaubereien oder bürgerliche „Marxistenfresser“ mögen wohl einen Widerspruch finden zwischen diesem *Bekemtnis* zur „Abschaffung des Staates“ und der Ablehnung einer Formel wie der anarchistischen in dem früher zitierten Passus aus dem „Anti-Dühring“. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Opportunisten auch Engels zum „Anarchisten“ stempelten – wird es doch bei den Sozialchauvinisten jetzt immer mehr Sitte, die Internationalisten des Anarchismus zu bezichtigen.

Daß mit der Abschaffung der Klassen auch die Abschaffung des Staates erfolgen wird, das hat der Marxismus stets gelehrt. Die allgemein bekannte Stelle über das „Absterben des Staates“ im „Anti-Dühring“ macht den Anarchisten nicht einfach zum Vorwurf, daß sie für die Abschaffung des Staates eintreten, sondern daß sie predigen, man könne den Staat „von heute auf morgen“ abschaffen.

Da die gegenwärtig herrschende „sozialdemokratische“ Doktrin das Verhältnis des Marxismus zum Anarchismus in der Frage der Abschaffung des Staates vollkommen entstellt, wird es besonders nützlich sein, an eine Polemik von Marx und Engels gegen die Anarchisten zu erinnern.

2. Polemik gegen die Anarchisten

Diese Polemik fällt in das Jahr 1873. Marx und Engels schrieben für einen italienischen sozialistischen Almanach Artikel gegen die Proudhonisten, die „Autonomisten“ oder „Antiautoritären“, aber erst im Jahre 1913 erschienen diese Artikel in deutscher Übersetzung in der „Neuen Zeit“.¹⁰⁷

„Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse“, schrieb Marx, über die Anarchisten und ihre Ablehnung der Politik spottend, „revolutionäre Form annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begehen sie das schreckliche Verbrechen der Prinzipienbeleidigung, denn um ihre kläglichen profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, statt die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen.“ („Neue Zeit“, 32. Jahrgang, 1913/14, Bd. I, S. 40.)

Also ausschließlich gegen diese „Abschaffung“ des Staates wandte sich Marx bei seiner Widerlegung der Anarchisten! Durchaus nicht dagegen, daß der Staat mit dem Verschwinden der Klassen verschwinden oder mit der Abschaffung der Klassen abgeschafft werden wird, sondern dagegen, daß die Arbeiter auf die Anwendung von Waffen, auf die organisierte Gewalt, *das heißt auf den Staat*, verzichten sollen, der dem Ziel zu dienen hat: „den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen“.

Marx betont absichtlich – um einer Entstellung des wahren Sinnes seines Kampfes gegen den Anarchismus vorzubeugen – die „revolutionäre und *vorübergehende* Form“ des Staates, den das Proletariat braucht. Das Proletariat braucht den Staat nur zeitweilig. In der Frage der Abschaffung des Staates als *Ziel* gehen wir mit den Anarchisten keineswegs auseinander. Wir behaupten, daß zur Erreichung dieses Zieles ein zeitweiliges Ausnutzen der Organe, Mittel und Methoden der Staatsgewalt *gegen* die Ausbeuter notwendig ist, ebenso wie zur Aufhebung der Klassen die vorübergehende Diktatur der unterdrückten Klasse notwendig ist. Marx greift gegen die Anarchisten zur schärfsten und klarsten Fragestellung: Sollen die Arbeiter „die Waffen niederlegen“, wenn sie das Joch der Kapitalisten abwerfen, oder sollen sie diese Waffen gegen die

Kapitalisten ausnutzen, um deren Widerstand zu brechen? Aber die systematische Ausnutzung der Waffen durch eine Klasse gegen eine andere Klasse, was ist das denn anderes als eine „vorübergehende Form“ des Staates?

Jeder Sozialdemokrat möge sich fragen, ob er in seiner Polemik gegen die Anarchisten die Frage des Staates so gestellt hat, ob die überwältigende Mehrheit der offiziellen sozialistischen Parteien der II. Internationale diese Frage so gestellt hat?

Engels entwickelt dieselben Gedanken noch viel ausführlicher und gemeinverständlicher. Zunächst verspottet er die Konfusion in den Köpfen der Proudhonisten, die sich als „Antiautoritäre“ bezeichneten, d. h. jegliche Autorität, jegliche Unterordnung, jegliche Regierungsgewalt ablehnten. Man nehme eine Fabrik, eine Eisenbahn, ein Schiff auf hoher See, sagt Engels, ist es denn nicht klar, daß ohne eine gewisse Unterordnung, also ohne eine gewisse Autorität oder Macht ein Funktionieren keines dieser komplizierten technischen Betriebe, die auf der Verwendung von Maschinen und dem planmäßigen Zusammenarbeiten vieler Personen beruhen, möglich wäre?

„Wenn ich diese Argumente den rabiatesten Antiautoritären entgegenstelle, können sie mir nur die folgende Antwort geben: Ah! Das ist wahr, es handelt sich aber hier nicht um die Autorität, die wir den Delegierten verleihen, sondern um einen Auftrag. Diese Leute glauben, daß sie eine Sache ändern können, wenn sie ihren Namen ändern.“

Nachdem Engels so gezeigt hat, daß Autorität und Autonomie relative Begriffe sind, daß sich ihr Geltungsbereich mit den verschiedenen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung ändert, daß es ein Widersinn ist, sie für etwas Absolutes zu halten, und nachdem er hinzugefügt hat, daß der Geltungsbereich der Maschinen und der Großproduktion sich immer mehr erweitert, geht er von den allgemeinen Betrachtungen über Autorität zur Frage des Staates über.

„Hätten sich die Autonomisten“, schreibt er, „begnügt, zu sagen, daß die soziale Organisation der Zukunft die Autorität nur in den Grenzen zulassen wird, die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden, dann hätte man sich mit ihnen verständigen können; sie sind aber blind für alle Tatsachen, welche die

Autorität notwendig machen, und kämpfen leidenschaftlich gegen das Wort.

Warum beschränken sich die Antiautoritären nicht darauf, gegen die politische Autorität, gegen den Staat zu schreien? Alle Sozialisten sind darin einverstanden, daß der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; das heißt, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen. Die Antiautoritären aber fordern, daß der politische Staat mit einem Schlage abgeschafft werde, noch früher, als die sozialen Verhältnisse abgeschafft sind, die ihn erzeugt haben. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sein soll.

Haben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe? Also: entweder – oder: Entweder die Antiautoritären wissen selbst nicht, was sie sagen, und in diesem Falle schaffen sie nur Konfusion, oder sie wissen es, und in diesem Falle verraten sie die Sache des Proletariats. In beiden Fällen dienen sie nur der Reaktion.“ (S. 39.)

In dieser Betrachtung sind Fragen berührt, die im Zusammenhang mit dem Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie beim Absterben des Staates betrachtet werden müssen (diesem Thema ist das nachfolgende Kapitel gewidmet). Das sind: die Frage der Umwandlung der öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative und die Frage des „politischen Staates“. Dieser letzte Ausdruck, der besonders geeignet ist, Mißverständnisse hervorzurufen, deutet auf den Prozeß

des Absterbens des Staates hin: Den absterbenden Staat kann man auf einer gewissen Stufe seines Absterbens als unpolitischen Staat bezeichnen.

Am bemerkenswertesten ist in dieser Engellschen Betrachtung wiederum die gegen die Anarchisten gebrauchte Fragestellung. Die Sozialdemokraten, die Schüler von Engels sein wollen, haben sich seit 1873 millionenmal mit den Anarchisten herumgestritten, aber eben *nicht* so, wie Marxisten streiten können und sollen. Die anarchistische Vorstellung von der Abschaffung des Staates ist konfus und *unrevolutionär* – so stellte Engels die Frage. Die Anarchisten wollen gerade die Revolution in ihrem Entstehen und in ihrer Entwicklung, in ihren spezifischen Aufgaben hinsichtlich der Gewalt, der Autorität, der Macht und des Staates nicht sehen.

Die bei den heutigen Sozialdemokraten übliche Kritik am Anarchismus läuft auf die reinste kleinbürgerliche Platttheit hinaus: „Wir erkennen den Staat an, die Anarchisten nicht!“ Natürlich muß solch eine Platttheit auf einigermassen denkende und revolutionäre Arbeiter abstoßend wirken. Engels sagt etwas anderes: Er betont, daß alle Sozialisten das Verschwinden des Staates als Folge der sozialistischen Revolution anerkennen. Er stellt dann konkret die Frage der Revolution, eben jene Frage, die die Sozialdemokraten aus Opportunismus zu umgehen pflegen, deren „Bearbeitung“ sie sozusagen ausschließlich den Anarchisten überlassen. Und mit dieser Frage packt Engels den Stier bei den Hörnern: Hätte sich die Kommune nicht *mehr* der *revolutionären* Macht des Staates, d. h. des bewaffneten, als herrschende Klasse organisierten Proletariats, bedienen sollen?

Die herrschende offizielle Sozialdemokratie pflegt die Frage nach den konkreten Aufgaben des Proletariats in der Revolution entweder einfach mit Philisterspötteleien oder bestenfalls mit der ausweichenden sophistischen Redewendung abzutun: „Das werden wir dann sehen.“ Und die Anarchisten durften mit Recht von dieser Sozialdemokratie behaupten, daß sie ihre Aufgabe preisgebe, die Arbeiter im revolutionären Geist zu erziehen. Engels nutzt die Erfahrungen der letzten proletarischen Revolution zur ganz konkreten Erforschung dessen aus, was das Proletariat sowohl in bezug auf die Banken als auch in bezug auf den Staat zu tun hat und wie das zu tun ist.

3. Ein Brief an Bebel

Eine der bemerkenswertesten, wenn nicht die bemerkenswerteste Betrachtung in den Werken von Marx und Engels über den Staat ist folgende Stelle in einem Brief von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875. Dieser Brief ist, nebenbei bemerkt, unseres Wissens zum ersten Male von Bebel im Zweiten Teil seiner Memoiren („Aus meinem Leben“) veröffentlicht worden, der 1911, also 36 Jahre nach Niederschrift und Absendung des Briefes, erschienen ist.

Engels kritisierte in seinem Brief an Bebel denselben Entwurf des Gothaer Programms, an dem auch Marx in seinem berühmten Brief an Bracke Kritik übte. Speziell zur Frage des Staates schrieb Engels folgendes:

„Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallenlassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das ‚Kommunistische Manifest‘ direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der Staat doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampf, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, von freiem Volksstaat zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt *Staat* ‚Gemeinwesen‘ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische ‚Kommune‘ sehr gut vertreten kann.“ (S. 321/322 des deutschen Originals.)¹⁰⁸

Man muß im Auge behalten, daß dieser Brief sich auf das Parteiprogramm bezieht, das Marx in einem nur wenige Wochen später geschrie-

benen Brief (vom 5. Mai 1875) kritisierte, und daß Engels damals mit Marx zusammen in London lebte. Wenn also Engels im letzten Satz „wir“ sagt, so empfiehlt er zweifellos in seinem und in Marx' Namen dem Führer der deutschen Arbeiterpartei, das Wort „Staat“ *aus dem Programm zu streichen* und es durch das Wort „*Gemeinwesen*“ zu ersetzen.

Welches Geheul über „Anarchismus“ würden die Häuptlinge des jetzigen, für die Opportunisten gebrauchsfertig zurechtgemachten „Marxismus“ erheben, wenn man ihnen eine solche Korrektur am Programm vorschlagen wollte!

Mögen sie heulen. Dafür wird sie die Bourgeoisie loben.

Wir aber werden unser Werk weiter tun. Bei der Überprüfung unseres Parteiprogramms muß der Ratschlag von Engels und Marx unbedingt berücksichtigt werden, um der Wahrheit näher zu kommen, um den Marxismus wiederherzustellen und ihn von Entstellungen zu säubern, um den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung sicherer zu lenken. Unter den Bolschewiki werden sich gewiß keine Gegner des Ratschlags von Engels und Marx finden. Die Schwierigkeit dürfte wohl nur im Terminus liegen. Im Deutschen gibt es zwei Wörter: „Gemeinde“ und „Gemeinwesen“, von denen Engels dasjenige wählte, das *nicht* die einzelne Gemeinde, sondern die Gesamtheit, das System der Gemeinden, bedeutet. Im Russischen gibt es kein entsprechendes Wort, und man wird sich vielleicht für das französische Wort „Kommune“ entscheiden müssen, obgleich auch das seine Nachteile hat.

„Die Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“ – das ist eine theoretisch höchst wichtige Behauptung von Engels. Nach dem oben Dargelegten ist diese Behauptung durchaus begreiflich. Die Kommune *hörte auf*, ein Staat zu sein, insofern sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer *besonderen* Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst auf den Plan. Alles das sind Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne. Und hätte sich die Kommune behauptet, so wären in ihr die Spuren des Staates von selbst „abgestorben“, sie hätten seine Institutionen nicht „abzuschaffen“ brauchen, diese hätten in dem Maße aufgehört zu funktionieren, wie sie nichts mehr zu tun gehabt hätten.

„Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden“, sagt Engels und meint in erster Linie Bakunin und dessen Ausfälle gegen die deutschen Sozialdemokraten. Engels erkennt diese Ausfälle *insoweit* für berechtigt an, als der „Volksstaat“ ein ebensolcher Unsinn und ein ebensolches Abweichen vom Sozialismus ist wie auch der „freie Volksstaat“. Engels ist bemüht, den Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Anarchisten zu korrigieren, diesem Kampf die prinzipiell richtige Linie zu geben, ihn von den opportunistischen Vorurteilen in bezug auf den „Staat“ zu reinigen. Aber leider! Der Brief von Engels hat 36 Jahre lang in einer Schreibschublade gelegen. Wir werden weiter unten sehen, daß auch nach der Veröffentlichung dieses Briefes Kautsky im wesentlichen die gleichen Fehler hartnäckig wiederholt, vor denen Engels warnte.

Bebel antwortete Engels mit einem Brief vom 21. September 1875, in dem er unter anderem schrieb, daß er mit Engels' Urteil über die Programmvorlage „vollkommen übereinstimme“ und daß er Liebknecht Nachgiebigkeit vorgeworfen habe (Bebel, „Aus meinem Leben“, Zweiter Teil, S. 334). Nimmt man jedoch Bebels Broschüre „Unsere Ziele“ zur Hand, so findet man in ihr vollkommen falsche Betrachtungen über den Staat:

„Der Staat soll also aus einem auf *Klassenherrschaft* beruhenden Staat in einen *Volksstaat* verwandelt werden.“ („Unsere Ziele“, deutsche Ausgabe von 1886, S. 14.)

So zu lesen in der *neunten* (neunten!) Auflage der Bebelschen Broschüre! Kein Wunder, daß die so hartnäckig wiederholten opportunistischen Betrachtungen über den Staat der deutschen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergingen, besonders da man die revolutionären Erläuterungen von Engels vor der Welt geheimhielt und da die ganzen Lebensverhältnisse für lange Zeit von der Revolution „entwöhnten“.

4. Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms

Die Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms¹⁰⁹, die Engels am 29. Juni 1891 an Kautsky sandte und die erst zehn Jahre später in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht wurde, darf bei der Analyse der marxisti-

schen Lehre vom Staat nicht übergangen werden, da sie hauptsächlich gerade der Kritik der *opportunistischen* Anschauungen der Sozialdemokratie in den Fragen der *Staatsordnung* gewidmet ist.

Nebenbei sei bemerkt, daß Engels in Fragen der Ökonomik ebenfalls einen außerordentlich wertvollen Fingerzeig gibt, der beweist, wie aufmerksam und überlegt er namentlich die Veränderungen des modernen Kapitalismus verfolgte und wie er es daher verstand, bis zu einem gewissen Grad die Aufgaben unserer, der imperialistischen, Epoche vorwegzunehmen. Hier dieser Fingerzeig: Über das Wort „Planlosigkeit“, das im Programmentwurf zur Kennzeichnung des Kapitalismus angewendet wurde, schreibt Engels:

„... wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit“ („Neue Zeit“, XX. Jahrgang, 1901/02, Bd. I, S. 8).

Hier ist das Grundlegende in der theoretischen Einschätzung des neuesten Kapitalismus, d. h. des Imperialismus, gegeben, nämlich, daß sich der Kapitalismus in monopolistischen *Kapitalismus* verwandelt. Das letztere muß besonders hervorgehoben werden, denn zu den meistverbreiteten Irrtümern gehört die bürgerlich-reformistische Behauptung, der monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus sei *schon kein* Kapitalismus mehr, er könne bereits als „Staatssozialismus“ bezeichnet werden und ähnliches mehr. Eine vollständige Planmäßigkeit boten die Trusts natürlich nicht, bieten sie bis auf den heutigen Tag nicht und können sie nicht bieten. Soweit sie auch Planmäßigkeit bieten, soweit die Kapitalmagnaten den Umfang der Produktion in nationalem oder gar internationalem Maßstab auch im voraus berechnen, soweit sie die Produktion auch planmäßig regulieren – wir verbleiben trotz allem im *Kapitalismus*, wenn auch in einem neuen Stadium, aber doch unverkennbar im Kapitalismus. Die „Nähe“ eines *solchen* Kapitalismus zum Sozialismus muß für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Beweisgrund sein für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, keineswegs aber ein Argument dafür, daß man die Ablehnung dieser Revolution und die Beschönigung des Kapitalismus, wie dies bei allen Reformisten zu finden ist, tolerant hinnehmen solle.

Doch kehren wir zur Frage des Staates zurück. Engels gibt hier dreier-

lei besonders wertvolle Hinweise: erstens in der Frage der Republik, zweitens über den Zusammenhang zwischen der nationalen Frage und der Staatsordnung und drittens über die lokale Selbstverwaltung.

Was die Republik betrifft, so hat Engels sie zum Schwerpunkt seiner Kritik am Entwurf des Erfurter Programms gemacht. Und wenn wir bedenken, welche Bedeutung das Erfurter Programm in der ganzen internationalen Sozialdemokratie gewonnen hat, daß es für die gesamte II. Internationale zum Vorbild geworden ist, so wird man ohne Übertreibung sagen dürfen, daß Engels hier den Opportunismus der gesamten II. Internationale kritisiert.

„Die politischen Forderungen des Entwurfes“, schreibt Engels, „haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, *steht nicht drin*“ (hervorgehoben von Engels).

Und weiter wird auseinandergesetzt, daß die deutsche Reichsverfassung im Grunde einen Abklatsch der äußerst reaktionären Verfassung von 1850 bilde, daß der Reichstag nach einem Ausspruch Wilhelm Liebknechts nur das „Feigenblatt des Absolutismus“ sei, daß auf Grundlage dieser Verfassung, die die Kleinstaaterei und den Bund der deutschen Kleinstaaten sanktioniert, eine „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum“ durchführen zu wollen, „augenscheinlich sinnlos“ sei.

„Daran zu tasten ist aber gefährlich“, fügt Engels hinzu, der nur zu gut weiß, daß es unmöglich ist, in Deutschland im Programm die Forderung der Republik legal zu erheben. Aber mit dieser einleuchtenden Erwägung, mit der sich „alle“ zufriedengeben, findet sich Engels nicht ohne weiteres ab. Er fährt fort: „Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenem voreiligen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen.“

Daß die deutschen Sozialdemokraten aus Furcht vor einer Wiedereinführung des Ausnahmegesetzes handelten, diese grundlegende Tatsache rückt Engels in den Vordergrund und bezeichnet sie ohne Umschweife

als Opportunismus; gerade weil in Deutschland Republik und Freiheit fehlen, erklärt er die Träume von einem „friedlichen“ Weg für völlig sinnlos. Engels ist vorsichtig genug, sich nicht die Hände zu binden. Er gibt zu, daß man sich in Republiken oder sonst in Ländern mit weitgehender Freiheit eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus „vorstellen kann“ (nur „vorstellen“!), aber in Deutschland, wiederholt er,

„... in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.“

Die offiziellen Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei, die diese Hinweise „zu den Akten“ gelegt hatte, erwiesen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit denn auch in der Tat als Schirmer des Absolutismus.

„Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind . . .

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen . . .

Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat.“

Engels wiederholt hier in besonders plastischer Form jenen Grundgedanken, der sich wie ein roter Faden durch alle Werke von Marx zieht, nämlich, daß die demokratische Republik der unmittelbare Zugang zur Diktatur des Proletariats ist. Denn diese Republik, die in keiner Weise die Herrschaft des Kapitals und somit die Unterdrückung der Massen und den Klassenkampf beseitigt, führt unvermeidlich zu solcher Ausdehnung, Entfaltung, Entblößung und Verschärfung dieses Kampfes, daß, sobald einmal die Möglichkeit entsteht, die Grundinteressen der unterdrückten Massen zu befriedigen, diese Möglichkeit unausbleiblich und allein durch die Diktatur des Proletariats verwirklicht wird, dadurch, daß das Proletariat die Massen führt. Für die gesamte II. Internationale sind auch das „vergessene Wort“ des Marxismus, und das Vergessen dieser Worte trat außerordentlich kraß in der Geschichte der Partei der Menschewiki während des ersten halben Jahres der russischen Revolution von 1917 zutage.

Zur Frage der Föderativrepublik im Zusammenhang mit der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung schrieb Engels:

„Was soll an die Stelle“ (des jetzigen Deutschlands mit seiner reaktionären monarchistischen Verfassung und der ebenso reaktionären Kleinstaateri, die das spezifische „Preußentum“ verewigt, statt beides in Deutschland als Ganzem aufgehen zu lassen) „treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlaments schon jetzt dreierlei Gesetzsysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß

oder klein, als solcher stimmt.“ In Deutschland ist der Bundesstaat der Übergang zum Einheitsstaat, und die 1866 und 1870 gemachte „Revolution von oben“ darf man nicht wieder rückgängig machen, sondern muß sie durch eine „Bewegung von unten“ ergänzen.

Die Staatsformen sind Engels keineswegs gleichgültig, er ist im Gegenteil bemüht, mit außerordentlicher Sorgfalt gerade die Übergangsformen zu analysieren, um je nach den konkret-historischen Eigentümlichkeiten jedes Einzelfalles festzustellen, *wovon* und *wozu* die betreffende Form den Übergang bildet.

Engels, wie auch Marx, verfißt vom Standpunkt des Proletariats und der proletarischen Revolution aus den demokratischen Zentralismus, die eine und unteilbare Republik. Die föderative Republik betrachtet er entweder als Ausnahmefall und als Hindernis der Entwicklung oder als Übergang von der Monarchie zur zentralistischen Republik, unter bestimmten besonderen Verhältnissen als einen „Fortschritt“. Und unter diesen besonderen Verhältnissen rückt die nationale Frage in den Vordergrund.

Bei Engels wie auch bei Marx findet man, trotz ihrer schonungslosen Kritik an der reaktionären Kleinstaaterei und an der Verschleierung dieses ihres reaktionären Charakters durch die nationale Frage in bestimmten konkreten Fällen, nirgends die leiseste Spur eines Bestrebens, der nationalen Frage aus dem Wege zu gehen, eines Bestrebens, das sich häufig die holländischen und polnischen Marxisten zuschulden kommen lassen, die von dem durchaus berechtigten Kampf gegen den spießhaft-beschränkten Nationalismus „ihrer“ kleinen Staaten ausgehen.

Selbst in England, wo sowohl die geographischen Bedingungen als auch die Gemeinsamkeit der Sprache und die Geschichte vieler Jahrhunderte die nationale Frage in den einzelnen kleinen Teilen Englands „erledigt“ zu haben scheinen, selbst hier trägt Engels der klaren Tatsache Rechnung, daß die nationale Frage noch nicht überwunden ist, und sieht darum in der föderativen Republik einen „Fortschritt“. Selbstverständlich ist hier auch nicht der geringste Verzicht auf eine Kritik an den Mängeln der föderativen Republik, auf die entschiedenste Propaganda und den Kampf für eine einheitliche, zentralistisch-demokratische Republik zu finden.

Engels faßt aber den demokratischen Zentralismus keineswegs in dem bürokratischen Sinne auf, in dem die bürgerlichen und die kleinbürgerlichen Ideologen, darunter auch die Anarchisten, diesen Begriff gebrauchen. Der Zentralismus schließt für Engels nicht im geringsten jene weitgehende lokale Selbstverwaltung aus, die, bei freiwilliger Wahrung der Einheit des Staates durch die „Kommunen“ und Provinzen, jeden Bürokratismus und jedes „Kommandieren“ von oben unbedingt beseitigt.

„Also einheitliche Republik“, schreibt Engels, die programmatischen Ansichten des Marxismus über den Staat entwickelnd. „Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien. Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund“ (d. h. dem föderativen Gesamtstaat), „aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verbeten haben wollen, wie die preußischen Landräte und Regierungsräte“ (Kommissare, Kreispolizeichefs, Gouverneure, überhaupt alle von oben ernannten Beamten). Engels empfiehlt dementsprechend, im Programm den Punkt über die Selbstverwaltung wie folgt zu formulieren: „Vollständige Selbstverwaltung in Provinz“ (Gouvernement oder Gebiet), „Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“

In der von der Regierung Kerenskis und der anderen „sozialistischen“ Minister verbotenen „Prawda“ (Nr. 68 vom 28. Mai 1917)* hatte ich

* Siehe Werke, Bd. 24, S. 539–542. *Die Red.*

bereits Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie in diesem Punkt – freilich bei weitem nicht nur in diesem allein – unsere angeblich sozialistischen Vertreter einer angeblich revolutionären angeblichen Demokratie sich himmelschreiende Verstöße *gegen den Demokratismus* leisteten. Es ist begreiflich, daß Leute, die sich durch eine „Koalition“ mit der imperialistischen Bourgeoisie gebunden haben, für diese Hinweise taub blieben.

Es ist äußerst wichtig hervorzuheben, daß Engels an Hand von Tatsachen, an einem ganz exakten Beispiel, das – besonders unter der kleinbürgerlichen Demokratie – weitverbreitete Vorurteil widerlegt, die föderative Republik bedeute unbedingt mehr Freiheit als die zentralistische. Das ist falsch. Das widerlegen die Tatsachen, die Engels über die zentralistische französische Republik von 1792 bis 1798 und die föderalistische schweizerische Republik anführt. Die wirklich demokratische zentralistische Republik bot *mehr* Freiheit als die föderalistische. Oder anders ausgedrückt: Die *größte* lokale, provinzielle, usw. Freiheit, die die Geschichte kennt, hat die *zentralistische* und nicht die föderative Republik geboten.

Dieser Tatsache, wie überhaupt der ganzen Frage der föderativen und der zentralistischen Republik sowie der lokalen Selbstverwaltung, wurde und wird in unserer Parteipropaganda und -agitation nicht genügend Beachtung geschenkt.

5. Die Einleitung vom Jahre 1891 zu Marx' „Der Bürgerkrieg in Frankreich“

In seiner Einleitung zur dritten Auflage des „Bürgerkriegs in Frankreich“ – diese Einleitung datiert vom 18. März 1891 und war ursprünglich in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht – gibt Engels neben interessanten beiläufigen Bemerkungen zu Fragen, die mit dem Verhältnis zum Staat zusammenhängen, eine überaus prägnante Zusammenfassung der Lehren der Kommune.¹¹⁰ Diese Zusammenfassung, vertieft durch die ganze Erfahrung eines Zeitabschnitts von zwanzig Jahren, der den Verfasser von der Kommune trennte, und speziell gegen die in Deutschland verbreitete „abergläubische Verehrung des Staats“ gerichtet, kann mit Recht als das *letzte Wort* des Marxismus zu der Frage, die wir hier untersuchen, bezeichnet werden.

In Frankreich, bemerkt Engels, waren die Arbeiter nach jeder Revolution bewaffnet, „für die am Staatsruder befindlichen Bourgeois war daher Entwaffnung der Arbeiter erstes Gebot. Daher nach jeder, durch die Arbeiter erkämpften Revolution ein neuer Kampf, der mit der Niederlage der Arbeiter endigt.“

Diese Bilanz der Erfahrungen der bürgerlichen Revolutionen ist ebenso kurz wie bedeutungsvoll. Das Wesen der Sache – unter anderem auch in der Frage des Staates (*ob die unterdrückte Klasse Waffen besitzt*) – ist hier treffend erfaßt. Gerade diesen Kern umgehen meistens sowohl die unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie stehenden Professoren als auch die kleinbürgerlichen Demokraten. In der russischen Revolution von 1917 fiel dem „Menschewik“ und „Auch-Marxisten“ Zereteli die Ehre zu (eine Cavaignacsche Ehre), dieses Geheimnis der bürgerlichen Revolutionen auszulaudern. In seiner „historischen“ Rede vom 11. Juni plauderte Zereteli aus der Schule, die Bourgeoisie sei entschlossen, die Petrograder Arbeiter zu entwaffnen, wobei er natürlich diesen Beschluß auch als seinen eigenen wie überhaupt als eine „Staats“notwendigkeit hinstellte!

Die historische Rede Zeretelis vom 11. Juni wird natürlich für jeden Geschichtsschreiber der Revolution von 1917 eine der anschaulichsten Illustrationen dafür bieten, wie sich der von Herrn Zereteli geführte Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki *gegen* das revolutionäre Proletariat auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen hat.

Eine andere beiläufige Bemerkung von Engels, die ebenfalls mit der Frage des Staates zusammenhängt, bezieht sich auf die Religion. Es ist bekannt, daß die deutsche Sozialdemokratie in dem Maße, wie sie versumpfte und immer opportunistischer wurde, immer häufiger zu einer philisterhaften Falschdeutung der berühmten Formel „Erklärung der Religion zur Privatsache“ hinabsank. Nämlich: Diese Formel wurde so gedeutet, als sei *auch für die Partei* des revolutionären Proletariats die Frage der Religion Privatsache!! Gegen diesen völligen Verrat am revolutionären Programm des Proletariats machte Engels Front, der 1891 erst *ganz schwache* Keime des Opportunismus in seiner Partei beobachtete und sich daher äußerst vorsichtig ausdrückte:

„Wie in der Kommune fast nur Arbeiter oder anerkannte Arbeitervertreter saßen, so trugen auch ihre Beschlüsse einen entschieden

proletarischen Charakter. Entweder dekretierten sie Reformen, die die republikanische Bourgeoisie nur aus Feigheit unterlassen hatte, die aber für die freie Aktion der Arbeiterklasse eine notwendige Grundlage bildeten, wie die Durchführung des Satzes, daß *dem Staat gegenüber* die Religion bloße Privatsache sei; oder sie erließ Beschlüsse direkt im Interesse der Arbeiterklasse und teilweise tief einschneidend in die alte Gesellschaftsordnung.“

Engels unterstrich die Worte „dem Staat gegenüber“ mit Vorbedacht, um haargenau den deutschen Opportunismus zu treffen, der die Religion *der Partei gegenüber* zur Privatsache erklärte und auf diese Weise die Partei des revolutionären Proletariats auf das Niveau eines banalen „freidenkerischen“ Spießertums hinabdrückte, das bereit ist, Konfessionslosigkeit zu dulden, aber auf den Kampf der *Partei* gegen das volksverdummende Opium Religion verzichtet.

Der künftige Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie wird beim Aufspüren der Wurzeln ihres schmachvollen Zusammenbruchs im Jahre 1914 nicht wenig interessantes Material zu dieser Frage vorfinden, angefangen von den ausweichenden, dem Opportunismus Tür und Tor öffnenden Erklärungen in den Artikeln Kautskys, des ideologischen Führers der Partei, bis zu dem Verhalten der Partei zu der „Los-von-der-Kirche-Bewegung“ im Jahre 1913.

Gehen wir jedoch zu den Lehren über, die Engels zwanzig Jahre nach der Kommune aus ihren Erfahrungen für das kämpfende Proletariat zog. Das sind die Lehren, die Engels in den Vordergrund rückte:

„Gerade die unterdrückende Macht der bisherigen zentralisierten Regierung, Armee, politische Polizei, Bürokratie, die Napoleon 1798 geschaffen und die seitdem jede neue Regierung als willkommenes Werkzeug übernommen und gegen ihre Gegner ausgenutzt hatte, gerade diese Macht sollte überall fallen, wie sie in Paris bereits gefallen war.“

Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eignen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehn, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber

sich sichern müsse gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte.“

Engels unterstreicht immer wieder, daß nicht nur in der Monarchie, sondern *auch in der demokratischen Republik* der Staat Staat bleibt, d. h. sein grundlegendes Unterscheidungsmerkmal beibehält: die beamteten Personen, die „Diener der Gesellschaft“, ihre Organe in *Herren* über die Gesellschaft zu verwandeln.

„Gegen diese, in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfangen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken*. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorge-schoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß hinzugefügt wurden.“

Engels gelangt hier an jene denkwürdige Grenze, wo eine konsequente Demokratie sich auf der einen Seite in Sozialismus *verwandelt* und auf der andern Seite den Sozialismus *erfordert*. Denn zur Aufhebung des Staates ist nötig, daß die Funktionen des Staatsdienstes in solche einfachen Operationen der Kontrolle und Rechnungsführung verwandelt werden, die für die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung und später für die gesamte Bevölkerung ohne Ausnahme verständlich und ausführbar sind. Zur völligen Beseitigung des Strebertums ist es erforderlich, daß ein „Ehrenamt“ im Staatsdienst, auch wenn es nichts einbringt, *nicht* als Sprungbrett dienen kann, um in hochbezahlte Stellungen bei Banken und

* Nominell waren das zirka 2400 Rubel, nach dem heutigen Kurs zirka 6000 Rubel. Ganz unverzeihlich handeln *die* Bolschewiki, die z. B. vorschlagen, in den städtischen Dumas Gehälter von 9000 Rubel einzuführen, statt ein Maximum von 6000 Rubel *für den ganzen Staat* zu beantragen – eine Summe, die durchaus genügen dürfte.

Aktiengesellschaften zu gelangen, wie das in allen kapitalistischen Ländern, auch den freiesten, *ständig* vorkommt.

Engels begeht aber nicht den Fehler, den z. B. manche Marxisten in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen begehen: im Kapitalismus sei die Selbstbestimmung unmöglich und im Sozialismus überflüssig. Eine derartige, anscheinend geistreiche, in Wirklichkeit aber falsche Argumentation ließe sich über jede *beliebige* demokratische Einrichtung wiederholen, auch über die bescheidenen Beamtengehälter, denn ein vollauf konsequenter Demokratismus ist unter dem Kapitalismus unmöglich, im Sozialismus wird aber jede Demokratie *absterben*.

Das ist eine Sophisterei, die an die alte Scherzfrage erinnert, ob ein Mensch beginnt kahlköpfig zu werden, wenn er *ein* Haar verliert.

Entwicklung der Demokratie *bis zu Ende*, Auffinden der *Formen* einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der *Praxis* usw. – das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie „für sich genommen“, sondern er wird mit anderen Erscheinungen „zusammengenommen“, er wird seinen Einfluß auch auf die Ökonomik ausüben, *ihre* Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.

Engels fährt fort:

„Diese Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische, ist im dritten Abschnitt des ‚Bürgerkriegs‘ eingehend geschildert. Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge derselben einzugehen, weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die ‚Verwirklichung der Idee‘ oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen

Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Übel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird, und dessen schlimmste Seiten es, ebensowenig wie die Kommune, umhinkönnen wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.“

Engels ermahnte die Deutschen, bei der Ersetzung der Monarchie durch eine Republik nicht die Grundlagen des Sozialismus in der Frage des Staates überhaupt zu vergessen. Seine Warnungen lesen sich jetzt geradezu wie eine Lektion für die Herren Zereteli und Tschernow, die in ihrer „Koalitions“praxis ihren Aberglauben an den Staat und ihre abergläubische Verehrung des Staates offenbart haben!

Noch zwei Bemerkungen. Erstens: Wenn Engels sagt, daß in einer demokratischen Republik der Staat „nicht minder“ als in der Monarchie eine „Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre“ bleibt, so bedeutet das durchaus nicht, daß die *Form* der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei, wie manche Anarchisten „lehren“. Eine breitere, freiere, offenere *Form* des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt.

Zweitens: Die Frage, warum erst ein neues Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun, hängt mit der Frage der Überwindung der Demokratie zusammen, einer Frage, zu der wir nun übergehen.

6. Engels über die Überwindung der Demokratie

Engels hatte Gelegenheit, sich darüber zu äußern im Zusammenhang mit der Frage der *wissenschaftlichen* Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokrat“.

Im Vorwort zu einer Ausgabe seiner Aufsätze zu verschiedenen Themen aus den siebziger Jahren hauptsächlich „internationalen“ Inhalts („Internationales aus dem ‚Volksstaat‘“), datiert vom 3. Januar 1894, also anderthalb Jahre vor seinem Tod, schrieb Engels, er habe in allen Aufsätzen das Wort „Kommunist“ *und nicht* „Sozialdemokrat“ gebraucht, weil sich damals die Proudhonisten in Frankreich und die Lassalleaner in Deutschland Sozialdemokraten nannten.

„Für Marx und mich“, fährt Engels fort, „war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunkts einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen. Heute ist das anders, und so mag das Wort“ („Sozialdemokrat“) „passieren, so unpassend es bleibt für eine Partei, deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letztes Endziel die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist. Die Namen *wirklicher*“ (hervorgehoben von Engels) „politischer Parteien stimmen aber nie ganz; die Partei entwickelt sich, der Name bleibt.“⁴¹¹

Der Dialektiker Engels bleibt am Ende seiner Tage der Dialektik treu. Marx und ich, sagt er, hatten einen ausgezeichneten, wissenschaftlich exakten Namen für die Partei, aber es fehlte die wirkliche, d. h. die proletarische Massenpartei. Jetzt (Ende des 19. Jahrhunderts) existiert eine wirkliche Partei, aber ihr Name ist wissenschaftlich unrichtig. Tut nichts, er „mag passieren“, wenn nur die Partei *sich entwickelt*, wenn nur die wissenschaftliche Ungenauigkeit ihres Namens der Partei selbst nicht verborgen bleibt und sie nicht daran hindert, sich in der richtigen Richtung zu entwickeln!

Mancher Spaßvogel könnte am Ende auch uns, die Bolschewiki, nach der Art von Engels trösten wollen: Wir haben eine wirkliche Partei, sie entwickelt sich vorzüglich; es mag also auch ein so sinnloses und monströses Wort wie „Bolschewik“ „passieren“, das nichts weiter ausdrückt als den rein zufälligen Umstand, daß wir 1903 auf dem Parteitag in

Brüssel-London die Mehrheit hatten . . . Jetzt, da die Verfolgungen unserer Partei im Juli und August durch die Republikaner und die „revolutionäre“ kleinbürgerliche Demokratie das Wort „Bolschewik“ im ganzen Volk zu einem Ehrennamen gemacht, jetzt, da diese Verfolgungen außerdem einen so gewaltigen, historischen Fortschritt unserer Partei in ihrer *wirklichen* Entwicklung markiert haben – jetzt hätte auch ich vielleicht Bedenken, wie im April vorzuschlagen, den Namen unserer Partei zu ändern. Vielleicht würde ich meinen Genossen ein „Kompromiß“ vorschlagen: uns Kommunistische Partei zu nennen und das Wort Bolschewiki in Klammern beizubehalten . . .

Doch die Frage nach der Benennung der Partei ist unvergleichlich weniger wichtig als die Frage nach dem Verhältnis des revolutionären Proletariats zum Staat.

In den landläufigen Betrachtungen über den Staat wird fortwährend der Fehler begangen, vor dem hier Engels warnt und den wir in den vorhergegangenen Darlegungen beiläufig gestreift haben. Man vergißt nämlich immer, daß die Aufhebung des Staates auch die Aufhebung der Demokratie bedeutet, daß das Absterben des Staates ein Absterben der Demokratie ist.

Auf den ersten Blick mag diese Behauptung höchst sonderbar und unverständlich erscheinen; bei manchem dürfte sogar die Befürchtung aufkommen, daß wir den Anbruch einer Gesellschaftsordnung erwarten, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde, denn Demokratie sei doch gerade die Anerkennung dieses Prinzips!

Nein. Demokratie ist *nicht* identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender *Staat*, d. h. eine Organisation zur systematischen *Gewaltanwendung* einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen.

Als Endziel setzen wir uns die Abschaffung des Staates, d. h. jeder organisierten und systematischen Gewalt, jeder Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt. Wir erwarten nicht, daß eine Gesellschaftsordnung anbricht, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde. Doch in unserem Streben zum Sozialismus sind wir überzeugt, daß er in den Kommunismus hinüber-

wachsen wird und daß im Zusammenhang damit jede Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt, der *Unterordnung* eines Menschen unter den anderen, eines Teils der Bevölkerung unter den anderen verschwinden wird, denn die Menschen werden sich daran *gewöhnen*, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens *ohne Gewalt* und *ohne Unterordnung* einzuhalten.

Um dieses Element der Gewohnheit zu betonen, spricht Engels eben von einem neuen *Geschlecht*, das, „in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsen, imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun“ – jedes Staatswesen abzuschaffen, auch das demokratisch-republikanische.

Um das klarzumachen, bedarf es einer Untersuchung der Frage nach den ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates.

V. KAPITEL

DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DAS ABSTERBEN DES STAATES

Am ausführlichsten erörtert Marx diese Frage in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (Brief an Bracke vom 5. Mai 1875, veröffentlicht erst 1891 in der „Neuen Zeit“, Jahrgang IX, 1, in russischer Sprache als Broschüre erschienen). Der polemische Teil dieses bedeutenden Werkes, der aus einer Kritik am Lassalleanertum besteht, hat seinen positiven Teil, nämlich die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Kommunismus und dem Absterben des Staates, sozusagen in den Schatten gestellt.

1. Die Fragestellung bei Marx

Bei einem oberflächlichen Vergleich des Briefes von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875 mit dem oben besprochenen Brief von Engels an Bebel vom 28. März 1875 könnte es scheinen, als wäre Marx viel mehr „Staatsanhänger“ als Engels und als bestünde zwischen den Auffassungen der beiden Verfasser über den Staat ein ganz erheblicher Unterschied.

Engels empfiehlt Bebel, das ganze Gerede vom Staat überhaupt fallenzulassen, das Wort „Staat“ gänzlich aus dem Programm zu entfernen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen; Engels erklärt sogar, die Kommune sei kein Staat im eigentlichen Sinne mehr gewesen. Marx dagegen spricht sogar vom „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, d. h., er erkennt scheinbar die Notwendigkeit des Staates selbst im Kommunismus an.

Eine derartige Auffassung wäre jedoch grundfalsch. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß sich die Ansichten von Marx und die von Engels über den Staat und dessen Absterben durchaus decken, der erwähnte Ausdruck von Marx bezieht sich doch gerade auf dieses *absterbende* Staatswesen.

Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunkts des *künftigen* „Absterbens“ nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr, als es sich offenkundig um einen langwierigen Prozeß handelt. Der scheinbare Unterschied zwischen Marx und Engels erklärt sich aus der Verschiedenheit der Themen, die sie behandelten, der Aufgaben, die sie verfolgten. Engels machte es sich zur Aufgabe, Bebel anschaulich, scharf umrissen, in großen Zügen die ganze Unsinnigkeit der landläufigen (und in nicht geringem Maße von Lassalle geteilten) Vorurteile in bezug auf den Staat nachzuweisen. Marx streift *diese* Frage nur nebenbei; ihn interessiert ein anderes Thema: die *Entwicklung* der kommunistischen Gesellschaft.

Die ganze Theorie von Marx ist eine Anwendung der Entwicklungstheorie – in ihrer konsequentesten, vollkommensten, durchdachtsten und inhaltsreichsten Form – auf den modernen Kapitalismus. Es ist nur natürlich, daß sich für Marx die Frage nach der Anwendung dieser Theorie auch auf den *bevorstehenden* Zusammenbruch des Kapitalismus und die *künftige* Entwicklung des *künftigen* Kommunismus erhob.

Auf Grund welcher *Unterlagen* aber kann die Frage nach der künftigen Entwicklung des künftigen Kommunismus aufgeworfen werden?

Auf Grund der Tatsache, daß er aus dem Kapitalismus *hervorgeht*, sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt, das Resultat der Wirkungen einer gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus *erzeugt* hat. Bei Marx findet sich auch nicht die Spur eines Versuchs, Utopien zu konstruieren, ins Blaue hinein Mutmaßungen anzustellen über das, was man nicht wissen kann. Marx stellt die Frage des Kommunismus so, wie

der Naturforscher die Frage der Entwicklung einer neuen, sagen wir, biologischen Abart stellen würde, wenn man weiß, daß sie so und so entstanden ist und sich in der und der bestimmten Richtung modifiziert.

Marx räumt vor allem mit der Konfusion auf, die durch das Gothaer Programm in die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft hineingetragen wird.

„Die ‚heutige Gesellschaft‘ ist die kapitalistische Gesellschaft“, schreibt er, „die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltrigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‚heutige Staat‘ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. ‚Der heutige Staat‘ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von ‚heutigem Staatswesen‘ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: Welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.“¹¹²

Nachdem Marx auf diese Weise alles Gerede vom „Volksstaat“ lächerlich gemacht hat, gibt er die Problemstellung und warnt gewissermaßen davor, bei der wissenschaftlichen Beantwortung der Frage anders als mit feststehenden wissenschaftlichen Angaben zu operieren.

Das erste, was durch die ganze Entwicklungstheorie, die ganze Wissenschaft überhaupt ganz genau festgestellt wurde, was die Utopisten vergaßen und die jetzigen Opportunisten, die sich vor der sozialistischen

Revolution fürchten, vergessen, ist der Umstand, daß es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß.

2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, fährt Marx fort, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als *die revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“

Diese Schlußfolgerung beruht bei Marx auf der Analyse der Rolle, die das Proletariat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielt, auf den Tatsachen der Entwicklung dieser Gesellschaft und der Unversöhnlichkeit der einander entgegengesetzten Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie.

Früher wurde die Frage so gestellt: Das Proletariat muß, um seine Befreiung zu erlangen, die Bourgeoisie stürzen, die politische Macht erobern und seine revolutionäre Diktatur errichten.

Jetzt wird die Frage etwas anders gestellt: Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine „politische Übergangsperiode“, und der Staat dieser Periode kann nur die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein.

In welchem Verhältnis steht nun diese Diktatur zur Demokratie?

Wir haben gesehen, daß das „Kommunistische Manifest“ einfach zwei Begriffe nebeneinander stellt: „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ und „Erkämpfung der Demokratie“. Auf Grund alles oben Gesagten läßt sich genauer bestimmen, wie sich die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus verändert.

In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir in der demokratischen Republik einen mehr oder weniger vollständigen Demokratismus. Dieser Demokratismus ist jedoch durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeeengt und bleibt daher im Grunde genommen stets ein Demokratismus für die

Minderheit, nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen. Die Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer ungefähr die gleiche, die sie in den antiken griechischen Republiken war: Freiheit für die Sklavenhalter. Die modernen Lohnsklaven bleiben infolge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß ihnen „nicht nach Demokratie“, „nicht nach Politik“ der Sinn steht, so daß bei dem gewöhnlichen, friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird vielleicht am anschaulichsten durch Deutschland bestätigt, da gerade in diesem Staat die verfassungsmäßige Legalität sich erstaunlich lange und stabil, nahezu ein halbes Jahrhundert (1871–1914), behauptet hat, während die Sozialdemokratie es verstanden hat, in dieser Zeit viel mehr als in anderen Ländern die „Legalität auszunutzen“ und einen so großen Teil der Arbeiter in der politischen Partei zu organisieren, wie das sonst nirgends in der Welt der Fall war.

Wie groß ist nun dieser höchste in der kapitalistischen Gesellschaft je beobachtete Teil der politisch bewußten und aktiven Lohnsklaven? Eine Million Mitglieder der sozialdemokratischen Partei – von fünfzehn Millionen Lohnarbeitern! Drei Millionen gewerkschaftlich Organisierte – von fünfzehn Millionen!

Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen – so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus. Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so findet man überall, sowohl in den „geringfügigen“, angeblich geringfügigen, Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitsklausel, Ausschließung der Frauen usw.) als auch in der Technik der Vertretungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechts (die öffentlichen Gebäude sind nicht für „Habenichtse“ da!) oder in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse und so weiter und so fort – überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen und Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit dem Leben der unterdrückten Klassen in ihrer Masse nicht in Berührung

gekommen ist (und das trifft für neun Zehntel, wenn nicht gar für neun- undneunzig Hundertstel der bürgerlichen Publizisten und Politiker zu) – aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen, daß die arme Bevölkerung von der Politik, von der aktiven Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen, verdrängt wird.

Marx hat dieses *Wesen* der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll!

Doch von dieser kapitalistischen Demokratie – die unvermeidlich eng ist, die die Armen im stillen beiseite schiebt und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist – führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradeswegs und glatt, „zu immer größerer Demokratie“, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen. Nein. Die weitere Entwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn außer dem Proletariat ist niemand imstande, den *Widerstand* der kapitalistischen Ausbeuter zu *brechen*, und auf anderem Wege ist er nicht zu brechen.

Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Organisation der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.

Engels hat das ausgezeichnet in seinem Brief an Bebel zum Ausdruck gebracht, wenn er, wie der Leser sich entsinnen wird, sagt: „Solange das Proletariat den Staat noch gebraucht, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald

von Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d. h. ihr Ausschluß von der Demokratie – diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d. h. keinen Unterschied zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt – erst dann „hört der Staat auf zu bestehen, und *es kann von Freiheit die Rede sein*“. Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie *abzusterben*, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach *gewöhnen werden*, die elementaren, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, *ohne den besonderen Zwangsapparat*, der sich Staat nennt, einzuhalten.

Der Ausdruck „der Staat *stirbt ab*“ ist sehr treffend gewählt, denn er deutet sowohl auf das Allmähliche als auch auf das Elementare des Prozesses hin. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir beobachten rings um uns millionenfach, wie leicht sich Menschen an die Einhaltung der für sie notwendigen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wenn die Ausbeutung fehlt, wenn nichts vorhanden ist, was sie empört, sie zu Protest und Auflehnung herausfordert, was die Notwendigkeit der *Niederhaltung* schafft.

Also: In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise

eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie entbehrlich werden, wird sie von selbst absterben.

Mit anderen Worten: Im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar der Mehrheit durch eine Minderheit. Damit eine solche Sache wie die systematische Unterdrückung der Mehrheit der Ausgebeuteten durch die Minderheit der Ausbeuter erfolgreich ist, bedarf es natürlich der größten Grausamkeit und bestialischer Unterdrückung, sind Meere von Blut nötig, durch die denn auch die Menschheit im Zustand der Sklaverei, der Leibeigenschaft und der Lohnarbeit ihren Weg geht.

Weiter. Beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung *noch* notwendig, aber es ist das bereits eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Maschine zur Unterdrückung, ein „Staat“ ist *noch* notwendig, aber es ist das bereits ein Übergangsstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven *von gestern* ist eine so verhältnismäßig leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen und Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit weit billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß die Notwendigkeit einer *besonderen Maschine* zur Unterdrückung zu schwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlich nicht imstande, das Volk niederzuhalten ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe, das *Volk* aber vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen „Maschine“, ja nahezu ohne „Maschine“, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch die einfache *Organisation der bewaffneten Massen* (in der Art der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, sei vorgreifend bemerkt).

Schließlich macht allein der Kommunismus den Staat völlig überflüssig, denn es ist *niemand* niederzuhalten, „niemand“ im Sinne einer *Klasse*, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten

Teil der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen *einzelner Personen* und ebensowenig die Notwendigkeit, *solche* Ausschreitungen zu unterdrücken. Aber erstens bedarf es dazu keiner besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates; das wird das bewaffnete Volk selbst mit der gleichen Selbstverständlichkeit und Leichtigkeit bewerkstelligen, mit der eine beliebige Gruppe zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft Raufende auseinander bringt oder eine Frau vor Gewalt schützt. Zweitens wissen wir, daß die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, in der Ausbeutung der Massen, ihrer Not und ihrem Elend zu suchen ist. Mit der Beseitigung dieser Hauptursache werden die Ausschreitungen unvermeidlich „*abzusterben*“ beginnen. Wir wissen nicht, wie rasch und in welcher Folge das geschehen wird, aber wir wissen, daß sie absterben werden. Mit dem Absterben der Ausschreitungen wird auch der Staat *absterben*.

Ohne sich auf Utopien einzulassen, hat Marx das näher bestimmt, was sich *jetzt* über diese Zukunft bestimmen läßt, nämlich den Unterschied zwischen der niederen und der höheren Phase (Stufe, Etappe) der kommunistischen Gesellschaft.

3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft

In der „Kritik des Gothaer Programms“ widerlegt Marx eingehend die Lassallesche Idee, der Arbeiter werde im Sozialismus den „unverkürzten“ oder „vollen Arbeitsertrag“ erhalten. Marx zeigt, daß von dem gesellschaftlichen Gesamtprodukt ein Reservefonds abzuziehen ist, ein Fonds für die Ausdehnung der Produktion, ferner für Ersatz der „verbrauchten“ Maschinen u. dgl. m., sodann aus den Konsumtionsmitteln ein Fonds für Verwaltungskosten, für Schulen, Krankenhäuser, Altersheime usw.

An Stelle der nebelhaften, unklaren, allgemeinen Phrase Lassalles („dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag“) gibt Marx eine nüchterne Berechnung, wie die sozialistische Gesellschaft zu wirtschaften gezwungen sein wird. Marx analysiert *konkret* die Lebensbedingungen einer solchen Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus geben wird, und sagt:

„Womit wir es hier zu tun haben“ (bei der Erörterung des Programms der Arbeiterpartei), „ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“

Eben diese kommunistische Gesellschaft, die gerade aus dem Schoße des Kapitalismus ans Tageslicht tritt, die in jeder Beziehung mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist, bezeichnet Marx als die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Die Produktionsmittel sind schon nicht mehr Privateigentum einzelner Personen. Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft. Jedes Mitglied der Gesellschaft leistet einen gewissen Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit und erhält von der Gesellschaft einen Schein darüber, daß es ein gewisses Quantum Arbeit geliefert hat. Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den gesellschaftlichen Vorräten an Konsumtionsmitteln. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat.

Es herrscht gewissermaßen „Gleichheit“.

Wenn aber Lassalle von dieser Gesellschaftsordnung (die gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, während Marx sie als erste Phase des Kommunismus bezeichnet) meint, das wäre eine „gerechte Verteilung“, das wäre „gleiches Recht eines jeden auf den gleichen Arbeitsertrag“, so irrt er, und Marx deckt seinen Irrtum auf.

„Gleiches Recht“, sagt Marx, haben wir hier allerdings, es ist aber *noch* das „bürgerliche Recht“, das, wie alles Recht, *Ungleichheit voraussetzt*. Jedes Recht besteht in Anwendung von *gleichem* Maßstab auf *ungleiche* Individuen, die in Wirklichkeit verschieden, untereinander ungleich sind; das „gleiche Recht“ ist daher eine Verletzung der Gleichheit und eine Ungerechtigkeit. In der Tat erhält jeder, der den gleichen Teil gesellschaftlicher Arbeit geleistet hat wie die anderen, den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt (nach den erwähnten Abzügen).

Indes sind die einzelnen Menschen nicht gleich: Der eine ist stärker, der andere schwächer; der eine ist verheiratet, der andere nicht; der eine hat mehr Kinder als der andere usw.

„Bei gleicher Arbeitsleistung“, folgert Marx, „und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, ungleich sein.“

Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen: Unterschiede im Reichtum, und zwar ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die *Ausbeutung* des Menschen durch den Menschen sein, denn es wird nicht mehr möglich sein, die *Produktionsmittel*, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw., als Privateigentum an sich zu reißen. Marx zerschlägt die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ *schlechthin* und zeigt dabei den *Entwicklungsgang* der kommunistischen Gesellschaft, die *gezwungen* ist, zunächst *nur* die „Ungerechtigkeit“ zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst *nicht instande* ist, mit einem Schlag auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel „nach der Arbeitsleistung“ (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht.

Die Vulgärökonomien, darunter bürgerliche Professoren mitsamt „unserm“ Tugan, machen den Sozialisten ständig zum Vorwurf, daß sie die Ungleichheit der Menschen vergessen und von einer Beseitigung dieser Ungleichheit „träumen“. Ein solcher Vorwurf beweist, wie wir sehen, nur grenzenlose Ignoranz der Herren bürgerlichen Ideologen.

Marx zieht nicht nur auf das genaueste die unvermeidliche Ungleichheit der Menschen in Betracht, er berücksichtigt auch, daß der bloße Übergang der Produktionsmittel in das Gemeineigentum der gesamten Gesellschaft („Sozialismus“ im landläufigen Gebrauch des Wortes) die Mängel der Verteilung und die Ungleichheit des „bürgerlichen Rechts“ *nicht beseitigt*, das *weiter herrscht*, solange die Produkte „nach der Arbeitsleistung“ verteilt werden.

„Aber diese Mißstände“, fährt Marx fort, „sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben

aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“

Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das „bürgerliche Recht“ *nicht* vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d. h. lediglich in bezug auf die Produktionsmittel. Das „bürgerliche Recht“ sieht in ihnen das Privateigentum einzelner Individuen. Der Sozialismus macht sie zum Gemeineigentum. *Insofern* – und nur *insofern* – fällt das „bürgerliche Recht“ fort.

Es bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, dieses sozialistische Prinzip ist *schon* verwirklicht; „für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte“ – auch dieses sozialistische Prinzip ist *schon* verwirklicht. Das ist jedoch noch nicht Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das „bürgerliche Recht“, das ungleichen Individuen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsmengen die gleiche Menge Produkte zuweist.

Das ist ein „Mißstand“, sagt Marx, aber er ist in der ersten Phase des Kommunismus unvermeidbar, denn will man nicht in Utopien verfallen, so darf man nicht annehmen, daß die Menschen sofort nach dem Sturz des Kapitalismus lernen werden, *ohne alle Rechtsnormen* für die Allgemeinheit zu arbeiten, sind doch die ökonomischen Voraussetzungen für eine *solche* Änderung durch die Abschaffung des Kapitalismus *nicht sofort gegeben*.

Andere Normen aber als die des „bürgerlichen Rechts“ sind nicht vorhanden. *Insofern* bleibt noch die Notwendigkeit des Staates bestehen, der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung und die Gleichheit bei der Verteilung der Produkte zu schützen hat.

Der Staat stirbt ab, *insofern* es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine *Klasse* mehr *unterdrücken* kann.

Der Staat ist aber noch nicht ganz abgestorben, denn noch bleibt die

Wahrung des „bürgerlichen Rechts“, das die faktische Ungleichheit sanktioniert. Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus.

4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

Marx fährt fort:

„In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Erst jetzt können wir die ganze Richtigkeit der Bemerkungen von Engels einschätzen, in denen er unerbittlich die Verbindung der Wörter „Freiheit“ und „Staat“ als unsinnig verspottete. Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.

Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen *gesellschaftlichen* Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einem Schlag aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte *ermöglichen*. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung *aufhält*, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden

könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur Verwandlung der Arbeit in „das erste Lebensbedürfnis“ führen wird, das wissen wir nicht und *können wir nicht* wissen.

Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen. Dabei betonen wir, daß dieser Prozeß von langer Dauer ist und vom Entwicklungstempo der *höheren Phase* des Kommunismus abhängt, wobei wir die Frage der Fristen oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offenlassen, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen *gibt es nicht*.

Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht haben wird, d. h. wenn die Menschen sich so an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig *nach ihren Fähigkeiten* arbeiten werden. Der „enge bürgerliche Rechtshorizont“, der dazu zwingt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock bedacht zu sein, nur ja nicht eine halbe Stunde länger zu arbeiten als der andere und keine geringere Bezahlung zu erhalten als der andere – dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Produkte wird dann von der Gesellschaft keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge erfordern; jeder wird frei „nach seinen Bedürfnissen“ nehmen.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus ist es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als „reine Utopie“ hinzustellen und darüber zu spotten, daß die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffeln, Autos, Klaviere u. dgl. m. zu erhalten. Die meisten bürgerlichen „Gelehrten“ beschränken sich auch bis auf den heutigen Tag auf dieses Spotten und verraten dadurch nur ihre Ignoranz und ihre eigennützigte Verteidigung des Kapitalismus.

Ignoranz, denn es ist keinem Sozialisten je eingefallen, „zuzusichern“,

daß die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus eintreten wird; die *Voraussicht* der großen Sozialisten aber, daß sie eintreten wird, hat nicht die heutige Arbeitsproduktivität und *nicht* den *heutigen* Spießer zur Voraussetzung, der es fertigbrächte, etwa wie die Seminaristen bei Pomjalowski*, „für nichts und wieder nichts“ Magazine gesellschaftlicher Vorräte zu beschädigen und Unmögliches zu verlangen.

Bis die „höhere“ Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die *strengste* Kontrolle seitens der Gesellschaft *und seitens des Staates* über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß mit der Expropriation der Kapitalisten *beginnen*, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und darf nicht von einem Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern von dem Staat der *bewaffneten Arbeiter*.

Die eigennützige Verteidigung des Kapitalismus durch die bürgerlichen Ideologen (und ihre Schleppenträger vom Schlage der Herren Zereteli, Tschernow und Co.) besteht gerade darin, daß sie die dringende, aktuelle Frage der *heutigen* Politik in Diskussionen und Gerede über die ferne Zukunft *umfälschen*, und zwar die Frage der Expropriation der Kapitalisten, der Umwandlung *aller* Bürger in Arbeiter und Angestellte *eines* großen „Syndikats“, nämlich des ganzen Staates, und der völligen Unterordnung der gesamten Arbeit dieses ganzen Syndikats unter den wahrhaft demokratischen Staat, *den Staat der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten*.

Wenn der gelehrte Professor und mit ihm der Spießer und die Herren Zereteli und Tschernow von hirnverbrannten Utopien, von demagogischen Versprechungen der Bolschewiki, von der Unmöglichkeit der „Einführung“ des Sozialismus reden, dann meinen sie im Grunde genommen das höhere Stadium, die höhere Phase des Kommunismus, die „einzuführen“ niemand versprochen, ja nicht einmal im Sinn gehabt hat, denn „einführen“ läßt sie sich überhaupt nicht.

Hier sind wir bei der Frage des wissenschaftlichen Unterschieds zwischen Sozialismus und Kommunismus angelangt, die Engels in seiner obenerwähnten Betrachtung über die Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokraten“ berührt. Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der

* Pomjalowski – russischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts. *Die Red.*

Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein, doch wäre es lächerlich, jetzt, im Kapitalismus, diesen Unterschied hervorzuheben; ihn in den Vordergrund rücken könnten höchstens vereinzelte Anarchisten (falls unter den Anarchisten noch Leute übriggeblieben sind, die nichts hinzulernt haben, nachdem sich die Kropotkin, Grave, Cornelissen und andere „Leuchten“ des Anarchismus auf „Plechanowsche“ Art in Sozialchauvinisten oder in Schützengraben-Anarchisten verwandelt haben – wie sich Ge, einer der wenigen Anarchisten, die noch Ehre und Gewissen bewahrt haben, ausgedrückt hat).

Doch der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist klar. Was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nannte Marx die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Insofern die Produktionsmittel *Gemeineigentum* werden, ist das Wort „Kommunismus“ auch hier anwendbar, wenn man nicht vergißt, daß es *kein* vollkommener Kommunismus ist. Die große Bedeutung der Erörterungen von Marx besteht darin, daß er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre, anwendet, indem er den Kommunismus als etwas betrachtet, das sich *aus* dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, „erdachter“ Definitionen und fruchtloser Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) gibt Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch *nicht* völlig reif, völlig frei von den Traditionen, von den Spuren des Kapitalismus sein. Daraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung wie das Fortbestehen des „engen *bürgerlichen* Rechtshorizonts“ während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht setzt natürlich in bezug auf die Verteilung der *Konsumtionsmittel* unvermeidlich auch den *bürgerlichen Staat* voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu *erzwingen*.

So ergibt sich, daß im Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat – ohne Bourgeoisie!

Das mag paradox oder einfach als dialektisches Gedankenspiel erscheinen, wie das vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vorwurf gemacht

wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu ergründen.

In Wirklichkeit zeigt uns doch das Leben auf Schritt und Tritt, sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft, Überreste des Alten im Neuen. Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen „bürgerlichen“ Rechts in den Kommunismus hineingebracht, sondern hat das genommen, was wirtschaftlich und politisch in einer *aus dem Schoß* des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.

Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus keine unüberschreitbare Grenze, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welche große Bedeutung der Kampf des Proletariats um die Gleichheit und die Losung der Gleichheit haben, wenn man sie richtig, im Sinne der Aufhebung der Klassen auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur *formale* Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft *in bezug* auf den Besitz der Produktionsmittel, d. h. der Gleichheit der Arbeit, der Gleichheit des Arbeitslohnes, wird sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d. h. zur Verwirklichung des Satzes „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel durchschreiten wird; welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen wird, wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klarwerden, wie grenzenlos verlogen die landläufige bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit *erst* mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der *Mehrheit* der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung, einsetzen wird.

Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits be-

deutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zur Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische, Staatsmaschine – stehendes Heer, Polizei, Beamtentum – zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, aus der Welt zu schaffen, sie durch eine *demokratischere* Staatsmaschine, aber immerhin noch durch eine Staatsmaschine zu ersetzen, bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die dazu übergehen, das gesamte Volk zur Beteiligung an der Miliz heranzuziehen.

Hier „schlägt Quantität in Qualität um“: Eine *solche* Stufe des Demokratismus ist mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung verbunden. Wenn tatsächlich *alle* an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht länger halten. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft ihrerseits die *Voraussetzungen* dafür, daß wirklich „alle“ an der Leitung des Staates teilnehmen *können*. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern bereits eingeführt ist, ferner die „Schulung und Disziplinierung“ von Millionen Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.

Unter solchen *ökonomischen* Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nachdem sie gestürzt sind, bei der *Kontrolle* über Produktion und Verteilung, bei der *Registrierung* der Arbeit und der Produkte, durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man verwechsle nicht die Frage der Kontrolle und Rechnungsführung mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen u. a.: Diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Rechnungsführung und Kontrolle – das ist das *Wichtigste*, was zum „Ingangsetzen“, zum richtigen Funktionieren der kommunistischen Ge-

sellschaft in ihrer *ersten Phase* erforderlich ist. *Alle* Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. *Alle* Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das gesamte Volk umfassenden Staats„syndikats“. Es handelt sich nur darum, daß sie alle gleichermaßen arbeiten, das Maß der Arbeit richtig einhalten und gleichermaßen Lohn bekommen. Die Rechnungsführung und Kontrolle darüber ist durch den Kapitalismus bis zum äußersten *vereinfacht*, in außergewöhnlich einfache Operationen verwandelt worden, die zu verrichten jeder des Lesens und Schreibens Kundige imstande ist, er braucht nur zu beaufsichtigen und zu notieren, es genügt, daß er die vier Grundrechnungsarten beherrscht und entsprechende Quittungen ausstellen kann.*

Wenn die *Mehrheit* des Volkes anfangen wird, selbständig allorts eine solche Rechnungsführung, eine solche Kontrolle über die Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und über die Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, dann wird diese Kontrolle eine wirklich universelle, allgemeine, eine wirkliche Volkskontrolle werden, dann wird man sich ihr auf keine Weise entziehen können, wird man sich vor ihr „nirgends retten“ können.

Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.

Aber diese „Fabrik“disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine *Stufe*, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung, eine Stufe, *um weiter* vorwärtsschreiten zu können.

Von dem Zeitpunkt an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrheit *selbst* gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben, die

* Wenn der Staat im wesentlichen Teil seiner Funktionen auf eine solche Rechnungsführung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst reduziert wird, hört er auf, ein „politischer Staat“ zu sein, dann „verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative Funktionen“ (vgl. oben, Kapitel IV, Abschnitt 2, über Engels' Polemik gegen die Anarchisten).

Kontrolle „in Gang gebracht“ haben über die verschwindend kleine Minderheit der Kapitalisten, über die Herrchen, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind – von diesem Zeitpunkt an beginnt die Notwendigkeit jeglichen Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Zeitpunkt, zu dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der „Staat“, der aus bewaffneten Arbeitern besteht und „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ ist, um so rascher beginnt *jeder* Staat abzusterben.

Denn wenn *alle* gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten, und sie in der Tat leiten werden, wenn sie selbständig die Rechnungsführung und die Kontrolle über Müßiggänger, Herrensöhnchen, Gauner und ähnliche „Hüter der Traditionen des Kapitalismus“ verwirklichen, dann wird das Umgehen dieser vom ganzen Volk durchgeführten Rechnungsführung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche und ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens, keine sentimental-intelligenzler und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die *Notwendigkeit* zur Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen sehr bald zur *Gewohnheit* werden wird.

Dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu ihrer höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates weit geöffnet sein.

VI. KAPITEL

DIE VULGARISIERUNG DES MARXISMUS DURCH DIE OPPORTUNISTEN

Die Frage nach dem Verhältnis des Staates zur sozialen Revolution und der sozialen Revolution zum Staat hat die prominentesten Theoretiker und Publizisten der II. Internationale (1889–1914) sehr wenig beschäftigt, ebensowenig wie die Frage der Revolution überhaupt. Aber

das Charakteristischste an dem Prozeß des stetigen Anwachsens des Opportunismus, der 1914 zum Zusammenbruch der II. Internationale geführt hat, ist, daß man selbst da, wo man an diese Frage hart heran- gekommen war, sie zu *umgehen suchte* oder sie nicht bemerkte.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß das *Ausweichen* vor der Frage des Verhältnisses der proletarischen Revolution zum Staat, ein Ausweichen, das den Opportunismus begünstigte und nährte, zur *Entstellung* und völligen Verflachung des Marxismus geführt hat.

Um diesen traurigen Prozeß wenigstens in aller Kürze zu kennzeichnen, wenden wir uns den prominentesten Theoretikern des Marxismus, Plechanow und Kautsky, zu.

1. Plechanows Polemik gegen die Anarchisten

Plechanow hat der Frage des Verhältnisses zwischen Anarchismus und Sozialismus eine besondere Broschüre, „Anarchismus und Sozialismus“, gewidmet, die 1894 in deutscher Sprache erschienen ist.

Plechanow brachte es fertig, dieses Thema zu behandeln und dabei das Aktuellste, Dringlichste und politisch Wesentlichste im Kampf gegen den Anarchismus, nämlich das Verhältnis der Revolution zum Staat wie überhaupt die Frage des Staates, völlig zu umgehen! In seiner Broschüre treten zwei Teile hervor: der eine – ein historisch-literarischer mit wertvollem Material zur Geschichte der Ideen Stirners, Proudhons u. a., der andere – ein philisterhafter mit platten Betrachtungen darüber, daß ein Anarchist von einem Banditen nicht zu unterscheiden sei.

Eine höchst kuriose Themenverknüpfung, die für die ganze Tätigkeit Plechanows am Vorabend der Revolution und während der Revolutionsperiode in Rußland äußerst charakteristisch ist: Plechanow entpuppte sich denn auch in den Jahren 1905–1917 halb als Doktrinär und halb als Philister, der in der Politik im Nachtrab der Bourgeoisie einherging.

Wir haben gesehen, wie Marx und Engels in ihrer Polemik gegen die Anarchisten besonders eingehend ihre Ansichten über das Verhältnis der Revolution zum Staat klarlegten. Als Engels 1891 die Marxsche „Kritik des Gothaer Programms“ herausgab, schrieb er: „Wir“ (d. h. Engels und Marx) „lagen damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongreß der

(ersten) Internationale¹¹³, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten . . .“

Die Anarchisten versuchten, gerade die Pariser Kommune sozusagen „für sich“ in Anspruch zu nehmen, als eine Bestätigung ihrer Lehre, dabei hatten sie die Lehren der Kommune und die Analyse dieser Lehren durch Marx überhaupt nicht begriffen. Zu den konkret-politischen Fragen: Soll man die alte Staatsmaschinerie *zerschlagen*? – und *wodurch* ist sie zu ersetzen? – hat der Anarchismus nichts beigetragen, was auch nur annähernd an die Wahrheit heranreichte.

Aber über „Anarchismus und Sozialismus“ reden und dabei der ganzen Frage des Staates ausweichen, die ganze Entwicklung des Marxismus vor und nach der Kommune *übersehen*, das hieß unvermeidlich zum Opportunismus ableiten. Denn eben dem Opportunismus ist am besten gedient, wenn die beiden von uns soeben bezeichneten Fragen überhaupt *nicht* angeschnitten werden. Das allein bedeutet *schon* einen Sieg des Opportunismus.

2. Kautskys Polemik gegen die Opportunisten

Von Kautskys Schriften sind zweifellos bedeutend mehr ins Russische übersetzt als in irgendeine andere Sprache. Nicht zu Unrecht sagen manche deutsche Sozialdemokraten im Scherz, Kautsky werde in Rußland mehr gelesen als in Deutschland. (Nebenbei bemerkt, enthält dieser Scherz einen viel tieferen historischen Sinn, als seine Urheber vermuten, nämlich: die russischen Arbeiter, die 1905 einen wahren Heißhunger nach den besten Werken der besten sozialdemokratischen Literatur der Welt an den Tag legten und die eine im Vergleich mit anderen Ländern unerhört große Menge von Übersetzungen und Ausgaben solcher Werke erhielten, übertrugen damit sozusagen auf den jungen Boden unserer proletarischen Bewegung in beschleunigter Weise die reiche Erfahrung des fortgeschritteneren Nachbarlandes.)

Besonders bekannt ist Kautsky bei uns, abgesehen von seiner populären Darstellung des Marxismus, durch seine Polemik gegen die Opportunisten, an ihrer Spitze Bernstein. Kaum bekannt ist aber eine Tatsache, die nicht umgangen werden darf, wenn man sich die Aufgabe stellt, zu

verfolgen, wie Kautsky zu einer unglaublich schmachvollen Verwirrung und zur Verteidigung des Sozialchauvinismus in der Zeit der schwersten Krise 1914/1915 hinabgesunken ist. Nämlich die Tatsache, daß Kautsky vor seinem Auftreten gegen die prominentesten Vertreter des Opportunismus in Frankreich (Millerand und Jaurès) und Deutschland (Bernstein) sehr stark geschwankt hat. Die marxistische „Sarja“¹⁴⁴, die 1901/1902 in Stuttgart erschien und revolutionär-proletarische Anschauungen vertrat, sah sich gezwungen, gegen Kautsky zu polemisieren, seine aus Halbheiten bestehende, ausweichende, den Opportunisten gegenüber versöhnliche Resolution auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Paris 1900¹⁴⁵ als „kautschukartig“ zu bezeichnen. In der deutschen Literatur sind Briefe von Kautsky veröffentlicht worden, die zeigen, daß er vor seinem Feldzug gegen Bernstein nicht weniger schwankte.

Von ungleich größerer Bedeutung ist jedoch der Umstand, daß wir selbst in seiner Polemik gegen die Opportunisten, in seiner Fragestellung und seiner Art der Behandlung der Frage jetzt, da wir die *Geschichte* des neuesten Verrats Kautskys am Marxismus untersuchen, ein systematisches Hinneigen zum Opportunismus gerade in der Frage des Staates feststellen können.

Nehmen wir Kautskys erstes größeres Werk gegen den Opportunismus, sein Buch „Bernstein und das Sozialdemokratische Programm“. Bernstein wird von Kautsky ausführlich widerlegt. Charakteristisch aber ist folgendes.

Bernstein erhebt in seinen herostratisch berühmt gewordenen „Voraussetzungen des Sozialismus“ gegen den Marxismus den Vorwurf des „Blanquismus“ (ein Vorwurf, den seither die Opportunisten und die liberalen Bourgeois in Rußland Tausende von Malen gegen die Vertreter des revolutionären Marxismus, die Bolschewiki, wiederholten). Dabei geht Bernstein besonders auf den Marxschen „Bürgerkrieg in Frankreich“ ein und versucht – wie wir gesehen haben, höchst erfolglos –, die Marxschen Ansichten über die Lehren der Kommune mit Proudhons Ansichten zu identifizieren. Besondere Beachtung findet bei Bernstein die Schlußfolgerung von Marx, die er in der Vorrede von 1872 zum „Kommunistischen Manifest“ unterstrichen hat und die besagt, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen kann“.

Bernstein hat dieser Ausspruch so sehr „gefallen“, daß er ihn in seinem Buch nicht weniger als dreimal wiederholt, um ihn in einem ganz entstellten, opportunistischen Sinne auszulegen.

Marx will, wie wir gesehen haben, sagen, daß die Arbeiterklasse die ganze Staatsmaschine *zerschlagen, zerbrechen, sprengen* muß (der Ausdruck „Sprengung“ wird von Engels gebraucht). Bernstein dagegen stellt es so hin, als hätte Marx mit diesen Worten die Arbeiterklasse *vor* revolutionärem Übereifer bei der Ergreifung der Macht warnen wollen.

Eine gröbere und abscheulichere Verdrehung des Marxschen Gedankens ist kaum vorstellbar.

Was tat nun Kautsky in seiner sehr eingehenden Widerlegung der Bernsteiniade?

Er vermied es, die ganze Tiefe der Entstellung des Marxismus durch den Opportunismus in diesem Punkt zu untersuchen. Er führte die oben zitierte Stelle aus der Engelsschen Einleitung zum „Bürgerkrieg“ von Marx an und beschränkte sich darauf, zu sagen, daß nach Marx die Arbeiterklasse nicht die *fertige* Staatsmaschine *einfach* in Besitz nehmen kann, daß sie aber, allgemein gesprochen, sie in Besitz nehmen *könne*, weiter nichts. Davon, daß Bernstein Marx *das gerade Gegenteil* des wirklichen Marxschen Gedankens zuschrieb, daß Marx seit 1852 als Aufgabe der proletarischen Revolution das „Zerschlagen“ der Staatsmaschinerie in den Vordergrund rückte, findet sich bei Kautsky nicht ein Wort.

So kam es, daß der wesentlichste Unterschied zwischen Marxismus und Opportunismus hinsichtlich der Aufgaben der proletarischen Revolution bei Kautsky verkleistert wurde!

„Die Entscheidung über das Problem der proletarischen Diktatur“, schrieb Kautsky *gegen* Bernstein, „können wir wohl ganz ruhig der Zukunft überlassen.“ (S. 172 der deutschen Ausgabe.)

Das ist keine Polemik *gegen* Bernstein, sondern im Grunde ein *Zugeständnis* an ihn, eine Kapitulation vor dem Opportunismus, denn vorerst brauchen die Opportunisten ja nichts weiter, als daß alle grundlegenden Fragen nach den Aufgaben der proletarischen Revolution „ganz ruhig der Zukunft überlassen“ werden.

Marx und Engels haben von 1852 bis 1891, vierzig Jahre hindurch, das Proletariat gelehrt, daß es die Staatsmaschinerie zerschlagen muß.

Kautsky aber bringt es 1899 fertig, angesichts des völligen Verrats, den die Opportunisten in diesem Punkt am Marxismus geübt haben, die Frage, ob man diese Maschine zerschlagen müsse, *zu vertauschen* gegen die Frage nach den konkreten Formen dieses Zerschlagens, und rettet sich unter die Fittiche der „unbestreitbaren“ (und nutzlosen) philisterhaften Wahrheit, daß man die konkreten Formen nicht im voraus kennen könne!!

Ein Abgrund klafft zwischen Marx und Kautsky in ihrem Verhältnis zu der Aufgabe der proletarischen Partei, die Arbeiterklasse auf die Revolution vorzubereiten.

Nehmen wir ein späteres, reiferes Werk von Kautsky, das in beträchtlichem Maße ebenfalls einer Widerlegung der Irrtümer des Opportunismus gewidmet ist. Es ist seine Broschüre „Die soziale Revolution“. Der Verfasser behandelt hier speziell das Thema der „proletarischen Revolution“ und des „proletarischen Regimes“. Der Verfasser hat sehr viel außerordentlich Wertvolles geboten, aber gerade die Frage des Staates hat er *umgangen*. In der Broschüre ist überall von der Eroberung der Staatsgewalt die Rede, weiter nichts, d. h., es ist eine solche Formulierung gewählt, die den Opportunisten entgegenkommt, da sie die Eroberung der Macht *ohne* eine Zerstörung der Staatsmaschinerie *zuläßt*. Gerade das, was Marx 1872 im Programm des „Kommunistischen Manifests“ für „veraltet“ erklärt, wird von Kautsky 1902 *wieder aufgewärmt*.

In der Broschüre ist ein besonderer Abschnitt den „Formen und Waffen der sozialen Revolution“ gewidmet. Hier wird wohl vom politischen Massenstreik gesprochen, ebenso vom Bürgerkrieg und von den „Machtmitteln des modernen Großstaates, seiner Bürokratie und Armee“, aber kein Sterbenswort davon, was die Kommune die Arbeiter bereits gelehrt hat. Augenscheinlich hat Engels die Sozialisten, insbesondere die deutschen, nicht ohne Grund vor der „abergläubischen Verehrung“ des Staates gewarnt.

Kautsky schildert die Sache folgendermaßen: Das siegreiche Proletariat wird „das demokratische Programm zur Wahrheit machen“, und er erläutert die einzelnen Punkte dieses Programms. Darüber aber, was das Jahr 1871 in der Frage der Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische Demokratie Neues gebracht hat, kein Wort. Kautsky begnügt sich mit solchen „solide“ klingenden Banalitäten wie:

„Und doch ist es selbstverständlich, daß wir nicht zur Herrschaft kommen unter den heutigen Verhältnissen. Die Revolution selbst setzt lange und tiefgehende Kämpfe voraus, die bereits unsere heutige politische und soziale Struktur verändern werden.“

Freilich ist das „selbstverständlich“, ebensogut wie die Wahrheit, daß Pferde Hafer fressen und die Wolga ins Kaspische Meer fließt. Schade nur, daß mit Hilfe der hohlen und schwülstigen Phrase über „tiefgehende“ Kämpfe die für das revolutionäre Proletariat wesentliche Frage *umgangen* wird, *worin denn* die „Tiefe“ *seiner* Revolution gegenüber dem Staat, gegenüber der Demokratie zum Unterschied von den früheren, nichtproletarischen Revolutionen zum Ausdruck kommt.

Indem Kautsky diese Frage umgeht, macht er *in der Tat* in diesem wesentlichsten Punkt ein Zugeständnis an den Opportunismus, auch wenn er ihm *in Worten* einen erbitterten Krieg ansagt und die Bedeutung der „Idee der Revolution“ unterstreicht (was mag diese „Idee“ wert sein, wenn man sich fürchtet, unter den Arbeitern die konkreten Lehren der Revolution zu propagieren?) oder sagt: „revolutionären Idealismus vor allem“, oder erklärt, daß die englischen Arbeiter „heute kaum noch etwas anderes als kleine Bourgeois“ seien.

„Die verschiedensten Formen des Betriebes“, schreibt Kautsky, „bürokratischer (??), gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb... können nebeneinander in einer sozialistischen Gesellschaft existieren... Es gibt z. B. Betriebe, die ohne eine bürokratische (??) Organisation nicht auskommen, wie die Eisenbahnen. Die demokratische Organisation kann sich da so gestalten, daß die Arbeiter Delegierte wählen, die eine Art Parlament bilden, welches die Arbeitsordnungen feststellt und die Verwaltung des bürokratischen Apparates überwacht. Andere Betriebe kann man der Verwaltung der Gewerkschaften übergeben, wieder andere können genossenschaftlich betrieben werden.“ (S. 148 und 115 der russischen Übersetzung, Genfer Ausgabe 1903.)

Diese Betrachtung ist falsch. Sie bedeutet einen Rückschritt im Vergleich zu dem, was Marx und Engels in den siebziger Jahren am Beispiel der Lehren der Kommune gezeigt haben.

Was die angeblich notwendige „bürokratische“ Organisation angeht, unterscheiden sich die Eisenbahnen absolut durch nichts von allen Betrieben der maschinellen Großindustrie überhaupt, von einer beliebigen Fabrik, einem großen Geschäft, einem großkapitalistischen landwirt-

schaftlichen Unternehmen. In allen solchen Betrieben schreibt die Technik unbedingt die strengste Disziplin vor, die größte Genauigkeit bei Ausführung der jedem zugewiesenen Teilarbeit, da sonst die Stilllegung des ganzen Betriebes, eine Schädigung des Mechanismus, eine Schädigung des Produkts zu befürchten wäre. In allen diesen Unternehmen werden die Arbeiter natürlich „Delegierte wählen, die *eine Art Parlament bilden*“.

Aber das ist ja eben der ganze Witz, daß diese „Art Parlament“ *kein* Parlament im Sinne der bürgerlich-parlamentarischen Körperschaften sein wird. Das ist ja der Witz, daß diese „Art Parlament“ *nicht* nur die „Arbeitsordnungen feststellen und die Verwaltung des bürokratischen Apparates überwachen“ wird, wie Kautsky sich das ausmalt, dessen Gedanken über den Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus nicht hinausgehen. In der sozialistischen Gesellschaft wird natürlich „eine Art Parlament“ von Arbeiterdeputierten die „Arbeitsordnungen feststellen“ und die „Verwaltung des Apparates überwachen“, *aber* dieser Apparat wird *nicht* „bürokratisch“ sein. Die Arbeiter werden nach Eroberung der politischen Macht den alten bürokratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, von ihm nicht einen Stein auf dem anderen lassen; sie werden ihn durch einen neuen Apparat ersetzen, gebildet aus eben diesen Arbeitern und Angestellten, *gegen* deren Verwandlung in Bürokraten man sofort die von Marx und Engels eingehend untersuchten Maßnahmen treffen wird: 1. nicht nur Wählbarkeit, sondern auch jederzeitige Absetzbarkeit; 2. eine den Arbeiterlohn nicht übersteigende Bezahlung; 3. sofortiger Übergang dazu, daß *alle* die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, daß *alle* eine Zeitlang zu „Bürokraten“ werden, so daß daher *niemand* zum „Bürokraten“ werden kann.

Die Worte von Marx: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“ hat Kautsky überhaupt nicht durchdacht.

Kautsky hat überhaupt nicht den Unterschied begriffen zwischen bürgerlichem Parlamentarismus, der die Demokratie (*nicht für das Volk*) mit dem Bürokratismus (*gegen das Volk*) verbindet, und dem proletarischen Demokratismus, der sofort Maßnahmen ergreifen wird, um den Bürokratismus radikal zu unterbinden, und der imstande

sein wird, diese Maßnahmen zu Ende zu führen, bis zur völligen Vernichtung des Bürokratismus, bis zur Einführung der vollen Demokratie für das Volk.

Kautsky offenbart hier immer noch die gleiche „abergläubische Verehrung“ des Staates, das gleiche „abergläubische Vertrauen“ dem Bürokratismus gegenüber.

Gehen wir zum letzten und besten Werk Kautskys gegen die Opportunisten über, zu seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ (die, glaube ich, keine russische Ausgabe erlebte, da sie im Jahre 1909 erschienen ist, zur Zeit, als bei uns die schwärzeste Reaktion herrschte). Diese Broschüre ist ein erheblicher Schritt vorwärts, da in ihr nicht von einem revolutionären Programm im allgemeinen, wie 1899 in der Schrift gegen Bernstein, nicht von den Aufgaben der sozialen Revolution ohne Bezugnahme auf die Zeit ihres Anbruchs, wie 1902 in der Broschüre „Die soziale Revolution“, die Rede ist, sondern von den konkreten Bedingungen, die uns zwingen anzuerkennen, daß die „Ära der Revolution“ *anhebt*.

Der Verfasser weist mit Bestimmtheit auf die Verschärfung der Klassegegensätze im allgemeinen und auf den Imperialismus hin, der in dieser Beziehung eine besonders große Rolle spiele. Nach dem „revolutionären Zeitalter 1789–1871“ für Westeuropa beginne seit 1905 ein ähnliches Zeitalter für den Osten. Der Weltkrieg rücke mit bedrohlicher Geschwindigkeit näher. „Es“ (das Proletariat) „kann nicht mehr von einer vorzeitigen Revolution reden.“ „Wir sind in eine revolutionäre Periode eingetreten.“ Die „revolutionäre Ära hebt an“.

Diese Erklärungen sind völlig klar. Diese Schrift Kautskys muß als Gradmesser dafür dienen, was die deutsche Sozialdemokratie vor dem imperialistischen Krieg *zu sein versprach* und wie tief sie (mitsamt Kautsky selbst) bei Ausbruch des Krieges gesunken ist. „Die heutige Situation“, schrieb Kautsky in der angeführten Broschüre, „bringt aber die Gefahr mit sich, daß wir“ (d. h. die deutsche Sozialdemokratie) „leicht ‚gemäßigter‘ aussehen, als wir sind.“ Es hat sich aber herausgestellt, daß die deutsche sozialdemokratische Partei unvergleichlich gemäßigter und opportunistischer war, als sie zu sein schien!

Um so bezeichnender ist es, daß Kautsky trotz dieser Bestimmtheit seiner Erklärungen über die bereits angebrochene Ära der Revolutionen auch in dieser Broschüre, die nach seinen eigenen Worten der Erörterung

der Frage gerade der „*politischen* Revolution“ gewidmet ist, wiederum die Frage des Staates völlig umgeht.

Die Summe der Umgehungen dieser Frage, des Verschweigens und Ausweichens ergab unvermeidlich jenes völlige Abschwenken zum Opportunismus, über das wir nun zu sprechen haben werden.

In der Person Kautskys erklärte die deutsche Sozialdemokratie gleichsam: Ich bleibe bei den revolutionären Anschauungen (1899). Ich erkenne insbesondere die Unausbleiblichkeit der sozialen Revolution des Proletariats an (1902). Ich erkenne den Anbruch einer neuen Ära der Revolutionen an (1909). Aber dennoch gehe ich hinter das zurück, was Marx bereits 1852 gesagt hat, wenn es sich um die Frage nach den Aufgaben der proletarischen Revolution in bezug auf den Staat handelt (1912).

So nämlich wurde die Frage mit aller Eindeutigkeit in der Polemik Kautskys gegen Pannekoek gestellt.

3. Kautskys Polemik gegen Pannekoek

Pannekoek trat gegen Kautsky als ein Vertreter jener „linksradikalen“ Strömung auf, die Rosa Luxemburg, Karl Radek und andere in ihren Reihen zählte und die bei der Verfechtung der revolutionären Taktik einig war in der Überzeugung, daß Kautsky die Position des prinzipienlos zwischen Marxismus und Opportunismus hin und her schwankenden „Zentrums“ beziehe. Die Richtigkeit dieser Ansicht wurde durch den Krieg vollauf bestätigt, als die Richtung des „Zentrums“ (das zu Unrecht marxistisch genannt wird) oder des „Kautskyanertums“ sich in ihrer ganzen widerlichen Jämmerlichkeit zeigte.

In dem Artikel „Massenaktion und Revolution“ („*Neue Zeit*“, 1912, XXX, 2), in dem die Frage des Staates berührt wird, charakterisierte Pannekoek die Stellung Kautskys als die des „passiven Radikalismus“, als „die Theorie des aktionslosen Abwartens“. „Kautsky übersieht den Prozeß der Revolution“ (S. 616). Indem Pannekoek die Frage auf diese Weise stellte, kam er auf das uns interessierende Thema, die Aufgaben der proletarischen Revolution gegenüber dem Staat, zu sprechen.

„Der Kampf des Proletariats“, schrieb er, „ist nicht einfach ein Kampf gegen die Bourgeoisie *um* die Staatsgewalt als Objekt, sondern ein Kampf *gegen* die

Staatsgewalt . . . der Inhalt dieser Revolution ist die Vernichtung und Auflösung der Machtmittel des Staates durch die Machtmittel des Proletariats . . . Der Kampf hört erst auf, wenn als Endresultat die völlige Zerstörung der staatlichen Organisation eingetreten ist. Die Organisation der Mehrheit hat dann ihre Überlegenheit dadurch erwiesen, daß sie die Organisation der herrschenden Minderheit vernichtet hat.“ (S. 548.)

Die Formulierung, in die Pannekoek seine Gedanken kleidete, weist sehr große Mängel auf. Aber der Gedanke ist immerhin klar, und es ist interessant, *wie* Kautsky ihn widerlegte.

„Bisher“, schrieb er, „bestand der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten darin, daß jene die Staatsgewalt erobern, diese sie zerstören wollten. Pannekoek will beides.“ (S. 724.)

Wenn auch bei Pannekoek die Darstellung nicht klar und nicht konkret genug ist (von anderen Mängeln seines Artikels, die nicht zu dem in Rede stehenden Thema gehören, ganz abgesehen), so griff doch Kautsky gerade das von Pannekoek angedeutete *prinzipielle* Wesen der Sache auf, und in dieser *grundlegenden prinzipiellen* Frage hat er die Position des Marxismus gänzlich verlassen, ist er ganz und gar zum Opportunismus übergegangen. Seine Auffassung von dem Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten ist grundfalsch, der Marxismus ist bei ihm endgültig entstellt und verflacht.

Der Unterschied zwischen Marxisten und Anarchisten besteht darin, daß 1. die Marxisten, die sich die völlige Aufhebung des Staates zum Ziel setzen, dieses Ziel für erreichbar halten erst nach der Aufhebung der Klassen durch die sozialistische Revolution, als Resultat der Errichtung des Sozialismus, der zum Absterben des Staates führt; die Anarchisten wollen die völlige Aufhebung des Staates von heute auf morgen, ohne die Bedingungen für die Durchführbarkeit einer solchen Aufhebung zu begreifen. 2. Die Marxisten halten es für notwendig, daß das Proletariat nach Eroberung der politischen Macht die alte Staatsmaschinerie völlig zerstört und sie durch eine neue, eine nach dem Typ der Kommune gebildete Organisation der bewaffneten Arbeiter ersetzt; die Anarchisten, die auf die Zerstörung der Staatsmaschinerie schwören, stellen sich ganz unklar vor, *was* das Proletariat an ihre Stelle setzen und *wie* es die revolutionäre Macht gebrauchen wird; die Anarchisten verwerfen sogar die Ausnutzung der Staatsgewalt durch das revolutionäre Prole-

ariat, dessen revolutionäre Diktatur. 3. Die Marxisten fordern die Vorbereitung des Proletariats auf die Revolution unter Ausnutzung des heutigen Staates; die Anarchisten lehnen das ab.

Kautsky gegenüber vertritt eben Pannekoek in dieser Kontroverse den Marxismus, denn gerade Marx hat uns gelehrt, daß das Proletariat nicht einfach die Staatsmacht erobern kann in dem Sinne, daß der alte Staatsapparat in neue Hände übergeht, sondern daß es diesen Apparat zerschlagen, zerbrechen, ihn durch einen neuen ersetzen muß.

Kautsky wechselt vom Marxismus zu den Opportunisten über, denn bei ihm verschwindet gänzlich gerade die für die Opportunisten völlig unannehmbare Zerstörung der Staatsmaschine, und es bleibt für sie ein Hintertürchen offen dadurch, daß man die „Eroberung“ als einfaches Erlangen der Mehrheit auslegt.

Um seine Entstellung des Marxismus zu bemängeln, verfährt Kautsky wie ein Schriftgelehrter: er führt „ein Zitat“ von Marx selbst ins Feld. 1850 schrieb Marx über die Notwendigkeit der „entschiedensten Zentralisation der Gewalt in die Hände der Staatsmacht“. Und Kautsky fragt triumphierend: Will denn Pannekoek den „Zentralismus“ zerstören?

Das ist schon einfach ein Taschenspielertrick ähnlich der Bernsteinischen Identifizierung von Marxismus und Proudhonismus in den Anschauungen über Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus.

Das „Zitat“ paßt bei Kautsky wie die Faust aufs Auge. Zentralismus ist sowohl bei der alten als auch bei der neuen Staatsmaschinerie möglich. Wenn die Arbeiter freiwillig ihre bewaffneten Kräfte vereinigen werden, so wird das Zentralismus sein, aber er wird auf der „völligen Zerstörung“ des zentralistischen Staatsapparats, des stehenden Heeres, der Polizei und der Bürokratie beruhen. Kautsky handelt geradezu betrügerisch, wenn er die wohlbekanntesten Darlegungen von Marx und Engels über die Kommune übergeht und ein Zitat hervorholt, das mit der Frage nichts zu tun hat.

„Will er“ (Pannekoek) „vielleicht die staatlichen Funktionen der Beamten aufheben?“ fährt Kautsky fort. „Aber wir kommen in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus, geschweige denn in der Staatsverwaltung. Unser Programm fordert denn auch nicht Abschaffung der staatlichen Beamten, sondern die Erwählung der Behörden durch das Volk. . . Nicht darum handelt es sich bei unserer jetzigen

Erörterung, wie sich der Verwaltungsapparat des ‚Zukunftsstaates‘ gestalten wird, sondern darum, ob unser politischer Kampf die Staatsgewalt auflöst, *ehe wir sie noch erobert haben*“ (hervorgehoben von Kautsky). „Welches Ministerium mit seinen Beamten könnte aufgehoben werden?“ Es werden die Ministerien des Unterrichts, der Justiz, der Finanzen und das Kriegsministerium aufgezählt. „Nein, keines der heutigen Ministerien wird durch unsern politischen Kampf gegen die Regierungen beseitigt werden . . . Ich wiederhole es, um Mißverständnissen vorzubeugen: hier ist nicht die Rede von der Gestaltung des Zukunftsstaats durch die siegreiche Sozialdemokratie, sondern von der des Gegenwartsstaates durch unsere Opposition.“ (S. 725.)

Dies ist eine offensichtliche Unterstellung. Pannekoek warf doch gerade die Frage der *Revolution* auf. Das wird sowohl in der Überschrift seines Artikels als auch in den angeführten Stellen klar gesagt. Indem Kautsky auf die Frage der „Opposition“ überspringt, fälscht er gerade den revolutionären Standpunkt in einen opportunistischen um. Bei ihm läuft es darauf hinaus: Gegenwärtig machen wir Opposition, und *nach* Eroberung der Macht werden wir weiter sehen. *Die Revolution verschwindet!* Das war gerade das, was die Opportunisten brauchten.

Es handelt sich nicht um Opposition und nicht um den politischen Kampf im allgemeinen, sondern eben um die *Revolution*. Die Revolution besteht darin, daß das Proletariat den „Verwaltungsapparat“, ja den *gesamten* Staatsapparat *zerstört* und ihn durch einen neuen, aus bewaffneten Arbeitern bestehenden Apparat ersetzt. Kautsky offenbart eine „abergläubische Verehrung“ der „Ministerien“, weshalb aber sollten diese nicht ersetzt werden können, sagen wir, durch Kommissionen von Fachleuten bei den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, denen die ganze ungeteilte Macht gehört?

Der Kern der Frage besteht durchaus nicht darin, ob „Ministerien“ bestehenbleiben, ob es „Kommissionen von Fachleuten“ oder irgendwelche andere Institutionen geben wird; das ist ganz belanglos. Die entscheidende Frage ist, ob die alte Staatsmaschinerie (die durch tausend Fäden mit der Bourgeoisie verbunden und durch und durch von verknocherten Gewohnheiten und Konservatismus durchsetzt ist) aufrecht erhalten bleibt, oder ob sie *zerstört* und durch eine *neue* ersetzt wird. Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß die neue Klasse mit Hilfe der *alten* Staatsmaschinerie kommandiert und regiert, sondern muß dar-

in bestehen, daß sie diese Maschine *zerschlägt* und mit Hilfe einer *neuen* Maschine kommandiert und regiert – diesen *grundlegenden* Gedanken des Marxismus vertuscht Kautsky, oder aber er hat ihn überhaupt nicht begriffen.

Seine Frage bezüglich der Beamten beweist anschaulich, daß er die Lehren der Kommune und die Marxsche Lehre nicht begriffen hat. „Wir kommen in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus . . .“

Wir kommen *unter dem Kapitalismus*, unter der *Herrschaft der Bourgeoisie* nicht ohne Beamte aus. Das Proletariat ist geknechtet, die werktätigen Massen sind durch den Kapitalismus versklavt. Unter dem Kapitalismus ist die Demokratie durch die ganzen Verhältnisse der Lohnsklaverei, der Not und des Elends der Massen eingeengt, eingeschnürt, gestutzt, verstümmelt. Aus diesem Grund, und nur aus diesem, werden die *beamteten Personen in unseren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen* durch die Verhältnisse des Kapitalismus demoralisiert (oder, genauer gesagt, besteht die Tendenz, daß sie demoralisiert werden), neigen sie dazu, sich in Bürokraten, d. h. in den Massen entfremdete, *über den Massen stehende, privilegierte Personen* zu verwandeln.

Darin besteht das *Wesen* des Bürokratismus, und solange die Kapitalisten nicht expropriert sind, solange die Bourgeoisie nicht gestürzt ist – solange ist eine gewisse „Bürokratisierung“ *sogar* der proletarischen beamteten Personen unvermeidlich.

Bei Kautsky sieht die Sache so aus: Da nun einmal gewählte beamtete Personen bleiben, so bleiben auch im Sozialismus die Beamten, bleibt die Bürokratie! Und gerade das ist falsch. Gerade am Beispiel der Kommune hat Marx gezeigt, daß im Sozialismus die beamteten Personen aufhören, „Bürokraten“, „Beamte“ zu sein, sie hören *in dem Maße* auf, es zu sein, wie außer der Wählbarkeit *auch noch* die jederzeitige Absetzbarkeit eingeführt wird, *dazu noch* die Reduzierung des Gehalts auf den durchschnittlichen Arbeiterlohn und *dazu noch* die Ersetzung der parlamentarischen Körperschaften durch „arbeitende Körperschaften, die vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“ sind.

Im Grunde genommen ist die ganze Argumentation Kautskys gegen Pannekoek und insbesondere der großartige Einwand Kautskys, wir kämen auch in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus, eine Wiederholung der alten „Argumente“ Bernstein's gegen den Marxismus

überhaupt. In seinem Renegatenbuch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ bekämpft Bernstein die Ideen der „primitiven“ Demokratie, bekämpft er das, was er als „doktrinären Demokratismus“ bezeichnet: gebundene Mandate, unbezahlte Beamte, machtlose Zentralvertretung usw. Als Beweis für die Unhaltbarkeit dieses „primitiven“ Demokratismus beruft sich Bernstein auf die Erfahrungen der englischen Trade-Unions, wie sie das Ehepaar Webb interpretiert. Während der siebenzig Jahre ihrer Entwicklung hätten die Trade-Unions, die sich angeblich „in voller Freiheit“ entwickelt haben (S. 137 der deutschen Ausgabe), sich von der Unbrauchbarkeit des „primitiven“ Demokratismus überzeugt und ihn durch den üblichen Demokratismus ersetzt: Parlamentarismus, gepaart mit Bürokratismus.

In Wirklichkeit haben sich die Trade-Unions nicht „in voller Freiheit“, sondern *in voller kapitalistischer Sklaverei* entwickelt, wobei man natürlich ohne eine Reihe Zugeständnisse an das herrschende Übel, an Gewalt, Lüge, ohne Ausschluß der Armen von der „höheren“ Verwaltung „nicht auskommen konnte“. Im Sozialismus wird unvermeidlich vieles von der „primitiven“ Demokratie wieder aufleben, denn zum erstenmal in der Geschichte der zivilisierten Gesellschaften wird sich die *Masse* der Bevölkerung zur *selbständigen* Teilnahme nicht nur an Abstimmungen und Wahlen, sondern auch an der *laufenden Verwaltungsarbeit* erheben. Im Sozialismus werden *alle* der Reihe nach regieren und sich schnell daran gewöhnen, daß keiner regiert.

Marx hat mit seinem genialen kritisch-analytischen Verstand in den praktischen Maßnahmen der Kommune jenen *Umschwung* erkannt, den die Opportunisten fürchten und den sie aus Feigheit nicht anerkennen wollen, weil sie mit der Bourgeoisie nicht unwiderruflich brechen möchten, und den die Anarchisten nicht sehen wollen, sei es aus Übereilung, sei es, weil sie die Bedingungen der sozialen Massenumwandlungen überhaupt nicht erkennen: „An die Zerstörung der alten Staatsmaschinerie ist gar nicht zu denken, wie sollen wir denn da ohne Ministerien und ohne Beamte auskommen“, argumentiert der durch und durch verspießerte Opportunist, der im Grunde genommen an die Revolution, an die Schöpferkraft der Revolution nicht nur nicht glaubt, sondern vor ihr tödliche Angst empfindet (wie unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre).

„Es gilt *nur*, die alte Staatsmaschinerie zu zerstören, man braucht

nicht in die *konkreten* Lehren der früheren proletarischen Revolutionen einzudringen und zu analysieren, *wodurch* und *wie* das Zerstörte ersetzt werden soll“, argumentiert der Anarchist (natürlich der beste unter den Anarchisten, und nicht einer, der mit den Herren Kropotkin und Co. hinter der Bourgeoisie einhertrottet); und der Anarchist gelangt daher zu einer Taktik der *Verzweiflung* statt zu einer schonungslos kühnen und gleichzeitig die praktischen Bedingungen der Massenbewegung berücksichtigenden revolutionären Arbeit an konkreten Aufgaben.

Marx lehrt uns, beide Fehler zu vermeiden, er lehrt uns grenzenlose Kühnheit bei der Zerstörung der gesamten alten Staatsmaschinerie, und gleichzeitig lehrt er uns, die Frage konkret zu stellen: Die Kommune vermochte es, in einigen Wochen den Bau einer *neuen*, proletarischen Staatsmaschine auf die und die Weise *in Angriff zu nehmen* und die erwähnten Maßnahmen zu größerem Demokratismus und zur Ausrottung des Bürokratismus durchzuführen. Wir wollen von den Kommunarden revolutionäre Kühnheit lernen, wir wollen ihre praktischen Maßnahmen als *Skizzierung* der praktischen, dringlichen und sofort durchführbaren Maßnahmen betrachten, und wir werden, *wenn wir diesen Weg verfolgen*, die völlige Vernichtung des Bürokratismus erreichen.

Die Möglichkeit einer solchen Vernichtung ist dadurch gesichert, daß der Sozialismus den Arbeitstag verkürzen, die *Massen* zu einem neuen Leben emporheben und die *Mehrheit* der Bevölkerung in Verhältnisse versetzen wird, die *allen* ohne Ausnahme gestatten werden, „Staatsfunktionen“ auszuüben. Das aber führt zum *völligen Absterben* jedweden Staates überhaupt.

„Seine“ (des Massenstreiks) „Aufgabe“, fährt Kautsky fort, „kann nicht die sein, die Staatsgewalt *zu zerstören*, sondern nur die, eine Regierung zur Nachgiebigkeit in einer bestimmten Frage zu bringen oder eine dem Proletariat feindselige Regierung durch eine ihm entgegenkommende zu ersetzen... Aber nie und nimmer kann dies“ (d. h. der Sieg des Proletariats über die feindselige Regierung) „zu einer *Zerstörung* der Staatsgewalt, sondern stets nur zu einer *Verschiebung* der Machtverhältnisse *innerhalb der Staatsgewalt* führen... Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt dabei das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung.“ (S. 726, 727, 732.)

Das ist schon waschechter, trivialster Opportunismus, das ist die Preisgabe der Revolution in der Tat bei einem Bekenntnis zu ihr in Worten. Kautskys Gedanke geht über eine „dem Proletariat entgegenkommende Regierung“ nicht hinaus – das ist ein Schritt zurück zum Philistertum verglichen mit 1847, als das „Kommunistische Manifest“ die „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ proklamierte.

Kautsky wird nichts übrigbleiben, als die von ihm geliebte „Einheit“ mit den Scheidemännern, den Plechanow und Vandervelde zu verwirklichen, die alle bereit sind, für eine „dem Proletariat entgegenkommende“ Regierung zu kämpfen.

Wir aber werden mit diesen Verrätern am Sozialismus endgültig brechen und werden für die Zerstörung der ganzen alten Staatsmaschinerie kämpfen, auf daß das bewaffnete Proletariat selbst *die Regierung sei*. Das sind zwei grundverschiedene Dinge.

Kautsky wird die angenehme Gesellschaft der Legien, David, Plechanow, Potressow, Zereteli und Tschernow teilen müssen, die alle durchaus bereit sind, für eine „Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt“, für die „Gewinnung der Mehrheit im Parlament und die Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung“ zu kämpfen – ein hochedles Ziel, an dem für die Opportunisten alles akzeptabel ist, bei dem alles im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Republik bleibt.

Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine „Verschiebung der Machtverhältnisse“, sondern um den *Sturz der Bourgeoisie*, um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

*

Noch weiter rechts als Kautsky befinden sich im internationalen Sozialismus solche Richtungen wie die der „Sozialistischen Monatshefte“¹¹⁶ in Deutschland (Legien, David, Kolb und viele andere, einschließlich der Skandinavier Stauning und Branting), die Jaurès-Anhänger und Vandervelde in Frankreich und Belgien, Turati, Treves und andere Vertreter des rechten Flügels der italienischen Partei, die Fabier und die „Unabhän-

gigen“ („Unabhängige Arbeiterpartei“, die sich in Wirklichkeit stets in Abhängigkeit von den Liberalen befand) in England¹¹⁷ und ähnliche. Alle diese Herrschaften, die in der parlamentarischen Arbeit und in der Parteipublizistik eine ungeheure, sehr oft eine ausschlaggebende Rolle spielen, lehnen die Diktatur des Proletariats rundweg ab und vertreten einen unverhüllten Opportunismus. Für diese Herrschaften „widerspricht“ die „Diktatur“ des Proletariats der Demokratie!! Im Grunde genommen unterscheiden sie sich durch nichts ernsthaft von den kleinbürgerlichen Demokraten.

Ziehen wir diesen Umstand in Betracht, so sind wir zu der Schlußfolgerung berechtigt, daß die II. Internationale in der überwältigenden Mehrheit ihrer offiziellen Vertreter sich vollkommen dem Opportunismus verschrieben hat. Die Erfahrungen der Kommune wurden nicht nur vergessen, sondern entstellt. Den Arbeitermassen wurde nicht nur nicht eingeprägt, daß die Zeit naht, wo sie sich erheben und die alte Staatsmaschine zerbrechen müssen, um sie durch eine neue zu ersetzen und auf diese Weise ihre politische Herrschaft zur Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu machen – das Gegenteil wurde den Massen eingeprägt, und die „Eroberung der Macht“ wurde so dargestellt, daß dem Opportunismus Tausende Hintertürchen offenblieben.

Es konnte gar nicht anders sein, die Entstellung und das Verschweigen der Frage, wie sich die proletarische Revolution zum Staat verhält, mußten eine ungeheure Rolle spielen zu einer Zeit, da die Staaten mit ihrem infolge der imperialistischen Konkurrenz verstärkten militärischen Apparat sich in Kriegsungeheuer verwandelten, die Millionen von Menschen vernichteten, um den Streit zu entscheiden, ob England oder Deutschland, ob dieses oder jenes Finanzkapital die Welt beherrschen soll.*

* Im Manuskript folgt:

„VII. KAPITEL

Die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917

Das in dieser Kapitelüberschrift genannte Thema ist so unermesslich groß, daß man darüber Bände schreiben könnte und mußte. In der vorliegenden Schrift werde ich mich natürlich auf die Hauptlehren beschränken müssen, soweit sie unmittelbar auf die Aufgaben des Proletariats in der Revolution der Staatsmacht gegenüber Bezug haben.“ Hier bricht das Manuskript ab. *Die Red.*

NACHWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE

Die vorliegende Schrift wurde im August und September 1917 niedergeschrieben. Ich hatte bereits den Plan des nächsten, des siebenten Kapitels, „Die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“, fertig. Aber außer der Überschrift habe ich keine Zeile dieses Kapitels schreiben können: Die politische Krise, der Vorabend der Oktoberrevolution von 1917, „verhinderte“ es. Über eine solche „Verhinderung“ kann man sich nur freuen. Allerdings wird der zweite Teil dieser Schrift (der den „Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“ gewidmet sein soll) wohl auf lange Zeit zurückgestellt werden müssen; es ist angenehmer und nützlicher, die „Erfahrungen der Revolution“ durchzumachen, als über sie zu schreiben.

Petrograd, den 30. November 1917

Der Verfasser

ANMERKUNGEN

- ¹ Der *Erste Gesamtrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten* tagte in Petrograd vom 3. bis 24. Juni (16. Juni bis 7. Juli) 1917. An dem Kongreß nahmen mehr als 1000 Delegierte teil. Die Bolschewiki, die damals in den Sowjets in der Minderheit waren, wurden von 105 Delegierten vertreten. Die Mehrheit hatten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen die Fragen: die Stellung zur Provisorischen Regierung, der Krieg, die Vorbereitung zur Konstituierenden Versammlung u. a. Lenin sprach auf dem Kongreß über die Stellung zur Provisorischen Regierung und über den Krieg. Die Bolschewiki legten zu allen wesentlichen Fragen ihre eigenen Resolutionen vor. Sie zeigten den imperialistischen Charakter des Krieges, die Verderblichkeit des Paktierens mit der Bourgeoisie und forderten den Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets. In seinen Beschlüssen stellte sich der Kongreß auf die Position der Unterstützung der Provisorischen Regierung, billigte die von ihr vorbereitete Offensive der russischen Truppen an der Front und sprach sich gegen den Übergang der Staatsmacht an die Sowjets aus. 1
- ² „*Rabotschaja Gaseta*“ (Arbeiterzeitung) – Zentralorgan der Menschewiki, das von März bis November 1917 in Petrograd als Tageszeitung erschien. 5
- ³ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 36, S. 578. 6
- ⁴ Lenin meint die Beschlüsse der Siebenten Gesamtrussischen Konferenz der SDAPR(B) (Aprilkonferenz), die vom 24. bis 29. April (7. bis 12. Mai) 1917 in Petrograd stattfand. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 332–353, russ.) 7

- ⁵ *Ljachow, W. P.* – Oberst der zaristischen Armee; kommandierte die russischen Truppen, die 1908 die bürgerliche Revolution in Persien unterdrückten. Wenn Lenin von Ljachowscher Politik spricht, meint er die Unterdrückung der revolutionären Bewegung und der nationalen Befreiungsbewegung durch die zaristische Regierung. 8
- ⁶ Gemeint sind die „*Iswestija Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow*“ (Nachrichten des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten) – Tageszeitung, die ab 28. Februar (13. März) 1917 erschien. Nach der Bildung des Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß wurde die Zeitung zum Organ des ZEK und erschien ab 1. (14.) August 1917 (von Nr. 132 an) unter dem Titel „*Iswestija Zentralnowo Ispolnitelnowo Komiteta i Petrogradskowo Sowjeta Rabotschich i Soldatskich Deputatow*“ (Nachrichten des Zentralexekutivkomitees und des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten). Die Zeitung befand sich während dieser ganzen Zeit in den Händen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und führte einen erbitterten Kampf gegen die bolschewistische Partei. Seit dem 27. Oktober (9. November) 1917, nach dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß, sind die „*Iswestija*“ das offizielle Organ der Sowjetmacht. Im März 1918 wurde die Herausgabe der Zeitung anlässlich der Übersiedlung des Gesamtrussischen ZEK und des Rats der Volkskommissare von Petrograd nach Moskau verlegt. 9
- ⁷ Der Erste Gesamtrussische Kongreß der Bauerndeputierten fand vom 4. bis 28. Mai (17. Mai bis 10. Juni) 1917 in Petrograd statt. Auf dem Kongreß waren 1115 Delegierte der Gouvernements und verschiedener Truppenteile anwesend. Die Bolschewiki nahmen an den Arbeiten des Kongresses aktiv teil, sie entlarvten die imperialistische Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und das Paktierertum der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Lenin sprach auf dem Kongreß zur Agrarfrage. Er forderte die unverzügliche Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und ihre Übergabe an die Bauernkomitees sowie die Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande. Die Vorkherrschaft der Sozialrevolutionäre bestimmte den Charakter der Kongreßbeschlüsse. Der Kongreß billigte die Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und den Eintritt der „Sozialisten“ in die Provisorische Regierung. Er unterstützte in seinen Beschlüssen auch die Fortsetzung des Krieges „bis zum siegreichen Ende“ und die Offensive an der Front. Der Kongreß sprach sich gegen eine sofortige Übergabe der Gutsbesitzerländereien an die Bauern aus und schob die Lösung der Bodenfrage bis zur Konstituierenden Versammlung auf. 9

- ⁸ „*Nowaja Sitsn*“ (Neues Leben) – Tageszeitung, die vom 18. April (1. Mai) 1917 bis Juli 1918 in Petrograd erschien. Die Zeitung wurde auf Initiative einer Gruppe internationalistischer Menschewiki und Schriftsteller gegründet. Der Oktoberrevolution und der Errichtung der Sowjetmacht stand die Zeitung feindlich gegenüber. Ab 1. Juni 1918 erschien sie in zwei Ausgaben: einer Petrograder und einer Moskauer. Beide Ausgaben wurden im Juli 1918 verboten. 10
- ⁹ Lenin meint die Tatsache, daß dem Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, Ramsay MacDonald, von der englischen Regierung ein Paß für eine Reise nach Rußland ausgestellt worden war, wohin ihn die menschewistischen Führer eingeladen hatten. Die Reise MacDonalds kam nicht zustande. 11
- ¹⁰ Der *Aufruf des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten „An die Völker der ganzen Welt“* wurde in einer Sitzung des Sowjets am 14. (27.) März 1917 angenommen und am folgenden Tage in den zentralen Zeitungen veröffentlicht. Die sozialrevolutionär-menschewistischen Führer mußten unter dem Druck der revolutionären Massen, die die Beendigung des Krieges forderten, den Aufruf beschließen. Der Aufruf appellierte an die Werktätigen der kriegführenden Länder, aktiv für den Frieden einzutreten. Er entlarvte jedoch nicht den räuberischen Charakter des Krieges, bezeichnete keine praktischen Maßnahmen im Kampf um den Frieden und rechtfertigte im Grunde genommen die Fortsetzung des imperialistischen Krieges durch die bürgerliche Provisorische Regierung. 12
- ¹¹ Im Juni 1917 wurde Albanien von Italien okkupiert. In Griechenland besetzten französische und englische Truppen eine Reihe von Städten. In Persien wurde während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 der nördliche und zentrale Teil von russischen und der südliche Teil von englischen Truppen besetzt. 13
- ¹² Gemeint ist die Erklärung des Büros der Fraktion der Bolschewiki und des Büros der vereinigten internationalistischen Sozialdemokraten auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß mit der Forderung, die Frage der von der Provisorischen Regierung vorbereiteten Offensive an der Front vom Kongreß vorrangig zu behandeln. In der Erklärung wurde darauf hingewiesen, daß diese Offensive von den alliierten Imperialisten diktiert worden ist, daß die konterrevolutionären Kreise Rußlands beabsichtigen, auf diese Weise die Macht in den Händen militärisch-diplomatischer und kapitalistischer Gruppen zu konzentrieren und einen Schlag gegen den revolutionären Kampf für den Frieden und gegen die von der russischen Demokratie eroberten Positionen zu führen. Die Erklärung warnte die Arbeiterklasse, die Armee und

die Bauernschaft vor der Gefahr, die das Land bedrohte, und forderte den Kongreß auf, dem konterrevolutionären Druck sofort Widerstand entgegenzusetzen. 13

- ¹³ „*Delo Naroda*“ (Die Sache des Volkes) – Tageszeitung, Organ der Partei der Sozialrevolutionäre; erschien unter verschiedenen Namen von März 1917 bis Juli 1918 in Petrograd. Die Zeitung stand auf den Positionen der Vaterlandsverteidigung und des Paktierens mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung. Sie wurde im Oktober 1918 in Samara (vier Nummern) und im März 1919 in Moskau (zehn Nummern) erneut herausgegeben. Dann wurde sie wegen konterrevolutionärer Tätigkeit verboten. 13
- ¹⁴ Das *Basler Manifest* über den Krieg wurde 1912 auf dem außerordentlichen Kongreß der II. Internationale in Basel angenommen. (Siehe W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 200–210 und 308.) 23
- ¹⁵ *Kiautschou* – Gebiet in der Provinz Schantung in Nordchina. Dieses Gebiet und auch die *Inseln im Stillen Ozean*, die Karolinen, die Marianen und die Marshallinseln, die bis 1914 in Deutschlands Besitz waren, riß Japan im imperialistischen Weltkrieg (1914–1918) an sich. 24
- ¹⁶ Gemeint ist das Verbot des ukrainischen Armeekongresses durch den Kriegsminister der Provisorischen Regierung, Kerenski. Trotz des Verbots tagte der Kongreß im Juni 1917 in Kiew.
Lenin unterzog die konterrevolutionäre Politik der Provisorischen Regierung und der Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre in bezug auf die Ukraine einer scharfen Kritik in den Artikeln „Die Ukraine“ und „Die Ukraine und die Niederlage der Regierungsparteien Rußlands“. (Siehe den vorliegenden Band, S. 81/82 und 89–92.) 25
- ¹⁷ Die Revolution von 1905–1907 in Rußland rief eine revolutionäre Bewegung unter den Völkern des Ostens hervor. 1908 ging in der Türkei eine bürgerliche Revolution vorstatten. 1906 begann die bürgerliche Revolution in Persien, die 1909 zum Sturz des persischen Schahs führte. 1910 entfaltete sich eine revolutionäre Bewegung in China gegen die chinesischen Feudalherren und die ausländischen Imperialisten, die zur Revolution in China und zur Bildung der bürgerlichen Republik im Dezember 1911 führte. 28
- ¹⁸ „*Sozial-Demokrat*“ – Tageszeitung, Organ des Moskauer Gebietsbüros, des Moskauer Komitees, später auch des Moskauer Bezirkskomitees der Partei der Bolschewiki; erschien von März 1917 bis März 1918. Im Zusammenhang mit der Verlegung des ZK der Partei nach Moskau verschmolz die Zeitung mit der „*Prawda*“. 30

¹⁹ „Prawda“ (Die Wahrheit) – legale bolschewistische Tageszeitung, die im April 1912 auf Initiative der Petersburger Arbeiter gegründet wurde und in Petersburg erschien.

Die „Prawda“ war eine Massenzeitung der Arbeiter; das Geld für ihre Finanzierung wurde von den Arbeitern selbst gesammelt. Um die Zeitung bildete sich ein großer Kreis von Arbeiterkorrespondenten und Arbeiterpublizisten. Im Laufe eines einzigen Jahres wurden in der „Prawda“ mehr als elftausend Arbeiterkorrespondenzen veröffentlicht. Die Tagesauflage der „Prawda“ betrug im Durchschnitt 40 000 Exemplare und erreichte in manchen Monaten 60 000 Exemplare.

W. I. Lenin leitete die „Prawda“ vom Ausland aus. Er schrieb fast täglich für die Zeitung, gab der Redaktion Anweisungen und gewann für die Zeitung die besten publizistischen Kräfte der Partei.

An der Redaktion der Zeitung waren N. N. Baturin, K. S. Jeremejew, M. I. Kalinin, W. M. Molotow, M. S. Olminski, N. G. Poletajew, K. N. Samoilowa, J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, A. I. Uljanowa-Jelisarowa u. a. aktiv beteiligt. Auch die bolschewistischen Abgeordneten der IV. Reichsduma A. J. Badajew, G. I. Petrowski, M. K. Muranow, F. N. Samoilow und N. R. Schagow arbeiteten an der „Prawda“ tatkräftig mit.

Die „Prawda“ war unablässigen polizeilichen Verfolgungen ausgesetzt. Im ersten Jahr ihres Bestehens wurde sie 41mal beschlagnahmt, 36 Gerichtsverfahren wurden gegen die Redakteure durchgeführt, die insgesamt 47¹/₂ Monate Gefängnisstrafe verbüßen mußten. Innerhalb von zwei Jahren und drei Monaten war die „Prawda“ von der zaristischen Regierung achtmal verboten, wurde aber jedesmal unter einem anderen Namen neu herausgegeben: „Rabotschaja Prawda“ (Arbeiterprawda), „Sewernaja Prawda“ (Prawda des Nordens), „Prawda Truda“ (Prawda der Arbeit), „Sa Prawdu“ (Für die Prawda), „Proletarskaja Prawda“ (Proletarische Prawda), „Put Prawdy“ (Weg der Prawda), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Trudowaja Prawda“ (Prawda der Werktätigen). Am 8. (21.) Juli 1914, kurz vor Beginn des ersten Weltkriegs, wurde die Zeitung wiederum verboten.

Die Herausgabe der „Prawda“ konnte erst nach der Februarrevolution wiederaufgenommen werden. Vom 5. (18.) März 1917 an erschien die „Prawda“ als das Zentralorgan der SDAPR. Am 5. (18.) April begann Lenin, aus dem Ausland zurückgekehrt, in der Redaktion zu arbeiten und übernahm die Leitung der „Prawda“. Am 5. (18.) Juli 1917 wurden die Redaktionsräume der „Prawda“ von Offiziersschülern und Kosaken demoliert. Von Juli bis Oktober 1917 wechselte die „Prawda“, den Verfolgungen seitens der Provisorischen Regierung ausgesetzt, mehrmals ihren Namen und erschien als „Listok

„Prawdy“ (Blatt der „Prawda“), „Proletari“ (Der Proletarier), „Rabotschi“ (Der Arbeiter), „Rabotschi Put“ (Weg des Arbeiters). Seit dem 27. Oktober (9. November) erscheint die Zeitung unter ihrem alten Namen „Prawda“. 30

- ²⁰ Die Konferenz der Betriebskomitees tagte in Petrograd vom 30. Mai bis 3. Juni (12. bis 16. Juni) 1917. Es nahmen 568 Delegierte der Betriebskomitees und des Büros der Gewerkschaften Petrograds an ihr teil. Für die Konferenz schrieb Lenin die „Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung“ (siehe Werke, Bd. 24, S. 516–518), die als vom Organisationsbüro zur Einberufung der Konferenz vorgeschlagene Resolution im Namen des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki am 25. Mai (7. Juni) 1917 in der Moskauer bolschewistischen Zeitung „Sozial-Demokrat“ und danach am 2. (15.) Juni in der „Prawda“ Nr. 71 veröffentlicht wurde. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen die Fragen: Kontrolle und Regulierung der Produktion, die Aufgaben der Betriebskomitees und ihre Rolle in der Gewerkschaftsbewegung. Auf der Konferenz sprach Lenin. Er kritisierte scharf das antirevolutionäre Auftreten des Vertreters der Zeitung „Nowaja Shisn“, Awilow, und die von ihm vorgeschlagene Resolution zur Frage der Kontrolle und Regulierung der Produktion. Die Konferenz nahm mit überwältigender Mehrheit die von Lenin verfaßte „Resolution über ökonomische Kampfmaßnahmen gegen die Zerrüttung“ an. 31
- ²¹ „Retsch“ (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten; unter anderen Namen erschien die Zeitung bis August 1918. 32
- ²² „Jedinstwo“ (Die Einheit) – Tageszeitung, die von März bis November 1917 in Petrograd erschien; im Dezember 1917 und Januar 1918 wurde sie unter anderem Namen herausgegeben. Redakteur der Zeitung war G. W. Plechanow. Sie vereinigte die extrem rechte Gruppe der menschewistischen Vaterlandsverteidiger und unterstützte vorbehaltlos die bürgerliche Provisorische Regierung. Die Zeitung führte einen wütenden Kampf gegen die Partei der Bolschewiki. 32
- ²³ „Vorwärts“ – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; wurde seit dem 1. Oktober 1876 in Leipzig herausgegeben, dann durch das Sozialistengesetz verboten; erschien 1890–1933 (aus dem 1884 gegründeten „Berliner Volksblatt“ neu hervorgegangen) in Berlin. Zu seinen Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revisio-

- nistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion entfernt wurden („Vorwärts“-Konflikt). Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts“ zu. Während des imperialistischen Krieges 1914–1918 vertrat der „Vorwärts“ zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt. Im Oktober 1916 wurde unter Bruch der Statuten die Redaktion durch Sozialchauvinisten ersetzt und der „Vorwärts“ zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus; nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. 34
- 24 Gemeint ist die Konferenz von Mitgliedern der IV. Reichsduma, Gutsbesitzern und Kapitalisten, die am 3. (16.) Juni 1917 in Petrograd stattfand. Nach der Februarrevolution löste die Provisorische Regierung die Reichsduma nicht offiziell auf. Die Mitglieder der Duma, Gutsbesitzer und Kapitalisten, versammelten sich weiter zu ihren Konferenzen, die ein Herd der Konterrevolution waren. Eine Bestimmung über die Auflösung der Duma erließ die Provisorische Regierung erst am 6. (19.) Oktober 1917. 36
- 25 „*Wolja Naroda*“ (Der Volkswille) – Tageszeitung, Organ des rechten Flügels der Partei der Sozialrevolutionäre, wurde 1917 in Petrograd herausgegeben und im November 1917 verboten. Später erschien sie auch unter anderen Namen; endgültig wurde sie im Februar 1918 verboten. 42
- 26 „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit) – Tageszeitung; erschien von 1868 bis 1917 in Petersburg. Zu Beginn gemäßigt liberal, wurde sie, nachdem im Jahre 1876 A. S. Suworin Verleger der Zeitung geworden war, zum Organ reaktionärer Kreise des Adels und der Beamtenbürokratie. Ab 1905 war sie das Organ der Schwarzhunderter. Nach der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution 1917 unterstützte die Zeitung die konterrevolutionäre Politik der bürgerlichen Provisorischen Regierung und betrieb eine wüste Hetze gegen die Bolschewiki. Sie wurde vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet am 26. Oktober (8. November) 1917 verboten. 47
- 27 Die *erste Koalitionsregierung* wurde am 5. (18.) Mai 1917 gebildet, ihre Zusammensetzung gab man am 6. (19.) Mai bekannt. Der Koalitionsregierung gehörten neben den Vertretern der Bourgeoisie die Sozialrevolutionäre Kerenski und Tschernow sowie der den Sozialrevolutionären nahestehende Perewersew an, weiter die Menschewiki Skobelew und Zereteli und der „Volkssozialist“ Peschechonow. 48
- 28 Gemeint ist die Rede des Ministers für Arbeit in der Provisorischen Regierung, des Menschewiks Skobelew, in der Sitzung des Petrograder Sowjets der

Arbeiter- und Soldatendeputierten am 13. (26.) Mai 1917, in der er erklärte, die Steuersätze für die besitzenden Klassen müßten „bis auf 100 Prozent des Profits“ erhöht werden. 54

- ²⁹ Lenin meint den Beschluß des I. Gesamtrussischen Sowjetkongresses über das Verbot der Demonstration, die vom Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki für den 10. (23.) Juni 1917 angesetzt worden war. Die Demonstration sollte angesichts des Sowjetkongresses dem Willen der Petrograder Arbeiter und Soldaten Ausdruck geben, die die Übergabe der gesamten Staatsmacht an die Sowjets forderten. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wandten sich gegen die geplante Demonstration. Am 9. (22.) Juni führten sie auf der Sitzung des Sowjetkongresses einen Beschluß über das Verbot der Demonstration herbei. Das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki fügte sich diesem Beschluß des Sowjetkongresses und sagte die Demonstration ab. Sie wurde auf den 18. Juni (1. Juli) verlegt, einen Tag, der vom Sowjetkongreß selbst für eine Demonstration bestimmt worden war. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre wollten diese Demonstration unter antibolschewistischen Losungen durchführen. Am 18. Juni (1. Juli) demonstrierten etwa 500 000 Arbeiter und Soldaten Petrograds. Die überwältigende Mehrheit der Demonstranten marschierte unter den revolutionären Losungen der Partei der Bolschewiki. Nur kleine Gruppen trugen Losungen der paktiererischen Parteien mit sich, in denen der Provisorischen Regierung das Vertrauen ausgesprochen wurde. Die Demonstration zeigte den wachsenden revolutionären Elan der Massen und ein gewaltiges Anwachsen des Einflusses und der Autorität der Partei der Bolschewiki. Zugleich zeigte sie das völlige Fiasko der kleinbürgerlichen paktiererischen Parteien und der Provisorischen Regierung in der Hauptstadt. (Über die Junidemonstration siehe den vorliegenden Band, S. 101–103.) 60
- ³⁰ Am 7. (20.) Juni 1917 hatte die Provisorische Regierung eine Verfügung über die Exmittierung von Anarchisten aus der Villa des ehemaligen zaristischen Ministers Durnowo erlassen. Diese Verfügung war in Wirklichkeit gegen die Rotgardistenabteilungen und gegen die gewerkschaftlichen Organisationen gerichtet, die den größten Teil der Villa innehatten. Die Arbeiter Petrograds protestierten, eine Reihe von Betrieben streikte. Die Provisorische Regierung war gezwungen nachzugeben. Später jedoch, in der Nacht zum 19. Juni (2. Juli), entsandte die Provisorische Regierung eine bewaffnete Abteilung von Kosaken und Soldaten, die die Villa demolierten. Der Überfall löste bei den Arbeitern Petrograds Empörung aus. 60
- ³¹ *Catilina, Lucius Sergius* – römischer Politiker und Heerführer; organisierte im Jahre 63 v. u. Z. eine Verschwörung mit dem Ziel, einen Staatsstreich

durchzuführen, die römische Republik zu beseitigen und eine Militärdiktatur zu errichten. 63

- ³² Die Grundgedanken dieses Entwurfs wurden aufgenommen in die Erklärung des Zentralkomitees der SDAPR(B) und des Büros der Fraktion der Bolschewiki auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß anlässlich des vom Kongreß beschlossenen Verbots der von der Partei der Bolschewiki für den 10. (23.) Juni angesetzten friedlichen Demonstration.

In Band XX der zweiten und dritten Ausgabe der Werke W. I. Lenins wurde dieses Dokument unter der redaktionellen Überschrift „Entwurf zu einem Artikel über die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten“ veröffentlicht. Die Änderung der Überschrift in der 4. Ausgabe der Werke erfolgte entsprechend dem Inhalt des Dokuments. 67

- ³³ Lenin meint die Rede des Ministers der Provisorischen Regierung, des Menschewiks Zereteli, die dieser am 11. (24.) Juni 1917 in der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des I. Gesamtrussischen Sowjetkongresses, des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets, des Exekutivkomitees des Sowjets der Bauerndeputierten und aller Fraktionsbüros des Sowjetkongresses hielt. Die Sitzung wurde aus Anlaß der von den Bolschewiki für den 10. (23.) Juni angesetzten Demonstration einberufen. Aus Protest gegen die Rede Zeretelis verließen die Bolschewiki die Sitzung. 69
- ³⁴ *Cavaignac, Louis-Eugène* – französischer General, nach der Februarrevolution 1848 Kriegsminister der Provisorischen Regierung Frankreichs. In den Juni-tagen 1848 leitete er die Niederwerfung des Aufstands der Pariser Arbeiter. 73
- ³⁵ Gemeint ist die Erklärung des Zentralkomitees der SDAPR(B) und des Büros der Fraktion der Bolschewiki auf dem I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß anlässlich des vom Kongreß beschlossenen Verbots der von der Partei der Bolschewiki für den 10. (23.) Juni 1917 angesetzten friedlichen Demonstration. In der Erklärung entlarvten die Bolschewiki die provokatorischen Handlungen der menschewistischen und sozialrevolutionären Führer des Sowjetkongresses, die die friedliche Demonstration verboten hatten, sie entlarvten auch die konterrevolutionäre Politik der Provisorischen Regierung. Die Bolschewiki erklärten, daß die Revolution in Gefahr sei, und riefen die Arbeiterklasse auf, standhaft und wachsam zu sein. Die Erklärung wurde am 11. (24.) Juni in der gemeinsamen Sitzung des Präsidiums des Sowjetkongresses und des Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets, des Exekutivkomitees des Sowjets der Bauerndeputierten und aller Fraktionsbüros des Sowjetkongresses verlesen. Die Bolschewiki wollten diese Erklärung in der Sitzung des Sowjetkongresses am 12. (25.) Juni verlesen, aber der Vorsitzende der Versammlung entzog dem Vertreter

- der Bolschewiki das Wort. Die Erklärung wurde dem Präsidium des Sowjetkongresses übergeben. In derselben Sitzung des Kongresses wurde, obwohl die Bolschewiki die Demonstration abgesagt hatten, eine Resolution angenommen, die die Haltung der Partei der Bolschewiki verurteilte. 78
- ³⁶ „*Malenkaja Gaseta*“ (Die kleine Zeitung) – Boulevardzeitung der Schwarzhundertterrichtung, die von September 1914 bis Juli 1917 in Petrograd erschien. 88
- ³⁷ „*Russkaja Wolja*“ (Russischer Wille) – bürgerliche Tageszeitung, die vom zaristischen Innenminister A. D. Protopopow gegründet und von den Großbanken finanziert wurde; sie erschien ab Dezember 1916 in Petrograd. Nach der Februarrevolution führte sie eine Verleumdungskampagne gegen die Bolschewiki. Lenin nannte sie „eine der niederträchtigsten bürgerlichen Zeitungen“ (vorliegender Band, S. 306). Am 25. Oktober (7. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee verboten. 88
- ³⁸ Der stellvertretende Innenminister der zaristischen Regierung, Dshunkowski, erfuhr im Jahre 1914, daß der Abgeordnete der IV. Reichsduma, Malinowski, ein Lockspitzel war. Davon unterrichtete Dshunkowski damals „streng vertraulich“ den Vorsitzenden der IV. Reichsduma, Rodsjanko. Sie beschlossen, Malinowski aus der Duma zu entfernen, aber so, daß „kein Skandal, weder für die Duma noch für die Minister hervorgerufen wird“. Malinowski legte seine Abgeordnetenvollmachten nieder und reiste mit Hilfe des Polizeidepartements ins Ausland. Er wurde erst 1917 auf Grund von Archivmaterialien des Polizeidepartements entlarvt. 1918 wurde Malinowski von der Sowjetregierung vor Gericht gestellt und laut Urteilsspruch des Revolutionstribunals erschossen. 93
- ³⁹ „*Den*“ (Der Tag) – Tageszeitung bürgerlich-liberaler Richtung, die ab 1912 in Petersburg erschien. An der Zeitung arbeiteten menschewistische Liquidatoren mit, in deren Hände die Zeitung nach der Februarrevolution 1917 vollständig überging. Am 26. Oktober (8. November) 1917 verboten. 94
- ⁴⁰ Am 16. (29.) Juni 1917 veröffentlichten die Zeitungen „*Den*“, „*Nowaja Shisn*“ und „*Birshewyje Wedomosti*“ den Bericht der außerordentlichen Untersuchungskommission, die die Provisorische Regierung zur Untersuchung der Verbrechen der Zarenmacht eingesetzt hatte. Dieser Bericht enthielt Materialien zu dem Fall des Lockspitzels Malinowski, die erstmalig veröffentlicht wurden. 94
- ⁴¹ „*Birshowka*“ – „*Birshewyje Wedomosti*“ (Börsennachrichten) – bürgerliche Tageszeitung, die ab 1880 in Petersburg erschien. Der Kurzname „*Birshowka*“

- wurde zum Gattungsnamen und kennzeichnete die Prinzipienlosigkeit und Feilheit der bürgerlichen Presse. Ende Oktober 1917 wurde die Zeitung vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten. 94
- ⁴² Gemeint ist die Spitzeltätigkeit Asefs, eines Mitglieds des Zentralkomitees der Partei der Sozialrevolutionäre, der mehrere Jahre lang Agent des Polizeidepartements war. 1908 wurde er entlarvt und floh ins Ausland. 94
- ⁴³ Gemeint ist die von der Provisorischen Regierung mit Zustimmung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre am 18. Juni (1. Juli) 1917 begonnene Offensive der russischen Truppen an der Front. 104
- ⁴⁴ Die *gesamtrussische Konferenz der Gewerkschaften* tagte vom 21. bis 28. Juni (4. bis 11. Juli) 1917 in Petrograd. An der Konferenz nahmen 211 Personen teil, davon 73 Bolschewiki, die übrigen Teilnehmer waren Menschewiki, Sozialrevolutionäre, Bundisten und Parteilose. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung, der Gewerkschaftsaufbau, der wirtschaftliche Kampf u. a. Zu allen wichtigen Fragen brachten die Bolschewiki eigene Resolutionen oder Abänderungsanträge ein. Mit einer geringfügigen Mehrheit von 10–12 Stimmen nahm die Konferenz die von den menschewistischen „Vaterlandsverteidigern“ eingebrachten Resolutionen an. Die Konferenz wählte einen provisorischen Zentralrat der Gewerkschaften. 115
- ⁴⁵ Gemeint ist die rechte Sozialrevolutionärin J. K. Breschko-Breschkowskaja. Aus Protest dagegen, daß Kerenski vom III. Parteitag der Partei der Sozialrevolutionäre (er fand Ende Mai bis Anfang Juni 1917 in Moskau statt) nicht ins ZK der Partei gewählt worden war, lehnte sie es ab, weiter Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Sozialrevolutionäre zu sein. 121
- ⁴⁶ „*Semlja i Wolja*“ (Land und Freiheit) – Zeitung der Sozialrevolutionäre, die von März bis Oktober 1917 in Moskau erschien. 121
- ⁴⁷ Die kadettischen Minister Schingarjow, Manuilow und Schachowskoi traten am 2. (15.) Juli 1917 aus der Provisorischen Regierung aus. Der Artikel Lenins „*Worauf mögen die Kadetten bei ihrem Austritt aus der Regierung gerechnet haben?*“ wurde am 15. (28.) Juli 1917 ohne Unterschrift zum erstenmal in der Zeitung „*Proletarskoje Delo*“ veröffentlicht.
- „*Proletarskoje Delo*“ (Die proletarische Sache) – Tageszeitung, Organ der bolschewistischen Fraktion des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten von Kronstadt; erschien 1917 an Stelle der in den Julitagen von der Provisorischen Regierung verbotenen Kronstädter bolschewistischen Zeitung „*Golos Prawdy*“ (Die Stimme der Prawda). 147

⁴⁸ Lenin meint die Demonstration am 3. und 4. (16. und 17.) Juli 1917 in Petrograd. Am 3. (16.) Juli kam es im Wiborger Stadtteil zu spontanen Demonstrationen gegen die Provisorische Regierung. Zuerst demonstrierte das 1. Maschinengewehrregiment. Ihm schlossen sich andere Truppenteile und Arbeiter aus den Werken und Fabriken an. Die Demonstration drohte zu einer bewaffneten Aktion gegen die Provisorische Regierung zu werden.

Die Partei der Bolschewiki war zu diesem Zeitpunkt gegen eine bewaffnete Aktion, weil sie davon ausging, daß die revolutionäre Krise noch nicht herangereift war und Armee und Provinz noch nicht bereit waren, den Aufstand in der Hauptstadt zu unterstützen. In einer gemeinsamen Sitzung des ZK, des Petersburger Komitees und der Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B) am 3. (16.) Juli wurde beschlossen, sich nicht an einer Aktion zu beteiligen. Einen ebensolchen Beschluß nahm auch die zu dieser Zeit tagende zweite Petrograder Stadtkonferenz der Bolschewiki an. Die Konferenzdelegierten begaben sich in die einzelnen Stadtbezirke, um die Massen von einer Aktion zurückzuhalten. Aber die Aktion begann trotzdem, und sie aufzuhalten war bereits unmöglich.

Der Stimmung der Massen Rechnung tragend, beschloß das Zentralkomitee gemeinsam mit dem Petersburger Komitee und der Militärorganisation am späten Abend des 3. (16.) Juli, an der Demonstration am 4. (17.) Juli teilzunehmen, um ihr einen friedlichen und organisierten Charakter zu verleihen. Lenin war zu dieser Zeit aus gesundheitlichen Gründen nicht in Petrograd. Nachdem er über die Ereignisse informiert worden war, fuhr er am Morgen des 4. (17.) Juli nach Petrograd zurück.

An der Demonstration am 4. (17.) Juli nahmen mehr als 500 000 Menschen teil. Sie fand unter den Losungen der Bolschewiki „Alle Macht den Sowjets!“ und anderen statt. Die Demonstranten benannten 90 Vertreter, die dem Zentralexekutivkomitee der Sowjets ihre Forderung nach Übergabe der gesamten Macht in die Hände der Sowjets unterbreiteten. Die sozialrevolutionären und menschwistischen Führer lehnten es jedoch ab, die Macht zu übernehmen.

Die Provisorische Regierung beschloß mit Wissen und Zustimmung des menschwistisch-sozialrevolutionären ZEK, die Demonstration mit Waffengewalt zu unterdrücken. Gegen die friedliche Demonstration der Arbeiter und Soldaten wurden Regimenter von Offiziersschülern und konterrevolutionären Kosaken eingesetzt. Sie eröffneten das Feuer auf die Demonstranten. Von der Front waren reaktionär gesinnte Truppen herbeigerufen worden.

Auf der Beratung der Mitglieder des ZK und des PK, die in der Nacht vom 4. zum 5. (17. zum 18.) Juli unter Vorsitz W. I. Lenins stattfand, wurde der

organisierte Abbruch der Demonstration beschlossen. Dies war ein richtiger Schritt der Partei, die es verstand, sich rechtzeitig zurückzuziehen und die Hauptkräfte der Revolution vor der Zerschlagung zu bewahren.

Die bürgerliche Provisorische Regierung setzte nach der Niederschlagung der Demonstration die Repressalien fort. Mit besonderem Haß stürzte sie sich auf die bolschewistische Partei. Die bolschewistischen Zeitungen „Prawda“, „Soldatskaja Prawda“ (Soldatenprawda) u. a. wurden verboten. Die Arbeiter wurden entwaffnet, es begannen Massenverhaftungen, Haussuchungen und Pogrome. Die revolutionären Truppenteile der Petrograder Garnison, die an der Demonstration teilgenommen hatten, wurden reorganisiert und an die Front geschickt. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre erwiesen sich faktisch als Komplizen und Helfershelfer der konterrevolutionären Henker.

Nach den Julitagen ging die Macht im Lande vollständig an die konterrevolutionäre Provisorische Regierung über. Die Sowjets waren nur noch ihr ohnmächtiges Anhängsel. Die Doppelherrschaft war zu Ende. Die friedliche Periode der Revolution war vorbei. Die Bolschewiki standen vor der Aufgabe, den bewaffneten Aufstand zum Sturz der Provisorischen Regierung vorzubereiten. 151

⁴⁹ „*Širooje Slovo*“ (Lebendiges Wort) – Tageszeitung, Boulevardblatt vom Schwarzhundertertypus, das von 1916 an in Petrograd erschien. Im Jahre 1917 betrieb es eine Pogromhetze gegen die Bolschewiki. Es erschien bis zur Oktoberrevolution. 152

⁵⁰ „*Bund zur Befreiung der Ukraine*“ – bürgerlich-nationalistische Organisation, die 1914, zu Beginn des imperialistischen Weltkriegs, von einer Gruppe ukrainischer bürgerlicher Nationalisten geschaffen wurde. Der Bund rechnete mit der Niederlage Rußlands im Krieg und stellte sich als Aufgabe die Lostrennung der Ukraine von Rußland und die Bildung einer bürgerlich-gutsherrlichen ukrainischen Monarchie unter deutschem Protektorat. 153

⁵¹ Die *Dreyfus-Affäre* war ein im Jahre 1894 von den reaktionären monarchistischen Kreisen der französischen Militärclique inszenierter provokatorischer Prozeß gegen den jüdischen Generalstabsoffizier Dreyfus, gegen den falsche Anklage wegen Spionage und Landesverrat erhoben wurde. Dreyfus wurde durch das Kriegsgericht zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Die allgemeine Bewegung für eine Überprüfung des Falles Dreyfus, die sich in Frankreich entfaltete, war von einem erbitterten Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten begleitet und führte schließlich 1906 zur Rehabilitierung von Dreyfus.

Lenin nannte die Dreyfus-Affäre „eine der unzähligen ehrlosen Manipulationen der reaktionären Militärclique“. 161

⁵² Der „Sozial-Demokrat“, das Zentralorgan der SDAPR, wurde als illegale Zeitung von Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen 58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zunächst in Paris und später in Genf. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat“ von W. I. Lenin redigiert. Im „Sozial-Demokrat“ wurden über achtzig Artikel und Notizen W. I. Lenins veröffentlicht.

Nach Nummer 32, erschienen am 15. (28.) Dezember 1913, war die Herausgabe des „Sozial-Demokrat“ vorübergehend unterbrochen. Sofort nach seiner Ankunft in der Schweiz im September 1914 entfaltete W. I. Lenin eine umfangreiche Tätigkeit, um das Zentralorgan der Partei erneut herauszugeben. Am 1. November 1914 erschien die fällige Nummer 33 des „Sozial-Demokrat“ mit dem von Lenin verfaßten Manifest des ZK der SDAPR „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“. Trotz der Schwierigkeiten der Kriegszeit erschien der „Sozial-Demokrat“ regelmäßig. Lenin leitete die gesamte Arbeit bei der Herausgabe der Zeitung, er legte den Inhalt der einzelnen Nummern fest, redigierte die Materialien und befaßte sich mit den Fragen der Gestaltung und des Drucks der Zeitung. Die Verbreitung des „Sozial-Demokrat“ in Rußland und der Abdruck der wichtigsten Artikel in den lokalen bolschewistischen Zeitungen trugen zur politischen Aufklärung und zur Erziehung des russischen Proletariats zum Internationalismus, zur Vorbereitung der Massen auf die Revolution bei. Der „Sozial-Demokrat“ spielte eine große Rolle beim Zusammenschluß der internationalistischen Elemente der internationalen Sozialdemokratie. Über alle durch den Kriegszustand bedingten Hindernisse hinweg fand er Zugang in viele Länder.

1916 gab die Redaktion des „Sozial-Demokrat“ zwei Nummern des „Sbornik Sozial-Demokrata“ (Sammelband des „Sozial-Demokrat“) heraus, in denen u. a. Lenins Schriften „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen)“, „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ und „Über die Losung der ‚Entwaffnung‘“ veröffentlicht wurden. 164

⁵³ Die Festsitzung wurde von den schwedischen linken Sozialisten am 13. April 1917 zu Ehren Lenins organisiert, der sich auf der Reise von der Schweiz nach Rußland einen Tag in Stockholm aufhielt. 164

⁵⁴ Lenins Artikel „Drei Krisen“ wurde 1917 in Nr. 7 der Zeitschrift „Rabotniza“ zum erstenmal veröffentlicht.

„Rabotniza“ (Die Arbeiterin) – Zeitschrift, Organ des Zentralkomitees der Partei der Bolschewiki, das von Februar bis Juni 1914 legal in Petersburg erschien. Danach wurde das Erscheinen der Zeitschrift eingestellt. Sie erschien erneut von Mai 1917 bis Januar 1918. 166

- ⁵⁵ Nach der Niederschlagung der Julidemonstration erließ die Provisorische Regierung am 7. (20.) Juli 1917 einen Haftbefehl gegen W. I. Lenin. Am Abend des 7. (20.) Juli fand in der Wohnung des alten Bolschewiks, des Arbeiters S. J. Allilujew, wo sich Lenin damals verborgen hielt, eine Beratung von Mitgliedern des ZK und einer Reihe von Parteiarbeitern statt. Anwesend waren W. I. Lenin, W. P. Nogin, G. K. Ordshonikidse, J. W. Stalin, J. D. Stassowa u. a. Es wurde beschlossen, daß sich Lenin dem Gericht der konterrevolutionären Provisorischen Regierung nicht zu stellen habe. 172
- ⁵⁶ Die Thesen „*Die politische Lage*“ bestimmten die neue taktische Linie der bolschewistischen Partei im Zusammenhang mit der veränderten politischen Situation, die nach der Niederschlagung der Demonstration der Arbeiter und Soldaten am 4. (17.) Juli und dem Übergang der gesamten Macht in die Hände der konterrevolutionären Provisorischen Regierung entstanden war. Die Thesen wurden auf einer Beratung des Zentralkomitees der SDAPR(B) mit Vertretern des Petersburger Komitees, der Militärorganisation beim ZK der SDAPR(B), des Moskauer Gebietsbüros, des Moskauer Komitees und des Moskauer Bezirkskomitees erörtert, die am 13. und 14. (26. und 27.) Juli 1917 stattfand.
- Sie wurden in Form eines Artikels unter der Überschrift „*Die politische Stimmung*“ am 2. August (20. Juli) 1917 im „*Proletarskoje Delo*“ (Die proletarische Sache), dem Organ der bolschewistischen Fraktion des Kronstädter Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, veröffentlicht. 174
- ⁵⁷ Das *Bulletin der „Pravda“* erschien in deutscher Sprache in Stockholm von Juni bis November 1917 unter dem Titel „*Russische Korrespondenz „Pravda“*“. Es wurde von der Auslandsvertretung des Zentralkomitees der SDAPR(B) herausgegeben. Das Bulletin erschien auch in französischer Sprache. 178
- ⁵⁸ Die *Beilis-Affäre* – ein provokatorischer Prozeß, der 1913 in Kiew von der zaristischen Regierung gegen den Juden Beilis inszeniert wurde. Man beschuldigte Beilis wider besseres Wissen des Ritualmordes. (In Wirklichkeit war der Mord von Schwarzhundertern organisiert worden.) Der Prozeß rief in der Öffentlichkeit starke Erregung hervor. In einer Reihe von Städten führten die Arbeiter Protestdemonstrationen durch. Beilis wurde vom Schwurgericht freigesprochen. 179
- ⁵⁹ Siehe Friedrich Engels, „*Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, S. 166. 185
- ⁶⁰ Der Artikel „*Über Verfassungssillusionen*“ wurde zuerst 1917 in der Zeitung

„Rabotschi i Soldat“ veröffentlicht und dann als Broschüre unter dem Titel „Zur gegenwärtigen Lage“ herausgegeben. Um die Zeitung vor dem Verbot zu bewahren und geheimzuhalten, daß die Partei der Bolschewiki den bewaffneten Aufstand vorbereitete, wurden die Worte „bis zum bewaffneten Aufstand“ bei der Veröffentlichung des Artikels von der Redaktion durch die Worte „bis zu seinen entschiedensten Formen“ ersetzt. Dem vorliegenden Text liegt das Manuskript zugrunde. 193

⁶¹ Lenin meint das Frankfurter Parlament, die im Mai 1848 nach der Märzrevolution in Deutschland einberufene Nationalversammlung. 197

⁶² Lenin meint die Schrift „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ von Karl Marx. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 8, S. 111–207.) 198

⁶³ Siehe Friedrich Engels, „Der deutsche Bauernkrieg“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 7, S. 327–413.) 201

⁶⁴ *Gang nach Canossa* bedeutet, jedes beliebige Zugeständnis machen und jegliche Erniedrigung auf sich nehmen.

Im Jahre 1077 begab sich der deutsche König Heinrich IV. nach Canossa (einer Burg in Oberitalien) zum Papst Gregor VII. Er wollte beim Papst, gegen den er gekämpft hatte und der den Kirchenbann über ihn verhängt und ihn der königlichen Macht für verlustig erklärt hatte, Absolution erleben. Heinrich IV. stand drei Tage im Gewand eines büßenden Sünders am Burgtor und flehte um eine Zusammenkunft mit dem Papst, bis dieser ihn empfing. 207

⁶⁵ Gemeint ist die von der Provisorischen Regierung vorbereitete Staatsberatung. Sie wurde am 12. (25.) August 1917 in Moskau einberufen. Die Mehrheit der Beratungsteilnehmer waren Vertreter der Gutsbesitzer, der Bourgeoisie, der Generalität, des Offizierskorps und der Kosakenschaft. Die von den Sowjets entsandte Delegation setzte sich aus Menschewiki und Sozialrevolutionären zusammen. Die Beratung hatte das Ziel, die konterrevolutionären Kräfte, die Bourgeoisie und die Gutsbesitzer, zur Niederschlagung der Revolution zu mobilisieren. In der Beratung entwickelten Kornilow, Alexejew, Kaledin u. a. ein Programm zur Unterdrückung der Revolution. Kerenski drohte in seiner Rede, er werde die revolutionäre Bewegung niederwerfen und den Versuchen der Bauern, von den Gutsbesitzerländereien Besitz zu ergreifen, ein Ende machen. Das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki rief das Proletariat zum Protest gegen die Moskauer Staatsberatung auf. In Moskau organisierten die Bolschewiki am Eröffnungstage der Beratung einen eintägigen Generalstreik, an dem sich über 400 000 Menschen beteiligten. Zu Protestkundgebungen und Streiks kam es auch in anderen Städten. 207

- ⁶⁶ „Die Glocke“ – Halbmonatsschrift; wurde in München und später in Berlin von 1915 bis 1925 von dem Sozialchauvinisten Parvus (Helphand) herausgegeben. 218
- ⁶⁷ Die *Provisorische Koalitionsregierung*, bestehend aus Kerenski, Nekrassow, Awksentjew und anderen wurde am 24. Juli (6. August) 1917 gebildet. Ihr gehörten Kadetten, Menschewiki, Sozialrevolutionäre, „Volkssozialisten“ und den Kadetten nahestehende Parteilose an. Die neue Regierung befand sich in den Händen der Kadetten. 221
- ⁶⁸ Gemeint ist die Deklaration der Provisorischen Regierung vom 8. (21.) Juli 1917. Sie enthielt eine Reihe demagogischer Versprechungen, mit denen die Provisorische Regierung, die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Massen nach den Julitagen zu beruhigen suchten. Die Provisorische Regierung forderte zur Fortsetzung des imperialistischen Krieges auf, versprach jedoch, zum festgesetzten Termin, dem 17. (30.) September, Wahlen zur Konstituierenden Versammlung abzuhalten und Gesetzesvorlagen über den Achtstundentag, über die Sozialversicherung u. a. auszuarbeiten. 221
- ⁶⁹ Die „*Kontaktkommission*“ wurde auf Beschluß des versöhnlerischen Exekutivkomitees des Petrograder Sowjets vom 8. (21.) März 1917 gebildet, um auf die Provisorische Regierung „einzuwirken“ und ihre Tätigkeit zu kontrollieren. Ihr gehörten W. N. Filippowski, M. I. Skobelew, J. M. Steklow, N. N. Suchanow, N. S. Tschcheidse (später auch W. M. Tschernow und I. G. Zereteli) an. Die „Kontaktkommission“ half der Provisorischen Regierung, die Autorität des Petrograder Sowjets zur Verschleierung ihrer konterrevolutionären Politik auszunutzen. Mit ihrer Hilfe glaubten die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre die Massen vom aktiven revolutionären Kampf für den Übergang der Macht an die Sowjets abhalten zu können. Die „Kontaktkommission“ wurde Mitte April 1917 abgeschafft, als ihre Funktionen dem Büro des Exekutivkomitees übergeben wurden. 235
- ⁷⁰ Die Frage der Einberufung einer Konferenz nach Stockholm entstand im April 1917. Der dänische Sozialdemokrat Borgbjerg kam nach Petrograd und lud im Namen des Vereinigten Komitees der Arbeiterparteien Dänemarks, Norwegens und Schwedens die sozialistischen Parteien Rußlands ein, sich in Stockholm an einer Konferenz über die Frage des Friedensschlusses zu beteiligen. Das sozialrevolutionär-menschewistische Exekutivkomitee und später auch der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten faßten den Beschluß, sich an der Stockholmer Konferenz zu beteiligen und die Initiative zu ihrer Einberufung zu übernehmen. Die Siebente Gesamtrussische Konferenz der Bolschewiki (Aprilkonferenz) sprach sich entschieden gegen eine Beteiligung an der

Stockholmer Konferenz aus, weil feststand, daß sich dort Sozialchauvinisten versammeln würden; sie zeigte den imperialistischen Charakter der Konferenz auf. Am 6. (19.) August forderte Kamenew in der Sitzung des Zentralexekutivkomitees bei der Debatte zur Frage der Stockholmer Konferenz, sich an der Konferenz zu beteiligen. Die bolschewistische Fraktion des Zentralexekutivkomitees distanzierte sich von diesem Auftreten Kamenews, das Zentralkomitee der Partei verurteilte seine opportunistische Linie und beschloß, im Zentralorgan die Ansichten der Partei in dieser Frage darzulegen. Am 16. (29.) August wurde in der Zeitung „Proletari“ W. I. Lenins Brief „Zum Auftreten Kamenews im Zentralexekutivkomitee in der Frage der Stockholmer Konferenz“ veröffentlicht. Die Stockholmer Konferenz fand nicht statt. 245

- ⁷¹ Lenin meint die Resolution „Über die Vereinigung der Partei“, die vom VI. Parteitag der SDAPR(B) angenommen wurde. (Siehe „Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Parteikonferenzen und Plenartagungen des ZK“, 7. Auflage, Teil I, Moskau 1954, S. 388, russ.)

Der VI. Parteitag der SDAPR(B) tagte halb legal vom 26. Juli bis 3. August (8.–16. August) 1917 in Petrograd. Auf dem Parteitag waren 157 Delegierte mit beschließender und 110 mit beratender Stimme anwesend, die 240 000 Parteimitglieder vertraten. W. I. Lenin leitete den Parteitag aus der Illegalität.

Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: 1. Bericht des Organisationsbüros; 2. Bericht des ZK der SDAPR(B); 3. Rechenschaftsberichte der lokalen Organisationen; 4. die gegenwärtige Lage: a) der Krieg und die internationale Lage; b) die politische und wirtschaftliche Lage; 5. Revision des Programms; 6. Organisationsfragen; 7. die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung; 8. die Internationale; 9. die Vereinigung der Partei; 10. die Gewerkschaftsbewegung; 11. Wahl; 12. Verschiedenes.

Außerdem wurde auf dem Parteitag die Frage behandelt, ob sich Lenin dem Gericht stellen sollte. Im Ergebnis der Diskussion nahm der Parteitag einstimmig eine Resolution an, in der er sich gegen das Erscheinen Lenins vor Gericht aussprach. Er protestierte gegen die von Staatsanwaltschaft und Polizeispitzeln betriebene Hetze und sandte Lenin ein Größschreiben.

Die Hauptfragen des Parteitags waren der politische Rechenschaftsbericht des ZK und der Bericht über die politische Lage. Lenins Weisung folgend nahm der Parteitag vorübergehend die Losung „Alle Macht den Sowjets!“ zurück und orientierte auf den Kampf für die Beseitigung der Diktatur der konterrevolutionären Bourgeoisie und für die Eroberung der Macht durch das Proletariat im Bündnis mit der armen Bauernschaft auf dem Wege des bewaffneten Aufstands. In seinen Beschlüssen unterstrich der Parteitag die Leninsche These

vom Bündnis zwischen dem Proletariat und der armen Bauernschaft als wichtigste Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution.

Der Parteitag wies die antileninistische Auffassung zurück, daß der Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland ohne den Sieg der proletarischen Revolution in Westeuropa nicht möglich sei.

Der Parteitag beschloß die ökonomische Plattform der Partei und bestätigte ein neues Parteistatut.

Das vom Parteitag herausgegebene Manifest rief die Arbeiter, Soldaten und Bauern Rußlands auf, ihre Kräfte zu sammeln und sich unter der Führung der bolschewistischen Partei auf den Entscheidungskampf mit der Bourgeoisie vorzubereiten. Der Parteitag wählte ein Zentralkomitee, dem W. I. Lenin, J. A. Bersin, A. S. Bubnow, F. E. Dzierzynski, A. M. Kollontai, W. P. Miljutin, M. K. Muranow, W. P. Nogin, S. G. Schaumian, F. A. Sergejew (Artjom), J. W. Stalin, J. M. Swerdlow, M. S. Urizki u. a. angehörten. 252

⁷² „Proletari“ (Der Proletarier) – Zentralorgan der Partei der Bolschewiki, Tageszeitung; erschien vom 13. (26.) bis 24. August (6. September) 1917 an Stelle der von der Provisorischen Regierung verbotenen „Prawda“. Es erschienen 10 Nummern. 252

⁷³ W. I. Lenin zitiert aus dem Gedicht von N. A. Nekkassow „Oh, wohl dem Dichter sanftgemut“. (Siehe Gedichte von Nikolai Alexejewitsch Nekkassow, Leipzig 1902, S. 24.) 263

⁷⁴ „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ – im April 1917 gegründete Arbeiterpartei mit zentristischer Führung, deren Kern die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ bildete.

Im Oktober 1920 kam es auf dem Parteitag der USPD in Halle zur Spaltung. Ein beträchtlicher Teil der Partei vereinigte sich im Dezember 1920 mit der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die rechten Elemente bildeten eine eigene Partei und behielten die alte Bezeichnung Unabhängige Sozialdemokratische Partei bei. 1922 schlossen sie sich wieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. 273

⁷⁵ „Izwestija Wserossiskowo Sowjeta Krestjanskich Deputatow“ (Nachrichten des Gesamtrossischen Sowjets der Bauerndeputierten) – Tageszeitung, offizielles Organ des Sowjets der Bauerndeputierten; erschien von Mai bis Dezember 1917 in Petrograd. Die Zeitung vertrat die Ansichten des rechten Flügels der Sozialrevolutionäre. 281

⁷⁶ Lenin meint die Schrift von Friedrich Engels „Die Bauernfrage in Frankreich

- und Deutschland". (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 499 bis 502.) 288
- 77 „*Rabotsdži*“ (Der Arbeiter) – Zentralorgan der bolschewistischen Partei, Tageszeitung, die vom 25. August (7. September) bis zum 2. (15.) September 1917 an Stelle der von der Provisorischen Regierung verbotenen Zeitung „*Prawda*“ herausgegeben wurde. Es erschienen 12 Nummern. 296
- 78 Der „*Vereinigungs*“kongreß der Menschewiki fand vom 19. bis 26. August (1. bis 8. September) 1917 in Petrograd statt. Er war einberufen worden, um die einzelnen menschewistischen Gruppen zu einer einheitlichen Partei zu vereinigen. An dem Kongreß nahmen die menschewistischen „Vaterlandsverteidiger“ (die Anhänger Plechanows und Potressows), die internationalistischen Menschewiki (die Anhänger Martows) und die Vertreter der Zeitung „*Nowaja Shisn*“ teil. Mit Stimmenmehrheit nahm der Kongreß Resolutionen an, in denen er sich für die Fortsetzung des Krieges „bis zum siegreichen Ende“ aussprach, den Eintritt von Sozialisten in die Provisorische Regierung billigte und ihr sein Vertrauen aussprach. Im Verlauf des Kongresses zeigte sich die vollständige Zerfahrenheit seiner Teilnehmer, und die Vereinigung kam nicht zustande. 298
- 79 Lenin meint den Staatsstreich vom 3. (16.) Juni 1907. Der Staatsstreich vom dritten Juni leitete die Periode der Stolypinschen Reaktion ein, die unter der Bezeichnung „*Regime des dritten Juni*“ bekannt ist. 303
- 80 Bei den Wahlen zu den Bezirksdumas in Petrograd, die vom 27. Mai bis zum 5. Juni (9. bis 18. Juni) 1917 stattfanden, erhielten die Bolschewiki etwa 20 Prozent aller Stimmen. Bei den Wahlen zur Petrograder Stadtduma am 20. August (2. September) 1917 erhöhte sich die Anzahl der auf die Bolschewiki entfallenden Stimmen auf 33 Prozent. 305
- 81 „*Spartak*“ (Spartakus) – Zeitschrift des Moskauer Gebietsbüros, des Moskauer Stadtkomitees und (ab Nr. 2) des Moskauer Bezirkskomitees der SDAPR(B). Erschien vom 20. Mai (2. Juni) bis zum 29. Oktober (11. November) 1917. 309
- 82 Lenin meint einen am 25. August (7. September) 1917 von der Soldatensektion des Petrograder Sowjets zur Frage der Neuwahlen für den Sowjet gefaßten Beschluß. Die Sektion sprach sich dafür aus, den Soldaten das Recht einzuräumen, von jeder Kompanie und von jedem Kommando Deputierte in den Sowjet zu wählen, während bei den Arbeitern ein Deputierter auf tausend Wähler kam. Der Beschluß der Soldatensektion verletzte das Prinzip des gleichen Wahlrechts und gab den Soldaten die Möglichkeit, im Sowjet durch eine größere Anzahl Deputierter vertreten zu sein als die Arbeiter. 312

- ⁸³ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 528–535. 313
- ⁸⁴ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 440. 313
- ⁸⁵ Nach der Niederschlagung des Kornilowputsches, als die Frage nach einer Neubildung der Provisorischen Regierung aufgeworfen wurde, faßten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre den Beschluß, sich nicht gemeinsam mit den Kadetten an einer Regierung zu beteiligen. Die Regierungskrise wurde gelöst durch die Bildung eines Direktoriums aus 5 Personen (Kerenski, Tereschtschenko, Werchowski, Werderewski, Nikitin). Obwohl dem Direktorium kein offizieller Vertreter der Kadetten angehörte, wurde es dennoch auf Grund der mit ihnen hinter den Kulissen getroffenen Vereinbarungen gebildet. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre beschloßen in der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK am 2. (15.) September 1917, das Direktorium zu unterstützen, und halfen damit den Gutsbesitzern und Kapitalisten, an der Macht zu bleiben. 319
- ⁸⁶ Den „*Entwurf einer Resolution zur gegenwärtigen politischen Lage*“ beabsichtigte Lenin in der Sitzung des Plenums des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei einzubringen, das durch Beschluß des ZK auf den 3. (16.) September 1917 anberaumt worden war. Am festgesetzten Tag fand jedoch eine Sitzung des ZK in engerem Rahmen statt, in der dieser Entwurf nicht erörtert wurde. In den erhalten gebliebenen und veröffentlichten Protokollen des ZK der SDAPR(B) aus diesem Zeitraum sind keine Hinweise enthalten, daß dieser Entwurf vom Plenum des Zentralkomitees erörtert worden ist. 320
- ⁸⁷ Die „*Gesamtrussische Demokratische Beratung*“ wurde von dem mensche-wistisch-sozialrevolutionären Zentralexekutivkomitee der Sowjets einberufen, um dem wachsenden revolutionären Aufschwung entgegenzuwirken. Sie fand vom 14. bis 22. September (27. September bis 5. Oktober) 1917 in Petrograd statt.
- Die Führer der Menschewiki und Sozialrevolutionäre taten alles, um den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Parteien und Organisationen die überwiegende Mehrheit zu sichern.
- Die Bolschewiki beteiligten sich an der Demokratischen Beratung, um sie als Tribüne zur Entlarvung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre auszunutzen.
- Die Demokratische Beratung beschloß die Schaffung eines Vorparlaments (Provisorischer Rat der Republik). Damit sollte der Anschein erweckt werden, daß in Rußland eine parlamentarische Ordnung eingeführt worden sei. Die

- Bolschewiki beschlossen zunächst, sich an dem Vorparlament zu beteiligen. Lenin kritisierte diese falsche Taktik aufs entschiedenste. Er forderte, daß die Bolschewiki das Vorparlament verlassen, und betonte die Notwendigkeit der Konzentration aller Kräfte auf die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands. Auf Beschluß des ZK verließen die Bolschewiki das Vorparlament am Tage seiner Eröffnung. 335
- ⁸⁸ „*Swobodnaja Šisn*“ (Freies Leben) – Zeitung menschewistischer Richtung; erschien in Petrograd vom 2. (15.) bis zum 8. (21.) September 1917 an Stelle der vorübergehend verbotenen „*Nowaja Šisn*“. 361
- ⁸⁹ Gemeint ist der Übergang der Sowjets in die Hände der Bolschewiki: des Petrograder Sowjets am 31. August (13. September) und des Moskauer Sowjets am 5. (18.) September 1917. 376
- ⁹⁰ „*Russkoje Slovo*“ (Das russische Wort) – bürgerlich-liberale Tageszeitung; erschien in Moskau ab 1895. Sie wurde im November 1917 verboten. 389
- ⁹¹ Die Schrift „*Staat und Revolution*“ verfaßte Lenin im August–September 1917 in der Illegalität. Den Gedanken, daß es notwendig sei, die Frage des Staates theoretisch auszuarbeiten, hatte Lenin in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 geäußert. Damals schrieb er die Notiz „Jugend-Internationale“ (siehe Werke, Bd. 23, S. 163–167), in der er die antimarxistische Position Bucharins in der Frage des Staates kritisierte und versprach, einen ausführlichen Artikel über die Frage Marxismus und Staat zu schreiben. In einem Brief an A. M. Kollontai vom 17. Februar 1917 (neuen Stils) teilte Lenin mit, daß er das Material über die Frage Marxismus und Staat fast fertig vorbereitet habe. Dieses Material hatte Lenin in kleiner, enger Schrift in einem Heft mit blauem Umschlag niedergeschrieben, das von ihm „*Marxismus und Staat*“ betitelt wurde. Es ist eine Sammlung von Zitaten aus Werken von Karl Marx und Friedrich Engels nebst Auszügen aus Büchern von Kautsky, Pannekoek und Bernstein mit kritischen Bemerkungen, Schlußfolgerungen und Verallgemeinerungen W. I. Lenins.
- Nach dem ursprünglichen Plan sollte die Schrift „*Staat und Revolution*“ aus sieben Kapiteln bestehen, doch hat Lenin das letzte, VII. Kapitel, „*Die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917*“, nicht geschrieben. Erhalten ist nur ein ausführlich ausgearbeiteter Plan dieses Kapitels (siehe W. I. Lenin, „*Marxismus und Staat*“, Berlin 1970, S. 124/125). Zur Herausgabe des Buches schrieb Lenin in einer Notiz an den Verleger, falls er sich „mit der Beendigung des VII. Kapitels zu sehr verspäten oder es übermäßig anschwellen sollte, mußte man die ersten sechs Kapitel gesondert, als *ersten Teil* erscheinen lassen...“

Auf der ersten Seite des Manuskripts wird der Autor mit dem Pseudonym „F. F. Iwanowski“ bezeichnet. Unter diesem Pseudonym wollte Lenin sein Buch erscheinen lassen, da es andernfalls die Provisorische Regierung beschlagnahmt hätte. Das Buch wurde jedoch erst 1918 herausgegeben, und die Notwendigkeit des Pseudonyms entfiel. Die zweite Auflage des Buches erschien 1919 mit dem von Lenin in das zweite Kapitel eingefügten neuen Unterabschnitt „Marx' Fragestellung im Jahre 1852“. 393

- ⁹² *Fabier* – Mitglieder der „Gesellschaft der Fabier“, einer reformistischen Organisation, die 1884 in England gegründet wurde. Die Gesellschaft nannte sich nach dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator („der Zauderer“), bekannt durch seine abwartende Taktik und sein Ausweichen vor Entscheidungsschlachten. Die Mitglieder der Gesellschaft der Fabier waren vorwiegend Vertreter der bürgerlichen Intelligenz: Wissenschaftler, Schriftsteller, Politiker. Sie leugneten die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution und predigten den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mittels kleiner Reformen. Im imperialistischen Weltkrieg 1914–1918 waren die Fabier Sozialchauvinisten. Eine Charakteristik der Fabier findet sich in Lenins Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“ (Werke, Bd. 12, S. 368/369), im „Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution“ (Werke, Bd. 15, S. 170/171), in „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie“ (Werke, Bd. 21, S. 258/259) u. a. 395
- ⁹³ Siehe Friedrich Engels, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, S. 165.
Weiter unten, auf S. 400–406 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselbe Schrift von Friedrich Engels. (Ebenda, S. 165–168.) 398
- ⁹⁴ Siehe Friedrich Engels, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 20, S. 261/262.
Weiter unten, auf S. 411 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselbe Schrift von Friedrich Engels. (Ebenda, S. 171.) 408
- ⁹⁵ Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 63–182. 412
- ⁹⁶ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 493. 412

- ⁹⁷ Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 11–32, 521/522.

Das *Gothaer Programm* – Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, angenommen auf dem Parteitag in Gotha im Jahre 1875, auf dem sich die Eisenacher (geführt von August Bebel und Wilhelm Liebknecht, unter dem geistigen Einfluß von Marx und Engels stehend) und die Lassalleaner vereinigten. Die Vereinigung beendete den jahrelangen Bruderkampf in der deutschen Arbeiterbewegung. Das auf dem Kongreß in Gotha angenommene Parteiprogramm entsprach jedoch nicht der Bedeutung der Vereinigung. Es enthielt zwar wichtige politische und soziale Forderungen, war jedoch insgesamt durchdrungen vom opportunistischen Gedankengut des Lassalleanismus. Karl Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ und Friedrich Engels im Brief an August Bebel vom 18.–28. März 1875 unterzogen den Entwurf des Gothaer Programms einer vernichtenden Kritik und bezeichneten ihn als entschiedenen Rückschritt gegenüber dem Eisenacher Programm von 1869. 412

- ⁹⁸ Siehe Karl Marx, „Das Elend der Philosophie“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 182. 413

- ⁹⁹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 4, S. 473 und 481. 414

- ¹⁰⁰ Siehe Karl Marx, „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 8, S. 196/197.

Weiter unten, auf S. 422 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin die Vorrede von Friedrich Engels zur dritten Auflage dieser Schrift. (Ebenda, S. 561/562.) 418

- ¹⁰¹ „Die Neue Zeit“ – theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. In der „Neuen Zeit“ wurden erstmalig einige Arbeiten von Marx und Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „Neuen Zeit“ arbeiteten hervorragende Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine marxistische Zeitschrift, ging „Die Neue Zeit“ mehr und mehr auf zentristische Positionen über. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bezog sie einen sozialpazifistischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. 423

- ¹⁰² Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 28, S. 507/508. 424

- ¹⁰³ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 96. 427
- ¹⁰⁴ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 33, S. 205. 428
- ¹⁰⁵ Siehe Karl Marx, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 336–339.
Weiter unten, auf S. 434, 434/435, 440/441 und 443–445 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselbe Schrift von Karl Marx. (Ebenda, S. 341, 339–342.) 432
- ¹⁰⁶ Siehe Friedrich Engels, „Zur Wohnungsfrage“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 226/227.
Weiter unten, auf S. 447 und 448 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselbe Schrift von Friedrich Engels. (Ebenda, S. 282, 266.) 447
- ¹⁰⁷ W. I. Lenin meint die Artikel von Karl Marx „Der politische Indifferentismus“ und von Friedrich Engels „Von der Autorität“, die im Dezember 1873 in dem italienischen Sammelband „Almanacco Repubblicano per l'anno 1874“ veröffentlicht wurden. Diese Artikel erschienen in einer von D. B. Rjasanow (D. B. Goldendach) angefertigten deutschen Übersetzung in der „Neuen Zeit“, 32. Jahrgang, 1913/1914, Bd. 1, Nr. 2. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 299–304 und 305–308.)
Weiter unten, auf S. 449–451 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselben Schriften. (Ebenda.) 449
- ¹⁰⁸ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 6/7. 453
- ¹⁰⁹ Das *Erfurter Programm* der deutschen Sozialdemokratie wurde auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 1891 an Stelle des Gothaer Programms von 1875 angenommen. Das Erfurter Programm dokumentierte, daß sich der Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung durchgesetzt hatte. Es enthielt jedoch andererseits auch Mängel, die es später den Revisionisten erleichterten, in der Epoche des Imperialismus das Erfurter Programm für die Verbreitung ihrer opportunistischen Ideen zu mißbrauchen. Engels kritisierte den Entwurf des Erfurter Programms in seiner Schrift „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 225–240.)
Weiter unten, auf S. 463–467 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselbe Schrift von Friedrich Engels. (Ebenda, S. 232–237.) 455
- ¹¹⁰ Gemeint ist die Einleitung von Friedrich Engels zur Schrift von Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“. (Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 613–625.)

- Weiter unten, auf S. 463–467 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselbe Schrift von Friedrich Engels. (Ebenda, S. 616, 620, 623–625.) 462.
- ¹¹¹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 417/418. 468
- ¹¹² Siehe Karl Marx, „Kritik des Gothaer Programms“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 28.
Weiter unten, auf S. 473, 479–482 dieses Bandes, zitiert W. I. Lenin dieselbe Schrift von Karl Marx. (Ebenda, S. 28, 20/21.) 472
- ¹¹³ Der *Haager Kongreß der I. Internationale* fand vom 2. bis 7. September 1872 in Anwesenheit von Marx und Engels statt. An dem Kongreß nahmen 65 Delegierte teil. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. die Befugnisse des Generalrats; 2. die politische Tätigkeit des Proletariats u. a. Der Kongreß verlief unter heftigen Auseinandersetzungen mit den Bakunisten. Es wurde ein Beschluß über die Erweiterung der Befugnisse des Generalrats angenommen. Zu dem Punkt „Die politische Tätigkeit des Proletariats“ wird im Beschluß des Kongresses gesagt, das Proletariat müsse sich, um den Sieg der sozialen Revolution zu sichern, seine eigene politische Partei schaffen und die große Aufgabe meistern, die politische Macht zu erobern. Auf diesem Kongreß wurden Bakunin und Guillaume wegen Desorganisation und Gründung einer neuen, anti-proletarischen Partei aus der Internationale ausgeschlossen. 491
- ¹¹⁴ „*Sarja*“ (Die Morgenröte) – marxistische wissenschaftlich-politische Zeitschrift, die von der Redaktion der Zeitung „Iskra“ in den Jahren 1901 und 1902 legal in Stuttgart herausgegeben wurde. Es erschienen vier Nummern (drei Hefte). In der „*Sarja*“ wurden folgende Arbeiten Lenins veröffentlicht: „Zufällige Notizen“, „Die Verfolger des Semstwos und die Hannibale des Liberalismus“, die ersten vier Kapitel des Werkes „Die Agrarfrage und die ‚Marxkritiker‘“ (unter dem Titel „Die Herren ‚Kritiker‘ in der Agrarfrage“), „Innerpolitische Rundschau“ und „Das Agrarprogramm der russischen Sozialdemokratie“. 492
- ¹¹⁵ Gemeint ist der Fünfte Internationale Sozialistenkongreß der II. Internationale, der vom 23. bis 27. September 1900 in Paris stattfand. Zu der Hauptfrage „Eroberung der staatlichen Macht und Bündnisse mit bürgerlichen Parteien“, nahm der Kongreß mit Stimmenmehrheit eine von Karl Kautsky eingebrachte Resolution an. In der Resolution hieß es, daß „der Eintritt eines einzelnen Sozialisten in ein bürgerliches Ministerium nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten ist, sondern stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Notbehelf in einer Zwangslage sein kann“.

Die Zeitschrift „Sarja“ Nr. 1 vom April 1901 veröffentlichte G. W. Plechanows Artikel „Einige Worte über den letzten Internationalen Sozialistenkongress in Paris (Offener Brief an die Genossen, die mir ihre Vollmacht erteilt haben)“, in dem Kautskys Resolution heftig kritisiert wurde. 492

- ¹¹⁶ „*Sozialistische Monatshefte*“ – Zeitschrift, erschien von 1897 bis 1933 in Berlin. Wurde zum wichtigsten Organ des deutschen und internationalen Revisionismus. In den Jahren des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 vertrat sie einen sozialchauvinistischen Standpunkt. 505
- ¹¹⁷ Die *Unabhängige Arbeiterpartei Englands* (Independent Labour Party) wurde 1893 gegründet. An der Spitze der Partei standen James Keir Hardie, R. MacDonald und andere. Sie erhob Anspruch auf politische Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, war jedoch in Wirklichkeit, wie Lenin sich ausdrückte, „unabhängig“ nur vom Sozialismus, aber vom Liberalismus sehr abhängig“. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 trat die Unabhängige Arbeiterpartei zunächst mit einem Manifest gegen den Krieg hervor (13. August 1914), später hingegen, in der Londoner Konferenz der Sozialisten der Ententeländer im Februar 1915, stimmten die Unabhängigen der in dieser Konferenz angenommenen sozialchauvinistischen Resolution zu. Seitdem standen die sich mit pazifistischen Phrasen tarnenden Führer der Unabhängigen auf den Positionen des Sozialchauvinismus. Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 beschlossen die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei unter dem Druck der nach links geschwenkten Massen der Parteimitglieder den Austritt aus der II. Internationale. 1921 traten die Unabhängigen der sogenannten zweieinhalbten Internationale bei und schlossen sich nach deren Zerfall von neuem der II. Internationale an. 506

DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN
W. I. LENINS

(Juni bis September 1917)

1917

- 3.-24. Juni
(16. Juni-7. Juli) Lenin nimmt an den Arbeiten des I. Gesamtrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten teil.
4. (17.) Juni Lenin spricht auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über die Stellung zur Provisorischen Regierung.
In Nr. 73 der „Prawda“ werden Lenins Artikel „Die Zerrütung und der Kampf des Proletariats dagegen“ und „Die tausendunderste Lüge der Kapitalisten“ veröffentlicht.
6. (19.) Juni In Nr. 74 der „Prawda“ werden Lenins Artikel „Die Erzreaktionäre vom 3. Juni sind für die sofortige Offensive“, „Ein Bündnis, um die Revolution aufzuhalten“ und „Danksagung“ veröffentlicht.
Lenin nimmt an der erweiterten Sitzung des ZK der Partei teil und unterbreitet den Vorschlag, am 10. (23.) Juni eine friedliche Demonstration der Arbeiter und Soldaten in Petrograd unter bolschewistischen Losungen zu organisieren.
7. (20.) Juni In Nr. 75 der „Prawda“ werden Lenins Artikel „Gibt es einen Weg zu einem gerechten Frieden?“, „Über die Volksfeinde“ und „Notiz“ veröffentlicht.
8. (21.) Juni In Nr. 76 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Das große Abschwanken“, „Von der Nützlichkeit einer sachlichen Polemik“, „Eine Seuche der Vertrauensseligkeit“ und „Eine Taube auf dem Dach oder ein Sperling in der Hand“.
9. (22.) Juni In Nr. 77 der „Prawda“ wird Lenins Artikel „Den Sozialismus einführen oder aufdecken, wie die Staatskasse geplündert wird?“ veröffentlicht.

- Lenin spricht auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten über den Krieg.
- In der Nacht vom 9. zum 10. (vom 22. zum 23.) Juni* W. I. Lenin nimmt an der Sitzung der bolschewistischen Fraktion des I. Gesamtrussischen Sowjetkongresses und danach an der Sitzung des ZK der SDAPR(B) teil. Auf Vorschlag W. I. Lenins beschließt das ZK, die auf den 10. (23.) Juni festgelegte Demonstration abzusagen.
- Spät in der Nacht bereitet W. I. Lenin Materialien für die „Prawda“ sowie Direktiven des ZK in Verbindung mit dessen Beschluß über die Absage der Demonstration vor.
- 11. (24.) Juni* In Nr. 79 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „In Verwirrung und Angst geraten“, „Anspielungen“, „Beunruhigende Gerüchte“ und „Eine Preisfrage“.
- Lenin schreibt den „Entwurf einer Erklärung des ZK der SDAPR(B) und des Büros der Fraktion der Bolschewiki an den Gesamtrussischen Sowjetkongreß anläßlich des Verbots der Demonstration“.
- Lenin spricht in der Sitzung des Petersburger Komitees der SDAPR(B) anläßlich der Absage der Demonstration.
- 13. (26.) Juni* In Nr. 80 der „Prawda“ werden Lenins Artikel „An einem Wendepunkt“ und „Brief an die Redaktion“ veröffentlicht.
- 14. (27.) Juni* In Nr. 81 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Die Außenpolitik der russischen Revolution“ und „Eine widerspruchsvolle Position“.
- 15. (28.) Juni* Der Artikel Lenins „Die Ukraine“ erscheint in Nr. 82 der „Prawda“.
- 16. (29.) Juni* In Nr. 83 der „Prawda“ wird Lenins Artikel „Woher kamen und ‚kommen‘, klassenmäßig gesehen, die Cavaignac?“ veröffentlicht.
- 16.–23. Juni (29. Juni bis 6. Juli)* Lenin nimmt führend teil an den Arbeiten der Gesamtrussischen Konferenz der Militärorganisationen der SDAPR(B) der Front und des Hinterlands; er wird in das Präsidium gewählt.
- 17. (30.) Juni* Lenin schreibt einen Brief an das Auslandsbüro des ZK der SDAPR(B) in Stockholm.
- In Nr. 84 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Wie der Kampf gegen die Konterrevolution geführt werden muß“, „Die

- Ukraine und die Niederlage der Regierungsparteien Rußlands“, „Auf die Anklagebank mit Rodsjanko und Dshunkowski, sie haben einen Spitzel gedeckt!“ und „Eine merkwürdige Entstellung von Zitaten“.
18. Juni (1. Juli) Lenin führt eine Beratung des ZK der SDAPR(B) im engeren Rahmen zu den Ergebnissen der Demonstration vom 18. Juni (1. Juli) durch.
- In Nr. 85 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Herrschende und verantwortliche Parteien“ und „Noch eine Kommission“.
20. Juni (3. Juli) In Nr. 86 der „Prawda“ wird Lenins Artikel „Der achtzehnte Juni“ veröffentlicht.
- Lenin spricht auf der Gesamtrussischen Konferenz der Militärorganisationen der SDAPR(B) der Front und des Hinterlands über die gegenwärtige Lage.
- Lenin wird vom I. Gesamtrussischen Sowjetkongreß zum Mitglied des Zentralexekutivkomitees gewählt.
- Zwischen dem 20. und 23. Juni (3. und 6. Juli) Lenin spricht auf der Gesamtrussischen Konferenz der Militärorganisationen der SDAPR(B) der Front und des Hinterlands über die Agrarfrage.
21. Juni (4. Juli) In Nr. 87 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Die Revolution, die Offensive und unsere Partei“, „Wodurch unterscheidet ihr euch denn von Plechanow, ihr Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiki?“ und „Wie sich Rodsjanko rechtfertigt“.
22. Juni (5. Juli) In Nr. 88 der „Prawda“ wird Lenins Artikel „Wohin haben die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki die Revolution gebracht?“ veröffentlicht.
24. Juni (7. Juli) In Nr. 90 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Kann man die Arbeiterklasse mit dem ‚Jakobinertum‘ schrecken?“ und „Von der Notwendigkeit, einen Verband der Landarbeiter Rußlands zu gründen“ (Erster Artikel).
25. Juni (8. Juli) In Nr. 91 der „Prawda“ werden die Artikel Lenins „Von der Notwendigkeit, einen Verband der Landarbeiter Rußlands zu gründen“ (Zweiter Artikel) und „Eine verworrene Revolution“ veröffentlicht.

27. Juni
(10. Juli) In Nr. 92 der „Prawda“ werden die Artikel Lenins „Die Klassenverschiebung“ und „Wunder an revolutionärer Tatkraft“ veröffentlicht.
29. Juni
(12. Juli) In Nr. 94 der „Prawda“ werden Lenins Artikel „Phrasen und Tatsachen“ und „Wie die Herren Kapitalisten ihre Gewinne verschleiern (Zur Frage der Kontrolle)“ veröffentlicht.
29. Juni–4. Juli
(12.–17. Juli) Lenin verbringt krankheitshalber einige Tage im Dorf Neiwola in der Nähe der Bahnstation Mustamjaki (Finnland).
30. Juni
(13. Juli) In Nr. 95 der „Prawda“ werden Lenins Artikel „Die Krise rückt näher – die Zerrüttung greift um sich“ und „Wie soll man es tun?“ veröffentlicht.
1. (14.) Juli In Nr. 96 der „Prawda“ erscheinen Lenins Artikel „Wie und warum hat man die Bauern betrogen?“ und „Wer trägt die Verantwortung?“
3. (16.) Juli Lenin schreibt den Artikel „Worauf mögen die Kadetten bei ihrem Austritt aus der Regierung gerechnet haben?“
- Spätestens
4. (17.) Juli Lenin schreibt den Artikel „Alle Macht den Sowjets!“. Der Artikel wird in Nr. 99 der „Prawda“ vom 18. (5.) Juli veröffentlicht.
4. (17.) Juli Lenin spricht vom Balkon des Palais der Krzesinska zu den Demonstranten.
- In der Nacht vom
4. zum 5. (vom
17. zum 18.) Juli Lenin nimmt an der Sitzung des ZK und des PK der SDAPR(B) teil, die den Aufruf zum Abbruch der Julidemonstration beschließt.
5. (18.) Juli Lenin übersiedelt in ein illegales Quartier.
Er schreibt die Artikel: „Wo ist die Macht und wo die Konterrevolution?“, „Die niederträchtigen Lügen der Schwarzhundertpresse und Alexinskis“, „Verleumdungen und Tatsachen“, „Dem Wesen der Dinge nahe“ und „Eine neue Dreyfus-Affäre?“. Diese Artikel werden im „Listok ‚Prawdy‘“ vom 19. (6.) Juli veröffentlicht.
6. (19.) Juli Lenin führt aus Anlaß der Juliereignisse eine Beratung des ZK der SDAPR(B) in engerem Rahmen durch.
Lenin nimmt an einer Beratung des Vollzugsausschusses des Petersburger Komitees der SDAPR(B) teil, die im Wächterhäuschen der Fabrik Renault (heute der staatliche Leningrader Betrieb „Roter Oktober“) stattfindet.

- Lenin schreibt den „Aufruf des Vollzugausschusses des Petersburger Komitees der SDAPR(B)“.
- 6./7. (19./20.)
Juli Lenin schreibt den Artikel „Eine Dreyfusiade“.
- 7.–9. (20.–22.)
Juli Lenin verbirgt sich in der Wohnung des Arbeiters S. J. Alliljew.
7. (20.) Juli Die Provisorische Regierung erläßt einen Haftbefehl gegen Lenin.
Lenin schreibt die Artikel „Zur Widerlegung dunkler Gerüchte“ und „Drei Krisen“.
Lenin schreibt einen Brief an das Büro des Zentralexekutivkomitees des Gesamtrussischen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, in dem er gegen die bei ihm durchgeführte Haussuchung protestiert.
8. (21.) Juli Lenin schreibt den Artikel „Sollen sich die Führer der Bolschewiki dem Gericht stellen?“.
- In der Nacht vom
9. zum 10. (vom
22. zum 23.) Juli W. I. Lenin fährt in eine Siedlung in der Nähe der Bahnstation Rasliw. Einige Tage später verbirgt er sich in einer Hütte am See Rasliw.
10. (23.) Juli Lenin schreibt die Thesen „Die politische Lage“. Sie werden als Artikel in Nr. 6 des „Proletarskoje Delo“ vom 2. August (20. Juli) veröffentlicht.
11. (24.) Juli Lenins Brief an die Redaktion der „Nowaja Shisn“ wird in Nr. 71 der „Nowaja Shisn“ veröffentlicht.
15. (28.) Juli In Nr. 2 des „Proletarskoje Delo“ erscheinen Lenins Artikel „Worauf mögen die Kadetten bei ihrem Austritt aus der Regierung gerechnet haben?“ und „Brief an die Redaktion des ‚Proletarskoje Delo‘“.
- Mitte Juli Lenin schreibt den Artikel „Zu den Losungen“. Der Artikel wird 1917 als Broschüre vom Kronstädter Komitee der SDAPR(B) herausgegeben.
19. Juli
(1. August) In Nr. 5 des „Proletarskoje Delo“ erscheint Lenins Artikel „Wofür wir dem Fürsten G. J. Lwow dankbar sind“.
Lenins Artikel „Drei Krisen“ erscheint in Nr. 7 der Zeitschrift „Rabotniza“.
26. Juli
(8. August) Lenin schreibt den Artikel „Über Verfassungszwänge“.

26. und 27. Juli
(8. und 9. August) In Nr. 3 und 4 des „Rabotschi i Soldat“ erscheint Lenins Artikel „Eine Antwort“.
26. Juli bis
3. August (8. bis
16. August) Lenin leitet aus der Illegalität den VI. Parteitag der SDAPR(B). Der Parteitag wählt Lenin zum Ehrenvorsitzenden und schickt ihm ein Begrüßungsschreiben.
29. Juli
(11. August) Lenin wird vom VI. Parteitag der SDAPR(B) ins ZK gewählt. In Nr. 6 des „Rabotschi i Soldat“ erscheint Lenins Artikel „Der Beginn des Bonapartismus“.
- Ende Juli Lenin schreibt den Artikel „Die Lehren der Revolution“. Der Artikel erscheint in Nr. 8 und 9 des „Rabotschi“ vom 12. und 13. September (30. und 31. August).
3. (16.) August Lenin wird vom VI. Parteitag als Kandidat für die Konstituierende Versammlung aufgestellt.
4. und 5. (17.
und 18.) August In Nr. 11 und 12 des „Rabotschi i Soldat“ wird Lenins Artikel „Über Verfassungssillusionen“ veröffentlicht.
- In der Nacht vom
8. zum 9. (vom
21. zum 22.)
August Lenin verläßt Rasliw und begibt sich zur Station Udelnaja.
9. (22.) August Lenin fährt abends von Udelnaja illegal als Heizer auf einer Lokomotive über die finnische Grenze.
10. August–17.
September (23.
August–30.
September) Lenin verbirgt sich in Finnland im Dorf Jalkala in der Nähe der Station Terijoki, dann wohnt er in der Stadt Lahti, 130 km von Helsingfors, und später in Helsingfors.
16. (29.) August Der Brief Lenins „Zum Auftreten Kamenews im Zentralexekutivkomitee in der Frage der Stockholmer Konferenz“ wird in Nr. 3 des „Proletari“ veröffentlicht.
- 17.–25. August
(30. August bis
7. September) Lenin schreibt einen Brief an das Auslandsbüro des ZK der SDAPR(B).
- 18./19. August
(31. August/
1. September) Lenin schreibt den Artikel „Gerüchte von einer Verschwörung“.
19. August
(1. September) In Nr. 6 des „Proletari“ wird Lenins Artikel „Sie sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht“ veröffentlicht.

24. August
(6. September) In Nr. 10 des „Proletari“ wird Lenins Artikel „Politische Erpressung“ veröffentlicht.
26. August
(8. September) In Nr. 2 des „Rabotschi“ erscheinen Lenins Artikel „Papierner Resolutionen“ und „Über die Stockholmer Konferenz“.
29. August
(11. September) In Nr. 6 des „Rabotschi“ erscheint Lenins Artikel „Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Bauern und Arbeiter“.
30. August
(12. September) In Nr. 8 des „Rabotschi“ wird Lenins Artikel „Die Verleumder“ veröffentlicht.
Lenin schreibt einen Brief „An das Zentralkomitee der SDAPR“.
- August bis
September Lenin schreibt die Schrift „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution“.
1. (14.) September Lenins Artikel „Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Die Wurzel des Übels. Frondienst und Sozialismus“ erscheint in Nr. 10 des „Rabotschi“.
- 1.–3. (14.–16.)
September Lenin schreibt den Artikel „Über Kompromisse“, der in Nr. 3 des „Rabotschi Put“ vom 19. (6.) September veröffentlicht wird.
- Spätestens 3.
(16.) September Lenin schreibt die Briefe „Zur Frage des Parteiprogramms“, „Zur Zimmerwalder Frage“ und „Verletzung der Demokratie in den Massenorganisationen“.
Lenin schreibt den „Entwurf einer Resolution zur gegenwärtigen politischen Lage“.
6. (19.) September Lenin wird in einer Sitzung des ZK der SDAPR(B) als Delegierter für die Demokratische Beratung benannt.
- 10.–14. (23.–27.)
September Lenin schreibt die Broschüre „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“.
11. (24.) September Lenin wird vom Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-deputierten als Delegierter für die Demokratische Beratung gewählt.
14. (27.) September In Nr. 10 des „Rabotschi Put“ erscheint Lenins Artikel „Eine der Kernfragen der Revolution“.
15. (28.) September In Nr. 11 des „Rabotschi Put“ erscheint Lenins Artikel „Wie wird der Konstituierenden Versammlung der Erfolg gesichert? (Über die Pressefreiheit)“.

INHALTSVERZEICHNIS

Vormort VII-VIII

Juni-September 1917

I. Gesamtrussischer Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldaten- deputierten, 3.-24. Juni (16. Juni-7. Juli) 1917	1-30
1. Rede über die Stellung zur Provisorischen Regierung, 4. (17.) Juni	3
2. Rede über den Krieg, 9. (22.) Juni	16
Die Zerrüttung und der Kampf des Proletariats dagegen	31-33
Die tausendunderste Lüge der Kapitalisten	34-35
Die Erzreaktionäre vom 3. Juni sind für die sofortige Offensive	36-38
Ein Bündnis, um die Revolution aufzuhalten	39-41
Danksagung	42
Gibt es einen Weg zu einem gerechten Frieden?	43-44
Über die Volksfeinde	45-46
Notiz	47
„Das große Abschnenken“	48-51
Von der Nützlichkeit einer sachlichen Polemik	52-53
Eine Seuche der Vertrauensseligkeit	54-55
Eine Taube auf dem Dach oder ein Sperling in der Hand	56
Den Sozialismus einführen oder aufdecken, wie die Staatskasse ge- plündert wird?	57-59

In Verwirrung und Angst geraten	60-62
Anspielungen	63-64
„Beunruhigende Gerüchte“	65
Eine Preisfrage	66
Entwurf einer Erklärung des ZK der SDAPR(B) und des Büros der Fraktion der Bolschewiki an den Gesamtrussischen Sowjetkongreß anläßlich des Verbots der Demonstration	67-68
Rede in der Sitzung des Petersburger Komitees der SDAPR(B) anläß- lich der Absage der Demonstration, 11. (24.) Juni 1917	69-71
An einem Wendepunkt	72-73
Brief an die Redaktion	74
Die Außenpolitik der russischen Revolution	75-77
Eine widerspruchsvolle Position	78-80
Die Ukraine	81-82
Woher kamen und „kommen“, klassenmäßig gesehen, die Cavaignac?	83-86
Wie der Kampf gegen die Konterrevolution geführt werden muß ..	87-88
Die Ukraine und die Niederlage der Regierungsparteien Rußlands ..	89-92
Auf die Anklagebank mit Rodsjanko und Dshunkowski, sie haben einen Spitzel gedeckt!	93
Eine merkwürdige Entstellung von Zitaten	94
Herrschende und verantwortliche Parteien	95-98
Noch eine Kommission	99-100
Der achtzehnte Juni	101-103
Die Revolution, die Offensive und unsere Partei	104-106
Wodurch unterscheidet ihr euch denn von Plechanow, ihr Herren So- zialrevolutionäre und Menschewiki?	107
Wie sich Rodsjanko rechtfertigt	108
Wohin haben die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki die Revolu- tion gebracht?	109-111
Kann man die Arbeiterklasse mit dem „Jakobinertum“ schrecken? ..	112-114

Von der Notwendigkeit, einen Verband der Landarbeiter Rußlands zu gründen	115-119
Erster Artikel	115
Zweiter Artikel	117
Eine verworrene Revolution	120-123
Die Klassenverschiebung	124-126
Wunder an revolutionärer Tatkraft	127-129
Phrasen und Tatsachen	130-132
Wie die Herren Kapitalisten ihre Gewinne verschleiern (Zur Frage der Kontrolle)	133-134
Die Krise rückt näher – die Zerrüttung greift um sich	135-137
Wie soll man es tun?	138-140
Wie und warum hat man die Bauern betrogen?	141-144
Wer trägt die Verantwortung?	145-146
Worauf mögen die Kadetten bei ihrem Austritt aus der Regierung gerechnet haben?	147-148
Alle Macht den Sowjets!	149-150
Wo ist die Macht und wo die Konterrevolution?	151-156
Die niederträchtigen Lügen der Schwarzhunderterpresse und Alexinskis	157
Verleumdungen und Tatsachen	158-159
Dem Wesen der Dinge nahe	160
Eine neue Dreyfus-Affäre?	161
Aufruf des Vollzugsausschusses des Petersburger Komitees der SDAPR(B)	162
Eine Dreyfusiade	163-164
Zur Widerlegung dunkler Gerüchte	165
Drei Krisen	166-171
Sollen sich die Führer der Bolschewiki dem Gericht stellen?	172-173
Die politische Lage	174-176

Brief an die Redaktion der „Nowaja Shisn“	177–178
Brief an die Redaktion des „Proletarskoje Delo“	179–180
Zu den Losungen	181–189
Wofür wir dem Fürsten G. J. Lwow dankbar sind	190–192
Über Verfassungsideologien	193–208
I	194
II	198
III	202
Eine Antwort	209–220
I	209
II	218
III	220
Der Beginn des Bonapartismus	221–225
Die Lehren der Revolution	227–244
I	229
II	232
III	232
IV	235
V	235
VI	237
VII	240
VIII	242
IX	243
Nachwort	244
Zum Auftreten Kamenews im Zentralexekutivkomitee in der Frage der Stockholmer Konferenz	245–247
Gerüchte von einer Verschwörung	248–255
Sie sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht	256–262
Politische Erpressung	263–266
Papierne Resolutionen	267–270
Über die Stockholmer Konferenz	271–280

Aus dem Tagebuch eines Publizisten. Bauern und Arbeiter	281-289
Die Verleumder	290-291
An das Zentralkomitee der SDAPR	292-296
Aus dem Tagebuch eines Publizisten	297-308
1. Die Wurzel des Übels	297
2. Frondienst und Sozialismus	305
Zur Frage des Parteiprogramms	309-310
Zur Zimmerwalder Frage	311
Verletzung der Demokratie in den Massenorganisationen	312
Über Kompromisse	313-319
Entwurf einer Resolution zur gegenwärtigen politischen Lage	320-326
Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll	327-377
Der Hunger rückt heran	331
Die Regierung ist völlig untätig	333
Die Kontrollmaßnahmen sind allgemein bekannt und leicht durchführbar	336
Nationalisierung der Banken	338
Nationalisierung der Syndikate	344
Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses	347
Die Zwangsvereinigung in Verbänden	352
Regulierung des Verbrauchs	355
Die Regierung vereitelt die Arbeit der demokratischen Organisationen	359
Der finanzielle Zusammenbruch und die Maßnahmen dagegen	364
Kann man vorwärtsschreiten, wenn man Angst hat, zum Sozialismus zu schreiten?	367
Der Kampf gegen die Zerrüttung und der Krieg	371
Die revolutionäre Demokratie und das revolutionäre Proletariat	375
Eine der Kernfragen der Revolution	378-386
Wie wird der Konstituierenden Versammlung der Erfolg gesichert? (Über die Pressefreiheit)	387-392

Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution	393-507
Vorwort zur ersten Auflage	395
Vorwort zur zweiten Auflage	396
I. Kapitel. Klassengesellschaft und Staat	397
1. Der Staat – ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze	397
2. Besondere Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnisse u. a.	400
3. Der Staat – ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse	403
4. Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution	407
II. Kapitel. Staat und Revolution. Die Erfahrungen der Jahre 1848 bis 1851	413
1. Der Vorabend der Revolution	413
2. Die Ergebnisse der Revolution	417
3. Marx' Fragestellung im Jahre 1852	423
III. Kapitel. Staat und Revolution. Die Erfahrungen der Pariser Kommune vom Jahre 1871. Die Analyse von Marx	426
1. Worin bestand der Heroismus des Versuchs der Kommunarden?	426
2. Wodurch ist die zerschlagene Staatsmaschinerie zu ersetzen?	430
3. Aufhebung des Parlamentarismus	434
4. Organisierung der Einheit der Nation	440
5. Vernichtung des Schmarotzers Staat	443
IV. Kapitel. Fortsetzung. Ergänzende Erläuterungen von Engels	446
1. „Zur Wohnungsfrage“	446
2. Polemik gegen die Anarchisten	449
3. Ein Brief an Bebel	453
4. Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms	455
5. Die Einleitung vom Jahre 1891 zu Marx' „Der Bürgerkrieg in Frankreich“	462
6. Engels über die Überwindung der Demokratie	468
V. Kapitel. Die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates	470

1. Die Fragestellung bei Marx	470
2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus	473
3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft	478
4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft	482
VI. Kapitel. Die Vulgarisierung des Marxismus durch die Opportunisten	489
1. Plechanows Polemik gegen die Anarchisten	490
2. Kautskys Polemik gegen die Opportunisten	491
3. Kautskys Polemik gegen Pannekoek	498
Nachwort zur ersten Auflage	507
Anmerkungen	509-537
Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins	539-547

ILLUSTRATIONEN

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Gerüchte von einer Verschwörung“ – August 1917	249
Erste Seite von W. I. Lenins Brief an das Zentralkomitee der SDAPR – 30. August (12. September) 1917	293
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ – 10.-14. (23.-27.) September 1917	329
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Staat und Revolution“ – August-September 1917	394/395